

Carsten Müller

Existenzgründungshilfen als Instrument der Struktur- und Beschäftigungspolitik



Carsten Müller

Existenzgründungshilfen als Instrument der Struktur- und Beschäftigungspolitik

Seit Großunternehmen unter den Bedingungen sinkender Wachstumsraten und global erhöhter Renditeforderungen verstärkt Arbeitsplätze abbauen, avancieren Existenzgründungen und ihre Förderung auch in Deutschland zum Hoffnungsträger der Struktur- und Beschäftigungspolitik. Im Buch wird die zentrale Hypothese überprüft, dass die Existenzgründungsförderung in ihrer derzeitigen Ausgestaltung erstens nicht nachhaltig zu mehr Beschäftigung beiträgt und sie zweitens den wirtschaftlichen Strukturwandel bremst. Für den Fördereffekt von Existenzgründungshilfen ist neben der Mikroebene vor allem auch die Makroebene relevant. Dem langfristig positiven Beschäftigungseffekt in den geförderten Gründungen stehen Verdrängungseffekte bei anderen Unternehmen gegenüber.

Carsten Oliver Müller wurde 1972 in Hanau geboren. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen, Maschinenbau und Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt und an der Georgia State University in Atlanta (USA). Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter und Promotion bei Prof. Bert Rürup am Fachgebiet Finanz- und Wirtschaftspolitik der Technischen Universität Darmstadt.

Existenzgründungshilfen als Instrument der Struktur- und Beschäftigungspolitik

Sozialökonomische Schriften

Herausgegeben von Bert Rürup

Band 22



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Carsten Müller

**Existenzgründungshilfen
als Instrument der Struktur-
und Beschäftigungspolitik**



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Müller, Carsten:

Existenzgründungshilfen als Instrument der Struktur- und Beschäftigungspolitik / Carsten Müller. - Frankfurt am Main ; Berlin ; Bern ; Bruxelles ; New York ; Oxford ; Wien : Lang, 2002 (Sozialökonomische Schriften ; Bd. 22)

Open Access: The online version of this publication is published on www.peterlang.com and www.econstor.eu under the international Creative Commons License CC-BY 4.0. Learn more on how you can use and share this work: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>.



This book is available Open Access thanks to the kind support of ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.
Zugl.: Darmstadt, Techn. Univ., Diss., 2002
ISBN 3-631-39634-1

**Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.**

D 17

ISSN 0172-1747

ISBN 3-631-39634-1

ISBN 978-3-631-75038-4 (eBook)

© Peter Lang GmbH

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2002

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany 1 2 3 4 6 7

www.peterlang.de

Vorwort

Unter den Bedingungen liberalisierter und entgrenzter Güter- und Finanzmärkte und einer zunehmenden internationalen Mobilität der Produktionsfaktoren, insbesondere des Kapitals, verringert sich der wirtschaftspolitische Spielraum der Nationalstaaten. Welche Optionen verbleiben Regierungen unter den Bedingungen der ökonomischen Globalisierung, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern und den Lebensstandard der Menschen zu erhöhen?

Diese Frage motivierte mich zur Erforschung der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von Existenzgründungshilfen, die im Gegensatz zu vielen anderen Subventionen allgemein als ein erfolgversprechendes Instrument der Struktur- und Beschäftigungspolitik angesehen werden.

An dieser Stelle möchte ich all jenen danken, die zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben.

Mein besonderer Dank geht an Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, dem ich dieses Thema verdanke und der mich stets in hervorragender Weise bei der Durchführung dieses Projekts beraten und unterstützt hat. Ich danke ihm herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen und seine stetige Diskussionsbereitschaft, die mich sowohl fachlich als auch persönlich bereicherte.

Mein ausdrücklicher Dank gilt der Friedrich-Ebert-Stiftung für die materielle und ideelle Förderung, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat.

Herrn Prof. Dr. Heiko Körner danke ich herzlich für die Übernahme des Korreferates.

An dieser Stelle möchte ich mich insbesondere auch bei meinen Eltern für ihre motivierende Unterstützung bedanken.

Ebenso danke ich allen hier nicht namentlich Genannten, die meine Arbeit unterstützt haben.

Darmstadt, Dezember 2001

Carsten Müller

Nur der Erkennende lebt.

Christian Morgenstern

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Problemstellung	1
1.2	Vorgehensweise und Aufbau der Arbeit	2
2	Ansatzpunkte und Ziele der staatlichen Förderung von Existenzgründungen	4
2.1	Grundlagen	4
2.1.1	Kleine und mittlere Unternehmen	4
2.1.2	Mittelstandsbegriff	5
2.1.3	Unternehmer	6
2.1.4	Existenzgründungen und Existenzgründungshilfen	6
2.1.5	Junge technologieorientierte Unternehmen	8
2.1.6	Gründungsphasen	8
2.2	Gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Mittelstandes	10
2.2.1	Mittelstand als Hoffnungsträger der Beschäftigungspolitik	10
2.2.2	Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Unternehmen	12
2.2.3	Strukturgewicht kleiner und mittlerer Unternehmen	16
2.2.4	Fazit	20
2.3	Quantitative Bedeutung von Existenzgründungen	21
2.3.1	Gründungs- und Liquidationsgeschehen in Deutschland	21
2.3.2	Selbständigkeit in Deutschland	25
2.3.3	Selbständigkeit im internationalen Vergleich	28
2.3.4	Veränderung der Selbständigenstruktur in Deutschland	31
2.3.5	Fazit	36
2.4	Qualitative Bedeutung von Existenzgründungen	37
2.4.1	Gleichgewichtstheorie	37
2.4.2	Innovations- und Wachstumstheorien	39
2.4.2.1	Schumpeters Prozess der schöpferischen Zerstörung	39
2.4.2.2	Klassische Wachstumstheorie	41
2.4.2.3	Neue Wachstumstheorie	42
2.4.2.4	Gibrats Gesetz	44
2.4.2.5	Theorie nichtlinearer Zufallsprozesse	45

2.4.3	Gesamtwirtschaftliche Funktionen von Existenzgründungen.....	46
2.4.3.1	Existenzgründungen im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung.....	46
2.4.3.2	Entwicklungsinitiierende Funktion	47
2.4.3.3	Strukturproportionierende Funktion	48
2.4.3.4	Vitalisierungsfunktion.....	50
2.4.3.5	Umverteilungsfunktion.....	50
2.4.3.6	Beschäftigungsfunktion.....	51
3	<i>Programmnorm und Programmwirklichkeit der staatlichen Existenzgründungsförderung in Deutschland</i>	53
3.1	Programmnorm	53
3.1.1	Abgrenzung der staatlichen Existenzgründungsförderung.....	53
3.1.2	Mikroökonomische Fundierung der Existenzgründungsförderung.....	54
3.1.2.1	Förderung bei ungenügendem Finanzierungsspielraum.....	54
3.1.2.2	Förderung bei unzureichender Rentabilität.....	56
3.1.2.3	Ausgleich von Finanzierungsnachteilen	57
3.1.3	Ziele und Systematik der staatlichen Existenzgründungs- förderung.....	58
3.1.4	Instrumente	61
3.1.4.1	Öffentliche Darlehen	61
3.1.4.1.1	Durchgeleitete Kredite.....	62
3.1.4.1.2	Verwaltungskredite.....	62
3.1.4.2	Zuschüsse.....	63
3.1.4.2.1	Zinszuschüsse	63
3.1.4.2.2	Prämien	64
3.1.4.3	Bürgschafts- und Garantieübernahmen.....	64
3.1.4.3.1	Indirekte Bürgschaftsvergabe über Kreditgarantiegemeinschaften.....	65
3.1.4.3.2	Direkte Bürgschaftsvergabe	66
3.1.4.4	Förderung von Kapitalbeteiligungen	66
3.1.4.4.1	Direkte Förderung durch Kapitalbeteiligungs- gesellschaften.....	67
3.1.4.4.2	Indirekte Förderung durch Kapitalbeteiligungs- gesellschaften.....	67

3.2 Programmwirklichkeit.....	69
3.2.1 Förderprogramme des Bundes.....	70
3.2.1.1 Öffentliche Darlehen	70
3.2.1.1.1 ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm	70
3.2.1.1.2 ERP-Existenzgründungsprogramm	75
3.2.1.1.3 DtA-Existenzgründungsprogramm.....	78
3.2.1.1.4 KfW-Mittelstandsprogramm.....	79
3.2.1.1.5 ERP-Regionalprogramm und ERP-Aufbauprogramm	81
3.2.1.1.6 DtA-Startgeld.....	82
3.2.1.2 Zuschüsse.....	83
3.2.1.2.1 Förderung von Existenzgründungsberatungen.....	83
3.2.1.2.2 Fort-/Weiterbildung für Unternehmer und Führungskräfte	84
3.2.1.2.3 INSTI-KMU-Patentaktion	84
3.2.1.2.4 FUTOUR 2000.....	85
3.2.1.3 Bürgschafts- und Garantiebernahmen.....	86
3.2.1.3.1 DtA-Bürgschaften gegenüber Kreditinstituten	86
3.2.1.3.2 Bürgschaften der Bürgschaftsbanken.....	87
3.2.1.4 Förderung von Kapitalbeteiligungen	88
3.2.1.4.1 KfW/BMWi-Technologie-Beteiligungsprogramm	88
3.2.1.4.2 Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen	89
3.2.1.5 Überbrückungsgeld der Bundesanstalt für Arbeit.....	91
3.2.2 Exkurs: Förderprogramme des Landes Hessen.....	92
3.2.2.1 Öffentliche Darlehen	92
3.2.2.2 Zuschüsse.....	92
3.2.2.2.1 Hessisches Existenzgründungsprogramm	92
3.2.2.2.2 Förderung der Betriebsberatung	93
3.2.2.2.3 Ausbildungsstellen-Existenzgründungsprogramm	95
3.2.2.3 Bürgschafts- und Garantiebernahmen.....	95
3.2.2.3.1 Bürgschaften der Bürgschaftsbank Hessen.....	95
3.2.2.3.2 Bürgschaften und Garantien für die gewerbliche Wirtschaft.....	96
3.2.2.4 Förderung von Kapitalbeteiligungen	97
3.2.2.4.1 Wachstums- und Innovationsbeteiligungen	98
3.2.2.4.2 Markteinführungsbeteiligungen	98
3.2.2.4.3 Entwicklungsbeteiligungen	99

3.2.3	Schwerpunkte der öffentlichen Gründungsförderung	99
3.2.3.1	Finanzierungshilfen für Existenzgründer der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe	100
3.2.3.2	Überbrückungsgeld der BfA für vormals arbeitslose Existenzgründer	103
3.2.3.3	Förderprogramme für technologieorientierte Gründungen ..	104
4	<i>Existenzgründungsförderung aus beschäftigungspolitischer Sicht.....</i>	106
4.1	Einführung	106
4.1.1	Zielerreichung (Effektivität)	106
4.1.2	Wirtschaftlichkeit (Effizienz).....	107
4.2	Beschäftigungsbeitrag auf Mikroebene	109
4.2.1	Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer	111
4.2.1.1	In den geförderten Gründungen im Gründungsjahr entstan- dene Arbeitsplätze	111
4.2.1.2	Beschäftigungsentwicklung in neu gegründeten Unterneh- men.....	123
4.2.1.3	Überlebensvorteil geförderter gegenüber nicht geförderten Gründungen	129
4.2.2	Mikro-Beschäftigungseffekt und Effizienz der Darlehensförde- rung der DtA	131
4.2.3	Beschäftigungsbeitrag der mit Überbrückungsgeld geförderten Gründer	133
4.2.4	Gründungsinitiierung vs. Mitnahme von Existenzgründungs- hilfen	135
4.3	Beschäftigungsbeitrag auf Makroebene	139
4.3.1	Problematik.....	139
4.3.2	Analyse der Arbeitsplatzfluktuation	141
4.3.3	Anonymus der gründungsinduzierten Verdrängung.....	142
4.3.3.1	Verdrängungshypothese	142
4.3.3.2	Entwicklungshypothese.....	144
4.3.4	Ableitung eines Indikators für gründungsinduzierte Verdrängung	144
4.3.4.1	Bestandseffekt	144
4.3.4.2	Beschäftigungseffekt.....	145
4.3.4.3	Verdrängungseffekt	146

4.3.5	Datengrundlage.....	146
4.3.5.1	Auswahl der Datenbasis	146
4.3.5.2	Beschäftigtenstatistik und Betriebsdatei	147
4.3.5.3	Identifikation von Gründungen und Schließungen.....	149
4.3.6	Gründungsinduzierte Beschäftigungs- und Verdrängungs- effekte	151
4.3.6.1	Arbeitsplatzfluktuation und (Netto-)Beschäftigungseffekt ..	151
4.3.6.2	Regional und sektoral differenzierte Beschäftigungswir- kung von Gründungen in Westdeutschland	155
4.3.6.2.1	Methodik und Datengrundlage	155
4.3.6.2.2	Zusammenhang zwischen Gründungen und Schließungen.....	157
4.3.6.2.3	Gründungen, Fluktuation und Beschäftigungs- entwicklung.....	162
4.3.6.2.4	Zwischenfazit.....	163
4.3.6.3	Einfluss von Gründungen auf die Arbeitsplatzfluktuation ...	165
4.3.6.4	Gründungsinduzierte Beschäftigungs- und Verdrängungseffekte	169
5	<i>Existenzgründungsförderung aus strukturpolitischer Sicht</i>	172
5.1	Soll-Analyse: Anzustrebende Strukturpolitik in - Westdeutschland.....	172
5.1.1	Grundlagen	172
5.1.1.1	Wirtschaftsstruktur	172
5.1.1.2	Strukturwandel und Wirtschaftswachstum	173
5.1.2	Bedeutung KMU für den sektoralen Strukturwandel	175
5.1.3	Strukturpolitische Diskussion	177
5.1.4	Strukturpolitische Grundsätze in Deutschland	181
5.1.5	Strukturwandel in Westdeutschland und Erklärungsansätze.....	182
5.1.5.1	Drei-Sektoren-Hypothese	182
5.1.5.2	Nachfrage-Bias	184
5.1.5.3	Produktivitäts-Bias	185
5.1.5.4	Strukturverschiebungen im Dienstleistungssektor.....	186
5.1.5.5	Strukturverschiebungen in der Nachfrage.....	188
5.1.5.5.1	Nachfrage der privaten Haushalte	188
5.1.5.5.2	Nachfrage der Unternehmen.....	190

5.1.6	Strukturpolitische Empfehlungen der Wirtschaftsforschungsinstitute.....	193
5.1.6.1	Anzustrebender Strukturwandel in Deutschland	195
5.1.6.2	Mittelfristige Prognose des sektoralen Strukturwandels	200
5.2	Ist-Analyse.....	205
5.2.1	Methodik bei der Analyse des Strukturbeitrags von Existenzgründungen	205
5.2.2	Strukturbeitrag aller westdeutschen Existenzgründungen.....	205
5.2.3	Strukturbeitrag der mit öffentlichen Krediten geförderten Existenzgründer	210
5.2.3.1	Strukturbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer.....	210
5.2.3.2	Sektorale Schwerpunkte der Darlehensförderung für Existenzgründer	212
5.2.3.3	Regionale Schwerpunkte der Existenzgründungsförderung in Hessen.....	218
5.2.4	Strukturbeitrag der von der BfA geförderten Existenzgründungen	221
5.2.5	Strukturbeitrag von technologieorientierten Gründungen.....	226
5.2.6	Bewertung.....	227
6	Zusammenfassung, Handlungsoptionen und Ausblick.....	229
6.1	Zusammenfassung.....	229
6.2	Handlungsoptionen und Ausblick	235
<i>Literatur</i>		239
<i>Abbildungen</i>		263
<i>Tabellen</i>		266
<i>Abkürzungen</i>		269
<i>Anhang</i>		271

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Die Frage nach der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Existenzgründungen erfährt wachsende Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Politik, seitdem die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, ebenso wie in den meisten etablierten Industriestaaten, durch im langfristigen Mittel sinkende Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, eine im Zyklendurchschnitt steigende gesamtwirtschaftliche Sockelarbeitslosigkeit und einen tendenziell rückläufigen Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteil des industriellen Sektors charakterisiert ist.

Die Bundesregierung geht, wie fast alle Regierungen der EU sowie die EU-Kommission, davon aus, dass Existenzgründungen und ihre Förderung zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Hypothese der Bundesregierung (1997, 8) lautet: *„Im Durchschnitt entstehen pro Neugründung vier neue Arbeitsplätze.“* Angesichts der erhofften Schlüsselrolle bei der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wurde die staatliche Förderung von Existenzgründungen in Deutschland zunehmend ausgeweitet, was sich an den umfangreichen Förderprogrammen von Bund und Ländern widerspiegelt.

Die Politik begründet ihre umfangreichen Förderaktivitäten wesentlich mit der angenommenen Bedeutung von Existenzgründungen für Beschäftigung und Innovationen. Ob der erhofften positiven makroökonomischen Beschäftigungs- und Struktureffekte der vielfältigen Förderprogramme besteht jedoch allgemein ein Evaluierungsdefizit. Das RWI (1999, 113) stellt fest: *„Zwar werden die größeren Programme des Bundes zusätzlich zu den üblichen internen Vollzugskontrollen Wirkungsanalysen durch externe Gutachter unterzogen. Die meisten Förderprogramme, die in der Regie der Länder durchgeführt werden, sind indes hiervon ausgeschlossen. Auch ist die Aussagekraft der meisten Evaluationen begrenzt. Dass sie zumeist zu positiven Ergebnissen führen und nur in den seltensten Fällen eine Abschaffung der evaluierten Programme empfehlen, spricht für sich“.*

Ob Existenzgründungshilfen auf Makroebene einen positiven Einfluss auf die Beschäftigung haben und den Strukturwandel vorantreiben, ist umstritten und bislang wenig erforscht. An diesem Punkt setzt diese Dissertation an.

Die zentralen Hypothesen dieser Arbeit lauten, dass die Existenzgründungsförderung in Westdeutschland¹ in ihrer derzeitigen Ausgestaltung
- *erstens nicht nachhaltig zu mehr Beschäftigung beiträgt und sie*
- *zweitens den wirtschaftlichen Strukturwandel behindert.*

1.2 Vorgehensweise und Aufbau der Arbeit

Zur Validierung bzw. Falsifizierung der eben genannten Hypothesen wird folgendermaßen vorgegangen:

Im **zweiten Kapitel** wird ausgehend von einer empirischen Evidenz zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Mittelstandes und zur Entwicklung des Gründungsgeschehens und der Selbständigkeit in Deutschland ein theoretischer Rahmen entwickelt, mit dessen Hilfe die gesamtwirtschaftlichen Funktionen von Existenzgründungen erklärt werden.

Das **dritte Kapitel** dient der Darstellung der Ziele, der Instrumente und – konkretisiert für den Bund und das Land Hessen – der Programme zur Förderung von Existenzgründungen. Die Wirkungsmechanismen von Existenzgründungshilfen und die Bedingungen, unter denen zusätzliche Gründungen induziert werden, die sonst nicht oder nur mit einer suboptimalen Betriebsgröße realisiert würden, werden erläutert. Anschließend wird detailliert untersucht, wie die einzelnen Förderprogramme ausgestaltet sind, wie ihre Umsetzung aussieht und welche Unternehmen gefördert werden.

Nachdem die Schwerpunkte der öffentlichen Existenzgründungsförderung in Deutschland im dritten Kapitel festgestellt werden, wird im **vierten Kapitel** der Beschäftigungsbeitrag der wichtigsten Existenzgründungsprogramme untersucht. Neben den unmittelbar in den geförderten Unternehmen im Gründungsjahr entstandenen Arbeitsplätzen wird die nachhaltige Beschäftigungsentwicklung in neu gegründeten Unternehmen, ihre Überlebenswahrscheinlichkeit und die Mitnahme von Fördermitteln berücksichtigt und der mikroökonomische Beschäftigungseffekt der Programme ermittelt. Existenzgründungen können zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, aber auch zur Verdrängung anderer Unternehmen beitragen. Bezüglich des makroökonomischen Beschäftigungseffekts werden zwei Hypothesen (Verdrängung vs. Entwicklung) formuliert und gegenübergestellt und gezeigt, unter welchen Marktbedingungen Beschäftigungs-

¹ Die Analyse der struktur- und beschäftigungspolitischen Effektivität der Existenzgründungsförderung bezieht sich primär auf Westdeutschland, denn die ökonomische Situation in Ostdeutschland unterscheidet sich stark von der in Westdeutschland und sollte daher separat untersucht werden.

effekte zwar auf der Mikroebene existieren, sie aber auf der Makroebene aufgrund von Verdrängungseffekten ausbleiben. Einer Analyse der Beschäftigungsdynamik in Westdeutschland nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen folgt die empirische Ermittlung des Zusammenhangs zwischen Gründungen, Schließungen und Beschäftigungsentwicklung in den Raumordnungsregionen und Sektoren Westdeutschlands. Die für Westdeutschland ermittelten Zusammenhänge zwischen Gründungsraten und Beschäftigungsentwicklung werden mit vorliegenden empirischen Studien für die Vereinigten Staaten verglichen. Zur Operationalisierung des gründungsinduzierten Verdrängungseffekts werden geeignete Indikatoren theoretisch hergeleitet und basierend auf Daten der Betriebsdatei der BfA-Beschäftigtenstatistik der Verdrängungseffekt für die verschiedenen Wirtschaftszweige berechnet. Die Relevanz von Gründungen, Wachstum, Schrumpfung und Schließungen für die Beschäftigungsentwicklung wird bewertet und „förderungswürdige“ Wirtschaftsbereiche, in denen der Verdrängungseffekt gering ist, identifiziert.

Das *fünfte Kapitel* befasst sich mit dem Einfluss von Existenzgründungen und deren Förderung auf den wirtschaftlichen Strukturwandel. Die zentrale Frage lautet hier, ob Existenzgründungshilfen den wirtschaftlichen Strukturwandel in Richtung einer wertschöpfungs- und beschäftigungsintensiven Wirtschaftsstruktur lenken. Die Beurteilung der strukturpolitischen Effektivität der Existenzgründungshilfen erfolgt durch einen Soll-Ist-Vergleich. Im Rahmen der *Soll-Analyse* wird im Lichte des herrschenden theoretischen Wissens, bisheriger empirischer Evidenzen und unter Berücksichtigung der Strukturberichterstattung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gezeigt, welche Kriterien Existenzgründungsförderung erfüllen muss, um eine wertschöpfungs- und beschäftigungsintensive Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Im Rahmen der *Ist-Analyse* wird untersucht, welche Existenzgründungen aus welchen Branchen in welchem Umfang mit welchen Instrumenten gefördert werden und überprüft, inwiefern die geförderten Unternehmen jenen entsprechen, die als wachstums- und beschäftigungsintensiv angesehen werden, oder ob Existenzgründungshilfen eher in strukturschwache Bereiche gelenkt werden.

Im abschließenden *sechsten Kapitel* werden die theoretischen und empirischen Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen formuliert.

2 Ansatzpunkte und Ziele der staatlichen Förderung von Existenzgründungen

2.1 Grundlagen

2.1.1 Kleine und mittlere Unternehmen

Als *kleine [mittlere] Unternehmen*² bezeichnet die *Europäische Kommission* Unternehmen mit weniger als 50 [250] Beschäftigten und entweder einem Jahresumsatz von maximal 7 [40] Mio. Euro oder einer Bilanzsumme von max. 5 [27] Mio. Euro. Um dem Kriterium eines kleinen [mittleren] Unternehmen zu genügen, dürfen KMU nicht zu 25% oder mehr im Besitz anderer Unternehmen stehen, welche diese Kriterien nicht erfüllen.³ Diese starre Abgrenzung der EU-Kommission lässt unberücksichtigt, dass sich die Unternehmensgrößenstrukturen in den nördlichen und südlichen sowie den kleineren und größeren Ländern der EU erheblich voneinander unterscheiden.

Anders als die Europäische Kommission verzichtet die *Bundesregierung* auf eine enge und starre Definition KMU. In den Grundsätzen zur Strukturpolitik für KMU heißt es: „Eine generelle und schematische Definition des Begriffs 'kleine und mittlere Unternehmen' hält die Bundesregierung nicht für sinnvoll... Das schließt nicht aus, dass für bestimmte Förderungszwecke Abgrenzungen für die zu begünstigenden Unternehmen festgelegt werden“.⁴ Indem sie bewusst auf eine verbindliche, starr abgegrenzte Definition von kleinen und mittleren Unternehmen verzichten, erweitern Bund und Länder ihren förderpolitischen Spielraum.⁵

Obwohl die Definition für kleine und mittlere Unternehmen national und international variiert, ist für die wissenschaftliche Bearbeitung größenspezifischer Fragestellungen eine Strukturierung nach Größenklassen notwendig. Um die Daten und Analysen vergleichbar zu gestalten, werden in dieser Arbeit in An-

² Als *Unternehmen* werden aus verbreiteter volkswirtschaftlicher Sicht alle selbständigen Wirtschaftseinheiten bezeichnet, die fremde Bedarfe decken und das mit der Selbständigkeit verbundene Marktrisiko tragen. Dieser weite Unternehmensbegriff umfasst auch Existenzgründungen, Freiberufler und traditionell geführte landwirtschaftliche Betriebe.

³ Vgl. Europäische Kommission (1996a), Europäische Kommission (1996b), S. 1.

⁴ Deutscher Bundestag (1970). Im diesem Mittelstandsbericht bezeichnet die Bundesregierung als *industrielle Kleinbetriebe* solche mit 1 bis 49 Beschäftigten und als *industrielle Mittelbetriebe* jene mit 50 bis 499 Beschäftigten.

⁵ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1997).

lehnung an die *Strukturberichterstattung zwölf Unternehmensgrößenklassen* nach der Höhe des Jahresumsatzes bzw. nach der Zahl der Beschäftigten verwendet.

Tabelle 2-1: Unternehmensgrößenklassen nach Umsatz- und Beschäftigtenzahlen⁶

Kategorie	Jahresumsatz in Mio. DM	Beschäftigtenzahl
Kleine Unternehmen (K)	unter 1	unter 10
Mittlere Unternehmen (M1)	1 bis 5	10 bis 19
Mittlere Unternehmen (M2)	5 bis 10	20 bis 49
Mittlere Unternehmen (M3)	10 bis 25	50 bis 99
Mittlere Unternehmen (M4)	25 bis 50	100 bis 249
Mittlere Unternehmen (M5)	50 bis 100	250 bis 499
Große Unternehmen (G1)	100 bis 250	500 bis 999
Große Unternehmen (G2)	über 250	1000 und mehr

2.1.2 Mittelstandsbegriff

Während man im anglo-amerikanischen und romanischen Sprachraum von *kleinen und mittleren Unternehmen* spricht, war der mittlerweile auch international verwendete Begriff Mittelstand ursprünglich nur in Deutschland gebräuchlich. Der *Mittelstand* umfasst zwar den statistisch greifbaren Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, geht aber inhaltlich darüber hinaus. Unter quantitativen Gesichtspunkten werden Unternehmen mit einem *Jahresumsatz* von *unter 100 Mio. DM* und mit *weniger als 500 Beschäftigten* zum Mittelstand gezählt, aber als qualitative Kriterien werden häufig auch Merkmale wie Rechtsform, Übernahme der persönlichen Haftung und Bindung zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeitern herangezogen⁷. Als charakteristisch für den Mittelstand wird dabei die *enge Verbindung zwischen Unternehmen und Unternehmer* angesehen, die sich idealtypisch in der Einheit von Eigentum und Haftung und in der unmittelbaren Einwirkung des Unternehmers auf alle strategisch bedeutsamen Vorgänge im Unternehmen dokumentiert. Mittelständische Unternehmen sind demnach geprägt von einer persönlichen Beziehung zwischen Mitarbeitern und Führung, und die Einheit von Unternehmen und Unternehmer impliziert eine völlige oder doch zumindest weitgehende *Konzern-Unabhängigkeit*. Dies kann dazu führen, dass ein Unternehmen mit deutlich über 500 Beschäftigten seiner Natur nach noch mittelständisch ist.⁸

⁶ Eigene Darstellung in Anlehnung an RWI (1999), S. 72.

⁷ Vgl. <http://www.bmwi.de/Homepage/Politikfelder/Mittelstandspolitik/Mittelstandspolitik.jsp>

⁸ Die Konzernabhängigkeit von KMU ist schwer abschätzbar, es ist jedoch zu vermuten, dass sich die Konzernbindung von KMU auf die Rechtsform der GmbH konzentriert. Das RWI

2.1.3 Unternehmer

Als *Unternehmer* werden nachfolgend natürliche Personen bezeichnet, die *selbständig* ein Unternehmen gründen und leiten und dabei *persönliches* bzw. *Kapital-Risiko* übernehmen. Diese Definition des Unternehmers entspricht dem traditionellen Mittelstandsverständnis, das an der personellen Verbindung von Unternehmensleitung und Eigentumsrechten ansetzt, bei welcher der Unternehmer mit seinem eigenen Vermögen haftet.

2.1.4 Existenzgründungen und Existenzgründungshilfen

Existenzgründungen, das Erkenntnisobjekt dieser Arbeit, sind eng verknüpft mit der Unternehmerfigur und der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Zu beachten gilt, dass die Begriffe Unternehmensgründung, Neugründung und Existenzgründung zwar häufig synonym verwendet werden, in ihrer Begriffsbreite streng genommen jedoch nicht deckungsgleich sind.⁹

Unternehmensgründung (kurz Gründung) ist der Oberbegriff und bezeichnet allgemein die Neuerrichtung der Hauptniederlassung eines Unternehmens, unabhängig davon, ob es sich um eine originäre oder eine derivative Gründung handelt. Als Gründung werden alle Aktivitäten verstanden, die zu selbständigen Unternehmen führen.

Bei einer *originären Gründung (Neugründung)* wird eine neue betriebswirtschaftliche Einheit vollständig neu errichtet, während bei einer *derivativen Gründung* eine oder mehrere bereits vorhandene Unternehmenseinheiten, z.B. durch Umgründung oder Fusion, in ein neues Unternehmen transformiert werden.¹⁰ Die Zahl derivativer Gründungen ist relativ klein, aufgrund ihrer hohen Beschäftigtenzahl und Wertschöpfung sind sie jedoch von ökonomischer Bedeutung. Deshalb ist eine pauschale Zuordnung aller Gründungen, einschließlich der derivativen Gründungen, zu den KMU problematisch, wenngleich 99% aller Gründungen KMU sind.

Nicht um Gründungen handelt es sich dagegen bei Neuerrichtungen von Zweigniederlassungen bestehender Unternehmen, Betriebsübernahmen und räumlichen Verlagerungen des Hauptsitzes.¹¹

schätzt, dass fünf bis zehn Prozent aller deutschen GmbH konzerngebunden sind. Vgl. RWI (1999), S. 84.

⁹ Die Begriffe *Gründung*, *Neugründung* und *Existenzgründung* sind in dieser Arbeit stets auf das Unternehmen bezogen, d.h. *Unternehmensgründung* und *Gründung* werden synonym verwendet.

¹⁰ Vgl. SZYPERSKI/NATHUSIUS (1977), S. 26ff.; ELFERS (1996), S. 18ff.

¹¹ Vgl. RWI (1999), S. 90.

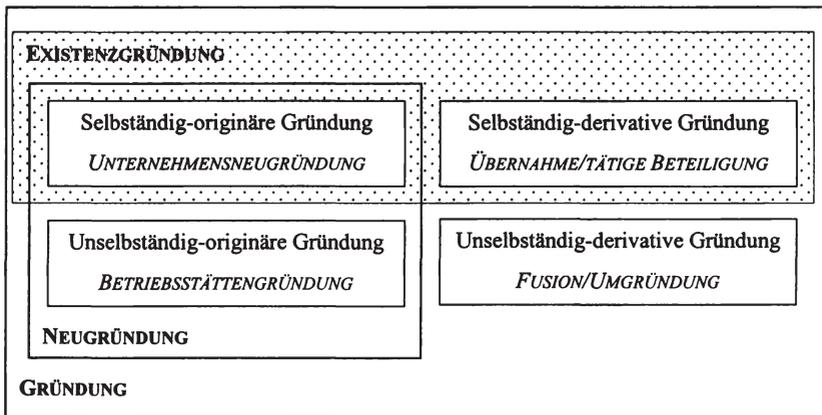


Abbildung 2-1: Abgrenzung zwischen Gründung, Existenzgründung und Neugründung¹²

Bezüglich der *Selbständigkeit der Gründerperson* wird unterschieden zwischen

- *Existenzgründungen (selbständigen Gründungen)*, bei denen der Gründer nicht abhängig beschäftigt ist und die Gründung dem Aufbau einer selbständigen Existenz dient, und
- *unselbständigen Gründungen*, bei denen eine oder mehrere Personen die Gründung als Teil ihrer Arbeitsaufgabe im Rahmen einer abhängigen Beschäftigung für ein Unternehmen durchführen.¹³

Der Begriff *Existenzgründung* wird verwendet, wenn eine natürliche, nicht abhängig beschäftigte Person ein *Gewerbe* errichtet, *um* damit *dauerhaft* ihre *Existenz zu sichern*. Bei diesem terminologisch personenbezogenen Ansatz sind *Übernahmen* und *tätige Beteiligungen (derivative Gründungen) eingeschlossen*, wobei sie den kleineren Teil der Existenzgründungen ausmachen und insofern eine nachgeordnete Rolle spielen.¹⁴

Existenzgründungen umfassen selbständig-originäre und selbständig-derivative Gründungen und *Existenzgründungshilfen fördern die Aufnahme einer selbständigen unternehmerischen Existenz*, wobei nicht nur *Neugründungen*, sondern häufig auch *Übernahmen und tätige Beteiligungen* gefördert werden.

¹² Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an SZYPERSKI/NATHUSIS (1977), S. 27, ELFERS (1996), S. 20.

¹³ Vgl. ELFERS (1996), S. 22.

¹⁴ Vgl. NOWAK (1991), S. 10.

2.1.5 Junge technologieorientierte Unternehmen

Junge technologieorientierte Unternehmen sind neu gegründete Unternehmen, die als Kern ihrer Geschäftstätigkeit eigene Produkt- und Prozessinnovationen entwickeln, erstellen und vermarkten. Sie unterscheiden sich von anderen Gründungen bzw. jungen Unternehmen durch die relativ große Bedeutung von **Forschung und Entwicklung** im Rahmen ihrer ökonomischen Aktivität. **Innovative Produkte** haben ein großes Gewicht in ihrem Produktprogramm und sind von entscheidender Bedeutung für die Sicherung ihrer Wettbewerbsposition. Junge technologieorientierte Unternehmen führen kontinuierlich **Entwicklungsprojekte** durch, welche zum Teil **erhebliche Aufwendungen** darstellen.¹⁵

2.1.6 Gründungsphasen

Die **Gründung eines Unternehmens** ist ein zeitlicher Prozess, der analog zum Produktlebenszyklus¹⁶ idealtypisch aus einer Vorgründungs-, Gründungs- und Entwicklungsphase besteht.

Die **Vorgründungsphase** umfasst Zielplanung, Alternativenentwicklung, Durchführbarkeitsstudie und Ausführungsplanung. Diese Vorbereitungsphasen schaffen die Voraussetzung für den eigentlichen Gründungsakt und können sich über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren und mehr erstrecken.¹⁷

Die **Gründungsphase** beginnt mit dem formaljuristischen Zeitpunkt der Gewerbeanmeldung bzw. Handelsregistereintragung und endet mit dem Markteintritt. Da bereits Kosten für Planung, Markterschließung, Marktsicherung etc. anfallen, aber noch keine Umsätze erwirtschaftet werden, wird die Gründungsphase auch als „*Nur-Kostenphase*“ bezeichnet. Sie dauert im Dienstleistungsbereich mit bis zu vier Monaten durchschnittlich deutlich kürzer als im industriellen Gewerbe mit bis zu elf Monaten. Insbesondere im Hochtechnologiebereich kann die Erstellung eines marktreifen Produkts noch deutlich länger dauern.¹⁸

¹⁵ Vgl. RWI (1999), S. 110.

¹⁶ Nach der **Produktlebenszyklus-Theorie** durchläuft die Nachfrage nach einem Produkt von seiner Markteinführung an bis zu seinem Verschwinden unterschiedliche Phasen: (1) die **Einführungsphase** vom Auslieferungsbeginn bis zum Erreichen der Gewinnschwelle, (2) die **Wachstumsphase** bis zum Wendepunkt der Absatzmengenkurve, d.h. solange der Umsatz progressiv steigt, (3) die **Reifephase** bis zum zeitlichen Maximum des Stückgewinns, (4) die **Sättigungsphase** bis zum absoluten Umsatzmaximum, gekennzeichnet durch sinkende Stückgewinne bei i.d.R. sinkenden Preisen und steigenden Werbekosten und (5) die **Degenerationsphase** mit sinkenden Absatzmengen bis hin zur Produktelimination.

¹⁷ Vgl. SZYPERSKI/NATHUSIUS (1977), S.30 ff., MAY (1981), S. 72f., ZAHN (1985), S. 64f., UNTERKOFER (1989), S. 36ff.

¹⁸ Vgl. SZYPERSKI/NATHUSIUS (1977), S. 31, ALBACH/HUNSDIECK (1987), S. 568f., UNTERKOFER (1989), S. 38ff.

Mit Markteintritt und erstmaliger Umsatzerwirtschaftung beginnt die *Umsatzphase*, die zur *Gewinnphase* wird, sobald die Umsätze des jungen Unternehmens die Kosten übersteigen. Das Erreichen der Gewinnphase ist ein erster Meilenstein hin zur erfolgreichen Etablierung des Unternehmens am Markt. Erst „*wenn das Unternehmen die Markteintrittsbarrieren überwunden hat, marktfähig ist und wirtschaftlich stabile Verhältnisse aufweist*“ ist der Gründungsprozess vollendet.¹⁹

Als *Reifephase* bezeichnen Autoren wie SZYPERSKI/NATHUSIUS (1977, 32) jene, in welcher der Pioniergewinn der Gründungsunternehmung durch in den Markt eintretende Imitatoren aufgezehrt wird. Die Reifephase im Kontext des Gründungsprozesses ist dabei nicht deckungsgleich mit der Reifephase im Sinne der Produktlebenszyklus-Theorie.

Bezüglich der eben skizzierten frühen Lebensphasen eines Unternehmens existiert eine Vielzahl weiterer theoretischer Phasenmodelle (Metamorphosen-, Krisen-, Marktentwicklungs-, Strukturveränderungs- und Verhaltensänderungsmodelle), die allesamt der Produktlebenszyklus- bzw. der Branchenlebenszyklus-Theorie entspringen.²⁰

Entsprechend der Gründungsphasen dürfen sich Existenzgründungshilfen, um wirksam zu sein, nicht ausschließlich auf den Gründungsakt beschränken, sondern müssen auch die vorhergehende Vorgründungsphase und die nachfolgende Frühphase des Unternehmens einbeziehen. Als etabliert ist das Unternehmen erst anzusehen, wenn es fünf Jahre nach seiner Gründung noch existiert.²¹

¹⁹ UNTERKOFER (1989), S. 39.

²⁰ Vgl. PÜMPING/PRANGE (1991) zu den sich wandelnden Aufgaben des Existenzgründers in den verschiedenen Gründungsphasen.

²¹ Vgl. SZYPERSKI (1981), S. 162.

2.2 Gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Mittelstandes

2.2.1 Mittelstand als Hoffnungsträger der Beschäftigungspolitik

Der Mittelstand hat hierzulande eine herausragende ökonomische und soziale Bedeutung und spielt eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Berücksichtigt man unter Zugrundelegung der obigen Mittelstandsdefinition alle Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von bis zu 100 Mio. DM, gab es in Deutschland 1999 rund **3,3 Mio. mittelständische Unternehmen** mit insgesamt **23,2 Mio. Beschäftigten**. Der Mittelstand in Deutschland stellt **99,3% aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen** dar, beschäftigt **69,3% aller Arbeitnehmer** und bildet rund **80% aller Auszubildenden** aus. Er tätigt **44,8% aller steuerpflichtigen Umsätze**, weist einen Anteil von **57% an der Bruttowertschöpfung** aller Unternehmen auf und nimmt **46% der Bruttoinvestitionen** vor.²²

Tabelle 2-2: Struktur der mittelständischen Unternehmen in Deutschland²³

Wirtschaftsbereich	Unternehmen	Beschäftigte	Beschäftigte pro Unternehmen
Industrie	70.000	2.600.000	37,1
Handel	480.000	2.500.000	5,2
Handwerk	560.000	6.000.000	10,7
Freie Berufe	670.000	2.500.000	3,7
Sonstige Dienstleistungen und Agrarwirtschaft	1.520.000	9.600.000	6,3
Insgesamt	3.300.000	23.200.000	7,0

Bis Ende der siebziger Jahre herrschte in Deutschland und in den USA in Wissenschaft und Politik die Meinung vor, Großunternehmen würden mehr Arbeitsplätze schaffen als kleine und mittlere Unternehmen.²⁴ Seit Mitte der siebziger Jahre gingen Rezessionsphasen jedoch mit einer ausgeprägten Deindustrialisierung einher, wobei insbesondere Menschen mit industriespezifischer Berufsqualifikationen arbeitslos wurden. In Deutschland bildete sich, ähnlich wie in Frankreich, mit jeder Rezession eine von Konjunkturzyklus zu Konjunktur-

²² Vgl. Bundesregierung (2000b), S. 4.

²³ Quelle: Bundesregierung (2000b, 4) und eigene Berechnungen.

²⁴ Vgl. AUDRETSCH (1996), S. 2. Bis Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts galten KMU sogar noch als ökonomisches Auslaufmodell. Großunternehmen wurde eine komparativ höhere Leistungs- und Innovationsfähigkeit unterstellt und großbetriebliche Wirtschaftsstrukturen wurden als Wegbereiter des technischen Fortschritts angesehen.

zyklus zunehmende Sockelarbeitslosigkeit heraus.²⁵ In Rezessionsphasen gingen schubartig vor allem Industriearbeitsplätze verloren, während die Beschäftigung im Dienstleistungssektor relativ kontinuierlich, jedoch zu langsam zunahm, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Arbeitslosigkeit erwuchs zu einem gravierenden ökonomischen und sozialen Problem und die Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse zur unausweichlichen wirtschaftspolitischen Aufgabe, zumal ein hoher Beschäftigungsstand in Deutschland wirtschaftspolitisches Ziel gemäß § 1 StabG ist.

Seitdem die großen Unternehmen ihren Beschäftigungsstand im Inland im Zuge der Durchsetzung einer schlanken Produktion tendenziell abbauen und sich durch die weltweite Beschaffung und Vermarktung und die Verlagerung von Aktivitäten ins Ausland zunehmend von ihrer nationalen Produktionsbasis entfernen, *avanciert der Mittelstand zum Hoffnungsträger der Beschäftigungspolitik*. Die Erkenntnis von DAVID BIRCH, dass in den Vereinigten Staaten in den siebziger und achtziger Jahren neue Arbeitsplätze vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen entstanden sind, trug dabei wesentlich zur positiven Neubewertung mittelständischer Unternehmen bei.²⁶ Laut BIRCH (1979) waren kleine und mittlere Unternehmen trotz ihres Beschäftigungsanteils von nur 47% an der Entstehung von 78% aller neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten beteiligt. Seitdem wird die Rolle von mittelständischen und neuen Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen kontrovers diskutiert.²⁷

Weil 99% aller Existenzgründungen KMU sind, stellt sich die Frage, ob KMU Arbeitsplätze schaffen, weil sie klein sind, oder aber weil sie neu sind. Aus dieser Frage entsprang ein verstärktes Interesse an den Beschäftigungseffekten auch von Neugründungen und nahm das Interesse von Politik und Wissenschaft für Existenzgründungen stark zu.

Die Europäische Kommission unterstreicht die gesamtwirtschaftliche Bedeutung KMU in ihrem Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung – Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert“²⁸ und

²⁵ Der übliche Indikator, um das Gewicht und die Veränderung des Arbeitslosenproblems in seinen ökonomischen und sozialen Dimensionen zu messen, ist die Arbeitslosenquote, d.h. die Arbeitslosen als Prozent der unselbständigen Erwerbstätigen (Beschäftigte plus Arbeitslose). In Westdeutschland gab es 1999 rund 2,76 Millionen registrierte Arbeitslose und in Ostdeutschland 1,34 Millionen. Die von der OECD aus nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquote stieg in Deutschland von unter einem Prozent Anfang der siebziger Jahre auf 9,4% in 1998.

²⁶ Vgl. BIRCH (1987), BIRCH (1979).

²⁷ Vgl. BRÜDERL et al. (1991), FRITSCH (1990).

²⁸ Vgl. Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 6/93.

„der Europäische Rat betont die entscheidende Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und generell als Faktor der sozialen Stabilität und der wirtschaftlichen Dynamik“²⁹.

Die Bundesregierung schreibt im Jahreswirtschaftsbericht 2000: *„Mittelstands- politik und Beschäftigungspolitik sind zwei Seiten der gleichen Medaille“³⁰.* Die Bundesregierung (1996) vertritt die Thesen: (1) *„Neue Arbeitsplätze entstehen zumeist in neugegründeten Unternehmen und im Mittelstand“* und (2) *„Jede Existenzgründung in Deutschland schafft im Schnitt vier Arbeitsplätze.“*

Weil die meisten Existenzgründungen klein sind und die Beschäftigungswir- kungen von Existenzgründungen in einem sehr engen Zusammenhang zu denen von KMU stehen, wird zunächst deren Beschäftigungsbeitrag ermittelt und die These, dass *„neue Arbeitsplätze [...] zumeist in neu gegründeten Unternehmen und im Mittelstand (entstehen)“³¹* verifiziert.

2.2.2 Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Unternehmen

Der Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Unternehmen wird zunächst durch Zeitpunktvergleich der nach Branchen und Unternehmensgrößenklassen differenzierten Beschäftigtenzahlen abgeschätzt. Ein Arbeitsplatz wird dabei gleichgesetzt mit einem betrieblichen Beschäftigungsverhältnis, d.h. offene Stellen bleiben unberücksichtigt, wohingegen Teilzeit- und Schichtarbeitsplät- ze, an denen mehr als eine Person arbeitet, mehrfach gezählt werden.

Nachdem in den achtziger Jahren netto zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, wurden zwischen 1992 und 1997 allein in Westdeutschland netto über 1,4 Mil- lionen Arbeitsplätze abgebaut (vgl. Tab. 2-3). Während die Zahl der Beschäf- tigten in kleinen Unternehmen mit unter 10 Beschäftigten (K) um 120.700 und in mittleren Unternehmen mit 10 bis 99 Beschäftigten (M1 bis M3) um 59.400 zunahm, waren in den größeren Unternehmensklassen mit über 100 Beschäf- tigten im Jahre 1997 1.614.600 Menschen weniger beschäftigt als 1992.

²⁹ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 62 vom 8.8.1995, S. 610.

³⁰ Bundesregierung (2000a), S. 46.

³¹ Bundesregierung (1996), S. 27.

Tabelle 2-3: Absolute Beschäftigungsänderung nach Sektoren und Unternehmensgrößenklassen in Westdeutschland³²

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Westdeutschland nach Hauptgruppen und Beschäftigtengrößenklassen								
Absolute Veränderung der Beschäftigtenzahl in Tausend								
	1980-97							
	K	M1	M2	M3	M4, M5	G1	G2	Gesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-20,9	5,3	-1,2	-2,1	-0,9	-1,3	0,0	-21,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	-0,7	-0,5	0,0	-1,4	0,5	-16,5	-99,4	-118,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	-10,8	0,6	-31,9	-75,4	-256,9	-155,9	-997,9	-1528,2
Baugewerbe	36,4	-2,3	-45,9	-76,7	-128,9	-27,2	-17,7	-262,3
Handel	82,7	40,9	70,6	56,3	52,9	-27,2	-20,0	256,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	53,5	32,6	42,9	21,8	8,3	-32,0	-21,4	105,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	10,9	-4,0	-4,1	16,7	82,9	46,4	28,2	177,0
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	465,3	246,5	305,4	315,6	446,5	171,7	293,6	2244,6
Org. ohne Erwerbszweck, private Haushalte	23,3	25,7	45,9	49,9	92,1	21,1	7,9	265,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	3,5	3,4	3,6	32,0	75,6	-21,5	-64,1	32,5
Insgesamt	643,2	348,2	385,3	336,7	372,1	-42,4	-890,8	1152,3
	1992-97							
	K	M1	M2	M3	M4, M5	G1	G2	Gesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-13,6	-0,8	-3,0	-2,8	-1,4	-1,0	0,0	-22,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	-0,6	0,1	-0,5	-1,7	0,0	-17,7	-46,2	-66,6
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	-16,4	-25,8	-65,6	-62,7	-319,1	-205,8	-833,2	-1528,6
Baugewerbe	25,9	-4,5	-18,4	-28,6	-69,4	-23,3	-11,8	-130,1
Handel	-3,5	-8,1	-15,7	-9,6	-65,4	-25,4	-24,0	-151,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,2	7,5	5,3	-4,8	-35,3	-36,5	-47,8	-95,4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	0,9	-6,8	-6,5	1,3	9,4	13,9	-20,1	-7,9
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	109,0	76,7	102,1	87,1	135,7	33,7	59,1	603,4
Org. ohne Erwerbszweck, private Haushalte	4,7	4,9	13,7	17,7	26,7	1,2	0,9	69,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	-1,9	-1,5	-0,8	11,2	27,6	-35,2	-104,2	-104,8
Insgesamt	120,7	41,7	10,6	7,1	-291,2	-296,1	-1027,3	-1434,5

In den westdeutschen Unternehmen insgesamt sind im Zeitraum 1992 bis 1997 zusätzliche Arbeitsplätze nur bei den „anderweitig nicht genannten Dienstleistungen“ (i.H.v. jahresdurchschnittlich 2,2%) sowie den „nicht erwerbsorientierten Organisationen und privaten Haushalten“ (jahresdurchschnittlich 2,4%) entstanden, während sich bei den kleinen Unternehmen die Zahl der Arbeitsplätze nicht nur bei den sonstigen Dienstleistungen, sondern auch im Baugewerbe, bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe erhöhte (vgl. Tab. 2-4).

³² Quelle: RWI (1999, 265) nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

Tabelle 2-4: Prozentuale Beschäftigungsänderung nach Sektoren und Unternehmensgrößenklassen in Westdeutschland³³

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Westdeutschland nach Hauptgruppen und Beschäftigtengrößenklassen
Jahresdurchschnittliche Veränderung der Beschäftigtenzahl in Prozent

	1980-97							
	K	M1	M2	M3	M4,5	G1	G2	Gesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-1,1	1,0	-0,2	-0,8	-0,5	-4,0	0,2	-0,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	-0,6	-0,3	0,0	-0,3	0,0	-1,9	-2,6	-1,7
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	-0,1	0,0	-0,2	-0,6	-0,7	-1,1	-2,6	-1,1
Baugewerbe	0,6	0,0	-0,8	-2,1	-2,6	-3,8	-4,2	-1,0
Handel	0,6	0,6	0,8	0,9	0,5	-1,1	-1,0	0,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,1	1,9	1,8	1,2	0,2	-1,5	-0,8	0,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	0,9	-0,5	-0,3	1,0	2,0	3,0	0,8	1,2
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	2,2	3,2	3,3	4,4	2,8	2,8	3,1	2,9
Org. ohne Erwerbszweck, private Haushalte	1,1	3,2	3,9	5,0	4,6	5,0	1,7	3,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	0,5	0,4	0,1	1,2	0,9	-0,7	-1,2	0,1
Insgesamt	1,1	1,1	0,8	0,9	0,4	-0,1	-1,4	0,3
	1992-97							
	K	M1	M2	M3	M4,5	G1	G2	Gesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-2,4	-0,4	-1,7	-3,6	-2,7	-10,8	0,0	-2,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	-1,8	0,3	-0,4	-1,4	0,0	-6,6	-4,6	-3,3
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	-0,5	-1,0	-1,6	-1,7	-3,0	-4,6	-7,6	-3,8
Baugewerbe	1,4	-0,3	-1,1	-3,0	-5,2	-11,1	-10,3	-1,7
Handel	-0,1	-0,4	-0,5	-0,5	-1,8	-3,5	-3,8	-0,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,9	1,3	0,7	-0,8	-2,4	-5,6	-5,4	-1,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	0,2	-2,7	-1,3	0,3	0,7	2,5	-1,8	-0,2
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	1,5	2,8	3,1	3,1	2,4	1,5	1,7	2,2
Org. ohne Erwerbszweck, private Haushalte	0,7	1,7	3,2	4,6	3,4	0,7	0,6	2,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	-0,8	-0,5	-0,1	1,3	1,1	-3,8	-6,3	-1,5
Insgesamt	0,6	0,4	0,1	0,1	-1,0	-2,9	-5,1	-1,2

Die verfügbaren Daten für 1980 bis 1997 deuten darauf hin, dass die *Beschäftigungsentwicklung umso günstiger* verläuft, *je kleiner die Unternehmen* sind. Seit 1992 steigt die Zahl der Arbeitsplätze in kleinen Unternehmen in allen Sektoren außer im primären Sektor und im Verarbeitenden Gewerbe, während sie in der Klasse der großen Unternehmen in allen Sektoren sinkt außer im Dienstleistungsbereich.³⁴

³³ Quelle: RWI (1999), S. 265, 340 nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

³⁴ Anhand der hier verwendeten Statistiken ist zwar sicher erwiesen, dass der Anteil der Beschäftigten in kleinen Unternehmen gestiegen und der in Großunternehmen gesunken ist. Absolut verlässliche Aussagen zur genauen Beschäftigungsentwicklung von Unternehmensgruppen verlangen jedoch, um Größenklassenwechsler zu berücksichtigen, die Auswertung von individuellen Betriebsverläufen.

Tabelle 2-5: Beschäftigtenverteilung nach Unternehmensgrößenklassen und Sektoren in Westdeutschland³⁵

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Westdeutschland nach Hauptgruppen und Beschäftigtengrößenklassen - Anteile in Prozent (jeweils 30. 6) -							
1980							
	K	M1	M2	M3	M4,5	G1	G2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	56,7	13,4	16,1	7,4	4,7	1,2	0,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,5	1,8	4,2	5,1	17,7	12,6	57,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	7,6	5,9	9,4	8,9	25,8	10,9	31,6
Baugewerbe	20,9	16,9	21,3	14,7	20,9	3,3	2,0
Handel	25,8	13,2	17,4	12,4	21,2	5,4	4,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12,6	8,6	12,0	9,4	25,9	14,2	17,2
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	8,4	6,7	13,0	11,6	26,8	9,4	24,1
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	28,7	9,8	11,6	8,4	21,2	8,1	12,2
Org. ohne Erwerbszweck, private Haushalte	31,3	10,2	13,8	10,8	22,7	4,5	6,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	3,1	3,7	11,0	11,0	32,5	13,9	24,8
Insgesamt	15,6	8,5	12,2	9,9	24,0	9,2	20,6
1992							
	K	M1	M2	M3	M4,5	G1	G2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	53,0	16,0	16,9	7,7	4,9	1,0	0,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,7	1,9	4,8	5,8	20,0	14,4	51,4
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	7,7	6,2	9,8	8,7	26,5	11,4	29,7
Baugewerbe	23,4	18,4	21,3	12,9	18,9	3,4	1,8
Handel	25,3	13,0	17,9	12,9	22,2	4,7	4,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,6	9,3	13,1	10,1	25,2	12,2	16,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	7,9	5,7	10,7	11,0	29,4	11,0	24,5
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	26,5	10,0	11,8	10,1	20,5	8,2	12,8
Org. ohne Erwerbszweck, private Haushalte	23,6	10,3	14,8	12,8	26,5	6,5	5,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	3,2	3,7	10,2	11,4	32,7	13,6	25,2
Insgesamt	16,1	8,9	12,5	10,3	24,2	9,2	18,9
1997							
	K	M1	M2	M3	M4,5	G1	G2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	52,2	17,4	17,2	7,2	4,7	0,6	0,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,9	2,3	5,6	6,4	23,6	12,2	48,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	9,1	7,1	11,0	9,7	27,7	11,0	24,3
Baugewerbe	27,3	19,8	21,9	12,1	15,7	2,0	1,1
Handel	26,4	13,4	18,2	13,2	21,2	4,1	3,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,2	10,7	14,7	10,5	24,2	10,0	13,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	8,0	5,0	10,1	11,2	30,6	12,6	22,5
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	25,6	10,3	12,4	10,6	20,7	7,9	12,5
Org. ohne Erwerbszweck, private Haushalte	21,7	9,9	15,3	14,2	27,8	6,0	5,1
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	3,3	3,9	10,9	13,1	37,2	12,1	19,6
Insgesamt	17,6	9,7	13,3	11,0	24,4	8,5	15,5

Von 1980 bis 1997 stieg der Beschäftigtenanteil der kleinen Unternehmen (K) mit unter 10 Beschäftigten von 15,6% auf 17,6% und auch der Anteil der mittleren Unternehmen (M1-M5) erhöhte sich von 54,6% auf 58,4%. Dagegen sank der Beschäftigtenanteil der Großunternehmen (G1, G2) mit über 500 Beschäftigten von 29,8% auf 24,0%.

³⁵ Quelle: RWI (1999), S. 265, 339f. nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

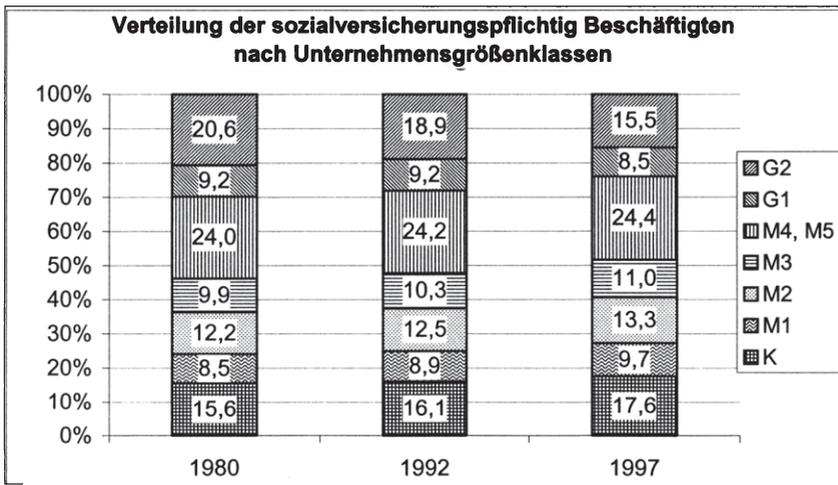


Abbildung 2-2: Beschäftigtenverteilung nach Unternehmensgrößenklassen in Westdeutschland³⁶

2.2.3 Strukturgewicht kleiner und mittlerer Unternehmen

Strukturpolitik hat grundsätzlich eine sektorale und eine regionale Orientierung.³⁷ *Mittelstandsförderung* wird als *betriebsgrößenbezogene Strukturpolitik* bedingungsweise neben die sektorale und die regionale Strukturpolitik gestellt oder aufgrund der regelmäßigen Branchenbezogenheit KMU auch als ein *Teil sektoraler Strukturpolitik* behandelt.³⁸

In *Westdeutschland* dominieren Großunternehmen bei der Energie- und Wasserversorgung, und auch im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Groß- und Einzelhandel erzielen sie über die Hälfte des Umsatzes. Bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung verteilen sich die Umsätze relativ gleichmäßig auf die Unternehmensgrößenklassen, während KMU im Baugewerbe, im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen überwiegen. Das Gastgewerbe ist am stärksten kleinbetrieblich organisiert.

³⁶ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999), S. 265 u. 339f.

³⁷ Zur Definition von Strukturpolitik s.u.: 5 Existenzgründungsförderung aus strukturpolitischer Sicht.

³⁸ Vgl. PETERS (1981), S. 64.

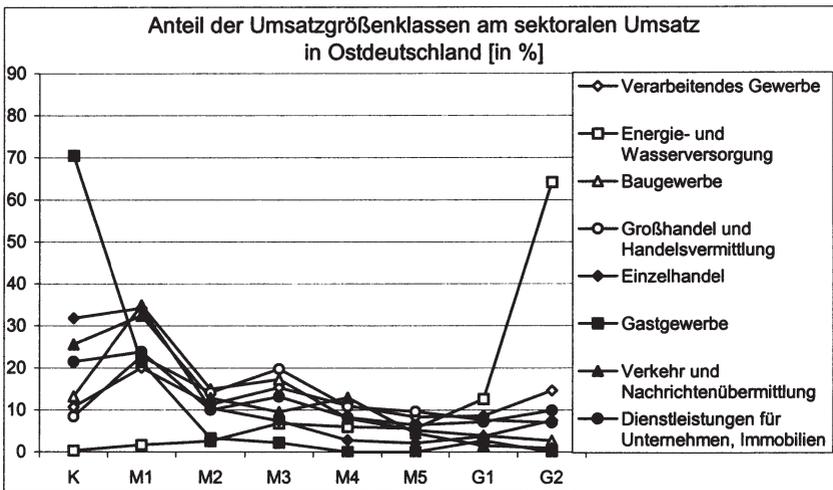
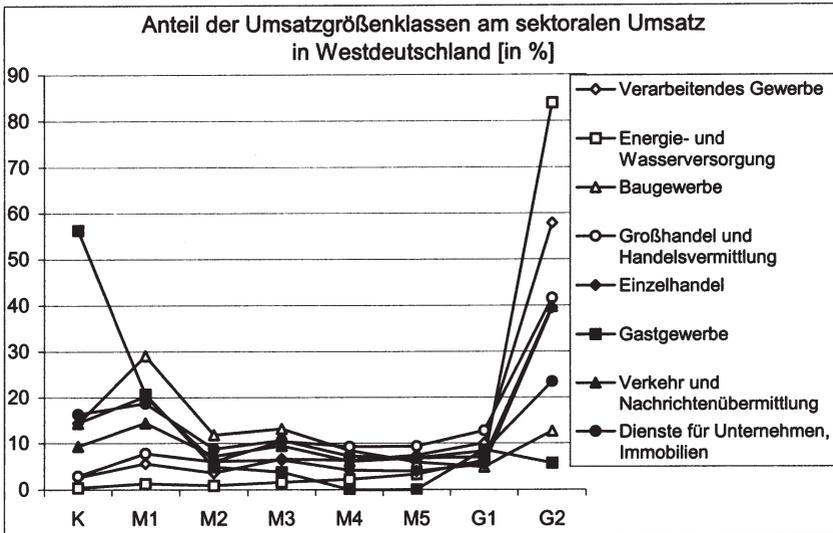


Abbildung 2-3: Sektorale Unternehmensgrößenstruktur in Deutschland³⁹

Abgesehen davon, dass sich die Wirtschaftsstruktur in *Ostdeutschland* allmählich den Bedingungen des Westens anpasst und sie sich auch infolge der wiedervereinigungsbedingt hohen Bau- und Investitionsgüternachfrage stärkeren Veränderungen unterliegt, ist festzustellen, dass die zahlreichen und in vielfäl-

³⁹ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999), S. 146.

tiger Weise geförderten KMU in Ostdeutschland in fast allen Wirtschaftssektoren den größten Anteil am Umsatz tätigen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Energie- und Wasserversorgung, die auch in Ostdeutschland traditionell großbetrieblich strukturiert ist.⁴⁰

Während sich der Beschäftigtenanteil deutlich zugunsten KMU verschiebt, zeigt sich bezüglich der Bestandsentwicklung der Unternehmen ein differenziertes Bild.

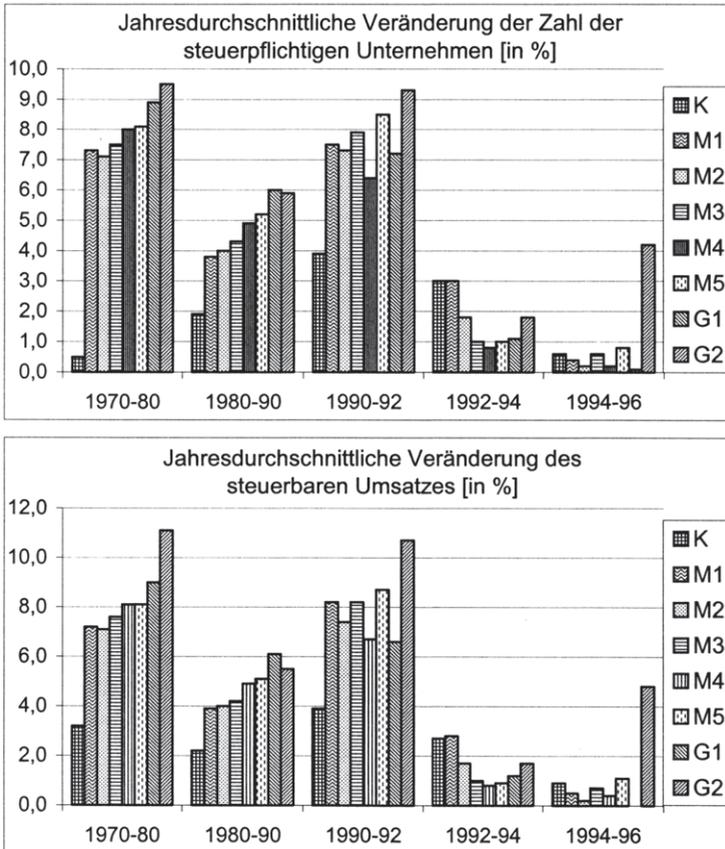


Abbildung 2-4: Jahresdurchschnittliche Veränderung des Unternehmensbestands und des steuerbaren Umsatzes nach Unternehmensgrößenklassen in Westdeutschland⁴¹

⁴⁰ Vgl. RWI (1999), S. 144ff.

⁴¹ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999), S. 128.

Die Hypothese, dass sich analog zur Beschäftigtenentwicklung auch der Unternehmensbestand deutlich zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen entwickelt, kann nicht bestätigt werden. Laut Umsatzsteuerstatistik gab es 1996 in Deutschland 2,76 Millionen umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, davon 370 Tausend in Ostdeutschland. Der Unternehmensbestand wuchs in den achtziger und Anfang der neunziger Jahre überproportional stark und verzeichnete danach bis 1996 nur unterdurchschnittliche Wachstumsraten. Großunternehmen verzeichneten die längste Zeit das höchste Bestandswachstum, während das *Bestandswachstum der kleinen Unternehmen bis Anfang der neunziger Jahre hinter dem der anderen Größenklassen zurückblieb*.

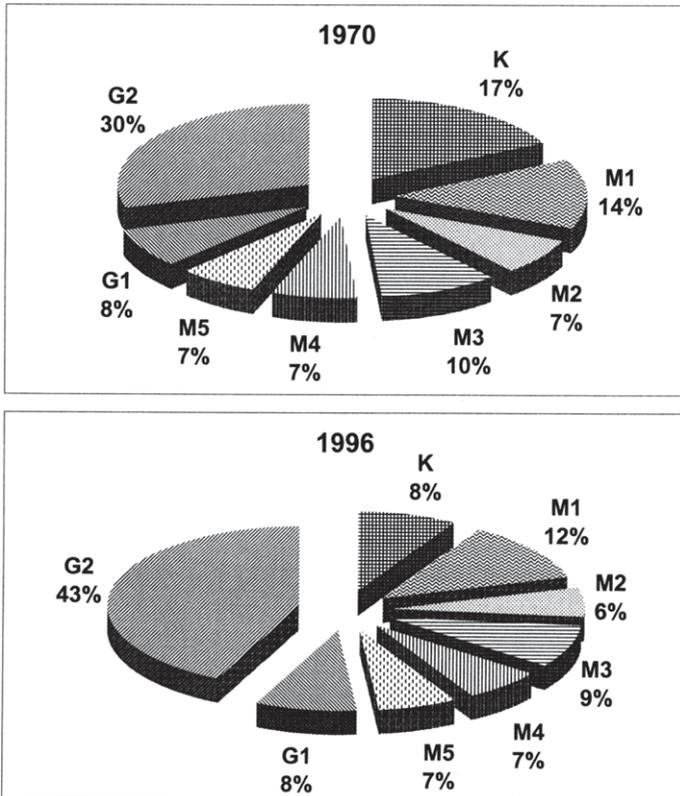


Abbildung 2-5: Verteilung des steuerbaren Umsatzes auf die Unternehmensgrößenklassen (Vergleich 1970 und 1996 für Westdeutschland)⁴²

⁴² Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999, 128) nach Angaben des Statistischen Bundesamts.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim *Umsatzwachstum*, das *in den Großunternehmen am höchsten* ist und im Zeitverlauf zu einer Verlagerung der Umsätze in die höchsten Unternehmensgrößenklassen geführt hat.⁴³ 1996 erwirtschafteten 6300 Großunternehmen (G1, G2), das sind 0,2% aller Unternehmen, einen Umsatz von über 3,5 Billionen DM, d.h. mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes aller Unternehmen. 1970 hatte der Umsatzanteil der Großunternehmen noch bei 38% gelegen. Dagegen halbierte sich der Umsatzanteil der kleinen Unternehmen (K) von 17% in 1970 auf 8% in 1996. Auch der Umsatzanteil der mittelständischen Unternehmen der Größenklassen M1 bis M5 sank von 45% in 1970 auf 40% in 1996.⁴⁴

2.2.4 Fazit

Zusammenfassend wird festgestellt:

- *Die Beschäftigtenverteilung verschiebt sich deutlich zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen.*
- *Die Umsatzverteilung verschiebt sich deutlich zugunsten großer Unternehmen.*
- *Trotz hohem Umsatzwachstum bauen die großen Unternehmen netto Arbeitsplätze ab.*
- *Kleine und mittlere Unternehmen besitzen ein großes Beschäftigungspotential und schaffen trotz gesamtwirtschaftlich sinkender Umsatzanteile netto zusätzliche Arbeitsplätze.*

⁴³ Die größenklassenbezogenen Daten der Umsatzsteuerstatistik sind insofern vorsichtig zu interpretieren, als die zumindest nominal starken Umsatzsteigerungen dazu führen, dass erfolgreiche Unternehmen im Zeitverlauf in höhere Unternehmensgrößenklassen aufsteigen.

⁴⁴ Vgl. RWI (1999), S. 137.

2.3 Quantitative Bedeutung von Existenzgründungen

Im Diskurs zur staatlichen Gründungsförderung wird häufig über eine zu geringe Zahl von Existenzgründungen in Deutschland geklagt und auf positive ausländische Vorbilder verwiesen. Dabei wird vielfach ein Zusammenhang zwischen der Gründungsaktivität und der Entwicklung der Selbständigenquote hergestellt und angenommen, dass sich das Beschäftigungsproblem lösen ließe, wenn die Selbständigenquote auf ein höheres Niveau ansteige.⁴⁵

2.3.1 Gründungs- und Liquidationsgeschehen in Deutschland

In Deutschland gibt es keine lückenlose und zuverlässige Gründungsstatistik, aus der die Zahl der Existenzgründungen eindeutig hervorgeht. Dies gilt auch für die meisten anderen Länder einschließlich der Vereinigten Staaten, die bei der Bewertung des deutschen Gründungsgeschehens häufig als Referenzmaßstab angeführt werden.⁴⁶

Die *Umsatzsteuerstatistik* unterschätzt die Zahl der Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen, da sie Unternehmen mit Kleinstumsätzen, niedriger Umsatzsteuerschuld oder nicht ganzjähriger Tätigkeit nicht erfasst. Außerdem bildet sie die Freien Berufe nur unvollkommen ab und enthält keine Angaben über Selbständige mit nicht umsatzsteuerpflichtigen Tätigkeiten, z.B. in der Versicherungswirtschaft.

Die *Beschäftigtenstatistik* ist als Personenstatistik konzipiert und muss zunächst in eine Betriebsstatistik transformiert werden, wobei allerdings nur Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst werden können.⁴⁷

Ersatzweise kann die Zahl der Gründungen und Liquidationen aus der Zahl der Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen berechnet werden, indem das Meldegeschehen um Übernahmen, Ummeldungen und die Einrichtung unselbständiger Zweigstellen bereinigt wird. Seit 1996 werden die Gewerbeabmeldungen bundeseinheitlich durch die Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt veröffentlicht, nachdem zuvor nur die neuen Bundesländer regelmäßig die Gewerbeabmeldungen veröffentlicht hatten. Aufgrund ihrer zeitnahen Verfügbarkeit und vergleichsfördernden Konsistenz erwuchs die Gewerbeabmeldestatistik zur

⁴⁵ Das Institut der Deutschen Wirtschaft beklagte für Deutschland eine Selbständigenlücke in Höhe von 560 Tsd. Existenzen und auch der BDI sprach Ende 1997 von einer Unternehmerlücke in Höhe von einer halben Million. Laut DIHT gibt es in Deutschland mit einer Selbständigenquote von durchschnittlich neun Prozent gegenüber dem OECD-Durchschnitt von 11,4 Prozent sogar eine Unternehmerlücke von etwa 800.000 selbständigen Existenzen.

⁴⁶ Vgl. RWI (1999), S. 64ff.

⁴⁷ S.u.: 4.3.5.2 Beschäftigtenstatistik und Betriebsdatei.

wichtigsten Datenquelle zum Gründungs- und Liquidationsgeschehen in Deutschland. An dieser Stelle wird, wie auch von der Bundesregierung (2000b), auf die Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn zurückgegriffen, das die Gewerbemeldungen der Statistischen Landesämter auswertet und bereinigt.⁴⁸

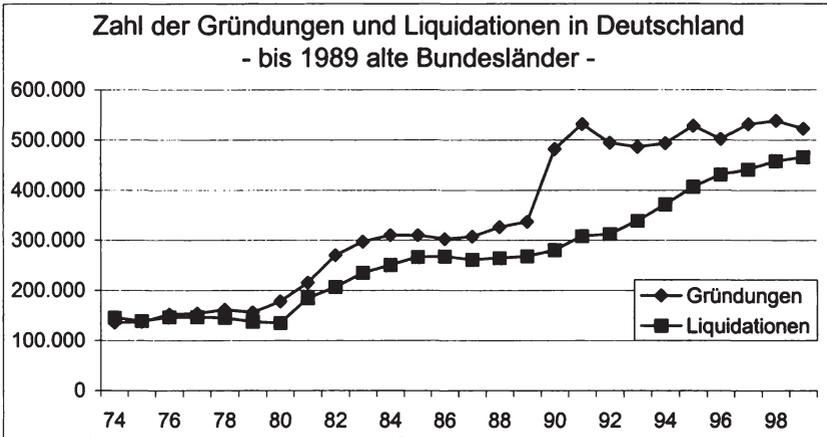


Abbildung 2-6: Gründungen und Liquidationen im früheren Bundesgebiet 1973-89 und in Gesamtdeutschland 1990-99⁴⁹

In *Westdeutschland* zeigt sich nach Bereinigung der Gewerbemeldungen eine **starke Zunahme der Gründungen und der Liquidationen**. Seit Anfang der siebziger Jahre nimmt die Unternehmensfluktuation beinahe stetig zu, und die Gründungs- und Liquidationsquote haben sich seitdem jeweils mehr als verdoppelt. Zwischen 1973 und 1996 stieg die Zahl der *Gründungen* in den alten

⁴⁸ Seit 1996 werden die Gewerbemeldungen bundeseinheitlich erfasst. Zuvor wurden die Gewerbemeldungen in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie komplett in den neuen Bundesländern statistisch verwertbar aufbereitet. Aufgrund der bis 1996 weitgehend fehlenden überregionalen Aufschlüsselung des Datenmaterials wurde für die alten Bundesländer angenommen, dass keine länderspezifischen Abweichungen bestehen und bei der Bereinigung auf die beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW für Nordrhein-Westfalen ermittelten Anteilswerte zurückgegriffen, wonach 69,5% der Gewerbebeanmeldungen auf Gründungen und 68,3% der Gewerbebeanmeldungen auf Liquidationen entfallen. Die neue Gewerbeanzeigenstatistik bestätigt die korrekten Größenordnungen der Umrechnungsfaktoren: 1997 waren 67,2% aller Gewerbebeanmeldungen Gründungen und 68,3% der Abmeldungen Liquidationen.

⁴⁹ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des IfM Bonn.

Bundesländern von 148 Tsd. auf 434 Tsd. (+ 193%) und die Zahl der *Liquidationen* nahm von 144 Tsd. auf 373 Tsd. zu (+ 159%).

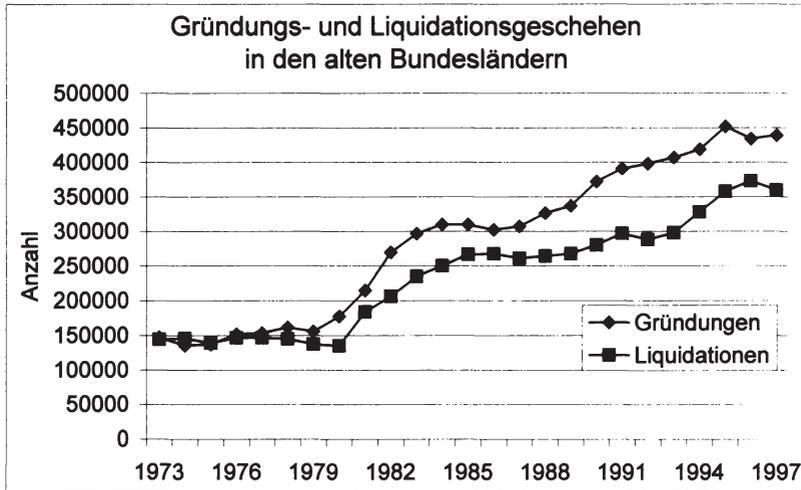


Abbildung 2-7: Gründungen und Liquidationen in Westdeutschland⁵⁰

In Westdeutschland waren und sind Gründungen und Liquidationen positiv korreliert. Nach eigenen Berechnungen beträgt die **Korrelation zwischen Gründungen und Liquidationen 98% für den Zeitraum 1973-96** und **91% im Zeitraum 1990-96**.

Nachdem die Zahl der Existenzgründungen im ehemaligen Bundesgebiet bis 1996 von Jahr zu Jahr zunahm, ging sie 1996 erstmals seit 1986 leicht zurück. Der **Saldo aus Gründungen minus Liquidationen**, d.h. die jährliche Veränderung des Unternehmensbestandes, ist in den alten Bundesländern seit 1976 **stets positiv**, wenngleich seit 1990 die Zahl der Liquidationen etwas stärker zunimmt als die Zahl der Gründungen. Am stärksten erhöhte sich der Unternehmensbestand in Westdeutschland im Jahre 1992 als Folge der deutschen Wiedervereinigung.

⁵⁰ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des IfM Bonn.

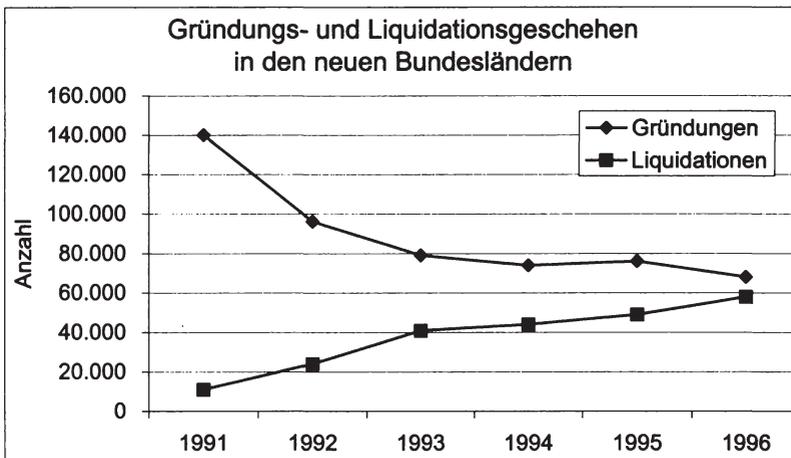


Abbildung 2-8: Gründungen und Liquidationen in Ostdeutschland⁵¹

Anders verläuft die Entwicklung in den *neuen Bundesländern*, wo nach den wiedervereinigungsbedingten Rekordanmeldungen die **Zahl der Gründungen** kontinuierlich **abnimmt**, während gleichzeitig die **Zahl der Schließungen zunimmt**. Der **Korrelationskoeffizient** zwischen Gründungs- und Liquidationszahl ist in den neuen Bundesländern negativ und beträgt **-93,3% für die Jahre 1991-96**. Unter dem Strich steigt bislang auch in den neuen Ländern die Zahl der Unternehmen kontinuierlich an, allerdings nimmt der positive Saldo aus Gründungen minus Liquidationen stark ab.

In Gesamtdeutschland geht seit Anfang der neunziger Jahre, primär infolge sinkender Gründungs- und steigender Liquidationszahlen in Ostdeutschland, **das Wachstum des Unternehmensbestands – nicht der Unternehmensbestand an sich! – zurück**. Die Zahl der Gründungen ist infolge der Liquidationen um ein Vielfaches höher als das Wachstum des Unternehmensbestands. Bei einer Gründungsquote von 15,8% (522 Tsd. Gründungen bei 3,3 Mio. Unternehmen) und einer Liquidationsquote von 14,1% (466 Tsd. Liquidationen) in 1999 wird der **Unternehmensbestand rein rechnerisch alle sechs bis sieben Jahre erneuert**.

⁵¹ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des IfM Bonn.

2.3.2 Selbständigkeit in Deutschland

Unternehmen und Selbständige decken zwar unterschiedliche Sachverhalte ab, jedoch vermittelt die Anzahl der Selbständigen einen insgesamt korrekten Eindruck vom Unternehmensbestand. Die Gründungszahlen in Deutschland über-treffen seit 1976 stets die Liquidationszahlen, und auch die *Selbständigenzahl* erhöht sich seit Anfang der achtziger Jahre relativ kontinuierlich.⁵²

Die Abbildungen zeigen die Entwicklung der Selbständigenzahlen und -quoten nach Wirtschaftszweigen in den alten und neuen Bundesländern. Da 1995 die Klassifizierung der Wirtschaftszweige entsprechend der Systematik in den Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1) umgestellt wurde, verschieben sich die statistisch ausgewiesenen sektoralen Anteile zwischen 1994 und 1995 sprunghaft.

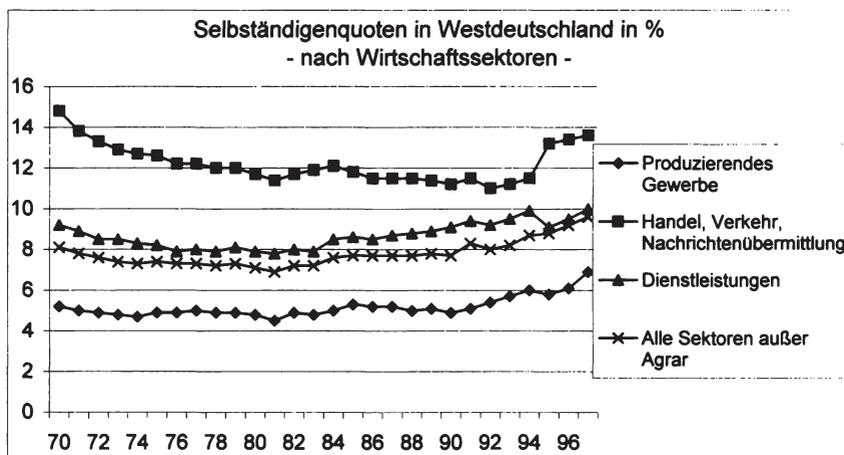


Abbildung 2-9: Sektorale Entwicklung der Selbständigenquote in Westdeutschland⁵³

In *Westdeutschland* steigt die Selbständigenquote (der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen) seit ihrem Tiefstand 1981 (6,9%) an und hat mittlerweile wieder das Niveau der sechziger Jahre erreicht.

Im produzierenden Gewerbe ging die Selbständigenzahl in den siebziger Jahren etwas zurück und stieg in den neunziger Jahren wieder leicht an. Wegen des starken Abbaus der Gesamtbeschäftigung hat sich die Selbständigenquote hingegen deutlich erhöht.

⁵² Vgl. RWI (1999), S. 65.

⁵³ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999), S. 86.

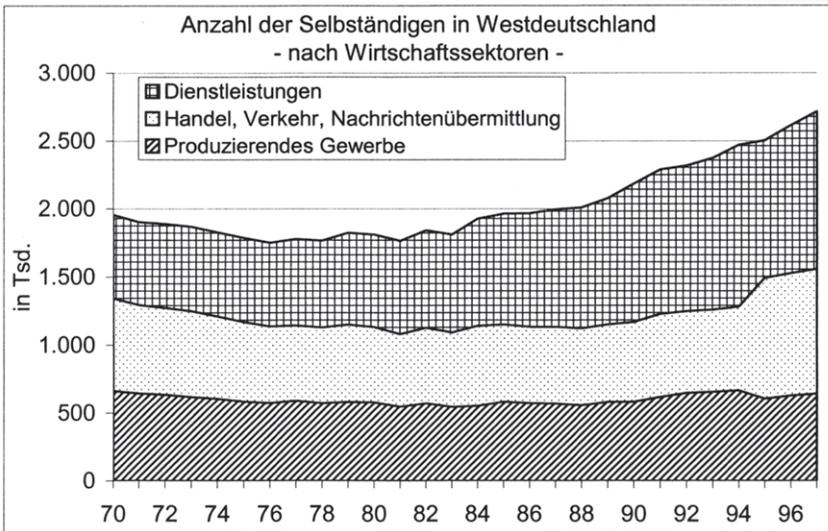


Abbildung 2-10: Sektorale Entwicklung der Selbständigenzahl in Westdeutschland⁵⁴

Seit 1970 nahm die Zahl der Selbständigen in Westdeutschland vor allem im Dienstleistungsbereich mit über 700.000 stark zu. Besonders stark stieg die Selbständigenzahl in der zweiten Hälfte der achtziger und den frühen neunziger Jahren.

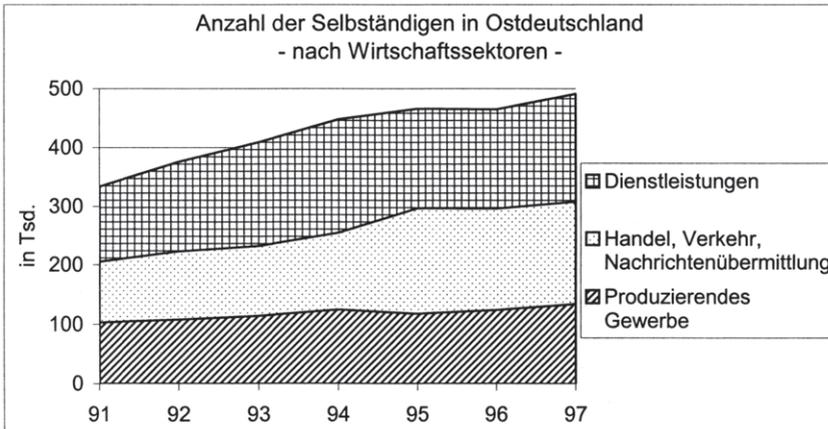


Abbildung 2-11: Sektorale Entwicklung der Selbständigenzahl in Ostdeutschland⁵⁵

⁵⁴ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999), S. 86.

⁵⁵ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999), S. 86.

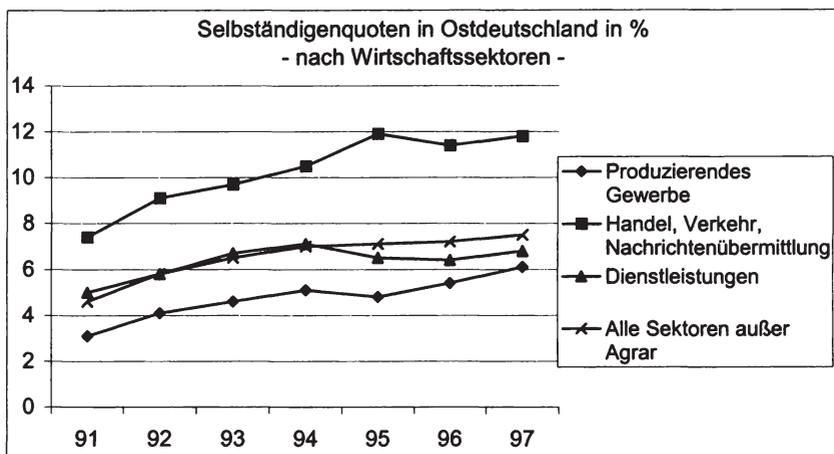


Abbildung 2-12: Sektorale Entwicklung der Selbständigenquote in Ostdeutschland⁵⁶

In *Ostdeutschland* hat sich die Selbständigenzahl nach der Wiedervereinigung deutlich erhöht. Die *Selbständigenquote* hat sich *dem westdeutschen Niveau* zwar *angenhört*, dieses *jedoch noch nicht erreicht*. Am geringsten ist der Abstand im Sektor ‚Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung‘ und am ausgeprägtesten im Sektor ‚Dienstleistungen‘.

Außerhalb der Landwirtschaft gab es in *Gesamtdeutschland* 1997 rund 3,2 Mio. Selbständige, das entspricht einer Selbständigenquote (ohne Agrarwirtschaft) von 9,2%. Nachdem die Selbständigenzahl in den alten Bundesländern bis Mitte der siebziger Jahre zurückgegangen war, stieg sie im Zeitraum 1976 bis 1997 von 1,8 Mio. auf 2,7 Mio. und die Selbständigenquote erhöhte sich von 7,3% auf 9,6%. In Ostdeutschland stieg die Quote von 4,6% in 1991 auf 7,5% in 1997.⁵⁷

Einschließlich der agrarischen Wirtschaft gab es 1999 in Deutschland laut Mikrozensus des Statistisches Bundesamtes 3,594 Mio. Selbständige, was einer Selbständigenquote von 10,0% entspricht; auf Westdeutschland entfielen dabei 3,049 Mio. und auf Ostdeutschland 545 Tsd. Selbständige. Auffällig ist der *beschleunigte Anstieg der Selbständigenzahl in den neunziger Jahren*. Seit 1991 stieg die Zahl der Selbständigen in Deutschland um 557 Tsd., davon in Westdeutschland um 360 Tsd. und in Ostdeutschland um 197 Tsd.⁵⁸

⁵⁶ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999), S. 86.

⁵⁷ Vgl. RWI (1999), S. 84ff.

⁵⁸ Laut Mikrozensus gab es 1991 in Westdeutschland 2,689 Mio. und in Ostdeutschland 348 Tsd. Selbständige.

Die quantitative Analyse der *Selbständigenentwicklung der letzten drei Jahrzehnte ergibt keine Hinweise auf das Vorhandensein einer Selbständigen- bzw. Unternehmerlücke gegenüber früheren Zeiträumen.*

2.3.3 Selbständigkeit im internationalen Vergleich

Die These von der Unternehmerlücke könnte auch dann begründet sein, wenn die Selbständigenquote in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern sehr niedrig ausfällt. Dies wird im folgenden untersucht.

Da der Agrarsektor in Südeuropa immer noch einen hohen Anteil der Beschäftigten bindet, werden die Selbständigenquoten vergleichbar gemacht, indem man sie um die Selbständigen in der Landwirtschaft bereinigt. Die Abbildung zeigt die Höhe der Selbständigenquoten in ausgewählten OECD-Ländern.

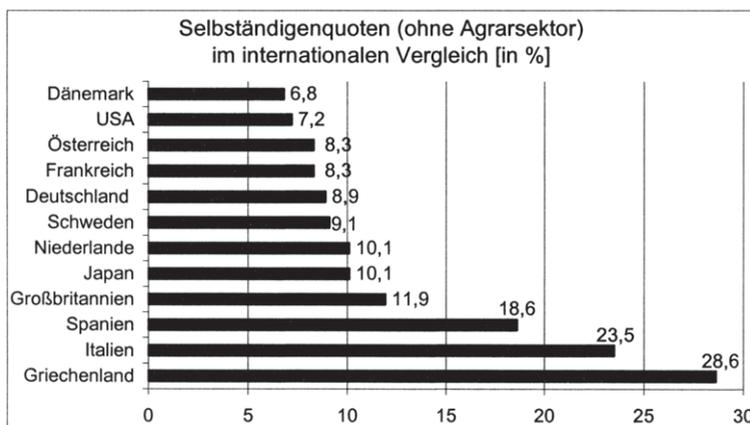


Abbildung 2-13: Selbständigenquoten im internationalen Vergleich⁵⁹

Der internationale Vergleich der Selbständigenquoten zeigt ein sehr unterschiedliches Niveau und verschiedene Entwicklungsverläufe in den Ländern der OECD. Im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern befindet sich Deutschland 1997 mit einer Selbständigenquote von 8,9% laut OECD im unteren Mittelfeld. In Großbritannien ist die Quote mit 11,9% deutlich, in Schweden und den Niederlanden mit 9,1% bzw. 10,1% nur etwas höher als in Deutschland. Nach OECD-Angaben haben Dänemark (6,8%), die USA (7,2%), Frankreich (8,3%) und Österreich (8,3%) eine niedrigere Selbständigenquote als Deutschland.

⁵⁹ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial der OECD (2000).

Tabelle 2-6: Selbständigenquoten ohne Agrarsektor im internationalen Vergleich⁶⁰

Angaben in %	1973	1979	1983	1989	1990	1994	1996	1997
Deutschland⁶¹	9,1	8,2	7,5	7,8	7,8	8,5	8,9	8,9
Griechenland	k. A.	32,0	29,3	28,7	28,8	29,7	29,1	28,6
Italien	23,1	19,6	21,5	23,2	23,0	23,1	23,8	23,5
Spanien	17,1	16,5	17,9	18,3	17,8	19,4	19,1	18,6
Großbritannien	7,3	6,6	8,6	12,6	12,6	12,2	11,9	11,9
Japan	15,2	15,1	14,2	12,8	12,2	10,6	10,1	10,1
Niederlande	k. A.	8,8	8,6	7,9	7,9	9,5	9,9	10,1
Schweden	4,8	4,5	4,8	7,1	7,3	9,0	9,1	9,1
Frankreich	11,4	10,6	10,5	10,5	9,3	8,7	8,4	8,3
Österreich	11,7	8,9	8,1	6,7	6,7	6,7	8,3	8,3
USA	6,7	7,1	7,8	7,5	7,5	7,5	7,3	7,2
Dänemark	9,6	9,4	8,7	7,0	7,3	6,8	7,2	6,8

Im internationalen Vergleich verlief die Entwicklung der Selbständigenquoten sehr unterschiedlich. In Deutschland sind seit Anfang der achtziger Jahre in allen nicht-agrarischen Bereichen steigende Selbständigenquoten zu beobachten. 1979 lag die Selbständigenquote ohne Agrarsektor im früheren Bundesgebiet bei 8,2% und 1997 in Gesamtdeutschland bei 8,9%. In Großbritannien nahm sie dagegen stärker zu von 6,6% in 1979 auf 11,9% in 1997, während sie in Frankreich von 10,6% auf 8,3% und in Japan von 15,1% auf 10,1% deutlich zurückging. Im gleichen Zeitraum stieg die Selbständigenquote in den USA geringfügig von 7,1% auf 7,2%. Die Entwicklung der Selbständigenzahl sowohl in Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten kann im internationalen Vergleich weder als besonders spektakulär, noch als zurückhaltend bezeichnet werden, sondern fällt in beiden Ländern moderat aus. Die Selbständigenquote in den USA, die regelmäßig für ihr unternehmerisches Klima gelobt werden, war bereits vor dreißig Jahren und ist auch heute noch auf konstant niedrigem Niveau, obwohl die amerikanische Gesellschaft als mobiler, risikobereiter und individualistischer gilt, das soziale Netz weitmaschiger und der Arbeitsmarkt weniger reguliert ist als in den mitteleuropäischen Wohlfahrtsstaaten.⁶²

Die Selbständigenquote der USA wird von der OECD gegenüber der deutschen Quote etwas zu niedrig ausgewiesen wird, weil vom „Bureau of Labour Statistics“ nur „unincorporated self-employed persons“, d.h. Einzelkaufleute und Eigentümer von Personengesellschaften, als Selbständige gezählt werden. „Incorporated self-employed persons“, welche etwa den geschäftsführenden Gesellschaftern einer GmbH in Deutschland entsprechen, gelten formal-juristisch

⁶⁰ Quelle: OECD (2000).

⁶¹ Bis einschließlich 1990 nur alte Bundesländer.

⁶² Vgl. MÜLLER (2000), S. 17ff.

als abhängig Beschäftigte und werden nicht berücksichtigt. Die an die deutsche Selbständigenquote angepasste Quote für die USA beläuft sich für 1998 laut MÜLLER, K. (2000,19) auf 10,2% und liegt damit leicht über der auf Basis des Mikrozensus für Gesamtdeutschland ermittelten Selbständigenquote von 10,0%. Die *These von der Selbstängigenlücke in Deutschland findet im internationalen Vergleich keine Bestätigung*. Auch die als vorbildlich für unternehmerische Mobilisierung geltenden USA weisen ähnlich hohe Selbstängigenquoten auf wie Deutschland.⁶³

Dass eine rein quantitative Erhöhung der Selbstängigenzahl wirtschaftspolitisch nicht erstrebenswert ist, verdeutlichen die südlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, wo sich die Selbstängigenquote auf konstant hohem Niveau bewegt. Die Tatsache, *dass insbesondere relativ schwächer entwickelte Volkswirtschaften und Regionen hohe Selbstängigenquoten aufweisen, widerspricht der These, höhere Selbstängigenquoten gingen mit höherem wirtschaftlichen Wachstum einher*. Das Gegenteil ist der Fall: *Der Vergleich verschiedener Volkswirtschaften zeigt, dass eine hohe Selbstängigenquote deutlich positiv mit einem geringen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf korreliert*. Die Entwicklung der führenden Industrieländer zeigt, dass die Selbstängigenquote mit der Industrialisierung und Verbreitung der Lohnbeschäftigung bei großbetrieblichen Produktionsformen beinahe stetig zurückgeht und dass sehr hohe Selbstängigenquoten durchaus als Indikator für einen generellen Rückstand in der wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere für einen unzureichenden Industrialisierungsgrad zu interpretieren sind. Ferner ist festzustellen, dass *Länder mit einer relativ niedrigen Selbstängigenquote auch relativ niedrige Arbeitslosenquoten* aufweisen, während andere Länder wie etwa Belgien, Irland und insbesondere Spanien hohe Arbeitslosenquoten bei einem gleichfalls hohen Anteil von Selbstängigen haben. Selbstängigenquote und Arbeitslosenquote in den verschiedenen OECD-Ländern sind positiv korreliert. Es ist davon auszugehen, dass sich Arbeitslose bei einem Mangel an Beschäftigungsoptionen verstärkt selbstständig machen.

Einerseits sind hohe Selbstängigenquoten charakteristisch für Volkswirtschaften mit einer niedrigen Industrialisierung, andererseits kehrte sich der langfristige Trend sinkender Selbstängigenquoten in vielen hoch entwickelten Industriestaaten Anfang der achtziger Jahre um. So stellt die OECD von 1979-90 in 12 von 20 Staaten ein schnelleres Wachstum der Selbstängigen als der gesamten nicht landwirtschaftlichen Beschäftigung fest, überdurchschnittlich in Belgien, Irland, Italien, Portugal und Großbritannien. Hinter der *Selb-*

⁶³ Vgl. MÜLLER (2000), S. 19f.

ständigenzunahme verbergen sich *vor allem kleine Unternehmen, deren sektoraler Schwerpunkt im Bereich der Dienstleistungen liegt.*

Eine wesentliche Ursache für die statistisch niedrige Selbständigenquote in Deutschland ist, dass der industrielle Sektor hierzulande einen weit überdurchschnittlichen Erwerbstätigenanteil und eine ausgesprochen niedrige Selbständigenquote aufweist, die durchaus im Zusammenhang mit der spezifischen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gesehen werden kann.⁶⁴ *Im Dienstleistungssektor liegt die westdeutsche Selbständigenquote* 1997 mit 13,6% (Handel/Verkehr/Nachrichten) bzw. 10,0% (sonstige Dienstleistungen) *international im mittleren bis oberen Bereich.* Nur sieben EU-Länder weisen hier höhere Werte auf, darunter die fünf Länder Spanien, Portugal, Italien, Irland und Griechenland, die eine grundsätzlich andere wirtschaftliche Entwicklung als Deutschland aufweisen. *Deutschland hat auch im internationalen Vergleich kein Defizit an Selbständigen.* Vielmehr zeigt sich, dass die Höhe der Selbständigenquote einer Volkswirtschaft und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stark negativ korreliert sind.

2.3.4 Veränderung der Selbständigenstruktur in Deutschland

Bezüglich der Beschäftigungswirkung von Existenzgründungen interessiert, inwieweit sich hinter der zunehmenden Selbständigenzahl auch eher atypische Erwerbsformen, wie Scheinselbständigkeit oder Formen prekärer Selbständigkeit, verbergen. Sieht man einmal vom Rückgang an selbständigen und zum großen Teil allein arbeitenden Landwirten ab, stieg die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen in den achtziger Jahren im Gleichklang mit dem Anstieg der Selbständigen insgesamt. Seit 1994 vollzieht sich jedoch eine augenfällige Veränderung in der Selbständigenstruktur in Deutschland, denn seitdem ist der Anstieg der Selbständigenzahl sowohl in West- als auch in Ostdeutschland primär auf die Zunahme von Ein-Personen-Unternehmen zurückzuführen. Von 1994 bis 1998 stieg in Deutschland die Zahl der Selbständigen ohne weitere Beschäftigte um 380 Tsd., während die Zahl der Selbständigen mit Beschäftigten um 20 Tsd. sank. Nachdem die Zahl der Selbständigen mit Beschäftigten zwischen 1994 und 1996 um rund 60 Tsd. sank, stieg sie zwischen 1996 und 1998 wieder um

⁶⁴ Die gesamtwirtschaftliche Selbständigenquote entspricht dem gewichteten arithmetischen Mittel der sektorspezifischen Selbständigenquoten, die entsprechend der Anteile der Erwerbstätigen der jeweiligen Sektoren an allen Erwerbstätigen gewichtet werden. Da die Selbständigenquote im Dienstleistungssektor i.d.R. höher ist als im Industriebereich, haben Länder mit einem hohen Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tendenziell auch eine höhere Selbständigenquote. Vgl. LEICHT/PHILIPP (2000).

40 Tsd. Die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen stieg im Zeitraum 1996 bis 1998 dagegen um 150 Tsd.⁶⁵

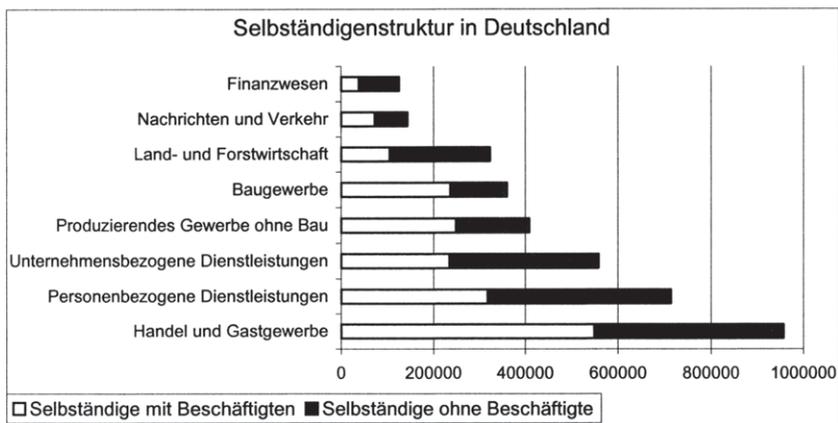


Abbildung 2-14: Selbständigenstruktur in Deutschland 1998⁶⁶

1998 arbeitete fast genau die Hälfte aller Selbständigen ohne weitere Beschäftigte. Unter den Selbständigen mit Beschäftigten überwiegen die kleinen Unternehmen, und nur etwa jeder achte aller Selbständigen beschäftigt mehr als vier Arbeitnehmer. Dass in Deutschland jeder zweite Selbständige keine weiteren Beschäftigten hat, ist international vergleichbar geringer Anteil. In den meisten europäischen Ländern beläuft sich der Anteil der Ein-Personen-Unternehmen unter den Selbständigen auf mehr als zwei Drittel. Einhergehend mit einer Kapitalakkumulation und Konzentration in den nationalen Märkten sanken die Selbständigenquoten in den siebziger Jahren international. **Heute nimmt die Selbstständigkeit dagegen in vielen Staaten, vor allem in den Dienstleistungsbereichen, zu. Dabei zeichnet sich ein Trend zum Alleinunternehmer ab.**

Die auffällige Zunahme an Alleinunternehmern gibt zu Bedenken, ob nicht die hohe Arbeitslosigkeit viele zur (Schein-)Selbstständigkeit zwingt. **Möglich ist dabei ein Einfluss der staatlichen Förderung von vormals arbeitslosen Existenzgründern**, die von vielen Staaten der EU und OECD praktiziert wird.⁶⁷ Seit 1994 die Förderbedingungen für das Überbrückungsgeld der BfA für vormals arbeitslose Existenzgründungen stark verbessert wurden, setzte auch in

⁶⁵ Vgl. LEICHT/PHILIPP (2000).

⁶⁶ Quelle: LEICHT/PHILIPP (2000).

⁶⁷ S.u.: 4.2.3 Beschäftigungsbeitrag der mit Überbrückungsgeld geförderten Gründer.

Deutschland ein deutlicher Trend zur Gründung von Ein-Personen-Unternehmen ein.⁶⁸

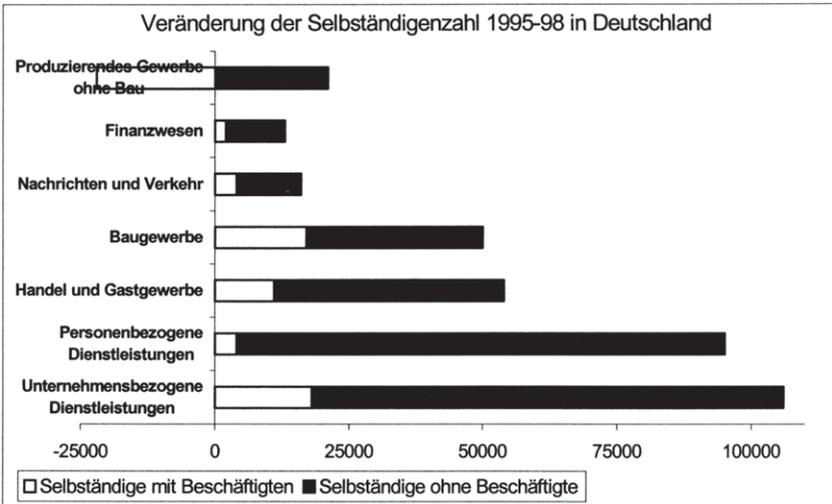


Abbildung 2-15: Veränderung der Selbständigenstruktur im Zeitraum 1995-98⁶⁸

In den letzten Jahren stieg in allen Wirtschaftszweigen die Zahl der Selbständigen ohne Beschäftigte weitaus stärker an als die der Selbständigen mit Beschäftigten. *Unternehmensbezogene Dienstleistungen* (Grundstückswesen, Vermietung und andere Dienstleistungen für Unternehmen) *und personenbezogene Dienstleistungen* (Erziehung, Unterricht, Gesundheit und sonstige persönliche Dienste) *verzeichneten* die bei weitem *stärkste Zunahme an Ein-Personen-Unternehmen*, während der Zuwachs bei den distributiven und monetären Dienstleistungen (Nachrichten, Verkehr, Handel, Finanzbereich) vergleichsweise geringer war.

Das *produzierende Gewerbe* verzeichnet als einziger Wirtschaftsbereich einen *absoluten Rückgang der Selbständigen mit Beschäftigten*, der durch die Zunahme an Selbständigen ohne Beschäftigte fast kompensiert werden konnte, so dass die absolute Zahl der Selbständigen relativ unverändert blieb. Bleibt die Zahl der Selbständigen unverändert und nimmt der Anteil der Ein-Personen-Unternehmen zu, verringert sich jedoch die Beschäftigtenzahl in dem betreffenden Wirtschaftsbereich. *Der Beschäftigungsrückgang im Industriesektor wird durch die Gründung von Ein-Personen-Unternehmen nicht kompensiert.*

⁶⁸ S.u.: 3.2.3.2 Überbrückungsgeld der BfA für vormals arbeitslose Existenzgründer.

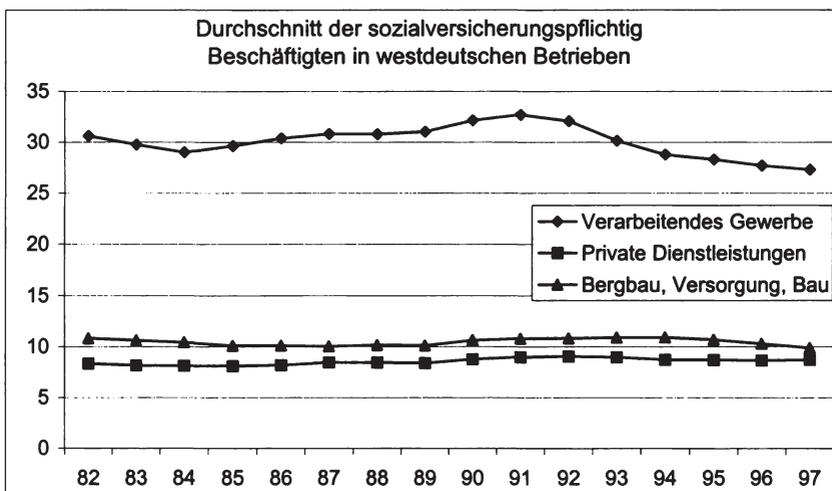


Abbildung 2-16: Entwicklung der Beschäftigtenzahl in westdeutschen Betrieben⁶⁹

Im Verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands sinkt seit 1992 der Durchschnitt der Beschäftigten pro Betrieb, während sie im Dienstleistungsbereich relativ konstant bleibt. Allerdings haben Industriebetriebe durchschnittlich dreimal mehr Beschäftigte als Dienstleistungsbetriebe.⁷¹ Existenzgründungen im Verarbeitenden Gewerbe haben entsprechend allgemein ein deutlich höheres Beschäftigungspotential als Gründungen in den Freien Berufen oder bei den Anbietern privater Dienstleistungen.

Durch Externalisierung von Leistungen, die im Zuge der Flexibilisierung der Beschäftigungsformen verstärkt an Selbständige vergeben werden, nimmt die Selbstständigenzahl insbesondere in Dienstleistungsbereichen mit niedrigen Markteintrittsbarrieren⁷² zu. In Zeiten konstant hoher Arbeitslosenzahlen gewinnt der Weg in die Selbständigkeit zudem an Attraktivität. Solange der wirtschaftliche Strukturwandel eine verstärkte Freisetzung vorwiegend gering qualifizierter Arbeitnehmer verursacht und die damit verbundenen Einkommenseinbußen im Zuge einer Redimensionierung der sozialen Sicherungssysteme möglicherweise noch verstärkt werden, sinken für die von Arbeitslosigkeit Betrof-

⁶⁹ Quelle: LEICHT/PHILIPP (2000).

⁷⁰ Eigene Berechnungen basierend auf Zahlenmaterial des RWI (1999).

⁷¹ Vgl. RWI (1999), S. 109.

⁷² Dies betrifft v.a. den geringeren Kapitaleinsatz.

fenen die Opportunitätskosten der Selbständigkeit auch bei nur bescheidenen Einkommenserwartungen.⁷³

Die Chancen einer zunehmenden Selbständigkeit und die Notwendigkeit der Herstellung einer gewissen Startchancengerechtigkeit zwischen den potentiellen Gründern und den etablierten Unternehmen sprechen für Gründungsförderung. Jedoch besteht auch die *Gefahr sozialpolitischer Probleme bei Scheinselbständigkeit*, Teilzeitselbständigkeit und anderen Misch- und Übergangsformen zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbsarbeit. Bezüglich des Ausmaßes der Scheinselbständigkeit in Deutschland gibt es nur grobe Schätzungen. Laut DIETRICH (1996, 7) befinden sich rund 3,2 Mio. Menschen in einer Grauzone zwischen abhängiger Erwerbstätigkeit und wirtschaftlicher Selbständigkeit (Scheinselbständigkeit), das sind 3,9% der deutschen Wohnbevölkerung. Damit haben laut RWI (1999, 87) rund 2,9% aller Erwerbstätigen einen Erwerbsstatus, der in einer Grauzone zwischen Selbständigkeit und abhängiger Erwerbsarbeit angesiedelt ist.

Die Formen und Bedingungen der Erwerbsarbeit ändern sich nicht nur im innerbetrieblichen Bereich, wo Produktivitätssteigerungen erreicht werden sollen durch mehr Flexibilität hinsichtlich Arbeitszeit, Organisation, Teilzeit, Befristung von Arbeitsverträgen sowie durch mehr innerbetriebliche Selbständigkeit, sondern der Wandel der Erwerbsarbeit findet auch Ausdruck in einer veränderten Rolle der beruflichen Selbständigkeit. Ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und dem Anstieg der Gründungsaktivitäten wird vermutet⁷⁴, konnte jedoch empirisch nie nachgewiesen werden.⁷⁵ Eine lang anhaltende, vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit in relevanten Teilarbeitsmärkten wird jedoch als Stimulus interpretiert, sich in Richtung einer selbständigen Arbeit zu orientieren.⁷⁶ Ob sich die *Selbständigenstruktur zukünftig* weiter in Richtung Alleinunternehmer verändert, ist *offen*. Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf Basis der Gewerbeanmeldungen zeigen, dass in West-

⁷³ Nach Daten des Statistischen Bundesamtes hatten 1995 63% der Selbständigen ohne Beschäftigte ein Netto-Monatseinkommen von unter 3000 DM, während dies nur bei 39% der Selbständigen mit ein bis vier Beschäftigten und 19% der Selbständigen mit mehr als vier Beschäftigten der Fall war. Vgl. LEICHT/PHILIPP (2000).

⁷⁴ SENGENBERGER (1988, 495) vermutet, dass es analog zur Entwicklung in den zwanziger und dreißiger Jahren auch in den achtziger Jahren aufgrund der krisenhaften Arbeitsmarktentwicklung zu einem steigenden Anteil von Unternehmensgründungen kam, die aus einer wirtschaftlichen Notlage erfolgten.

⁷⁵ Vgl. RWI (1999), S. 89.

⁷⁶ Vgl. BÖGENHOLD (1989), S. 268. Dieser von BÖGENHOLD/STABER (1990) auf Nationalstaatenbasis nachgewiesene Zusammenhang wird von MEAGER (1992) und REYNOLDS et al. (1994) bestritten.

deutschland die Zahl von Kleinst- und Nebenerwerbsgründungen 1999 um 7% niedriger war als 1998, während Neugründungen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2½ Prozent zugenommen haben. In Ostdeutschland war dagegen die Zahl der Neugründungen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999 um 7% niedriger als 1998, während bei den Kleinst- und Nebenerwerbsgründungen lediglich ein leichter Rückgang der Gründungszahl um 2% zu verzeichnen war.

2.3.5 Fazit

Grund für die Einführung staatlicher Existenzgründungshilfen war ursprünglich der *schwindende Unternehmensbestand Anfang der siebziger Jahre*. Dieses quantitative Argument verlor an Bedeutung, seitdem der *Saldo zwischen Gründungen und Liquidationen seit 1976 stets positiv* war. Aus der langfristigen Analyse der Selbständigenentwicklung der letzten drei Jahrzehnte ergeben sich *keine* Hinweise auf das Vorhandensein einer *Selbständigenlücke gegenüber früheren Zeiträumen* und *auch im internationalen Vergleich hat Deutschland kein Defizit an Selbständigen*.

Vielmehr zeigt sich, dass die *Höhe der Selbständigenquote* einer Volkswirtschaft und das *Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stark negativ korreliert* sind. Dass *relativ schwächer entwickelte Volkswirtschaften* in der Regel *höhere Selbständigenquoten* aufweisen und dass auch in Deutschland ein Trend zum Alleinunternehmer und zur Scheinselbständigkeit zu beobachten ist zeigt, dass die quantitative Entwicklung der Selbständigenzahl für die Fixierung gründerpolitischer Zielvorgaben nicht ausreicht und der Erfolg der Gründungsförderung nicht nur nach der Quantität der geförderten Unternehmen, sondern auch nach der Qualität der neu entstandenen Unternehmen und der Zahl der von ihnen geschaffenen Arbeitsplätze zu beurteilen ist.⁷⁷ Nicht die Zahl der Grün-

⁷⁷ Im Verarbeitenden Gewerbe etwa lassen sich unterscheiden:

- *Junge technologieorientierte Unternehmen*, die sich mit neuen Technologien wie Laser-, Roboter-, Bio- und Gentechnologie befassen;
- *KMU mit einer Nischenstrategie in technologieintensiven Marktsystemen*, die eng mit dem Abnehmer zusammen arbeiten und meist selbst zum Investitionsgütergewerbe gehören oder aufwendige, kundenspezifische Software entwickeln;
- *Zulieferbetriebe*, die Einzelteile häufig nach genauer Spezifikation ihrer Abnehmer herstellen, Teilemontage ausführen oder einfachere Softwarelösungen erstellen;
- *traditionelle KMU*, die sich meist in strukturschwachen, wenig FuE-intensiven Industriesektoren wie Textil-, Bekleidungs-, Holzindustrie finden.

Hinsichtlich der Erschließung neuer Marktsegmente und der Schaffung neuer Arbeitsplätze sind die erste und die zweite Gruppe besonders interessant, wobei die Grenzen zwischen den Gruppen fließend sind.

dungen ist entscheidend für Wachstum und Beschäftigung einer Volkswirtschaft, sondern die Beschäftigungsintensität, die Wirtschaftskraft und die Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen und deren Fähigkeit, bewährte und innovative Produkte auf offenen Märkten erfolgreich abzusetzen. Solche qualitativen Eigenschaften von Unternehmen sind wichtiger als ihr Alter. Im folgenden Abschnitt werden die besonderen qualitativen Eigenschaften von Existenzgründungen und ihre Bedeutung für Beschäftigung und Strukturwandel untersucht.

2.4 Qualitative Bedeutung von Existenzgründungen

Die Analyse der qualitativen Bedeutung von Existenzgründungen wird dadurch erschwert, dass es eine in der theoretischen Wirtschaftspolitik allgemein anerkannte Grundlage der Mittelstandspolitik, in Gestalt einer von der Wissenschaft allgemein akzeptierten Theorie einer größenbezogenen Strukturpolitik, nicht gibt. Als strukturpolitische Argumente für staatliche Existenzgründungsförderung werden Elemente normativer Theorie, Versatzstücke explizierender Theorie, wenig systematisierte empirische Erkenntnisse zur Rolle der KMU im Strukturwandel sowie diverse Ad-hoc-Theorien zu den Wirkungsmechanismen von Fördermaßnahmen herangezogen.⁷⁸

2.4.1 Gleichgewichtstheorie

Mit dem Erscheinen der neoklassischen Gleichgewichtstheorie verschwindet der Unternehmer Anfang des 20. Jahrhunderts weitgehend aus der theoretischen Literatur. Lediglich Ansätze finden sich bei ALFRED MARSHALL (1920, 263), der die Wirtschaft als einen Wald beschreibt, in dem *„...sich die jungen Bäume durch die lähmenden Schatten ihrer älteren Rivalen nach oben kämpfen.“* Dies deutet auf einen dynamischen Prozess, in dem sich junge aufsteigende Unternehmen ihren Platz gegen alteingesessene Firmen erkämpfen müssen, wobei viele Junge scheitern, aber auch träge gewordene alte Unternehmen liquidiert werden und Platz für die erfolgreichen Aufsteiger machen. Die von ADAM SMITH initiierte und von ALFRED MARSHALL begründete neoklassische Gleichgewichtstheorie simplifiziert die ökonomische Wirklichkeit, indem sie von vollkommenen Märkten ausgeht. Der Konsument ist hier ein nutzenmaximierender Homo oeconomicus, der bei vollkommener Markttransparenz über sämtliche Produkte, Preise und Handlungsalternativen informiert ist und die optimale Alternative auswählt. Da Güter als homogen behandelt werden, bleibt die Produktinnovation als unternehmerische Differenzierungsmöglichkeit gegen-

⁷⁸ Vgl. RWI (1999), S. 107ff.

über Konkurrenten unberücksichtigt. Da außerdem vollkommene Konkurrenz angenommen wird, bleibt dem Unternehmer als Handlungsparameter ausschließlich die Mengenanpassung. Markteintrittsstrategien etwa durch Differenzierung, Kostenführerschaft oder Konzentration auf eine Nische verletzen das neoklassische Prämissenkonstrukt.⁷⁹

Dynamische Prozesse der Gründung und Liquidation sowie des Wachstums und der Schrumpfung von Unternehmen fallen nicht in den Erklärungsbereich der neoklassischen Gleichgewichtstheorie, und entsprechend finden sich hier kaum brauchbare Hypothesen zur qualitativen Bedeutung von Existenzgründungen. Im Fokus der neoklassischen Gleichgewichtstheorie stehen *Großunternehmen*, denen aufgrund von *positiven Skaleneffekten* eine komparativ höhere Leistungs- und Innovationsfähigkeit unterstellt wird. Großbetriebliche Wirtschaftsstrukturen werden als Wegbereiter des technischen Fortschritts angesehen, während KMU noch bis Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts als ökonomisches Auslaufmodell gelten. Die Entwicklung einer Volkswirtschaft wird rein quantitativ behandelt, wobei eine Erhöhung der Produktionsfaktoren und eine Optimierung der Ressourcenallokation notwendig und hinreichend für wirtschaftliche Entwicklung sind. Technischer Fortschritt wird nicht näher erklärt, sondern als exogener Faktor angesehen. Erst SOLOWS (1957) empirischer Nachweis, dass über 87 Prozent des Einkommenswachstums der Vereinigten Staaten nicht durch Kapital- oder Bevölkerungswachstum erklärt werden können, macht die große Bedeutung des technischen Fortschritts für gesamtwirtschaftliches Wachstum deutlich.

Die *Bedeutung des Unternehmers für die wirtschaftliche Entwicklung wird von der neoklassischen Literatur nicht gewürdigt*, jedoch auch niemals ernsthaft bestritten. Abgesehen von der Wettbewerbstheorie und den Definitionen der Marktformen spielen in der Wirtschaftstheorie der Unternehmensbestand, die Unternehmensgrößenstruktur und die Selbständigenquote nur eine geringe Rolle. Eine Theorie zur gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungswirkung von Existenzgründungen existiert ebenfalls nicht.

⁷⁹ Vgl. KAHMANN (2000), S. 12.

2.4.2 Innovations- und Wachstumstheorien

2.4.2.1 Schumpeters Prozess der schöpferischen Zerstörung

Mit Aussicht auf außergewöhnlich hohe Gewinne und angesichts eines anhaltenden Wettbewerbsdrucks forschen Unternehmen nach *Produktinnovationen*, die durch das Hervorbringen neuer Produkte neue Märkte schaffen, und *Prozessinnovationen*, die es ermöglichen, effizienter zu produzieren und damit gegebenenfalls preisgünstiger anzubieten.

Der bedeutende österreichische Nationalökonom JOSEPH SCHUMPETER versteht wirtschaftliche Entwicklung daher primär als einen Prozess schöpferischer Zerstörung und widerspricht dem Gleichgewichtsansatz der Neoklassik: „[G]ewöhnlich wird nur das Problem betrachtet, wie der Kapitalismus mit bestehenden Strukturen umgeht, während das relevante Problem darin besteht, wie er sie schafft und zerstört... Der fundamentale Antrieb, der die kapitalistische Maschine in Bewegung setzt und hält, kommt von den neuen Konsumgütern, den neuen Produktions- oder Transportmethoden, den neuen Märkten, den neuen Formen der industriellen Organisation, welche die kapitalistische Unternehmung schafft“.⁸⁰

SCHUMPETER führt *wirtschaftliche Entwicklung* auf die *Durchsetzung neuer Faktorkombinationen (Innovationen)* zurück, nämlich auf (1) die Herstellung eines neuen Produkts oder einer neuen Qualität, (2) die Einführung einer neuen Produktionsmethode, (3) die Erschließung eines neuen Absatzmarktes, (4) die Erschließung einer neuen Rohstoff- oder Bezugsquelle oder (5) die Durchführung einer Neuorganisation.⁸¹

Nicht Routinehandlungen, sondern die Suche nach Neuem charakterisieren den Unternehmer. Sieht der Bankier und Ökonom RICHARD CANTILLON Anfang des 18. Jahrhunderts den „Entrepreneur“ als Risikoträger, welcher nach profitablen Geschäftsmöglichkeiten sucht, differenziert JEAN-BAPTISTE SAY ein Jahrhundert später zwischen Kapitalisten und Unternehmern und assoziiert letztere mit Innovationen. Ökonomen wie SCHMOLLER und auch COASE interpretieren den Unternehmer dagegen als Manager, der eher routinemäßig organisiert und Produktionsfaktoren kombiniert. SCHUMPETER greift auf JEAN-BAPTISTE SAY zurück und betont den innovativen Unternehmer (Entrepreneur), der neue Produkte, Märkte oder Produktionsverfahren erkennt und realisiert.⁸²

⁸⁰ SCHUMPETER (1993), S. 139.

⁸¹ Vgl. SCHUMPETER (1964), S. 100ff., KAHMANN (2000), S. 16ff.

⁸² Vgl. RWI (1999), S. 50.

Unternehmer sind laut SCHUMPETER (1964, 111) alle Wirtschaftssubjekte, „*deren Funktion die Durchsetzung neuer Kombinationen ist und die dabei das aktive Element sind.*“ Aufgabe des Unternehmers ist, dass er „*Dinge in Gang setzt*“⁸³ und dies betrifft weniger die Erfindung (Invention), als vielmehr deren Kommerzialisierung (Innovation). Der innovative Unternehmer setzt neue Kombinationen der begrenzten Produktionsmittel durch, initiiert einen Prozess schöpferischer Zerstörung und treibt die wirtschaftliche Entwicklung voran. SCHUMPETER (1993, 214) stellt fest, „*dass die Funktion der Unternehmer darin besteht, die Produktionsstruktur zu reformieren oder zu revolutionieren*“. Die Durchsetzung von Innovationen initiiert einen Prozess, „*der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur von innen heraus revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft*“.⁸⁴

Zentraler Mechanismus des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist der sich ständig wiederholende Prozess der Zerstörung bestehender durch die Schaffung neuer Kombinationen (Prozess schöpferischer Zerstörung). Innovative Produkte, die Konsumentenbedürfnisse besser befriedigen als das bisherige Angebot, haben Erfolg am Markt und generieren neue Nachfrage. Einerseits steigert die zusätzliche Nachfrage das Wirtschaftswachstum, andererseits verstärkt sich durch Innovationen der Wettbewerb, weil etablierte durch innovative Produkte verdrängt werden. Der Marktanteil etablierter Anbieter verringert sich und Kaufkraft wird von den etablierten zu den innovativen Unternehmen verschoben. Die schöpferische Zerstörung wird intensiviert durch den Markteintritt von Imitatoren und durch nachfolgende Innovationen. Durch Innovationen wird erstens zusätzliche Nachfrage und somit quantitatives Wachstum generiert und zweitens wird durch die Zerstörung bestehender Wirtschaftsstrukturen die Volkswirtschaft qualitativ weiterentwickelt. Innovationen können auch revolutionieren, indem sie existierende Märkte zerstören und durch neue ersetzen.

Die Verdrängung etablierter Unternehmen durch erfolgreiche Neueinsteiger beurteilt SCHUMPETER (1961, 103) als ökonomisch positiv und bezeichnet sie als einen Prozess „ *kreativer Zerstörung*“, in dem „*neue Produktionsfaktoren durch das Vorgehen neuer, für diesen Zweck gegründeter Unternehmungen in das System eindringen, während die vorhandenen oder ‚alten‘ Unternehmungen eine zeitlang wie früher weiter arbeiten und dann unter dem Druck der Konkurrenz (...) durch Anpassung an den neuen Stand der Dinge reagieren*“.⁸⁵

⁸³ SCHUMPETER (1993), S. 215.

⁸⁴ SCHUMPETER (1993), S. 137.

⁸⁵ Vgl. KAHMANN (2000), S. 16ff.

Da SCHUMPETER bei seiner Beschreibung des Prozesses wirtschaftlicher Entwicklung abstrakt bleibt, fehlt seiner Innovationstheorie die mathematische Präzision der neoklassischen Gleichgewichtstheorie, weshalb sie in der Wachstumstheorie nicht die ihr gebührende Beachtung fand.⁸⁶

2.4.2.2 *Klassische Wachstumstheorie*

Der Einfluss von Existenzgründungen auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird im folgenden mathematisch anhand der neoklassischen Wachstumstheorie dargestellt. Dabei wird das neoklassische Wachstumsmodell mit exogener Sparquote von SOLOW und SWAN zugrundegelegt.⁸⁷ Das Grundmodell der neoklassischen Wachstumstheorie unterstellt eine substitutionale Produktionsfunktion der Form

$$Y = f(K, L, T, t),$$

wobei der zum Zeitpunkt t hergestellte Güteroutput Y von den Faktoren Kapital (K), Arbeit bzw. „Labour“ (L) und Technologie (T) abhängt.

Eine einfache Produktionsfunktion, der eine vernünftige Darstellung tatsächlicher Volkswirtschaften zugeschrieben wird, ist die COBB-DOUGLAS-Produktionsfunktion. Unter Annahme einer linear-homogenen COBB-DOUGLAS-Produktionsfunktion der Form

$$Y = A \cdot L^\alpha \cdot K^\beta$$

(mit Y = Output, A = das von der Zeit abhängige Niveau der Technik, L = Arbeitseinsatz, K = Kapitalstock, α = partielle Produktionselastizität der Arbeit, β = partielle Produktionselastizität des Kapitals).

Mit konstanten Skalenerträgen ($\alpha + \beta = 1$) gilt:

$$Y = A \cdot L^\alpha \cdot K^{1-\alpha}.$$

Die Wachstumsrate des Outputs γ_Y beträgt

$$\gamma_Y = A^* + \alpha \cdot \gamma_L + (1-\alpha) \cdot \gamma_K.$$

(mit A^* = Rate des technischen Fortschritts, γ_L = Wachstumsrate des Arbeitsangebots, γ_K = Wachstumsrate des Kapitalstocks).

Im langfristigen Gleichgewicht wachsen der Output Y und der Kapitalstock K mit der gleichen Rate, so dass

$$\gamma_Y = \gamma_K = \gamma_L + \frac{A^*}{\alpha}.$$

⁸⁶ Vgl. RÖPKE (1979), S. 81ff.

⁸⁷ Vgl. BARRO/ SALA-I-MARTIN (1998), S. 17ff.

Unter der Bedingung, dass Existenzgründungen Innovationen hervorbringen und so die Arbeitsproduktivität erhöhen, muss entweder die Wachstumsrate des Outputs und des Kapitalstocks steigen oder die des Arbeitsangebots sinken, um das Beschäftigungsniveau zu erhalten. Sofern Existenzgründungen das Investitionsvolumen erhöhen, steigt wegen $\gamma_Y = \gamma_K = I / K$ auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Bei Gleichgewicht zwischen Geld- und Gütermarkt ($I = S$) setzt ein höheres Investitionsvolumen allerdings ceteris paribus eine höhere Ersparnisbildung sowie ein höheres Arbeitsangebot voraus.⁸⁸

Bleibt das Arbeitsangebot konstant und können Existenzgründungen die benötigten Arbeitskräfte nicht aus der Reserve der Arbeitslosen rekrutieren, treten Verdrängungseffekte auf, anstatt dass gesamtwirtschaftlich mehr Wachstum erzielt würde.

2.4.2.3 Neue Wachstumstheorie

Die neue Wachstumstheorie ist noch relativ jung und geht vor allem auf die Arbeiten von PAUL ROMER (1986) und ROBERT LUCAS (1988) zurück. PAUL ROMERS Kritik an der exogenen Erklärung des langfristigen Produktivitätswachstums führte zur Formulierung einer neuen Klasse von Wachstumsmodellen, in denen die *zentralen Determinanten des Wachstums modellendogen* sind. D.h., das langfristige Wachstum wird jetzt innerhalb dieser „Modelle des endogenen Wachstums“ bestimmt und hängt nicht mehr von exogen wachsenden Variablen, wie dem nicht weiter erklärten technischen Fortschritt, ab.⁸⁹

Die neue Wachstumstheorie versucht den Zusammenhang zwischen dem Wachstum einzelner Branchen und dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum sowie die Wirkungsweise wachstumsstimulierender staatlicher Maßnahmen zu erklären, indem positive externe Effekte infolge bestimmter Aktivitäten als maßgeblich für überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten in einzelnen Branchen

⁸⁸ Vgl. KURZ et al. (1990), S. 135f.

⁸⁹ Die wesentliche Eigenschaft der Modelle des endogenen Wachstums liegt in der Abwesenheit fallender Kapitalproduktivitäten. Am AK-Modell, dem einfachsten endogenen Wachstumsmodell, wird ersichtlich, dass die Beseitigung abnehmender Produktivitäten zu endogenem Wachstum führen kann. Die einfachste Version einer Produktionsfunktion mit konstanter Kapitalproduktivität ist die AK-Funktion $Y = A \cdot K$. Dabei ist A eine positive Konstante, welche den Stand der Technik darstellt. Der Pro-Kopf-Output pro Kopf der Bevölkerung beträgt $y = A \cdot k$, die Durchschnittsproduktivität und die Grenzproduktivität sind konstant auf dem Niveau $A > 0$ und das Wachstum des Güteroutputs $\gamma_Y = \gamma_K$. Man beachte, dass eine Volkswirtschaft, die durch eine AK-Technik beschrieben wird, auch ohne technischen Fortschritt ein positives langfristiges Wachstum (pro Kopf) entfalten kann. Die globale Abwesenheit abnehmender Kapitalproduktivitäten mag als unrealistisch erscheinen, wird aber plausibler, wenn K im weiten Sinn auch Humankapital umfasst.

und in der Gesamtwirtschaft angesehen werden. Die neue Wachstumstheorie unterstellt dabei eine *unbegrenzte Akkumulierbarkeit der Produktionsfaktoren Wissen und Humankapital, die ein stetiges Wachstum und kontinuierliche Produktivitätssteigerungen ermöglichen*. Technisches Wissen wird durch Forschung und Entwicklung erzeugt und Humankapital durch Bildung. Aufgrund von externen Effekten und internationalen Technologietransfers begründet die neue Wachstumstheorie, dass höhere Investitionsquoten dauerhaft höhere reale Wachstumsraten bewirken.⁹⁰ Die Erklärung liegt in der Berücksichtigung endogenen technischen Fortschritts. Dieser hat seine Ursache in der Akkumulation von technischem Wissen, das vor allem von Investitionen in Humankapital⁹¹, aber auch von Sachkapitalinvestitionen ausgeht. In den einschlägigen Modellen der neuen Wachstumstheorie werden Humankapitalakkumulation sowie erhöhte Investitionen in modernes Sachkapital und in die Gewinnung technischen Wissens analysiert. Das technische Wissen beschränkt sich nicht auf den Sektor, in dem die Investitionen vorgenommen werden, sondern überträgt sich auf andere Branchen. Beispielsweise werden durch die Gründung eines Elektronikunternehmens bessere Computerchips produziert, die Maschinenbaufirmen zur Herstellung leistungsfähigerer Produktionsanlagen benutzen, die schließlich der Automobilindustrie zu zusätzlichem Wachstum verhelfen. In diesem Fall erhöhen die in einem Unternehmen bzw. einer Branche entwickelten neuen Techniken auch die Produktivität in anderen Unternehmen bzw. Branchen.

Weil sich die sozialen Erträge des technischen Wissens nicht vollständig internalisieren lassen, hat das *technische Wissen teilweise den Charakter eines öffentlichen Gutes*.⁹² Dementsprechend fallen Investitionen geringer aus, als gesamtwirtschaftlich optimal wäre. Bekommen daher z.B. innovative technologieorientierte Gründungen *durch staatliche Förderung externe Erträge entgolten*, können entsprechend der neuen Wachstumstheorie die Investitionen in Wissen und Humankapital an das gesamtwirtschaftliche Optimum herangeführt und die langfristige Wachstumsrate erhöht werden.

⁹⁰ Dies steht im Gegensatz zur *traditionellen Wachstumstheorie*, nach der Änderungen der Investitionsquote den Wachstumspfad einer Volkswirtschaft nicht beeinflussen können.

⁹¹ Die konventionelle Wirtschaftstheorie, welche von sinkenden (Grenz-)Erträgen ausgeht, kann nicht auf Humankapital angewendet werden, denn hier wächst der Wert menschlicher Arbeit mit der gesammelten Erfahrung. Vgl. REICH (1996), S. 123f.

⁹² Angesichts der ökonomischen Globalisierung und der Entwicklung im Bereich der IuK-Technologien erfüllt technisches Wissen zunehmend die Kriterien eines öffentlichen Guts, welches ausländischen Unternehmen nur schwer vorenthalten werden kann und einer national orientierten Technologiepolitik enge Grenzen setzt. Vgl. BELLENDORF (1994), S. 233.

2.4.2.4 *Gibrats Gesetz*

Innovativer Unternehmer kann entweder ein Existenzgründer oder auch ein erfahrener Unternehmer sein, der ausgereifte Märkte verlässt, um neue zu erschließen. SCHUMPETER (1993, 215f.) geht von einer technischen Überlegenheit der Großunternehmen aus, da diese Innovationen in spezialisierten Forschungsteams institutionalisieren. Abgesehen von der Bestandssicherung wegen Absterben von Unternehmen hätten Existenzgründungen keine spezifische Funktion, die nicht auch von etablierten Unternehmen erbracht werden könnte. Auf lange Sicht würden Innovationen nur noch von Großunternehmen realisiert, während kleine Unternehmen verschwänden.⁹³ Großunternehmen sind nach SCHUMPETERS Theorie technologisch im Vorteil, während sie nach der neoklassischen Theorie Skalenvorteile haben. Beiden Theorien entsprechend müsste die Wirtschaftskonzentration zu Ungunsten kleiner Unternehmen zunehmen.⁹⁴ Dieser Annahme widerspricht *GIBRATS Gesetz*, wonach *kein systematischer Zusammenhang zwischen der Wachstumsrate und der Größe eines Unternehmens* besteht.⁹⁵ Untersuchungen zur Gültigkeit von *GIBRATS Gesetz* in Deutschland lassen keinen generell gültigen Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Unternehmenswachstum erkennen. WAGNER (1992, 125ff.) findet keine systematischen Wachstumsvorteile kleiner oder großer Unternehmen und weist die Gültigkeit von *GIBRATS Gesetz* in Bereichen der Konsumgüterindustrie empirisch nach. ALMUS/NERLINGER (1999b) untersuchen junge Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die zwischen 1989 und 1996 ge-

⁹³ Vgl. KAHMANN (2000), S. 23. ALOK CHAKRABARTI widerspricht der Hypothese, Großunternehmen seien innovativer als KMU, und stellt 1991 fest, dass kleine Unternehmen in den Vereinigten Staaten mehr Innovationen je für Forschung- und Entwicklung investierten Dollar hervorbringen als Großunternehmen.

⁹⁴ Gegen SCHUMPETERS Annahme einer zunehmenden Wirtschaftskonzentration sprechen die empirischen Ergebnisse von KIRCHHOFF (1994, 45ff.), der für den Zeitraum 1960 bis 1980 keine Erhöhung des Unternehmens- und Beteiligungsvermögens der 500 größten US-amerikanischen Unternehmen feststellen kann. Nicht erstarrte Marktstrukturen, sondern eine turbulente Unternehmensfluktuation kennzeichnen die amerikanische Wirtschaft. In den USA wurden in nur zehn Jahren 16% der den 500 größten Unternehmen zuzuordnenden Betriebe durch aufstrebende Unternehmen verdrängt, und 40% der 1980 an der amerikanischen Börse gehandelten Unternehmen sind jünger als zwanzig Jahre.

⁹⁵ Laut HALL (1987), EVANS (1987), KIRCHHOFF (1994) und JOVANOVIC (1994) wachsen kleine Unternehmen in den USA schneller als große Unternehmen, wobei die Wachstumsrate mit zunehmendem Unternehmensalter abnimmt. Dass *GIBRATS Gesetz* in den USA nicht zuzutreffen scheint und kleine Unternehmen dort höhere Wachstumsraten verzeichnen, kann nicht generell auf andere Länder übertragen werden. Beispielsweise können CONTINI/REVELLI (1989, 139ff) für Italien keine Korrelation zwischen der Größe und dem Wachstum von Unternehmen feststellen und bestätigen *GIBRATS Gesetz*.

gründet wurden, und finden bei kleineren Unternehmen höhere Wachstumspotentiale als bei größeren Unternehmen. Höhere Wachstumsraten von technologieorientierten Unternehmensgründungen können nicht festgestellt werden, dafür aber eine positive zeitliche Korrelation der jährlichen Wachstumsraten eines Unternehmens: Stark wachsende Unternehmen weisen i.d.R. auch in den Folgejahren hohe Wachstumsraten auf.⁹⁶

Die *industriökonomische Forschung konnte* bislang *weder für kleine noch für große Unternehmen eine generelle Überlegenheit im Innovations- und Wachstumsprozess* feststellen. Empirische Studien deuten auf einen positiven Zusammenhang zwischen Unternehmenswachstum und Innovationen, wobei Innovationen und Beschäftigungsimpulse ebenso von etablierten wie auch von jungen Unternehmen ausgehen können. ACS/AUDRETSCH (1993) ermitteln, dass abhängig von der Unternehmensgröße kein qualitativer Unterschied der Innovationen besteht, dass aber kleine Unternehmen mehr Innovationen pro Mitarbeiter hervorbringen als große Unternehmen. Nach KIRCHHOFF und PHILLIPS haben hoch innovative Neugründungen eine gleich hohe Überlebenswahrscheinlichkeit wie weniger innovative. Obwohl nur jede sechste Neugründung in hoch innovativen Branchen angesiedelt ist, erzielen fast doppelt so viele hoch innovative Neugründungen ein höheres Wachstum als Neugründungen in gering innovativen Branchen.⁹⁷ Wegen des überproportionalen Anteils gering innovativer Neugründungen ist deren absoluter Beschäftigungsbeitrag jedoch der größte.⁹⁸

2.4.2.5 Theorie nichtlinearer Zufallsprozesse

Wirtschaftliche Entwicklung verläuft infolge nichtlinearer Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge stark pfadabhängig. Charakteristisch sind positive, nichtlineare Rückkopplungen und irreversible Teilprozesse, die sich selbst verstärken, wobei bereits ein kleiner Wettbewerbsvorsprung einer Technologie in einer frühen Phase den weiteren Ablauf des Entwicklungsprozesses bestimmen kann.⁹⁹

⁹⁶ Bei KÖNIG (1994) ist die Wachstumsrate nahezu unabhängig von der Größe des Betriebes, aber die zeitliche Korrelation der Wachstumsraten wird bestätigt. Vgl. WEIBHUHN/WICHMANN (2000), S. 10.

⁹⁷ Zum empirischen Nachweis, dass technologieorientierte Existenzgründungen durchschnittlich höhere Wachstumsraten aufweisen als sonstige Existenzgründungen des Verarbeitenden Gewerbes vgl. ALMUS et al. (1999a), ALMUS et al. (1999b), STOREY/ TETHER (1998), LICHT/NERLINGER (1998) und OAKLEY (1993).

⁹⁸ Vgl. KIRCHHOFF (1994), S. 48. KIRCHHOFF/PHILLIPS analysierten die Wachstums- und Überlebensraten aller 1977 und 1978 neu gegründeten Einbetriebsunternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten.

⁹⁹ Vgl. ARTHUR (1990), S. 122ff.

Der Wettbewerbsvorsprung einer führenden Technologie vergrößert sich sehr schnell weiter und führt schließlich zu einer irreversiblen Dominanz dieser Technologie, dem sog. „lock in“.¹⁰⁰ Durch die Spezialisierung auf weniger erfolgreiche Technologien, die sich international nicht durchsetzen, kann es aber auch zu einem „lock in“ in einer ungünstigeren Entwicklung und damit zu Wachstumseinbußen kommen. Da laut ARTHUR (1989, 90) nicht vorhergesagt werden kann, welche Technologien sich im internationalen Innovationswettbewerb letztendlich durchsetzen werden, sollte bei der staatlichen Förderung junger technologieorientierter Unternehmen nicht nach Art der Technologie selektiert werden.

2.4.3 Gesamtwirtschaftliche Funktionen von Existenzgründungen

2.4.3.1 Existenzgründungen im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung

Marktwirtschaftliche Entwicklung, in deren Zentrum der Wettbewerb steht, ist gekennzeichnet durch strukturelle Veränderungen bzw. Instabilitäten auf der Mikroebene. Diese mikroökonomischen Instabilitäten sind notwendig, um auf der Makroebene Wachstum und Beschäftigung zu sichern und Stabilität zu erreichen. Einer Volkswirtschaft genügt dabei nicht ein hohes Maß an statischer Effizienz bei gleichbleibender Produktionstechnik, sondern sie benötigt vielmehr dynamischen Wettbewerb um Produkt- und Prozessinnovationen, um ihre Position im internationalen Wettbewerb zu sichern. Der SVR (1988) sieht im dynamischen Wettbewerb das Leitbild einer nach vorne gerichteten Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung. Durch den permanenten Druck des Wettbewerbs wird die Suche nach neuen Produkten (Produktinnovation), neuen Märkten (Marktinnovationen) und neuen Produktionsverfahren und Organisationsformen (Prozessinnovation), welche eine höhere Produktivität ermöglichen, in Gang gehalten.

Ob eine Innovation ein Erfolg wird, zeigt sich ex post nach Ablauf des Marktprozesses. Marktfähige Produkte können nicht a priori bestimmt werden, sondern ergeben sich als Resultat eines Prozesses von „trial and error“, bei dem neben der Intuition des Unternehmers Existenzgründungen als Experimentierfeld eine wichtige Rolle spielen.

Existenzgründer müssen nicht unbedingt Innovationen hervorbringen, sondern können auch in die Rolle des Imitators schlüpfen und zur schnelleren Erschließung von Marktnischen, zur Wissensdiffusion, zur Reduzierung von Gewinn-

¹⁰⁰ Vgl. ARTHUR (1989), S. 116ff.

margen und zur Vermeidung von Monopolpositionen beitragen. Der dynamische Wettbewerb benötigt beide Phasen in einem harmonischen Verhältnis, und Existenzgründungen leisten hierzu ihren Beitrag, indem sie entwicklungsinitiierende, strukturproportionierende, vitalisierende, Umverteilungs- und Beschäftigungsfunktionen übernehmen.

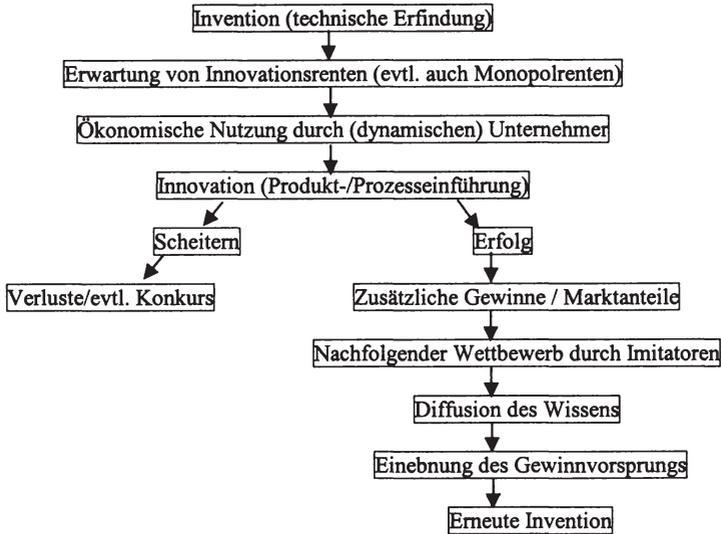


Abbildung 2-17: Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationskreislauf¹⁰¹

2.4.3.2 Entwicklungsmotivierende Funktion

Motor der wirtschaftlichen Entwicklung ist laut SCHUMPETER (1964, 100ff.) der innovative dynamische Unternehmer, der den Strukturwandel vorantreibt, indem er neue Kombinationen der begrenzten Produktionsmittel erkennt und realisiert und so zur schöpferischen Zerstörung beiträgt. HAYEK und KIRZNER legen SCHUMPETERS Innovationstheorie zugrunde und betonen die Erfolgsfaktoren Wissen und Information. Der Unternehmer sammelt hier vor allem Informationen über lukrative Geschäfte und realisiert Arbitragemöglichkeiten, während KNIGHT den Unternehmer insbesondere als Risikoträger interpretiert, der als Eigentümer die Folgen seiner unter Ungewissheit getroffenen Entscheidung trägt. Dass Existenzgründungen eine bedeutende Funktion im gesamtwirtschaftlichen Entwicklungs- und Wachstumsprozess haben und bei der Konstituierung und

¹⁰¹ Quelle: Eigene Darstellung.

Formierung neuer Märkte eine wesentliche Rolle spielen zeigt die Computerbranche, in der gemessen an Investitionssumme, Beschäftigung und Umsatz kleine Existenzgründungen entscheidende Impulse zur Branchenentwicklung auslösten. BILL GATES, STEVE JOBS und STEVE WOZNAK gründeten einst Garagenfirmen in der damals gerade entstehenden Computerbranche und ihre Pionierunternehmen entwickelten sich zu den Weltunternehmen Microsoft, Intel und Apple. Solch *entwicklungsinitiierende Existenzgründungen* sind von zentraler Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, denn sie *tragen zu* wesentlichen *Innovationsschüben bei* und *rufen neue wachstumsträchtige Branchen hervor*, indem sie weitere Gründungen durch Imitatoren, die an den Innovations- und Monopolrenten der Pionierunternehmer partizipieren wollen, nach sich ziehen. Auch wenn die Forschung und Entwicklung von Großunternehmen in vielen Bereichen dominiert, leisten junge technologieorientierte Unternehmen besonders im Frühstadium der Branchenentwicklung entscheidende Innovationen, und dies trifft gegenwärtig z.B. für die Entwicklung der Mikroelektronik und Biotechnologie zu.¹⁰² Nach ALBACH/HUNSDIEK (1987, 562) ist es nicht der Gründer schlechthin, sondern der *entwicklungsinitiierende* Gründer, der zu wesentlichen Innovationsschüben beiträgt und die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt. Produktinnovationen folgen dem bekannten Schema von Marktschaffung, Markterschließung und Marktsättigung. Existenzgründungen, die neue Produkte am Markt einführen, schaffen zusätzliche Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze, und hiervon können auch Anbieter komplementärer Güter profitieren. Positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte ergeben sich für Unternehmen, die entsprechende Kapital- und Vorleistungsgüter herstellen oder die durch die Einkommensverwendung der Existenzgründer begünstigt werden. Zusätzliche Nachfrage bewirkt zunächst steigende Gewinne, kann aber auch zu verstärktem Marktzutritt konkurrierender Anbieter, intensiverem Preiswettbewerb sowie zur Verdrängung einzelner Anbieter führen. Betroffen sind vor allem Anbieter, denen es nicht gelingt, sich an die veränderten Marktbedingungen anzupassen, etwa durch eigene Innovationen oder die Besetzung neuer Märkte bzw. Marktnischen.

2.4.3.3 Strukturproportionierende Funktion

Im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung erfüllen Existenzgründungen neben *entwicklungsinitiierenden* insbesondere auch *strukturproportionierende* Funktionen, indem sie etwa die rasche Ausbreitung von Innovationen vorantreiben und Monopolpositionen angreifen. Instabile Absatzmärkte, kurze Pro-

¹⁰² Vgl. RWI (1999), S. 62f.

duktlebenszyklen und internationaler Produktwettbewerb erfordern die Produktion individueller Konsum- und Investitionsgüter in kleinen Serien, wobei Existenzgründungen zur Erschließung von Nischenmärkten und zur Erzielung von Economies of Scope beitragen.

Der reale und potentielle Einfluss einer Existenzgründung auf den Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung ist neben dem Gründer- und Innovationspotential vor allem abhängig von der jeweiligen Branche, ihrer Entwicklungsphase und den Markteintrittsbarrieren.

Bei funktionierendem Wettbewerb ist ein innovatives Unternehmen, das einen neuen Markt erschließt, nur solange Monopolist, bis Imitatoren mit demselben oder einem ähnlichen Produkt auf den Markt kommen und sich das Monopol zu einem Oligopol oder Polypol wandelt. Die Zahl der Unternehmen und Beschäftigten, die sich dauerhaft auf einem Markt etablieren können, hängt vom Stand der Produktionstechnologie, von den Präferenzen der Nachfrager und dem Gesamtvolumen der Nachfrage ab. Der dynamische Wettbewerb um Innovationen funktioniert, solange kein Innovator eine dauerhafte Monopolposition erreicht und die Markteintrittsbarrieren derartig erhöht, dass Wettbewerber vom Markteintritt faktisch ausgeschlossen sind.

Nach der *Branchenlebenszyklus-Theorie* durchläuft der Umsatz einer Branche analog zum Produktlebenszyklus die Stadien Einführung, Wachstum, Reife, Sättigung und Degeneration.¹⁰³ In einer wachsenden Branche steigt der Unternehmensbestand zunächst stark an und die Zahl der Gründungen übersteigt die Zahl der Liquidationen bis eine „optimale Unternehmenspopulation“ erreicht ist und sich Gründungen und Liquidationen weitgehend ausgleichen. Auf einem *gesättigten Markt* ist der Unternehmensbestand nur relativ wenig vermehrbar, außer die Marktteilnehmer würden eine deutliche Verschlechterung ihrer Einkommensposition akzeptieren.¹⁰⁴ Sinkt der Preis durch Marktzutritte unter die Selbstkosten, können etablierte Unternehmen vom Markt verdrängt werden, die zwar wettbewerbsfähig, aber nur mit geringen Reserven ausgestattet sind. Bei Zutritt von Neugründungen auf einen gesättigten Markt sind Verdrängungseffekte zu erwarten, während Neugründungen, die neue Märkte schaffen, grundsätzlich einen nachhaltig positiven Beitrag für Wachstum und Beschäftigung leisten.

Die Branchenentwicklung führt im allgemeinen zu einer Vielzahl kleiner, einer mittleren Zahl mittelgroßer und einer kleinen Zahl großer Unternehmen, wobei der Konzentrationsprozess stark von den Marktzutrittsbarrieren der Branche

¹⁰³ Der Umsatz einer Branche entspricht der Summe der Umsätze ihrer Produkte.

¹⁰⁴ Vgl. RWI (1999), S. 109.

abhängt.¹⁰⁵ *Hohe Marktzutrittsbarrieren*, z.B. ausgeprägte Skalen- und Verbundvorteile in Beschaffung, Produktion und Vertrieb, welche kaum durch Branchenfremde überwunden werden können, gehen meist mit oligopolistischen Marktpositionen weniger Großunternehmen einher. Auf Märkten mit ausgeprägten Economies of Scale ist zu erwarten, dass Existenzgründungen häufig erfolglos bleiben und lediglich zu Ressourcenverschwendung führen. Existenzgründungen haben auf solchen Märkten am ehesten Chancen mit einer Nischen-Strategie, denn nach LEIBENSTEINS Theorie der X-Ineffizienz bestehen die Gesamtkosten eines Unternehmens nicht nur aus einer verbundvorteilbedingt fallenden Komponente, sondern auch aus einer durch interne Transaktionskosten bedingt steigenden Komponente. Da IuK-Technologien in Entwicklung, Produktion und Administration auch in kleineren Unternehmen zunehmend Verbreitung finden, reduziert sich der Skalenvorteil größerer Unternehmen ebenso wie die Marktzutrittsbarrieren. *Niedrige Marktzutrittsbarrieren* bzw. Markteintrittskosten begünstigen die Entstehung neuer Unternehmen, wobei einer höheren Gründungsquote regelmäßig auch eine höhere Liquidationsquote gegenübersteht.¹⁰⁶ Können Innovatoren durch ein zu schnelles Vordringen einer zu großen Zahl imitierender Neugründungen keine Innovationsrenten mehr erzielen, wirkt sich dies negativ auf Wachstum und Innovationen aus.

2.4.3.4 Vitalisierungsfunktion

Existenzgründungen tragen wesentlich zur effizienten Güterallokation in der Volkswirtschaft bei. Im Vergleich zu Großunternehmen verfügen Existenzgründer insbesondere auf regional abgegrenzten Märkten häufig über eine größere Kundennähe, können so Marktlücken eher aufspüren und ihr Angebot besser den individuellen Kundenbedürfnissen anpassen. Aber nicht nur die tatsächlichen Existenzgründungen, sondern auch die Bedrohung, die von potentiellen Gründungen ausgeht und die etablierte Unternehmen empfinden, treibt letztgenannte zu Produkt- und Marktinnovationen an und erfüllt eine wichtige Vitalisierungsfunktion für die Wirtschaft.

2.4.3.5 Umverteilungsfunktion

Existenzgründungen sind am Markt erfolgreich, indem sie zusätzliche Nachfrage generieren oder etablierten Unternehmen Marktanteile abnehmen. Neben ei-

¹⁰⁵ Nach GIBRATS Gesetz ergibt sich i.d.R. eine log-normale Verteilung der Unternehmen auf die verschiedenen Unternehmensgrößenklassen. Spätestens wenn der Markt nach einigen Jahren degeneriert, nimmt die Zahl der anbietenden Unternehmen wieder ab.

¹⁰⁶ S.u.: 4.3.6 Gründungsindizierte Beschäftigungs- und Verdrängungseffekte.

ner Dekonzentration der Wirtschaft zugunsten KMU resultiert hieraus auch eine verteilungspolitisch wünschenswerte Wohlstandsumverteilung von den etablierten „reichen“ zu den jungen „armen“ Unternehmen. Dieses Argument verliert in jüngster Zeit an Bedeutung bei den am Neuen Markt und dergleichen Börsen notierten Unternehmen. Investoren schießen dort spekulations- und phantasiebedingt sehr viel Eigenkapital in junge umsatzschwache Unternehmen, mit der Folge, dass deren Aktienkapitalisierung die von etablierten Großunternehmen teilweise übersteigt.¹⁰⁷

2.4.3.6 Beschäftigungsfunktion

Dass sich die Beschäftigtenverteilung in Deutschland, wie oben gezeigt, deutlich zugunsten KMU verschiebt und KMU trotz gesamtwirtschaftlich sinkender Umsatzanteile netto zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, deutet auf eine positive Beschäftigungsfunktion von Existenzgründungen.¹⁰⁸

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und unter den Bedingungen der Informatisierung und Globalisierung, die mit Produktionsverlagerungen ins Ausland, Rationalisierungen vor allem in den Großunternehmen sowie einem verstärkten technologischen Wettbewerb einhergehen, haben mittelständische und neu gegründete Unternehmen heute eine noch wichtigere Beschäftigungsfunktion als früher. Großunternehmen verändern zunehmend ihre Struktur, indem Wertschöpfungsprozesse, u.a. im Zuge von Business Reengineering und Change Management, an spezialisierte Unternehmen übertragen, datenverarbeitungstechnisch vernetzt und realisiert werden. Die Nachfrage der Unternehmen nach intermediären Dienstleistungen steigt in dem Maße, wie die Produktion spezialisierter und komplexer wird und die horizontale Integration Branchengrenzen überschreitet.¹⁰⁹ Weil infolge der Fortschritte bei den IuK- und Transporttechnologien die Transaktionskosten erheblich sinken, verlagern insbesondere große und zunehmend auch mittlere Unternehmen ehemals unternehmensintern besetzte Funktionen und Kompetenzen verstärkt auf rechtlich selbständige Betriebseinheiten, Zulieferer und Existenzgründer.

¹⁰⁷ Die Wachstums-Phantasie im Internet-Bereich hatte den Börsenwert von Unternehmen wie AOL, Yahoo, eBay oder Amazon in derart gigantische Höhe getrieben, dass diese gegen Aktien große etablierte Unternehmen aufkaufen konnten, die ein Vielfaches ihres Umsatzes erwirtschafteten. Ein Beispiel war die Fusion zwischen dem Online-Dienst AOL, dessen Aktienkapitalisierung seinerzeit 160 Mrd. Dollar betrug, und dem weltgrößten Medienkonzern Time Warner, der an der Börse mit nur 80 Mrd. Dollar bewertet war, obwohl er den fünffachen Umsatz von AOL erwirtschaftete.

¹⁰⁸ S.o.: 2.2.2 Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Unternehmen.

¹⁰⁹ S.u.: 5.1.5.5.2 Nachfrage der Unternehmen.

Chancen für Existenzgründer eröffnen sich bei schlanker Produktion, schlankem Management, flexibler Spezialisierung und Fraktalisierung überall dort, wo über horizontale und vertikale Kooperationen Skalenvorteile genutzt werden können. Der langfristige Beschäftigungseffekt dieser Netzworkebildung ist abhängig vom dem Innovations- und Wachstumspotential sowie den damit erzielten Produktivitätssteigerungen.¹¹⁰ Das Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotential, das sich in der Netzwerkeökonomie für Existenzgründer ergibt, bleibt mangels statistischer Daten über Kooperationen bislang weitgehend unbeantwortet.

Fest steht jedoch: *Während Großunternehmen ihre Produktions-, Beschaffungs- und Absatzplanung globalisieren und von der nationalen Ressourcenbasis lösen, sind KMU und Existenzgründungen meist an lokale und regionale Märkte gebunden und schaffen vor allem Arbeitsplätze im Inland.¹¹¹ Aufgrund ihrer Budgetrestriktion können KMU und Existenzgründungen tendenziell weniger investieren als Großunternehmen und sind gezwungen, personalintensiver zu arbeiten und ihr Wachstum über die Ausweitung ihrer Belegschaft voranzutreiben.*

¹¹⁰ Lernkurveneffekte und Effizienzsteigerungen machen Arbeitsplätze kurzfristig entbehrlich, können aber angesichts schöpferischer Zerstörung langfristig zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen.

¹¹¹ Vgl. RWI (1999), S. 62f.

3 Programmnorm und Programmwirklichkeit der staatlichen Existenzgründungsförderung in Deutschland

Die staatliche Existenzgründungsförderung in Deutschland ist in der Vergangenheit sowohl hinsichtlich des Umfangs der eingesetzten Instrumente, der Zielgruppen als auch der bewilligten Fördermittel stetig ausgeweitet worden. Kritiker beanstanden die Komplexität des Fördersystems und die Unübersichtlichkeit der Programme, bei der Existenzgründer und selbst Förderinstitutionen den Überblick verlieren.¹¹² Eine *systematische Bestandsaufnahme der Instrumente und Programme zur Existenzgründungsförderung* ist Gegenstand der folgenden Ausführungen und *Voraussetzung für die Analyse ihrer gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen*.

3.1 Programmnorm

3.1.1 Abgrenzung der staatlichen Existenzgründungsförderung

Existenzgründungsförderung umfasst laut JOOS (1987, 248) finanzielle und nicht-finanzielle Hilfen für potentielle¹¹³ und aktuelle Existenzgründer und wird sowohl von *öffentlichen Institutionen* (DtA, KfW, Wirtschaftsministerien)¹¹⁴ als auch von *privaten Institutionen* (Banken und Unternehmen) getragen. Dieses Kapitel untersucht die öffentliche Existenzgründungsförderung,¹¹⁵ wobei direkte und indirekte staatliche Fördermaßnahmen zu unterscheiden sind.

*Direkte Gründungsförderung*¹¹⁶ (Existenzgründungshilfen) subventioniert den Existenzgründer unmittelbar, während *indirekte (nicht finanzielle) Gründungsförderung* auf eine Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen für Existenzgründer abzielt.¹¹⁷

¹¹² Vgl. NOWAK (1991), S. 65, NICKEL (1986), S. 616f., BECKER (1982), S. 522.

¹¹³ „Potentielle Gründer“ sind alle geschäftsfähigen Personen nach §§104ff. BGB. Zur Operationalisierung des Personenkreises „potentieller Gründer“ vgl. HUNSDIEK/ MAY-STROBEL (1987), S. 16f.

¹¹⁴ Zur Erläuterung der öffentlichen Förderinstitutionen DtA, tbg, KfW vgl. BETSCH (2000), S. 144ff.

¹¹⁵ Private Gründungsförderung wird von der nachfolgenden Betrachtung ausgenommen.

¹¹⁶ Die Begriffe *Gründungsförderung* und *Existenzgründungsförderung* werden hier synonym benutzt.

¹¹⁷ *Rahmenorientierte Mittelstandspolitik* zielt allgemein darauf ab, spezifische Benachteiligungen von Existenzgründungen, aber auch allgemein von KMU zu korrigieren, die aus solchen Regelungen der Steuerpolitik, des Vertrags-, Arbeits-, Sozialrechts und anderer Politikfelder resultieren, die KMU diskriminieren, also das Prinzip der Unternehmensgrößenneutralität verletzen. *Rahmenorientierte Gründungsförderung* umfasst etwa spezifische Steuer-

Angesichts der finanzwissenschaftlichen Zielsetzung dieser Arbeit sowie der schwerpunktmäßigen Ausrichtung der staatlichen Gründungsförderung auf direkte finanzielle Hilfen, wird die rahmenorientierte Gründungsförderung ausgeklammert und nur die *direkte öffentliche Gründungsförderung* analysiert, d.h. die Finanzierungs- und Beratungshilfen des Bundes und der Länder.

3.1.2 Mikroökonomische Fundierung der Existenzgründungsförderung

Die stärksten Argumente zugunsten einer gezielten Förderung von Existenzgründungen entspringen der mikroökonomischen Theorie. Für eine gezielte Förderung von Existenzgründungen spricht, dass Existenzgründer häufig über zu wenig Eigenkapital für die bei Neugründung vielfach erforderlichen hohen Anfangsinvestitionen verfügen und sie außerdem Schwierigkeiten bei der Außenfinanzierung über den privaten Kapitalmarkt haben.

3.1.2.1 Förderung bei ungenügendem Finanzierungsspielraum

Reichen die vorhandenen Eigenmittel des potentiellen Gründers nicht aus, kann durch öffentliche Fördermittel der Finanzierungsspielraum ausgeweitet werden, um die zur Gründung notwendigen Investitionen zu finanzieren. Im Modell von KURZ (1990, 60ff.) wird davon ausgegangen, dass eine Existenzgründung stattfindet, wenn

- das Gründungsprojekt eine höhere Effektivverzinsung¹¹⁸ als Finanzanlagen aufweist und
- das erforderliche Investitionsvolumen den eigenen bzw. durch etwaige Existenzgründungshilfen erweiterten Finanzierungsspielraum des Existenzgründers nicht übersteigt.

Angenommen wird, dass das Gründungsprojekt eine Mindestkapitalsumme besitzt, dass Kapitalbedarf und Rentabilitäten der einzelnen Phasen des Gründungsprojektes bekannt sind und dass die Effektivverzinsung des aufgenommenen Kapitals der Rendite möglicher Finanzanlagen, d.h. dem Marktzinssatz, entspricht. Neben den ökonomischen Erfolgchancen spielen freilich auch andere, an dieser Stelle nicht berücksichtigte Determinanten eine Rolle bei der Gründungsentscheidung, wie etwa der Wunsch nach Selbständigkeit, Selbstverwirklichung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit oder auch der Mangel an

vergünstigungen und Infrastrukturmaßnahmen wie Gründer- und Technologiezentren, Erschließung von Gewerbeflächen und Abbau bürokratischer Hemmnisse, welche den Markteintritt erschweren.

¹¹⁸ Die Effektivverzinsung ist der interne Zinsfuß, bei dem der Barwert der Auszahlungen gleich dem Barwert der Einzahlungen der Investition ist, d.h. der auf die Gegenwart diskontierte Kapitalwert der Investition Null beträgt.

Alternativen, z.B. bei Arbeitslosigkeit. Ein Existenzgründer mit ausreichendem Finanzierungsspielraum wird investieren, solange die Grenzleistungsfähigkeit des eingesetzten Kapitals (Linie p_0) den Kalkulationszinssatz bzw. den Marktzins plus Risikomarge (Linie i) übersteigt, d.h. solange Investitionen in das Gründungsprojekt rentabler als Finanzanlagen sind. In Abb. 3-1 ist dieser Grenzfall durch den Punkt A dargestellt. Übersteigt das Investitionsbudget des Gründungsprojekts (Punkt C) das Kapitalbudget des potentiellen Gründers (Punkt B), das sich aus dem Eigenkapital des Gründers (EK_0) und dem daraus abgeleiteten Spielraum für Fremdkapital (FK_0) ergibt, müsste der potentielle Existenzgründer ohne staatliche Förderung auf sein Vorhaben verzichten und seine Eigenmittel statt dessen auf dem Kapitalmarkt anlegen. Staatliche Fördermittel, sei es in Form einer direkten Finanzhilfe oder eines zinsverbilligten Darlehens, erweitern den Finanzierungsspielraum des potentiellen Gründers.¹¹⁹

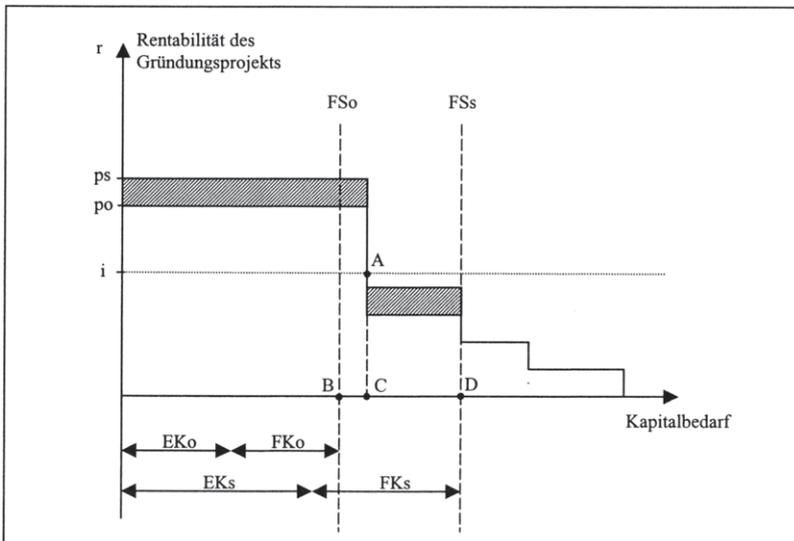


Abbildung 3-1: Förderung bei ungenügendem Finanzierungsspielraum des Gründers¹²⁰

In Abb. 3-1 wird dieser Erweiterungseffekt am Beispiel der Eigenkapitalhilfe¹²¹ verdeutlicht, die als nachrangige Forderung Eigenkapitalfunktion erfüllt und zusätzliche Kreditaufnahmemöglichkeiten ermöglicht (EK_s statt EK_0), so dass

¹¹⁹ Vgl. KURZ et al. (1990), S. 62ff.

¹²⁰ Darstellung in Anlehnung an KURZ et al. (1990), S. 62.

¹²¹ S.u.: 3.2.1.1.1 ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm.

Gründungsinvestitionen bis zum Punkt D möglich sind. Zinsverbilligte Darlehen erhöhen die Rendite des Gründungsprojekts. Der Vorteil entspricht der schraffierten Fläche zwischen p_0 (Rentabilität des Projektes ohne Subventionierung) und p_S (Rentabilität des Projektes mit Subventionierung). Das Gründungsprojekt erzielt bis zum Investitionsbudget C zwar eine ausreichend hohe Rendite p_0 , die durch Zinssubventionen sogar auf p_S gesteigert wird, würde aber ohne Förderung am ungenügenden Finanzierungsspielraum des potentiellen Existenzgründers scheitern. Im Beispiel 3-1 wird der Gründer den durch die Subvention vergrößerten Finanzierungsspielraum allerdings nicht vollständig ausschöpfen, denn eine zusätzliche Investition (Strecke zwischen C und D) wäre weniger vorteilhaft als die alternative Finanzanlage. Statt dessen kommt es zur Mitnahme von Fördermitteln in Höhe des Restbetrages D-C. Der Gründer wird entweder vorhandene Eigenmittel in Höhe des Betrages D-C durch zinsgünstigere öffentliche Kredite ersetzen und die ersparten Eigenmittel am Kapitalmarkt anlegen, oder er wird die Aufnahme von Fremdkapital minimieren und damit auch seine Abhängigkeit von privaten Kreditgebern.¹²²

3.1.2.2 Förderung bei unzureichender Rentabilität

Bei unzureichender Rentabilität des Gründungsvorhabens kann dieses durch Fördermittel auf eine zur Realisierung des Projekts ausreichende Rentabilitätsstufe gebracht werden.

Bei hohem Realzinsniveau kann die Rentabilität eines Gründungsvorhabens derart abgesenkt werden, dass der potentielle Gründer auf sein Vorhaben verzichtet, da ihm eine Investition in Finanzanlagen rentabler erscheint (Abb. 3-2). Existenzgründungshilfen in Form von zinsvergünstigten Darlehen oder Zuschüssen erhöhen die Rentabilität des Gründungsprojekts von p_0 auf p_S . Im zweiten Beispiel ist es für den Gründer vorteilhafter, das Gründungsprojekt mit einem Investitionsbudget von B zu verwirklichen, anstelle die Eigenmittel in Finanzanlagen zu stellen. Analog zum ersten Beispiel (vgl. Abb. 3-1) wäre auch hier durch Zuführung öffentlicher Finanzmittel eine Erhöhung des Investitionsvolumens denkbar. In Abb. 3-2 ist die Erhöhung des Investitionsbudget von B auf C jedoch weniger vorteilhaft als alternative Finanzanlagen, und das erweiterte Gründungsprojekt C-B wird auch bei staatlicher Förderung nicht realisiert. Es ist auch hier zu erwarten, dass der Gründer Kredite vom Kapitalmarkt mit ungünstigeren Konditionen durch öffentliche Fördermittel ersetzt.¹²³

¹²² Vgl. KURZ et al. (1990), S. 62ff.

¹²³ Vgl. KURZ et al. (1990), S. 64ff.

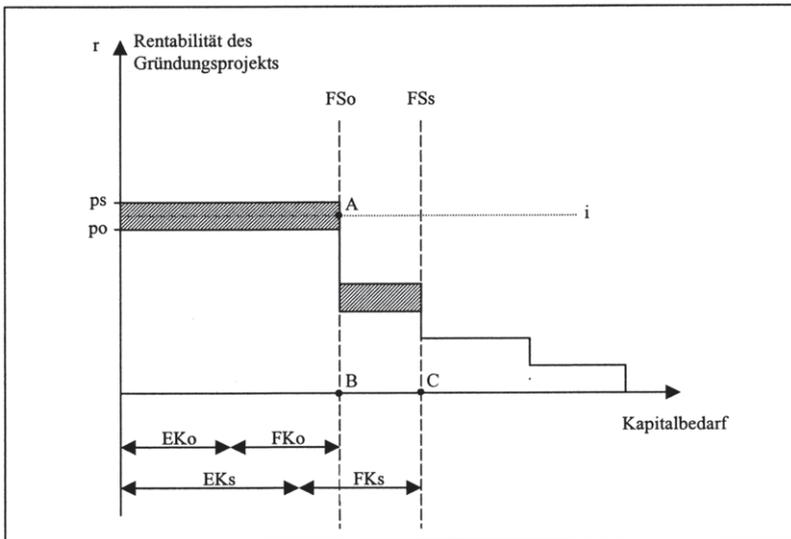


Abbildung 3-2: Förderung bei unzureichender Rentabilität des Gründungsvorhabens¹²⁴

3.1.2.3 Ausgleich von Finanzierungsnachteilen

Bei einem funktionierendem Kapitalmarkt dürfte es privaten Kapitalgebern nicht schwerer fallen, profitable Neugründungen zu selektieren, als dem Staat, und die Subventionierung von Existenzgründungen, die am privaten Kapitalmarkt keine Finanzierung bekommen, würde eher zu Wohlfahrtsverlusten führen. Aufgrund asymmetrischer Information zwischen dem Unternehmer und den Kapitalgebern funktionieren die Kapitalmärkte bei der Finanzierung von Neugründungen jedoch nicht reibungslos und haben insbesondere unbekannte Gründerpersonen Nachteile bei der Finanzierung. Da nämlich ein Unternehmer die Risiken seines Projekts besser kennt als externe Kapitalgeber, ergibt sich ein Kostenvorteil der Innenfinanzierung gegenüber externen Finanziers, die eine höhere Rendite aufgrund der Kontrollkosten fordern, die durch unvollständige Informationen erforderlich werden. Diese Kontrollkosten sind bei Existenzgründern höher als bei etablierten Unternehmen mit entsprechend hoher Reputation. Anders als etablierte Unternehmen können Existenzgründer allgemein keine Erfolgszahlen aus der Vergangenheit und auch keine angesammelten Vermögenswerte vorweisen. Außerdem sind Existenzgründer tendenziell risi-

¹²⁴ Darstellung in Anlehnung an KURZ et al. (1990), S. 65.

kobereiter, da die Kosten eines Reputationsverlustes niedriger sind, und dadurch erhöht sich die Risikomarge der Banken. Die private Kreditwirtschaft verhält sich deshalb Existenzgründern gegenüber eher restriktiv und verlangt vor allem dingliche Sicherheiten. Neben der Risikoaversion der Geschäftsbanken bewirken auch gesetzliche Sicherungsverpflichtungen, dass Existenzgründer schwerlich eine Bankenfinanzierung bekommen und der Bankkredit kein ausreichendes Finanzierungsinstrument für Existenzgründer darstellt.¹²⁵ Auch anonyme Venture Capital Märkte werden die Finanzierungsprobleme junger Unternehmen nicht in der Breite lösen können, denn auch Venture Capital wird nur dann zur Verfügung gestellt, wenn der Kapitalgeber über Informationsvorteile bezüglich der Qualität des betreffenden Unternehmens verfügt.¹²⁶

3.1.3 Ziele und Systematik der staatlichen Existenzgründungsförderung

Bund und Länder verfolgen mit der Subventionierung von Existenzgründungen einzel- und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Politik bei der Einführung von Fördermaßnahmen erhebliche Ermessensspielräume hat, wobei theoretische Begründungen häufig hinter pragmatische Erwägungen des politischen Tagesgeschäfts treten. Da die Spezialkreditinstitute KfW und DtA für die meisten Förderprogramme des Bundes zuständig sind, ist die Förderpolitik des Bundes weniger politischen Einflüssen unterworfen als die der Länder. Deren Förderprogramme werden in der Regel von den Landesregierungen geplant und sind daher stark von den jeweiligen politischen Konstellationen abhängig.

Einzelwirtschaftlich will die staatliche Förderung zusätzliche Existenzgründungen anregen, die Krisenfestigkeit von neu gegründeten Unternehmen steigern und Marktunvollkommenheiten auf den Kapitalmärkten kompensieren.¹²⁷ Ohne staatliche Förderung wäre das Investitionsniveau von Existenzgründungen durch die Höhe der Eigenfinanzierungsmittel weitaus stärker beschränkt als dies bei etablierten Unternehmen der Fall ist. Gerade bei größeren Investitionen zur Erschließung neuer Märkte oder Technologiefelder finden Existenzgründer vielfach nicht die notwendige finanzielle Unterstützung, und häufig ermöglichen dann nur öffentliche Kredite und Bürgschaften die Umsetzung des Vorhabens. Existenzgründungshilfen erfüllen darüber hinaus eine präventive Funkti-

¹²⁵ Aufgrund der kritischen Prüfung und Ablehnung von Finanzierungsanträgen werden andererseits auch Gründer vor Projekten mit nur geringen Erfolgchancen geschützt und Verluste vermieden.

¹²⁶ Vgl. BREITENACHER et al. (1994), S. 24ff.

on, indem sie vermeiden, dass Existenzgründer aufgrund eines ungenügenden Finanzierungsspielraums mit einer suboptimalen Betriebsgröße beginnen. Existenzgründungshilfen sollen die Krisenfestigkeit neu gegründeter Unternehmen erhöhen, so dass die Leistungsfähigkeit und nicht die finanzielle Ausgangsposition eines Unternehmens über den Markterfolg entscheidet. Finanzierungsschwierigkeiten, die vermehrt in der Nachgründungsphase auftreten, können auch auf unzureichende Planung in der Vorgründungsphase bzw. auf mangelnde Qualifikation des Gründers zurückzuführen sein. Subventionen zur Kompensation unternehmerischer Mängel sind aus gesamtwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich abzulehnen und machen eine sorgfältige Prüfung des Businesskonzepts und der Qualifikation der Gründerperson(en) erforderlich.¹²⁷

Unter der Annahme, dass erstens gründungsspezifisch bedingte Finanzierungsprobleme den Markteintritt erheblich erschweren oder gar ausschließen können und dass zweitens Planungsdefizite, Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen seitens der Gründer durch den frühzeitigen Kontakt mit externen Beratern vermieden werden können, ergeben sich als *einzelwirtschaftliche Ziele der Gründungsförderung*¹²⁹

1. die *Verbesserung der finanziellen Ausstattung benachteiligter Existenzgründer,*
2. die *Qualifizierung der Existenzgründer durch die Förderung von Beratungsleistungen.*

Entsprechend dieser abgeleiteten betriebswirtschaftlichen Subziele folgt die Einteilung der direkten staatlichen Existenzgründungsförderung in Finanzierungs- und Beratungshilfen. *Finanzierungshilfen* für Existenzgründer umfassen öffentliche Kredite, Zuschüsse, Bürgschaften und Kapitalbeteiligungen, während *Beratungshilfen* Zuschüsse für Gründungsberatungen, Informations- und Schulungsveranstaltungen beinhalten.

Finanzierungs- und Beratungshilfen sind Subventionen, d.h. Transferzahlungen des Staates an Unternehmen ohne marktliche Gegenleistung. Unter Gründungshilfen finanzieller Art soll hier die Gesamtheit aller Finanzierungshilfen verstanden werden, wobei Beratungshilfen als Hilfen nicht-finanzieller Art ange-

¹²⁷ Zur Evaluation des Fördererfolgs aus einzelwirtschaftlicher Sicht vgl. NOWAK (1991), S. 101ff.

¹²⁸ Um die Förderung wenig Erfolg versprechender und unrentabler Projekte zu vermeiden, werden Förderanträge zunächst durch Sachverständige auf ihre Erfolgsaussichten hin überprüft.

¹²⁹ Vgl. NOWAK (1991), S. 67, JOOS (1987), S. 254f., HUNSDIECK/ MAY-STROBL (1987), S. 15f., SCHILLER (1986), S. 12f.

sehen werden können. Beratungshilfen haben freilich insofern finanzielle Auswirkungen, als öffentliche Beratungszuschüsse auch auf die finanzielle Situation der Gründer wirken.¹³⁰

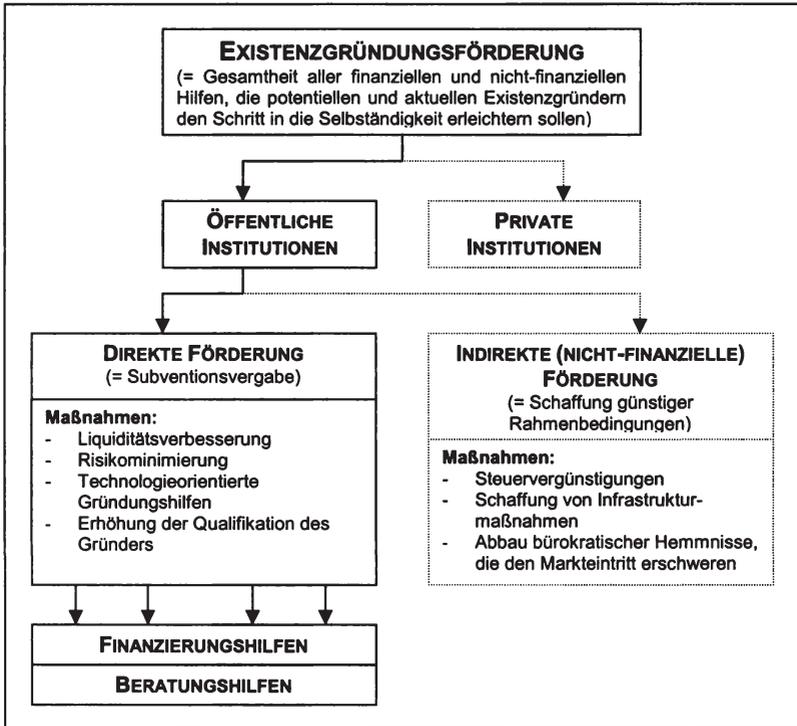


Abbildung 3-3: Systematik der Existenzgründungsförderung in Deutschland

Gesamtwirtschaftlich will der Staat durch Existenzgründungsförderung das Wirtschaftswachstum und das Beschäftigungsniveau erhöhen, den dynamischen Wettbewerb intensivieren und den Strukturwandel vorantreiben. Diese globalen Zielsetzungen der derzeitigen Förderkonzeption werden von den politischen Entscheidungsträgern abgeleitet aus der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Existenzgründungen.¹³¹ Positive Makroeffekte setzen voraus, dass Existenzgründungshilfen, indem sie spezifische Finanzierungsnachteile von Gründungen

¹³⁰ Vgl. SCHINKEL/ STEINER (1980), S. 12, WINKELS (1988), S. 279.

¹³¹ Vgl. JOOS (1987), S. 254f. S.o.: Kapitel 2 Ansatzpunkte und Ziele der staatlichen Förderung von Existenzgründungen. Der struktur- und beschäftigungspolitische Beitrag von Existenzgründungshilfen wird in den Kapiteln 4 und 5 analysiert.

ausgleichen, zunächst auf Mikroebene zur Steigerung der Gründungsaktivität und der Krisenfestigkeit junger Unternehmen beitragen können. *Ceteris paribus* werden zusätzliche Gründungen induziert, wenn potentielle Existenzgründer, deren Eigenmittel nicht für die gründungsnotwendigen Investitionen ausreichen, oder bei denen die Rentabilität des Gründungsvorhabens unzureichend für eine Bankenfinanzierung ist, öffentliche Finanzierungshilfen bekommen. Werden dagegen Existenzgründungen gefördert, die auch ohne Subventionen realisiert worden wären, treten Mitnahmeeffekte auf.

3.1.4 Instrumente

3.1.4.1 Öffentliche Darlehen

Öffentliche Darlehen werden Existenzgründern zu fest vereinbarten Konditionen gewährt, die unter dem üblichen Marktniveau festgelegt sind und tragen so zur Reduzierung der Finanzierungskosten der geförderten Gründer bei. Die Subventionierung ergibt sich aus dem Verzicht des Staates, marktübliche Darlehenskonditionen zu verlangen. Die Höhe der vergünstigten Zinssätze ist in den Förderprogrammen für einen bestimmten Zeitraum festgeschrieben und wird phasenweise an die Entwicklung des Finanzmarktes angepasst. Öffentliche Darlehen sind das am häufigsten eingesetzte Instrument der staatlichen Existenzgründungsförderung.

Die Gesamthöhe der Subventionierung durch öffentliche Gründungsdarlehen ist schwer ermittelbar, denn hierzu müssten die Darlehenskonditionen aller öffentlichen Kreditvergaben über die gesamte Laufzeit mit der alternativen Kapitalaufnahme bei Geschäftsbanken verglichen werden, wobei sämtliche Bestandteile des Marktpreises (Nominalzinsen, Disagio, vereinbarte tilgungsfreie Zeiten etc.) zu berücksichtigen wären. Aufgrund der intransparenten Subventionshöhe werden öffentliche Darlehen auch als implizite Transfers bezeichnet. Die Gesamthöhe des Einnahmeverzichts infolge öffentlicher Gründungsdarlehen steht weder im Subventionsbericht der Bundesregierung, noch in den Veröffentlichungen der einzelnen Förderungsträger, wie z.B. dem Land Hessen.¹³²

Die Vergabe der öffentlichen Darlehen erfolgt indirekt durch private und staatliche Kreditinstitute im Auftrag des Bundes bzw. der Länder. Die zwischenge-

¹³² Vgl. NOWAK (1991), S. 69. Die Dokumentation zur Subventionsvergabe entspricht nicht den Grundsätzen zur Gewährung von Finanzierungshilfen, welche Transparenz und Kontrollierbarkeit fordern. Die einzelnen Förderprogramme werden meist nicht getrennt ausgewiesen, bzw. es wird nur das Gesamtfördervolumen genannt. Aussagen über den Einnahme-

schalteten Kreditinstitute entscheiden nach festgelegten Grundsätzen und Richtlinien über die Vergabe der Darlehen, zahlen die Mittel aus und kontrollieren die vertraglich festgelegten Förderbedingungen. Während die Kreditvergabe durch die Banken i.d.R. nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt (Rentabilität und Risiko der geplanten Investition entscheiden, zu welchen Konditionen bzw. ob überhaupt eine Finanzierung stattfindet), wird der Marktmechanismus bei der Förderung mit öffentlichen Krediten umgangen. Es werden Existenzgründungen subventioniert, die am privaten Kapitalmarkt keine Finanzierung bekommen oder aufgrund des Gründungsrisikos hohe Risikomargen zahlen müssten, was einen Markteintritt zusätzlich erschwert. Zu Mitnahmeeffekten kommt es, wenn die geförderten Unternehmen ihr Projekt auch ohne Förderung realisiert hätten.

3.1.4.1.1 Durchgeleitete Kredite

Durchgeleitete Kredite sind Ausleihungen von zweckgebundenen Mitteln, die von der öffentlichen Hand oder sonstigen Stellen zur Verfügung gestellt werden und von den Kreditinstituten weitergeleitet und treuhänderisch verwaltet werden. Bei dieser Form der Kreditgewährung schließt die vom Existenzgründer frei wählbare Hausbank den Kreditvertrag im eigenem Namen und auf eigene Rechnung mit dem Gründer ab. Die Hausbank refinanziert sich über die Träger der Förderprogramme, z.B. die Deutsche Ausgleichsbank oder die zuständigen Landesbanken, und ist dabei an die allgemeinen öffentlichen Förderkriterien gebunden. Für den durchgeleiteten Kredit haftet die Hausbank nur als Treuhänder. Da die Bank jedoch das volle Kreditrisiko ihres Finanzierungsanteils trägt, fordert sie vom Existenzgründer allgemein Sicherheiten über die gewährte Finanzierungssumme. Als bankübliche Sicherheiten gelten z.B. Sicherungsübertragungen beweglicher Gegenstände, Forderungsabtretungen oder Grundpfandrechte an Immobilien. Die Forderung banküblicher Sicherheiten wirkt einer wesentlichen Zielsetzung der Gründungsförderung entgegen, nämlich der Kompensation von Finanzierungshemmnissen aufgrund fehlender oder ungenügender Sicherheiten der Existenzgründer.

3.1.4.1.2 Verwaltungskredite

Beim Verwaltungskredit übernimmt der Staat die Kreditrisiken. Der Darlehensvertrag wird zwischen der Deutschen Ausgleichsbank oder einem anderen Spezialkreditinstitut des Bundes und dem Existenzgründer abgeschlossen. Mittels

verzicht durch die Existenzgründungshilfen fehlen in der Regel. Lediglich für das ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundes existiert ein Kostenansatz.

einer Garantieerklärung gegenüber der DtA übernimmt der Bund das Kreditrisiko. Die Hausbank des Existenzgründers tritt als Vertragsvermittler auf. Sie hat eine beratende Funktion und ist zuständig für die Abwicklung der Zahlungsvorgänge. Beim Verwaltungskredit wird auf eine Absicherung des Kredits weitgehend verzichtet. Um die Ausfallrisiken möglichst gering zu halten, wird jeder Antrag einer Prüfung durch die DtA unterzogen. Fähigkeiten des Antragstellers sowie die Geschäftsidee werden hier genau durchleuchtet.¹³³

Aufgrund der vollen Haftungsübernahme im Konkursfall trägt der Verwaltungskredit zur Stärkung des Risiko tragenden Kapitals des Existenzgründers bei. Durch den Verzicht einer banküblichen Sicherheit wird außerdem das Finanzierungspotential des jungen Unternehmens erhöht. Unter diesen beiden Gesichtspunkten kann der Verwaltungskredit als Fremdkapital mit Eigenkapitalcharakter angesehen werden und erscheint als wirksames Instrument zur Existenzgründungsförderung.

3.1.4.2 Zuschüsse

Ein weiteres Instrument der staatlichen Gründungsförderung sind öffentliche Zuschüsse, wobei die Bezuschussung sowohl durch Zinszuschüsse und Investitionszuschüsse¹³⁴ (nur auf Landesebene) als auch durch die Vergabe von Prämien (primär auf Bundesebene) erfolgt. Da der Empfänger die Zuschüsse bei ordnungsgemäßer Verwendung grundsätzlich nicht zurückzahlen braucht, handelt es sich um verlorene Zuschüsse. Anders als zinsgünstige öffentliche Kredite sind Zuschüsse explizite Transfers, denn die Subvention ist für die Öffentlichkeit leicht ersichtlich.

3.1.4.2.1 Zinszuschüsse

Zinszuschüsse verbilligen bereits in Anspruch genommene Darlehen, führen jedoch zu keiner Ausweitung des Kreditvolumens. Zinszuschüsse fungieren als Schuldendiensthilfe und reduzieren ebenso wie zinsverbilligte öffentliche Darlehen die Fremdkapitalkosten des Existenzgründers (Verbilligungssubvention), so dass Konditionen erreicht werden, die unter dem marktüblichen Niveau liegen.

Im Gegensatz zur öffentlichen Kreditvergabe fließen die in ihrer Höhe genau definierbaren Zinszuschüsse als Leistungen in den Haushaltsplan ein, und die

¹³³ Vgl. NOWAK (1991), S. 72.

¹³⁴ Investitionszuschüsse werden an Existenzgründer nur in Ausnahmefällen (z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) und in geringem Umfang gewährt und werden deshalb im folgenden nicht explizit dargestellt.

Kosten der Zinssubventionierung lassen sich leichter abschätzen. Da die Vergabe der Zuschüsse leicht zu ermitteln ist, genügt dieses Förderinstrument dem Grundsatz der Subventionsklarheit.¹³⁵

Die Dauer dieser Subventionen, sowie die Zuschusshöhen sind in allen Bundesländern genau festgelegt. Die einzelnen Förderrichtlinien enthalten auch genau festgelegte Förderungshöchstbeträge. In Hessen werden Zinszuschüsse auf ERP-Programme und auf Ergänzungsprogramme der DtA gewährt. Über den Empfängerkreis der Zinssubvention entscheidet die DtA, die Instanz zur Vergabe des ERP-Vermögens. In allen Bundesländern mit Ausnahme von Schleswig-Holstein findet die Subvention zu konstanten Fördersätzen Anwendung. Dies ist nicht als optimal zu bewerten. Eine Subventionierung zu degressiven Fördersätzen hätte gegenüber der Förderung zu konstanten Sätzen den Vorteil, dass sie etwaige Gewöhnungseffekte seitens des Existenzgründers mindert.

3.1.4.2.2 Prämien

Prämien sind eine Zuschussvariante und sollen zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis junger Unternehmen beitragen. Anders als Zinszuschüsse, die lediglich eine Schuldendiensthilfe darstellen, können Prämien universell für anfallende Investitionen gewährt werden.

Auf Bundesebene werden Prämien nur im Rahmen der Ansparförderung vergeben. Potentielle Existenzgründer, die einige Jahre vor der Gründung bei einer privaten Bank einen Sparvertrag abgeschlossen haben, können nach Vollzug der Gründung einen staatlichen Zuschuss in Form einer Prämie beantragen. Die Prämie wird in Abhängigkeit zum angesparten Kapital ermittelt. Hier entfällt eine Prüfung der Subventionsbedürftigkeit. Lediglich in Schleswig-Holstein, Berlin und dem Saarland werden Prämien auf Länderebene gewährt. Prämien stellen einen unmittelbaren Eingriff in den Markt dar. Da der Empfängerkreis klein ist und gleichzeitig relativ hohe Beträge gewährt werden, werden ordnungspolitische Bedenken gegen die staatliche Prämienvergabe angeführt.¹³⁶

3.1.4.3 Bürgschafts- und Garantieübernahmen

Bankkredite und öffentliche Darlehen mit Ausnahme der Eigenkapitalhilfe müssen grundsätzlich dinglich abgesichert werden. Existenzgründern, denen dingliche Vermögenswerte zur Absicherung ihrer gründungsnotwendigen Investitionen fehlen, können unter bestimmten Voraussetzungen öffentliche Bürgschaften in Anspruch nehmen.

¹³⁵ Vgl. NOWAK (1991), S. 79.

¹³⁶ Vgl. NOWAK (1991), S. 80f.

Der Staat will Existenzgründern durch öffentliche Bürgschaften Sicherheiten für Investitionskredite geben und verpflichtet sich, auf Bundesebene durch die DtA und auf Landesebene durch die dort ansässigen Kreditgarantiegemeinschaften, das Ausfallrisiko der verbürgten Finanzierungsverträge zu übernehmen.

Die Subventionierung ergibt sich aus dem Verzicht des Staates, die Risikoübernahme marktgerecht vergütet zu bekommen. Theoretisch entspricht die Subventionshöhe dem Differenzbetrag zwischen dem versicherungsmathematisch kalkulierbaren Wert der Gewährleistungen und den staatlich gewährten Bürgschaftskonditionen. Bürgschaften sind ebenso wie öffentliche Darlehen implizite Transfers. Auch Bürgschaften erfüllen insofern nicht den Grundsatz der Subventionsklarheit, als aus den staatlichen Subventionsberichten und den Haushaltsplänen die Höhe der staatlichen Mindereinnahmen aufgrund der Vergabe von verbilligten Bürgschaften nicht ersichtlich ist.¹³⁷

Die Gewährung öffentlicher Bürgschaften kann indirekt über Kreditgarantiegemeinschaften erfolgen. Ein zweiter Verfahrensweg ist, dass Bund und Länder direkt für die Verbindlichkeiten einzelner Existenzgründer bürgen.

3.1.4.3.1 Indirekte Bürgschaftsvergabe über Kreditgarantiegemeinschaften

Kreditgarantiegemeinschaften sind Selbsthilfeorganisationen der gewerblichen Wirtschaft, die längerfristige Kredite an KMU durch Übernahme von Ausfallbürgschaften absichern.¹³⁸ Der Staat beteiligt sich an den Kreditgarantiegemeinschaften übernommenen Ausfallrisiken auf zweifache Weise: Zum einen gewähren Bund und Länder den KGG eine globale Rückbürgschaft, ohne Erhebung einer Prämie, in Höhe von 70% des verbürgten Betrags.¹³⁹ Zweitens können KGG von der KfW aus dem ERP-Sondervermögen zusätzlich sog. Haftungsfondsdarlehen zu sehr günstigen Bedingungen bekommen. Diese Mittel haften mit 12,5% Anteil bei Schadensregulierungen und vermindern die Darlehensschuld der KGG gegenüber dem ERP-Fonds um den Ausfallbetrag. Haftungsfondsdarlehen mindern das finanzielle Risiko der KGG und sollen die Bereitschaft der KGG zur Übernahme von Bürgschaften für Gründungsprojekte erhöhen. Die zinsgünstigen ERP-Haftungsfondsdarlehen ermöglichen außerdem Zinsgewinne der KGG durch Wiederanlage und stärken so das Eigenkapital der

¹³⁷ Vgl. NOWAK (1991), S. 74.

¹³⁸ KGG sind in allen Bundesländern vertreten und weitgehend nach Wirtschaftsbereichen organisiert. KGG vergeben meist berufsgruppenspezifische Bürgschaften, wobei in einzelnen Bundesländern bestimmte Dienstleistungsbereiche oder Berufsgruppen von der Förderung ausgeschlossen sein können.

¹³⁹ Von den 70% stammen 42% vom Bund und 28% vom Land.

KGG. Bei der indirekten Bürgschaftsvergabe über rechtlich selbständige KGG ist insbesondere der geringe Einsatz öffentlicher Mittel positiv zu bewerten. Allerdings verzerren öffentliche Bürgschaften die individuelle Risiko-Chance-Beurteilung, und der Preismechanismus, der als Instrumentarium bei der Vergabe knapper Kredite und deren Absicherung fungiert, wird beeinträchtigt. Die Allokation der Mittel zur Kreditvergabe, sowie ihre zur Risikoabsicherung benötigten Ressourcen unterliegen nicht mehr dem Test durch den Markt (Marktmechanismus).¹⁴⁰

3.1.4.3.2 Direkte Bürgschaftsvergabe

Die Entscheidung zur direkten Bürgschaftsvergabe erfolgt zentral über öffentliche Stellen, d.h. die Deutsche Ausgleichsbank oder die jeweiligen Landesbürgschaftsausschüsse. Direkte Bürgschaften werden von Bund und Ländern vor allem dann vergeben, wenn die Übernahme einer Bürgschaft durch eine KGG nicht möglich ist. Direkte Bürgschaften ergänzen die indirekte Bürgschaftsvergabe über KGG und richten sich insbesondere an Existenzgründer im Bereich der Freien Berufe und solche, deren absoluter Gewährleistungsbetrag über den Obergrenzen der Bürgschaften durch die KGG liegt. Bei der direkten Bürgschaftsvergabe werden auch struktur- und regionalpolitische Gesichtspunkte berücksichtigt, während bei den KGG finanzwirtschaftliche Kriterien dominieren und nicht leistungsbedingte Wettbewerbsnachteile eher ausgeglichen werden. Der Eingriff in den Marktprozess ist bei der direkten Bürgschaftsvergabe stärker als bei der indirekten.¹⁴¹

3.1.4.4 Förderung von Kapitalbeteiligungen

Besonders bei innovativen expansionsorientierten Existenzgründungen, deren Geschäftsidee sich nicht direkt in Maschinen und Immobilien niederschlägt, stößt die klassische, an dinglichen Sicherheiten orientierte Bankenfinanzierung an ihre Grenzen. Solche Gründungsunternehmen bedürfen weniger einer Kredit-, als vielmehr einer Risikokapitalfinanzierung. Das Angebot an Risikokapital ist in Deutschland ausreichend groß, leidet aber an der unzulänglichen Information über den Umfang und die Bedingungen der Inanspruchnahme von Wagniskapital, und dies führt zu einer geringen Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten. Die Bundesregierung fordert im Jahreswirtschaftsbericht 2000: „Um die Möglichkeiten zu nutzen, die in der Bereitstellung von zusätzlichem Beteiligungskapital liegen, muss aber auch in Teilen des Mittelstandes umge-

¹⁴⁰ Vgl. NOWAK (1991), S. 74ff.

¹⁴¹ Vgl. NOWAK (1991), S. 77.

dacht werden. Wer mit Hilfe von Beteiligungskapital wachsen will, muss ein Mitspracherecht des Kapitalgebers akzeptieren.“¹⁴² Privatwirtschaftliche Beteiligungsalternativen scheitern häufig auch am Unabhängigkeitsstreben der Unternehmer bzw. potentiellen Existenzgründer, die ihren Dispositionsspielraum bei erweitertem Gesellschafterkreis eingeschränkt sehen und den Schritt in die Selbständigkeit lieber mit geringeren Eigenmitteln unternehmen.¹⁴³ Zur Kompensation der hieraus resultierenden Wettbewerbsvorteile werden Kapitalbeteiligungsgesellschaften durch öffentliche Hilfen motiviert, sich an Existenzgründungen mit Risikokapital zu beteiligen.

Die Fördergrundsätze der Bundesregierung bei der Beteiligungsfinanzierung können in zwei wesentliche Abschnitte unterteilt werden. Zum einen sind dies Richtlinien, die überwiegend das Verhältnis zwischen der Kapitalbeteiligungsgesellschaft (KBG) und dem Beteiligungsnehmer regeln. Dieser Aspekt wird als das „Außenverhältnis der Beteiligungsförderung“ bezeichnet. Das Verhältnis zwischen den öffentlichen Trägern der Beteiligungsfinanzierung, die den KBG staatliche Finanzierungshilfen bereitstellen, und den KBG selbst, wird „Innenverhältnis der Beteiligungsförderung“ genannt. Im Rahmen dieses Innenverhältnisses kann zwischen direkten und indirekten Maßnahmen unterschieden werden. Im Unterschied zur üblichen Definition direkter und indirekter Fördermaßnahmen werden diese hier ausschließlich aus der Sicht der geförderten Beteiligungsgesellschaft betrachtet.

3.1.4.4.1 Direkte Förderung durch Kapitalbeteiligungsgesellschaften

Den KBG werden bei dieser Art der Beteiligungsförderung zinsgünstige Kredite aus Mitteln des ERP-Vermögens zur Verfügung gestellt, um damit neu eingegangene Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu refinanzieren. Diese Finanzierungshilfen kommen unmittelbar den KBG zugute und tragen zur Erhöhung des Beteiligungsspielraumes bei.

3.1.4.4.2 Indirekte Förderung durch Kapitalbeteiligungsgesellschaften

Die indirekte Förderung setzt bei den Beteiligungsgarantiegemeinschaften an. Durch eine staatliche Unterstützung sind die Beteiligungsgarantiegemeinschaften ihrerseits in der Lage, Teile des Beteiligungsrisikos der Beteiligungsgesellschaften zu übernehmen.

BGG, die einen Teil des Risikos der Beteiligungsgesellschaften übernehmen, können zinsgünstige ERP-Darlehen zur Auffüllung ihrer Haftungs-

¹⁴² Bundesregierung (2000a), S. 46.

¹⁴³ Vgl. ELFERS (1996), S. 47, JOOS (1987), S. 159.

fonds erhalten. Die Höhe des Haftungsfondsdarlehens orientiert sich an einem vorgegebenen Verhältnis von Eigenkapital und übernommenen Bürgschaftsverpflichtungen der BGG. Die Gesamtsumme des Haftungsfondsdarlehens darf die Höhe des vorhandenen Eigenkapitals dieser Gesellschaften nicht überschreiten.

Für die von BGG garantierten Beteiligungen und Beteiligungsentgelte werden von Bund und Land Rückgarantien zu Lasten der Haushalte übernommen. Die Höchstgrenze beträgt 70% des von den Garantiegemeinschaften garantierten Betrages. Bund und Land teilen sich die aus ihrer Rückgarantie erwachsende Eventualverbindlichkeit im Verhältnis 60 zu 40. Bei einer 70%igen Rückgarantieverpflichtung trägt der Bund 42% und das jeweilige Land 28%.

3.2 Programmwirklichkeit

Welche Programme im einzelnen der Bund und das Land Hessen zur Förderung von Existenzgründungen einsetzt, ist Gegenstand der nachfolgenden Untersuchung.

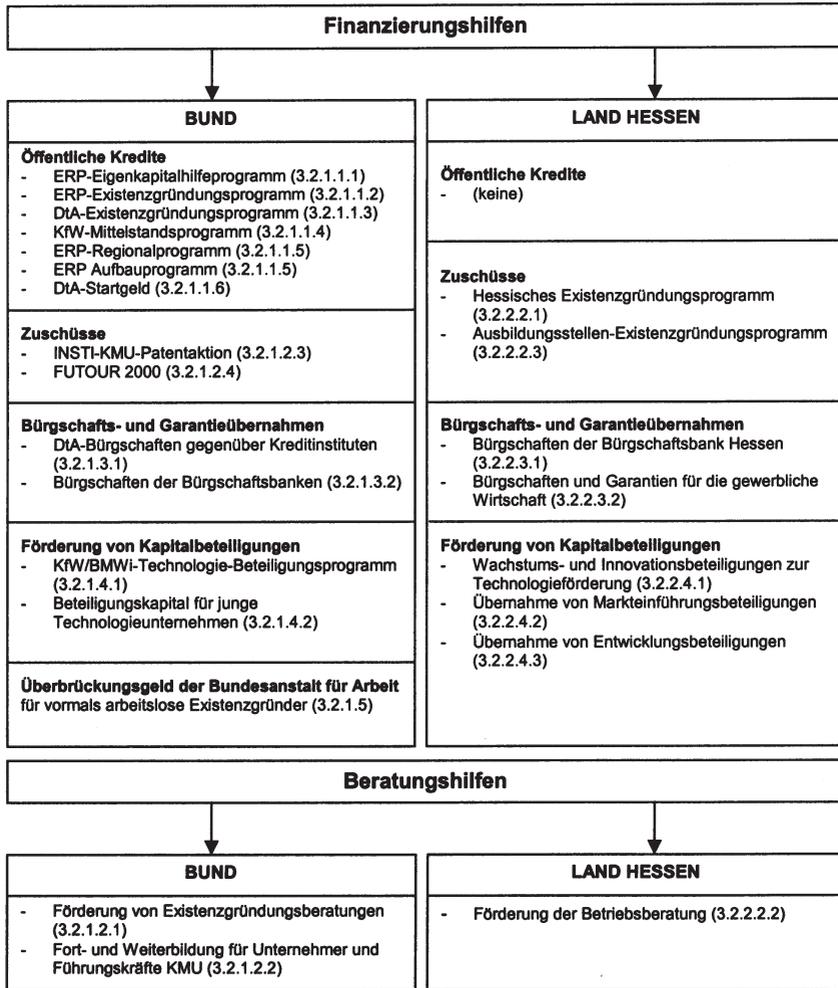


Abbildung 3-4: Systematisierung der Existenzgründungsprogramme nach Instrumenten¹⁴⁴

¹⁴⁴ Quelle: Eigene Darstellung.

Erfasst werden die staatlichen Förderprogramme des Bundes und des Landes Hessens, welche entsprechend ihres Adressatenkreises auf Existenzgründer zugeschnitten sind.¹⁴⁵ Abb. 3-4 ordnet die staatlichen Förderprogramme nach den oben beschriebenen Instrumenten.

3.2.1 Förderprogramme des Bundes

Das wichtigste Förderinstrument des Bundes für Existenzgründer sind öffentliche Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen. Sie werden ergänzt durch Zuschüsse, Bürgschaften und Garantieübernahmen des Bundes. Die Förderung von Kapitalbeteiligungen ist das jüngste Förderinstrument, mit dem vor allem JTU mit innovativem Potential unterstützt werden.

3.2.1.1 Öffentliche Darlehen

Im folgenden werden die an Existenzgründer adressierten Darlehensprogramme des Bundes dargestellt.¹⁴⁶ Ein gewichtiges Fördervolumen haben vor allem das ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm, das ERP-Existenzgründungsprogramm und das DtA-Existenzgründungsprogramm. Zinsgünstige Darlehen an Existenzgründer vergibt außerdem die KfW im Rahmen ihres Mittelstandsprogramms. Für Gründer mit vergleichsweise geringem Finanzierungsbedarf gibt es neuerdings Kleinkredite (sog. Startgeld) von der DtA. Daneben existieren noch das ERP-Regionalprogramm und das ERP-Aufbauprogramm, die Existenzgründer auch beanspruchen können.

3.2.1.1.1 ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm

Das ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm wurde 1979 als neuartiges Finanzierungsinstrument des Bundes aufgelegt. Aus Mitteln des ERP-Sondervermögen werden erfolgversprechenden, aber mit zu wenig Eigenkapital ausgestatteten Existenzgründern langfristige Darlehen zur Verstärkung ihrer Eigenkapitalbasis und damit ihrer Kreditwürdigkeit zur Verfügung gestellt. Mit der Durchführung der Eigenkapitalhilfe ist die Deutsche Ausgleichsbank beauftragt; das Ausfallrisiko wird durch eine globale Bundesgarantie abgesichert. Bei der Eigenkapital-

¹⁴⁵ Ausgeklammert werden die *Förderprogramme der Europäischen Union*, die primär der Überwindung von Integrations- und Umstrukturierungsprozessen innerhalb der EU dienen und weniger der direkten Förderung von Existenzgründungen. Nachdem die Europäische Union ihre Mittelstandspolitik forcierte, stellt sie umfangreiche Förderprogramme nicht nur für etablierte mittelständische Unternehmen, sondern auch für Existenzgründungen bereit. Einen Überblick über die Förderprogramme der EU bietet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2000).

¹⁴⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2000), S. 12ff.

hilfe handelt es sich somit um einen *Verwaltungskredit*. Mit den Eigenkapital ersetzenden Darlehen werden Existenzgründungen im Bereich der mittelständischen Wirtschaft gefördert, die eine nachhaltig tragfähige, selbständige Voll-existenz erwarten lassen. Existenzgründern wird Eigenkapitalhilfe als „Hilfe zur Selbsthilfe“ gewährt, wenn ohne sie die Durchführung ihres Vorhabens wegen einer nicht angemessenen Eigenkapitalbasis wesentlich erschwert würde.

Risikotragende Eigenkapitalhilfedarlehen werden gewährt

1. zur Gründung einer selbständigen gewerblichen oder freiberuflichen Existenz, auch durch tätige Beteiligung mit hinreichendem unternehmerischen Einfluss oder Übernahme, soweit die Eigenkapitalhilfe zur wirtschaftlichen Fortführung des Unternehmens erforderlich ist, und
2. zur Festigung einer selbständigen Existenz in den alten Bundesländern bis zwei Jahre nach Existenzgründung, in den neuen Ländern und Berlin¹⁴⁷ bis vier Jahre, wobei dieser Zeitraum in begründeten Ausnahmefällen überschritten werden kann.

Eigenkapitalhilfe nimmt im Rahmen der öffentlichen Darlehensprogramme eine Sonderstellung ein, denn sie **haftet im Konkursfall Dritten gegenüber unbeschränkt**. Die Fördermittel übernehmen, obwohl sie als Darlehen vergeben werden, Eigenkapitalfunktion und erleichtern so die Beschaffung von zusätzlichen öffentlichen und privaten Krediten. Bankübliche Kreditsicherheiten sind nicht zu stellen, lediglich die persönliche Haftung des Antragstellers wird vorausgesetzt.

Gefördert werden Existenzgründer der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe, und auch Existenzgründungen in Form einer Übernahme oder einer tätigen Beteiligung mit hinreichendem unternehmerischen Einfluss können Eigenkapitalhilfe bekommen, sofern sie zur Fortführung des Unternehmens erforderlich ist.¹⁴⁸

Antragsberechtigt sind alle natürlichen Personen, die über die erforderliche fachliche und kaufmännische Qualifikation und eine entsprechende Berufserfahrung verfügen. Der Antragsteller sollte sich hinsichtlich seines Vorhabens fachlich beraten lassen. Dem Antrag ist die Stellungnahme einer unabhängigen, fachlich kompetenten Stelle beizufügen. Mehrheitsbeteiligungen anderer Unter-

¹⁴⁷ Seit dem 1.1.2000 wurden die großzügigeren Förderbedingungen in Ost-Berlin auch auf West-Berlin ausgedehnt.

¹⁴⁸ Eigenkapitalhilfe wird außerdem bereitgestellt zur Festigung einer selbständigen gewerblichen oder freiberuflichen Existenz, i.d.R. bis zu 2 Jahren nach der Gründung in den alten Ländern und bis zu 4 Jahren in den neuen Ländern und Berlin. In begründeten Ausnahmefällen kann dieser Zeitraum verlängert werden.

nehmen, außer von Kapitalbeteiligungsgesellschaften, sind nicht zulässig. Abgesehen von Investitionen zur Festigung einer selbständigen Existenz (Festigungsinvestitionen), wird Eigenkapitalhilfe i.d.R. nur einmal je Antragsteller bewilligt. Ausnahmsweise kann einem Antragsteller für ein neues Vorhaben Eigenkapitalhilfe ein zweites Mal bewilligt werden, sofern das frühere Eigenkapitalhilfedarlehen ohne Schaden abgewickelt wurde.

Der Antrag auf Förderung wird vom Existenzgründer bei seiner Hausbank gestellt, die den Antrag nach Prüfung an die DtA weiterleitet. Dem Antrag muss eine Stellungnahme zum Unternehmenskonzept beigelegt werden. Zu dieser Stellungnahme berechtigt sind die Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern, Unternehmensberater, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Fachverbände. Gibt die DtA eine Zusage, schließt die Hausbank mit dem Antragsteller im Namen der DtA den Darlehensvertrag ab.

Eigenkapitalhilfe darf bei Neugründungen normalerweise nur für betriebsnotwendige Investitionen und bei Übernahmen nur für den zu zahlenden Kaufpreis eingesetzt werden. In den neuen Ländern und Berlin darf Eigenkapitalhilfe auch zur Beschaffung bzw. Aufstockung des Waren-, Material- und Ersatzteillagers verwendet werden, während derartige Investitionsvorhaben in den alten Ländern nur von Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten und dann auch nur bis zu 30% der Bemessungsgrundlage angesetzt werden können. Auch Markterschließungsaufwendungen mit längerfristiger Kapitalbindung können mit Eigenkapitalhilfe finanziert werden.

Bemessungsgrundlage für die ERP-Eigenkapitalhilfe ist die Höhe der Investitionssumme, der Kaufpreis (sofern dieser nicht in das Unternehmen fließt) bzw. das Anlagevermögen sowie die im Rahmen des Erwerbs erforderlichen Investitionen und im Falle der neuen Länder auch Lagerinvestitionen.¹⁴⁹ Der Antragsteller soll einen angemessenen Anteil (in der Regel 15%) der Bemessungsgrundlage selbst aufbringen. Seine Mittel können dann mit Eigenkapitalhilfe zu 40% der Bemessungsgrundlage aufgestockt werden.¹⁵⁰ Der Förderhöchstbetrag liegt pro Antragsteller bei 500.000 Euro. Bei Privatisierungs- und Reprivatisie-

¹⁴⁹ In den neuen Bundesländern und Berlin können alle entstehenden Aufwendungen für die Beschaffung bzw. Aufstockung des Waren-, Material- und Ersatzteillagers mitfinanziert werden, während in den alten Ländern Lagerbestände nur bis zu 30% der gesamten Summe und dies auch nur bei Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten finanziert werden.

¹⁵⁰ Bei Investitionen zur Festigung einer selbständigen Existenz (kurz Festigungsinvestitionen) in den neuen Ländern und Berlin kann Eigenkapitalhilfe unter Anrechnung anderer öffentlicher Mittel mit Haftkapitalcharakter bis auf 75% der Bemessungsgrundlage (= Gesamtinvestitionssumme) aufgestockt werden, sofern hierdurch erst eine angemessene Basis an haftendem Kapital, keinesfalls jedoch mehr als 40% des Betriebsvermögens nach Abschluss der Festigungsinvestition, erreicht wird.

rungsvorhaben in den neuen Ländern und Berlin kann bis zu 1 Mio. Euro beantragt werden.

Die ersten zwei Jahre der Darlehenslaufzeit sind zinsfrei, danach erfolgt ein gestaffelter Zinsanstieg entsprechend der jeweiligen Kapitalmarktsituation.¹⁵¹ Es werden 96% des Kredits ausgezahlt. Die Laufzeit beträgt maximal 20 Jahre, wobei erst nach maximal zehn tilgungsfreien Jahren in 20 gleichen Halbjahresraten getilgt werden muss.

Eine vorzeitige Tilgung ist jederzeit möglich. Bei einer vorzeitigen Tilgung innerhalb der ersten sieben Jahre müssen die vom ERP-Sondervermögen übernommenen Zinsen vom Antragsteller rückwirkend entrichtet werden. Dies gilt nicht bei einer Tilgung, die im Zusammenhang mit der Aufgabe der selbständigen Existenz steht.

Da die Eigenkapitalhilfe vom Antragsteller spätestens bis zur Vollendung seines 70. Lebensjahres zurückzuzahlen ist, verkürzt sich die tilgungsfreie Zeit bei älteren Antragstellern um die Zahl der Jahre über 50.

Seit dem 1.1.2000 haben Existenzgründer, die durch das ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm oder das ERP-Existenzgründungsprogramm unterstützt werden, einen höheren eigenen Beitrag zu leisten. Zuvor konnten bis zu 85%, in Ausnahmefällen auch 90% der förderfähigen Kosten durch Förderdarlehen gedeckt werden. Bedingt durch die verbindlichen „Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung“ der Europäischen Kommission, welche nicht nur auf neue, sondern auch auf bestehende Programme anzuwenden sind, wurde die Gesamtförderhöhe auf 66,6% in den alten Bundesländern und 75% in den neuen Bundesländern gesenkt. Der vom Antragsteller aufzubringende Finanzierungsanteil darf keine Beihilfeelemente enthalten, kann aber beispielsweise in Form von Bankkrediten geleistet werden. Werden in der ergänzenden Finanzierung Darlehen eingesetzt, die teilweise mit Bürgschaften öffentlich geförderter Garantieinstitute abgesichert oder teilweise haftungsfrei gestellt sind, wird der unverbürgte bzw. nicht haftungsfrei gestellte Darlehensanteil als beihilferechtlicher Eigenanteil gewertet.

¹⁵¹ Die Zinssätze in den alten Ländern betragen zur Zeit im 1. Jahr 0%, im 2. Jahr 0%, im 3. Jahr 3%, im 4. Jahr 4%, im 5. Jahr 5%, im 6. bis zum 10. Jahr 7,5% p.a. Für die neuen Bundesländer und Berlin liegt der Zinssatz ab dem 6. Jahr für jedes Jahr 0,5 Prozentpunkte unter dem Zins für die alten Bundesländer, d.h. im 6. bis zum 10. Jahr bei 7% p.a. Am Ende des 10. Jahres wird der Zinssatz unter Zugrundelegung des ggf. veränderten Zinsniveaus für die Restlaufzeit neu festgelegt. Das Garantieentgelt beträgt 0,7% p.a. der jeweils valutierenden Eigenkapitalhilfe. Änderungen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2000), S. 12.

Vorteile des ERP-Eigenkapitalhilfeprogramms	Nachteile des ERP-Eigenkapitalhilfeprogramms
<p>(1) Die Mittel werden in der Bilanz als Eigenkapital ausgewiesen. Sie dienen daher nicht nur als Finanzierungskapital, sondern auch als Sicherheit für weitere Kredite.</p> <p>(2) Die zinsgünstigen Darlehen mit langen Laufzeiten und einer tilgungsfreien Zeit von zehn Jahren berücksichtigen gründungsspezifische Schwierigkeiten in besonderem Maße, nämlich langfristigen Finanzierungsbedarf und Liquiditätsengpässe in den ersten Jahren.</p> <p>(3) Der Kredit kann vorzeitig und ohne Mehrkosten teilweise oder ganz zurückgezahlt werden. Somit erfolgt eine Anpassung an die individuelle Tilgungsfähigkeiten des Gründers.</p> <p>(4) Die Vorhaben KMU (unter Wahrung ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit) zum Zwecke der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit (Kooperation) werden bevorzugt berücksichtigt.</p>	<p>(1) Das Genehmigungsverfahren ist langwierig und aufwendig, und der Vergabemodus ist streng.</p> <p>(2) Die Hausbank ist zwischengeschaltet, und es besteht kein persönlicher Kontakt zum Hauptleihinstitut DfA.</p> <p>(3) Gefordert ist eine sehr präzise Darstellung des Gründungsvorhabens, die mit hohem Aufwand verbunden ist.</p> <p>(4) Da ERP-Mittel nur für Vorhaben verwendet werden dürfen, die im Antragszeitpunkt noch nicht begonnen worden sind, ist eine Nachfinanzierung ausgeschlossen.</p> <p>(5) Es besteht kein Rechtsanspruch auf ERP-Mittel.</p>

Abbildung 3-5: Vor- und Nachteile des ERP-Eigenkapitalhilfeprogramms aus Sicht des Existenzgründers¹⁵²

Die folgende Abbildung 3-6 zeigt die Anzahl der Geförderten und die Höhe der Förderung von 1980 bis 1998. Wiedervereinigungsbedingt kam 1991 eine massive Förderung von Existenzgründern in den neuen Bundesländern hinzu, und 1992 erreichte die Eigenkapitalhilfeförderung mit einer Fördersumme von über 3,5 Mrd. DM ihren Höhepunkt. Für die notwendige Unterstützung von Existenzgründungen in den neuen Bundesländern wurde die Eigenkapitalhilfe 1993 in den alten Bundesländern ganz ausgesetzt. Seit Ende 1994 kann Eigenkapitalhilfe auch wieder von Existenzgründern in den alten Bundesländern beantragt werden. 1997 gab eine ausgewogene Verteilung der bewilligten Darlehen zwischen neuen und alten Ländern. 1998 wurden im Rahmen des Eigenkapitalhilfefrogramms Darlehen in Höhe von 1,89 Mrd. DM gewährt; davon flossen 0,86 Mrd. DM in die neuen Bundesländer. Deutlich wird, dass diese Förderpraxis auch regionalpolitische Ziele verfolgt und daher nur bedingt der Existenzgründungsförderung im Sinne der Mittelstandspolitik zugerechnet werden kann.

¹⁵² Quelle: Eigene Darstellung.

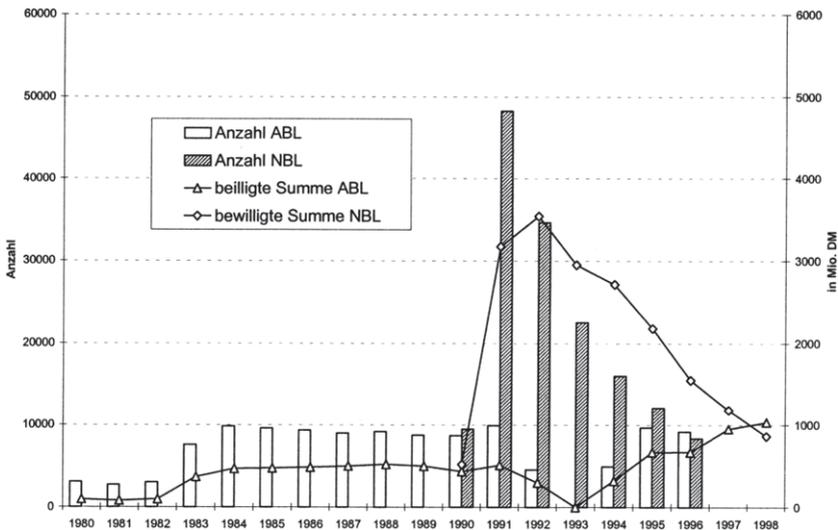


Abbildung 3-6: Zusagen und Fördervolumen im ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm

3.2.1.1.2 ERP-Existenzgründungsprogramm

Um Existenzgründer bei ihrem Schritt in die Selbständigkeit zu unterstützen, werden an sie seit 1960 im Rahmen des ERP-Existenzgründungsprogramms zweckgebunden zinsvergünstigte, langfristige Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen vergeben. Gefördert werden die Errichtung oder die Übernahme eines Unternehmens oder einer freiberuflichen Existenz, die Übernahme einer Beteiligung mit leitender Tätigkeit im Unternehmen und die Beschaffung eines ersten Lagers an Material, Handelsware und Ersatzteilen. Auch Festigungsinvestitionen und Lageraufstockungen werden innerhalb von drei Jahren nach Gründung finanziert.

Antragsberechtigt sind Existenzgründer der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe mit Ausnahme der Heilberufe. Fördervoraussetzung ist wie beim Eigenkapitalhilfeprogramm, dass der Gründer über die erforderliche fachliche und kaufmännische Qualifikation und eine entsprechende Berufserfahrung verfügt und dass die selbständige Tätigkeit als Haupteinverdienungsgrundlage dienen soll. Der ERP-Existenzgründungskredit ist seinem Wesen nach ein banküblicher Investitionskredit, jedoch zu günstigeren Konditionen.¹⁵³ Der Darlehenshöchstbe-

¹⁵³ Der Zinssatz beläuft sich zur Zeit 10 Jahre lang auf 5,75% in den alten Bundesländern und auf 5,25% in den neuen Bundesländern und Berlin. Bei längerer Laufzeit des Darlehens gilt

trag pro Kalenderjahr und Antragsteller beträgt 500 Tsd. Euro in den alten Bundesländern und 1 Mio. Euro in den neuen Bundesländern und Berlin. Der Anteil der Förderung kann in den alten Bundesländern bis zu 50% und in den neuen Bundesländern bis zu 75% der Investitionskosten betragen. Eine Kombination des ERP-Existenzgründungsprogramms mit anderen Förderprogrammen ist möglich. Die gesamten öffentlichen Mittel (inkl. Eigenkapitalhilfe, Investitionszuschüsse, Landesdarlehen) dürfen in den alten Bundesländern nicht mehr als zwei Drittel und in den neuen Bundesländern nicht mehr als drei Viertel der Bemessungsgrundlage betragen.

Vorteile des ERP-Existenzgründungsprogramms	Nachteile des ERP-Existenzgründungsprogramms
<p>(1) Die zinsgünstigen Darlehen mit langen Laufzeiten und einer tilgungsfreien Zeit von zehn Jahren berücksichtigen gründungsspezifische Schwierigkeiten in besonderem Maße, nämlich langfristiger Finanzierungsbedarf und Liquiditätsengpässe in den ersten Jahren.</p> <p>(2) Die Zinsen werden der gegenwärtigen Marktlage entsprechend angepasst, so dass sie auch bei niedrigem Marktzins günstiger sind.</p> <p>(3) Der Kredit kann vorzeitig ohne Mehrkosten ganz oder teilweise zurückgezahlt werden. Somit wird eine Anpassung an die individuellen Tilgungsfähigkeiten des Gründers erbracht.</p> <p>(4) Die Vorhaben KMU (unter Wahrung ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit) zum Zwecke der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit (Kooperation) werden bevorzugt berücksichtigt.</p>	<p>(1) Das Genehmigungsverfahren ist aufwendig.</p> <p>(2) Der unpersönliche Kontakt zum Haupteihinstitut DtA (Hausbank ist zwischengeschaltet), erfordert eine sehr präzise schriftliche Darstellung des Vorhabens.</p> <p>(3) Eine Nachfinanzierung ist ausgeschlossen, da ERP-Mittel nur für Vorhaben verwendet werden dürfen, die im Antragszeitpunkt noch nicht begonnen worden sind.</p> <p>(4) Es besteht kein Rechtsanspruch auf ERP-Mittel.</p> <p>(5) Es wird eine sehr präzise Darstellung des Gründungsvorhabens gefordert. Somit ist der damit verbundene hohe Aufwand bei Ablehnung vom Antragsteller umsonst erbracht worden.</p>

Abbildung 3-7: Vor- und Nachteile des ERP-Existenzgründungsprogramms aus Sicht des Existenzgründers¹⁵⁴

Die Darlehen können bei einem frei wählbaren Kreditinstitut, also der Hausbank des Antragstellers, beantragt werden. Diese entscheidet über die Anträge und die zu stellenden Sicherheiten in eigenem Ermessen und leitet sie an die Deutsche Ausgleichsbank weiter. Unzureichende Sicherheiten können durch die Bürgschaft einer Bürgschaftsbank oder Kreditgarantiegemeinschaft verstärkt werden. Sobald von der DtA die Finanzierungszusage kommt, schließt die Hausbank mit dem Antragsteller einen Kreditvertrag ab. Im Gegensatz zum Ei-

alsdann für die Restlaufzeit der bei Ablauf der 10-jährigen Zinsbindungsfrist maßgebliche ERP-Zinssatz für Neuzusagen. Der Kredit wird zu 100% ausgezahlt. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2000), S. 13.

¹⁵⁴ Quelle: Eigene Darstellung.

genkapitalhilfeprogramm, bei dem das Ausfallrisiko durch eine globale Bundesgarantie abgesichert wird, sind beim ERP-Existenzgründungsprogramm der Hausbank vom Kreditnehmer bankübliche Sicherheiten zu stellen. Form und Umfang der Sicherheiten werden zwischen dem Existenzgründer und seiner Hausbank vereinbart.¹⁵⁵

1998 wurden im Rahmen des ERP-Existenzgründungsprogramms Darlehen in Höhe von 3,16 Mrd. DM vergeben. Der überwiegende Teil des Fördervolumens, nämlich 2,31 Mrd. DM, ging in die alten Bundesländer. Die Vergabepaxis der Fördermittel zwischen alten und neuen Bundesländern zeigt einen ähnlich Verlauf wie beim Eigenkapitalhilfeprogramm. Bezogen auf die Förder-summe nimmt das ERP-Existenzgründungsprogramm den ersten Platz unter allen ERP-Programmen ein.

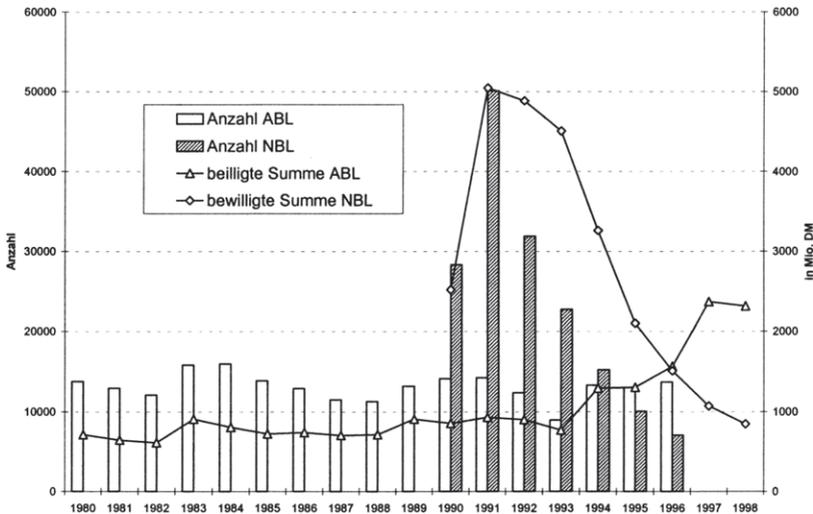


Abbildung 3-8: Zusagen und Fördervolumen im ERP-Existenzgründungsprogramm

¹⁵⁵ Zur Absicherung können auch Bürgschaften einer Kreditgarantiegemeinschaft oder des jeweiligen Landes genutzt werden. Bei Vorhaben in den neuen Ländern und Berlin kann auf Antrag die DtA die Hausbank zur Hälfte von der Haftung freistellen.

3.2.1.1.3 DtA-Existenzgründungsprogramm

Das DtA-Existenzgründungsprogramm wurde 1992 von der Deutschen Ausgleichsbank eingeführt zur Finanzierung von Existenzgründungen, die vom ERP-Existenzgründungsprogramm aufgrund der dort geltenden Einschränkungen (z.B. Überschreitung der Altersgrenze oder Nichtfinanzierung des Betriebsmittelbedarfs) nicht gefördert wurden. Seitdem vergibt die DtA unter eigener Regie zinsverbilligte Darlehen an natürliche Personen, an KMU im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe sowie an Angehörige der Heilberufe,¹⁵⁶ und zwar (1) für Investitionen zur Gründung einer selbständigen Existenz, auch durch Erwerb oder tätige Beteiligung, (2) für Investitionen zur nachhaltigen Sicherung bzw. Festigung einer selbständigen Existenz innerhalb von acht Jahren nach Geschäftseröffnung¹⁵⁷, (3) für Investitionen in Produkt- und Prozessinnovationen und (4) für Betriebsübernahmen im Zuge von Privatisierungen der öffentlichen Hand und damit im Zusammenhang stehende Investitionen¹⁵⁸. Zusätzlich kann ab Februar 1996 auch der Betriebsmittelbedarf von Unternehmen gefördert werden.

Antragsberechtigt sind natürliche Personen sowie kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe. Unter Einbeziehung anderer Förderprogramme werden bis zu 75% der notwendigen Investitionen finanziert. Sollte es sich dabei um Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen handeln, beträgt der Finanzierungsanteil bis zu 100%, jedoch maximal 25.000 Euro je zusätzlichen Arbeitsplatz. Im Zuge der Initiative der Bundesregierung zur Förderung von Innovationen, Wagniskapital und Existenzgründungen hat die DtA am 27. März 1998 eine zusätzliche Variante zu diesem Programm eingeführt: Wer, unabhängig vom bisherigen Antrag auf Investitionsförderung, innerhalb von acht Jahren nach Geschäftseröffnung zusätzliche sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze schafft, kann dafür ein pauschales Darlehen von 25.000 Euro je zusätzlichem Arbeitsplatz beantragen. Bezugsgröße für die zusätzlichen Arbeitsplätze ist die Anzahl der Beschäftigten im vorhergehenden Jahr. Humankapitalinvestitionen sowie immaterielle Investitionen, insbesondere Qualifizierungs- und Weiterbildungskosten, können in voller Höhe mitfinanziert werden.

¹⁵⁶ Die Empfängergruppe ist beim DtA-Existenzgründungsprogramm weiter gesteckt als beim ERP-Existenzgründungsprogramm und umfasst neben Existenzgründern auch junge Unternehmen des Mittelstandes.

¹⁵⁷ Im ERP-Existenzgründungsprogramm ist für Maßnahmen zur Existenzfestigung lediglich ein Zeitraum von drei Jahren vorgesehen.

¹⁵⁸ Ausgenommen sind Sanierungsfälle.

Die Darlehensbedingungen sind ähnlich dem ERP-Existenzgründungsprogramm. Es werden Darlehen mit einer Laufzeit von 10, 15 oder 20 Jahren vergeben.¹⁵⁹ Bei einer Laufzeit von 20 Jahren erhöht sich die tilgungsfreie Zeit von zwei auf drei Jahre. Das Darlehen ist am Ende der Laufzeit in einer Summe rückzahlbar. Der Zinssatz von z.Zt. 4,05% p.a. ist für die ersten 10 Jahre festgeschrieben, danach erfolgt unter Zugrundelegung des ggf. geänderten Zinsniveaus eine Neufestlegung für die Restlaufzeit. Der Auszahlungskurs beträgt in allen Bereichen 96%. Die DtA verlangt bankübliche Sicherheiten. Auf Antrag der Hausbank kann die DtA in den alten Bundesländern für einen um 0,5% erhöhten Zinssatz eine 40%ige Haftungsfreistellung bei Darlehen bis zu 2 Mio. Euro gewähren¹⁶⁰; in den neuen Bundesländern kann die Haftungsfreistellung sogar 50% betragen.¹⁶¹

Im Vergleich zum ERP-Existenzgründungsprogramm ist der DtA-Zinssatz zwar etwas höher¹⁶², aber auch der Kredithöchstbetrag ist mit 2 Mio. Euro deutlich höher als beim ERP-Programm. Mit einem Darlehensvolumen von insgesamt über 3 Mrd. DM jährlich nimmt das DtA-Existenzgründungsprogramm einen wichtigen Platz innerhalb der staatlichen Existenzgründungsförderung ein.

3.2.1.1.4 KfW-Mittelstandsprogramm

Ähnlich den bereits dargestellten Programmen dient auch das KfW-Mittelstandsprogramm der langfristigen zinsvergünstigten Finanzierung von Investitionen bestehender und neu gegründeter Unternehmen in Deutschland. Die im Antrag bei einem Kreditinstitut freier Wahl dargelegte inländische Investitionstätigkeit soll der Errichtung, Sicherung oder Erweiterung des Unternehmens dienen. Nachfinanzierungen bereits durchgeführter Investitionen sowie Umschuldungen werden nicht gefördert. Antragsberechtigt sind in- und ausländische Unternehmen, deren Jahresumsatz einschließlich verbundener Unternehmen 500 Mio. Euro nicht überschreitet. Weiterhin können auch Unternehmen im Eigentum der Nachfolgesellschaften der Treuhandanstalt sowie Freiberufler die Fördermittel beantragen.

¹⁵⁹ Seit dem 1.3.1999 bietet die DtA die neue Laufzeitvariante von 15 Jahren an.

¹⁶⁰ Ansonsten wird bei der Gewährung einer teilweisen Haftungsfreistellung für die gesamte Kreditlaufzeit pro Jahr ein Zuschlag von 0,75% auf den Endkreditnehmerzinssatz erhoben.

¹⁶¹ Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip wird Haftungsfreistellung für Betriebsmitteldarlehen nur gewährt, wenn dem Unternehmen durch das Darlehen in vollem Umfang zusätzliche Liquidität bereitgestellt wird.

¹⁶² Die zur Verfügung gestellten Darlehen werden von der DtA am Kapitalmarkt refinanziert und aus eigenen Erträgen soweit verbilligt, dass sich ein Zinssatz ergibt, der zwischen dem marktüblichen Zinssatz und dem Satz aus dem ERP-Existenzgründungsprogramm liegt.

Die KfW verbilligt die zur Verfügung gestellten Darlehen zu Lasten ihrer eigenen Erträge so weit, dass sich Konditionen ergeben, die im unteren Bereich der Kapitalmarktsätze liegen. Die Darlehen sind banküblich zu besichern, z.B. mittels Grundschulden, Sicherungsübereignung von Maschinen, Bürgschaften (inkl. Bürgschaften von Bürgschaftsbanken). Form und Umfang der Besicherung werden im Rahmen der Kreditverhandlungen zwischen dem Investor und seiner Hausbank vereinbart. Bei innovativen Existenzgründern und Krediten in die neuen Länder, die einen Betrag von 2 Mio. Euro nicht überschreiten, gewährt die KfW dem durchleitenden Kreditinstitut auf Antrag jedoch eine 50%ige Haftungsentlastung.¹⁶³

Die Höhe der Förderung beträgt bis zu drei Viertel des Investitionsbetrages. Falls es sich bei dem Antragsteller um ein Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 50 Mio. Euro handelt, beträgt die Höhe der Förderung maximal zwei Drittel des Investitionsbetrages. Der Kredithöchstbetrag liegt bei 5 Mio. Euro, wobei diese Grenze von KMU mit einem Jahresumsatz bis zu 50 Mio. Euro überschritten werden kann.

Die Kreditlaufzeit beträgt bis zu 10 Jahre bei höchstens zwei tilgungsfreien Anlaufjahren. Bei Investitionen mit mindestens zwei Drittel Bauanteil wird eine Laufzeit von bis zu 20 Jahren bei maximal drei tilgungsfreien Anlaufjahren gewährt. Wie schon bei den zuvor dargestellten Darlehensprogrammen, wird auch hier der Zinssatz für Neuzusagen an die Entwicklung des Kapitalmarktes angepasst. Bei Krediten mit bis zu 10 Jahren Laufzeit besteht für die gesamte Kreditlaufzeit ein fester Zinssatz. Bei Krediten mit mehr als 10 Jahren Laufzeit kann der Zinssatz für 10 Jahre oder die gesamte Laufzeit festgeschrieben werden. Die Darlehen werden zu 96% ausgezahlt. Die KfW legt die Zinssätze grundsätzlich bei Zusage fest.

1998 wurden im Rahmen des KfW-Mittelstandsprogramms bundesweit Finanzmittel in Höhe von 14,5 Mrd. DM gewährt. Damit nimmt dieses Programm eine überragende Stellung innerhalb der Mittelstandsförderung ein. Der Anteil der geförderten Existenzgründer ist jedoch gering; nach Angaben der KfW liegt er in den alten Bundesländern bei zwei bis drei Prozent. Der Förderschwerpunkt liegt in den alten Bundesländern gegenwärtig wie in den Jahren zuvor eindeutig bei KMU der gewerblichen Wirtschaft, die bereits über 10 Jahre bestehen.

KfW-Mittelstandsprogramm „Beschäftigung und Qualifizierung“

Im Rahmen des KfW-Mittelstandsprogramms „Beschäftigung und Qualifizierung“ gewährt der Bund neuerdings auch in Westdeutschland Darlehen von bis

¹⁶³ Vgl. ELFERS (1996), S. 80.

zu 50.000 Euro für jedes zusätzliche Arbeitsverhältnis, dessen Vertragslaufzeit mindestens 12 Monate beträgt. Pro Teilzeitarbeitsverhältnis wird ein Darlehen von bis zu 25.000 Euro gewährt. Zunächst wurden nur Arbeitsverhältnisse in Betriebsstätten in den neuen Ländern gefördert. Seit Dezember 2000 sind auch die alten Bundesländer in die Förderung einbezogen. Antragsberechtigt sind Existenzgründer, Freiberufler und Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, deren Jahresumsatz 500 Millionen Euro nicht überschreitet und die sich mehrheitlich im Privatbesitz befinden. Ziel des Mittelstandsprogramms „Beschäftigung und Qualifizierung“ der KfW ist die Förderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze, ohne dass damit sog. „harte Investitionen“ verbunden sein müssen.¹⁶⁴

3.2.1.1.5 ERP-Regionalprogramm und ERP-Aufbauprogramm

In den neuen Bundesländern und in den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vergibt die KfW aus Mitteln des ERP-Sondervermögens langfristige Investitionsdarlehen an bestehende oder neu gegründete Unternehmen. Finanziert werden der Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, Bauinvestitionen, die Anschaffung von Maschinen und Fahrzeugen, die Betriebs- und Geschäftsausstattung, der Erwerb immaterieller Wirtschaftsgüter und der Kaufpreis einer Firma.¹⁶⁵ Ziel des Programms ist die Schaffung neuer und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze. Deshalb sind Investitionen von der Förderung ausgeschlossen, die nur der Ersatzbeschaffung dienen. Antragsberechtigt sind KMU der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige Freier Berufe mit Ausnahme der Heilberufe. Schwerpunktmäßig werden vor allem lang bestehende KMU gefördert.¹⁶⁶ Zwar werden auch Existenzgründungen gefördert, jedoch dient das ERP-Regionalförderprogramm nicht ihrer besonderen Förderung. Diesbezüglich wird in den Förderrichtlinien explizit auf das ERP-Existenzgründungsprogramm verwiesen.¹⁶⁷

In den alten Bundesländern wurden 1998 im Rahmen des ERP-Regionalprogramms Investitionsdarlehen in Höhe von 800 Mio. DM an KMU der gewerblichen Wirtschaft vergeben. Nach Angaben der KfW liegt der Anteil der geförderten Existenzgründungen bei zwei bis drei Prozent.

¹⁶⁴ Vgl. Bundesregierung (2000b), S. 45.

¹⁶⁵ Nicht gefördert werden Umschuldungen, Nachfinanzierungen und die Finanzierung von Betriebsmitteln.

¹⁶⁶ Die Förderung wird als Darlehen gewährt. Die Darlehenshöhe beträgt maximal 500.000 Euro, bei einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren (bei Bauvorhaben 15 Jahre), davon sind bis zu zwei Jahre tilgungsfrei. Ausgezahlt werden 100%.

¹⁶⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2000), S. 14.

Das ERP-Aufbauprogramm in den neuen Bundesländern entspricht dem ERP-Regionalprogramm, gewährt dort aber günstigere Konditionen.¹⁶⁸ In den neuen Bundesländern und Berlin wurden 1998 im Rahmen des ERP-Aufbauprogramms Darlehen in Höhe von 2 Mrd. DM vergeben. Nach Angaben der KfW liegt der Anteil der geförderten Existenzgründungen mit fünf bis sechs Prozent etwas höher als in Westdeutschland. Förderschwerpunkt sind auch hier Unternehmen im Alter zwischen drei und fünf Jahren.

3.2.1.1.6 *DiA-Startgeld*

Um Existenzgründern mit vergleichsweise geringem Finanzierungsbedarf den Schritt in die Selbständigkeit durch Gründung oder tätige Beteiligung zu ermöglichen, gewährt der Bund Kleinkredite (sog. Startgeld) von maximal 50.000 Euro für betrieblich bedingte Investitionen und Betriebsmittel. Antragsberechtigt sind natürliche Personen, die über die erforderliche fachliche und kaufmännische Qualifikation verfügen sowie kleine Unternehmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der Freien Berufe einschließlich der Heilberufe. Anträge sind über ein beliebiges Kreditinstitut an die Deutsche Ausgleichsbank zu richten. Der Antragsteller hat die Schwerpunkte seiner unternehmerischen Tätigkeit darzulegen und anhand geeigneten Zahlenmaterials die Erfolgsaussichten seines Vorhabens zu begründen. Vorausgesetzt wird ein Unternehmenskonzept einschließlich Umsatz- und Ertragsvorschau, eine tabellarische Übersicht über den beruflichen Werdegang des Gründers und ein durch die Hausbank ausgefüllter Engagementfragebogen mit Angaben zu den Vermögens- und Einkommensverhältnissen des Antragstellers. Eine Förderung ist auch dann möglich, wenn das Unternehmen zunächst als Nebenerwerb geführt wird, wobei vorausgesetzt wird, dass das geförderte Unternehmen mittelfristig als Vollerwerbsbetrieb ausgerichtet ist. Eine aktive Mitunternehmerschaft des Antragstellers wird vorausgesetzt, was bedeutet, dass er Anteile am Gesellschaftskapital halten und zum Geschäftsführer bestellt sein muss. Auch darf der Antragsteller nicht bereits selbständig tätig sein. Gefördert werden nur Unternehmen mit höchstens 100 Beschäftigten, deren Finanzierungsbedarf für Investitionen und Betriebsmittel insgesamt 50.000 Euro nicht übersteigt. Mit dem zu finanzierenden Vorhaben soll bei Antragstellung noch nicht begonnen worden

¹⁶⁸ So können in den neuen Ländern und Berlin neben den 10jährigen Darlehenslaufzeiten bei Bauvorhaben Darlehensverträge bis zu 20 Jahre abgeschlossen werden. Die tilgungsfreie Zeit beträgt höchstens fünf Jahre. Pro Antragsteller beträgt der Kredithöchstbetrag 3 Mio. Euro. In den neuen Ländern und Berlin liegt der Zinssatz 10 Jahre lang fest bei 5,25% p.a. und im übrigen Bundesgebiet bei 5,75% p.a. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2000), S. 14.

sein. Der Bund finanziert bis zu 100% der benötigten Investitionen und Betriebsmittel, wobei sich der Antragsteller durch Einsatz vorhandener eigener Mittel am Vorhaben beteiligen sollte. Der Auszahlungskurs beträgt 96%. Die Hausbanken werden durch eine obligatorische 80%ige Haftungsfreistellung entlastet. Das Risiko der Haftungsfreistellung teilen sich der Europäische Investitionsfond und die Deutsche Ausgleichsbank im Verhältnis eins zu eins. Eine Kombination mit anderen Produkten der DtA ist nicht möglich. Die Darlehenslaufzeit beträgt bis zu 10 Jahre, davon bis zu zwei tilgungsfreie Jahre. Für die gesamte Laufzeit ist ein fester Zins zu entrichten. Die Bereitstellungsprovision beträgt 0,25% pro angefangenen Monat, sofern die Darlehen nicht spätestens bis zum Ultimo des auf die Zusage folgenden Monats bei der DtA abgerufen werden. Mit der Einführung des DtA-Startgeld-Programms im Mai 1999 versucht der Bund insbesondere mehr kleinere Gründungsprojekte im Dienstleistungsbereich zu ermöglichen.¹⁶⁹

3.2.1.2 Zuschüsse

3.2.1.2.1 Förderung von Existenzgründungsberatungen

Um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und die Bereitschaft zur Existenzgründung zu erhöhen, vergibt der Bund Zuschüsse für die Beratung potentieller Existenzgründer. Antragsberechtigt für die Förderung von Existenzgründungsberatungen sind nicht selbständig tätige natürliche Personen, die sich durch Gründung bzw. Übernahme eines neuen Unternehmens oder tätige Beteiligung an einem bestehenden Unternehmen, mit Sitz und Geschäftsbetrieb in Deutschland, selbständig machen wollen. Der Existenzgründer kann sich prinzipiell seine Beratungsstelle selbst aussuchen. Jedoch müssen die geförderten Beratungen von selbständigen Beratern oder von Beratungsunternehmen durchgeführt werden, die nachweislich über die für den Beratungsauftrag erforderlichen Fähigkeiten, über ausreichende berufliche Erfahrungen und über die notwendige Zuverlässigkeit verfügen. Der überwiegende Geschäftszweck des Beraters muss auf entgeltliche Unternehmensberatung gerichtet sein. Die Existenzgründungsberatungen sollen Entscheidungshilfen für die Vorbereitung und Durchführung des beabsichtigten Gründungsvorhabens geben; insbesondere soll geklärt werden, ob und auf welche Weise das Gründungsvorhaben zu einer tragfähigen Vollexistenz führen kann.

Bei Existenzgründungsberatungen beträgt der Zuschuss 50% der in Rechnung gestellten Beratungskosten, höchstens jedoch 2.500 DM. Bei allgemeinen Be-

¹⁶⁹ Vgl. Bundesregierung (2000b), S. 45.

beratungen innerhalb von zwei Jahren nach der Existenzgründung (Existenzaufbauberatungen) beträgt der Zuschuss 50% der in Rechnung gestellten Beratungskosten, höchstens jedoch 3.300 DM.

3.2.1.2.2 Fort-/Weiterbildung für Unternehmer und Führungskräfte KMU

Durch Fort- und Weiterbildung von Unternehmern und Führungskräften KMU soll die Bereitschaft zur Existenzgründung gestärkt, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Freiberuflern verbessert und die Anpassung an veränderte wirtschaftliche Bedingungen erleichtert werden. Gefördert werden Informations- und Schulungsveranstaltungen für Unternehmer, Führungskräfte und Existenzgründer über alle wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und organisatorischen Probleme der Existenzgründung und der Führung eines Unternehmens. Antragsberechtigt sind KMU und Freiberufler sowie die Veranstalter von förderungsfähigen Informations- und Schulungsveranstaltungen, d.h. Kammern, Verbände, Institutionen, Schulen, Beratungsunternehmen und selbständige Berater. Bei Veranstaltungen, die mindestens einen Tag und maximal vier Tage dauern, wird ein Zuschuss von 660 DM je Veranstaltungstag gewährt. Es herrscht ein Kumulierungsverbot für Kosten, die ganz oder teilweise aus anderen öffentlichen Mitteln finanziert werden.

3.2.1.2.3 INSTI-KMU-Patentaktion

Um ein erfinderfreundliches Klima in Deutschland zu schaffen und um die schnelle sowie umfassende Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in marktfähige Produkte zu verbessern, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein breit angelegtes Verbundprojekt zur „Innovationsstimulierung der deutschen Wirtschaft durch wissenschaftlich-technische Information (INSTI)“.

Eine besondere Fördermaßnahme im Rahmen des INSTI-Projekts gibt es für Existenzgründer und KMU, die erstmals ihre Forschungs- und Entwicklungsergebnisse durch gewerbliche Schutzrechte (Patente und Gebrauchsmuster) sichern wollen bzw. deren Schutzrechtsanmeldungen länger als fünf Jahre zurückliegen. Durch die KMU-Patentaktion sollen Unkenntnis und Hemmnisse der KMU gegenüber dem Patentwesen abgebaut werden. Ziel ist es, die Anzahl qualifizierter Patentanmeldungen durch KMU wesentlich zu erhöhen und die möglichst schnelle und umfassende Umsetzung sowie erfolgreiche Vermarktung der geschützten Produkte und Verfahren zu unterstützen. Das Programm soll auch zum strategischen Verständnis des Patentsystems, zur Sensibilisierung gegenüber dem Nutzen gewerblicher Schutzrechte, zur Erstellung konkreter

„Fahrpläne“ für Patentanmeldung und Patentverwertung sowie zum Wissenstransfer beitragen.

Tabelle 3-1: Förderobergrenzen bei der INSTI-KMU-Patentaktion

Externe Leistung	Förderobergrenze
Recherche zum Stand der Technik	1.500 DM
Kosten-Nutzen-Analyse	1.500 DM
Patentanmeldung beim Deutschen Patentamt	4.000 DM
Vorbereitungen für die Verwertung einer Erfindung	1.500 DM
Gewerblicher Rechtsschutz im Ausland	5.000 DM
Technische Zulassung	1.500 DM
<i>Gesamt</i>	<i>15.000 DM</i>

Gefördert werden externe Leistungen auf den verschiedenen Stufen des Innovationsprozesses. Die Förderung wird als einmaliger, nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt. Der Zuschuss pro Unternehmen beträgt maximal 15.000 DM von insgesamt 30.000 DM förderfähigen Ausgaben. Die Obergrenzen der Förderung für externe Leistungen sind in der Tabelle 3-1 aufgelistet.

Antragsberechtigt sind Existenzgründer und KMU des produzierenden Gewerbes, landwirtschaftliche Betriebe und Handwerksbetriebe mit Geschäftssitz und Produktionsstätte in Deutschland, die Forschung und Entwicklung selbst betreiben oder betreiben lassen.¹⁷⁰ Die antragstellenden Unternehmen dürfen maximal 250 Mitarbeiter beschäftigen und entweder einen Jahresumsatz von höchstens 80 Mio. DM oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 54 Mio. DM aufweisen. Um die Förderung von Konzernen auszuschließen, darf sich das Unternehmen zu höchstens 25% im Besitz eines oder mehrerer Unternehmen befinden, die diese Grenzen überschreiten. Die Unternehmen dürfen außerdem in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung kein Patent angemeldet haben. Bei Existenzgründern muss die Gründung spätestens zum Zeitpunkt der Abrechnung der Zuwendung abgeschlossen sein.

3.2.1.2.4 FUTURE 2000

Das Bundeswirtschaftsministerium fördert die Gründung besonders innovativer technologieorientierter Unternehmen in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin durch die Gewährung einer Starthilfe. Antragsberechtigt sind junge tech-

¹⁷⁰ Anträge sind auf einem vorgeschriebenen Formblatt an einen der regionalen INSTI-Partner zu richten. Die Fördermaßnahmen werden vom Institut der Deutschen Wirtschaft koordiniert.

nologieorientierte Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, die sich in der FuE-Phase befinden und die bei Einreichung der Ideenskizze nicht älter als ein Jahr sind. Die Förderung erfolgt ohne thematische Einschränkung auf bestimmte Technologien und umfasst die Konzeptions-, Forschungs- und Entwicklungsphase. Dies entspricht der Forderung von ARTHUR (1989), bei der Förderung JTU nicht nach der Art der Technologie zu selektieren.¹⁷¹ Die Existenzgründer müssen ihren Geschäftsbetrieb und wirtschaftlichen Schwerpunkt allerdings in den neuen Bundesländern oder Ost-Berlin haben, in der Nähe des Geschäftsbetriebes wohnen und mindestens 51% der Anteile am Unternehmen halten. Zumindest einer der Gründer muss über das für die Projektdurchführung notwendige wissenschaftliche und technische Fachwissen verfügen. Bei dem FuE-Projekt muss es sich um die erste wesentliche Produktentwicklung im Unternehmen handeln, das Projekt muss technisch und wirtschaftlich machbar erscheinen und es müssen Entwicklungsaufwendungen mit erheblichem wissenschaftlich-technischen Risiko erforderlich sein. Die Förderung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt und beläuft sich auf bis zu 45% (für Antragsteller in Ost-Berlin auf bis zu 40%) der zuwendungsfähigen Ausgaben, maximal jedoch 600 Tsd. DM. Zuschuss und stille Beteiligung der Technologie-Beteiligungsgesellschaft (tbG) können zusammen maximal 1,35 Mio. DM, höchstens jedoch 90% der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen, wenn sich die tbG mit einer stillen Beteiligung ohne Leadinvestor beteiligt.¹⁷² Sofern ein technologieorientiertes, gewerbliches Unternehmen in Ostdeutschland gegründet werden soll und die technische Machbarkeit der Innovation bzw. die Vermarktungsmöglichkeiten noch nicht ausreichend geklärt sind, werden für eine Machbarkeitsprüfung in Einzelfällen auch nicht rückzahlbare Zuschüsse von bis zu 70%, in Ost-Berlin bis zu 65%, der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 50.000 DM gewährt.

3.2.1.3 Bürgschafts- und Garantieübernahmen

3.2.1.3.1 DtA-Bürgschaften gegenüber Kreditinstituten

Im Rahmen des DtA-Bürgschaftsprogramms übernimmt die DtA Bürgschaften gegenüber Kreditinstituten für langfristige Investitionskredite in den neuen Bundesländern. Die Bürgschaftsanträge sind von der entsprechenden Hausbank

¹⁷¹ S.o.: 2.4.2.5 Theorie nichtlinearer Zufallsprozesse.

¹⁷² Bei der Technologie-Beteiligungsgesellschaft (tbG) handelt es sich um die Tochtergesellschaft der DtA, die für technologieorientierte Kapitalbeteiligungen zuständig ist.

an die DtA zu richten. Im Falle einer Zusage erhält die Hausbank die Bürgschaftsurkunde.

Voraussetzung ist, dass die von den Kreditinstituten an Existenzgründer und KMU der gewerblichen Wirtschaft vergebenen Investitionskredite der Errichtung, Erweiterung, Umstellung, oder Modernisierung des Betriebs dienen. Das geförderte Unternehmen muss sich mehrheitlich im Privatbesitz befinden. Übernahmen von Bürgschaften für Sanierungsvorhaben sind ausgeschlossen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Übernahme einer DtA-Bürgschaft. Die DtA tritt nur als Bürge für Kredite ein, die nach der Bürgschaftsbeantragung vergeben werden.

Die Bürgschaften werden als anteilige Ausfallbürgschaften gewährt, falls der Kreditbetrag vom Kreditnehmer nicht banküblich abgesichert werden kann. Die Höhe der Bürgschaft beträgt höchstens 80% des Ausfalls an Kapital, Zinsen, Provisionen und Kosten. Das Risiko der antragstellenden Hausbank verbleibt bei mindestens 20%. Der Kreditnehmer hat soweit wie möglich Sicherheiten zur Verfügung zu stellen. Der Mindestbetrag der Bürgschaftssumme beträgt 1 Mio. DM, der Höchstbetrag soll 20 Mio. DM nicht überschreiten. Die Laufzeit der Bürgschaft soll die Nutzungsdauer der Investition nicht überschreiten. So ist bei Betriebsmittelkrediten eine planmäßige Tilgung vorgesehen. Die Höchstlaufzeit der Bürgschaft beträgt in der Regel 15 Jahre, bei Bauinvestitionskrediten kann eine Laufzeit von bis zu 23 Jahren gewährt werden.

3.2.1.3.2 Bürgschaften der Bürgschaftsbanken

Bürgschaftsbanken, die direkte Ausfallbürgschaften für kurz- bis langfristige Kredite sowie Garantien bei Kapitalbeteiligungen vergeben, werden durch Rückbürgschaften sowohl des Bundes als auch des jeweiligen Landes unterstützt und werden daher an dieser Stelle der Vollständigkeit halber erwähnt.¹⁷³ Antragsberechtigt sind gewerbliche Unternehmen und Freiberufler, die aufgrund fehlender Sicherheiten am Kapitalmarkt keinen Kredit bekommen. Die Gruppe der Antragssteller ist weit gestreut: Existenzgründer, denen die notwendige Absicherung ihrer Gründungsinvestition fehlt, sind ebenso antragsberechtigt wie bestehende Unternehmen mit einem hohen Investitionsbedarf in der Wachstums- und Umstrukturierungsphase.

¹⁷³ Im Detail für Hessen s.u.: 3.2.2.3.1 Bürgschaften der Bürgschaftsbank Hessen.

3.2.1.4 Förderung von Kapitalbeteiligungen

Durch Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen werden Kapitalbeteiligungsgesellschaften und sonstigen Beteiligungsgebern von staatlicher Seite Anreize geboten, sich an jungen Technologieunternehmen in der Entwicklungs- und Aufbauphase zu beteiligen. Die Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis soll es jungen Technologieunternehmen ermöglichen, ihre Innovationsvorhaben auf finanziell abgesicherter Basis durchzuführen und sich erfolgreich am Markt zu etablieren. Zur Erreichung dieses Förderziels stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau Beteiligungsgebern Refinanzierungsdarlehen für Beteiligungen an kleinen Technologieunternehmen bereit (Refinanzierungsvariante) und geht die Technologie-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Ausgleichsbank Beteiligungen an kleinen Technologieunternehmen ein, sofern sich ein weiterer Beteiligungsgeber mindestens in gleicher Höhe ebenfalls beteiligt (Koinvestmentvariante).

Das BMBF ermöglicht in beiden Fällen die Bereitstellung einer anteiligen Haftungsfreistellung von 65% in den alten und 75% in den neuen Ländern. Hinzu kommt eine Haftungsfreistellung der Institute von jeweils 10%, so dass sich die Haftungsfreistellung auf insgesamt 75% bzw. 85% beläuft.

3.2.1.4.1 KfW/BMWi-Technologie-Beteiligungsprogramm

Kleine und mittlere Technologieunternehmen verfügen häufig nicht in ausreichendem Maße über eigene Mittel zur Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und zur entsprechenden Markteinführung neuer Produkte. Um diesen Unternehmen Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, refinanziert die Kreditanstalt für Wiederaufbau jene Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Banken, Unternehmen und Privatpersonen, die sich an kleinen Technologieunternehmen beteiligen oder diesen eigenkapitalähnliche Mittel zur Verfügung stellen. Die Beteiligungen erfolgen zur Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten einschließlich der Herstellung und Erprobung von Prototypen, von Anpassungsentwicklungen bis zur Markteinführung von technisch neuen bzw. wesentlich verbesserten Produkten, Verfahren oder technischen Dienstleistungen sowie von Investitionen zur Markteinführung. Nachfinanzierungen und Umschuldungen sind von der Förderung ausgeschlossen. Die Unternehmen dürfen nicht älter als fünf Jahre sein, nicht mehr als 50 Arbeitskräfte beschäftigen und müssen einen Jahresumsatz von weniger als 7 Mio. Euro oder eine Bilanzsumme von unter 5 Mio. Euro aufweisen.¹⁷⁴ In jedem Fall muss der Antragsteller ü-

¹⁷⁴ Befindet sich das Unternehmen zu mehr als 25% im Besitz eines oder mehrerer Unternehmen, die diese Kriterien nicht erfüllen, ist eine Förderung im Rahmen dieses Programms

ber das zur Entwicklung, Produktion und Vermarktung notwendige technische Fachwissen sowie die erforderlichen kaufmännischen Kenntnisse verfügen.

Der Beteiligungsgeber sollte aufgrund seiner kapitalmäßigen und personellen Ausstattung in der Lage sein, die mitfinanzierten Vorhaben zu betreuen und die Durchführung des Innovationsprojekts zu überwachen. Falls es sich bei dem Antragsteller um eine Kapitalbeteiligungsgesellschaft handelt, muss diese über ein Gesellschaftskapital von mindestens 1 Mio. Euro verfügen und grundsätzlich bereit sein, jedes kleine Technologieunternehmen, das die Voraussetzungen dieses Programms erfüllt, als Beteiligungsnehmer zu akzeptieren.

Der Beteiligungsgeber, in der Regel eine KBG oder ein Kreditinstitut, erhält von der KfW zinsgünstige Kredite zur Refinanzierung von bis zu 70% der Beteiligung an Technologieunternehmen. Der Kredithöchstbetrag beträgt dabei unternehmensbezogen 1,4 Mio. Euro, die maximale Laufzeit 10 Jahre. Eine Kombination mit anderen öffentlichen Förderprogrammen ist möglich, allerdings nur im Rahmen der von der Europäischen Union vorgegebenen Höchstgrenzen von 66,6% in den alten Bundesländern und 75% in den neuen Ländern. Seit seinem Start verzeichnet das KfW/BMWi-Technologie-Beteiligungsprogramm einen permanenten Zuwachs. 1998 betrug der Förderungsbetrag 232 Mio. DM bei insgesamt 389 Zusagen. Nach Angaben der KfW sind drei Viertel der Beteiligungsnehmer nicht älter als fünf Jahre.

3.2.1.4.2 Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen

Im Rahmen des vom BMBF aufgelegten Programms „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ beteiligt sich die Technologie-Beteiligungsgesellschaft tbg als stiller Gesellschafter an Technologieunternehmen der gewerblichen Wirtschaft, ohne allgemein an der Geschäftsführung des Beteiligungsnehmers teilzunehmen. Die Beteiligungen der tbg dienen der subsidiären Finanzierung von Innovationsvorhaben für angewandte Forschung und Entwicklung vor Aufnahme der kommerziellen Produktion sowie für Investitionen zur Markteinführung.

Der Begriff Innovationsvorhaben wird in der Programmbeschreibung wie folgt umrissen:

- (1) Durch Innovationsvorhaben sollen neue, im Unternehmen bislang noch nicht angewandte Techniken eingesetzt werden.
- (2) Die Entwicklungsanteile, die den innovativen Kern betreffen, werden im Unternehmen selbst erbracht. Wenn Entwicklungsschritte ausgelagert

nicht möglich. Von dieser Einschränkung sind Beteiligungsgesellschaften und institutionelle Anleger nicht betroffen, sofern von ihnen keine Kontrolle ausgeübt wird.

werden, müssen die Spezifikationen im Unternehmen selbst erarbeitet werden.

(3) Das neue Produkt/Verfahren unterscheidet sich in seinen wesentlichen Funktionen von den bisherigen Produkten/Verfahren des Unternehmens.

(4) Mit dem neuen Produkt/Verfahren sind Wettbewerbsvorteile und Marktchancen auf dem für das Unternehmen einschlägigen Markt verbunden.

Die Beteiligung wird als Koinvestment gewährt unter der Bedingung, dass sich ein weiterer Beteiligungsgeber (Leadinvestor) an dem Unternehmen in mindestens gleicher Höhe wie die tbg beteiligt. Der Leadinvestor betreut dann auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages auch die Beteiligung der tbg. Der Leadinvestor soll das Technologieunternehmen in allen wirtschaftlichen und finanziellen Belangen beraten und unterstützen und gegebenenfalls auch Management- und Marketingunterstützung anbieten. Grundsätzlich soll er in der Lage sein, zusätzliche Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen.

In Westdeutschland dürfen die geförderten Unternehmen bis zu 10 Jahre alt sein, höchstens 50 Beschäftigte haben und maximal einen Jahresumsatz von 10 Mio. DM oder eine Bilanzsumme von 4 Mio. DM aufweisen. In Ostdeutschland liegen die Obergrenzen bei 250 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 40 Mio. DM oder einer Bilanzsumme von 20 Mio. DM. Die tbg beteiligt sich an einem Technologieunternehmen mit maximal 3 Mio. DM, wobei dieser Förderbetrag für mehrere Innovationsvorhaben verwendet werden darf. Es sind keinerlei Sicherheiten zu stellen. Ausgeschlossen ist die gleichzeitige Beteiligung von tbg und KfW (z.B. im Rahmen des KfW/BMWi-Technologie-Beteiligungsprogramms) an einem Innovationsvorhaben. Die Dauer der Beteiligung der tbg beträgt bis zu zehn volle Kalenderjahre und richtet sich grundsätzlich nach der Laufzeit der Beteiligung des Leadinvestors. Die tbg beansprucht auf ihre Einlage im Regelfall eine vom Jahresergebnis des Beteiligungsnehmers unabhängige Vergütung in Höhe von z.Zt. 6% p.a. sowie ein an den Verhältnissen des geförderten Unternehmens ausgerichtetes, gewinnabhängiges Beteiligungsentgelt. Dem kooperierenden Leadinvestor kann im Kooperationsvertrag das Recht eingeräumt werden, die tbg bis zum Ablauf von fünf Jahren ab Beginn der Beteiligung der tbg an dem Unternehmen auf teilweise Erstattung eines Ausfalls aus seiner am geförderten Unternehmen eingegangenen Beteiligung in Anspruch zu nehmen. Für diesen Fall wird die tbg dem Leadinvestor einen Betrag von maximal 50% in Westdeutschland bzw. maximal 70% in Ostdeutschland der von ihr selbst geleisteten Einlage erstatten. Die tbg kann dann die gan-

ze oder teilweise Übertragung der Beteiligung des Leadinvestors auf sich oder einen Dritten verlangen.

Das Beteiligungsvolumen der tbg belief sich 1999 auf insgesamt 740 Mio. DM. Davon entfielen 61% auf Unternehmen der IuK-Technologie, 21% auf Biotechnologie, 5% auf Medizintechnik und 5% auf Mess-/Steuer-/Regelungstechnik. Ein Drittel der geförderten Unternehmen sind jünger als ein Jahr, zwei Drittel jünger als drei Jahre. 15% des Beteiligungsvolumens entfällt auf Börsenkandidaten und 85% dient der Finanzierung in der Frühphase technologieorientierter Unternehmen.

Mit dem Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ wurden 1999 einschließlich der privaten Kapitalbeteiligungen über 1,5 Mrd. DM Beteiligungskapital mobilisiert. Berücksichtigt man neben dem Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ auch noch die Beteiligungsvariante des ERP-Innovationsprogramms und das ostdeutsche FUTOUR-Programm, wurden 1999 in mehr als 1.000 Fällen Beteiligungen an innovativen Unternehmen in Höhe von rd. 1,7 Mrd. DM mobilisiert, und im Jahr 2000 betrug das mobilisierte Beteiligungskapitalvolumen bereits über 2,3 Mrd. DM. Gegenüber 1998 entspricht dies fast einer Verdreifachung.

3.2.1.5 Überbrückungsgeld der Bundesanstalt für Arbeit

Seit 1986 gewährt das Arbeitsamt gründungswilligen Arbeitslosen Überbrückungsgeld zur Sicherung ihres Lebensunterhalts und zur sozialen Sicherung in der Zeit nach der Existenzgründung.¹⁷⁵ Im Regelfall entspricht die Höhe der Förderung dem Arbeitslosengeld bzw. der Arbeitslosenhilfe plus der auf diese Leistungen entfallenden Sozialversicherungsbeiträge und wird für ein halbes Jahr gewährt.

Um Überbrückungsgeld zu erhalten, muss der Antragsteller in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Aufnahme der selbständigen Tätigkeit oder der vorgehalteten Teilnahme an einer Maßnahme zu deren Vorbereitung mindestens vier Wochen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Kurzarbeitergeld bezogen haben oder eine Beschäftigung ausgeübt haben, die als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder als Strukturanpassungsmaßnahme gefördert worden ist. Außerdem hat er eine Stellungnahme einer fachkundigen Stelle über die Tragfähigkeit seiner Existenzgründung vorzulegen.¹⁷⁶

¹⁷⁵ Rechtsgrundlage ist § 55a Arbeitsförderungsgesetz.

¹⁷⁶ Fachkundige Stellen sind insbesondere die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, berufsständischen Kammern, Fachverbände und Kreditinstitute.

Durch die Förderung mit Überbrückungsgeld soll der Existenzgründer den Schritt in die Selbständigkeit wagen, die Arbeitslosigkeit hinter sich lassen und die Arbeitslosenversicherung entlasten. Außerdem sollen durch die Existenzgründungen weitere neue Arbeitsplätze geschaffen und somit zusätzliche Beschäftigungsgewinne erzielt werden. 1999 erhielten 98.114 vormals arbeitslose Existenzgründer Überbrückungsgeld in Höhe von insgesamt knapp 1,5 Mrd. DM.¹⁷⁷

3.2.2 Exkurs: Förderprogramme des Landes Hessen

Während die staatliche Förderung von Existenzgründungen primär auf Bundesebene stattfindet, bauen die Förderprogramme der Länder häufig auf der Bundesförderung auf bzw. ergänzen diese. Es folgt die Darstellung der Förderprogramme des Landes Hessen.

3.2.2.1 Öffentliche Darlehen

Das Land Hessen bietet keine alleinstehenden Darlehensprogramme für Existenzgründer an.

3.2.2.2 Zuschüsse

3.2.2.2.1 Hessisches Existenzgründungsprogramm

In den Richtlinien für die Gewährung von Finanzierungshilfen des Landes Hessen an die gewerbliche Wirtschaft vom 20. Januar 1997 sind die Förderkriterien für das Hessische Existenzgründungsprogramm festgelegt: „Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung gewährt zur Förderung von Existenzgründungen Zuschüsse und stellt diese der Deutschen Ausgleichsbank zur Verfügung. Die Deutsche Ausgleichsbank verwendet diese Mittel zur Zinsverbilligung von Krediten im Rahmen des ERP-Existenzgründungsprogramms für Existenzgründungsvorhaben im Bereich der gewerblichen Wirtschaft in Hessen“.¹⁷⁸ Das Hessische Existenzgründungsprogramm ergänzt das ERP-Existenzgründungsprogramm und gewährt Existenzgründern im Bereich der gewerblichen Wirtschaft in Hessen für Kreditbeträge bis 200 Tsd. DM eine auf das ERP-Existenzgründungsprogramm aufbauende einprozentige Zinsvergünstigung in Form eines Zuschusses, wenn sie über ihre Hausbank bei der DtA einen entsprechenden Antrag stellen. Die Landesmittel

¹⁷⁷ Vgl. WIEBNER (1997), S. 5.

¹⁷⁸ Die Bestimmungen des Hessischen Existenzgründungsprogramms engen weder die Bestimmungen des ERP-Existenzgründungsprogramms ein, noch erweitern sie diese.

werden für Investitionen zur Errichtung und Einrichtung von Betrieben, zur Übernahme von Betrieben oder tätigen Beteiligungen sowie zur Einrichtung eines ersten Warenlagers gewährt. Befinden sich junge Unternehmen bereits in der Anlaufphase (bis zu drei Jahren nach der Gründung), können nur noch Investitionen zur Errichtung und Einrichtung von Betrieben gefördert werden. Eine Kumulation mit anderen öffentlichen Finanzierungshilfen ist prinzipiell möglich, jedoch müssen Förderhöchstgrenzen beachtet werden: In den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ darf der Gesamtwert der erhaltenen Subventionen zur Unternehmensgründung 28% nicht überschreiten. In den übrigen Fördergebieten darf in Kumulation mit anderen öffentlichen Hilfen für dasselbe Vorhaben bei kleinen Unternehmen ein Subventionswert von 15% und bei mittelgroßen Unternehmen ein Subventionswert von 7,5% nicht überschritten werden.¹⁷⁹

3.2.2.2.2 Förderung der Betriebsberatung

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung fördert im Rahmen der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Existenzgründungs- und Betriebsberatungen zur Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen, zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und zur Lösung von Technologie- und Umweltproblemen. Antragsberechtigt sind natürliche Personen und KMU, die nicht mehr als 250 Arbeitskräfte beschäftigen und deren Umsätze in dem der Antragstellung vorausgegangenem Geschäftsjahr eine bestimmte branchenspezifische Grenze nicht überschritten haben. Das Unternehmen darf sich höchstens zu 25% im Besitz eines oder mehrerer größerer Unternehmen befinden, und die Beratung muss sich auf eine Betriebsstätte in Hessen beziehen. Gefördert werden Existenzgründungsberatungen vor dem Gründungsakt und Existenzaufbauberatungen bis zu drei Jahre danach. Außerdem werden Kurzberatungen zur Schwachstellenanalyse, Umsetzungsberatungen zur Realisierung von betrieblichen Konzepten sowie Technologie-, Innovations- und Designberatungen gefördert. Über jede Beratung ist vom Berater ein Bericht anzufertigen (Kurzbericht bei Kurzberatungen). Die Berichte mit Angaben über Berater und berate-

¹⁷⁹ Als klein gilt ein Unternehmen, wenn es nicht mehr als 50 Beschäftigte und entweder einen Jahresumsatz von höchstens 7 Mio. Euro oder eine Bilanzsumme von höchstens 5 Mio. Euro hat und wenn es sich nicht oder zu höchstens einem Viertel im Besitz größerer Unternehmen befindet. Unternehmen mit nicht mehr als 250 Beschäftigten und mit entweder einem Jahresumsatz von höchstens 40 Mio. Euro oder einer Bilanzsumme von höchstens 27 Mio. Euro gelten als mittlere Unternehmen, wenn sie sich nicht oder zu höchstens einem Viertel im Besitz größerer Unternehmen befinden.

nes Unternehmen, Ort, Zeit und Gegenstand der Beratung sind vom Antragsteller zu bestätigen. Sie dienen dem Nachweis der Verwendung der Fördermittel. Die Förderung erfolgt durch Gewährung eines Zuschusses zu den in Rechnung gestellten Kosten eines Beratungstages. Beratungen mit bis zu fünf Stunden Dauer gelten als ein halber Beratungstag. Die Tabelle nennt die Anzahl der förderfähigen Beratungstage und die öffentlichen Zuschüsse pro Beratungstag.

Tabelle 3-2: Fördertage und Förderhöhen [in DM] bei der Betriebsberatung

Art der Beratung	Förderfähige	Zuschuss pro	Zuschuss pro Beratungstag
	Tage	Beratungstag	in EU-/GA-Fördergebieten
Existenzgründungsberatung	4	850	900
Existenzaufbauberatung	6	750	800
Umsetzungs-, Kurz- und Gruppenberatung	2	500	600
Technologie-/ Designberatung	5	800	900

Innerhalb von drei Jahren werden Beratungszuschüsse bis maximal 10.000 DM (ohne Existenzgründungsberatungen) je Antragsteller aus Landesmitteln gewährt. In EU-Fördergebieten und im Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erhöht sich der Höchstbetrag auf 15.000 DM. Die Förderung setzt eine Eigenbeteiligung von mindestens 15% bei Existenzgründungs- und Existenzaufbauberatungen (in EU- und GA-Fördergebieten: 10%) und von mindestens 40% bei den übrigen Beratungen (in EU- und GA-Fördergebieten: 30%) voraus. Für Beratungen, die mit anderen öffentlichen Mitteln gefördert werden, herrscht ein Kumulierungsverbot.

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung benennt geeignete Beratungsstellen für die Durchführung und Abwicklung der geförderten Betriebsberatungen. Die Beratungsstellen müssen in der Lage sein, eine fachlich qualifizierte und neutrale Beratung sowie eine zuverlässige Abrechnung der Fördermittel nach Einhaltung der Förderbestimmungen sicherzustellen. Die Beratungsstellen und beratenen Unternehmen sind verpflichtet, einen Tatbestand, der zur Rückzahlung oder Minderung des Zuschusses führen kann, unverzüglich anzuzeigen. Die Zuschüsse werden den Antragstellern direkt, oder den Beratungsstellen zur Weiterleitung an die Beratungsnehmer, bewilligt. Beratungsstelle für alle Wirtschaftsbereiche ist das Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW).

3.2.2.2.3 Ausbildungsstellen-Existenzgründungsprogramm

Da viele Betriebe bisher nicht oder nur in eingeschränktem Rahmen ausbilden, versucht das Land Hessen mit dem Ausbildungsstellen-Existenzgründungsprogramm Ausbildungshemmnisse abzubauen und die Schaffung von neuen Ausbildungsverhältnissen bei Existenzgründungen zu unterstützen. Antragsberechtigt sind Inhaber von neu gegründeten kleinen und mittleren Betrieben des Handels, Handwerks, Kleingewerbes, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes und der Industrie sowie Praxen und Büros der Freien Berufe, die mit Auszubildenden Ausbildungsverträge nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HWO) abschließen oder abgeschlossen haben. Die Neugründung muss innerhalb der letzten 36 Monate vor Ende der Antragsfrist¹⁸⁰ erfolgt sein, und der Betriebsinhaber darf innerhalb der letzten fünf Jahre vor der aktuellen Existenzgründung keine hauptberufliche selbständige Tätigkeit ausgeübt haben. Anträge auf Ausbildungskosten-Zuschüsse sind an das Regierungspräsidium in Kassel zu stellen. Die Förderung beträgt bei Ausbildungsverträgen mit einer vertraglichen Ausbildungsdauer von bis zu 1½ Jahren 2.400 DM, bis zu 2½ Jahren 4.800 DM und bis zu 3½ Jahren und länger 7.200 DM. Sofern Mädchen in Berufen ausgebildet werden, in denen der Anteil weiblicher Auszubildender unter 20 Prozent liegt, beträgt die Förderung bei einer vertraglich vereinbarten Ausbildungsdauer von bis zu 1½ Jahren 3.000 DM, bis zu 2½ Jahren 6.000 DM und bei bis zu 3½ Jahren und länger 9.000 DM. Soweit ein Ausbildungsverhältnis aus anderen öffentlichen Mitteln gefördert wird, mindert sich der nach dieser Richtlinie gewährte Zuschuss entsprechend.

3.2.2.3 Bürgschafts- und Garantieübernahmen

3.2.2.3.1 Bürgschaften der Bürgschaftsbank Hessen

In allen Bundesländern existieren Bürgschaftsbanken, die Investitions- und Betriebsmittelkredite für Existenzgründer und KMU absichern. Bei den Bürgschaftsbanken handelt es sich um Selbsthilfeeinrichtungen der privaten Wirtschaft, die durch Rückbürgschaften des Bundes und des jeweiligen Landes unterstützt werden. Sie werden dann wichtig, wenn Kreditnehmer zwar ein tragfähiges Unternehmenskonzept haben, aber nicht über bankübliche Sicherheiten verfügen. Bürgschaftsbanken übernehmen Bürgschaften für Betriebe des privaten gewerblichen Mittelstandes (Handwerk, Handel, Kleinindustrie, Gaststätten- und Dienstleistungsgewerbe usw.) sowie für Freie Berufe.

¹⁸⁰ 31. Oktober des jeweiligen Förderjahres

Die Bürgschaftsbank Hessen GmbH übernimmt Ausfallbürgschaften für Kredite an KMU, sofern bankübliche Sicherheiten nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Verbürgt werden Kredite, die der Finanzierung eines wirtschaftlich sinnvollen und vertretbaren Vorhabens dienen. Dazu zählen Investitionskredite, Betriebsmittelkredite, Kredite im Zusammenhang mit Existenzgründungen oder der Übernahme von Betrieben sowie Avalkredite vornehmlich im Zusammenhang mit Inlandsgeschäften und Leasingverträgen. Kredite zur Umschuldung bestehender Kredite oder zur finanziellen Sanierung von Unternehmen werden nicht verbürgt.

Die Förderung besteht in der Übernahme von Ausfallbürgschaften für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen. Die Bürgschaften für KMU können bis zur Höhe von 80% des Kreditbetrages übernommen werden und sollen im Einzelfall 1 Mio. DM nicht übersteigen. Die Laufzeit der Bürgschaften kann bis zu 15 Jahre betragen. Bei Antragstellung ist eine einmalige Bearbeitungsgebühr in Höhe von 1% des beantragten Bürgschaftsbetrages, mindestens jedoch 500 DM, zu entrichten. Auf Verlangen der Bürgschaftsbank hin hat der Antragsteller, wenn er dazu in der Lage ist, zusätzliche Sicherheiten für den verbürgten Kredit zu stellen. Künftige Investitionen und deren Finanzierung sind, soweit sie die jährlichen Abschreibungen übersteigen, mit dem Kreditinstitut abzustimmen. Die Bürgschaft ist über die jeweilige Hausbank bei der Bürgschaftsbank des Landes zu beantragen, in dem der begünstigte Betrieb seinen Sitz hat.

3.2.2.3.2 Bürgschaften und Garantien für die gewerbliche Wirtschaft

Das Hessische Ministerium für Finanzen übernimmt Bürgschaften und Garantien zur Besicherung von Investitions- und Betriebsmittelkrediten für volkswirtschaftlich gerechtfertigte Aufgaben. Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, deren zu fördernde Betriebsstätte in Hessen liegt. Der Antragsteller muss seinen steuerlichen Sitz in Hessen haben und kreditwürdig sein. Eigenmittel für die Finanzierung des Vorhabens müssen in angemessenem Maße vorhanden sein. Die Ausfallrisiken sind in banküblicher Form abzusichern. Die Bürgschaften und Garantien des Landes Hessen werden grundsätzlich als Ausfallbürgschaften bzw. Ausfallgarantien übernommen. Sie decken neben der Hauptforderung auch die darauf entfallenden Zinsen und Avalprovisionen ab sowie die Kosten der zweckentsprechenden Rechtsverfolgung und die Kosten der Verwertung des Sicherungsgutes. Die Laufzeit der Bürgschaften und Garantien wird dem Verwendungszweck des jeweiligen Kredits und der Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers angepasst. Die Anträge auf die Übernahme von Bürgschaften oder Garantien sind an die Wirtschaftsförderung Hessen Investitionsbank AG zu richten.

3.2.2.4 Förderung von Kapitalbeteiligungen

Gemeinwirtschaftliche Kapitalbeteiligungsgesellschaften stellen Existenzgründungen und KMU zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung, indem sie sich an ihnen beteiligen. Sie erhalten Fördermittel vom Staat und dienen der Existenzgründungs- und Mittelstandsförderung.

In Hessen übernimmt die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen diese Funktion. Ihre Förderung beinhaltet verbilligte Refinanzierungsmöglichkeiten, öffentliche Haftungsentlastungen und Zuschüsse. Die Abbildung zeigt das hessische Fördersystem für Beteiligungskapital.

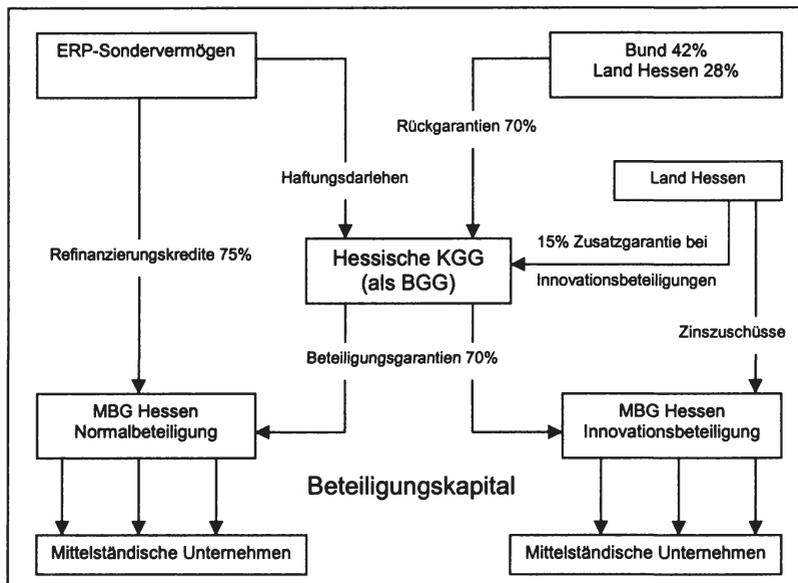


Abbildung 3-9: Fördersystem der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Hessen

Die staatlich geförderte Beteiligungsfinanzierung erfolgt in Hessen zweigleisig. Die MBG Hessen vergibt an KMU erstens Normalbeteiligungen zur Durchführung von Erweiterungs- und Rationalisierungsmaßnahmen und zweitens Innovationsbeteiligungen zur Unterstützung der Markteinführung innovativer Produkte und/oder Verfahren. Im Vergleich zur Vergabe von Normalbeteiligungen wird die MBG Hessen bei der Vergabe von Innovationsbeteiligungen stärker subventioniert. Bei Innovationsbeteiligungen übernimmt das Land Hessen unmittelbar eine 15%ige Garantie zugunsten der MBG Hessen, so dass deren Eigenrisiko unter Berücksichtigung der 70%igen Garantie der zuständigen Beteiligungsgarantiegemeinschaft auf 15% der Beteiligungssumme herabgesetzt

wird. Hinzu kommen zusätzliche Zinszuschüsse des Landes Hessen bei Beteiligungen an Innovationsprojekten, so dass Technologiebeteiligungen im Vergleich zu Normalbeteiligungen wesentlich günstigere Konditionen aufweisen. JTU genießen im hessischen Beteiligungsfördersystem als Beteiligungsnehmer besonders günstige Konditionen und stellen eine Hauptzielgruppe des Beteiligungsprogramms dar.¹⁸¹

Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen betreut drei Förderprogramme mit Beteiligungscharakter:

1. Wachstums- und Innovationsbeteiligungen im Rahmen der Technologieförderung,
2. Übernahme von Markteinführungsbeteiligungen und
3. Übernahme von Entwicklungsbeteiligungen.

Während das erste Programm JTU zwar bevorzugt behandelt, sich aber grundsätzlich an alle KMU der gewerblichen Wirtschaft in Hessen richtet, deren Umsatzvolumen 100 Mio. DM pro Jahr nicht übersteigt, sind bei den anderen beiden Förderprogrammen ausschließlich JTU mit Sitz in Hessen antragsberechtigt.

3.2.2.4.1 Wachstums- und Innovationsbeteiligungen

Im Rahmen von Wachstums- und Innovationsbeteiligungen zur Technologieförderung wird Beteiligungskapital aus dem ERP-Sondervermögen für KMU und JTU zur Verfügung gestellt. Die Beteiligungen sollen zur Förderung nachhaltig wettbewerbsfähiger Unternehmen dienen, die zur Finanzierung ihres wirtschaftlichen Erfolgs einer Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis bedürfen. Die Ertragskraft des antragstellenden Unternehmens und die Qualität der Unternehmensführung müssen langfristig eine angemessene Rendite sowie eine ordnungsgemäße Abwicklung der Beteiligung erwarten lassen. Mit den Beteiligungen werden die Umstrukturierung von Betrieben, Investitionsprojekte, das Wachstum und die Erweiterung von Betrieben sowie Kooperationen und Rationalisierungsmaßnahmen unterstützt. Die MBG Hessen beteiligt sich dabei i.d.R. als stiller Gesellschafter am Unternehmen.

3.2.2.4.2 Markteinführungsbeteiligungen

Das Programm zur Markteinführungsförderung stellt im Rahmen des KfW/BMBF-Technologie-Beteiligungsprogramms Beteiligungskapital zu

¹⁸¹ In den übrigen Bundesländern findet man ähnliche Fördersysteme zur Unterstützung JTU. In Baden-Württemberg und Bayern werden Existenzgründungen mit innovativem Potential gezielt durch die jeweilige MBG mit Risikokapital gefördert.

günstigen Konditionen zur Verfügung, um die Eigenkapitalausstattung JTU zu verbessern. Die JTU dürfen nicht mehr als 10 Beschäftigte haben, nicht älter als 10 Jahre sein und einen Jahresumsatz von höchstens 14 Mio. DM oder eine Bilanzsumme von höchstens 10 Mio. DM aufweisen. Auch hier sollen die Beteiligungen für Umstrukturierungsmaßnahmen, für Investitionsprojekte, für Wachstum und Erweiterung der Betriebsstätte sowie für Kooperationen und Rationalisierungsmaßnahmen verwendet werden. Diese Maßnahmen müssen allerdings im Zusammenhang mit der Entwicklung oder Einführung innovativer Technologien stehen. Eine Kumulierung mit Beteiligungen der tbG ist nicht möglich.

3.2.2.4.3 Entwicklungsbeteiligungen

Auch das Programm zur Übernahme von Entwicklungsbeteiligungen kann nur von JTU beantragt werden, die nicht älter als 10 Jahre sind, höchstens 50 Arbeitskräfte haben und deren jährliches Umsatzvolumen 10 Mio. DM nicht übersteigt. Anders als beim Programm zur Übernahme von Markteinführungsbeteiligungen werden ausschließlich JTU mit innovativem Potential gefördert. Förderungswürdig sind innovative Vorhaben, die einen nachhaltigen Erfolg erwarten lassen. Hierzu zählen die Entwicklung technologisch neuartiger Produkte oder Verfahren bis zu ihrer Markteinführung.

3.2.3 Schwerpunkte der öffentlichen Gründungsförderung

Die Förderung von Existenzgründern erfolgt hierzulande in erster Linie durch einzelbetriebliche Maßnahmen, die – nach Instrumenten gegliedert – im vorherigen Abschnitt dargestellt wurden. Die öffentliche Gründungsförderung umfasst größtenteils Finanzierungshilfen zur Förderung des Markteintritts und der Krisenbeständigkeit neu gegründeter Unternehmen und wird ergänzt durch Beratungshilfen zur Lösung wirtschaftlicher, technischer und organisatorischer Probleme des Aufbaus und der Führung junger Unternehmen.

Die *öffentlichen Finanzhilfen für Existenzgründungen* hatten in den letzten Jahren *drei Schwerpunkte* mit unterschiedlichen Zielgruppen:

- *Finanzierungshilfen für Existenzgründer der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe,*
- *Überbrückungsgeld für vormals arbeitslose Existenzgründer,*
- *Programme zur speziellen Förderung technologieorientierter Gründungen.*

3.2.3.1 Finanzierungshilfen für Existenzgründer der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe

Existenzgründungen finden im Rahmen der Mittelstandsförderung eine starke Berücksichtigung, was sowohl an der Vielzahl der Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene als auch an den Volumina der ausgereichten Mittel deutlich wird.

Unter den Existenzgründungshilfen, die in Finanzierungshilfen und Beratungshilfen eingeteilt werden können, überwiegen die Finanzierungshilfen. Die **Hauptförderung** im Bereich der **Finanzierungshilfen** wird dabei **durch öffentliche Darlehensprogramme** übernommen. Hier handelt es sich hauptsächlich um langfristige oder eigenkapitalähnliche Darlehensprogramme zur Finanzierung von Sachinvestitionen. Die Fördermittel stammen primär aus dem ERP-Sondervermögen und werden durch Eigenmittel der DtA und der KfW ergänzt.¹⁸² Die Darlehensprogramme beziehen sich auf eine breite Zielgruppe und besitzen einheitliche Vergabebedingungen zur Beschränkung des administrativen Aufwands. Eine sektorspezifische Differenzierung der Förderkonditionen findet nicht statt.

Existenzgründer dürfen verschiedene Förderprogramme des Bundes und der Länder miteinander kombinieren. Durch Kumulation von Eigenkapitalhilfe, zinsverbilligten Darlehen und möglicherweise auch Zuschüssen können aus den Förderprogrammen beträchtliche Teile der geplanten Investitionen finanziert werden. Für Existenzgründer ist das Eigenkapitalhilfeprogramm das zentrale Förderinstrument, mit dem eine Lücke zwischen vorhandenem Eigenkapital und der nötigen Haftkapitalbasis durch ein eigenkapitalähnliches Darlehen geschlossen werden kann. Durch die Integration in die ERP-Förderung wurde das Eigenkapitalhilfeprogramm auf eine dauerhafte Grundlage gestellt.

Das ERP (European Recovery Program), das unter dem Namen „Marshall-Plan“ als eines der wichtigsten Wirtschaftsförderprogramme der Nachkriegsgeschichte bekannt wurde, spielt nach wie vor eine zentrale Rolle bei der finanziellen Mittelstandsförderung des Bundes. 1998 wurden aus dem ERP-Sondervermögen bundesweit insgesamt 12,9 Mrd. DM zur Stärkung des Eigenkapitals kleiner und mittlerer Unternehmen sowie für langfristige, zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt.¹⁸³ Gemessen an der Bevölkerungszahl ist die Förderung der neuen Bundesländer mit 37% aller ERP-Mittel noch immer stärker als in den alten Ländern.

¹⁸² Die Zuständigkeit liegt beim Bundeswirtschaftsminister.

¹⁸³ Vgl. www.bmwi.de, Förderdatenbank, Aktuelles, Bilanz der ERP-Wirtschaftsförderung 1998: 12,9 Mrd. DM zur Stärkung des Mittelstandes, 22. Januar 1999.

Existenzgründungsförderung in Form von Eigenkapitalhilfe und dem ERP-Existenzgründungsprogramm bildet mit einem Volumenanteil von 40% den Schwerpunkt der ERP-Förderung. Die Abbildung 4-10 zeigt die Aufteilung der ERP-Mittel auf die einzelnen Förderprogramme.

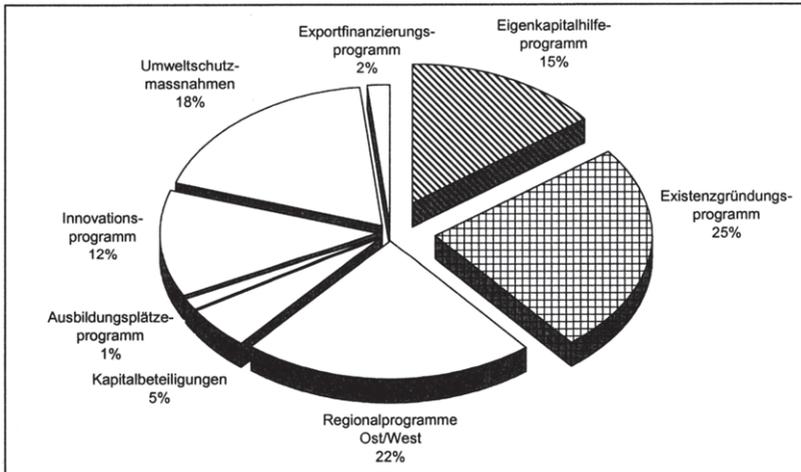


Abbildung 3-10: Verteilung der Vergabe von ERP-Mitteln in Deutschland 1998

1998 wurden aus Mitteln des ERP-Sondervermögens über 5 Mrd. DM an zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen und Eigenkapitalhilfemitteln gewährt; hinzu kommt das DtA-Existenzgründungsprogramm mit einem Fördervolumen von 3,3 Mrd. DM. Die Tabelle zeigt die Fördersummen der öffentlichen Darlehensprogramme des Bundes, die Existenzgründer beantragen können.

Tabelle 3-3: Fördersummen der Darlehensprogramme für Existenzgründer 1998

Förderprogramm	Gesamte Fördersumme [Mio. DM]	Anteil der Existenzgründer [%]	Fördersumme für Existenzgründer [Mio. DM]
ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm	1.892,5	100,0	1.892,5
ERP-Existenzgründungsprogramm	3.156,6	100,0	3.156,6
DtA-Existenzgründungsprogramm	3.300,0	100,0	3.300,0
KfW-Mittelstandsprogramm	14.512,1	2,5	362,8
ERP-Regionalprogramm	797,3	2,5	19,9
ERP-Aufbauprogramm	2.026,4	5,5	111,5

Die bedeutendsten Förderprogramme für Existenzgründer sind das ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm, das DtA-Existenzgründungsprogramm und das ERP-Existenzgründungsprogramm. Mit zinssubventionierten Kreditvergaben

von über 8,3 Mrd. DM (in 1998) nehmen diese Bundesprogramme eine überragende Stellung innerhalb der Existenzgründungsförderung des Bundes und der Länder ein. Das KfW-Mittelstandsprogramm mit einem gesamten Fördervolumen von 14,5 Mrd. DM spielt für die Existenzgründungsförderung nur eine untergeordnete Rolle. Gleiches gilt für die beiden ERP-Regionalprogramme.

Die Länderprogramme, überwiegend operierend mit dem Instrument der Zinszuschüsse, wie beispielsweise das Hessische Existenzgründungsprogramm, ergänzen die Grundförderung des Bundes. Zur Absicherung von Investitionskrediten bieten Bund und Länder zusätzlich Bürgschaftsprogramme an. In der Förderpraxis werden, bei korrekter Beratung der interessierten Gründungskandidaten, durch die Hausbanken auf das jeweilige Gründungsprojekt zugeschnittene Finanzierungspakete geschnürt, die einen Eigenfinanzierungsanteil, die Inanspruchnahme diverser Fördermittel des Staates sowie einen Kredit der Hausbank umfassen.

Die Tatsache, dass der **Schwerpunkt der Existenzgründungsförderung** eindeutig bei den **Finanzierungshilfen** und hierbei wiederum bei den zinsvergünstigten Darlehen liegt, hat den Ruf nach verstärkten flankierenden Maßnahmen aufkommen lassen. Um Existenzgründer und Betriebsnachfolger¹⁸⁴ bereits im Vorfeld und bei Konsolidierung der Gründung systematisch zu beraten, wurden auf Bundes- und Landesebene entsprechende Programme zur Innovations-, Beratungs- und Weiterbildungsförderung installiert. 1999 zahlte der Bund etwa 70.000 Existenzgründern Zuschüsse i.H.v. von insgesamt 39 Mio. DM für die Teilnahme an Schulungen und die Inanspruchnahme von Existenzgründungsberatungen. Außerdem begleitet das Bundeswirtschaftsministerium die allgemeine Gründungsberatung durch ein umfangreiches Angebot aktueller Informationen. An der faktischen Dominanz der finanziellen Förderprogramme hat sich derweil wenig geändert. Die **Beratungshilfen** des Bundes und des Landes Hessen nehmen bezüglich der Subventionshöhe im Vergleich zu den Finanzierungshilfen eine **untergeordnete Stellung** ein. Dabei ist zu konstatieren, dass die Finanzierungshilfen des Bundes im Vergleich zum Land Hessen eindeutig dominieren. Die Finanzierungshilfen der Länder, so auch in Hessen, besitzen lediglich ergänzenden Charakter.

¹⁸⁴ Im Rahmen der Existenzgründungsförderung sind Betriebsübernahmen und tätige Beteiligungen den Neugründungen zum Teil gleichgestellt. Zu den ökonomischen Konsequenzen s.u.: 4.2.1 Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer.

3.2.3.2 Überbrückungsgeld der BfA für vormals arbeitslose Existenzgründer

Die Förderkonditionen für Bewilligungen von Überbrückungsgeld wurden durch das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1994 stark verbessert. Seit dem 1. August 1994 beträgt die Förderhöhe nicht mehr maximal die der Lohnersatzleistung, sondern gleich viel, und die Bezugsdauer wurde von maximal 26 Wochen auf allgemein sechs Monate ausgeweitet. Die durchschnittlichen Leistungen pro Woche und Geförderten haben um gut 30 Prozent zugenommen und die Bewilligungsdauer hat sich mehr als verdoppelt. Mit der Verbesserung der Förderkonditionen bekommen vormals arbeitslose Existenzgründer fast dreimal so viel Überbrückungsgeld wie früher. Entsprechend stieg die Zahl der Anträge auf Förderung, und da auch der Haushaltsansatz der Bundesanstalt für Arbeit für das Überbrückungsgeld deutlich ausgeweitet wurde, stieg die Zahl der Überbrückungsgeldempfänger zwischen 1994 und 1995 sprunghaft von 37 Tsd. an und erhöhte sich 1996 auf rund 90 Tsd.

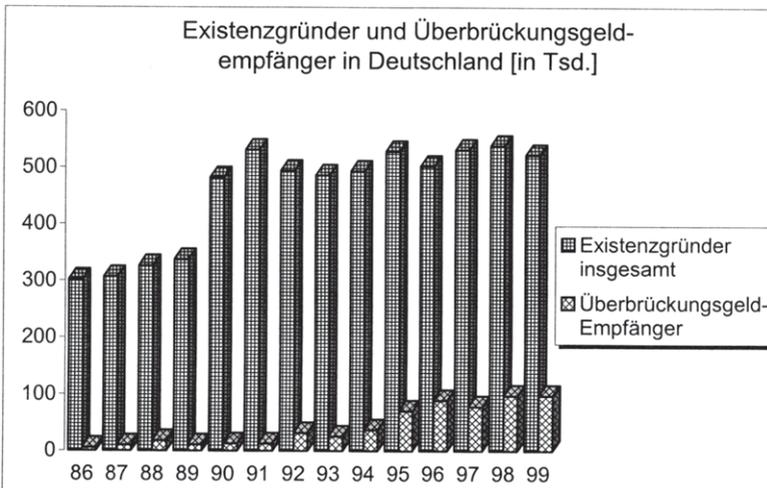


Abbildung 3-11: Mit Überbrückungsgeld geförderte Existenzgründer im Vergleich zum gesamten Gründungsgeschehen in Deutschland¹⁸⁵

Heute ist das Überbrückungsgeld der Bundesanstalt für Arbeit das Existenzgründungsprogramm mit der größten Breitenwirkung. 1999 unterstützte das als Förderung von Zielgruppen konzipierte Programm 98.114 vormals arbeitslose Existenzgründer mit einem Finanzvolumen von knapp 1,5 Milliarden Mark.

¹⁸⁵ Quelle: WIEBNER (2000b), S. 519.

Mittlerweile wird fast jede fünfte Existenzgründung von einem vormalig Arbeitslosen mit Unterstützung des Arbeitsamtes realisiert.

Die starke *Zunahme der Überbrückungsgeldempfänger* seit 1994 verläuft auffällig *parallel zum Anstieg der Selbständigen ohne Beschäftigte* in Deutschland und erklärt, warum seit 1994 der Anstieg der Selbständigenzahl in Deutschland primär auf die Zunahme der Ein-Personen-Unternehmen zurückzuführen ist.¹⁸⁶

3.2.3.3 Förderprogramme für technologieorientierte Gründungen

Neben den „Massenförderprogrammen“ traten seit den achtziger Jahren fokussierte Förderprogramme für technologieorientierte Gründungen und junge technologieorientierte Unternehmen zur öffentlichen Gründungsförderung hinzu. Technologieorientierte Gründungen sind aus volkswirtschaftlicher Sicht von besonderem Interesse, da sie den Kern des sehr kleinen Kreises der Gründungen mit langfristig größeren Wachstums- und Beschäftigungschancen bilden und von ihnen Impulse für das Innovationsgeschehen zu erwarten sind.¹⁸⁷ Aufgrund der spezifischen Merkmale junger technologieorientierter Unternehmen betrifft die staatliche Förderung in diesem Bereich insbesondere Kapitalbeteiligungen. Nach den Erfahrungen der Modellversuche „Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen“ und „Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen“ wurden auf *Bundesebene* das „KfW/BMWi-Technologie-Beteiligungsprogramm“ sowie das Programm „Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen“ der tbG ins Leben gerufen. Diese Bundesprogramme mit einem jährlich wachsenden Beteiligungsvolumen in Höhe von mittlerweile fast einer Milliarde DM sind die Hauptvertreter der Beteiligungsförderung für technologieorientierte Existenzgründungen und Jungunternehmen in Deutschland. Auf *Landesebene* wurden zum Teil ähnliche Programme eingeführt. Hier fördern Mittelständische Beteiligungsgesellschaften, wie die MBG Hessen, junge innovative Unternehmen.

Dass die Förderung von Kapitalbeteiligungen zunehmend an Bedeutung gewinnt, bedingen zum einen die hohen Kosten in der Entwicklungsphase junger technologieorientierter Unternehmen und ihre häufig zu geringe Eigenkapitalbasis. Der Beteiligungskapitalgeber übernimmt in den meisten Fällen neben der Finanzierungs- auch eine Beratungsfunktion, so dass bei dieser Art der Förderung Finanzierungs- und Beratungshilfen in kombinierter Form vorliegen. Die vor allem betriebswirtschaftliche Beratung durch Beteiligungskapitalgesell-

¹⁸⁶ S.o.: 2.3.4 Veränderung in der Selbständigenstruktur in Deutschland.

¹⁸⁷ S.o.: 2.4.2 Innovations- und Wachstumstheorien.

schaften gleicht Wissensdefizite aus und verbessert die Erfolgchancen der geförderten Technologieunternehmen.

Spezifische Probleme bei der Finanzierung technologieorientierter Gründungen resultieren erstens aus dem regelmäßig hohen Investitionsbedarf und zweitens aus der Schwierigkeit einer realistischen Einschätzung von Ertragschancen und Verlustrisiken. Das benötigte Investitionsvolumen liegt in der Regel über 500 Tsd. DM, und mitunter wird die Millionengrenze weit überschritten. Der Bund hat die speziellen Förderprogramme für technologieorientierte Gründungen nicht zuletzt deshalb aufgelegt, weil Kapitalgeber die technischen und kaufmännischen Chancen und Risiken derartiger Investitionen häufig nicht adäquat beurteilen können und davon auszugehen ist, dass sich private Kapitalgeber im Zweifel eher risikoscheu verhalten.

Die Technologieprogramme erreichen eine kleine, wenngleich zunehmende Zahl technologieorientierter Existenzgründungen, die eine massive Förderung genießen, und dienen mehr oder weniger als Experimentierfeld für eine innovative mittelstandsbezogene Strukturpolitik.

4 Existenzgründungsförderung aus beschäftigungspolitischer Sicht

4.1 Einführung

Beschäftigungspolitik wirkt im Gegensatz zur Arbeitsmarktpolitik¹⁸⁸ nur *indirekt* auf den Arbeitsmarkt ein und versucht, einen hohen Beschäftigungsstand durch makroökonomische Beeinflussung der Güter- und Geldmärkte zu erreichen.¹⁸⁹ Existenzgründungsförderung und Beschäftigungspolitik weisen sowohl auf der Zielebene als auch auf der Instrumentenebene eine Reihe von Parallelen auf. Durch Existenzgründungshilfen soll die Entstehung und Entwicklung von Jungunternehmen positiv beeinflusst werden, und dies soll sich wiederum positiv auf die Höhe und die Struktur der Beschäftigung auswirken.

4.1.1 Zielerreichung (Effektivität)

Existenzgründungshilfen führen zu direkten Haushaltsbelastungen durch die Subventionszahlungen und deren bürokratische Abwicklung. Dient die Subventionierung von Existenzgründungen gesamtwirtschaftlichen Zielen, wie dem Abbau der Massenarbeitslosigkeit, rechtfertigt dies die Verwendung von Haushaltsmitteln, nicht jedoch, wenn die Subventionierung ausschließlich den individuellen Wohlstand von Existenzgründern erhöht bzw. deren unternehmerisches Risiko zu Lasten anderer Unternehmen reduziert.

Eine Beurteilung der Effektivität von Existenzgründungshilfen wird bereits auf der Mikroebene erschwert durch die Absenz einer verifizierten Gründungstheorie. Zwar existieren diverse personen-, betriebs- und umfeldorientierte Ansätze zur Erklärung des Gründungserfolgs¹⁹⁰, aber laut BRÜDERL et al. (1996, 33) „... [enthält] der theoretische Kern dieser ‚Ansätze‘ nicht mehr als die allgemeine

¹⁸⁸ *Arbeitsmarktpolitik* umfasst laut MERTENS / KÜHL (1977, 293) „insbesondere alle finanziellen Dienste, Maßnahmen, Instanzen und Kompetenzen, die darauf abzielen [1] Menge, Zusammensetzung und Qualität des möglichen und tatsächlichen Arbeitskräftepotentials aus dem In- und Ausland in Richtung auf optimale Strukturen und Entwicklungen zu beeinflussen, [2] auf dem globalen Arbeitsmarkt und seinen sektoralen, regionalen, qualifikatorischen und gruppenspezifischen Teilmärkten externer und interner Art eine bestmögliche, gegenseitige Anpassung von verfügbaren Arbeitskräften und Arbeitsplätzen herbeizuführen und [3] das Arbeitspotential möglichst vollständig und kontinuierlich zur individuellen und gesellschaftlichen Wohlfahrtssteigerung sowie produktiv zu nutzen.“

¹⁸⁹ Vgl. RÜRUP (1998), S. 40.

¹⁹⁰ Vgl. SZYPERSKI/ NATHUSIUS (1977), HUNSDIEK/ MAY-STROBL (1987), SCHMUDE (1994a), BRÜDERL et al. (1996).

Aussage..., daß die jeweilige Variablen­gruppe für den Erfolg einer Gründung ‚wichtig‘ bzw. ‚besonders wichtig‘ ist“.

Damit Existenz­gründungshilfen gesamtwirtschaftlich zu mehr Beschäftigung führen, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

1. Die Existenz­gründungshilfen müssen tatsächlich **mobilisierend** wirken und zusätzliche Unternehmen und Arbeitsplätze anregen, die ohne entsprechende Förderung nicht entstanden wären (Gründungs­initiierung).
2. Die langfristigen Beschäftigungseffekte, die von der Expansion der Arbeitsplätze in den überlebenden Gründungen determiniert werden, müssen sich als **nachhaltig**, d.h. als langfristig rentabel, erweisen (Nachhaltigkeit).
3. Positive Beschäftigungswirkungen auf der mikroökonomischen Ebene dürfen **nicht durch** negative **Verdrängungseffekte** auf der Makroebene **kompensiert** werden. Wird durch Gründungen ein Verdrängungswettbewerb initiiert, der Marktaustritte etablierter Unternehmen erzwingt, kann dies gesamtwirtschaftlich sogar zu weniger Beschäftigung führen (Makrowirkung).

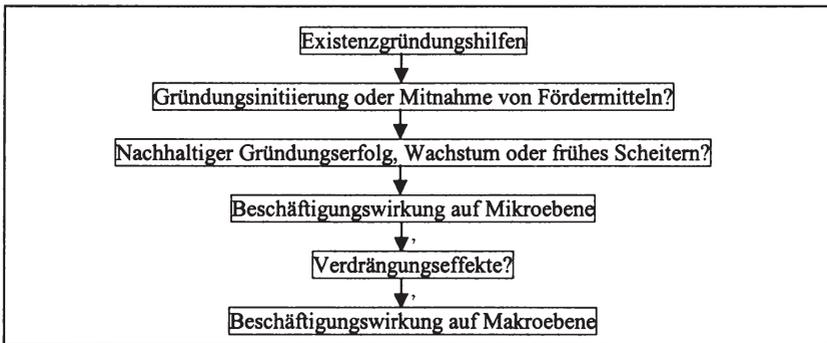


Abbildung 4-1: Analyse der Beschäftigungswirkung von Existenz­gründungshilfen¹⁹¹

4.1.2 Wirtschaftlichkeit (Effizienz)

Wirtschaftlichkeit (Effizienz) ist als der Quotient zwischen dem Zielerreichungsgrad und dem Mitteleinsatz definiert. Entsprechend des ökonomischen Prinzips wird bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine Maximierung der Effizienz angestrebt. Zur Berechnung der Effizienz werden die Erfolgsindikatoren für den einzel- bzw. den gesamtwirtschaftlichen Nutzen in Beziehung zu den Förderkosten gesetzt.

¹⁹¹ Quelle: Eigene Darstellung.

Der *Fördernutzen* ist auf der Mikroebene die Zahl der in den geförderten Existenzgründungen entstandenen Arbeitsplätze. Auf der Makroebene ist der Fördernutzen der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsbeitrag, der in diesem Kapitel untersucht wird.

Die Ermittlung der *Förderkosten* ist bei Gründungshilfen teilweise problematisch. Während die Höhe von Zuschüssen und Überbrückungsgeld relativ eindeutig bestimmt werden kann, ist die Subventionskomponente bei zinsverbilligten Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungsübernahmen weitgehend unklar. Der Subventionsgehalt bei öffentlicher Darlehensvergabe entspricht theoretisch der Differenz zwischen der verbilligten und der jeweiligen marktüblichen Verzinsung. Tatsächlich ist die Ausgabenbelastung bei Darlehen jedoch nicht endgültig, und außerdem sind Darlehensrückflüsse gegen zu rechnen, die stets Altfälle und damit nicht die Subventionspolitik der Berichtsperiode betreffen. Um dennoch den Subventionsgehalt zu ermitteln, veranschlagt die EU-Kommission allgemein einen festen Anteil des Darlehensvolumens als Beihilfe. Nachfolgend wird, ebenso wie von der EU-Kommission in ihrem im Jahr 2000 erschienenen achten Bericht über staatliche Beihilfen in der Europäischen Union, die Subventionskomponente mit 15% des Darlehensbetrags angesetzt.¹⁹² Mit den Fördermaßnahmen verbundene Bürokratiekosten werden dabei vernachlässigt.

¹⁹² Vor 1995 hatte man angesichts des damals höheren Zinsniveaus den Beihilfeanteil auf 33% beziffert. Vgl. Deutsche Bundesbank (2000), S. 18.

4.2 Beschäftigungsbeitrag auf Mikroebene

Aus beschäftigungspolitischer Sicht ist nicht nur der Beschäftigungsbeitrag der geförderten Existenzgründungen zum Zeitpunkt und kurz nach ihrer Gründung relevant, sondern auch ihre langfristige Beschäftigungsentwicklung. Im folgenden wird daher neben den im ersten Jahr in den geförderten Existenzgründungen entstandenen Arbeitsplätzen auch die Überlebensrate und die langfristige Beschäftigungsentwicklung in den überlebenden Existenzgründungen untersucht, wobei Studien zur unterschiedlichen Entwicklung geförderter und nicht geförderter Existenzgründungen berücksichtigt werden.

Der langfristige Beschäftigungseffekt eines Existenzgründungsprogramms auf Mikroebene (ohne Berücksichtigung möglicher Verdrängungseffekte bei anderen Unternehmen) wird mit folgender Formel berechnet:

$$\begin{array}{c} \text{Mikro-Beschäftigungseffekt} \\ = \\ \text{in den geförderten Existenzgründungen bei Gründung entstandene Arbeitsplätze} \\ \text{mal} \\ \text{Factor für die nachhaltige Beschäftigungsentwicklung der überlebenden Gründungen} \\ \text{mal} \\ \text{Anteil der überlebenden Gründungen} \\ \text{mal} \\ \text{Anteil der Gründungen, bei denen keine Mitnahme von Fördermitteln vorliegt} \end{array}$$

Abbildung 4-2: Formel zur Berechnung des „Mikro-Beschäftigungseffekts“ eines Existenzgründungsprogramms¹⁹³

Ausgangspunkt zur Berechnung des Mikro-Beschäftigungseffekts eines bestimmten Existenzgründungsprogramms sind **die** in den geförderten Existenzgründungen **im Gründungsjahr entstandenen Arbeitsplätze (Factor 1)**.

In den Jahren danach können weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, oder die bisher entstandenen Arbeitsplätze können auch wieder verloren gehen. Der **Factor 2 für die nachhaltige Beschäftigungsentwicklung der überlebenden Neugründungen** wird bestimmt, indem man die Beschäftigungsentwicklung der Gründungsunternehmen eines Jahrgangs über mehrere Jahre hinweg im Längs-

¹⁹³ Quelle: Eigene Darstellung.

schnitt verfolgt und das langfristige Beschäftigungsniveau in Relation zum Beschäftigungsniveau im Gründungsjahr setzt. Bleibt die Beschäftigtenzahl der Kohorte langfristig konstant, beträgt Faktor 2 100%, verdoppelt [halbiert] sie sich, beträgt er 200% [50%].

Da die Längsschnittbetrachtung nur überlebende Unternehmen erfasst, wird die *Überlebenswahrscheinlichkeit* bzw. der Anteil der überlebenden Gründungen separat berücksichtigt (**Faktor 3**). Dabei wird angenommen, dass die im ersten Jahr des Bestehens eines Unternehmens geschaffenen Arbeitsplätze unabhängig von seinem Überlebensverhalten sind.

Hier interessiert letztlich nur der Beschäftigungseffekt, der auf die staatliche Förderung zurückzuführen ist. Berücksichtigt wird daher nur jener Anteil von Gründungen, bei denen *keine Mitnahme von Fördermitteln* vorliegt (**Faktor 4**). Mitnahmeeffekte drücken das Ausmaß der Zielverfehlung der entsprechenden Fördermaßnahmen aus und sind nur schwer abzuschätzen. Es handelt sich dabei um Gründungsprojekte, die auch ohne Förderung ausreichend rentabel sind und deren Investitionsvolumen innerhalb des vorhandenen Finanzierungsspielraums des potentiellen Gründers liegen.¹⁹⁴

Für eine Gruppe (hier: Jahreskohorte) geförderter Existenzgründungen ergibt das *Produkt der vier genannten Faktoren* den nachhaltigen Netto-Beschäftigungsbeitrag infolge der Förderung (*Mikro-Beschäftigungseffekt*).

Die *Deutsche Ausgleichsbank* war 1998/99 *mit einem Marktanteil von knapp 25 Prozent der führende Startfinanzier in Deutschland*¹⁹⁵, und das *Überbrückungsgeld ist das Existenzgründungsprogramm mit der größten Breitenwirkung*¹⁹⁶.

Angesichts ihrer herausragenden Bedeutung in der Förderlandschaft für Existenzgründungen in Deutschland wird im folgenden der Netto-Beschäftigungsbeitrag

- (1) der Darlehensförderung der Deutschen Ausgleichsbank und
- (2) der Überbrückungsgeldförderung der Bundesanstalt für Arbeit

für die 1998 und 1999 geförderten Existenzgründungen ermittelt.

¹⁹⁴ S.o.: 3.1.2 Mikroökonomische Fundierung der Existenzgründungsförderung.

¹⁹⁵ Vgl. DtA (1998), S. 1.

¹⁹⁶ S.o.: 3.2.3 Schwerpunkte der öffentlichen Gründungsförderung.

4.2.1 Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer

4.2.1.1 In den geförderten Gründungen im Gründungsjahr entstandene Arbeitsplätze

Tabelle 4-1: Förderkennzahlen zur Vergabe von DtA-Existenzgründungsdarlehen in Westdeutschland¹⁹⁷

Finanzierungshilfen der DtA für Existenz-/Unternehmensgründer in den alten Bundesländern							
	geförderte Existenz- gründer	Frauen- quote	Darlehens- volumen (TDM)	Investitions- volumen (TDM)	Mitarbeiter b. Gründung/ Festigung ^{A)}	neue Arbeits- plätze im Folgejahr	neue Ausbil- dungsplätze im Folgejahr
1998							
nach Hauptwirtschaftszweigen							
Industrielles Gewerbe	6.400	8,0	1.723.276	3.187.369	47.773	8.717	795
Baugewerbe	4.931	3,9	659.016	1.039.784	23.655	5.438	621
Handel	10.261	27,9	2.025.148	3.443.106	39.323	12.199	773
Dienstleistungen	16.002	30,0	2.556.552	4.963.627	66.427	19.328	1.119
Westdeutschland	37.594	22,4	6.963.992	12.633.886	177.178	45.682	3.308
davon Handwerk	10.852	10,7	1.825.816	4.439.157	59.111	13.003	1.401
davon Freie Berufe	6.072	29,0	953.397	1.640.971	25.628	5.854	479
nach Förderzwecken							
Neugründung	16.598	25,6	2.188.550	4.540.055	38.173	27.887	1.188
Übernahme	7.851	25,2	1.792.885	3.240.183	47.424	5.608	687
Beteiligung	1.926	12,8	481.803	936.998	27.275	1.578	183
Festigung	11.219	16,5	2.500.754	3.916.650	64.306	10.609	1.250
Westdeutschland	37.594	22,4	6.963.991	12.633.886	177.178	45.682	3.308
ohne Festigung	26.375	24,5	4.463.238	8.717.236	112.872	35.073	2.058
<i>Gesamtdeutschland</i>	<i>46.292</i>	<i>23,7</i>	<i>9.470.161</i>	<i>18.198.107</i>	<i>250.841</i>	<i>63.363</i>	<i>4.862</i>
1999							
nach Hauptwirtschaftszweigen							
Industrielles Gewerbe	6.861	8,7	2.014.037	4.005.022	54.023	10.221	665
Baugewerbe	5.678	4,6	839.740	1.520.409	30.138	6.772	653
Handel	11.048	28,9	2.274.083	4.272.004	45.571	13.891	803
Dienstleistungen	19.785	31,2	3.056.266	5.646.147	77.897	26.964	1.161
Westdeutschland	43.372	23,8	8.184.126	15.443.582	207.629	57.848	3.282
davon Handwerk	10.502	12,4	1.732.549	4.137.341	58.234	13.164	1.218
davon Freie Berufe	7.065	30,5	1.063.043	2.232.296	27.796	8.064	444
nach Förderzwecken							
Neugründung	18.182	28,4	2.356.797	4.399.315	41.480	32.416	1.019
Übernahme	7.440	25,4	1.652.371	3.108.002	40.288	6.521	513
Beteiligung	2.031	16,6	510.227	982.333	26.666	1.961	177
Festigung	15.719	17,5	3.664.727	6.953.930	99.195	16.950	1.573
Westdeutschland	43.372	23,8	8.184.122	15.443.580	207.629	57.848	3.282
ohne Festigung	27.653	26,7	4.519.395	8.489.650	108.434	40.898	1.709
<i>Gesamtdeutschland</i>	<i>50.621</i>	<i>24,6</i>	<i>10.116.200</i>	<i>19.647.818</i>	<i>261.733</i>	<i>73.945</i>	<i>4.513</i>

¹⁹⁷ Quelle: Darstellung basierend auf Daten der DtA (2000), S. 11f., DtA (1999), S. 16f.

^{A)} Die DtA erfasst auch Darlehen zur Existenzfestigung im Förderbereich Existenz-/ Unternehmensgründung.

In *Westdeutschland* hat die Deutsche Ausgleichbank 1999 [1998] zinssubventionierte Darlehen i.H.v. 8,18 [6,96] Mrd. DM an 43.372 [37.594] Existenzgründer vergeben. Diese Darlehen wurden von den Existenzgründern für Investitionen von insgesamt 15,44 [12,63] Mrd. DM verwendet.¹⁹⁸ Obwohl die Zahl der Neugründungen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999 in Westdeutschland nur leicht (um 2,4%) zugenommen hat, stieg die Zahl der von der DtA geförderten Existenzgründer im Vergleich zu 1998 um 15,4%, das Volumen der ausgereichten Darlehen um 17,5% und das damit getätigte Investitionsvolumen sogar um 22,2%. Zuzuschreiben ist dies v.a. der starken Ausreichung von Darlehen zur Existenzfestigung bzw. Wachstumsförderung junger Unternehmen, die seit maximal acht Jahren bestehen. Deren Förderung wurde 1999 gegenüber dem Vorjahr um 47% ausgeweitet. Die DtA zählt neben der Förderung von Neugründungen und derivativen Gründungen (Übernahmen und Beteiligungen) auch Darlehen für die Festigungs-/Wachstumsförderung junger Unternehmen zum Förderbereich „Existenz-/ Unternehmensgründung“.

Während bei Neugründungen die in der Tabelle 4-1 für das Jahr der Gründung ausgewiesene Mitarbeiterzahl tatsächlich die bei der Gründung neu entstandenen Arbeitsplätze betrifft, werden bei Übernahmen, Beteiligungen und Festigungen im ersten Jahr der Förderung (Zeitpunkt der Gründung bzw. Festigungsinvestition) nicht nur neu eingestellte, sondern auch bereits vorhandene Mitarbeiter gezählt. Die DtA spricht im letzteren Fall von „gesicherten Arbeitsplätzen“¹⁹⁹, wobei es jedoch keine Hinweise gibt, dass ohne die Förderung tatsächlich Arbeitsplätze abgebaut worden wären. Einschließlich übernommener Mitarbeiter beschäftigten die geförderten Unternehmen im Jahr der Gründung bzw. Festigung 1999 [1998] 207.629 [177.178] Mitarbeiter und schufen im Folgejahr weitere 57.848 [45.682] Arbeitsplätze und 3.282 [3.308] Ausbildungsplätze. Von 1998 bis 1999 stieg das Volumen der in Westdeutschland ausgereichten Darlehen für Festigungen um 47% auf 3,66 Mrd. DM, für echte Neugründungen um 8% auf 2,36 Mrd. DM und für Beteiligungen um 6% auf 0,51 Mrd. DM. Darlehen für Übernahmen nahmen dagegen um 8% auf 1,65 Mrd. DM ab. Nach Wirtschaftszweigen stieg das Volumen der ausgereichten Darlehen gegenüber 1998 am stärksten im Baugewerbe (+27%), gefolgt von den ausgewiesenen Wirtschaftsbereichen Dienstleistungen (+20%), Industrie

¹⁹⁸ Berücksichtigt sind alle förderfähigen Investitionen, einschließlich „weicher“ Investitionen für Betriebsmittel etc. Vgl. DtA (1999), S. 1.

¹⁹⁹ Vgl. DtA (2000), S. 5.

(+17%) und Handel (+12%). Eine eingehende Analyse und Bewertung der sektoralen Schwerpunkte der Förderung erfolgt in Kapitel 5.2.3.1.

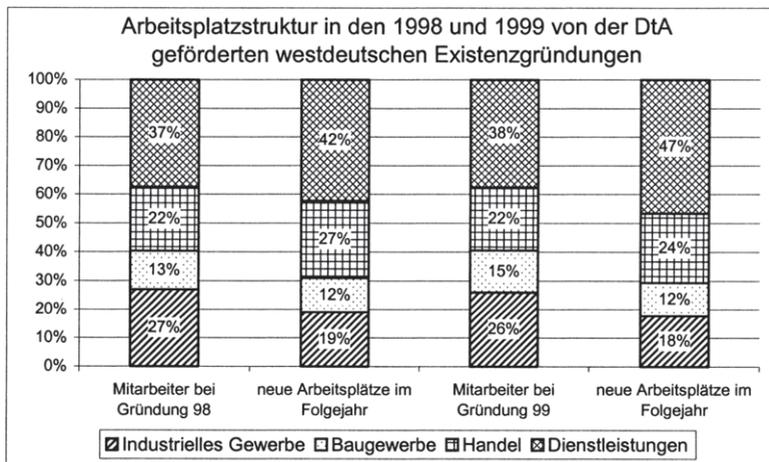


Abbildung 4-3: Arbeitsplatzstruktur in den 1998 und 1999 von der DtA geförderten Existenzgründungen in Westdeutschland nach Hauptwirtschaftszweigen²⁰⁰

In den Wachstumsbereichen Handel und Dienstleistungen sind 70% der geförderten Existenzgründer, 60% der im Gründungs-/ Festigungsjahr geschaffenen/ gesicherten Arbeitsplätze und 70% der im Folgejahr neu entstandenen Arbeitsplätze angesiedelt.²⁰¹ Verglichen mit der Beschäftigungsverteilung im Gründungsjahr entstehen im Folgejahr anteilmäßig mehr Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor und im Handel, während der Beschäftigungsbeitrag des industriellen Gewerbes tendenziell niedriger als im Gründungsjahr ausfällt.

Im Gründungsjahr ist die Zahl der Arbeitsplätze pro geförderten Existenzgründer im industriellen Gewerbe mit 7,9 (1999) bzw. 7,5 (1998) deutlich höher als in den anderen Sektoren mit durchschnittlich 4,8 (1999) bzw. 4,7 (1998). Dies ist v.a. auf das höhere Investitionsvolumen industrieller Gründungen zurückzuführen, die allgemein in einem größeren Rahmen und mit mehr Mitarbeitern starten. Im Folgejahr nähert sich die Zahl der zusätzlich pro Existenzgründer geschaffenen Arbeitsplätze im industriellen Gewerbe mit 1,5 (1999) bzw. 1,4 (1998) den anderen Sektoren mit durchschnittlich 1,3 (1999) bzw. 1,2 (1998) an.

²⁰⁰ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000), DtA (1999).

²⁰¹ Zu den Wachstumsbereichen s.u.: 5.1.6.2 Mittelfristige Prognose des sektoralen Strukturwandels.

Tabelle 4-2: Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer in Westdeutschland nach Hauptwirtschaftszweigen²⁰²

Geschaffene Arbeitsplätze pro geförderten Existenzgründer	bei Gründung			insgesamt
	bei Gründung	im Folgejahr	Auszubildende	
	1998			
Industrielles Gewerbe	7,5	1,4	0,12	9,0
Baugewerbe	4,8	1,1	0,13	6,0
Handel	3,8	1,2	0,08	5,1
Dienstleistungen	4,2	1,2	0,07	5,4
Westdeutschland	4,7	1,2	0,09	6,0
davon Handwerk	5,4	1,2	0,13	6,8
davon Freie Berufe	4,2	1,0	0,08	5,3
	1999			
Industrielles Gewerbe	7,9	1,5	0,10	9,5
Baugewerbe	5,3	1,2	0,12	6,6
Handel	4,1	1,3	0,07	5,5
Dienstleistungen	3,9	1,4	0,06	5,4
Westdeutschland	4,8	1,3	0,08	6,2
davon Handwerk	5,5	1,3	0,12	6,9
davon Freie Berufe	3,9	1,1	0,06	5,1

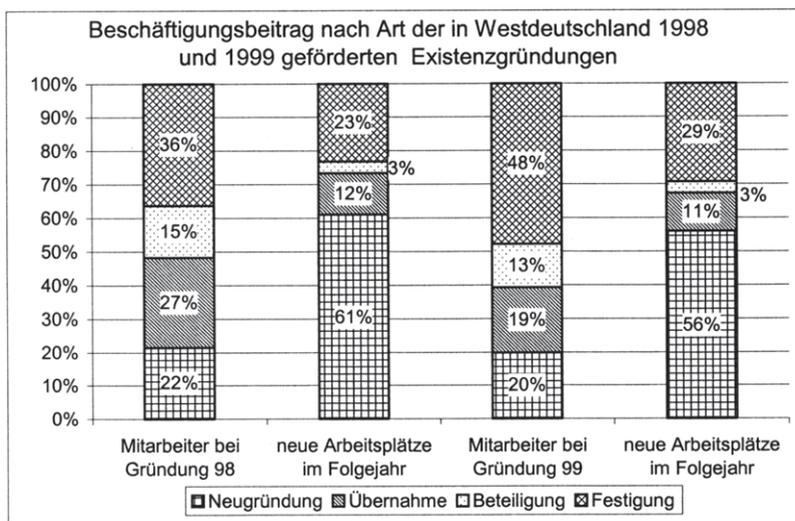


Abbildung 4-4: Verteilung der Arbeitsplätze auf die DtA-geförderten Neugründungen, Übernahmen, Beteiligungen und Festigungen in Westdeutschland²⁰³

Neugründungen starten im Gegensatz zu Übernahmen, Beteiligungen und Festigungen ohne Mitarbeiter und tragen im Gründungsjahr²⁰⁴ daher nur zu rund ei-

²⁰² Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (1999), S. 16.

²⁰³ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000), DtA (1999).

nem Fünftel der Arbeitsplätze bei, schaffen aber im Folgejahr bereits etwa drei Fünftel aller neuen Beschäftigungsverhältnisse. Angesichts der Tatsache, dass 1999 [1998] nur 29% [31%] des Darlehensvolumens für Neugründungen, hingegen aber 26% [33%] für derivative Gründungen (Übernahmen und Beteiligungen) und 45% [36%] für Existenzfestigungen verausgabt wurde, schaffen die *geförderten Übernahmen* und *Beteiligungen* nur in geringem Maße zusätzliche Arbeitsplätze, und auch bei *Existenzfestigungen* ist die *Beschäftigungswirkung deutlich geringer als bei geförderten Neugründungen*.

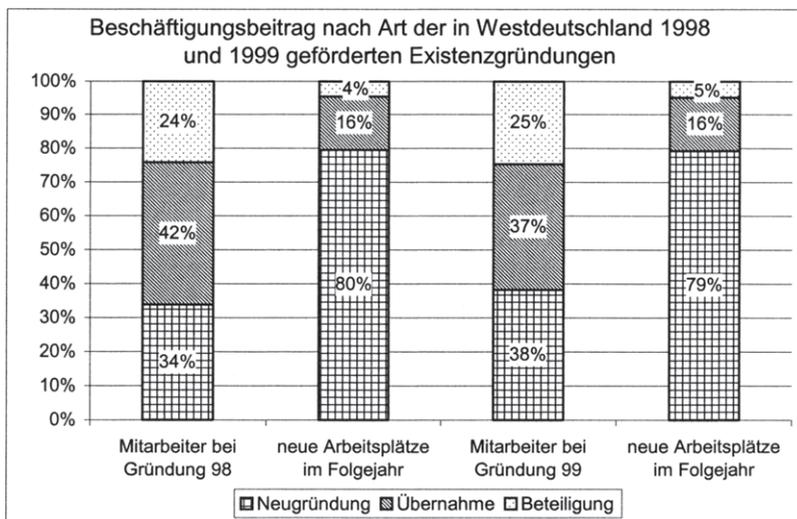


Abbildung 4-5: Verteilung der Arbeitsplätze auf die DtA-geförderten Neugründungen, Übernahmen und Beteiligungen in Westdeutschland²⁰⁵

Da es sich bei Festigungs-/ Wachstumshilfen für junge Unternehmen nicht um Existenzgründungshilfen²⁰⁶ i.e.S. handelt, wurde ihr Beschäftigungseffekt in Abbildung 4-5 herausgerechnet. Die Beschäftigtenzahl aller 1999 [1998] in Westdeutschland von der DtA geförderten Neugründungen, Übernahmen und Beteiligungen (ohne Festigungen) betrug 108.434 [112.872] zum Zeitpunkt der Gründung und stieg im folgenden Jahr 2000 [1999] um weitere 40.898 [35.073] Beschäftigte. Neugründungen übernehmen im Gegensatz zu derivativen Grün-

²⁰⁴ Für die Förderung von Existenzfestigungen gilt entsprechend das Jahr der Festigungsinvestition.

²⁰⁵ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000), DtA (1999).

²⁰⁶ Zur Definition von Existenzgründungshilfen s.o.: 2.1.4 Existenzgründungen und Existenzgründungshilfen.

dungen (Übernahmen und Beteiligungen) naturgemäß keine Mitarbeiter und tragen im Gründungsjahr 1999 [1998] daher nur zu 38% [34%] der Arbeitsplätze bei, schaffen aber im Folgejahr 2000 [1999] 79% [80%] aller zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse. *Aus beschäftigungspolitischer Sicht ist die Förderung von Neugründungen effizienter als die Förderung von Übernahmen und Beteiligungen.*

Bei der Förderung von *Übernahmen und Beteiligungen* werden die neuen Eigentümer von etablierten Unternehmen subventioniert, die *nicht die typischen Startschwierigkeiten von neu in den Markt tretenden Unternehmen und auch nicht deren Beschäftigungspotentiale* aufweisen. Die *Gefahr einer Mißnahme von Fördermitteln* ist bei der Förderung derivativer Gründungen entsprechend groß.

Eine *Umschichtung der Fördermittel zugunsten einer verstärkten Förderung von Neugründungen*, die mehr Arbeitsplätze schaffen und die mit den typischen Risiken und Problemen eines Marktneulings belastet sind, *könnte* die beschäftigungspolitische *Effizienz der Existenzgründungsförderung nachhaltig erhöhen.*

Tabelle 4-3: Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer in Westdeutschland nach Förderzwecken²⁰⁷

	Geschaffene Arbeitsplätze pro geförderten Existenzgründer in Westdeutschland			insgesamt
	bei Gründung	im Folgejahr	Auszubildende	
	1998			
Neugründung	2,3	1,7	0,07	4,1
Übernahme	6,0	0,7	0,09	6,8
Beteiligung	14,2	0,8	0,10	15,1
Festigung	5,7	0,9	0,11	6,8
Westdeutschland	4,7	1,2	0,09	6,0
	1999			
Neugründung	2,3	1,8	0,06	4,1
Übernahme	5,4	0,9	0,07	6,4
Beteiligung	13,1	1,0	0,09	14,2
Festigung	6,3	1,1	0,10	7,5
Westdeutschland	4,8	1,3	0,08	6,2

1999 [1998] waren in Westdeutschland nur 31% [44%] der Förderfälle Neugründungen. 69% [56%] waren Übernahmen, Beteiligungen oder Existenzfestigungen, die bestehende Beschäftigungsverhältnisse übernehmen, weshalb geförderte Existenzgründer im Durchschnitt mit 4,8 [4,7] Beschäftigten starteten. Im Folgejahr stellten sie im Schnitt 1,3 [1,2] weitere Mitarbeiter ein, und beinahe jeder zehnte Existenzgründer bildete einen Auszubildenden aus, so dass ein

²⁰⁷ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000, 12), DtA (1999, 17).

von der DtA geförderter Existenzgründer ein Jahr nach der Gründung im Schnitt rund 6,2 [6,0] Arbeitsplätze bereitstellte.

Tabelle 4-4: Förderintensitäten pro geförderten Existenzgründer und Arbeitsplatz in Westdeutschland²⁰⁸

	geförderte Arbeitsplätze insgesamt	Darlehen je Existenz- gründer	Investitionen je Existenz- gründer	Investition pro geförderten Arbeitsplatz	Darlehen pro geförderten Arbeitsplatz	Subvention pro geförderten Arbeitsplatz ^{A)}
1998						
nach Hauptwirtschaftszweigen						
Industrielles Gewerbe	57.285	269.262	498.026	55.641	30.082	4.512
Baugewerbe	29.714	133.648	210.867	34.993	22.179	3.327
Handel	52.295	197.364	335.553	65.840	38.725	5.809
Dienstleistungen	86.874	159.765	310.188	57.136	29.428	4.414
Westdeutschland	226.168	185.242	336.061	55.861	30.791	4.619
davon Handwerk	73.515	168.247	409.063	60.384	24.836	3.725
davon Freie Berufe	31.961	157.015	270.252	51.343	29.830	4.474
nach Förderzwecken						
Neugründung	67.248	131.856	273.530	67.512	32.544	4.882
Übernahme	53.719	228.364	412.710	60.317	33.375	5.006
Beteiligung	29.036	250.157	486.499	32.270	16.593	2.489
Festigung	76.165	222.903	349.109	51.423	32.833	4.925
Westdeutschland	226.168	185.242	336.061	55.861	30.791	4.619
1999						
nach Hauptwirtschaftszweigen						
Industrielles Gewerbe	64.909	293.549	583.737	61.702	31.029	4.654
Baugewerbe	37.563	147.894	267.772	40.476	22.355	3.353
Handel	60.265	205.837	386.677	70.887	37.735	5.660
Dienstleistungen	106.022	154.474	285.375	53.254	28.827	4.324
Westdeutschland	268.759	188.696	356.073	57.463	30.452	4.568
davon Handwerk	72.616	164.973	393.957	56.976	23.859	3.579
davon Freie Berufe	36.304	150.466	315.966	61.489	29.282	4.392
nach Förderzwecken						
Neugründung	74.915	129.623	241.960	58.724	31.460	4.719
Übernahme	47.322	222.093	417.742	65.678	34.918	5.238
Beteiligung	28.804	251.220	483.670	34.104	17.714	2.657
Festigung	117.718	233.140	442.390	59.073	31.131	4.670
Westdeutschland	268.759	188.696	356.073	57.463	30.452	4.568

Neugründungen starteten zum Gründungszeitpunkt mit nur durchschnittlich 2,3 [2,3] Beschäftigten, wuchsen jedoch deutlich schneller und stellten im Folgejahr im Schnitt 1,8 [1,7] weitere Beschäftigte ein (Tab. 4-3). Der Beschäftigungszuwachs bei Neugründungen war etwa doppelt so hoch wie bei Übernahmen (0,9 [0,7]), Beteiligungen (1,0 [0,8]) und Festigungen (1,1 [0,9]), während das durchschnittliche Darlehensvolumen pro geförderten Gründer bei Neugrün-

²⁰⁸ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000, 11f.), DtA (1999, 16f.).

^{A)} Wie im achten Bericht der EU-Kommission über staatliche Beihilfen in der EU aus dem Jahr 2000 wird die Subventionskomponente mit 15% des Darlehensbetrags angesetzt.

dungen mit 130 [132] Tsd. DM in 1999 [1998] deutlich geringer war als bei Übernahmen mit 222 [228] Tsd. DM, Beteiligungen mit 251 [250] Tsd. DM und Festigungen mit 233 [223] Tsd. DM (Tab. 4-4).

Die **1999 [1998] von der DtA** im Förderbereich „Existenz-/ Unternehmensgründung“ in Westdeutschland **geförderten Unternehmen beschäftigten ein Jahr nach der Förderung insgesamt 268.759 [226.168] Arbeitnehmer** (inkl. Auszubildende). Das durchschnittliche Darlehensvolumen pro Existenzgründer betrug 189 [185] Tsd. DM bei einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von 356 [336] Tsd. DM. Auf einen Arbeitsplatz entfiel im Schnitt ein Darlehensvolumen von 30.452 [30.791] DM. Geht man, wie die EU-Kommission, von einer Subventionskomponente in Höhe von 15% des Darlehensbetrags aus, betrug die **Subventionierung 4.568 DM (1999) bzw. 4.619 DM (1998) pro Arbeitsplatz**. Das Darlehensvolumen pro geschaffenen Arbeitsplatz ist im Baugewerbe mit 22 Tsd. DM niedriger als bei den Dienstleistungen (29 Tsd. DM) und dem industriellen Gewerbe (30-31 Tsd. DM). Am höchsten ist es im Handel mit 38-39 Tsd. DM.

Im Blickpunkt dieser Arbeit steht die **Existenzgründungsförderung** in Westdeutschland, was einen Vergleich mit der Förderung **in Ostdeutschland** jedoch nicht ausschließen soll.

1999 [1998] bekamen in Ostdeutschland 7.249 [8.698] Existenzgründer zinsverbilligte DtA-Darlehen in Höhe von 1,93 [2,51] Mrd. DM, die für Investitionen von insgesamt 4,20 [5,56] Mrd. DM verwendet wurden. Gegenüber dem Vorjahr nahm 1999 die Zahl der geförderten Gründer um 17% und das Volumen der ausgereichten Darlehen um 23% ab.

Die geförderten ostdeutschen Unternehmen beschäftigten im Jahr der Gründung bzw. Festigung 1999 [1998] 54.104 [73.663] Mitarbeiter und schufen im Folgejahr weitere 16.097 [17.681] Arbeitsplätze und 1.231 [1.554] Ausbildungsplätze. Von 1998 bis 1999 sank das Volumen der in Ostdeutschland ausgereichten Darlehen für Neugründungen um 18% auf 725 Mio. DM, für Übernahmen um 14% auf 413 Mio. DM und für Festigungen sogar um 35% auf 692 Mio. DM. Darlehen für Beteiligungen stiegen dagegen um 22% auf 180 Mio. DM. Das Volumen der ausgereichten Darlehen nahm gegenüber 1998 in allen Wirtschaftszweigen ab. Am stärksten war der Rückgang im Baugewerbe (-32%), gefolgt vom industriellen Gewerbe (-28%), dem Handel (-27%) und den Dienstleistungen (-12%).

Tabelle 4-5: Förderkennzahlen zur Vergabe von DtA-Existenzgründungsdarlehen in Ostdeutschland²⁰⁹

Finanzierungshilfen der DtA für Existenz-/Unternehmensgründer in den neuen Bundesländern							
	geförderte Existenzgründer	Frauenquote	Darlehensvolumen (TDM)	Investitionsvolumen (TDM)	Mitarbeiter b. Gründung/ ^{A)} Festigung	neue Arbeitsplätze im Folgejahr	neue Ausbildungsplätze im Folgejahr
1998							
nach Hauptwirtschaftszweigen							
Industrielles Gewerbe	1.591	14,5	762.973	2.109.572	23.922	4.769	490
Baugewerbe	1.288	6,1	265.350	427.397	15.203	2.368	240
Handel	2.333	35,2	665.364	1.215.017	15.163	4.136	407
Dienstleistungen	3.486	39,9	812.482	1.812.235	19.375	6.408	417
Ostdeutschland	8.698	29,7	2.506.170	5.564.221	73.663	17.681	1.554
davon Handwerk	2.373	13,4	664.222	1.554.221	28.073	5.411	613
davon Freie Berufe	1.395	46,1	254.534	463.296	5.903	1.889	114
nach Förderzwecken							
Neugründung	3.712	34,0	887.979	2.230.697	15.472	9.500	575
Übernahme	1.544	31,1	478.444	1.058.309	13.560	2.111	283
Beteiligung	276	24,2	84.480	151.222	3.936	350	51
Festigung	3.166	23,5	1.055.267	2.123.993	40.695	5.720	645
Ostdeutschland	8.698	29,7	2.506.170	5.564.221	73.663	17.681	1.554
ohne Festigung	5.532	32,7	1.450.903	3.440.228	32.968	11.961	909
1999							
nach Hauptwirtschaftszweigen							
Industrielles Gewerbe	1.188	13,3	551.953	1.508.530	16.084	4.157	362
Baugewerbe	1.076	5,6	180.670	298.450	10.888	2.021	176
Handel	1.838	35,2	486.507	911.131	10.718	3.401	247
Dienstleistungen	3.147	38,2	712.947	1.486.130	16.414	6.518	446
Ostdeutschland	7.249	29,0	1.932.076	4.204.240	54.104	16.097	1.231
davon Handwerk	1.754	14,5	384.866	842.832	16.476	3.792	371
davon Freie Berufe	1.131	40,8	209.941	341.216	4.866	1.588	66
nach Förderzwecken							
Neugründung	3.284	33,2	724.658	1.719.470	12.332	9.552	486
Übernahme	1.209	32,6	412.747	759.304	9.977	1.893	224
Beteiligung	329	18,7	102.920	179.784	5.373	467	52
Festigung	2.427	21,8	691.752	1.545.681	26.422	4.185	469
Ostdeutschland	7.249	29,0	1.932.076	4.204.238	54.104	16.097	1.231
ohne Festigung	4.822	24,6	1.240.325	2.658.558	27.682	11.912	762

Im Gründungsjahr liegt das Verhältnis der im Industrie-/ Baugewerbe Beschäftigten gegenüber den Dienstleistungs-/ Handels-Beschäftigten bei 50:50, während im Folgejahr 60% der neuen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und im Handel entstehen.

²⁰⁹ Quelle: Darstellung basierend auf Daten der DtA (2000, 11f.), DtA (1999, 16f.).

^{A)} Die DtA erfasst auch Darlehen zur Existenzfestigung im Förderbereich Existenz-/ Unternehmensgründung. Diese sind in der untersten Zeile herausgerechnet.

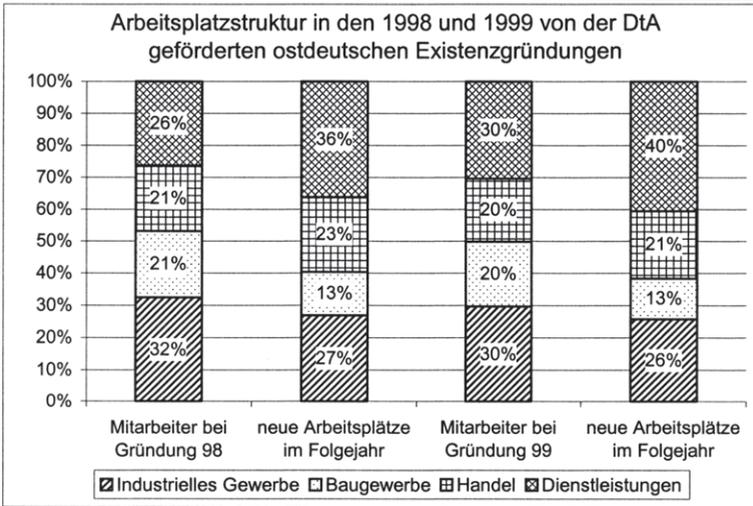


Abbildung 4-6: Arbeitsplatzstruktur in den 1998-99 in Ostdeutschland von der DtA geförderten Existenzgründungen nach Hauptwirtschaftszweigen²¹⁰

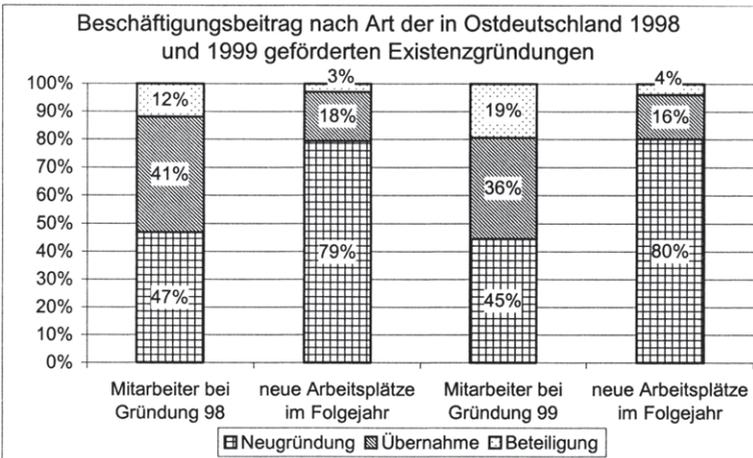


Abbildung 4-7: Verteilung der Arbeitsplätze auf die von der DtA geförderten Neugründungen, Übernahmen und Beteiligungen in Ostdeutschland²¹¹

Auch in Ostdeutschland übertrifft der Anteil der in Neugründungen entstandenen Arbeitsplätze jene infolge von Übernahmen und Beteiligungen bei weitem.

²¹⁰ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000), DtA (1999).

²¹¹ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000), DtA (1999).

1999 wurden jedoch für 1.538 Übernahmen und Beteiligungen Darlehen i.H.v. 516 Mio. DM vergeben und für 3.284 echte Neugründungen nur 725 Mio. DM. *Durch eine Umschichtung der Förderung zugunsten der Neugründungen könnte auch in Ostdeutschland eine deutlich bessere Beschäftigungswirkung erzielt und die Fördermittel effizienter eingesetzt werden.*²¹²

Tabelle 4-6: Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer in Ostdeutschland²¹³

	Geschaffene Arbeitsplätze pro geförderten Existenzgründer in Ostdeutschland			insgesamt
	bei Gründung	im Folgejahr	Auszubildende	
1998				
nach Hauptwirtschaftszweigen				
Industrielles Gewerbe	15,0	3,0	0,31	18,3
Baugewerbe	11,8	1,8	0,19	13,8
Handel	6,5	1,8	0,17	8,4
Dienstleistungen	5,6	1,8	0,12	7,5
Ostdeutschland	8,5	2,0	0,18	10,7
davon Handwerk	11,8	2,3	0,26	14,4
davon Freie Berufe	4,2	1,4	0,08	5,7
nach Förderzwecken				
Neugründung	4,2	2,6	0,15	6,9
Übernahme	8,8	1,4	0,18	10,3
Beteiligung	14,3	1,3	0,18	15,7
Festigung	12,9	1,8	0,20	14,9
Ostdeutschland	8,5	2,0	0,18	10,7
1999				
nach Hauptwirtschaftszweigen				
Industrielles Gewerbe	13,5	3,5	0,30	17,3
Baugewerbe	10,1	1,9	0,16	12,2
Handel	5,8	1,9	0,13	7,8
Dienstleistungen	5,2	2,1	0,14	7,4
Ostdeutschland	7,5	2,2	0,17	9,9
davon Handwerk	9,4	2,2	0,21	11,8
davon Freie Berufe	4,3	1,4	0,06	5,8
nach Förderzwecken				
Neugründung	3,8	2,9	0,15	6,8
Übernahme	8,3	1,6	0,19	10,0
Beteiligung	16,3	1,4	0,16	17,9
Festigung	10,9	1,7	0,19	12,8
Ostdeutschland	7,5	2,2	0,17	9,9

²¹² Nach Berechnungen des IfM Bonn stehen in den nächsten fünf Jahren in Deutschland insgesamt rd. 380 Tsd. Unternehmen zur Übergabe an, von denen noch knapp 8% keinen Nachfolger gefunden haben. In diesen Fällen erscheinen staatliche Hilfen zur Erleichterung des Generationenwechsels (der Teil des wirtschaftlichen Strukturwandels ist) legitim, was jedoch nicht für eine grundsätzliche breite Förderung von Übernahmen und tätigen Beteiligungen im Rahmen der Existenzgründungsförderung spricht.

²¹³ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000, 11f.), DtA (1999, 16f.).

1999 [1998] in Ostdeutschland geförderte Neugründungen schufen im Jahr nach der Förderung durchschnittlich 2,9 [2,6] zusätzliche Arbeitsplätze, das waren deutlich mehr als bei Übernahmen (1,6 [1,4]), Beteiligungen (1,4 [1,3]) und Festigungen (1,7 [1,8]). Und dies, obwohl das durchschnittliche Darlehensvolumen pro geförderten Existenzgründer bei Neugründungen mit 221 [239] Tsd. DM deutlich niedriger war als bei Übernahmen (341 [310] Tsd. DM), Beteiligungen (313 [306] Tsd. DM) und Festigungen (285 [333] Tsd. DM).

Tabelle 4-7: Förderintensitäten pro geförderten Existenzgründer und Arbeitsplatz in Ostdeutschland²¹⁴

	geförderte Arbeitsplätze insgesamt	Darlehen je Existenz- gründer	Investitionen je Existenz- gründer	Investition pro geförderten Arbeitsplatz	Darlehen pro geförderten Arbeitsplatz	Subvention pro geförderten Arbeitsplatz ^{A)}
1998						
nach Hauptwirtschaftszweigen						
Industrielles Gewerbe	29.181	479.556	1.325.941	72.293	26.146	3.922
Baugewerbe	17.811	206.017	331.830	23.996	14.898	2.235
Handel	19.706	285.197	520.796	61.657	33.765	5.065
Dienstleistungen	26.200	233.070	519.861	69.169	31.011	4.652
Ostdeutschland	92.898	288.132	639.713	59.896	26.978	4.047
davon Handwerk	34.097	279.908	654.960	45.582	19.480	2.922
davon Freie Berufe	7.906	182.462	332.112	58.601	32.195	4.829
nach Förderzwecken						
Neugründung	25.547	239.218	600.942	87.317	34.759	5.214
Übernahme	15.954	309.873	685.433	66.335	29.989	4.498
Beteiligung	4.337	306.088	547.906	34.868	19.479	2.922
Festigung	47.060	333.312	670.876	45.134	22.424	3.364
Ostdeutschland	92.898	288.132	639.713	59.896	26.978	4.047
1999						
nach Hauptwirtschaftszweigen						
Industrielles Gewerbe	20.603	464.607	1.269.806	73.219	26.790	4.018
Baugewerbe	13.085	167.909	277.370	22.809	13.807	2.071
Handel	14.366	264.694	495.719	63.423	33.865	5.080
Dienstleistungen	23.378	226.548	472.237	63.570	30.496	4.574
Ostdeutschland	71.432	266.530	579.975	58.857	27.048	4.057
davon Handwerk	20.639	219.422	480.520	40.837	18.648	2.797
davon Freie Berufe	6.520	185.624	301.694	52.334	32.200	4.830
nach Förderzwecken						
Neugründung	22.370	220.663	523.590	76.865	32.394	4.859
Übernahme	12.094	341.395	628.043	62.784	34.128	5.119
Beteiligung	5.892	312.826	546.455	30.513	17.468	2.620
Festigung	31.076	285.023	636.869	49.739	22.260	3.339
Ostdeutschland	71.432	266.530	579.975	58.857	27.048	4.057

²¹⁴ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000, 11f.), DtA (1999, 16f.).

^{A)} Wie im achten Bericht der EU-Kommission über staatliche Beihilfen in der EU aus dem Jahr 2000 wird die Subventionskomponente mit 15% des Darlehensbetrags angesetzt.

Die 1999 [1998] in Ostdeutschland geförderten Existenzgründungen beschäftigten ein Jahr nach der Förderung insgesamt 71.432 [92.898] Arbeitnehmer (inkl. Auszubildende). Auf die 1999 [1998] geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze entfiel ein durchschnittliches Darlehensvolumen von 27.048 [26.978] DM, das bei Annahme einer Subventionskomponente von 15% einem **Subventionsvolumen von 4.057 [4.047] DM pro Arbeitsplatz** entsprach. Die Subventionierung pro Arbeitsplatz betrug damit nur 89% [88%] des Westniveaus.

Die meisten Arbeitsplätze pro geförderten Existenzgründer entstehen im industriellen Gewerbe, was vor allem auf das höhere Investitionsvolumen industrieller Gründungen zurückzuführen ist. Das Darlehensvolumen pro geschaffenen Arbeitsplatz war im industriellen Gewerbe mit 26-27 Tsd. DM etwas niedriger als bei Handel (34 Tsd. DM) und Dienstleistungen (30-31 Tsd. DM). Am deutlich niedrigsten war es im Baugewerbe mit 14-15 Tsd. DM.

In Ostdeutschland sank das mittlere Darlehensvolumen pro Existenzgründer von 288 Tsd. DM in 1998 auf 267 Tsd. DM in 1999, beträgt damit aber immer noch das 1,4fache des Westniveaus. Das durchschnittliche Investitionsvolumen pro Existenzgründer war im Osten 1999 [1998] mit 580 [640] Tsd. DM jedoch 1,6 [1,9] mal höher als im Westen, und entsprechend lag der Anteil der DtA-Darlehen an den Investitionen im Osten mit 46% [45%] niedriger als im Westen, wo er 52% [55%] betrug.

Die Förderung ostdeutscher Existenzgründer ist pro Kopf zwar höher, gemessen an den von ihnen getätigten Investitionen jedoch niedriger als in Westdeutschland. Eine regional- und strukturpolitisch motivierte **intensivere Förderung ostdeutscher Gründer, die es Anfang der neunziger Jahre gab, findet heute nicht mehr statt.**

Die Förderung ostdeutscher Neugründungen ist jedoch auch aus beschäftigungspolitischer Sicht sehr effektiv. **Darlehensgeförderte Existenzgründer in Ostdeutschland starten mit fast doppelt so vielen Beschäftigten wie ihre westdeutschen Kollegen und verzeichnen auch im Folgejahr höhere Beschäftigungszuwächse.** Neugründungen beginnen im Osten mit durchschnittlich 4,2 Beschäftigten und stellen im Folgejahr im Schnitt weitere 2,6 Beschäftigte ein. Auf jede sechste Neugründung entfällt ein Auszubildender.

4.2.1.2 Beschäftigungsentwicklung in neu gegründeten Unternehmen

Erfolgreiche Neugründungen können in den Jahren nach ihrer Gründung weitere Arbeitsplätze schaffen, oder die geschaffenen Arbeitsplätze können bei Schrumpfung oder Schließung auch wieder verloren gehen. Zur Erforschung

der langfristigen Beschäftigungsentwicklung wird das Schicksal der Gründungen eines Jahrgangs über einen längeren Zeitraum verfolgt (Kohortenanalyse). Fasst man für West- und Ostdeutschland jeweils alle überlebenden Neugründungen der Jahre 1992 bis 1998 zu einer Jahreskohorte zusammen und betrachtet nur die Beschäftigtenentwicklung der überlebenden Neugründungen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Längsschnitt, ergeben sich für die west- und die ostdeutschen Neugründungen die im folgenden dargestellten Beschäftigungsverläufe.²¹⁵

Tabelle 4-8: Durchschnittliche Beschäftigungsentwicklung in überlebenden Neugründungen in Westdeutschland²¹⁶

Jahreskohorte	Beschäftigte x Jahre nach Gründung in % des Ausgangswerts							
	x	0	1	2	3	4	5	6
1992		100%	106%	103%	101%	97%	94%	92%
1993		100%	106%	103%	100%	97%	95%	
1994		100%	106%	104%	99%	97%		
1995		100%	108%	105%	104%			
1996		100%	117%	116%				
1997		100%	113%					
1998		100%						
Mittel		100%	109%	106%	101%	97%	95%	92%

Jahreskohorte	x	Veränderung x Jahre nach Gründung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten					
		1	2	3	4	5	6
1992		6	-2	-3	-4	-3	-2
1993		6	-3	-3	-3	-2	
1994		6	-2	-5	-2		
1995		8	-3	-1			
1996		17	-2				
1997		13					
1998							
Mittel		9	-2	-3	-3	-2	-2

Es zeigt sich, dass die Beschäftigung in *westdeutschen Neugründungen* im ersten Jahr im Schnitt deutlich zunimmt und in den darauf folgenden Jahren kontinuierlich zurückgeht. Diese Beschäftigungsentwicklung ist in allen Jahreskohorten zu beobachten. *Vier Jahre nach Gründung* liegt die *Beschäftigtenzahl der Jahreskohorten allgemein unter dem Ausgangswert im Jahr der Gründung*, und dies, obwohl nur die überlebenden Betriebe in der Kohorte er-

²¹⁵ Die Daten zur Beschäftigungsentwicklung basieren auf einer aktuellen und umfassenden Auswertung der Beschäftigtenstatistik zur Beschäftigungsentwicklung in allen neu gegründeten Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die von WEIBHUHN/ WICHMANN (2000) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchgeführt wurde.

²¹⁶ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten in WEIBHUHN/ WICHMANN (2000, 74).

fasst sind. Sechs Jahre nach Gründung liegt der Beschäftigungseffekt der 1992er Kohorte bei 92% des Ausgangswerts mit abnehmender Tendenz für die Folgejahre. Der Faktor für die nachhaltige Beschäftigungsentwicklung aller überlebenden Neugründungen liegt für die 1992er Kohorte demnach unter 92%. Weil jedoch die **Beschäftigungszunahme** im ersten Jahr nach Gründung von 6% bei der 92er Kohorte auf 13% bei der 1997er Kohorte um 7 Prozentpunkte zunahm und auch die Beschäftigtenzahl zwei Jahre nach Gründung **seit 1996 höher** ist als in den Jahren zuvor, wird der aktuelle **Faktor für die langfristige Beschäftigungswirkung in den überlebenden Gründungen in Westdeutschland** mit 100% angenommen.

Tabelle 4-9: Durchschnittliche Beschäftigungsentwicklung in überlebenden Neugründungen in Ostdeutschland²¹⁷

Jahreskohorte	x	Beschäftigte x Jahre nach Gründung in % des Ausgangswerts				
		0	1	2	3	4
1994		100%	129%	124%	117%	112%
1995		100%	124%	115%	107%	
1996		100%	120%	116%		
1997		100%	113%			
1998		100%				
Mittel		100%	122%	118%	112%	112%

Jahreskohorte	x	Veränderung x Jahre nach Gründung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten			
		1	2	3	4
1994		29	-5	-7	-5
1995		24	-9	-9	
1996		20	-5		
1997		13			
1998					
Mittel		22	-6	-8	-5

In **ostdeutschen Existenzgründungen** nimmt die Beschäftigung im ersten Jahr durchschnittlich stärker zu als in Westdeutschland, geht jedoch in den folgenden Jahren dann auch wieder stärker zurück. **Vier Jahre nach Gründung** liegt die **Beschäftigtenzahl von Neugründungen in Ostdeutschland** um **durchschnittlich 12% über dem Ausgangswert im Jahr der Gründung**. Der diesem hohen Durchschnitt zugrunde liegende außerordentliche **Beschäftigungserfolg ostdeutscher Neugründungen im ersten Jahr ihres Bestehens nahm in den letzten Jahren jedoch kontinuierlich ab** von 29% (1992er Kohorte) auf 13% (1997er Kohorte). Die Beschäftigungsverläufe von ost- und westdeutschen Neugründungen haben sich in den letzten Jahren also angeglichen. Da die Beschäftigungsentwicklung in ostdeutschen Gründungen in der Vergangenheit et-

²¹⁷ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten in WEIBHUHN/ WICHMANN (2000, 74).

was positiver verlief als in Westdeutschland, wird der *Faktor für die langfristige Beschäftigungswirkung in den überlebenden Gründungen in Ostdeutschland* auf maximal 110% geschätzt. Dieser Maximalwert wird im folgenden verwendet, denn zwecks Überprüfung der Hypothese „Existenzgründungshilfen tragen nicht nachhaltig zu mehr Beschäftigung bei“, sollte die Beschäftigungswirkung der Existenzgründungsförderung keinesfalls unterschätzt werden.²¹⁸

Dass sich in einer Kohorte von Neugründungen die Beschäftigungsgewinne durch Wachstum und die Beschäftigungsverluste durch Marktaustritte und Schrumpfen einzelner Neugründungen tendenziell kompensieren, wird durch andere empirische Studien bestätigt.²¹⁹ Das RWI (1999, 109) stellt fest, dass die meisten neu gegründeten Unternehmen nur schwach expandieren und sich der langfristige Beschäftigungszuwachs auf einen kleinen Kreis schnell wachsender Gründungsunternehmen konzentriert. Diese Unternehmen, die deutlich weniger als 5% aller Gründungen ausmachen, stellen nach 5 Jahren bereits mehr als 50% und nach 10 Jahren mehr als 75% aller Arbeitsplätze bereit. Viele Existenzgründungen scheitern bereits nach relativ kurzer Zeit und nur ein geringer Anteil der Existenzgründungen schafft im wesentlichen Ausmaß zusätzliche Arbeitsplätze. Das RWI (1999, 104) weist darauf hin, „*dass über 70 vH aller Neugründungen keine Arbeitsplätze für Arbeitnehmer schaffen, sondern ‚nur‘ einen für den Gründer selbst, gegebenenfalls noch für einen mithelfenden Familienangehörigen. Soweit es sich um ein Nebengewerbe handelt, entstehen überhaupt keine Arbeitsplätze, da die Gründer ihren bisherigen Arbeitsplatz nicht aufgeben*“.

Auch die Studien von DAVIS et al. (1996a), BERNY/PHILLIPS (1995) und SENGENBERGER (1990) ergeben, dass durch Existenzgründungen eine große Zahl an neuen Arbeitsplätzen entsteht und sich ein signifikanter Teil der dabei neu geschaffenen Arbeitsplätze als nachhaltig erweist; sie zeigen aber auch, dass zahlreiche Jungunternehmen nach kurzer Zeit wieder vom Markt verschwinden und so ein erheblicher Teil der geschaffenen Arbeitsplätze wieder verloren geht. *Der langfristige Beschäftigungseffekt von Existenzgründungen entspricht im wesentlichen der im Ausgangsjahr geschaffenen Beschäftigung. Mikroökonomisch schafft eine Kohorte von Existenzgründungen im Ausgangsjahr einmalig und nachhaltig zusätzliche Arbeitsplätze; danach kompensieren sich Beschäftigungsgewinne durch Expansion und Beschäftigungsverluste durch Kontraktion.*

²¹⁸ S.o.: 1.1 Problemstellung.

²¹⁹ Vgl. KÖNIG (1994), STOREY/JOHNSON (1987).

GERLACH/WAGNER (1997, 55) betrachten nur die neu gegründeten Industriebetriebe in Niedersachsen, und auch hier werden die Arbeitsplatzverluste durch Schrumpfung der gegründeten Betriebe gerade und genau durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den überlebenden, teils dynamisch wachsenden Neugründungen kompensiert, und die Zahl der innerhalb der Kohorte entstandenen Arbeitsplätze bleibt dabei im Zeitverlauf bemerkenswert konstant.²²⁰

Die Daten des ZEW-Gründungspanels deuten laut ALMUS et al. (1999b) darauf hin, dass sowohl innovative als auch nicht-innovative Unternehmen mit einer suboptimalen Größe gegründet werden und daher in den ersten Lebensjahren hohe Beschäftigungswachstumsraten erzielen, die mit dem Alter und der Größe abnehmen.

Es stellt sich die Frage, ob *mit öffentlichen Darlehen geförderte Existenzgründungen möglicherweise eine günstigere Beschäftigungsentwicklung* aufweisen als nicht geförderte Gründungen, *da die Antragsteller von Existenzgründungshilfen einen Auswahlprozess bei Hausbank und DtA bestehen müssen* und dieses „Screening“ Einfluss auf den Beschäftigungserfolg von geförderten Gründungen haben kann.

Aussagekräftig ist insofern die Analyse von BRÜDERL, PREISENDÖRFER und ZIEGLER, die mit öffentlichen Darlehen geförderte Existenzgründungen und ausschließlich bankkredit-finanzierte Existenzgründungen miteinander vergleichen, die beide einen ähnlichen „Screening“-Prozess durch die Hausbank durchlaufen. Nach Ziehen einer Zufallsstichprobe von 6.000 aus ca. 30.000 Gewerbeanmeldungen im Einzugsbereich der IHK München und Oberbayern wurden 1.757 Unternehmen mündlich befragt, was einer Rücklaufquote von 29% entspricht. Die Untersuchung zeigt mit Hilfe bi- und multivariater Analyseverfahren, dass sich *kein Unterschied zwischen der Beschäftigtenentwicklung von bankfinanzierten und staatlich geförderten Existenzgründungen* nachweisen lässt.²²¹

EVA MAY befragte schriftlich 5000 geförderte und nicht geförderte Existenzgründer aus dem Einzugsbereich der IHK Koblenz und der Handwerkskammer Düsseldorf. Demnach weisen geförderte Existenzgründungen tendenziell eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung auf, während Umsatzentwicklung, Investitionsneigung und Kapitalentwicklung überdurchschnittlich sind. Kritisch ist anzumerken, dass die Rücklaufquote mit 10% (504 Fragebögen) relativ gering war.²²²

²²⁰ Vgl. GERLACH/WAGNER (1997), S. 55ff.

²²¹ Vgl. BRÜDERL/PREISENDÖRFER/ZIEGLER (1992), S. 5ff., 16ff.

²²² Vgl. MAY (1981), S. 11, 170f.

DETLEF HUNSDIEK und EVA MAY-STROBL analysierten auf Basis einer schriftlichen Befragung von 11.500 Unternehmen die Wirkungen des Eigenkapitalhilfeprogramms auf Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung und konnten dabei keinen signifikanten Einfluss des Eigenkapitalhilfeprogramms auf das Unternehmenswachstum und den Unternehmenserfolg nachweisen.²²³ Vom Gründungsjahr bis zum vierten vollen Geschäftsjahr entwickelte sich die durchschnittliche Beschäftigtenzahl bei den von DETLEF HUNSDIEK/ EVA MAY-STROBL befragten geförderten Existenzgründungen von 4,6 auf 7,6 (+3,0) und bei den nicht geförderten Existenzgründungen von 3,9 auf 7,4 (+3,5).²²⁴ Geförderte Existenzgründungen schafften demnach zu Beginn etwas mehr Arbeitsplätze, dafür ist die Beschäftigungsentwicklung bei den nicht geförderten Gründungen etwas günstiger.

Zusammenfassend wird festgestellt:

- Die aktuellste Kohortenanalyse zur Beschäftigungsentwicklung aller überlebenden Existenzgründungen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zeigt, dass **in den neunziger Jahren in Westdeutschland die Beschäftigtenzahl der Jahresskohorten auf lange Sicht unter den Ausgangswert der Beschäftigung zum Zeitpunkt der Gründung sinkt**, wobei die zwischenzeitlich liquidierten Gründungsunternehmen nicht berücksichtigt sind.
- Die meisten der bisherigen empirischen Untersuchungen deuten darauf hin, dass **bei überlebenden Existenzgründungen kein Zusammenhang zwischen dem Erhalt von Existenzgründungshilfen und dem Beschäftigungswachstum** nach Gründung besteht.
- Der **Faktor für die nachhaltige Beschäftigungsentwicklung geförderter Gründungen, die sich am Markt behaupten**, ist daher gleich dem Faktor von überlebenden nicht geförderten Gründungen, also maximal **100% für Westdeutschland bzw. 110% für Ostdeutschland**.

²²³ Die Rücklaufquote bei den 3000 befragten geförderten Unternehmen betrug 35% und bei den 8.500 nicht geförderten Unternehmen 11%. Vgl. HUNSDIEK/MAY-STROBL (1987), S. 50f., 156ff.

²²⁴ Vgl. HUNSDIEK/MAY-STROBL (1987), S. 206.

4.2.1.3 Überlebensvorteil geförderter gegenüber nicht geförderten Gründungen

Bei der Evaluierung des langfristigen Beschäftigungseffekts von Existenzgründungen muss neben dem langfristigen Wachstum des überlebenden Anteils der Gründungen auch die Überlebenswahrscheinlichkeit der Existenzgründungen insgesamt berücksichtigt werden. Die folgenden Abbildungen zeigen für West- und für Ostdeutschland jeweils die durchschnittliche Überlebensrate und das Liquidationsrisiko aller neu gegründeten Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den ersten Jahren. Die *Überlebensrate* gibt an, welcher Anteil der neu gegründeten Betriebe bis zu dem jeweiligen Beobachtungszeitpunkt typischerweise überlebt, und das *Liquidationsrisiko* gibt die Wahrscheinlichkeit an, dass ein noch lebender Betrieb im nächsten Jahr nicht mehr existiert.

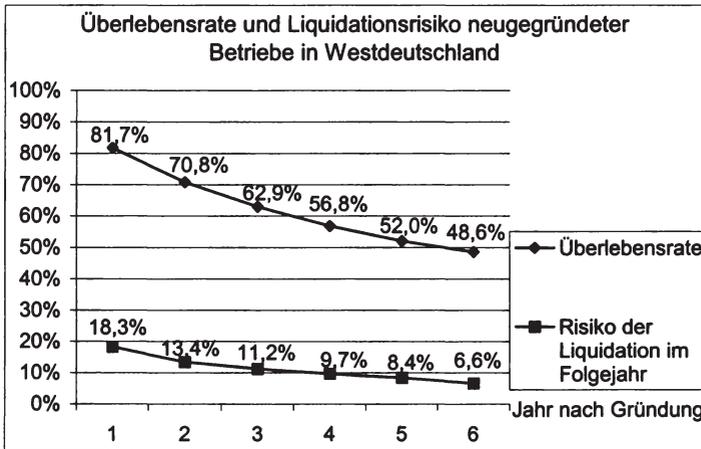


Abbildung 4-8: Überlebensverhalten neu gegründeter Betriebe in Westdeutschland²²⁵

In *Westdeutschland* überleben 18,3% der neu gegründeten Betriebe das erste Jahr nicht, während das Liquidationsrisiko im sechsten Jahr nur noch bei 6,6% liegt. Zu diesem Zeitpunkt existiert nur noch knapp die Hälfte (48,6%) der ehemaligen Gründungsunternehmen.

²²⁵ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten in WEIßHUHN/ WICHMANN (2000, 88).

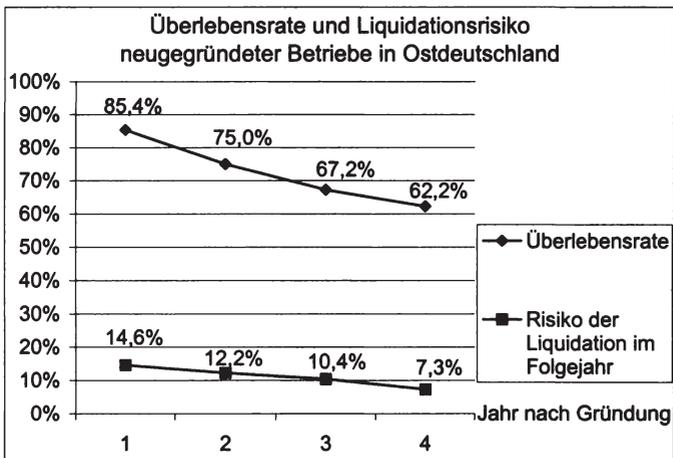


Abbildung 4-9: Überlebensverhalten neu gegründeter Betriebe in Ostdeutschland²²⁶

In *Ostdeutschland* ist das *Liquidationsrisiko neu gegründeter Betriebe* in den ersten vier Jahren ihres Bestehens *allgemein geringer als in Westdeutschland*. Vier Jahre nach Gründung bestehen im Osten noch 62,2% der Betriebe gegenüber 56,8% im Westen.

Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ist das *Liquidationsrisiko neu gegründeter Betriebe im ersten Jahr am höchsten* und nimmt dann in den darauffolgenden Jahren relativ kontinuierlich ab.

Vergleicht man die *Überlebensraten* von mit öffentlichen Darlehen geförderten und von nicht geförderten Existenzgründungen, zeigen sich *deutliche Vorteile seitens der geförderten Gründungen*.

- BRÜDERL, PREISENDÖRFER und ZIEGLER konstatieren, dass staatlich geförderte Existenzgründungen selbst bei gleicher Eigenkapitalausstattung und gleicher Beschäftigtenzahl zum Zeitpunkt der Gründung einen deutlichen Überlebensvorteil gegenüber nicht geförderten Gründungen aufweisen. Fünf Jahre nach Gründung sind noch 96,6% der staatlich geförderten Existenzgründungen aktiv, während nur noch 70,6% der bankfinanzierten und 61,8% der nicht darlehensfinanzierten Gründungen existieren.²²⁷
- Sonderauswertungen der Landeskreditbank Baden-Württemberg ergeben, dass die Insolvenzquote geförderter Existenzgründungen innerhalb der ers-

²²⁶ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten in WEIßHUHN/ WICHMANN (2000, 88).

²²⁷ Vgl. BRÜDERL/PREISENDÖRFER/ZIEGLER (1992), S. 13ff.

ten sechs Jahre mit 1,4% bzw. 3,6% weit unter dem Durchschnitt der allgemeinen Insolvenzquote liegt.²²⁸

- Eine von ZAHN durchgeführte schriftliche Befragung von 7000 Existenzgründern in Baden-Württemberg deutet darauf hin, dass sich die Bilanzkennzahlen bei geförderten Existenzgründungen – trotz ungünstiger Ausgangslage im Jahr der Gründung – „*besser und kontinuierlicher*“ entwickeln als bei nicht geförderten.²²⁹
- Bei HUNSDIEK/MAY-STROBL liegt die Überlebensrate von mit Eigenkapitalhilfe geförderten Existenzgründungen sechs Jahre nach Gründung bei 91 bis 92% und damit deutlich über den Überlebensquoten nicht geförderter Unternehmen, die nach den ersten vier bis fünf Jahren zwischen 70 und 75% schwanken.²³⁰
- Mit Eigenkapitalhilfe geförderte Existenzgründungen haben laut Ifo-Institut und Bifego nach sieben Jahren eine Überlebensquote von 90% gegenüber 84% bei nicht geförderten Gründungen.²³¹
- Die *Ausfallstatistik der Deutschen Ausgleichsbank* weist für die Gründerjahrgänge 1991 bis 1996 per 30.6.1997 eine *Ausfallquote von 3,4%* aus.²³² Nach Auskunft des ehemaligen DtA-Vorstandssprechers ECKART VON REDEN betrug die Ausfallquote bei den DtA-Existenzgründungsdarlehen 1998 rund 10%, wobei sie in Ostdeutschland etwas niedriger war als in Westdeutschland. *Die Überlebensrate der DtA-geförderten Existenzgründungen liegt also insgesamt bei etwa 90 bis 96%.*

Die Arbeitsplätze sind bei geförderten Existenzgründungen sicherer, weil die Liquidationswahrscheinlichkeit bei ihnen deutlich geringer ist als bei nicht geförderten Existenzgründungen.

4.2.2 Mikro-Beschäftigungseffekt und Effizienz der Darlehensförderung der DtA

Obige Analyse ergab, dass die Förderung von Neugründungen effizienter zur Entstehung neuer Arbeitsplätze beiträgt, als dies bei der Förderung von Übernahmen, Beteiligungen und Festigungsinvestitionen junger Unternehmen der Fall ist. Entsprechend wäre aus Effizienzgesichtspunkten eine Umschichtung

²²⁸ Die Rücklaufquote betrug 18%. Vgl. ZAHN et al. (1985), S. 8ff.

²²⁹ Vgl. ZAHN et al. (1985), S. 71f.

²³⁰ Vgl. HUNSDIEK/MAY-STROBL (1987), S. 50f., 156ff., 184ff.

²³¹ Vgl. BREITENACHER et al. (1994), S. 88f.

²³² Vgl. STRUCK et al. (1998), S. 20.

der Existenzgründungshilfen zugunsten einer verstärkten Förderung echter Neugründungen zu empfehlen.

Im folgenden wird der mikroökonomische Beschäftigungseffekt von mit DtA-Darlehen geförderten Neugründungen abgeschätzt und in Beziehung zu den Förderkosten gesetzt.

Tabelle 4-10: Effektivität und Effizienz der DtA-Darlehensförderung von Neugründungen²³³

	Westdeutschland		Ostdeutschland		
	1998	1999	1998	1999	
in den geförderten Existenzgründungen bei Gründung entstandene Arbeitsplätze	67.248	74.915	25.547	22.370	
Faktor für die nachhaltige Beschäftigungsentwicklung der überlebenden Gründungen	1,0		1,1		
Anteil der überlebenden Gründungen	0,90 bis 0,96				
Mikro-Beschäftigungseffekt (ohne Mitnahme)	min.	60.523	67.424	25.292	22.146
	max.	64.558	71.918	26.978	23.623
Darlehensvolumen (in Mio. DM)	2.189	2.357	888	725	
Subventionskomponente ^{A)} (in Mio. DM)	328,28	353,52	133,20	108,70	
Subvention pro geförderten Arbeitsplatz (in DM)	max.	5.424	5.243	5.266	4.908
	min.	5.085	4.916	4.937	4.601

Unter Berücksichtigung der langfristigen Beschäftigungsentwicklung und der Überlebenswahrscheinlichkeit der geförderten Neugründungen ergibt sich **pro neu geschaffenen Arbeitsplatz einmalig ein Subventionsvolumen von 4.900-5.400 DM für Westdeutschland und von 4.600-5.300 DM für Ostdeutschland**. Damit stellen Existenzgründungsdarlehen für originäre Existenzgründungen ein sehr effizientes Instrument der Beschäftigungspolitik dar.

²³³ Quelle: Eigene Berechnungen.

^{A)} Wie im achten Bericht der EU-Kommission über staatliche Beihilfen in der EU aus dem Jahr 2000 wird die Subventionskomponente mit 15% des Darlehensbetrags angesetzt.

4.2.3 Beschäftigungsbeitrag der mit Überbrückungsgeld geförderten Gründer

Mit Überbrückungsgeld geförderte Existenzgründer starten im Gegensatz zu anderen Förderprogrammen immer aus der Arbeitslosigkeit. Da alle Geförderten den Schritt aus der Arbeitslosigkeit heraus in die Selbständigkeit gehen, ist der gesamtwirtschaftliche Netto-Beschäftigungseffekt pro Geförderten bei Überbrückungsgeld zunächst 100%. Nach Angaben des IAB ist die Überlebensquote der mit Überbrückungsgeld geförderten Selbständigen mit derjenigen anderer Selbständigengruppen durchaus vergleichbar.²³⁴ Rund 70% der Geförderten sind drei Jahre nach der Gründung immer noch selbständig, und zwar 66% mit der geförderten und 4% mit einer anderen selbständigen Existenz. 5% der Überbrückungsgeldempfänger üben ihre selbständige Tätigkeit dann noch nebenberuflich aus, 12% wechseln in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und nur 11% melden sich wieder arbeitslos.²³⁵ Zum Vergleich: Für Neugründungen liegt die Überlebensrate nach drei Jahren in Westdeutschland durchschnittlich bei 63% und in Ostdeutschland bei 67%. Damit weisen die *mit Überbrückungsgeld* geförderten Existenzgründungen in etwa die gleichen bzw. sogar etwas höhere *Überlebensraten* auf als andere, nicht von vormaligen Arbeitslosen gegründete Unternehmen; sie sind jedoch *deutlich geringer als* bei den *mit Darlehen der Deutschen Ausgleichsbank* geförderten Existenzgründungen.²³⁶ Ursächlich für diesen Unterschied zum Überbrückungsgeld sind u.a. das allgemein höhere Investitionsvolumen und der besondere „Screening“-Prozess bei von der DtA geförderten Existenzgründungen. Auch beim Überbrückungsgeld besteht ein direkter proportionaler Zusammenhang zwischen der Höhe der Startinvestitionen und der Wahrscheinlichkeit eines Gründungserfolgs. Vom 1.1.94 bis 15.4.95 führte das IAB eine Totalerhebung aller Bewilligungen von Überbrückungsgeld in einer für Deutschland repräsentativen Auswahl von Arbeitsamtsbezirken durch und untersuchte mittels logistischer Regressionsanalyse den Einfluss verschiedener Determinanten des Gründungserfolgs. Existenzgründer mit einem Startkapital von 25 Tsd. DM haben demnach mehr als doppelt so hohe Erfolgsaussichten wie Existenzgründer ohne Kapital, und bei einem Startkapital von 100 Tsd. DM sind die Chancen sogar viermal so hoch.²³⁷

²³⁴ Vgl. BRÜDERL/PREISENDÖRFER/ZIEGLER (1996).

²³⁵ Vgl. WIEBNER (1998b), S. 3f. Nach drei Jahren sind noch 72% der geförderten Männer und 67% der Frauen selbständig. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied wird relativiert, da sich 3% der Frauen im Mutterschutz bzw. Erziehungsurlaub befinden.

²³⁶ Die Ausfallquote der von der DtA geförderten Gründerjahrgänge 1991-96 beträgt 1997 für die alten Bundesländer insgesamt nur 3,4%. Vgl. STRUCK et al. (1998), S. 19f.

²³⁷ Vgl. WIEBNER (2000b), S. 527.

Die Höhe des Startkapitals ist eine wesentliche Erfolgsdeterminante, allerdings kommt es hier zu Mitnahmeeffekten, wenn Gelder an Existenzgründer gezahlt werden, die nicht zwingend auf Unterstützung angewiesen sind.

Die meisten der Überbrückungsgeldempfänger starten als Ein-Mann-Unternehmen und schaffen in den Folgejahren in geringem Umfang zusätzliche Arbeitsplätze. 45% der überlebenden Existenzgründer, d.h. knapp ein Drittel aller Geförderten, beschäftigen auf lange Sicht mindestens einen weiteren Mitarbeiter. **Auf einen ursprünglich geförderten Existenzgründer entfallen zum Gründungszeitpunkt zusätzlich 0,2 Beschäftigte, nach einem Jahr 0,45 Beschäftigte und nach drei Jahren ein Beschäftigter.**

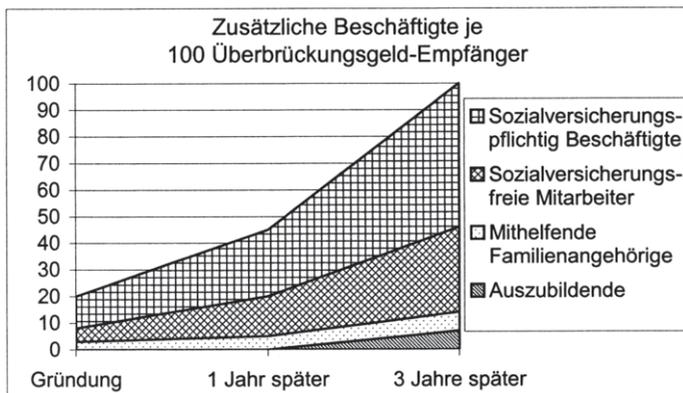


Abbildung 4-10: Arbeitsplatzschaffung durch Überbrückungsgeldempfänger²³⁸

Tabelle 4-11: Zusätzliche Beschäftigte je Überbrückungsgeldempfänger nach durchschnittlich 3 Jahren²³⁹

	Insgesamt	Männer	Frauen	West	Ost
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	0,54	0,60	0,38	0,39	0,75
Sozialversicherungsfreie Mitarbeiter	0,32	0,35	0,36	0,41	0,20
Auszubildende	0,07	0,08	0,05	0,07	0,07
Mithelfende Familienangehörige	0,07	0,07	0,06	0,07	0,06
Beschäftigte insgesamt	1,00	1,10	0,85	0,94	1,08

In Ostdeutschland schaffen Überbrückungsgeldempfänger durchschnittlich mehr Arbeitsplätze als in Westdeutschland. Bei den ostdeutschen Geförderten ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fast doppelt so hoch wie bei den westdeutschen, während westdeutsche Überbrückungsgeldempfän-

²³⁸ Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial von WIEßNER (1998b, 5).

ger eher sozialversicherungsfreie Mitarbeiter beschäftigen. Männer stellen allgemein mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ein als Frauen.

1998 und 1999 erhielten jeweils rund **98 Tsd. Existenzgründer Überbrückungsgeld von der BfA**. Wenn auf einen geförderten Existenzgründer langfristig ein zusätzlicher Beschäftigter entfällt, ergibt sich für **Gesamtdeutschland** auf Mikroebene ein **Beschäftigungseffekt** von **jährlich** rund **196 Tsd.** Bei einem Finanzierungsvolumen des Überbrückungsgeldes von knapp 1,5 Mrd. DM entspricht dies einer **Förderintensität** von rund **7.600 DM pro Arbeitsplatz**.

4.2.4 Gründungsiniiierung vs. Mitnahme von Existenzgründungshilfen

Bislang wurde untersucht, wie viele neue Arbeitsplätze in geförderten Existenzgründungen entstehen. Welcher Beschäftigungseffekt der Existenzgründungsförderung zuzurechnen ist und welche Beschäftigungsverhältnisse auch ohne die Förderung entstanden wären, ist kaum messbar und letztlich mit großen Unsicherheiten behaftet.

Bezüglich des Einflusses von Existenzgründungshilfen auf den Gründungserfolg können grundsätzlich zwei Wirkungsweisen unterschieden werden:

- **Mitnahmeeffekte** treten auf, wenn Existenzgründer Subventionen für Projekte erhalten, die sie auch ohne Förderung in gleichem Umfang verwirklicht hätten. Bei solchen Subventionsmitnahmen handelt es sich letztlich um eine Fehllenkung öffentlicher Mittel.
- Existenzgründungshilfen haben **Initiierungswirkung (Förderwirkung)**, wenn sie Gründungen ermöglichen, die ansonsten aufgrund eines begrenzten Finanzierungsspielraums oder unzureichender Rentabilität nicht stattgefunden hätten.²⁴⁰

Einerseits sind Mitnahmeeffekte kaum gänzlich zu vermeiden, andererseits stellen Mitnahmeeffekte durch die Art und den Vergabemodus vieler Förderprogramme ein latentes Problem dar.

Empirisch können Mitnahmeeffekte letztlich nur durch **Befragung der geförderten Existenzgründer** nachgewiesen werden, wobei normalerweise nach der hypothetischen Handlungsalternative gefragt wird. Die Verwendung dieser Antworten als Schätzgrundlage für den Umfang der Mitnahmeeffekte ist jedoch nicht unproblematisch, denn es ist sowohl nicht auszuschließen, dass diverse Befragte eine Mitnahme von Subventionen nicht eingestehen und Mitnahmeeffekte daher unterschätzt werden als auch, dass Existenzgründer ihren Erfolg un-

²³⁹ Normierte Darstellung basierend auf Zahlenmaterial von WIEBNER (1998b, 5).

²⁴⁰ S.o.: 3.1.2 Mikroökonomische Fundierung der Existenzgründungsförderung.

richtig den eigenen Fähigkeiten und nicht der Förderung zuschreiben, was wiederum zu einer Überschätzung der Mitnahme führt. Im folgenden werden bisherige empirische Untersuchungen zur Mitnahme von Existenzgründungshilfen ausgewertet und Hypothesen für das Auftreten von Mitnahmeeffekten formuliert.

Tabelle 4-12: Empirische Untersuchungen zur Mitnahme öffentlicher Existenzgründungsdarlehen²⁴¹

Autor, Jahr	Umfang der Erhebung	Ergebnisse der Befragung geförderter Existenzgründer zur Mitnahme der Förderung
MAY (1981)	Schriftliche Befragung Grundgesamtheit: 27.995 Stichprobe: 5.000 Rücklauf: 504	33%: Gründung hätte ohne Förderung nicht stattgefunden 50%: Gründung wäre ohne Förderung mit höheren Kapitalkosten verbunden gewesen 10%: wären im nachhinein ohne Förderung ausgekommen 7%: hätten sich auch ohne Förderung selbständig gemacht
ZAHN (1985)	Schriftliche Befragung Stichprobe: 6.984 Rücklauf: 1.262	48%: Gründung hätte ohne Förderung nicht stattgefunden 9%: hätten den Umfang der Gründung reduzieren müssen 37%: hätten sich anderweitig finanzieren müssen 6%: wären im nachhinein ohne Förderung ausgekommen
HUNSDIEK/ MAY- STROBL (1987)	Schriftliche Befragung Stichprobe: 11.506 Rücklauf: 1.504	54%: Gründung hätte ohne Förderung nicht stattgefunden 28%: hätten den Umfang der Gründung reduzieren oder den Zeitpunkt verschieben müssen 18%: Gründung hätte auch ohne Förderung einen ähnlichen Entwicklungsverlauf genommen
BREITENACH ER et al. (1994)	Statistische Auswertung Gesamtstichprobe: 1.175 Vergleichsstichprobe: 862	Unter Hinzuziehung der Antworten aus durchgeführten Interviews geht das Ifo-Institut davon aus, dass etwa 20% der Empfänger von Eigenkapitalhilfe einen Mitnahmeeffekt realisieren.
SCHRUMPF/ BUDE (1996)	Sekundärstatistische Auswertungen	In einer zusammenfassenden Betrachtung der für Deutschland genannten Schätzwerte kommt das RWI zu einer Größenordnung von 40% für alle Programmbestandteile der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Die genannten empirischen Untersuchungen ergeben, dass bei der Inanspruchnahme von Existenzgründungsprogrammen Mitnahmeeffekte in Höhe von etwa 20 bis 40 Prozent auftreten und die Initiierungswirkung bzw. Förderwirkung entsprechend zwischen 60 und 80 Prozent liegt.

²⁴¹ Quelle: Eigene Darstellung.

Die Vermutung, dass diese primär durch Befragung ermittelten Ergebnisse die Mitnahme von Fördermitteln tendenziell eher zu niedrig als zu hoch schätzen, untermauern die im folgenden theoretisch abgeleiteten Hypothesen.

1. Die Träger der Existenzgründungsförderung und die ausführenden Institutionen haben ein besonderes Interesse daran, möglichst vielversprechende Gründungsvorhaben zu finanzieren, da der zuständigen Behörde oder dem beauftragten Kreditinstitut das Scheitern einer größeren Anzahl von geförderten Existenzgründungen als qualitativer Mangel ausgelegt werden könnte. Neben finanziellen Einbußen sind vor allem die image-schädigenden Wirkungen einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Insolvenzfällen für ein überdurchschnittliches Sicherheitsdenken der Behörden und Kreditinstitute verantwortlich. Ein Hauptziel der Existenzgründungsförderung, gerade solche Vorhaben zu fördern, die privatwirtschaftlich nicht realisierbar sind, wird dann nicht erreicht, wenn die Risikoaversion der das Gründungsvorhaben beurteilenden Institutionen bzw. Kreditinstitute höher als die anderer privater Kapitalgeber ist. Subventionsmitnahmen werden durch das bürokratische Sicherheitsdenken begünstigt, weil sehr sicher erscheinende Existenzgründungsvorhaben auch vergleichsweise gute Chancen haben, private Finanziere zu finden.
2. Die Antragstellung öffentlicher Hilfen ist für den potentiellen Existenzgründer mit erheblichen Aufwand verbunden; ein überzeugendes Unternehmenskonzept ist jedoch Voraussetzung für einen positiven Förderbescheid. Es ist nicht möglich, das Risiko einer Antragsablehnung völlig auszuschließen, da es auch bei Erfüllung der Förderrichtlinien keinen Rechtsanspruch auf Förderung gibt. Bei Ablehnung des Förderantrags stellen die Kosten der Antragstellung eine Fehlinvestition dar, wenn die Gründung daraufhin unterbleibt. Bei Gründungsvorhaben, die auch ohne staatliche Fördermittel realisiert würden, stellen die Kosten der Antragstellung dagegen keine Fehlinvestition, sondern eine Anfangsinvestition dar. Potentielle Existenzgründer, die auf eine Subventionsmitnahme abzielen, d.h. auch bei negativem Förderbescheid gründen, gehen daher ein geringeres Risiko ein als solche, die auf eine Förderung zur Realisierung ihres Projektes angewiesen sind.
3. Ein Großteil der gründungsspezifischen Finanzierungshemmnisse resultiert aus der ungenügenden Möglichkeit zur Eigenkapitalbeschaffung sowie aus fehlenden Sicherheiten. Abgesehen vom Eigenkapitalhilfeprogramm setzen staatliche Darlehensprogramme im Fremdfinanzierungsbereich des Gründers an und bewirken keine Kompensation nicht vorhan-

dener Sicherheiten, dafür aber eine langfristige Reduzierung der Kapitalkosten. Entsprechend ist die Gefahr groß, dass bei der Vergabe solcher Förderprogramme Subventionsmitnahmen in größerem Umfang auftreten.

4. Je geringer die Förderung und je kürzer der Zeitraum, für den sie bewilligt wird, desto unabhängiger dürfte ein Existenzgründer von der Förderung sein. Mitnahmeeffekte treten auf, wenn Gelder an Gründer gezahlt werden, die nicht zwingend auf Unterstützung angewiesen sind, und dies ist eher bei geringer Förderung zu erwarten. Andererseits verstärkt sich speziell beim Überbrückungsgeld, das nicht zurückgezahlt zu werden braucht, bei stärkerer Förderung der Anreiz zur Durchführung einer Gründung, welche primär die Mitnahme bezweckt.²⁴²

²⁴² Für die Gültigkeit dieser Hypothese spricht folgende Beobachtung beim Überbrückungsgeld, das aufgrund des Beschäftigungsförderungsgesetzes von 1994 deutlich erhöht wurde: Durch die seit dem 1.8.1994 verbesserten Förderkonditionen für Überbrückungsgeldempfänger wurde eine Intensivierung des Gründungsgeschehens ausgelöst, jedoch ging dies mit niedrigeren Überlebensraten, d.h. mit einem Qualitätsverlust bei den Gründungen einher. Die Überlebensrate der nach neuem Recht geförderten Existenzgründer war insgesamt eindeutig niedriger als die Überlebensrate der nach altem Recht Geförderten. Nach Ablauf des ersten halben Jahres, nachdem auch die Förderung nach neuem Recht endete, sank die Überlebenskurve der stärker geförderten Neufälle deutlich schneller ab als die Überlebenskurve der geringer geförderten Altfälle. 39 Monate nach Gründung war die Überlebensrate der nach neuer Rechtslage Geförderten mit 65% über zehn Prozentpunkte niedriger als bei den nach alter Rechtslage Geförderten, von denen dann noch 77% bestanden. Im Beobachtungszeitraum gab es auch keine bedeutende Veränderung der Konjunktur, weshalb die Gründe für den Rückgang der Überlebensrate beim Gründungsgeschehen und den Gründerpersonen zu suchen sind. Vgl. WIEBNER (2000a), S. 14f.

4.3 Beschäftigungsbeitrag auf Makroebene

4.3.1 Problematik

Angesichts der hohen Zahl der in geförderten Existenzgründungen entstandenen Arbeitsplätze erscheint es naheliegend, von Existenzgründungshilfen einen gesamtwirtschaftlich positiven Beschäftigungsbeitrag zu erwarten. Mikroökonomische Beschäftigungszuwächse sind eine notwendige, noch nicht aber eine hinreichende Voraussetzung dafür, dass die Förderung von Existenzgründungen auch auf Makroebene zu mehr Beschäftigung führt. Der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekt von Existenzgründungen ist geringer als die Summe der in den neu gegründeten Unternehmen entstandenen Arbeitsplätze, wenn diesen Arbeitsplatzverluste durch die Verdrängung etablierter Unternehmen gegenüber stehen.

Der direkte Schluss von der mikro- auf die makroökonomische Betrachtung ist vorschnell, denn

- erstens können Existenzgründungen den Marktaustritt etablierter Unternehmen erzwingen (Zerstörung),
- zweitens können Aktivitäten und somit Arbeitsplätze von etablierten Unternehmen ausgelagert und an Existenzgründer vergeben werden, so dass unter dem Strich gesamtwirtschaftlich keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen (Verlagerung),
- drittens können Existenzgründer Arbeitskräfte einstellen, die sie von anderen Unternehmen abwerben (Abwerbung).

Die Analyse zur Beschäftigungswirkung von Existenzgründungshilfen wurde bislang auf Mikroebene durchgeführt, wobei mögliche Verdrängungseffekte durch Zerstörung, Verlagerung oder Abwerbung nicht berücksichtigt wurden. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind von den Beschäftigungsgewinnen in den Gründungsunternehmen jene Beschäftigungsverluste in schrumpfenden und ausscheidenden Unternehmen abzuziehen, die wegen der zusätzlichen Konkurrenz durch Existenzgründungen Marktanteile verlieren bzw. Wertschöpfungsprozesse auslagern und Beschäftigte abbauen. Der positive mikroökonomische Beschäftigungseffekt durch neu gegründete Unternehmen verringert sich also, wenn junge Unternehmen scheitern oder die Schließung etablierter Unternehmen bewirken.

Der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsbeitrag von Existenzgründungen ist in der Wissenschaft umstritten. Nach KÖNIG (1994) und STOREY/JOHNSON

(1987) schafft nur ein geringer Anteil der Existenzgründungen im wesentlichen Ausmaß zusätzliche Arbeitsplätze und laut CRAMER-KOLLER (1988) und GEHRUNG (1996) haben Existenzgründungen keinen generellen positiven Effekt auf die regionale Beschäftigungssituation. FRITSCH (1990, 1995) weist darauf hin, dass die Beschäftigungseffekte von Unternehmensneugründungen als Folge von Crowding-Out-Effekten oft nur von begrenzter Dauer sind. Laut HAX (1989, 372) wird insbesondere im Zusammenhang mit einer staatlichen Gründungsförderung das Fluktuationsgeschehen in der Unternehmenspopulation verstärkt, so dass es auch zur Verdrängung bestehender Unternehmen kommt.

Bezüglich der gründungsinduzierten Verdrängung liegen nur wenige empirische Evidenzen vor, was sowohl auf das Fehlen geeigneter Daten als auch auf die außerordentliche Komplexität zwischenbetrieblicher Substitutionsprozesse zurückzuführen ist. Da die Verdrängungseffekte durch Existenzgründungen äußerst schwer abzuschätzen sind, ist es nicht verwunderlich, dass über die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungswirkung von Existenzgründungshilfen fast keine Forschungsergebnisse vorliegen.²⁴³

Lediglich für den regional begrenzten Arbeitsmarkt Westmittelland wurde für zwei ausgewählte, vom überregionalen Wettbewerb weitgehend abgeschirmte Erwerbszweige „Friseurgewerbe und Schönheitspflege“ sowie „Dienstleistungsgewerbe“ die Wirkung des britischen „Enterprise Allowance Scheme“, einem dem deutschen Überbrückungsgeld vergleichbaren Programm, analysiert. HASLUCK (1990) zufolge war die Verdrängung von bestehenden Arbeitsplätzen im Friseurgewerbe, einem sehr wettbewerbsintensiven Markt mit geringen Gewinnmargen, mit fast 100 Prozent extrem hoch. Dagegen lag die Verdrängung in eher kapitalintensiven Dienstleistungsmärkten mit größeren Anforderungen an die Fertigkeiten, höheren Markteintrittsbarrieren und stärker spezialisierten Nischen deutlich niedriger, aber dennoch immerhin bei etwa 50 Prozent.²⁴⁴

Es ist davon auszugehen, dass sektoral und regional unterschiedlich starke Verdrängungseffekte auftreten, die durchaus einen Teil oder sogar den ganzen mikroökonomischen Beschäftigungsgewinn neutralisieren können.

²⁴³ In Deutschland gelang es bislang nicht, den Einfluss von Gründungen, Schließungen, wachsenden und schrumpfenden Unternehmen für die Beschäftigungsentwicklung zu operationalisieren, geschweige denn gründungsinduzierte Verdrängungseffekte zu quantifizieren. Die veröffentlichten Daten der amtlichen Statistik ermöglichen zwar Querschnittsanalysen zur Nettoveränderung der Beschäftigten der einzelnen Unternehmensgrößenklassen und Wirtschaftsbereiche, die dahinterstehenden Bruttoströme durch Wachstum, Schrumpfung, Gründung und Liquidation von Unternehmen bleiben jedoch verborgen.

²⁴⁴ Vgl. MEAGER (1995), S. 22.

4.3.2 Analyse der Arbeitsplatzfluktuation

Um den gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekt von Gründungen zu ermitteln, sind theoretisch von den Beschäftigungsgewinnen in den Gründungsunternehmen die auf die Verdrängung etablierter Unternehmen zurückzuführenden Beschäftigungsverluste zu subtrahieren und die indirekten Beschäftigungseffekte infolge gründungsinduzierter Nachfrageimpulse zu addieren.²⁴⁵ Hiervon sind wiederum die indirekten Beschäftigungsverluste der durch Verdrängung anderer Unternehmen verursachten Nachfrageausfälle zu subtrahieren. Bei der Ermittlung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekts besteht das Problem, dass Verdrängungseffekte und die hieraus resultierenden Nachfrageimpulse nicht isoliert werden können.

Die Veränderung der Beschäftigtenzahl auf Makroebene kann verschiedene Ursachen haben. Theoretisch könnte die Zunahme der Beschäftigtenzahl in einem Aggregat, etwa einem Wirtschaftsbereich, allein auf die Entstehung neuer Arbeitsplätze in Höhe des Nettozuwachses zurückzuführen sein, wobei alle bisherigen Beschäftigungsverhältnisse bestehen bleiben und keines verloren geht. In der Realität verbergen sich hinter der Netto-Beschäftigungsentwicklung jedoch meist erheblich größere Bruttoströme, die sich aus der Schaffung und dem Abbau von Arbeitsplätzen ergeben.²⁴⁶ Hinter geringen Nettoveränderungen der Beschäftigung sind häufig erhebliche Bruttoumschichtungen verborgen.

Die Analyse der makroökonomischen Beschäftigungswirkung von Existenzgründungen implizit der Verdrängungswirkungen, setzt eine Untersuchung der Arbeitsplatzfluktuation voraus, die sich in vier Komponenten zerlegen lässt:

- Beschäftigungsgewinne durch Neugründungen,
- Beschäftigungsgewinne durch expandierende Unternehmen,
- Beschäftigungsverluste durch Schließungen und
- Beschäftigungsverluste durch schrumpfende Unternehmen.

²⁴⁵ *Verstärkereffekte* durch Existenzgründungen ergeben sich außerdem infolge höherer Nachfrage bei Zulieferern und dem Einkommen zusätzlich beschäftigter Arbeitnehmer. Existenzgründer gehen mit ihrer Investition in Vorlage und lösen dadurch einen autonomen Impuls aus, der laut KEYNES Multiplikatoreffekte und laut SAY Einkommen und Nachfrage genau in Höhe der Kosten bewirkt. Vgl. KURZ (1990), S. 121.

²⁴⁶ Vgl. BRAND/CARSTENSEN (1997), DAVIS et al. (1996b), KÖNIG (1994), BOERI/CRAMER (1991), CRAMER/KOLLER (1988).

Die Arbeitsplatzfluktuation wird in absoluten Zahlen gemessen, aber auch als Arbeitsplatzfluktuationsrate, die folgende Komponenten beinhaltet:²⁴⁷

- *Gründungsrate*: prozentualer Beschäftigungsgewinn durch Neugründungen,
- *Expansionsrate*: prozentualer Beschäftigungsgewinn durch expandierende Betriebe,
- *Schließungsrate*: prozentualer Beschäftigungsverlust durch Schließungen
- *Schrumpfungsrates*: prozentualer Beschäftigungsverlust durch schrumpfende Betriebe.

Typischerweise liegt die Arbeitsplatzfluktuation um ein Vielfaches über der Nettoveränderung der Beschäftigung.

4.3.3 Anonymus der gründungsinduzierten Verdrängung

Die Verdrängungswirkung von Existenzgründungen bewegt sich allgemein zwischen zwei Polen, die hier als Verdrängungs- und Entwicklungshypothese gegenübergestellt werden. Die Verdrängungshypothese bezieht sich primär auf Existenzgründungen in gesättigten Märkten, während die Entwicklungshypothese vor allem die Wirkung von Existenzgründungen beschreibt, die selbst neue Märkte schaffen oder die in neue bzw. wachsende Märkten eintreten.

4.3.3.1 Verdrängungshypothese

Existenzgründungen haben gesamtwirtschaftlich keinen positiven Beschäftigungseffekt, wenn sie bereits nach kurzer Zeit wieder vom Markt gedrängt werden oder wenn sie als überlebende Gründungen andere Unternehmen verdrängen und diese Beschäftigung in gleichem oder größerem Umfang abbauen, als die Beschäftigungsgewinne durch Gründungen hoch sind.

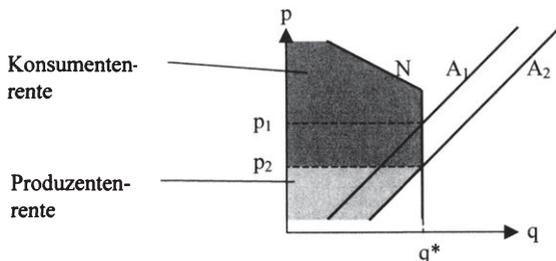


Abbildung 4-11: Preis-Mengen-Diagramm für den Marktzutritt von Existenzgründungen auf einem gesättigten Markt²⁴⁸

²⁴⁷ Vgl. SVR (1994), S. 254.

Zur Illustration: Auf einem gesättigten Markt ist der insgesamt erzielbare Umsatz q^* inflationsbereinigt konstant oder sinkt sogar im Zeitverlauf. Betritt nun ein Gründungsunternehmen den Markt, erhöht sich der Unternehmensbestand bei konstantem oder sinkendem Gesamtmarktvolumen q^* . Dies führt zu einer Verschlechterung der Ertragssituation der anderen Unternehmen, die sich den begrenzten Markt mit den Existenzgründungen teilen müssen. Die Angebotskurve verschiebt sich nach rechts von A_1 nach A_2 und der Gleichgewichtspreis sinkt bei gegebener Menge q^* von p_1 auf p_2 . Die Produzentenrente²⁴⁹, d.h. der zusätzliche Gewinn für die Unternehmer, deren Grenzkosten kleiner sind als der Preis, sinkt zugunsten der Konsumentenrente²⁵⁰. Sinkt der Preis durch die Marktzutritte unter die Selbstkosten, werden finanzschwache Unternehmen, die gegenüber subventionierten Existenzgründern nicht mehr wettbewerbsfähig sind, vom Markt verdrängt. Die Zunahme des Unternehmensbestands durch Existenzgründungen hat zur Folge, dass sich Gründungsunternehmen und etablierte Unternehmen vorhandene Märkte teilen müssen. Auf reifen Märkten verdrängen entweder dynamische Neueinsteiger bestehende Grenzunternehmen (reiner Substitutionseffekt), oder die etablierten Unternehmen verkraften eine Verschlechterung ihrer Einkommensverhältnisse und sind tendenziell gezwungen, Arbeitskräfte zu entlassen. Werden diese wiederum von den neu gegründeten Unternehmen eingestellt, findet letztendlich lediglich eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit statt, aber keine Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Wird durch in den Markt eintretende Gründungen ein Verdrängungswettbewerb initiiert oder sind die Gründungen Ausfluss einer Reorganisation der Aktivitäten zwischen Unternehmen, die primär der Rationalisierung von Arbeitsplätzen dient, ist der gründungsinduzierte Beschäftigungseffekt sogar negativ. Verdrängung betrifft nicht nur konkurrierende Unternehmen, die Marktanteile an Existenzgründer verlieren und Arbeitsplätze abbauen müssen, sondern kann auch Unternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen anbelangen. Existenzgründungen können theoretisch indirekt zur Verdrängung von Unternehmen in anderen Branchen beitragen, indem sie die Faktornachfrage erhöhen und dies zu höheren Faktorpreisen führt. Höhere Faktorkosten betreffen auch branchenfremde Unternehmen und wirken sich negativ auf deren Ertragssituation aus.

²⁴⁸ Quelle: Eigene Darstellung.

²⁴⁹ Die *Produzentenrente* entspricht dem eingenommenen Betrag $p_2 \cdot q^*$ abzüglich der entstandenen Kosten (in Abb. 4-11 die hellgraue Fläche oberhalb der Grenzkosten- bzw. Angebotskurve).

²⁵⁰ Die *Konsumentenrente* ist die Differenz zwischen dem Preis, den die Nachfrager zu zahlen bereit wären, und dem Marktpreis, multipliziert mit der gehandelten Menge q^* (in Abb. 4.11 die dunkelgraue Fläche).

4.3.3.2 Entwicklungshypothese

Wenn Existenzgründungen neue Märkte kreieren und dadurch die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung und Nachfrage nachhaltig erhöhen, tragen sie zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze bei. Innovative Existenzgründer, die neue Faktorkombinationen (Herstellung eines neuen Gutes, Erschließung eines neuen Marktes, Einführung einer neuen Produktionsmethode) entdecken und umsetzen, lösen einen schöpferischen Prozess der kreativen Zerstörung aus, treiben aber gleichzeitig auch die wirtschaftliche Entwicklung voran und sichern langfristig ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und zukunftsträchtige Arbeitsplätze. Existenzgründer im SCHUMPETERSchen Sinne können sich im Wettbewerb behaupten, weil sie über bessere Produktionstechniken verfügen bzw. neue Leistungen anbieten, die entsprechende Nachfrager finden. Sie schaffen zukunftsträchtige Arbeitsplätze und kompensieren wettbewerbsinduzierte Arbeitsplatzverluste bei unwirtschaftlich gewordenen Unternehmen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten können. Schließungen sind hier nicht Folge von gründungsinduziertem Verdrängungswettbewerb auf gesättigten Märkten, sondern Resultat einer unzureichenden Innovationsfähigkeit, einer unwirtschaftlichen Produktionsweise bzw. eines Leistungsangebots, welches den Anforderungen des sich wandelnden Marktes nicht mehr entspricht. Schließungen haben kurzfristig zwar auch hier einen negativen Einfluss auf Produktionspotential und Beschäftigung, durch sie werden jedoch knappe Ressourcen, etwa Humankapital, für produktivere Verwendungen freigesetzt und der Prozess schöpferischer Zerstörung vorangebracht, so dass auf lange Sicht ein positiver Zusammenhang zwischen der Betriebsfluktuation (Gründungen plus Schließungen) und der Beschäftigungsentwicklung besteht.²⁵¹

4.3.4 Ableitung eines Indikators für gründungsinduzierte Verdrängung

Da es bislang keinen Indikator für gründungsinduzierte Verdrängung gibt, wird ein solcher im folgenden gesucht. Dabei werden schrittweise Indikatoren für den gründungsinduzierten Bestandseffekt, Beschäftigungseffekt und Verdrängungseffekt entwickelt.

4.3.4.1 Bestandseffekt

Da nur Gründungen einen positiven Einfluss auf den Unternehmensbestand haben, ist die Bestimmung des gründungsinduzierten Bestandseffekts möglich, in-

²⁵¹ Nach AUDRETSCH/FRITSCH (1993, 3) sind bei intensiver Betriebsfluktuation bzw. ausgeprägter Marktselektion die Unternehmen insgesamt wettbewerbsfähiger und können sich auch im internationalen Wettbewerb besser behaupten.

dem man den Quotienten zwischen der Veränderung des Unternehmensbestands und den in den Markt eintretenden Gründungen bildet.

$$\text{Bestandseffekt} = \frac{(\text{Unternehmens-})\text{Bestandsveränderung}}{\text{Gründungszahl}}$$

Der Bestandseffekt

- ist eins, wenn die Gründungen in vollem Umfang zu einer Ausweitung des Unternehmensbestands führen und keine Unternehmen geschlossen werden,
- ist null, wenn der Unternehmensbestand trotz Gründungen unverändert bleibt, d.h. die Zahl der Gründungen gleich der Zahl der Schließungen ist,
- ist negativ, wenn der Unternehmensbestand abnimmt.

Die gründungsinduzierte Verdrängung bestehender Unternehmen ist gering, wenn Existenzgründungen zu einer echten Ausweitung des Unternehmensbestands führen, d.h. wenn der Bestandseffekt hoch, d.h. nahe eins, ist.

4.3.4.2 Beschäftigungseffekt

Analog zum Bestandseffekt ist die gründungsinduzierte Verdrängung von Arbeitsplätzen gering, wenn Existenzgründungen zu einer echten Erhöhung der Beschäftigtenzahl führen, d.h. wenn der gründungsinduzierte Beschäftigungseffekt hoch ist. Da sowohl Gründungen als auch wachsende Unternehmen einen positiven Einfluss auf die Beschäftigtenzahl haben, ist nur die Berechnung eines kombinierten gründungs- und expansionsinduzierten Beschäftigungseffekts möglich, indem man die Veränderung der Gesamtbeschäftigtenzahl durch die Beschäftigungsgewinne infolge von Neugründungen und expandierenden Unternehmen dividiert.

$$(\text{Netto-})\text{Beschäftigungseffekt} = \frac{\text{Beschäftigungsveränderung}}{\text{Beschäftigungsgewinn durch Gründungen und Wachstum}}$$

Der Beschäftigungseffekt

- ist eins, wenn der Beschäftigungsgewinn durch Gründung und Wachstum in vollem Umfang zu einer Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung führt und keine Arbeitsplätze abgebaut werden,
- ist null, wenn die Beschäftigtenzahl unverändert bleibt, d.h. die Beschäftigungsgewinne durch Gründung und Wachstum den Beschäftigungsverlusten durch Schließung und Schrumpfung entsprechen,
- ist negativ, wenn die Beschäftigtenzahl sinkt und neu geschaffene Arbeitsplätze durch Arbeitsplatzverluste an anderer Stelle überkompensiert werden.

4.3.4.3 Verdrängungseffekt

Der Indikator für Verdrängung soll hohe Werte annehmen, wenn die Beschäftigungsgewinne durch Gründung oder Wachstum mit hohen Beschäftigungsverlusten durch Schließung oder Schrumpfung einhergehen. Entsprechend wird er wie folgt definiert:

$$\text{Verdrängungseffekt} = \frac{\text{Beschäftigungsverlust durch Schließungen und Schrumpfungen}}{\text{Beschäftigungsgewinn durch Gründungen und Wachstum}}$$

Der Verdrängungseffekt ist umso kleiner, je weniger Arbeitsplätze pro neu entstandenem Arbeitsplatz wegfallen.

4.3.5 Datengrundlage

4.3.5.1 Auswahl der Datenbasis

Angesichts des großen Beschäftigungspotentials, das Existenzgründungen in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion zugewiesen wird, überrascht die vergleichsweise geringe Zahl empirischer Untersuchungen zu deren gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungswirkung. Dies hat eine besondere Ursache: Es fehlen amtliche Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung von Neugründungen und zur Anzahl der im Zeitverlauf beschäftigten Arbeitnehmer. In Deutschland setzt das Datenschutzgesetz enge Grenzen hinsichtlich der Disaggregation von Unternehmensdaten. Anders als in den Vereinigten Staaten ist hierzulande die Beobachtung des Entwicklungsverlaufs einzelner Unternehmen einer Gründungskohorte nicht möglich. Obwohl alle Neugründungen von Gesetzes wegen mehreren Behörden gemeldet werden müssen, existieren keine amtlichen Datenquellen zur zeitlichen Entwicklung und regionalen Differenzierung neu gegründeter Unternehmen.

Bei Eintragungen in das *Handelsregister* bzw. in die *Handwerksrolle* ist die statistische Zuverlässigkeit hoch, jedoch bestehen Defizite bezüglich der Vollständigkeit der Daten. Daten zur Beschäftigtenzahl und -entwicklung werden nicht erfasst.

Die *Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen* enthalten umfassendere Angaben zu originären Gründungen, Übernahmen, Verlagerungen, Schließungen, Beschäftigten, Wirtschaftszweig und Rechtsform, ermöglichen aber keine Längsschnittanalysen.

Seit Anfang der neunziger Jahre betreibt das ZEW eine Paneldatei für Existenzgründungen in Deutschland auf Basis von unternehmensbezogenen Daten, die

von der Kreditauskunftei Creditreform erfasst werden. Erhebungseinheit ist das rechtlich selbständige Unternehmen, so dass nur die relevanten originären Neugründungen und keine Gründungen von Tochterunternehmen erfasst werden. Das **Gründungspanel des ZEW** beinhaltet über eine Million Datensätze zu west- und ostdeutschen Unternehmen aller Wirtschaftszweige. Die Datensätze umfassen u.a. Firmenname und -anschrift, Rechtsform, Branchencode, Beschäftigtenzahl, Gründungsdatum, im Fall von Übernahmen auch das Gründungsdatum des ursprünglichen Unternehmens sowie ggf. auch dessen Vorgründungsdatum, das Datum des Handelsregistereintrags, Umsatz, Beschäftigungsverhältnisse, Daten zu Vergleichs- und Konkursverfahren, Informationen über Stilllegungen, eine Beurteilung der Kreditwürdigkeit, Zeitpunkt der Datenerhebung und Aktualität der Daten. Da in den Gründungspanels neben dem Gründungsdatum auch das Gründungsdatum einer eventuellen Vorgängerfirma sowie ggf. deren Vorgründungsdatum angegeben sind und sich darüber hinaus Textangaben zu Um- und Ausgründungen finden, kann unterschieden werden zwischen originären Neugründungen und solchen Gründungen, die durch Aus- oder Umgründung bzw. Übernahme bereits existierender Unternehmen entstanden sind.²⁵² Positiv ist die tiefe sektorale Gliederung mit bis zu fünfstelligen Wirtschaftszweigklassifikationen. Da die wesentlichen Beschäftigtenzahlen vom ZEW allerdings nur unregelmäßig in durchschnittlichen Zeitabständen von zwei bis drei Jahren ermittelt werden, wird als **Datengrundlage die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der BfA (Beschäftigtenstatistik)** verwendet, die im folgenden erläutert wird.

4.3.5.2 Beschäftigtenstatistik und Betriebsdatei

Grundlage der **Beschäftigtenstatistik** und der amtlichen Quartalsdateien der BfA sind die obligatorischen Meldungen über sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die Arbeitgeber an die Träger der Sozialversicherung leisten.²⁵³ Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Sozialversicherungsträger über die Einstellung und das Ausscheiden von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie über die zeitweise Unterbrechung von Arbeitsverhältnissen zu informieren.

²⁵² Vgl. HARHOFF/STEIL (1997), S. 13ff.

²⁵³ Seit 1981 wurde das „integrierte Meldeverfahren zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ schrittweise eingeführt, das in der Datenerfassungsverordnung (DEVO) und Datenübertragungsverordnung (DÜVO) geregelt ist. Seit 1999 gilt die Verordnung zur Neuregelung des Meldeverfahrens in der Sozialversicherung vom 18.2.1998. Zur ausführlichen Darstellung des Meldeverfahrens für die Beschäftigtenstatistik vgl. BRIXI (1999a) sowie BENDER et al. (1996).

Sozialversicherungspflichtig sind alle Beschäftigten, die entweder der Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherungspflicht unterliegen, d.h. im wesentlichen alle nicht selbständigen Erwerbstätigen inklusive der Auszubildenden, sofern sie nicht aufgrund eines beamtenrechtlichen Dienstverhältnisses von der Sozialversicherungspflicht befreit sind. Nicht sozialversicherungspflichtig sind Beamte, geringfügig Beschäftigte, nebenbei arbeitende ordentlich Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende, die nicht zuvor beschäftigt waren, und krankenversicherungspflichtige Selbständige, wie Hebammen, Krankenpfleger etc. Die Beschäftigtenstatistik erfasst gut drei Viertel aller Erwerbstätigen, wobei der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbstätigen sektoral abhängig ist und zeitlichen Schwankungen unterliegt.

Für jeden erfassten Beschäftigten werden von den Sozialversicherungsträgern folgende Daten an die BfA weitergeleitet: Nummer des Beschäftigungsbetriebs (Betriebsnummer), Kreis bzw. kreisfreie Stadt sowie Arbeitsamtsbezirk der Arbeitsstätte, Wirtschaftszweig, Alter, Geschlecht, Beruf und Berufsstellung, Ausbildung, Nationalität. Die Daten werden von der BfA unter anderem in Form einer Stichtagsdatei zum Quartalsende aufbereitet, wobei die Auswertungen zum 30. Juni den Jahresdurchschnitt am ehesten repräsentieren und daher bevorzugt für Jahresanalysen verwendet werden.

Erhebungseinheit der Beschäftigtenstatistik sind Arbeitnehmer. Die Informationen über Anzahl und Dauer der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse können ***anhand der eindeutigen Betriebsnummer im Längsschnitt verknüpft*** und ***in eine Betriebsdatei überführt*** werden, die in der aktuellsten Version für die Betriebe Westdeutschlands bis 1991 zurückreicht und für jedes Jahr der Existenz eines Betriebes die Zusammensetzung seiner Arbeitskräfte beschreibt.²⁵⁴ Da die Betriebsdatei eine Vollerhebung darstellt, ist mit ihrer Hilfe eine so detaillierte Analyse möglich, wie sie keine in der Bundesrepublik Deutschland verfügbare Stichprobe liefern kann. Die Betriebsstatistik erlaubt die Verfolgung einzelner Betriebe bzw. Betriebsnummern im Zeitablauf und ermöglicht angesichts der feinen Brancheneinteilung differenzierte Analysen der makroökonomischen Beschäftigungswirkung von Gründungen und Liquidationen. Insbesondere die Identifikation von Branchen mit sehr ho-

²⁵⁴ Am Lehrstuhl für empirische Wirtschaftsforschung der Technischen Universität Berlin, der seit längerem die Beschäftigtenstatistik für verschiedene Forschungsinstitutionen (u.a. für DIW, BMBF, BiBB) auswertet, wurde ein Verfahren entwickelt, die Beschäftigtenstatistik in eine Betriebsstatistik zu transformieren, mit deren Hilfe das Gründungs- und Schließungsgeschehen bis zum aktuellen Rand untersucht werden kann und auf die in dieser Arbeit zurückgegriffen wird. Vgl. WEIBHUHN/ WICHMANN (2000).

her oder niedriger Gründungsaktivität auf Basis von Dreistellern der Wirtschaftszweige wäre ohne die Beschäftigtenstatistik nicht möglich.

4.3.5.3 Identifikation von Gründungen und Schließungen

Einfach ausgedrückt entsprechen **Gründungen** dem **Auftauchen eines neuen Betriebes** und **Schließungen** dem **Verschwinden dieses Betriebes im Beobachtungszeitraum**. Wachstums- und Schrumpfungsprozesse lassen sich dabei anhand der Anzahl der Arbeitnehmer zu verschiedenen Zeitpunkten feststellen. Bei der Verwendung der Betriebsdatei der BfA als Datengrundlage sind jedoch einige Einschränkungen zu berücksichtigen:

Die Betriebsdatei erfasst **ausschließlich Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**, so dass Kleinstbetriebe, in denen nur der Inhaber tätig ist oder nur Beschäftigte arbeiten, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen, unberücksichtigt bleiben. Das bedeutet auch, dass als Zeitpunkt einer Gründung nicht die Aufnahme der unternehmerischen Tätigkeit erfasst wird, sondern erst die Schaffung mindestens eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes.

Betriebe werden als örtliche Einheit, im Sinne einer Niederlassung bzw. Arbeitsstätte verstanden, die mittels der Betriebsnummer identifiziert werden. Betriebe, die in der gleichen Gemeinde liegen, den gleichen Eigentümer haben und zum selben Wirtschaftszweig gehören (Filialen), werden zusammengefasst, sofern der Unternehmer keine weiteren Betriebsnummern beim örtlichen Arbeitsamt beantragt. Sind die Arbeitsstätten dagegen in verschiedenen Regionen, werden in der Regel unterschiedliche Betriebsnummern vergeben. Trotz dieser Einschränkung bildet die Betriebsnummer in der Regel durchaus eine betriebswirtschaftlich sinnvoll zu interpretierende Einheit ab. „[D]ass die Abweichungen der in eine Betriebsdatei transformierten Beschäftigtenstatistik von der Arbeitsstättenzählung her plausibel sind und in einem vertretbaren Rahmen liegen“ zeigt KÖNIG (1994, 36), indem er die Beschäftigtenstatistik vom 30.6.1987 mit der Arbeitsstättenzählung vergleicht, die zuletzt im Mai 1987 durchgeführt wurde und welche die einzige (west)deutsche Totalerhebung aller Betriebe darstellt.²⁵⁵

²⁵⁵ Davon ausgehend, dass der größte Teil der Differenz zwischen Arbeitsstättenzählung und Betriebsdatei auf das Fehlen von Ein-Personen-Betrieben in der Betriebsdatei zurückzuführen sein müsste, greift KÖNIG (1994) auf Angaben über die Selbständigenzahl aus dem Mikrozensus zurück. Indem man die Zahl der Betriebe von der Zahl der Selbständigen laut Betriebsdatei subtrahiert, erhält man, wenn man der Einfachheit halber annimmt, dass in jedem Betrieb genau ein Selbständiger arbeitet, die Zahl der Betriebe ohne weitere Beschäftigte. Addiert man diese Ein-Personen-Betriebe zu der Zahl der von der Betriebsdatei ausgewiese-

Neue Betriebsnummern lassen sich *in der Regel* als *Gründungen* interpretieren, *allerdings* gilt dies *nicht in jedem Fall*, da auch neue Betriebsnummern für Niederlassungen bestehender Unternehmen vergeben werden. Entschließt sich etwa ein Unternehmen mit mehreren Niederlassungen innerhalb einer Gemeinde dazu, fortan jede Niederlassung unter einer eigenen Betriebsnummer zu melden, werden die neuen Betriebsnummern fälschlicherweise als Gründungen gewertet. Unschärfen ergeben sich auch daraus, dass mehr als eine Betriebsnummer pro Betrieb möglich ist und dass bei einem Inhaberwechsel, wenn der neue Besitzer bereits einmal eine Betriebsnummer für einen nicht mehr existierenden Betrieb erhalten hat, diese Nummer auch für den neuen Betrieb genutzt werden kann. „*Verfügt der neue Betriebsinhaber bereits über eine Betriebsnummer für einen von ihm aufgegebenen Betrieb, kann diese mit Zustimmung der Krankenkasse für den neu übernommenen Betrieb verwendet werden*“²⁵⁶. Solche Regelungen erschweren zwar einerseits die Identifikation von Gründungen auf Grundlage der Betriebsdatei, andererseits ist es speziell für die Existenzgründungsforschung günstig, Inhaberwechsel als Stilllegung mit gleichzeitig erfolgender Neugründung zu interpretieren.²⁵⁷

Analog zu Gründungen werden unter *Schließungen* solche *Betriebsnummern* verstanden, *die keine Beschäftigten mehr melden*. Grundsätzlich gleichen die Probleme bei der Identifikation von Schließungen den bereits bei der Identifikation von Gründungen dargestellten. Das Hauptproblem besteht auch hier darin, dass es innerhalb einer Gemeinde den Unternehmen freigestellt ist, die Beschäftigungsmeldungen von Zweigbetrieben, sofern diese der gleichen Branche angehören, zentral unter einer einzigen Betriebsnummer oder dezentral unter verschiedenen Betriebsnummern abzuwickeln. Wechselt ein Unternehmen

nen (Mehr-Personen-)Betriebe, so erhält man, von gewissen Einschränkungen abgesehen, die Zahl aller Betriebe. Ohne die durch die Arbeitsstättenzählung nicht abgedeckte Landwirtschaft ergeben sich so 1987 insgesamt 2.121 Tsd. Betriebe, denen 2.552 Tsd. Arbeitsstätten gegenüber stehen. Diese Differenz von etwa 17% kann weitgehend durch die in der Betriebsdatei möglichen zusammenfassenden Meldungen von Mehr-Betriebs-Unternehmen innerhalb einer Gemeinde erklärt werden.

²⁵⁶ Bundesverband der Ortskrankenkassen et al. (1986), S. 59.

²⁵⁷ Mit der Betriebsdatei besteht die Möglichkeit, Ausgründungen und die Vergabe neuer Betriebsnummern aufgrund von Reorganisationen weitgehend zu identifizieren. Da sowohl die Betriebe über die Betriebsnummer, als auch die Beschäftigten über die Versicherungsnummer zu identifizieren sind (doppelte Panelstruktur), kann überprüft werden, in welchen Betrieben die Beschäftigten, die unter einer neuen Betriebsnummer gemeldet werden, im Vorjahr tätig waren. Waren mehr als 80% der Beschäftigten im Vorjahr im gleichen Betrieb tätig, wird eine neue Betriebsnummer nicht als Gründung gewertet, weil anzunehmen ist, dass es sich hier um eine Ausgründung, einen Besitzerwechsel oder eine Reorganisation handelt, durch die keine oder nur in geringem Umfang neue Arbeitsplätze entstanden sind.

sein Meldeverhalten von dezentraler zu zentraler Meldung, werden die Betriebsnummern, unter denen nicht mehr gemeldet wird, irrtümlich als Schließungen gewertet. Auch ein Eigentümerwechsel kann, wenn er mit der Vergabe einer neuen Betriebsnummer verbunden ist, als Schließung gewertet werden. Nach einer Betriebsfusion wird in der Regel nur noch unter einer Betriebsnummer gemeldet, und die übrigen Betriebsnummern werden als Schließungen gewertet.

Existenzgründungen sind in aller Regel Kleinbetriebe. Bei großen Betrieben, die eine neue Betriebsnummer erhalten, liegt die Vermutung nahe, dass es sich um Zweigstellen etablierter Unternehmen handelt. Unschärfen bei der Identifikation von Gründungen und Schließungen können sich ergeben, wenn eine Betriebsnummer über einen gewissen Zeitraum nicht erscheint, dann aber wieder auftaucht. Möglicherweise hatte der Betrieb in der Zwischenzeit keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten oder es handelt sich tatsächlich um eine Schließung des Betriebes in Kombination mit der Gründung eines neuen Betriebes durch den gleichen Arbeitgeber. Die sich daraus ergebenden Fehler sind gering, wie eine Auswertung der Dauerverteilung solcher Beschäftigungsunterbrechungen zeigt.²⁵⁸ WEIBHUHN/WICHMANN (2000, 52), BRIXY (1999), FRITSCH/NIESE (1999), BOERI/CRAMER (1991, 70) und CRAMER/KOLLER (1988, 361) zeigen, dass eine Erfassungsgrenze von zwanzig Beschäftigten bei neuen Betrieben in der Beschäftigtenstatistik zu den geringsten Verzerrungen bei den Beschäftigungseffekten von Gründungen führt, weil nicht und falsch erfasste Beschäftigungszuwächse sich in etwa ausgleichen. ***Betriebe, die zum Zeitpunkt der Gründung zwanzig oder mehr Beschäftigte aufweisen, werden daher nicht als Neugründung eingestuft.***

4.3.6 Gründungsinduzierte Beschäftigungs- und Verdrängungseffekte

4.3.6.1 Arbeitsplatzfluktuation und (Netto-)Beschäftigungseffekt

Dass sich eine hohe Beschäftigungsdynamik hinter der Netto-Beschäftigungsentwicklung verbirgt und die Brutto-Bestandsveränderungen durch Gründung, Wachstum, Schrumpfung und Schließung von Betrieben die Netto-Bestandsveränderungen weit übersteigen zeigt bereits die vom IAB durchgeführte Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik zur Arbeitsplatzdynamik 1990-94 in Deutschland.²⁵⁹

²⁵⁸ Vgl. BRIXI (1999b), S. 11ff.

²⁵⁹ Vgl. BMWi (1997).

Kumuliert über alle Wirtschaftsbereiche (ohne Landwirtschaft, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) wurden von 1990 bis 1994 durch Gründung und Wachstum brutto 8,93 Mio. Arbeitsplätze geschaffen.²⁶⁰ Da im gleichen Zeitraum durch Schließung und Schrumpfung 7,90 Mio. Arbeitsplätze verloren gingen²⁶¹, ergab sich eine positive Netto-Bestandsveränderung von lediglich 1,03 Mio. Arbeitsplätzen.²⁶²

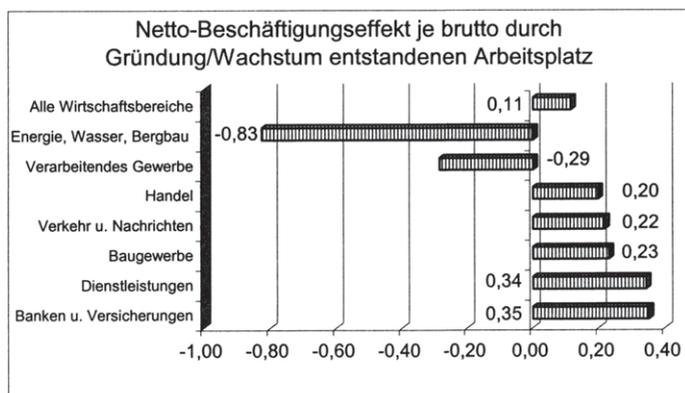


Abbildung 4-12: Netto-Beschäftigungseffekt pro neu geschaffenen Arbeitsplatz²⁶³

Insgesamt gingen aus einem durch Betriebsgründung oder Wachstum geschaffenen Arbeitsplatz netto 0,11 zusätzliche Arbeitsplätze hervor. Nur jedem achten (genau: 8,41) durch Gründung oder Wachstum geschaffenen Arbeitsplatz stand *nicht* ein verlorener Arbeitsplatz infolge von Schließung oder Schrumpfung gegenüber.

²⁶⁰ Durch Gründung wurden 2,46 Mio. und durch Wachstum 6,47 Mio. Arbeitsplätze geschaffen.

²⁶¹ Durch Schließung gingen 1,67 Mio. und durch Schrumpfung 6,23 Mio. Arbeitsplätze verloren.

²⁶² Indem zwischen zwei Zeitpunkten jeweils identische Betriebe betrachtet werden und diese entsprechend ihres Beschäftigtendurchschnitts am Jahresende einer Betriebsgrößenklasse zugeordnet werden, wird das Beschäftigungsergebnis nicht mehr durch Betriebsgrößenklassenwechsler verfälscht. Bei zunehmender [rückläufiger] Beschäftigtenzahl errechnet sich sonst ein Beschäftigungsverlust [Beschäftigungsgewinn] in KMU allein aus der Tatsache, dass Betriebe durch Neueinstellungen [Beschäftigungsabbau] in eine höhere [niedrigere] Größenklasse gruppiert werden und die neu in eine Größenklasse eingetretenen Betriebe im Durchschnitt kleiner [größer] als die in eine höhere [niedrigere] Klasse eintretenden [aus-tretenden] sind.

²⁶³ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Zahlenmaterial des BMWi (1997).

Verdrängungseffekte sind in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich stark. **Im Dienstleistungs-, Bank- und Versicherungsbereich ist das Verhältnis zwischen dem Netto-Beschäftigungseffekt und den brutto durch Gründung oder Wachstum geschaffenen Beschäftigungsverhältnissen am günstigsten.** Einem durch Gründung oder Wachstum entstandenen Arbeitsplatz steht hier ein Netto-Beschäftigungsgewinn von rund 0,35 Arbeitsplätzen gegenüber. **Im Versorgungsbereich sowie im Verarbeitenden Gewerbe werden dagegen netto Arbeitsplätze abgebaut.** In schrumpfenden Bereichen, in denen Verdrängungseffekte dominieren, kann auch eine förderungsbedingte Aktivierung des Gründungsgeschehen die negative Beschäftigungsentwicklung nicht kompensieren.

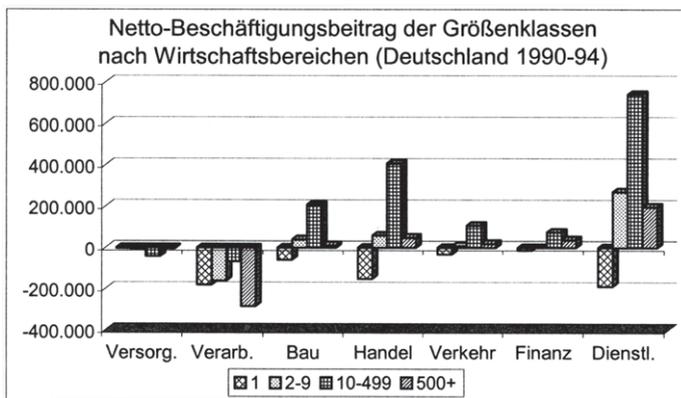


Abbildung 4-13: Netto-Beschäftigungsbeitrag der verschiedenen Größenklassen 1990-94²⁶⁴

Differenziert man die Arbeitsplatzdynamik in Deutschland nach der Beschäftigtenzahl der Betriebe, so **leisteten die mittleren Betriebe mit zwischen 10 und 499 Beschäftigten den absolut größten Beschäftigungsbeitrag.** In mittleren Betrieben entstanden im Zeitraum 1990-94 netto 1,43 Mio. Arbeitsplätze und in Großbetrieben lediglich 0,02 Mio. Kleine Betriebe mit mehreren Angestellten schufen 0,21 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze, während in den Ein-Mann-Betrieben 0,63 Mio. Arbeitsplätze verloren gingen.²⁶⁵ Abbildung 4-13 veranschaulicht für jeden Sektor die in den verschiedenen Größenklassen (1, 2-9, 10-499, über 500 Beschäftigte) netto geschaffenen bzw. abgebauten Arbeitsplätze.

²⁶⁴ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des BMWi (1997).

²⁶⁵ Zur auch förderungsbedingten Zunahme der Ein-Personen-Unternehmen seit 1994 s.o.: 2.3.4 Veränderung der Selbständigenstruktur in Deutschland.

Die im Kontext der Existenzgründungsförderung wesentliche Zielgruppe der kleinen Betriebe mit 2-9 Beschäftigten leistete im Dienstleistungsbereich einen erfreulich positiven Netto-Beschäftigungsbeitrag von 270 Tsd. Arbeitsplätzen. Daneben verzeichnete diese Betriebsgrößenklasse einen Netto-Beschäftigungsanstieg auch im Baugewerbe mit 39 Tsd., im Handel mit 58 Tsd. und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 9 Tsd.

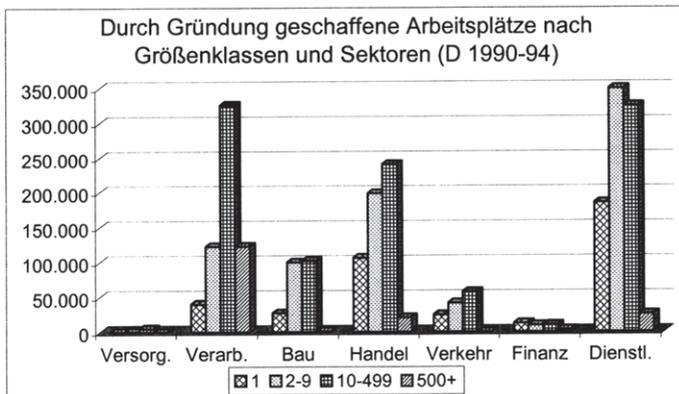


Abbildung 4-14: Durch Gründung geschaffene Arbeitsplätze 1990-94²⁶⁶

Durch Gründung wurden die meisten Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor (884 Tsd.), im Verarbeitenden Gewerbe (611 Tsd.) und im Handel (566 Tsd.) geschaffen (Abb. 4-14). Während im Verarbeitenden Gewerbe Arbeitsplätze vor allem durch die Gründung mittlerer Unternehmen mit 10-499 Beschäftigten entstehen, werden im Dienstleistungsbereich auch in kleinen Unternehmen mit unter 10 Beschäftigten sehr viele Arbeitsplätze geschaffen.

Rund die Hälfte aller durch Gründung geschaffenen Arbeitsplätze entstehen in kleinen Betrieben mit unter 10 Beschäftigten. Auf die Gründungen von Großbetrieben entfallen dagegen nur 0,5% aller gründungsbedingt entstandenen Arbeitsplätze.

²⁶⁶ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial des BMWi (1997).

4.3.6.2 Regional und sektoral differenzierte Beschäftigungswirkung von Gründungen in Westdeutschland

4.3.6.2.1 Methodik und Datengrundlage

Zwecks Erforschung der gründungsinduzierten Verdrängung wird die Betriebs- und Beschäftigungsfluktuation im folgenden regional und sektoral differenziert analysiert, um den Zusammenhang zwischen Gründungen, Schließungen und Beschäftigungsentwicklung zu ermitteln. Unter der Annahme, dass sich Verdrängungseffekte überwiegend innerhalb sektoral und regional abgrenzbarer Aggregate stattfinden, wird untersucht, ob hohe Gründungsdaten mit hohen Schließungsdaten in den darauffolgenden Jahren einhergehen (positive Korrelation), ob Gründungs- und Schließungsdaten unabhängig voneinander verlaufen oder ob niedrige Gründungsdaten v.a. bei hohen Schließungsdaten auftreten (negative Korrelation).²⁶⁷

Gründungs- und Schließungsdaten gab es früher nur für einzelne kleinere Regionen in Deutschland, die untereinander nicht vergleichbar waren.²⁶⁸ Seit Sommer 2000 existiert erstmals ein konsistenter Datensatz, der das Gründungs- und Schließungsgeschehen für alle Raumordnungsregionen in Westdeutschland

²⁶⁷ Mit Hilfe der Korrelationsfunktion wird allgemein der Zusammenhang zwischen zwei Datensätzen gemessen, die skaliert werden, um unabhängig von den jeweiligen Maßeinheiten zu sein. Die Korrelation $\rho_{x,y}$ ergibt sich aus der Kovarianz zweier Datensätze, dividiert durch das Produkt aus deren Standardabweichungen.

$$\rho_{x,y} = \frac{\text{cov}(x,y)}{\sigma_x \cdot \sigma_y} \text{ mit}$$
$$\text{cov}(x,y) = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n x_i \cdot y_i - \mu_x \cdot \mu_y$$
$$\mu_x = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n x_i$$
$$\mu_y = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n y_i$$
$$\sigma_x^2 = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n (x_i - \mu_x)^2 = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n x_i^2 - \mu_x^2$$
$$\sigma_y^2 = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n (y_i - \mu_y)^2 = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n y_i^2 - \mu_y^2$$

²⁶⁸ Für Oberbayern berechneten ZIEGLER/JUNGBAUER-GANS/BRÜDERL (1992) anhand der Analyse von Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen von 1981-87 Gründungsdaten in Relation zu Unternehmens- und Beschäftigtenzahlen. Für Nordrhein-Westfalen erstellten GIEBISCH/GRAF (1986, 7ff.) auf Basis der Gewerbeanmeldungen einen Gründungsatlas auf verschiedenen Aggregationsstufen (von der Gemeinde- bis zur Bundeslandbasis). Problematisch war dabei die Unvollständigkeit der Daten (nur 38,8% der Gemeinden Nordrhein-Westfalens) sowie unterschiedliche Erfassungskonzepte bei der sektoralen und zeitlichen Gliederung.

vollständig und flächendeckend erfasst.²⁶⁹ Dieser Datensatz der Bergakademie Freiberg basiert auf der Betriebsdatei des IAB und enthält regional und sektoral differenziert die jährlichen Gründungen und Schließungen von 1983 bis 1997 sowie die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten von 1982 bis 1997 jeweils am 30.6. des Jahres. Grundlage der Regionalisierung für Westdeutschland sind die 75 Raumordnungsregionen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (früher: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung) in der Fassung von 1991. Die sektorale Gliederung unterscheidet zwischen ‚Industrie und produzierendem Handwerk‘, ‚privaten Dienstleistungen‘ sowie ‚Bergbau, Energie und Baugewerbe‘ als restlichem privaten Sektor.²⁷⁰

Die Grundzahlen der Betriebe und Beschäftigten stammen über den gesamten Zeitraum 1982 bis 1997 jeweils aus dem zweiten Quartal (30.6.), und die Gründungen und Schließungen werden zwischen dem 1. Juli des Vorjahres und dem 30. Juni des laufenden Jahres erfasst. Beispielsweise umfassen die Gründungen des Jahres 1997 alle Betriebsgründungen zwischen dem 1.7.96 und dem 30.6.97. Die Daten zur Zahl der Gründungen, der Schließungen, der Betriebe und der Beschäftigten werden in regionaler und sektoraler Differenzierung aus den Quartalsdaten der Beschäftigtenstatistik für die alten Bundesländer generiert. Da sich die regionalen und sektoralen Aggregate hinsichtlich der Zahl der Betriebe und Beschäftigten deutlich unterscheiden, sind ihre absoluten Gründungs- und Schließungszahlen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Um einen unmittelbaren Vergleich der unterschiedlich großen Aggregate zu ermöglichen, ist eine *Standardisierung* erforderlich. Hierfür gibt es *zwei Alternativen*: Entweder man dividiert die Zahl der Gründungen bzw. Schließungen durch die Zahl der Erwerbspersonen (Arbeitsmarktansatz) oder durch die Zahl der in der betreffenden Region vorhandenen Betriebe (Betriebsansatz).²⁷¹

Ad 1) Der *Arbeitsmarktansatz* basiert auf der Idee, dass Erwerbspersonen potentielle Gründerpersonen sind, dass Gründungsunternehmen, wie diverse empirische Studien belegen, fast immer in der räumlichen Nähe des Wohnsitzes der Gründerperson entstehen²⁷² und dass die auf die Erwerbspersonen bezogene Gründungsrate dann als Gründungswahrscheinlichkeit in der Region aufgefasst

²⁶⁹ Vgl. <http://www.wiwi.tu-freiberg.de/wipol/gründungsatlas/sv012000.xls>. Der Datensatz entstand im Rahmen des von FRITSCH und GROTZ geleiteten Projekts „Gründungsdaten und Analysen des Gründungsgeschehens (Gründungsatlas)“, das von der DFG im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Interdisziplinäre Gründungsforschung“ gefördert wurde.

²⁷⁰ Der Datensatz entspricht der Wirtschaftszweigklassifikation der Bundesanstalt für Arbeit WZ 73 und berücksichtigt alle privaten Sektoren ohne den Staat.

²⁷¹ Vgl. AUDRETSCH/FRITSCH (1993), S. 7f., SCHMUDE (1994b), S. 82ff.

²⁷² Vgl. SCHMUDE (1994b), S. 77ff.

werden kann. Je höher die Zahl der Gründungen pro Erwerbsperson ist, umso eher ist damit zu rechnen, dass eine Erwerbsperson sich selbständig macht.

$$\text{Gründungsrate}_{97} = \frac{\text{Gründungen}_{97}(1.7.96 - 30.6.97)}{\text{Beschäftigte}_{97}(30.6.97)}$$

Ad 2) Weil eine Division der Schließungen durch die Zahl der Erwerbspersonen wenig Sinn macht, wird häufig dem **Betriebsansatz** gefolgt und die absoluten Werte jeweils auf die Zahl der in der betreffenden Region vorhandenen Betriebe bezogen. Im Kontext der Gründungsförderung spricht für diese Bezugsgröße, „dass die Unternehmenszahl die Zielvariable des EKH-Programms darstellt, sollte doch durch dieses Programm die Zahl der selbständigen Existenzen erhöht werden“.²⁷³

Beim Betriebsansatz entspricht die Gründungsrate bzw. Schließungsrate im Jahr x der Zahl der Gründungen bzw. Schließungen innerhalb eines Jahreszeitraums (vom 1.7.x-1 bis zum 30.6.x) bezogen auf die Zahl der Betriebe zum Zeitpunkt (30.6.x), d.h. z.B.

$$\text{Gründungsrate}_{97} = \frac{\text{Gründungen}_{97}(1.7.96 - 30.6.97)}{\text{Betriebe}_{97}(30.6.97)}$$

Eine Standardisierung der Gründungs- und Schließungszahl in Bezug auf die Zahl der Betriebe in einer Region [einem Sektor] ist allerdings **nicht neutral**, da die Betriebsgrößenstruktur der Region [des Sektors] Einfluss auf die Höhe der nach dem Betriebsansatz berechneten Gründungs- und Schließungsraten hat. Diese fallen in kleinbetrieblich organisierten Regionen [Sektoren] ceteris paribus niedriger aus als in vergleichbaren Regionen [Sektoren] mit durchschnittlich größeren Betrieben.

Für die feiner differenzierte Analyse des Gründungs- und Schließungsgeschehens in den einzelnen Raumordnungsregionen wird im folgenden daher primär der Arbeitsmarktansatz verwendet und die Zahl der neu gegründeten bzw. der geschlossenen Betriebe auf die Zahl der Beschäftigten bezogen.

4.3.6.2.2 Zusammenhang zwischen Gründungen und Schließungen

Um Verdrängungseffekte zu erforschen, wird neben der Entwicklung der Gründungen auch die Entwicklung der Schließungen, der Turbulenz (Gründungen plus Schließungen) und des Netto-Marktzutritts in regionaler und sektoraler

²⁷³ SCHMUDE (1994b), S. 90

Hinsicht untersucht. In den Anhangtabellen A-3 bis A-20 sind für die Sektoren und Raumordnungsregionen Westdeutschlands für die Jahre 1983-97 die jährliche Beschäftigungsänderung, die Gründungs- und die Schließungszahlen ebenso wie die nach dem Arbeitsmarktansatz berechneten Gründungs- und Marktzutrittsraten aufgelistet.

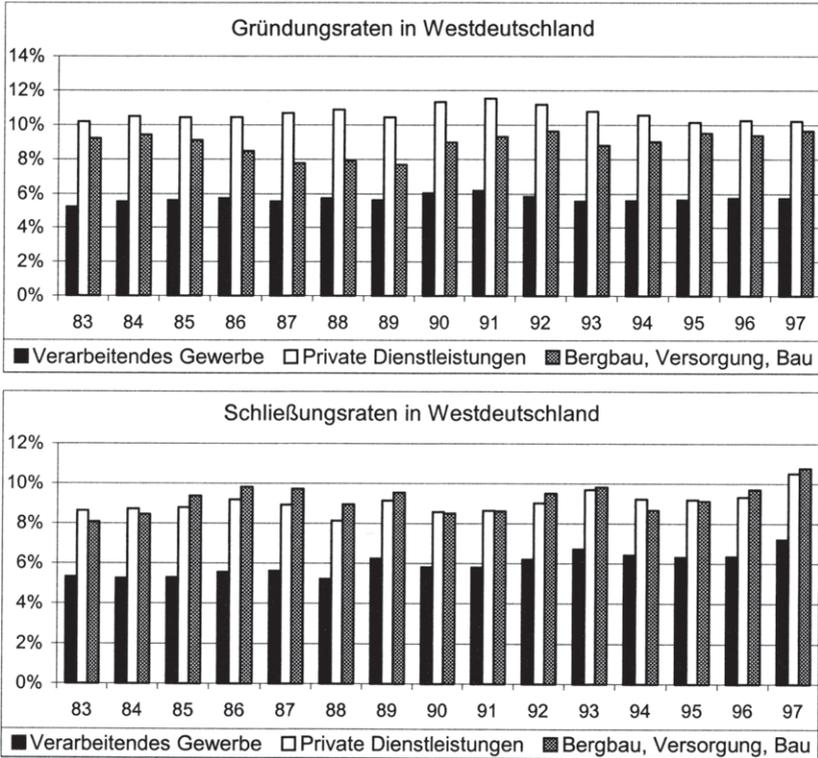


Abbildung 4-15: Entwicklung der Gründungs- und Schließungsraten nach Sektoren in Westdeutschland (Betriebsansatz)²⁷⁴

Die nach dem Betriebsansatz berechnete, d.h. auf die Zahl der Betriebe bezogene, Gründungsrate war im Verarbeitenden Gewerbe mit fünf bis sechs Prozent nur etwa halb so hoch wie bei den privaten Dienstleistungen, wo sie zwischen zehn und zwölf Prozent lag. Im zusammengefassten Bereich Bergbau, Versorgung, Bau betrug die Gründungsrate zwischen sieben und zehn Prozent.

²⁷⁴ Quelle: Eigene Berechnungen.

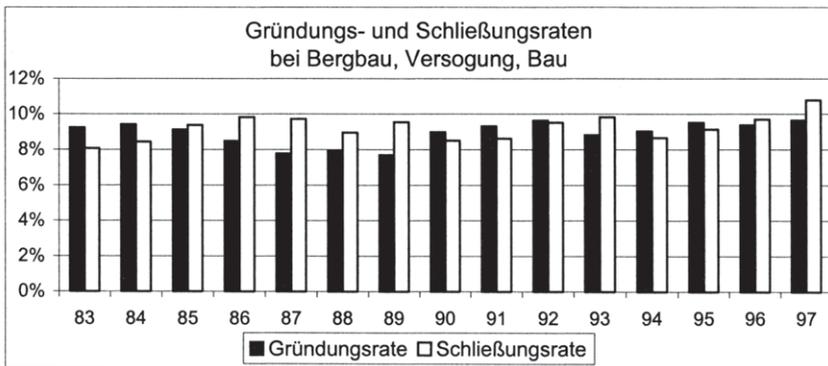
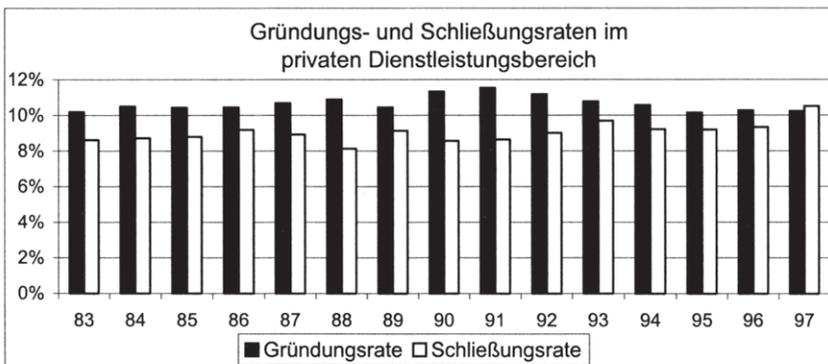
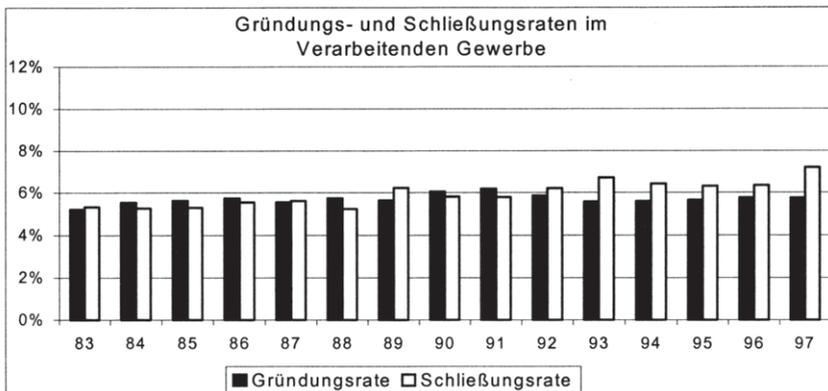


Abbildung 4-16: Gegenüberstellung von Gründungs- und Schließungsraten in den westdeutschen Sektoren (Betriebsansatz)²⁷⁵

²⁷⁵ Quelle: Eigene Berechnungen.

Gründungs- und Schließungsraten sind in den verschiedenen Sektoren jeweils ähnlich hoch. Während im Dienstleistungsbereich die Gründungsrate in jedem Jahr, außer zuletzt 1997, um ein bis drei Prozent über der Schließungsrate liegt, übertrifft im Verarbeitenden Gewerbe seit 1992 die Schließungsrate die Gründungsrate um durchschnittlich ein Prozent. Im restlichen privaten Sektor (Bergbau, Versorgungsbereich und Baugewerbe) ist die Entwicklung uneinheitlich, wobei im Durchschnitt die Schließungsrate etwas höher liegt als die Gründungsrate. Im Verarbeitenden Gewerbe, bei den privaten Dienstleistungen und auch im Bereich Bergbau, Versorgung, Bau besteht im Beobachtungszeitraum 1983-97 jeweils ein enger Zusammenhang zwischen Gründungs- und Schließungsraten.

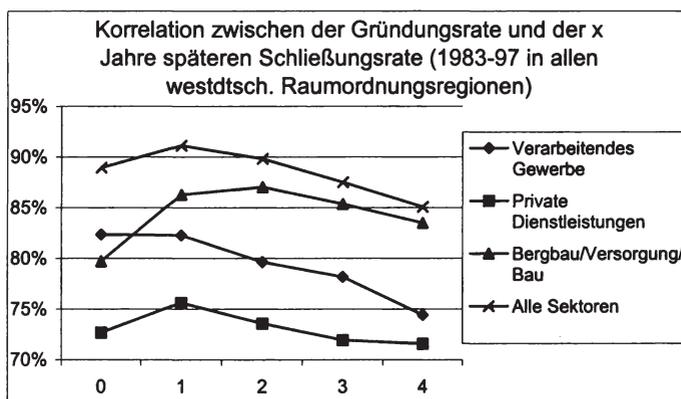


Abbildung 4-17: Korrelation zwischen den regionalen Gründungsraten und den Schließungsraten in den folgenden Jahren (Arbeitsmarktansatz)²⁷⁶

Errechnet man die Korrelation zwischen den Gründungsraten in den einzelnen Sektoren und Regionen und den jeweiligen Schließungsraten in den darauf folgenden Jahren, zeigt sich, dass die **stärkste Korrelation** allgemein **zwischen der Gründungsrate eines Jahres und der Schließungsrate des darauf folgenden Jahres** besteht.

Dass hohe Gründungsraten mit hohen Schließungsraten der folgenden Jahre einhergehen, wobei die Korrelation für das Folgejahr am stärksten ist und sich dann von Jahr zu Jahr abschwächt, deutet auf das Scheitern vieler Unternehmen bereits in den ersten Jahren nach Gründung. Die flächendeckend hohe Korrelation zwischen den Gründungsraten und den Schließungsraten der folgenden Jahre (für das Jahr nach Gründung liegt die Korrelation durchschnittlich über

²⁷⁶ Quelle: Eigene Berechnungen.

91%) lässt sich damit erklären, dass *viele Jungunternehmen bereits kurz nach ihrer Gründung wieder vom Markt verschwinden* und/oder dass ein *erfolgreicher Markteintritt von Gründungsunternehmen zur Verdrängung von etablierten Unternehmen führt*.²⁷⁷

Entsprechend der hohen Korrelation zwischen Gründungs- und Schließungsrate führen auch die Regressionen bezüglich der Fluktuation (Gründungen plus Schließungen) zu sehr ähnlichen Ergebnissen, weshalb in dieser Arbeit auf eine diesbezügliche Darstellung verzichtet wird.

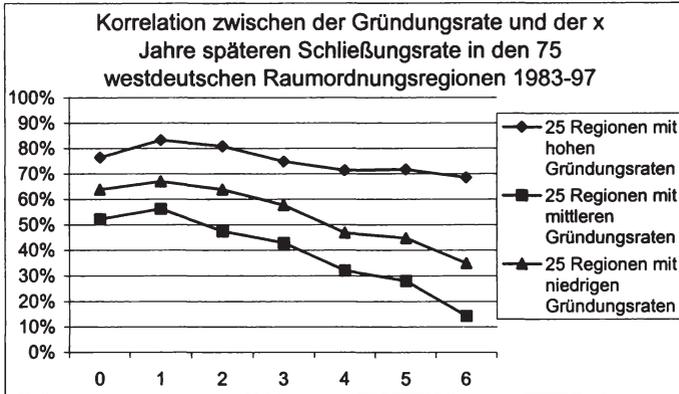


Abbildung 4-18: Korrelation zwischen den regionalen Gründungsraten und den Schließungsraten in den folgenden Jahren (Arbeitsmarktansatz)²⁷⁸

Teilt man die Regionen Westdeutschlands nach ihrer Gründungsintensität in drei Gruppen und ermittelt jeweils die Korrelation zwischen Gründungs- und Schließungsrate der nachfolgenden Jahre, so ist der Zusammenhang zwischen Gründungs- und Schließungszahl in den Regionen mit hohen Gründungsrate²⁷⁹ deutlich stärker als in den Regionen mit niedrigen oder mittleren Grün-

²⁷⁷ Dass im Verarbeitenden Gewerbe die höchste Korrelation zwischen der Gründungsrate eines Jahres und der Schließungsrate des gleichen Jahres besteht, lässt vermuten, dass Gründungen hier häufiger Folge von Reorganisationsprozessen, etwa von Auslagerungen, sind, welche mit Betriebsschließungen einhergehen, wobei vorhandene Arbeitsplätze auf andere Betriebe verlagert werden.

²⁷⁸ Quelle: Eigene Berechnungen.

²⁷⁹ Alle drei Gruppen umfassen sowohl „strukturstarke“ als auch „strukturschwache“ Regionen. Gründungsintensiv sind sowohl ländlich geprägte Regionen (Schleswig, Dithmarschen, Oberland, Wilhelmshaven, Ostfriesland, Lüneburg, Allgäu, Südostbayern, Ostholstein, Westpfalz, Mittelrhein-Westerwald, Emsland, Mittelholstein, Rheinhessen-Nahe), als auch Regionen mit großen Verdichtungsräumen (West-Berlin, Bonn, Bremerhaven, Trier, Mönchengladbach, Oldenburg, Krefeld, Rhein-Main-Taunus, Aachen, Bremen, Hannover).

dungsraten. **Ein Mehr an Gründungen geht mit einem Mehr an Schließungen einher, was bei einer geringeren Gründungsintensität nicht entsprechend zu beobachten ist.** Der gesamtwirtschaftliche Nutzen einer Gründungsförderung zur quantitativen Erhöhung der Zahl der Neugründungen erscheint aus dieser Perspektive zweifelhaft.

4.3.6.2.3 Gründungen, Fluktuation und Beschäftigungsentwicklung

Unter Zugrundelegung der vorangegangenen Ergebnisse²⁸⁰, nach denen der langfristige Beschäftigungseffekt einer Jahreskohorte von Neugründungen im wesentlichen der im Ausgangsjahr geschaffenen Beschäftigung entspricht, weil sich danach Beschäftigungsgewinne durch Expansion und Beschäftigungsverluste durch Kontraktion größtenteils kompensieren, wird der Zusammenhang zwischen der Gründungsrate und der Beschäftigungsentwicklung analysiert. Auch diesmal wird die westdeutsche Wirtschaft wieder, den Raumordnungsregionen entsprechend, in 75 regionale Aggregate aufgeteilt. Wenn mehr Gründungen gesamtwirtschaftlich tatsächlich zu mehr Beschäftigung beitragen, müsste sich zumindest eine schwache positive Korrelation zwischen der Gründungsrate und der Beschäftigungsentwicklung nachweisen lassen. Eigene Berechnungen der Korrelation zwischen **Gründungsrate und Beschäftigungsentwicklung** in allen westdeutschen Raumordnungsregionen für den Zeitraum 1983-97 ergeben **lediglich im Dienstleistungsbereich eine schwache Korrelation von 15%**. In den anderen Sektoren sind Gründungsintensität und Beschäftigungsentwicklung voneinander unabhängige Variablen.²⁸¹

Dieses Ergebnis deckt sich mit dem anderer Autoren. Bislang konnte für Deutschland keine eindeutige Korrelation zwischen Gründungen und Beschäftigungsentwicklung nachgewiesen werden.²⁸² **Ein positiver Zusammenhang zwischen Gründungsrate und Beschäftigungsentwicklung besteht nur in ausgewählten, allgemein expansierenden Branchen. So haben technologieorientierte Gründungen in der Regel einen positiven Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsentwicklung.**²⁸³ Einerseits spielen insbesondere in-

²⁸⁰ S.o.: 4.2.1.2 Beschäftigungsentwicklung in neu gegründeten Unternehmen. Vgl. auch GERLACH/WAGNER (1997), DAVIS et al. (1996a), BERNY/PHILLIPS (1995), SENGENBERGER et al. (1990).

²⁸¹ Die Beobachtung im Rahmen dieser Arbeit umfasst die westdeutschen Raumordnungsregionen im Zeitraum 1983-97. Für den Zeitraum 1986-89 misst FRITSCH (1996b) einen positiven Zusammenhang zwischen Gründungsrate und Beschäftigungsentwicklung nur für das Verarbeitende Gewerbe in Westdeutschland. Vgl. FRITSCH (1996b), S. 231ff.

²⁸² Vgl. ZIEGLER (1996), S. 54, FRITSCH/HULL (1987), S. 163.

²⁸³ In den sog. technologieorientierten Branchen, etwa in weiten Bereichen der Datenverarbeitungs- oder der Maschinenbauindustrie, besteht laut AUDRETSCH/FRITSCH (1993, 20) ein

novative Gründungen im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung eine wesentliche Rolle, andererseits hat eine besonders hohe Gründungszahl eine verstärkende und bei Subventionierung auch eine verzerrende Wirkung auf den Wettbewerb mit entsprechend negativen Auswirkungen auf andere Unternehmen.

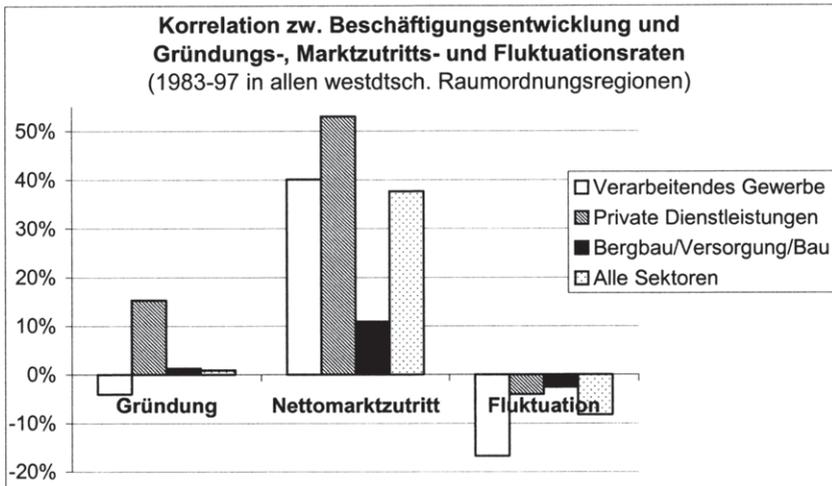


Abbildung 4-19: Einfluss von Gründungsintensität, Nettomarktzutritt und Betriebsfluktuation auf die Beschäftigungsentwicklung

Für die Beschäftigungsneutralität der Gründungsintensität ist die enge Korrelation zwischen Gründungen und Schließungen verantwortlich. Diese Hypothese wird durch die stärkere Korrelation zwischen Nettomarktzutrittsrate und Beschäftigungsentwicklung bestätigt. Im Verarbeitenden Gewerbe beträgt die Korrelation zwischen Nettomarktzutrittsrate und Beschäftigungsentwicklung 40% und im Dienstleistungsbereich sogar 53%. **Im Gegensatz zur Gründungsrate ist die Nettomarktzutrittsrate (Gründungsrate minus Schließungsrate) positiv mit der Beschäftigungsentwicklung korreliert.**

4.3.6.2.4 Zwischenfazit

Für **Westdeutschland** wurde unter separater Berücksichtigung der nach Sektoren untergliederten Raumordnungsregionen im Beobachtungszeitraum 1983-97

positiver Zusammenhang zwischen Betriebsgründungsrate und Arbeitsplatzentwicklung. Auch SCHEIDT (1995), PETT (1993) und FROMHOLD-EISEBITH (1992) zeigen, dass die Beschäftigungseffekte von technologieorientierten Gründungen stärker sind als diejenigen von sonstigen Gründungen.

eine *hohe Korrelation zwischen Gründungs- und Schließungsraten* nachgewiesen.

Außerdem wurde gezeigt, dass die *Beschäftigungsentwicklung von der Netto-marktzutrittsrate, nicht aber von der Gründungsintensität, abhängig* ist.

Angesichts der Tatsache, dass durch Betriebsgründungen grundsätzlich neue Arbeitsplätze entstehen, ist das Ergebnis nur damit zu erklären, dass der positive Beschäftigungsbeitrag durch Gründungen auf Mikroebene durch andere Faktoren, wie gründungsbedingte Schließungen oder Verdrängung von Arbeitsplätzen in anderen Unternehmen, kompensiert wird. Dieses Ergebnis wird bestätigt durch die Messung, dass Gründungs- und Schließungsrate eng miteinander korreliert sind. Dies sind sie dann, wenn viele junge Unternehmen scheitern oder wenn sie den Marktaustritt etablierter Unternehmen erzwingen. Augenscheinlich gehen vom Gründungsgeschehen in Westdeutschland nicht die erhofften Beschäftigungsimpulse aus, die man im Kontext der Gründungsförderung erwartet.

Die in dieser Arbeit ermittelten Zusammenhänge für die Jahre 1983-97 relativieren die Ergebnisse der empirischen Studie von AUDRETSCH/FRITSCH (1993) für die Jahre 1986-90, in denen für die Gründungs- und Schließungsrate sogar ein deutlich negativer Zusammenhang mit der Beschäftigungsentwicklung während der nachfolgenden Jahre ermittelt wurde. Die Schließungsrate etablierter Betriebe wirkt sich dabei besonders negativ auf die Beschäftigungsentwicklung aus, während der Einfluss der Schließungsrate junger Betriebe eher gering ist.²⁸⁴ Der gründungsinduzierte Beschäftigungseffekt in Westdeutschland unterscheidet sich damit von den Ergebnissen für die Vereinigten Staaten. Für die USA stellt REYOLDS (1994) fest, dass dort die Gründungs- und auch die Liquidationsraten positiv korreliert sind mit dem Wirtschaftswachstum sowie der Beschäftigungsentwicklung der folgenden Jahre: „*Autonomous firm birth are associated with economic growth.*”²⁸⁵ Laut BIRCH waren, zumindest in den siebziger und achtziger Jahren, die durch Betriebsgründungen geschaffenen Arbeitsplätze positiv mit der regionalen Beschäftigungsentwicklung in den nachfolgenden Jahren korreliert, während Arbeitsplatzverluste durch Schließungen die regionale Beschäftigungsentwicklung nicht negativ beeinflussten. BIRCH setzte allerdings nicht die Zahl der Gründungen und Schließungen, sondern die Zahl der entsprechenden Arbeitsplätze mit der Beschäftigungsentwicklung in Beziehung.²⁸⁶

²⁸⁴ Vgl. AUDRETSCH/FRITSCH (1993), S. 17ff.

²⁸⁵ REYOLDS (1994), S. 405.

²⁸⁶ Vgl. BIRCH (1987), BIRCH (1979).

4.3.6.3 Einfluss von Gründungen auf die Arbeitsplatzfluktuation

Wenn Gründungen in den nachfolgenden Jahren Schließungen bewirken, deutet dies auf ein frühes Ausscheiden von Gründungsunternehmen oder auch auf Verdrängung etablierter Unternehmen. Die beschäftigungspolitische Effektivität der Gründungsförderung wird in Frage gestellt, wenn durch Gründungen zwar neue Arbeitsplätze geschaffen werden, diese aber mit Schließungen und damit verbundenen Beschäftigungsverlusten einhergehen, und außerdem davon ausgegangen werden muss, dass Gründungen nicht nur schließungsbedingte Arbeitsplatzverluste, sondern auch negative Beschäftigungseffekte bei etablierten Unternehmen als Folge von niedrigerem Wachstum bzw. Schrumpfung auslösen.

Die makroökonomischen Beschäftigungswirkungen von Gründungen und Schließungen werden im folgenden mit Hilfe der Betriebsdatei von WEIBHUHN/WICHMANN (2000) abgeschätzt, die alle Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst und unmittelbare Beschäftigungsgewinne durch Gründung sowie Beschäftigungsverluste durch Schließung berücksichtigt. Gründungen sind dabei wie folgt definiert: Lücken in der Betriebsdatei von mehr als zwei Beobachtungspunkten werden als Schließung mit nachfolgender Gründung interpretiert, außer wenn es sich um einen Kleinbetrieb handelt, der zu beiden Randzeitpunkten weniger als fünf Beschäftigte hat und bei dem eine Weiterführung des Betriebs durch den Eigentümer allein auch über einen längeren Zeitraum plausibel erscheint. Für die letzten Jahre der Analyse führt diese Herangehensweise allerdings zu einem überhöhten Anstieg der ausgewiesenen Schließungsrate, da nicht festgestellt werden kann, ob die aus der Statistik verschwindende Betriebsnummer nicht wenige Jahre später wieder auftaucht. Umgekehrt ist die Zahl der Gründungen zu Beginn künstlich erhöht. Damit nicht neue Zweigstellen oder Mittelinstanzen fälschlicherweise als Gründungen eingestuft werden, werden nur neue Betriebe mit unter 20 Beschäftigten als Gründungen gewertet.²⁸⁷ Auf diesem Wege werden nur neue Einbetriebsunternehmen, genauer gesagt originäre Neugründungen, Übernahmen und tätige Beteiligungen erfasst, die alle unter den Begriff Existenzgründung fallen und für die auch Existenzgründungshilfen vergeben werden.²⁸⁸

²⁸⁷ Vgl. WEIBHUHN/WICHMANN (2000), S. 55ff. Bei einer Erfassungsgrenze von 50 statt 20 Beschäftigten für die Identifikation eines neuen Betriebes als Gründung liegt die Gründungszahl um etwa 5% höher und die ihrer Beschäftigungseffekte um etwa 25%.

²⁸⁸ So werden Existenzgründungsdarlehen teilweise auch für Betriebsübernahmen gewährt. Zum Begriff der Existenzgründung s.o.: 2.1.4 Existenzgründungen und Existenzgründungshilfen.

In Westdeutschland gibt es im Beobachtungszeitraum 1992-98 pro Jahr durchschnittlich 146 Tsd. Betriebsgründungen und 140 Tsd. Schließungen; dies entspricht einer jährlichen Erneuerung des Betriebsbestandes von knapp neun Prozent.²⁸⁹ Der Saldo von Betriebsgründungen und -schließungen ist zwischen 1992 und 1998 insgesamt positiv, wobei seit 1996 die Zahl der Schließungen die der Gründungen übersteigt.

Tabelle 4-13: Beschäftigungseffekte von Gründungen und Schließungen in Westdeutschland 1992-98

Jahr	Betriebe	Sozialvers. Beschäftigte	Betriebsgründungen	Betriebs-schließungen	Beschäftigungsgewinne	Beschäftigungs-verluste	Gewinn pro Gründung	Verlust je Schließung	Bestands-effekt
1992 ^{A)}	1.630.800	23.530.300	177.200	124.400	361.900	334.000	2,04	2,68	0,30
1993	1.656.200	23.122.500	151.900	129.600	335.600	373.700	2,21	2,88	0,15
1994	1.675.500	22.755.300	147.200	131.400	333.700	376.500	2,27	2,87	0,11
1995	1.685.800	22.597.300	142.200	135.300	318.400	363.600	2,24	2,69	0,05
1996	1.688.500	22.344.100	142.300	143.400	321.400	360.100	2,26	2,51	-0,01
1997	1.678.400	22.096.100	145.100	159.800	337.700	420.200	2,33	2,63	-0,10
1998 ^{A)}	1.652.100	22.074.400	149.100	179.600	340.800	439.000	2,29	2,44	-0,20
Mittel	1.666.757	22.645.714	146.300	137.317	331.267	371.350	2,26	2,71	0,04
²⁹⁰									
							²⁹¹		

Durch Betriebsgründungen entstehen in Westdeutschland jährlich gut 331 Tsd. neue Arbeitsplätze; das sind etwa 1,5% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Anteil der in Gründungen entstandenen Arbeitsplätze ist deutlich niedriger als der Anteil der Gründungen am Betriebsbestand (8,7%). Die unmittelbaren Beschäftigungsverluste durch Betriebsschließungen sind mit durchschnittlich 371 Tsd. Beschäftigten pro Jahr höher als die unmittelbaren Beschäftigungsgewinne durch Gründungen, obwohl es im Durchschnitt mehr Gründungen als Schließungen gibt. Der unmittelbare **Beschäftigungsgewinn** liegt *pro Gründung* durchschnittlich *bei 2,3* und der unmittelbare **Beschäftigungsverlust pro Schließung** im Schnitt *bei 2,7*. *Bei einem direkten Zusammenhang zwischen Gründungs- und Schließungszahl wäre der Verdrän-*

²⁸⁹ Vgl. WEIBHUHN/ WICHMANN (2000), S. 57. Aufgrund der angesprochenen Übererfassung von Gründungen [Schließungen] zu Beginn [Ende] des Beobachtungszeitraums wurde für Gründungen der Durchschnitt des Zeitraums 1993-98 und für Schließungen der Durchschnitt des Zeitraums 1992-97 berücksichtigt.

²⁹⁰ Quelle: Auswertungen der Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik in WEIBHUHN/ WICHMANN (2000, 57). ^{A)} Definitionsbedingt werden Gründungen zu Beginn des Beobachtungszeitraums und Schließungen am Ende etwas zu hoch ausgewiesen, was bei der Berechnung der Mittelwerte entsprechend berücksichtigt wird.

²⁹¹ Quelle: Eigene Berechnungen.

gungseffekt positiv, weil in einer Gründung weniger Arbeitsplätze geschaffen werden als durch eine Schließung verloren gehen. Allerdings sinkt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Beobachtungszeitraum weit- aus stärker, als es Gründungen und Schließungen alleine erklären können. Im Zeitraum 1992-98 liegen die Beschäftigungsverluste aus Schließungen (1,7%) leicht über den unmittelbaren Beschäftigungsgewinnen aus Gründungen (1,5%), noch gravierender ist jedoch, dass die Beschäftigungsverluste durch schrump- fende Betriebe in Höhe von 7,2% aller sozialversicherungspflichtig Beschäf- tigten deutlich höher sind als die Beschäftigungsgewinne durch expandierende Betriebe (5,6%). Der errechnete Netto-Beschäftigungseffekt durch Gründungen bzw. Expansion ist durchgängig negativ²⁹², wobei die unmittelbaren Beschäfti- gungswirkungen von Gründungen und Schließungen geringer sind als die Be- schäftigungseffekte von Expansion und Schrumpfung bestehender Betriebe. Die **Gesamtzahl der Beschäftigten geht** nicht so sehr wegen des negativen Saldos zwischen Gründungsgewinnen und Schließungsverlusten **zurück**, sondern vor allem, **weil die Beschäftigungsverluste durch schrumpfende Betriebe die Be- schäftigungsgewinne durch expandierende Betriebe übersteigen.**²⁹³

Tabelle 4-14: Arbeitsplatzfluktuation und Verdrängung in Westdeutschland 1992-98

Jahr	Sozialversi- cherungspf. Beschäftigte	Beschäftigungseffekte durch				Netto- änderung	Arbeits- platzfluk- tuation	Beschäf- tigungs- effekt	Verdrän- gungs- indikator
		Gründung	Schlie- ßung	Expan- sion	Schrump- fung				
1992 ^{A)}	23.530.300	1,6%	1,4%	6,2%	5,5%	0,9%	14,7%	11,5%	88,5%
1993	23.122.500	1,4%	1,6%	5,1%	7,5%	-2,5%	15,6%	-38,5%	140,0%
1994	22.755.300	1,4%	1,6%	5,2%	7,5%	-2,4%	15,7%	-36,4%	137,9%
1995	22.597.300	1,4%	1,6%	5,3%	7,0%	-1,8%	15,3%	-26,9%	128,4%
1996	22.344.100	1,4%	1,6%	5,5%	7,8%	-2,4%	16,3%	-34,8%	136,2%
1997	22.096.100	1,5%	1,9%	5,8%	8,0%	-2,5%	17,2%	-34,2%	135,6%
1998 ^{A)}	22.074.400	1,5%	2,0%	6,3%	7,2%	-1,3%	17,0%	-16,7%	117,9%
Mittel	22.645.714	1,5%	1,7%	5,6%	7,2%	-1,7%	16,0%	-25,1%	126,4%

In absoluten Zahlen entstehen durch Wachstum weitaus mehr sozialversiche- rungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als durch Gründungen. Berücksich-

²⁹² Dass Gründungen zu Beginn des Beobachtungszeitraums etwas zu hoch ausgewiesen werden, erklärt den errechneten positiven Beschäftigungseffekt in 1992.

²⁹³ Vgl. WEIBHUHN/WICHMANN (2000), S. 59.

²⁹⁴ Quelle: Auswertungen der Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik in WEIBHUHN/ WICHMANN (2000, 58). ^{A)} Definitionsbedingt werden Gründungen zu Beginn des Beobach- tungszeitraums und Schließungen am Ende etwas zu hoch ausgewiesen.

²⁹⁵ Quelle: Eigene Berechnungen.

tigt man jedoch, dass der Anteil der Gründungen am gesamten Betriebsbestand durchschnittlich 8,7% beträgt, d.h. nur jeder elfte Betrieb eine Gründung ist, so ist ein außerordentlicher Beschäftigungserfolg durch Gründungen zu respektieren. Der mittlere prozentuale Beschäftigungsgewinn durch Gründungen beträgt 1,5%. Der Beschäftigungsgewinn durch expandierende Betriebe liegt bei 5,6%, müsste aber 17,3% betragen, um dem Verhältnis zwischen Betriebsbestand und Gründungszahl von 11½:1 zu entsprechen.

Tabelle 4-15: Analyse der Arbeitsplatzfluktuation in Westdeutschland 1992-98

Jahr	Betriebe	Betriebs- grün- dungen	Anteil Betriebs- schlie- ßungen	Anteil	Beschäftigungsänderung in % durch				
					Gründung und Schließung	Expansion und Schrumpfung	Gründung	Expansion	
1992 ^{A)}	1.630.800	177.200	10,9%	124.400	7,6%	0,2%	0,7%	1,6%	6,2%
1993	1.656.200	151.900	9,2%	129.600	7,8%	-0,2%	-2,4%	1,4%	5,1%
1994	1.675.500	147.200	8,8%	131.400	7,8%	-0,2%	-2,3%	1,4%	5,2%
1995	1.685.800	142.200	8,4%	135.300	8,0%	-0,2%	-1,7%	1,4%	5,3%
1996	1.688.500	142.300	8,4%	143.400	8,5%	-0,2%	-2,3%	1,4%	5,5%
1997	1.678.400	145.100	8,6%	159.800	9,5%	-0,4%	-2,2%	1,5%	5,8%
1998 ^{A)}	1.652.100	149.100	9,0%	179.600	10,9%	-0,5%	-0,9%	1,5%	6,3%
Mittel	1.666.757	146.300	8,7%	137.317	8,2%	-0,2%	-1,6%	1,5%	5,6%
296									297

Bezogen auf den einzelnen Betrieb tragen Gründungen mehr zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei als etablierte Betriebe. Zwar besteht die Gefahr, dass Betriebe kurz nach ihrer Gründung wieder geschlossen werden, der Saldo zwischen den Beschäftigungsgewinnen durch Gründungen und den Beschäftigungsverlusten durch Schließungen (-0,2%) ist jedoch ebenso negativ wie der Saldo zwischen Expansionsgewinnen und Schrumpfungsverlusten (-1,6%). **Um die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt zu erhöhen, ist eine besondere Förderung von Existenzgründungen effizienter als eine Wachstumsförderung etablierter Betriebe.** Angesichts des niedrigeren absoluten Beschäftigungseffekts ist Gründungsförderung alleine jedoch nicht ausreichend, um nachhaltig für mehr Beschäftigung zu sorgen bzw. um den langfristigen Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu stoppen.

²⁹⁶ Quelle: Auswertungen der Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik in WEIBHUHN/WICHMANN (2000). ^{A)} Definitionsbedingt werden Gründungen zu Beginn des Beobachtungszeitraums und Schließungen am Ende etwas zu hoch ausgewiesen, was bei der Berechnung der Mittelwerte entsprechend berücksichtigt wird.

²⁹⁷ Quelle: Eigene Berechnungen.

4.3.6.4 Gründungsinduzierte Beschäftigungs- und Verdrängungseffekte

Tabelle 4-16: Arbeitsplatzfluktuation und Verdrängung nach Wirtschaftszweigen in Westdeutschland 1993-97

Wirtschaftszweig	Sozialvers. Beschäftigte	Beschäftigungseffekte durch					Netto- änderung	Arbeitsplatz- fluktuation	Beschäftigungs- effekt	Verdrängungs- indikator
		Gründung	Schließung	Expansion	Schrumpfung					
Gesundheits-, Sozial-, Veterinärwesen ^{A)}	794.700	2,9%	1,9%	8,2%	6,2%	3,1%	19,3%	27,9%	73,0%	
Beratung, Werbung	921.900	3,3%	2,8%	10,0%	8,1%	2,4%	24,3%	18,0%	82,0%	
Erziehung, Unterricht, Forschung ^{A)}	76.200	3,9%	2,9%	9,8%	8,5%	2,4%	25,1%	17,5%	83,2%	
Grundstücks- und Wohn- ungswesen	219.500	4,8%	3,9%	9,3%	9,4%	0,9%	27,4%	6,4%	94,3%	
Übrige Dienste, vorwie- gend für Unternehmen	528.500	2,2%	2,3%	11,2%	10,4%	0,8%	26,1%	6,0%	94,8%	
Kreditinstitute	680.100	0,3%	0,5%	3,6%	3,6%	0,0%	7,8%	0,0%	105,1%	
Gastgewerbe ^{A)}	533.300	6,6%	6,4%	8,3%	10,0%	-1,3%	31,3%	-8,7%	110,1%	
Kultur, Sport, Unterhal- tung, Verlage ^{A)}	268.300	2,0%	2,0%	6,4%	7,3%	-0,7%	17,7%	-8,3%	110,7%	
Übrige Dienste, vorwie- gend für Private ^{A)}	246.600	3,3%	3,6%	8,1%	9,4%	-1,5%	24,4%	-13,2%	114,0%	
Land- und Forstwirtschaft	208.500	3,8%	5,1%	9,0%	9,6%	-1,7%	27,5%	-13,3%	114,8%	
Verkehr	926.700	1,9%	2,4%	8,3%	10,3%	-2,3%	22,9%	-22,5%	124,5%	
Großhandel, Handelsver- mittlung	1.353.100	1,8%	2,3%	6,3%	7,8%	-1,8%	18,1%	-22,2%	124,7%	
Baugewerbe	1.546.600	2,4%	2,8%	6,8%	9,0%	-2,5%	21,1%	-27,2%	128,3%	
Versicherungsgewerbe	275.900	1,0%	1,3%	4,3%	5,5%	-1,3%	12,2%	-24,5%	128,3%	
Einzelhandel, Reparatur	2.201.100	2,3%	2,6%	5,8%	7,8%	-2,0%	18,5%	-24,7%	128,4%	
Nachrichten	210.100	1,5%	0,7%	12,4%	21,8%	-8,3%	36,4%	-59,7%	161,9%	
Verarbeitendes Gewerbe	7.209.700	0,5%	1,0%	3,3%	8,1%	-5,1%	12,9%	-134,2%	239,5%	
Energie, Wasser, Bergbau	388.900	0,1%	0,2%	2,4%	5,9%	-3,5%	8,6%	-140,0%	244,0%	
Insgesamt	18.589.700	2,5%	2,5%	7,4%	8,8%	-1,2%	21,2%	-12,6%	114,2%	

298

299

²⁹⁸ Quelle: Auswertungen der Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik in WEIßBUHN/WICHMANN (2000, 62). Nicht enthalten sind Betriebe von staatlichen Einheiten, Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte und Betriebe ohne Angabe des Wirtschaftszweigs. ^{A)} Wirtschaftszweig enthält nur privatwirtschaftliche Betriebe.

²⁹⁹ Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 4-17: Beschäftigungseffekte von Gründungen und Schließungen nach Wirtschaftszweigen in Westdeutschland 1993-97

Wirtschaftszweig	Betriebe	Sozialvers. Beschäftigte	Be- triebs- grün- dungen	Be- triebs- schlie- ßungen	Saldo	Beschäfti- gungs- gewinne	Beschäfti- gungs- verluste	Saldo	Verdrän- gungs- indikator
Gesundheits-, Sozial-, Veterinärwesen ^{A)}	128.600	794.700	8.400	5.500	2.900	21.800	14.700	7.100	73,0%
Beratung, Werbung	140.500	921.900	14.400	11.000	3.400	29.300	25.300	4.000	82,0%
Erziehung, Unterricht, Forschung ^{A)}	14.100	76.200	1.600	1.300	300	2.800	2.100	700	83,2%
Grundstücks- und Woh- nungswesen	42.600	219.500	6.100	4.800	1.300	10.100	8.200	1.900	94,3%
Übrige Dienste, vorwie- gend für Unternehmen	37.800	528.500	4.600	3.800	800	11.500	11.600	-100	94,8%
Kreditinstitute	19.300	680.100	800	1.000	-200	1.700	3.100	-1.400	105,1%
Gastgewerbe ^{A)}	121.100	533.300	17.300	17.100	200	35.300	33.900	1.400	110,1%
Kultur, Sport, Unterhal- tung, Verlage ^{A)}	22.800	268.300	2.700	2.500	200	5.300	5.200	100	110,7%
Übrige Dienste, vorwie- gend für Private ^{A)}	50.600	246.600	3.600	3.800	-200	8.200	9.000	-800	114,0%
Land- und Forstwirt- schaft	61.200	208.500	5.200	7.600	-2.400	8.100	10.900	-2.800	114,8%
Verkehr	73.300	926.700	7.800	7.500	300	17.700	22.500	-4.800	124,5%
Großhandel, Handels- vermittlung	122.700	1.353.100	10.700	11.700	-1.000	23.800	31.400	-7.600	124,7%
Baugewerbe	147.100	1.546.600	13.300	11.800	1.500	38.600	44.900	-6.300	128,3%
Versicherungsgewerbe	21.600	275.900	2.000	2.000	0	2.800	3.700	-900	128,3%
Einzelhandel, Reparatur	272.400	2.201.100	23.200	23.500	-300	52.300	57.400	-5.100	128,4%
Nachrichten	4.800	210.100	1.100	300	800	3.100	1.400	1.700	161,9%
Verarbeitendes Gewerbe	245.700	7.209.700	12.900	15.600	-2.700	38.400	76.600	-38.200	239,5%
Energie, Wasser, Berg- bau	4.000	388.900	100	200	-100	400	1.000	-600	244,0%
Insgesamt	1.530.200	18.589.700	135.800	131.000	4.800	311.200	362.900	-51.700	114,2%

³⁰⁰

³⁰¹

Vergleicht man die Nettoänderung der Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftszweigen mit dem Saldo zwischen der Zahl der Betriebsgründungen und der Zahl der Betriebsschließungen, so zeigt sich, dass in allen Wirtschaftszweigen, die eine positive Nettoänderung der Beschäftigung aufweisen (Tab. 4-16), deutlich mehr Betriebe gegründet als geschlossen werden (Tab. 4-17). **Nur die**

³⁰⁰ Quelle: Auswertungen der Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik in WEIBUHN/WICHMANN (2000, 61). Nicht enthalten sind Betriebe von staatlichen Einheiten, Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte und Betriebe ohne Angabe des Wirtschaftszweigs. ^{A)} Wirtschaftszweig enthält nur privatwirtschaftliche Betriebe.

³⁰¹ Quelle: Eigene Berechnungen.

Dienstleistungsbereiche Erziehung/Unterricht/Forschung, Gesundheits-/Sozial-/Veterinärwesen, Beratung/ Werbung, Grundstücks-/Wohnungswesen und übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen verzeichnen einen positiven Beschäftigungssaldo. Bei all diesen Wirtschaftszweigen übertrifft die Zahl der Gründungen die Zahl der Schließungen um mehr als ein Fünftel. Daraus kann jedoch auch auf Wirtschaftszweigebeine kein kausaler Zusammenhang zwischen Gründungen und positivem Netto-Beschäftigungsergebnis abgeleitet werden, denn auch in den genannten Wirtschaftszweigen sind die Beschäftigungseffekte durch Expansion und Schrumpfung bestehender Betriebe deutlich höher als die Beschäftigungseffekte durch Gründungen und Schließungen. Das Ergebnis ***bestätigt*** jedoch die vermutete ***Hypothese, dass in Wirtschaftszweigen, in denen die Nachfrage expandiert, sowohl zahlreiche Gründungen stattfinden und bestehende Betriebe stark expandieren und dass Beschäftigungsverluste durch Schrumpfung und Schließung hier relativ geringer*** sind. Der Verdrängungseffekt ist umso geringer, je weniger Arbeitsplätze durch Schließung oder Schrumpfung pro neu entstandenen Arbeitsplatz durch Gründung oder Expansion wegfallen. ***Durch Existenzgründungen und deren Förderung sind am ehesten positive Beschäftigungseffekte auf Makroebene zu erwarten, wenn diese in Wirtschaftszweigen mit einem geringen Verdrängungsindikator von unter 100% stattfinden. Aus beschäftigungspolitischer Sicht wäre eine gezielte Förderung von Existenzgründungen in den oben genannten Dienstleistungsbereichen anzustreben, die einen Verdrängungsindikator von unter 100% und einen positiven Netto-Beschäftigungssaldo aufweisen.***

5 Existenzgründungsförderung aus strukturpolitischer Sicht

Strukturpolitik ist der „Komplex jener Maßnahmen, welche primär auf die Beeinflussung, Gestaltung oder Festlegung der Wirtschaftsstruktur durch die legitimen oder faktischen Träger der Wirtschaftspolitik abzielen“.³⁰² Bevor die strukturpolitische Effektivität der Existenzgründungsförderung analysiert werden kann, ist zu klären, welche Zielsetzungen Strukturpolitik verfolgen kann und welche Ziele konkret in Westdeutschland angestrebt werden (sollten).

5.1 Soll-Analyse: Anzustrebende Strukturpolitik in Westdeutschland

5.1.1 Grundlagen

5.1.1.1 Wirtschaftsstruktur

Die Definitionen von Strukturpolitik divergierten in der Vergangenheit mehr oder weniger stark, was nicht zuletzt auf die unterschiedliche Interpretation des wirtschaftlichen Strukturbegriffs zurückzuführen ist. Als *Wirtschaftsstruktur* bezeichnet man allgemein den inneren Aufbau einer Volkswirtschaft, d.h. die gegenseitige Beziehung ihrer konstituierenden Subsysteme. Die Wirtschaftsstruktur wird als das Verhältnis, ausgedrückt in Gliederungs- und Beziehungszahlen, der Teile eines Ganzen und untereinander in einem Zeitpunkt interpretiert. Strukturveränderungen drücken sich dann in den Veränderungen aller Proportionen aus.³⁰³ Analytisch betrachtet ergibt sich die Wirtschaftsstruktur aus der Disaggregation einer volkswirtschaftlichen Gesamtgröße in homogenere Teilgrößen. Diese Teilgrößen messen das Gewicht der einzelnen Subsysteme, etwa den Anteil der einzelnen Sektoren am gesamten Sozialprodukt, den Anteil der Regionen oder den Anteil der verschiedenen Unternehmensgrößenklassen.³⁰⁴ Gründung, Wachstum, Schrumpfung und Liquidation von Unternehmen sind im kapitalistischen Wirtschaftssystem andauernd zu beobachten. Dadurch verändert sich permanent die Wirtschaftsstruktur, d.h. die Branchen-, Regional-, Alters- und Unternehmensgrößen-Struktur.

³⁰² GÄFGEN (1970), Spalte 386.

³⁰³ Vgl. KAMP (1968), S. 31.

³⁰⁴ Vgl. MEIBNER/FASSING (1989), S. 12.

5.1.1.2 Strukturwandel und Wirtschaftswachstum

Der dynamische Wettbewerb lenkt ständig die Allokation der Produktionsfaktoren und der Output-Aktivitäten und schlägt sich in einem permanenten *Strukturwandel* nieder. Als Strukturwandel bezeichnet PAQUÉ „alle Veränderungen der Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft, die sich als marktwirtschaftliche Konsequenz von dauerhaften Veränderungen der Nachfragestrukturen, der Konkurrenzverhältnisse auf den Weltmärkten und des technischen Fortschritts ergeben“³⁰⁵. Strukturwandel ist also jene *dauerhafte* Veränderung der Wirtschaftsstruktur, die nicht auf konjunkturelle Schwankungen, sondern auf ungleichmäßiges Wachstum infolge von Veränderungen auf der Angebots-, Nachfrage- und Faktorseite zurückzuführen ist.

Wirtschaftlicher Strukturwandel wird mathematisch durch die Zerlegung der volkswirtschaftlichen Gesamtgröße A in ihre n sektoralen Teilgrößen A_i beschrieben:

$$A_1 + A_2 + \dots + A_n = A$$

Analytisch betrachtet entspricht der *Strukturwandel* den intersektoralen Verschiebungen der Anteile an der Gesamtgröße. Je nach Analyseziel können A und A_i auf die Bruttowertschöpfung oder auch auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogen werden.³⁰⁶

Sektoraler Strukturwandel wird gemessen, indem man die Volkswirtschaft in Wirtschaftssektoren und tiefer in einzelne Wirtschaftszweige untergliedert.

Selbst die grobe Abgrenzung in drei Wirtschaftssektoren wird in der Literatur nicht einheitlich vorgenommen. So unterscheidet ALLAN G.B. FISHER die Sektoren nach der Einkommenselastizität der Nachfrage. Zum primären Sektor zählt er die Produzenten lebensnotwendiger Güter (Einkommenselastizität der Nachfrage kleiner als 0,5). In seinem sekundären Sektor beträgt die Einkommenselastizität der Nachfrage zwischen 0,5 und 1, im tertiären Sektor über 1. In der *Praxis* durchgesetzt hat sich folgende pragmatisch ausgerichtete Sektorenabgrenzung, die auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufbaut:

- **Primärer Agrarsektor:** Land- und Forstwirtschaft, Fischerei;
- **sekundärer Industriesektor:** Bergbau, Industrie, Handwerk;
- **tertiärer Dienstleistungssektor:** Handel, Verkehr, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Gastronomie, Gesundheitsdienst, Bildungswesen, Wohnungsvermietung, Staat, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige Dienstleistungen.

³⁰⁵ PAQUE (1996), S. 114.

³⁰⁶ Vgl. STAMER (1999), S. 5, DANNENBAUM (1998), S. 22.

Für die Anteile der einzelnen Wirtschaftssektoren bzw. -zweige an der Gesamtgröße gilt:

$$\frac{A_1}{A} + \frac{A_2}{A} + \dots + \frac{A_n}{A} = 1.$$

bzw. mit den Anteilswerten der einzelnen Sektoren $a_i = A_i / A$:

$$a_1 + a_2 + \dots + a_n = 1$$

Die Beschreibung der Mengen- und Preisentwicklung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene gibt einen Durchschnitt an, der verdeckelt, dass einzelne Sektoren schrumpfen und andere wachsen. De facto ist die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate g_A die Summe der mit ihrem Anteil gewichteten Wachstumsraten der einzelnen Sektoren:

$$g_A = \frac{A_1}{A} g_{A_1} + \frac{A_2}{A} g_{A_2} + \dots + \frac{A_n}{A} g_{A_n}$$

Die Formel macht den Zusammenhang zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum und dem sektoralen Strukturwandel sichtbar. Sektoraler Strukturwandel ist nicht nur Folge, sondern zugleich auch Ursache für wirtschaftliches Wachstum. So steigt das Pro-Kopf-Einkommen, wenn Arbeitskräfte von unter- zu überdurchschnittlich produktiven Branchen wandern, z.B. vom agrarischen zum industriellen Sektor.³⁰⁷

Charakteristisch und Voraussetzung für den Wachstumsprozess sind permanente Investitionen in Sach- und Humankapital entsprechend der technischen Entwicklung und damit einhergehend eine in den einzelnen Branchen und Sektoren unterschiedlich verlaufende Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Gäbe es keine endogene branchenabhängige Entwicklung in der Produktivität entspräche der Strukturwandel in der Bruttowertschöpfung jenem in der Beschäftigung.

Sektoraler Strukturwandel und wirtschaftliches Wachstum verlaufen nicht homogen, sondern sind durch einen ständigen Wandel des relativen Beitrags der Sektoren zum Sozialprodukt gekennzeichnet. Entscheidungen und Anpassungsreaktionen der Wirtschaftssubjekte auf veränderte Marktdaten und Rahmenbedingungen bewirken eine permanente Reallokation von Ressourcen und letztlich ein unterschiedliches Wachstum einzelner Sektoren. Solche strukturellen Anpassungsprozesse können kurzfristig Konjunkturschwankungen auslösen, sind langfristig jedoch notwendig, um Faktorangebot und -nachfrage auszugleichen und das Wachstum zu optimieren. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum

³⁰⁷ Vgl. HARDES et al. (1995), S. 285 ff., GAHLEN et al. (1982), S. 192 ff.

und der Konjunkturverlauf beeinflussen wiederum den sektoralen Strukturwandel. So expandieren Wachstumsbranchen vor allem in Boomphasen, während schrumpfende Branchen vor allem in Rezessionen Kapazitäten abbauen. Entsprechend ist der sektorale Strukturwandel in konjunkturellen Extremlagen intensiv, in konjunkturell ausgeglichenen Perioden hingegen geringer und stetiger.³⁰⁸ Im Zuge des sektoralen Strukturwandels werden Arbeitsplätze obsolet. Seit den siebziger Jahren sinkt die Beschäftigung im industriellen Sektor langfristig, und dies gilt für Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. RIFKIN (1995) postuliert, dass die hochtechnisierte Informationsgesellschaft ohne Massenerwerbsarbeit auskommt und spricht vom „*Ende der Arbeit*“, während es für HONDRICH (1996) nur eine „*Mär vom Ende der Arbeit gibt*“.

Strukturwandel ist charakterisiert durch fortwährende Substitutionsprozesse, welche die Strukturen des Leistungsaustauschs und die Proportionen des Faktorangebots- und Faktoreinsatzes verschieben. Gründungen und Liquidationen sind zusammen mit betrieblicher Expansion und Kontraktion Motor, aber auch Resultat des wirtschaftlichen Strukturwandels. So nimmt in Perioden eines verstärkten sektoralen Strukturwandels die Zahl der Gründungen und auch die der Liquidationen stark zu.³⁰⁹ Im Extremfall verschwinden einerseits schrumpfende Wirtschaftszweige und andererseits entstehen durch die Gründung von Pionierunternehmen neue wachstumsträchtige Sektoren.

5.1.2 Bedeutung KMU für den sektoralen Strukturwandel

Trotz allgemein sinkender Umsatzanteile kleiner und mittlerer Unternehmen wird vielfach vermutet, dass kleine und mittlere Unternehmen stärker zum wirtschaftlichen Strukturwandel beitragen als Großunternehmen, da sie allgemein schneller und flexibler auf Marktveränderungen reagieren können. Aus stagnierenden Märkten können sich KMU und Existenzgründungen schneller zurückziehen als Großunternehmen, während in der Produktentwicklungs- und Marktentstehungsphase vor allem Flexibilität, individuelle Motivation und Mut zum Risiko gefragt sind und diese Eigenschaften auch eher KMU und Existenzgründern zugeschrieben werden. Andererseits können große Unternehmen in der Phase der Marktdurchdringung und Marktsättigung eher fusionieren oder andere Unternehmen akquirieren, um Kostensenkungspotentiale zu erschließen oder in neue Märkte einzudringen.

³⁰⁸ Vgl. STAMER (1999), S. 62, MEIBNER/FASSING (1989), Kapitel 4 und 5.

³⁰⁹ Vgl. RWI (1999), S. 89.

Um abzuschätzen, wie stark Unternehmen verschiedener Größen den sektoralen Strukturwandel intensivieren, wird der Beitrag der verschiedenen Unternehmensgrößenklassen zum sektoralen Strukturwandel berechnet. Als Strukturwandelmaße werden die Summe der absoluten Anteilsverschiebungen (Beitragssummen-Norm) und die Euklidische Norm gewählt. Die Berechnungen beziehen sich auf die Veränderungen der Umsatzanteile a_{ij} aller Wirtschaftsbereiche i und der Unternehmensgrößenklassen j zwischen 1990 und 1994 in Deutschland.³¹⁰

Summe der absoluten Anteilsverschiebungen: $S_{[1990,1994]}^{j,ABS} = \sum_{i=1}^n |a_{i,1994}^j - a_{i,1990}^j|$

Euklidische Norm: $S_{[1990,1994]}^{j,EUK} = \sqrt{\sum_{i=1}^n (a_{i,1994}^j - a_{i,1990}^j)^2}$

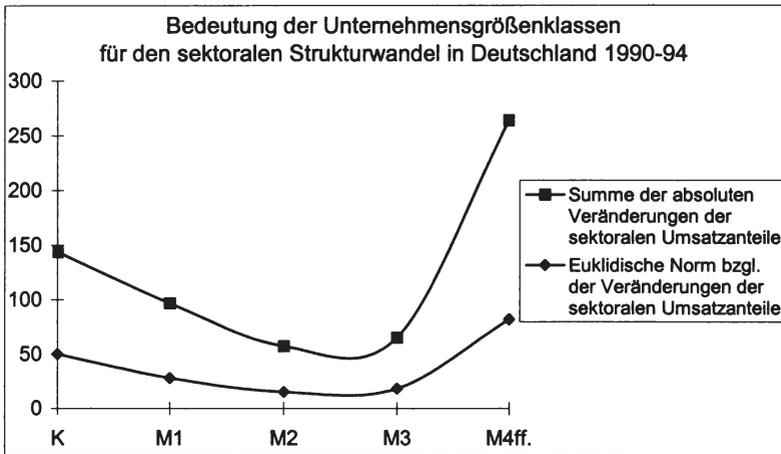


Abbildung 5-1: Intensität des sektoralen Strukturwandels innerhalb der verschiedenen Größenklassen der Unternehmen³¹¹

Die Berechnungen ergeben, dass *vor allem größere Unternehmen (Klassen M4 ff.) und auch kleine Unternehmen (K) den sektoralen Strukturwandel forcieren, während mittlere Unternehmen (M2 und M3) mit zwischen 20 und 100 Beschäftigten den Strukturwandel weniger stark vorantreiben.*³¹²

³¹⁰ S.o.: 5.1.1.2 Strukturwandel und Wirtschaftswachstum.

³¹¹ Quelle: Eigene Berechnungen.

³¹² Zur Richtung des anzustrebenden Strukturwandels machen die durchgeführten Berechnungen keine Aussage. Hierzu s.u.: 5.1.6 Strukturpolitische Empfehlungen der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Auffällig ist, dass die FuE-Gesamtaufwendungen v.a. der mittleren Unternehmen in jüngster Zeit nicht in dem Maße zugenommen haben, wie die der Großunternehmen. Laut ZEW sind die Innovationsaufwendungen von KMU rückläufig, obwohl sich die Zahl der innovativen Unternehmen um rund 39 Tsd. erhöhte. Der Rückgang der FuE-Aktivitäten ist dabei weniger auf die kleinen Unternehmen, deren Innovationsaktivitäten im Zeitverlauf eher diskontinuierlich erfolgen, zurückzuführen, sondern vielmehr auf mittlere Unternehmen mit 200 bis 500 Beschäftigten.³¹³

5.1.3 Strukturpolitische Diskussion

Die Wirtschaftsstruktur wird zwar prinzipiell durch die Entscheidungen und Präferenzen der Unternehmen und Haushalte determiniert, jedoch greift der Staat in die sektorale Wirtschaftsentwicklung ein, um den Wirtschaftsablauf unter politischen Gesichtspunkten zu beeinflussen. Klassische Instrumente der Strukturpolitik sind etwa Steuererleichterungen, Subventionen, wettbewerbliche Ausnahmeregelungen und Infrastrukturmaßnahmen zum Abbau von Substitutionshemmnissen.

Die Frage, ob der Staat den Strukturwandel gezielt beeinflussen und in Richtung von mehr Wachstum und Beschäftigung vorantreiben kann oder ob er sich auf die Beseitigung von Hemmnissen für den Strukturwandel beschränken soll, wurde in der Vergangenheit heftig diskutiert, und auch heute werden strukturpolitische Eingriffe des Staates von verschiedenen Experten unterschiedlich bewertet.

Vertreter einer *angebotsorientierten Wirtschaftspolitik* befürworten ein lenkendes Eingreifen des Staates nur dort, wo es um die Finanzierung öffentlicher Güter oder die Internalisierung von externen Effekten geht. Aufgabe des Staates sei es, Marktversagen zu kompensieren und Hindernisse für den Strukturwandel aus dem Weg zu räumen, nicht jedoch, die sektorale Produktionsstruktur in eine vorgegebene Richtung zu lenken. Laut AUGUST VON HAYEK (1975) sei es dem Staat gar nicht möglich, eine „*optimale Produktionsstruktur*“ vorzugeben, denn diese sei „*zwar das Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs.*“ HAYEK interpretiert den „*Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*“. Er geht davon aus, dass das Wissen einer Volkswirtschaft auf die einzelnen Menschen verteilt ist und die Aussicht auf Gewinn oder der Zwang zur Verlustvermeidung der geeignete Ansporn zur Aktivierung des Wissens bzw. des Lernens ist. Die Produktivität bzw. Rentabilität eines neuen Produkts oder Produk-

³¹³ Vgl. DIHT (1999), S. 1.

tionsverfahrens (Innovation) entscheidet sich erst im Zuge und nach Abschluss des Marktprozesses und kann daher nicht vorausgesehen werden.³¹⁴ Offen bleibt, ob die Zahl der Existenzgründungen hinter dem gesamtwirtschaftlichen Optimum zurückbleibt und damit volkswirtschaftliche Kosten in Form von geringerer Beschäftigung, Produktivität und Wachstum entstehen. Das Kriterium von KURZ (1990, 116) „*Existenzgründungshilfen haben gesamtwirtschaftlich nur dann positive Effekte, wenn sie dazu beitragen, die Zahl der tatsächlichen Existenzgründungen an eine gesamtwirtschaftlich optimale Zahl heranzuführen*“ ist letztlich nicht überprüfbar.

Eine optimale Wirtschaftsstruktur lässt sich nicht ex-ante bestimmen und ebensowenig eine optimale Zahl von Existenzgründungen. Eine optimale Wirtschaftsstruktur wäre abhängig von den gegebenen Rahmenbedingungen und müsste den Kriterien einer nachhaltig hohen Wertschöpfungsintensität und eines nachhaltig hohen Beschäftigungsstandes entsprechen. Eine Operationalisierung des optimalen Strukturwandels würde erstens eine vollständige Abgrenzung und Quantifizierung der gegebenen Rahmenbedingungen erfordern und zweitens müssten Informationen über das Ausmaß der Reaktion eines jeden Sektors auf eine Veränderung in den Rahmenbedingungen vorliegen.³¹⁵ Beides ist praktisch nicht durchführbar, denn erstens ist die Anzahl der möglichen Rahmenbedingungen nahezu unendlich, zweitens sind Rahmenbedingungen selten genau quantifizierbar und drittens können die kausalen Beziehungen zwischen den Rahmenbedingungen und dem nicht beobachtbaren optimalen Strukturwandel empirisch nicht bestimmt werden.³¹⁶

Nach der neoklassischen Gleichgewichtstheorie sorgen die Marktkräfte am besten für eine effiziente Ressourcenallokation. Entsprechend nehmen die Vertreter der reinen Marktwirtschaftslehre die durch den Markt bewirkten Strukturen als optimal an und akzeptieren strukturelle Friktionen als vorübergehende Erscheinungen auf dem Weg zu einem neuen Optimum. Strukturpolitische Eingriffe des Staates durch Subventionen oder Existenzgründungshilfen lehnen sie ab.

Die *Deutsche Bundesbank* kritisiert speziell Zinssubventionen, etwa in Form verbilligter Darlehen für Existenzgründer, und beklagt, dass bereits 1991 allein die Neuausleihungen der großen Spezialkreditinstitute, die zu Lasten ihrer eigenen Erträge, des Bundeshaushalts oder des ERP-Sondervermögens zinsverbil-

³¹⁴ Vgl. HAYEK (1975).

³¹⁵ Diese Reaktion entspricht der Summe der Veränderungen der Bruttowertschöpfung je Unternehmen aufgrund von Veränderungen in den Parametern der zu maximierenden Gewinnfunktion.

³¹⁶ Vgl. DANNENBAUM (1998), S. 90.

ligt vergeben wurden, in Gesamtdeutschland schätzungsweise rund ein Sechstel aller von den Banken netto gewährten Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen ausgemacht haben. Nach Meinung der Bundesbank wird durch die vielfältigen Arten der Zinssubventionierung sowohl die Steuerungsfunktion des Marktzinses als auch die Wirksamkeit ihrer Geldpolitik auf die Kreditnachfrage fühlbar eingeschränkt.³¹⁷ Die Bundesbank empfiehlt, die Subventionierung des Kapitaleinsatzes schrittweise wieder einzuschränken, wobei eine Ausweitung des Förderrahmens sowie eine Verlängerung von Programmen möglichst unterbleiben sollte.³¹⁸

Die Befürworter einer *vorausschauenden Strukturpolitik* weisen dem Staat durchaus die Möglichkeit und die Aufgabe zu, zukunftssträchtige Branchen zu fördern, um so das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu stimulieren und mehr Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen. Angesichts einer begrenzten Problemlösungsfähigkeit des Marktes könne der Staat durch geeigneten Instrumenteneinsatz zu einer Anhebung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate und Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Begründet wird eine positive Strukturpolitik u.a. damit, dass private Investoren einen kurzen Zeithorizont hätten, risikoscheu seien und häufig nicht genügend Kapital für umfangreiche, langfristige Investition aufbringen könnten bzw. wollten. In Boomphasen könnten etwa branchenspezifische Strukturschwächen überdeckt werden, weshalb Unternehmen im Vertrauen auf einen fortgesetzten Aufschwung zu stark und zum Teil in die falschen Branchen investierten. Kritiker wenden ein, die Unternehmen könnten vor Ort noch am ehesten die Rentabilität und Zukunftsträchtigkeit von Investitionsprojekten beurteilen, und eine positive Strukturpolitik setze voraus, dass der Staat bessere Informationen über die künftige Wirtschaftsentwicklung habe als die private Wirtschaft.

Nach PIGEAU kann die Wirtschaftsstruktur durch staatliche Lenkung des sektoralen und regionalen Einsatzes der Produktionsfaktoren an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst, die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt und der Beschäftigungsgrad erhöht werden. SCHWIETERT (1974) postuliert: „*Der Wettbewerb bringt keine ausgewogene räumliche Allokation der Ressourcen zustande, er tut sich schon schwer bei der sektoralen Allokation... Der Wettbewerb allein garantiert nicht automatisch die Existenz einer breiten Mittelstandsschicht und schon gar nicht die außenwirtschaftliche Sicherstellung...*“.

³¹⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank (1992b).

³¹⁸ Vgl. Deutsche Bundesbank (1992a).

Die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur wird daher nicht allein den Marktkräften überlassen, sondern politisch mitgestaltet. So identifiziert und fördert der Staat gezielt sog. strategische Branchen, in denen inländische Unternehmen mit staatlicher Hilfe Produktivitäts- und Monopolrenten auf den Weltmärkten erreichen sollen. Mittel solcher strategischen Industriepolitik sind wettbewerbliche Ausnahmeregelungen und handelspolitische Protektionen, aber auch die Förderung von Existenzgründungen, FuE- und Exportaktivitäten. Bezweckt werden lukrative Gewinne in strategischen Branchen als Ergebnis einer Monopol- bzw. führenden Marktstellung, die auf der Ausnutzung von statischen und dynamischen Skalenerträgen³¹⁹ beruhen. Skalenerträge werden vor allem in technologieintensiven Industriezweigen vermutet, weshalb sich die Industrieländer stark auf die Förderung der Forschung und Entwicklung bei Mikroelektronik, Luft- und Raumfahrt konzentriert haben.³²⁰ Auch durch die gezielte Förderung junger technologieorientierter Unternehmen in bestimmten ausgewählten Industriebereichen erhofft sich der Staat besondere Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung.

Hatte staatliche Struktursteuerung nach den traditionellen Vorstellungen der Marktsteuerung keinen Platz, geht ein Großteil der Experten heute davon aus, dass strukturelle Probleme am ehesten durch eine Sicherung und Intensivierung des Wettbewerbs bewältigt werden können, dieser Wettbewerb jedoch der strukturpolitischen Unterstützung des Staates bedarf. Da die ökonomische Prosperität einer Volkswirtschaft heute allgemein von ihrer Stellung im internationalen Wettbewerb abhängt, erwächst die sektorale Anpassung der Wirtschaft an die internationale Konkurrenzsituation zum primären Ziel staatlicher Strukturpolitik.³²¹ Damit sind zugleich hohe Anforderungen an die Prognosefähigkeit der politisch verantwortlichen Institutionen gestellt. Seit den siebziger Jahren wird die Diskussion um die Strukturpolitik weniger um das Ob, sondern vor al-

³¹⁹ *Statische Skalenerträge* sind relevant, wenn mit der Entwicklung und Einführung neuer Produkte hohe Fixkosten für Forschung, Entwicklung und Marketing verbunden sind, während *dynamische Skalenerträge* auf Lerneffekte zurückzuführen sind.

³²⁰ Eine aktive europäische Industriepolitik ist Gegenstand der Maastrichter Verträge über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vorbild dieser neuen Industriepolitik ist Japan, dessen Exporterfolg in den achtziger Jahren auf die selektive Förderung humankapital- und technologieintensiver Industriezweige zurückgeführt wird. Nach GROSSMAN (1989) basieren die wirtschaftlichen Erfolge Japans im wesentlichen darauf, dass Japan sich auf seine komparativen Vorteile in humankapitalintensiven Sektoren spezialisiert und sie durch gezielte FuE-Investitionen weiter ausgebaut hat. Kritiker warnen, dass ein internationaler Subventionswettbewerb entstehen kann, wenn alle Länder auf die gleichen Branchen setzen.

³²¹ Daneben stellt sich das Problem der Abwehrsubvention gegen übermächtigen oder unlauteren Wettbewerb. Vgl. HELMSTÄDTER (1983), S. 54f.

lem um das Wie, d.h. um Art, Ausmaß und Reichweite der strukturpolitischen Maßnahmen geführt.³²²

Die kontroverse strukturpolitische Diskussion spiegelt sich auch bei der Bewertung von Existenzgründungshilfen wider. Existenzgründungshilfen dienen dem Ausgleich von institutionellen Finanzierungshemmnissen, bewirken aber auch eine Marktsplaltung durch künstliche Verbesserung der relativen Wettbewerbsposition der geförderten Unternehmen, welche konkurrierende etablierte Unternehmen sowie nicht geförderte Gründungsunternehmen diskriminiert. NOWAK befürwortet deshalb öffentliche Finanzierungshilfen nur dann, wenn durch die Existenzgründungsförderung der Leistungswettbewerb intensiviert wird, während HUMMEL die Subventionierung von Existenzgründern bereits akzeptiert, wenn deren Marktzugangskosten zu hoch sind.³²³

Angesichts divergierender Expertenmeinungen werden nachfolgend die Grundsätze der Strukturpolitik in Deutschland und die regelmäßige Strukturberichterstattung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute analysiert, förderungswürdige (zukunftssträchtige) Sektoren bestimmt und dementsprechend die Vergabe von Existenzgründungshilfen beurteilt.

5.1.4 Strukturpolitische Grundsätze in Deutschland

Um die Praxis der Strukturpolitik trotz divergierender Expertenmeinungen auf eine rationale Grundlage zu stellen, wurden in Deutschland Ende der sechziger Jahre „*Grundsätze der regionalen und sektoralen Strukturpolitik*“ formuliert.³²⁴ Demnach sollen Strukturerehaltungsziele grundsätzlich nicht verfolgt werden, denn unvermeidliche Anpassungen aufzuhalten hieße, auf Wachstumsmöglichkeiten zu verzichten. Von der staatlichen Politik wird deshalb gefordert, dass sie den Strukturwandel erleichtert und fördert.³²⁵ Laut Strukturbericht ist Strukturpolitik in erster Linie Wachstumspolitik, wobei die Bundesregierung den Strukturwandel und den technischen Fortschritt durch Förderungen und Erleichterungen vorantreibt.³²⁶

1970 verkündete die Bundesregierung erstmals „*Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen*“.³²⁷ Die darin begründete unternehmensgrößenbezogene Strukturpolitik (Mittelstandspolitik) ist neben der sekt-

³²² Vgl. NAUJOKS (1975), S. 40.

³²³ Vgl. NOWAK (1991), HUMMEL (1985).

³²⁴ Vgl. Deutscher Bundestag (1970b).

³²⁵ Vgl. Deutscher Bundestag (1970b), S. 2.

³²⁶ Vgl. Bundesregierung (1970), S. 7.

³²⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (1970a).

oralen und regionalen Strukturpolitik integraler Bestandteil der deutschen Wirtschaftspolitik. Sie strebt danach, „*die marktwirtschaftlichen Kräfte zu festigen und die Investitions- und Innovationskraft der Unternehmen zu stärken, um damit auch zur Schaffung von ausreichend vielen Arbeits- und Ausbildungsplätzen beizutragen*“ und setzt gleichermaßen auf Existenzgründer und bestehende KMU. Die Bundesregierung weist darin darauf hin, dass für die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine bestimmte Zahl von selbständigen Unternehmen unerlässlich ist und der unternehmerische Nachwuchs die Chance erhalten muss, in den Markt einzutreten.³²⁸ Ziel der Strukturpolitik ist, „*dazu beizutragen, dass die Wirtschaftszweige an unumgängliche Strukturwandlungen angepasst und damit freiwerdende Produktionsfaktoren in günstigere Verwendungen überführt werden*“ (Strukturanpassungsziel) und dass „*für den gesamtwirtschaftlichen Fortschritt wichtige zukunftssichernde Produktionen entwickelt werden*“³²⁹ (Strukturgestaltungsziel).

BERT RÜRUP (1998) formuliert es kurz: „*Strukturpolitik will sektoral die Entwicklung und die Anteile einzelner Industrien an den gesamtwirtschaftlichen Größen beeinflussen. Dabei sollen strukturkonservierende Maßnahmen vermieden und strukturfördernde Politiken angestrebt werden.*“³³⁰ Im folgenden wird deshalb untersucht, in welche Richtung der Strukturwandel in Westdeutschland geht und wie Strukturpolitik nach Ansicht führender Experten aussehen sollte.

5.1.5 Strukturwandel in Westdeutschland und Erklärungsansätze

5.1.5.1 Drei-Sektoren-Hypothese

Es gibt zwar keine allgemeine Theorie des Strukturwandels – sie hätte die relative Bedeutung der einzelnen Bestimmungsfaktoren des Strukturwandels und die Abhängigkeit zwischen ihnen zu erklären – jedoch entwickeln sich Volkswirtschaften häufig nach typischen Strukturmustern. Die klassische *Drei-Sektoren-Hypothese*, die FISHER, CLARK und FOURASTIÉ bereits vor einem halben Jahrhundert aufgestellt haben, deutet die wirtschaftliche Entwicklung als Abfolge eines primären Stadiums, in dem Urproduktion vorherrscht, eines sekundären Stadiums, in dem die handwerkliche und industrielle Sachgüterproduktion dominieren und eines tertiären Stadiums, in dem größtenteils Dienst-

³²⁸ Vgl. Deutscher Bundestag (1970a).

³²⁹ Bundesregierung (1969), S. 4.

³³⁰ RÜRUP (1998), S. 276.

leistungen erbracht werden.³³¹ JEAN FOURASTIÉ prognostizierte bereits vor vierzig Jahren auf lange Sicht eine Schrumpfung des Beschäftigtenanteils des sekundären Sektors auf zehn Prozent und einen Anstieg des tertiären Sektors auf achtzig Prozent.³³²

Erfahrungsgemäß wird der primäre Sektor mit zunehmendem Pro-Kopf-Einkommen zunächst vom sekundären und beide schließlich vom tertiären Sektor zurückdrängt.³³³ Eine kontinuierliche Verschiebung der Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteile vom Industrie- zum Dienstleistungssektor wurde in vielen der heutigen Industrieländer empirisch bestätigt und ist auch in Westdeutschland seit den sechziger Jahren zu beobachten.

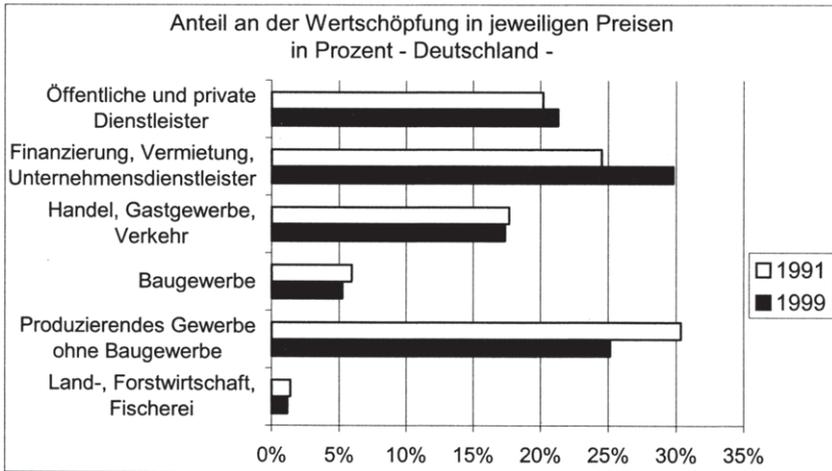


Abbildung 5-2: Veränderung der sektoralen Anteile an der BWS in Deutschland³³⁴

³³¹ Die Drei-Sektoren-Hypothese wurde von ALLAN G. B. FISHER (1939) auf Basis empirischer Untersuchungen entwickelt. Weiterentwickelt wurde sie von COLIN CLARK (1940) und JEAN FOURASTIÉ (1949). Vgl. MEIBNER/FASSING (1989), S. 107ff., FELS/SCHMIDT (1980), S. 188ff. Die in der Literatur gebräuchliche Unterteilung der Sektoren in einen primären Agrarsektor, einen sekundären Industriesektor und einen tertiären Dienstleistungssektor bezieht sich auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

³³² Vgl. FOURASTIÉ (1967), S. 210ff., FOURASTIÉ (1954), S. 77ff.

³³³ Der Strukturwandel kann durch divergierende Einkommenselastizitäten erklärt werden. Die relative Bedeutung der einzelnen Sektoren hängt von der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens ab. Bei niedrigem Pro-Kopf-Einkommen dominiert der primäre Sektor, bei mittlerem Pro-Kopf-Einkommen der sekundäre Sektor und bei hohem Einkommen der tertiäre Sektor. Vgl. THUY (1994), S. 14ff., LÖBBE et al. (1993), S. 25, KLODT et al. (1994), S. 122f.

³³⁴ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des Statistischen Bundesamts.

Im letzten Jahrzehnt entwickelte sich die BWS vor allem im Bereich ‚Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister‘ deutlich positiv, und auch die öffentlichen und privaten Dienstleister verzeichneten Anteilsgewinne an der gesamten BWS in Deutschland. Wie von der Drei-Sektoren-Hypothese vorhergesagt, sanken die Wertschöpfungsanteile des primären und des sekundären Sektors. Ursächlich für den sektoralen Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft (Tertiarisierung) könnten Veränderungen der Nachfragestruktur (Nachfrage-Bias) oder auch unterschiedliche Produktivitätsfortschritte im sekundären und tertiären Sektor (Produktivitäts-Bias) sein.³³⁵

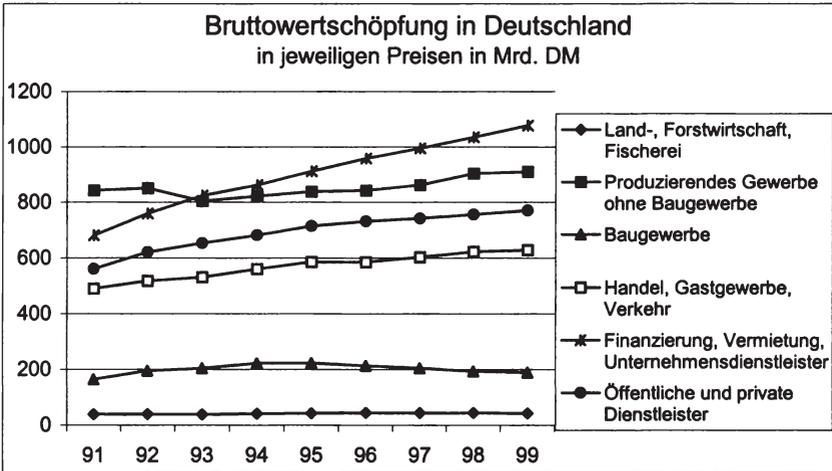


Abbildung 5-3: Entwicklung der BWS nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland³³⁴

5.1.5.2 Nachfrage-Bias

Da der relative Konsumanteil von Dienstleistungen mit steigendem Einkommen zunimmt, ist die Einkommenselastizität der Nachfrage größer als eins. Der Nachfrage-Bias besagt, dass bei höherer Einkommenselastizität der Nachfrage nach Dienstleistungen diese sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber Industrieprodukten relativ verteuern. Dies macht eine Ressourcenallokation zugunsten des Dienstleistungssektors rentabel, so dass der Anteil der Dienstleistungen an der gesamtwirtschaftlichen Produktion steigt. Diese Anpassung an die veränderten relativen Preise resultiert in einem steigenden Anteil

³³⁵ Vgl. KLODT (1990), S. 298, FRANZMEYER (1994).

³³⁶ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des Statistischen Bundesamts.

des Dienstleistungssektors an der Beschäftigung sowie an der nominalen und etwas geringer auch an der realen BWS.³³⁷

5.1.5.3 *Produktivitäts-Bias*

Der Produktivitäts-Bias geht von einem niedrigeren Produktivitätsfortschritt im Dienstleistungssektor aus, der mit dem geringeren Automatisierungs- und Rationalisierungspotential bei Dienstleistungen erklärt wird. Bei identischen Faktorpreisen werden sich auch infolge dieses Bias die Dienstleistungen relativ verteuern. Diese relative Steigerung der Produktionskosten im tertiären Sektor führt zu einer relativen Senkung der Dienstleistungsproduktion, so dass der Beitrag des tertiären Sektors zur realen BWS infolge des Produktivitäts-Bias tendenziell abnimmt. Während der Produktivitäts-Bias auf die reale Wertschöpfungsstruktur genau entgegen dem Nachfrage-Bias wirkt, ist seine Wirkung auf die nominale Wertschöpfung und die Beschäftigung unbestimmt, da der Senkung der Mengenanteile des tertiären Sektors eine Erhöhung ihrer relativen Preise gegenübersteht.³³⁸ Wenn der Nachfrage-Bias nicht gänzlich vom Produktivitäts-Bias dominiert wird, dann steigt der Anteil des tertiären Sektors an der nominalen Wertschöpfung und am Faktoreinsatz, während die Entwicklung der realen Wertschöpfungsanteile ungewiss ist.

Bis Anfang der siebziger Jahre blieb der Anteil des tertiären Sektors an der realen BWS in Deutschland konstant, während der Anteil der Dienstleistungen an der nominalen BWS und der Beschäftigung kontinuierlich zunahm. NICHOLAS KALDOR (1966) sieht in diesem klassischen Strukturmuster einen Zusammenhang zwischen einem hohen Dienstleistungsanteil und relativ niedrigen Wachstumsraten. Ein hoher Anteil des tertiären Sektors ist für KALDOR ein Kennzeichen einer reifen Volkswirtschaft. Solange das im industriellen Sektor liegende Wachstums- und Produktivitätspotential nicht hinreichend ausgeschöpft sei, sollte laut KALDOR (1966) eine erfolgreiche Strukturpolitik vor allem beim industriellen Sektor ansetzen. Die Absorption von Arbeitskräften im Dienstleistungssektor sollte dann gebremst werden, um dadurch den industriellen Sektor und damit das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu revitalisieren.³³⁹

³³⁷ Vgl. STAMER (1999), S. 64. Die Deutsche Bundesbank ermittelte 1996 für Westdeutschland Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach Dienstleistungen von 1,5 und höher. Dass der Dienstleistungsanteil (ohne Handel und Staat) am privaten Verbrauch zwischen 1980 bis 1995 nominal um 6,5 und real nur um 1,6 Prozentpunkte stieg, deutet ebenfalls auf eine Einkommenselastizität der Nachfrage nach Dienstleistungen von größer als eins.

³³⁸ Vgl. STAMER (1999), S. 64.

³³⁹ Vgl. KLODT (1995), S. 297.

Seit Anfang der siebziger Jahre ist ein neues Strukturmuster zu beobachten: Der Anteil des tertiären Sektors an der realen BWS steigt nun parallel zum Anteil der Dienstleistungen an der nominalen BWS und an der Beschäftigung. Dass sich die relative Preisposition des tertiären Sektors gegenüber dem primären und sekundären Sektor seit Mitte der siebziger Jahre kaum noch erhöht, deutet auf ein Verschwinden des Produktivitäts-Bias.³⁴⁰

Tabelle 5-1: Sektorale Arbeitsproduktivität in Westdeutschland 1970-95³⁴¹

Zeitraum	Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten der realen Wertschöpfung je Erwerbstätigenstunde in %		
	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
1970-80	6,5	3,8	3,6
1980-90	5,8	2,2	2,9
1990-95	4,9	1,7	1,8
1970-95	5,9	2,8	3,0

Die ehemals geringere Produktivitätssteigerung des tertiären Sektors, die einer Ausweitung des Dienstleistungsanteils an der realen BWS entgegenstand, ist mittlerweile aufgehoben, wobei das Produktivitätswachstum in allen Sektoren abnahm.³⁴²

5.1.5.4 Strukturverschiebungen im Dienstleistungssektor

Bei einer feineren Disaggregation der ökonomischen Aktivitäten sind nicht nur Verschiebungen der Wertschöpfungsanteile vom Industrie- zum Dienstleistungssektor, sondern auch innerhalb der Sektoren zu beobachten.³⁴³ Während im ganzen Industriesektor Produktivitätssteigerungen relativ kontinuierlich (mit branchenspezifisch unterschiedlichen Wachstumsraten) verlaufen, differenziert sich der Dienstleistungssektor in zwei Gruppen. Bereiche wie die Telekommunikation weisen mit der Industrie vergleichbare bzw. sogar höhere Produktivitätssteigerungen auf, während in anderen Bereichen, wie z.B. bei Gaststätten und Hotels, die Produktivität sinkt. Hier wird offenbar, dass der Dienstleistungssektor in der amtlichen Statistik lediglich eine Restgröße ist, die negativ bestimmt ist als Nicht-Urproduktion und Nicht-Industrie. Einzelne Dienstleis-

³⁴⁰ Vgl. KLODT (1995), S. 299.

³⁴¹ Quelle: GRÖMLING/LICHTBLAU (1997), S. 10.

³⁴² 1960-72 stieg die Produktivität im primären und sekundären Sektor jahresdurchschnittlich um 4,1% und nahm im tertiären Sektor nur um 2,8% zu. 1973-92 hatte sich die Produktivitätssteigerung in allen Sektoren auf durchschnittlich 1,8% angeglichen. Vgl. KLODT (1995), S. 299, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), Fachserie 18: VGR, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen, Hauptbericht.

³⁴³ Vgl. STAMER (1999), S. 63.

tungsbereiche sind höchst unterschiedlich mit den anderen Bereichen, aber auch untereinander arbeitsteilig verflochten, weshalb der tertiäre Sektor keinesfalls ein homogenes oder gar wirtschaftspolitisch handhabbares Makro-Aggregat darstellt. Der Dienstleistungssektor ist letztlich eine statistische Residualkategorie, die eine Palette heterogener Wirtschaftsbereiche umfasst, die nicht der Landwirtschaft und nicht der Industrie zugeordnet werden können. Seine äußerst heterogenen Wirtschaftszweige, Tätigkeiten und Berufe erschweren eine zufriedenstellende Charakterisierung, Abgrenzung und Erfassung der Teilbereiche des Dienstleistungssektors.³⁴⁴

BHAGWATI (1984) schlägt eine Unterscheidung zwischen gebundenen und ungebundenen Dienstleistungen vor, um deren unterschiedliche Produktivitätspotentiale zu erfassen.

- **Gebundene Dienstleistungen** erfordern eine gewisse räumliche Nähe zwischen Produzenten und Konsumenten. Bei ihnen bestehen nur begrenzte Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung, da der unmittelbare Arbeitseinsatz des Produzenten oftmals den eigentlichen Kern der Dienstleistung ausmacht.
- **Ungebundene Dienstleistungen** können dagegen auch über größere Distanzen hinweg erbracht werden, etwa durch schriftlichen Kontakt oder mit Hilfe der Telekommunikation. Der technische Fortschritt schafft aufgrund der relativen Verbilligung der Informationstechniken beträchtliche Produktivitätspotentiale bei den ungebundenen Dienstleistungen, denn diese sind letztlich Informationen, die erstellt, gesammelt, ausgewertet und weitergeleitet werden.

Vorbehaltlich der angesichts des technischen Fortschritts fließenden Grenzen zwischen gebundenen und ungebundenen Dienstleistungen, werden den *gebundenen Dienstleistungen* zugeordnet: Groß- und Einzelhandel, Verkehr, Gastgewerbe, Heime, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheits- und Veterinärwesen, und den *ungebundenen Dienstleistungen*: Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungen und übrige Dienstleistungen.³⁴⁵

Seit 1970 beruht die Tertiarisierung *in Deutschland* auf der **Expansion der ungebundenen Dienstleistungen**, während der Anteil der gebundenen Dienstleistungen an der realen Wertschöpfung weitgehend konstant bleibt.³⁴⁶ *Seit den*

³⁴⁴ Vgl. HÄUBERMANN/SIEBEL (1995), S. 148.

³⁴⁵ Vgl. KLODT et al. (1997), S. 32.

³⁴⁶ Gebundene Dienstleistungen mit niedriger Produktivität leisteten dagegen einen signifikanten Beitrag zum Beschäftigungswunder der amerikanischen Wirtschaft. So arbeiten in

achtziger Jahren entwickelt sich die Arbeitsproduktivität bei den ungebundenen Dienstleistungen deutlich günstiger als im Verarbeitenden Gewerbe, so dass die Arbeitsproduktivität im tertiären Sektor insgesamt stärker steigt als im sekundären Sektor. Grund hierfür ist insbesondere der **intensive Einsatz von IuK-Techniken, der Größen- und Verbundvorteile nutzt und die Handelbarkeit von ungebundenen Dienstleistungen erhöht**.³⁴⁷ Von der erhöhten Handelbarkeit profitiert z.B. die Finanz-, die Leasing- und die Medienbranche. In Deutschland ist der Strukturwandel bereits stärker als in anderen Ländern von Anteilsverschiebungen zugunsten der ungebundenen Dienstleistungen getragen worden. Bei den ungebundenen Dienstleistungen wurde die Kapitalintensität deutlich erhöht, und dennoch konnte die Wertschöpfung derart gesteigert werden, dass sich die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich jährlich um fast 3% erhöhte.³⁴⁸ Der Anteil ungebundener Dienstleistungen am tertiären Sektor erhöhte sich zwischen 1970 und 1994 um 6 Prozentpunkte von 30,7% auf 36,7%. Angesichts der sich i.d.R. nur langsam ändernden sektoralen Strukturen stellt diese Steigerung eine gravierende Strukturanpassung dar. Innerhalb der ungebundenen Dienstleistungen verzeichnen vor allem die sog. ‚übrigen Dienstleistungen‘ hohe Produktivitätssteigerungen und haben neben hohen Wachstumsraten auch ein großes Beschäftigungspotential.

5.1.5.5 Strukturverschiebungen in der Nachfrage

Ohne Produktivitäts-Bias werden die Anteile der drei Sektoren an der nominalen BWS primär von der Nachfrageseite bestimmt, während unterschiedliche Produktivitätspotentiale für die Anteilsverschiebungen zwischen dem Industrie- und dem Dienstleistungssektor nur noch eine geringe Rolle spielen (neues Strukturmuster).

5.1.5.5.1 Nachfrage der privaten Haushalte

Das Konsumverhalten der privaten Haushalte ist nicht allein Ausdruck eines höheren Pro-Kopf-Einkommens, sondern auch der gesellschaftliche Wertewandel bewirkt ein *verändertes Konsumverhalten*, konkret eine zunehmende Nachfrage nach Dienstleistungen. Ein *Großteil* der veränderten Nachfrage der privaten Haushalte bezieht sich dabei auf *personenbezogene (gebundene) Dienst-*

den USA über 7 Mio. Menschen in Restaurants und Schnellimbissen, d.h. etwa 6% aller Arbeitskräfte. Vgl. GAUER/ SCRIBA (1998), S. 114ff.

³⁴⁷ Ein größerer Anteil des gesamtwirtschaftlichen IuK-Anlagevermögen wird in Dienstleistungsbereichen eingesetzt, jedoch ist die IuK-Kapitalintensität im Durchschnitt der letzten zwei Jahrzehnte im Industriesektor stärker gestiegen. Vgl. FAUST et al. (1999), S. 23.

³⁴⁸ Vgl. KLODT et al. (1997), S. 33.

leistungen, die einer gewissen räumlichen Nähe zwischen Produzenten und Konsumenten bedürfen:

- Die demographische Entwicklung und der medizinische Fortschritt erhöhen die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen,
- die verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen resultiert in einer erhöhten Nachfrage nach Hausarbeit substituierenden Dienstleistungen,
- der Wertewandel von der Arbeits- zur Erlebniswelt verstärkt die Nachfrage nach Dienstleistungen in Kultur, Unterhaltung, Sport, Gastronomie und Tourismus,
- Vermögensbesitzer fragen verstärkt Finanzdienstleistungen und Versicherungen nach,
- staatlich induziert entstehen neue Märkte für private Rentenversicherungen, ökologische Dienstleistungen gemäß Umweltschutzbestimmungen, Pflegedienste im Zuge der Pflegeversicherung etc.

Dienstleistungen mit hohem Qualifikationsniveau bieten in Deutschland ein großes Beschäftigungspotential. Bislang konzentriert sich die Nachfrage der privaten Haushalte zwar noch auf Leistungen des primären und sekundären Sektors einschließlich des Handels, letztere verzeichnen jedoch langfristig sinkende Anteile an den privaten Konsumausgaben.

Tabelle 5-2: Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland³⁴⁹

	Konsum in Mrd. DM	Anteil in %	Anteilsveränderung 1991-99 in Prozentpunkten	
Land-, Forstwirtschaft	10,4	0,5%		-0,1
Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Bau	108,4	5,1%		-1,1
Energie-, Wasserversorgung	61,7	2,9%		-0,1
KfZ-Handel, -Reparaturen, Tankstellen	253,5	12,0%		-0,3
Einzelhandel (ohne KfZ)	684,2	32,3%		-5,0
Großhandel (ohne KfZ)	43,5	2,1%		-0,6
Gastgewerbe	93,6	4,4%		-0,9
Verkehr, Nachrichten	106,9	5,0%		0,5
Banken, Versicherungen	80,8	3,8%		0,7
Grundstücks-, Wohnungswesen	467,6	22,1%		5,6
Öffentliche und private Dienstleister	208,3	9,8%		1,3
<i>Konsumausgaben im Inland</i>	<i>2.118,9</i>	<i>100,0%</i>		

³⁴⁹ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des Statistischen Bundesamts. In der Tabelle ist ein Großteil des privaten Verbrauchs an industriellen und agrarischen Gütern unter den distributiven Bereichen Handel, Grundstücks- und Wohnungswesen erfasst.

Der private Konsum begünstigt zwar die Ausweitung des Dienstleistungssektors, die Struktur des privaten Verbrauchs ist aber wesentlich stabiler als die Wertschöpfungsanteile der einzelnen Sektoren. Der Dienstleistungsanteil am privaten Konsum stieg von 1980-95 real um 1,6 Prozentpunkte und nominal um 6,5 Prozentpunkte, wobei innerhalb des Dienstleistungssektors Banken, Versicherungen und sonstige Dienstleistungsunternehmen mit real 1,2 und nominal 5,2 Prozentpunkten die größten Anteilsgewinne verbuchten.³⁵⁰

Dass der Anteil des Dienstleistungssektors an der nominalen Bruttowertschöpfung fast zwei Drittel beträgt, während nur etwa ein Drittel des privaten Konsums Dienstleistungen sind, zeigt, dass die *Tertiarisierung bislang weniger auf Veränderungen der Nachfrage der privaten Haushalte*, sondern *vielmehr auf Strukturverschiebungen bei den Unternehmen zurückzuführen* ist.

5.1.5.5.2 Nachfrage der Unternehmen

Der Strukturwandel verändert die Struktur der Endnachfrage der Unternehmen und die Zusammensetzung der eingesetzten Vorleistungen. Der Anteil der Vorleistungen am Bruttoproduktionswert ist mit rund 50% im Durchschnitt aller Branchen bedeutend, und im sekundären Sektor ist er mit über 60% sogar noch höher. Die Vorleistungsnachfrage der Unternehmen verändert sich infolge veränderter Nachfragepräferenzen der Endverbraucher, einer zunehmenden Produktkomplexität sowie technischer und organisatorischer Veränderungen des Produktionsprozesses, die einher gehen mit Änderungen der Wertschöpfungstiefe und der Substitutionsprozesse zwischen inländischen und importierten Vorleistungen.³⁵¹

Unternehmen versuchen ihre Produktionsaktivitäten und den Einsatz von Vorleistungen so zu organisieren, dass unter Einhaltung der Qualitätsziele die Kosten der Produktion minimiert werden. Sie lagern vormals selber hergestellte Dienstleistungen aus, um durch Auslagerung etwa Spezialisierungs-, Größen- und Kostenvorteile externer Anbieter zu nutzen. Außerdem zwingt eine differenziertere Nachfrage und kürzere Produktlebenszyklen die Unternehmen dazu, vermehrt Dienstleistungen als intelligente Vorprodukte einzusetzen, um am Markt mit innovativen, kundenorientierten Produkten zu bestehen. Die Auslagerung bestimmter Prozesselemente aus der unternehmensinternen Wertschöpfungskette verringert die Wertschöpfungstiefe und spiegelt sich letztlich in einem erhöhten Anteil am Bruttoproduktionswert der jeweiligen Branche wider. In seinem jüngsten Strukturbericht erkennt das DIW für die deutsche Wirtschaft

³⁵⁰ Vgl. KLODT et al. (1997), S. 41, GRÖMLING/LICHTBLAU (1997), S. 43.

³⁵¹ Vgl. DIW (1998), S. 269f.

und auch für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt keine „*dominierende Tendenz zu einer Veränderung der Wertschöpfungstiefe*“.³⁵² Während in gewichtigen Branchen, wie dem Maschinenbau, zwischen 1980 und 1993 keine deutlichen Veränderungen messbar waren, war in anderen Bereichen, wie etwa dem Straßenfahrzeugbau und dem Bekleidungs-gewerbe, eine Verringerung der Wertschöpfungstiefe und eine Internationalisierung der Vorleistungsbezüge zu beobachten.³⁵³ ***Allen Branchen gemeinsam ist ein starkes Vordringen der Dienstleistungen, deren Gewicht am Bruttoproduktionswert in allen Branchen zugenommen hat.***³⁵⁴ Gewinner im Strukturwandel bei den Vorleistungen waren die ‚übrigen marktbestimmten Dienstleistungen‘, deren Anteil am Bruttoproduktionswert von 10,2% in 1980 auf 17,9% in 1993 stieg.³⁵⁵ Zu den ‚übrigen marktbestimmten Dienstleistungen‘ zählen die Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungen, der Gebäude- und Wohnungsvermietung, des Gastgewerbes und der Heime, der Wissenschaft, Kultur und Verlage, des Gesundheits- und Veterinärwesens sowie die ‚sonstigen marktbestimmten Dienstleistungen‘. Den absolut größten Zuwachs innerhalb des Aggregats der ‚übrigen marktbestimmten Dienstleistungen‘ verzeichneten die ‚sonstigen marktbestimmten Dienstleistungen‘, deren Anteil am Bruttoproduktionswert sich von 1980-93 von 4,5% auf 9,6% mehr als verdoppelte. Sehr hohe Zuwachsraten hatten auch die ‚Dienstleistungen der Gebäude- und Wohnungsvermietung‘ (0,8% auf 2,0%) und die ‚Dienstleistungen der Wissenschaft, Kultur und Verlage‘ (0,5% auf 0,9%).

Festzustellen ist, dass in Deutschland seit Jahren ***auch bei den Vorleistungen*** anteilmäßig ein ***Rückgang des Verarbeitenden Gewerbes***³⁵⁶ und eine ***Zunahme des Dienstleistungsbereichs*** zu beobachten ist.

Statistisch erscheint die Tertiarisierung als sektorale Strukturverschiebung. Dies bedeutet jedoch weniger, dass Dienstleistungen an die Stelle industrieller Produkte treten, sondern vielmehr, dass qualitativ neuartige Güter alte Güter verdrängen, wobei es im Rahmen der Wertschöpfung zu einer zunehmenden Verflechtung der Wirtschaftssektoren kommt. Der sektorübergreifende Wandel der

³⁵² DIW (1998), S. 282.

³⁵³ Vgl. DIW (1998), S. 293.

³⁵⁴ Vgl. DIW (1998), S. 378.

³⁵⁵ Vgl. DIW (1998), S. 379.

³⁵⁶ Der Anteil der Vorleistungsgüter aus dem Verarbeitenden Gewerbe am Bruttoproduktionswert aller Branchen sank zwischen 1991 und 93, u.a. bedingt durch die Deindustrialisierung in Ostdeutschland, von 22,0% auf 18,6% um 3,4 Prozentpunkte. Im gesamten Zeitraum 1980-90 sank dieser Anteil dagegen nur von 26,2% auf 23,1%, d.h. um 3,1 Prozentpunkte. Vgl. DIW (1998), S. 379.

Produktionsstrukturen bezweckt innovative Produkte und vernetzte Produktionsprozesse und wird getrieben vom verstärkten Wettbewerbsdruck in einer zunehmend globalisierten und vernetzten Weltökonomie. Eng verbunden mit der Tertiarisierung ist die Globalisierung der Wirtschaft, die ähnliche Anforderungen an den langfristigen Strukturwandel stellt. Da insbesondere arbeitsintensive Produktionsschritte ins Ausland verlagert werden, die relativ weniger intelligente Dienstleistungen als Vorleistungen einsetzen, bleiben am Hochlohnstandort Deutschland vor allem humankapitalintensive Dienstleistungen wettbewerbsfähig.

Der Strukturwandel geht mit einer zunehmenden Verzahnung von Industrie und Dienstleistungen einher. Statistisch gesehen erscheint die Auslagerung ehemals selbsterstellter produktionsbezogener Dienstleistungen und die zunehmende Informatisierung der Wertschöpfungsprozesse als Schrumpfung des industriellen Sektors und als Wachstum des Dienstleistungssektors, obwohl sich an der Bedeutung industrieller Güter vergleichsweise wenig verändert. Die wechselseitige Durchdringung von sekundärem und tertiärem Sektor manifestiert sich denn auch nicht nur in einer Tertiarisierung der Industrie, sondern auch in einer Industrialisierung der Dienstleistungen. Dienstleistungen sind dabei häufig nur ein Zwischenstadium auf dem Weg zu ihrer Re-Industrialisierung. Beispielsweise werden kommunikative Leistungen, das Paradebeispiel für das „un-actu“-Prinzip der Dienstleistungen, als Industriegüter in Form von CDs, DVDs, Videos etc. vermarktet.³⁵⁷ Das DIW (1998, 338) bemerkt in seinem Strukturbericht, dass sich Schlussfolgerungen von der sektoralen Klassifikation lösen müssen, um den Strukturwandel in all seinen Facetten gerecht zu werden, da die klassifikationsbedingte scharfe sektorale Abgrenzung zwischen Industrie und Dienstleistungen die zunehmenden synergetischen Zusammenhänge überdeckt. Wenn die Landwirtschaft industrialisiert, die Industrie tertiarisiert und die Dienstleistung verstofflicht wird, macht die klassische sektorale Abgrenzung immer weniger Sinn.

In der Industrie findet eine Tertiarisierung statt, und in Dienstleistungsbereichen ist umgekehrt auch eine Industrialisierung der Leistungserstellung zu beobachten.³⁵⁸ Bei diesem Strukturwandel spielt die IuK-Technik eine wesentliche Rolle. Die **zunehmende Transaktion zwischen Industrie und Dienstleistungsanbietern**, die kundenorientierte flexible Produktion und zunehmende Serviceanforderungen **erfordern leistungsfähige Anbieter für** die Sammlung, Aufbereitung und Weiterleitung von Informationen sowie andere **unternehmensbezoge-**

³⁵⁷ Vgl. HÄUBERMANN/SIEBEL (1995), S. 144ff., HACK (1988), S. 22.

³⁵⁸ Vgl. DIW (1998), S. 338.

ne Dienstleistungen.³⁵⁹ Angesichts der zunehmenden Verflechtung von Industrie- und Dienstleistungssektor und der rasanten technischen Entwicklung verhalten sich dynamische *Existenzgründungen und etablierte Großunternehmen häufig komplementär* und nicht substitutiv zueinander.

5.1.6 Strukturpolitische Empfehlungen der Wirtschaftsforschungsinstitute

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik Deutschland sind seit Ende der siebziger Jahre von der Bundesregierung mit einer regelmäßigen Strukturberichterstattung beauftragt, in der sie Ursache, Richtung und Dynamik des sektoralen Strukturwandels in Deutschland analysieren.³⁶⁰ Die Empfehlungen der Wirtschaftsforschungsinstitute stehen dabei nicht unwiderprüflich fest, sondern spiegeln auch die bereits angesprochene, teilweise kontroverse strukturpolitische Diskussion wider.³⁶¹

Einerseits betonen DIW/IfW (1999), dass für die Wohlfahrtswirkung von Subventionen nicht nur ihr Umfang, sondern insbesondere auch der Grad der Selektivität entscheidend ist, und dies eine Diskriminierung von Wirtschaftsbereichen erfordert. Beim Subventionsabbau wird der Aspekt der Selektivität nach Ansicht der Experten von DIW und IfW zu wenig beachtet, denn *ohne Selektivität hat Subventionspolitik keine positiven realwirtschaftlichen Auswirkungen*.³⁶² Wie selektiv Subventionen in die Wirtschaftsstruktur eingreifen, lässt sich daran ablesen, inwieweit sie auf bestimmte Wirtschaftszweige zugeschnitten und inwieweit sie sektorübergreifend ausgestaltet sind.³⁶³

Andererseits schreibt HÄRTEL et al. (1989) vom Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg, dass es zwischen der makroökonomischen Ebene, auf welcher der Staat durch Globalsteuerung Einfluss nimmt, und der mikroökonomischen Ebene, die zu regeln Aufgabe der Ordnungspolitik ist, keine Mesoebene gibt, auf welcher der Staat zur Erreichung gesamtwirtschaftlicher Ziele Lenkungsaufgaben wahrnehmen müsste oder könnte.³⁶⁴ HÄRTELS These entspricht der von HAYEK, der eine antizipatorische Strukturpolitik ablehnt, da es dem

³⁵⁹ Vgl. SCHADEN et al. (2000), S. 99.

³⁶⁰ Beauftragt sind das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München, das Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg und das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle.

³⁶¹ S.o.: 5.1.3 Strukturpolitische Diskussion.

³⁶² Vgl. DIW/ IfW (1999), S. 6.

³⁶³ Vgl. DIW/ IfW (1999), S. 13.

³⁶⁴ Vgl. HÄRTEL et al. (1989), S. 200f., 233.

Staat nicht möglich sei, eine optimale Wirtschaftsstruktur vorzugeben, die Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs sei. Entsprechend wären Existenzgründungshilfen als Instrument der Strukturpolitik zu verneinen. Existenzgründungshilfen zur Kompensation von Marktversagen wären zulässig, nicht jedoch strukturpolitische Maßnahmen, die primär auf die Beeinflussung, Gestaltung oder Festlegung der Wirtschaftsstruktur abzielen.³⁶⁵

Im folgenden wird nicht HAYEK, sondern werden die strukturpolitischen Grundsätze der Bundesregierung zugrunde gelegt, die eine *antizipatorische Strukturpolitik* befürworten, und die erfordert laut DIW/IfW (1999) eine *Selektion bestimmter Wirtschaftsbereiche*. Entscheidend für die Wohlfahrtswirkung von Subventionen ist nicht nur ihr Umfang, sondern insbesondere auch der Grad der Selektivität, und dies erfordert eine Diskriminierung von Wirtschaftsbereichen, denn Subventionspolitik ohne Selektivität hat keine positiven realwirtschaftlichen Auswirkungen.³⁶⁶

Wie selektiv Subventionen in die Wirtschaftsstruktur eingreifen, lässt sich daran ablesen, inwieweit sie auf bestimmte Wirtschaftszweige zugeschnitten und inwieweit sie sektorübergreifend ausgestaltet sind.³⁶⁷ Insbesondere bremst Subventionspolitik den Strukturwandel, wenn sie vorrangig solche Branchen begünstigt, die zu den Verlierern im Strukturwandel zählen.³⁶⁸ Existenzgründungshilfen sollten nicht konzentriert an Unternehmen mit traditionellen Geschäftskonzepten vergeben werden, sondern innovatives Verhalten fördern und die Rahmenbedingungen für den Leistungswettbewerb verbessern, so dass verstärkte Innovationsanreize für etablierte und junge Unternehmen entstehen.

Welche Richtung der Strukturwandel nach Meinung der Experten zukünftig einschlagen wird und ob Existenzgründungshilfen eine entsprechende Selektivität aufweisen, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen.

³⁶⁵ Laut HÄRTEL et al. (1989) können nationale Strukturmuster durch internationalen Strukturvergleich auch nicht als gesamtwirtschaftlich angemessen oder unangemessen bewertet werden, denn erstens sind selbst Länder mit annähernd gleichem Entwicklungsstand und ähnlicher Ressourcenausstattung nicht nach dem gleichen Muster zu beurteilen, und zweitens geht der Strukturwandel immer mehr über die amtlich gezogenen Branchengrenzen hinweg, so dass kein enger Zusammenhang zwischen sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung besteht. „*So ist in Deutschland das Druckgewerbe keine Wachstumsbranche, wohl aber der Fahrzeugbau, und in Italien blühen Produktionszweige, die anderswo zum Schrumpfen verurteilt sind.*“ HÄRTEL et al. (1989), S. 200.

³⁶⁶ Vgl. DIW/ IfW (1999), S. 6. Demnach wird der Aspekt der Selektivität auch beim Subventionsabbau meist zu wenig beachtet.

³⁶⁷ Vgl. DIW/ IfW (1999), S. 13.

³⁶⁸ Vgl. DIW/ IfW (1999), S. 17.

5.1.6.1 Anzustrebender Strukturwandel in Deutschland

In hoch entwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland ist der anzustrebende Strukturwandel unklar, zumal ihnen ein bereits erprobtes Entwicklungsleitbild fehlt.³⁶⁹ Der Strukturwandel muss von ihnen erst entdeckt und durch eigene Erfahrungen schrittweise vorangebracht werden.

Der Strukturwandel soll eine gesamtwirtschaftlich effiziente Allokation der Ressourcen bewirken. Entscheidend sind dabei die Richtung und die Geschwindigkeit des sektoralen Strukturwandels. *Erstens soll sich die Wirtschaftsstruktur stets in Richtung zukunftsfruchtiger Wachstumsbranchen wandeln, und zweitens sollen Anpassungsverzögerungen und Strukturbrüche vermieden werden.* Unter der Voraussetzung, dass die Produktionsstruktur zur Nachfragestruktur passt, sollte sich der Strukturwandel in Richtung der Sektoren mit relativ großen Produktivitätsfortschritten vollziehen.³⁷⁰

In seinem 2000er Strukturbericht untersucht das Ifo-Institut, wie Globalisierung und IuK-Technologien den Strukturwandel beschleunigen und die Wirtschaftspolitik vor neue Herausforderungen stellen.³⁷¹ Die wirtschaftliche Globalisierung erhöht Arbeitsteilung und Wettbewerbsdruck insbesondere im Bereich arbeitsintensiv gefertigter Industrieprodukte. Die unter Anpassungsdruck geratenen Industriezweige versuchen ihre Produktivität und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Substitution von Arbeit durch Kapital zu erhöhen, oder die Unternehmen geben die entsprechenden Geschäftsfelder ganz auf oder verlagern sie ins Ausland. Jede dieser Alternativen bedingt einen Beschäftigungsabbau im industriellen Sektor, wobei der internationale Preiswettbewerb besonders niedrig qualifizierte Industriearbeit betrifft.³⁷² Ceteris paribus kommt es zu einem relativen Anstieg der Beschäftigung im tertiären Sektor. *Zu einem absoluten Anstieg der Beschäftigung kommt es, wenn der tertiäre Sektor in der Lage ist, die aus dem Industriesektor freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen.*³⁷³ *Existenzgründungen im Dienstleistungsbereich könnten hierzu beitragen.* Im

³⁶⁹ Die zukünftige Nachfrage der privaten Haushalte und auch die Input- und Outputseite der Unternehmen ist in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft weniger voraussehbar als in einer weniger entwickelten Volkswirtschaft, in der sich die fortgeschrittene Wirtschaftsstruktur, die angestrebt wird, und die vorhandene Wirtschaftsstruktur deutlich unterscheiden.

³⁷⁰ Vgl. STAMER (1999), S. 63, KLODT (1995), S. 297ff., NEFIODOW (1994), S. 11ff., KÜLP et al. (1984), S. 12.

³⁷¹ Vgl. SCHADEN et al. (2000), S. 132ff.

³⁷² Nach KRUGMAN (1995, 349ff.) erfolgt die Anpassung bei flexiblen Faktorpreisen über den Lohnsatz (amerikanisches Modell) oder bei nach unten starren Löhnen über eine geringere Nachfrage nach gering qualifizierter Industriearbeit (europäisches Modell).

³⁷³ Vgl. SCHADEN et al. (2000), S. 132.

Rahmen einer antizipatorischen Strukturanpassungspolitik muss nach Ansicht des Ifo-Instituts aber auch die Qualität des zukünftigen Arbeitskräfteangebots so beeinflusst werden, dass sie den Anforderungen einer Dienstleistungsgesellschaft entspricht.³⁷⁴

Dienstleistungen, die den Faktor gering qualifizierte Arbeit relativ intensiv nutzen, sind im weitaus geringerem Maße internationalem Wettbewerbsdruck ausgesetzt als Waren. Entsprechend ist im Zeitraum 1980-96 einzig im Bereich der ‚sonstigen Dienstleistungen‘ ein Zuwachs der Beschäftigten ohne Berufsabschluss zu verzeichnen.³⁷⁵ Dass Dienstleistungen vielfach keiner nennenswerten Auslandskonkurrenz unterliegen und der gestiegene Importdruck, der sich in einer über dem Exportwachstum liegenden Wachstumsrate der Einfuhren niederschlägt, die Dienstleistungsbranche kaum tangiert, trägt laut RWI zur überdurchschnittlichen Entwicklung der Dienstleistungen bei.³⁷⁶

Nach Ansicht des DIW setzt die *Strukturpolitik in Deutschland keine klaren Signale* und *bremst den Strukturwandel eher als dass sie ihn fördert*. Nach wie vor dominiert die Alimentierung von unrentablen Produktionen, und dies senkt die gesamtwirtschaftliche Effizienz und bremst den Strukturwandel und das Wachstum. Strukturwandel und Wirtschaftswachstum sind nach Meinung der Experten unlöslich miteinander verknüpft. Vor allem der technische Fortschritt mit seinen Auswirkungen auf Investitionen und Ausbildung ist ein grundlegender Wachstumsfaktor.³⁷⁷ Ob sich Wachstum und Strukturwandel ohne starke Strukturbrücke und Unterauslastung des Produktionspotentials vollziehen, hängt entscheidend davon ab, wie sehr Unternehmen Marktchancen mit wettbewerbsfähigen Produkten nutzen. Dies verlangt von fortgeschrittenen Volkswirtschaften bzw. den Unternehmen, im SCHUMPETERSchen Sinne den Prozess schöpferischer Zerstörung voranzutreiben, mit neuen Produkten und Prozessen temporäre Monopolstellungen aufzubauen und Marktentwicklungen zu prägen. Der Globalisierungsprozess erweitert die unternehmerischen Möglichkeiten, Economies of Scale und Economies of Scope im weltweiten Maßstab zu verwirklichen und intensiviert gleichzeitig den Wettbewerb um Innovationen.³⁷⁸ Die entscheidende Aufgabe ist laut DIW, den Strukturwandel in Westdeutschland in Richtung auf höherwertige Tätigkeiten voranzutreiben. *Der*

³⁷⁴ Vgl. SCHADEN et al. (2000), S. 133.

³⁷⁵ Vgl. SCHADEN et al. (2000), S. 124.

³⁷⁶ Vgl. LÖBBE et al. (2000), S. 45.

³⁷⁷ S.o.: 2.4.2.3 Neue Wachstumstheorie.

³⁷⁸ Deren Nachahmbarkeit nimmt zu, temporäre Monopolstellungen sind schwieriger zu verteidigen und Patent- und Schutzrechte lassen sich weltweit nur schwer durchsetzen. Vgl. DIW (1998), S. 3f.

Strukturwandel zu mehr Dienstleistungsfunktionen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes und zu einem größeren Dienstleistungssektor ist zu akzeptieren und durch Umschichtung der staatlichen Förderung von strukturkonservierenden Subventionen hin zu investiven Ausgaben wie FuE, Ausbildung und Weiterbildung aktiv zu unterstützen.³⁷⁹

Der Strukturwandel zugunsten der Dienstleistungen ist nach wie vor prägend, jedoch sind Industrie und Dienstleistungen keinesfalls als Rivalen um Anteile einer bestimmten Wertschöpfung anzusehen, sondern ergänzen sich bei der Erstellung national und international wettbewerbsfähiger Güter. Zwischen Industrie- und Dienstleistungsbereich besteht ein komplementäres (synergetisches) Verhältnis im Vorleistungsbereich und dies unabhängig davon, ob die Vorleistungen intern oder extern erbracht werden. Unternehmensinterner wie auch intra- und intersektoraler Strukturwandel realisieren Kosten- und Effizienzvorteile. ***Das im Ländervergleich weit überdurchschnittliche sektorale Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland ist laut DIW (1998) Ausdruck seiner komparativen Stärken im internationalen Wettbewerb und nicht etwa Ergebnis versäumter Struktur Anpassungen.***³⁸⁰

Im 1995er Strukturbericht analysiert das Ifo-Institut die strukturelle Positionierung des deutschen Industriesektors im internationalen technologischen Wettbewerb und ermittelt dessen strukturellen Anpassungsbedarf.³⁸¹ Als Indikatoren dienen die internationalen Patentanmeldungen, denn diese stellen den Output der industriellen FuE dar und deuten auf das Potenzial der zukünftig zu erwartenden Innovationen.³⁸² Das Ifo-Institut zeigt, dass die technologischen Innovationen und die Entwicklung der Weltmärkte positiv korreliert sind. Die positive Korrelation wird erkennbar, wenn für die wichtigsten Branchen die jeweilige Wachstumsrate des Welthandels und das Wachstum der Erfindungen mit internationaler Patentanmeldung in der betreffenden Branche gegenübergestellt werden.³⁸³ Für alle Branchen ergibt sich im Untersuchungszeitraum sowohl für die

³⁷⁹ Vgl. DIW (1998), S. 341. Da sich diese Arbeit auf Westdeutschland konzentriert, wird auf die Förderung des Aufholprozesses in Ostdeutschland als Aufgabe der Strukturpolitik nicht näher eingegangen.

³⁸⁰ Vgl. DIW (1998), S. 337f.

³⁸¹ Vgl. HUMMEL et al. (1995).

³⁸² Ein Großteil der zum Patent angemeldeten Erfindungen wird nicht patentiert, und ein Großteil der Patente wird nicht kommerziell genutzt. Erfasst werden nur internationale Patentanmeldungen, die in mindestens zwei Ländern patentiert werden. Denn i.d.R. werden nur ökonomisch relevante Erfindungen international patentiert, da dies mit viel höheren Kosten für Übersetzungen, Patentanwälte etc. verbunden ist.

³⁸³ Das Ifo-Institut geht von einem Vorlauf der technologischen Entwicklung vor der Marktentwicklung von durchschnittlich drei Jahren aus und stellt daher die Welthandelsdaten der

Erfindungen als auch für den Welthandel eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von acht Prozent. Oberhalb dieser achtprozentigen Erfindungsrate liegen Branchen, die primär durch hochtechnologische Entwicklungen geprägt sind, im einzelnen *ADV und Bürotechnik* mit einem jahresdurchschnittlichen Erfindungswachstum von knapp 13%, *Kunststoffe* und *Elektroindustrie* mit jeweils knapp 11% sowie die *Chemische Industrie* mit fast 9%. Das weltweit geringste Patentwachstum verzeichnen *Schiffbau* und *Bergbau* mit jeweils knapp 1% und das *Hüttenwesen* mit knapp 2%. Das Erfindungswachstum und die Entwicklung der betreffenden Weltmärkte stehen in einem engen Zusammenhang. In den erfindungsreichsten Branchen *ADV und Bürotechnik, Kunststoffe* und *Elektroindustrie* steigt das Welthandelsvolumen überdurchschnittlich, während es bei *Schiffbau* und *Hüttenwesen* stagniert und sich im *Bergbau* nur unterdurchschnittlich entwickelt. Die Branchenstruktur der anwendungsorientierten Forschung ist also nicht nur für den Output patentrelevanter Erfindungen des betreffenden Landes insgesamt, sondern darüber hinaus für Exportchancen auf dem Weltmarkt von Bedeutung.

Tabelle 5-3 vergleicht die technologische Spezialisierung Deutschlands mit den Ländern der Triade und der Welt insgesamt.³⁸⁴ Der *Maschinenbau* bildet den Schwerpunkt der deutschen Spezialisierung mit dem größten Anteil im Branchen-Technologieportfolio. Aber auch für den *Straßenfahrzeugbau*, in der *Kunststoffverarbeitung* und im *Schienenfahrzeugbau* erreicht die deutsche Industrie eine Spezialisierung wie kein anderes Land der Triade. Im Bereich *Elektroindustrie* ist Deutschland hingegen, verglichen mit dem Weltdurchschnitt, sehr gering spezialisiert. Auch die Anteile der Erfindungen mit Relevanz für *Chemie, Feinmechanik, Optik* und *Uhren* waren im Beobachtungszeitraum in Deutschland erheblich geringer als weltweit.

Der Trend der Anteilsveränderungen lässt Richtung und Tempo des technologischen Strukturwandels erkennen, wie er sich aus der unterschiedlichen Dynamik der internationalen Patentanmeldung im Bereich der einzelnen Industriezweige ergibt. Den weltweit größten Zuwachs verzeichnen die Patentanmeldungen in den Industriezweigen *Nachrichtentechnik* (4,7%), *Gentechnik* (4,3%), *Elektronikbauelemente* (4,0%), *Unterhaltungselektronik* (3,8%) sowie *ADV und Bürotechnik* (3,4%). Stark sinken dagegen die Anteile der Patentanmeldungen

Jahre 1989-92 den internationalen Patentanmeldungen von 1986-89 gegenüber. Vgl. HUMMEL et al. (1995), S. 166ff.

³⁸⁴ Da sich das Branchen-Technologieportfolio eines Landes i.d.R. nur langsam ändert, werden – mangels neuerer Untersuchungen – hier noch die Ergebnisse des 1995er Strukturberichts verwendet.

in den Bereichen *Landmaschinen* (-6,0%), *Schiffbau* (-5,8%), *Walzwerkmaschinen* (-5,5%), *Hüttenwesen* (-5,2%), *Bergbau* (-5,0%) und *Gießereien* (-4,0%).

Tabelle 5-3: Branchen-Technologieportfolio im internationalen Vergleich nach den Erfindungen mit internationaler Patentanmeldung³⁸⁵

Industriezweige	Anteil der jeweils relevanten Erfindungen an den Erfindungen des betreffenden Ursprungslandes insgesamt [1992 in %]									
	Deutschland		EU		USA		Japan		Welt	
	Anteil	Trend	Anteil	Trend	Anteil	Trend	Anteil	Trend	Anteil	Trend
Luft- u. Raumfahrt	1,2		1,5		1,2		0,9		1,2	
Straßenfahrzeugbau	8,9	1,40	7,5	0,58	3,7		6,4	-2,18	5,7	
Maschinenbau	23,7	-0,76	20,7	-1,53	12,8	-3,36	13,9	-1,60	16,8	-2,48
darunter:										
- Landmaschinen	0,7	-3,06	0,6	-3,79	0,3	-7,03	0,1	-6,03	0,4	-6,02
- Werkzeugmaschinen	2,5		2,0	-1,62	1,3	-4,84	1,8	-2,16	1,8	-3,15
- Textilmaschinen	1,0		0,9		0,3	-3,25	0,7	-3,00	0,7	-2,86
- Nahrungs- u. Verpackungsm.	1,3	-1,68	1,4	-1,95	0,9	-2,69	0,6		1,0	-2,61
- Walzwerkmaschinen	0,4		0,3	-3,85	0,1	-9,40	0,3	-4,61	0,3	-5,46
- Holzbearbeitungsmaschinen	0,6		0,5		0,2		0,1		0,3	-2,18
- Druck- u. Papiermaschinen	1,5	4,04	0,9	2,25	0,4		0,4		0,6	
- Kraftmaschinen	0,6		0,5		0,5	-3,42	0,3	-5,10	0,5	-2,76
- Bau- und Baustoffmaschinen	0,7		0,6		0,2		0,3	5,30	0,5	
Feinmechanik, Optik, Uhren	7,8		8,0		11,4	1,70	10,0	-1,67	9,5	
Textilgewerbe	0,9		0,8		0,9		0,6		0,8	
Hüttenwesen	0,7	-2,38	0,6	-3,85	0,3	-7,24	0,8	-5,06	0,6	-5,16
Chemische Industrie	15,0		16,4	1,34	20,8		14,3		17,0	1,07
darunter:										
- Kunststoffe	4,0	2,71	3,2	2,50	3,6	-1,62	4,0	1,88	3,3	
- Pharmazeutika	1,9		3,2	1,81	4,9	3,95	2,3		3,6	2,53
- Gentechnik	1,3	3,16	2,0	5,02	3,7	5,11	1,4		2,4	4,26
Verarbeiten von Kunststoffen	3,0	3,21	2,5	1,39	1,9	-1,63	2,2	1,82	2,1	
Elektroindustrie	20,8	0,59	21,4	0,72	29,3	1,29	42,2	1,48	28,1	1,79
darunter:										
- Elektrizitätsversorgung	3,9		3,6		2,8	-2,11	4,0		3,3	-0,70
- Mess-/Regel-/Steuerungstechnik	3,5		3,1		2,7	-2,35	3,0	-3,20	2,9	-1,64
- Elektrische Haushaltsgeräte	0,9		0,9		0,5	-2,05	0,4	-3,30	0,7	
- Elektrische Kfz-Ausrüstungen	1,5		1,1		0,6		1,7	-2,64	1,0	
- Elektromedizin	0,4		0,4		0,7	4,88	0,3	-4,75	0,5	1,62
- Nachrichtentechnik	2,3	1,84	2,8	2,76	4,0	5,15	3,0	4,56	3,2	4,72
- Unterhaltungselektronik	1,0		1,4		2,0	3,82	4,1	2,11	2,2	3,84
- Bauelemente der Elektronik	1,2	1,44	1,2		2,9		5,7	5,32	2,8	4,04
- ADV und Bürotechnik	2,4		3,2	1,68	8,2	4,14	12,9	1,74	6,9	3,43
Gießereien	0,5	-3,29	0,5	-2,80	0,3	-3,60	0,5	-4,97	0,4	-4,07
Bergbau	0,5	-6,25	0,6	-4,63	1,1	-5,35	0,1	-9,43	0,7	-5,02
Schienenfahrzeuge	0,8		0,7		0,3	-5,43	0,4	-	0,5	
Schiffbau	0,3	-6,20	0,4	-6,81	0,3		0,2	-4,25	0,4	-5,76
Nahrungs- und Genussmittel	0,9	-2,51	1,3		1,4	-2,26	0,7	-3,45	1,3	-1,87
Ausgewählte Branchen insgesamt	85,1		82,8		85,5		93,2		85,1	
Alle Felder der Technik	100,0		100,0		100,0		100,0		100,0	

³⁸⁵ Quelle: HUMMEL et al. (1995), S. 173f.

„Trend“ bezeichnet die jährliche Veränderung der Anteile 1982-92 in Prozent, bezogen auf ihr arithmetisches Mittel.

Unter dem Gesichtspunkt des Branchenportfolios erreichte die deutsche Industrie bei den Entwicklungen der dynamischen Branchen i.d.R. nicht das Tempo der führenden Länder und konnte sich nicht in dem Ausmaß von den Bereichen lösen, die durch abnehmende Innovationschancen gekennzeichnet sind. Die deutsche Industrie konzentriert sich auf Branchen, die zwar in Deutschland nach wie vor eine hohe Rate technischer Innovationen auszeichnet, die jedoch global eine eher geringe Dynamik aufweisen. Bewertet nach dem Kriterium der Wachstumsdynamik bedeutet dies eine Verschlechterung des Branchen-Technologieportfolios der deutschen Industrie.³⁸⁶

Das Institut für Weltwirtschaft klassifiziert in seinem Strukturbericht 1994 die Sektoren nach ihrer FuE-Intensität und diagnostiziert mit diesem Ansatz ein vergleichbar ungünstiges Spezialisierungsmuster der deutschen Industrie wie das Ifo-Institut mit seinem Ansatz des Branchenportfolios der internationalen Patentaktivität. Das Institut für Weltwirtschaft stellt einerseits eine geringe Spezialisierung Deutschlands auf den Bereich der Hochtechnologie fest und vermutet andererseits, *„dass die westdeutsche Industrie im Bereich des Mitteltechnologiesektors auf die besonders technologieintensiven Produkte spezialisiert ist.“*³⁸⁷

Um zur *Verbesserung des Branchen-Technologieportfolios der deutschen Industrie* beizutragen, *müssten* unter den *Existenzgründungen* im industriellen Sektor jene *in den Wachstumsbereichen* ‚*Nachrichtentechnik*‘, ‚*Gentechnik*‘, ‚*Elektronikbauelemente*‘, ‚*Unterhaltungselektronik*‘, ‚*ADV und Bürotechnik*‘ *überproportional gefördert werden.*

5.1.6.2 Mittelfristige Prognose des sektoralen Strukturwandels

Quantitative Prognosen des sektoralen Strukturwandels haben meist einen Zeithorizont von bis zu zehn Jahren. Die neueste einschlägige IAB/Prognos-Studie sagt *bis 2010 weitere Anteilsverluste der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft sowie im produzierenden Gewerbe* voraus. In beiden Sektoren sollen in den nächsten zehn Jahren zusammen weitere 1,6 Mio. Arbeitsplätze verloren gehen. Im Verarbeitenden Gewerbe sinkt die Beschäftigung in fast allen Zweigen, und am stärksten betroffen sind die Branchen Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Chemie und Mineralölverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Uhren, EBM, Spiel- und Sportwaren sowie das Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe. Bis 2010 werden für Gesamtdeutschland insgesamt

³⁸⁶ Vgl. HUMMEL et al. (1995), S. 169ff.

³⁸⁷ IfW (1994), S. 38.

500 Tsd. mehr Beschäftigte prognostiziert, d.h. **im gleichen Zeitraum** sollen über **2 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor** entstehen. Im Jahre 2010 wären dann 70 Prozent aller Erwerbstätigen im tertiären Sektor beschäftigt.

Expandierende Wirtschaftsbereiche sind die ‚sonstigen Dienstleistungen‘, deren Anteil an allen Erwerbstätigen von 19,0% in 1995 auf 26,3% in 2010 steigt, und der Handel mit einem Anstieg von 13,2% auf 14,0%.

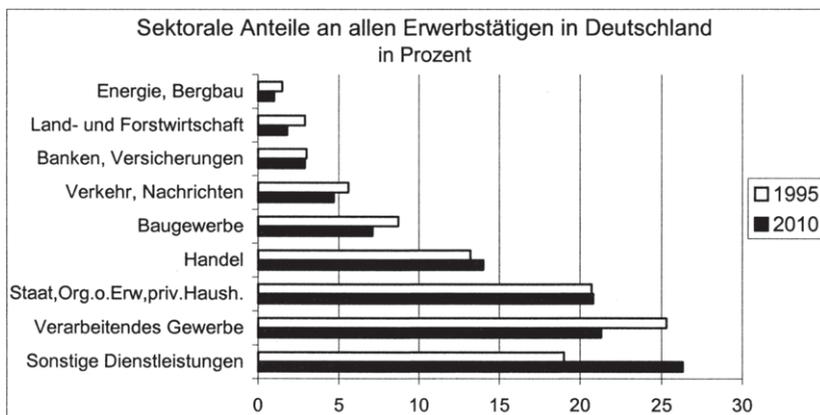


Abbildung 5-4: Prognose der sektoralen Anteile an allen Erwerbstätigen in Deutschland

Die **Dienstleistungsbereiche** werden laut RWI weiterhin **überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten** erzielen, denn erstens wird sich die Nachfrage der privaten Haushalte zukünftig mit steigenden Einkommen zugunsten höherwertiger Gebrauchsgüter und Dienstleistungen (Bildung, Freizeit und Erholung, soziale Dienst- und Pflegeleistungen) verschieben und zweitens wird das Bestreben der Unternehmen, ihre Produktionsprozesse zu optimieren und Vorteile der intersektoralen und internationalen Arbeitsteilung auszunutzen, auch in Zukunft zu einer Auslagerung arbeitsintensiver Fertigungsstufen ins Ausland und zu einer verstärkten Inanspruchnahme unternehmensbezogener Dienstleistungen führen. **Die meisten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und das Baugewerbe werden deutlich langsamer wachsen, der Bergbau und die Land- und Forstwirtschaft werden wie bisher schrumpfen.**³⁸⁸

Damit wird sich der sektorale Strukturwandel der letzten Jahrzehnte von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft fortsetzen. Die Prognoseergebnisse des

³⁸⁸ Vgl. LÖBBE et al. (2000).

RWI zum Strukturwandel in den nächsten zehn Jahren sind nachfolgend dargestellt³⁸⁹.

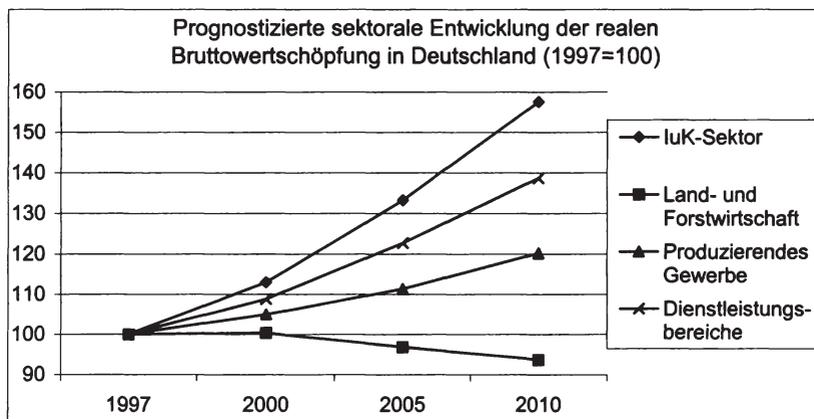


Abbildung 5-5: Prognose der sektoralen Entwicklung der realen BWS in Deutschland

Angesichts der Schlüsselrolle von Informationen für die wirtschaftliche Entwicklung werden die Informationstätigkeiten in einem vierten Sektor zusammengefasst.³⁹⁰

³⁸⁹ Das Strukturmodell des RWI ist ein ökonometrisch bestimmtes Modell, dessen Verhaltensgleichungen sich an gängigen Hypothesen neoklassischer wie keynesianischer Provenienz orientieren. Es beschreibt die Entwicklung der Nachfrage, der Produktion und der Kostenstrukturen in 58 Wirtschaftszweigen. Aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden „top-down“ mutmaßliche Implikationen für den sektoralen Strukturwandel abgeleitet, und parallel wird die sektorale Entwicklung „bottom-up“ zu gesamtwirtschaftlich relevanten Größen aggregiert. Das RWI-Strukturmodell berücksichtigt Rückkopplungen und enthält neben nachfrageseitigen auch angebotsseitige Elemente wie z.B. die Modellierung der Kostenstrukturen im dualen Input-Output-Modell. Unsicherheiten bestehen, da nicht alle Aspekte der Realität berücksichtigt werden können und bestimmte Entwicklungen, wie etwa Technologiesprünge, veränderte Konsumentenpräferenzen, politische Reformen oder Wirtschaftskrisen nicht vorhergesehen werden können. Vgl. HILLEBRAND/KIY/NEUHAUS (1989).

³⁹⁰ Eine aktuelle Auseinandersetzung zur Abgrenzung des IuK-Sektors findet sich im Schlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“ [vgl. Deutscher Bundestag (1998), S. 37f. sowie RÜRUP (1997), S. 8f.]. Die Abgrenzung des IuK-Sektors im Rahmen der RWI-Prognose basiert auf der ICCP-2 Liste der OECD, die von Prognos und dem Ifo-Institut überarbeitet wurde [vgl. Prognos/DIW (1995), HUMMEL et al. (1999)]. Die Liste wurde in die Kategorien der WZ 93 umgesetzt und zu fünf Untergruppen zusammengefasst. Zur genauen Abgrenzung des IuK-Sektors vgl. LÖBBE et al. (2000), S. 4.

Tabelle 5-4: Prognostizierte sektorale Entwicklung der BWS in Deutschland

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland

	Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen in Mio. DM				Jahresdurchschnittl. Veränderung in %
	1997	2000	2005	2010	2000 bis 2010
IuK-Sektor	257.500	309.106	395.731	496.937	4,9
Land- und Forstwirtschaft	44.330	44.702	43.021	41.123	-0,8
Produzierendes Gewerbe	1.066.400	1.179.656	1.348.558	1.540.244	2,7
Dienstleistungsbereiche	2.339.170	2.738.278	3.401.342	4.124.898	4,2
Alle Wirtschaftsbereiche	3.449.900	3.952.515	4.763.119	5.655.990	3,6

	Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995 in Mio. DM				Jahresdurchschnittl. Veränderung in %
	1997	2000	2005	2010	2000 bis 2010
IuK-Sektor	261.310	295.195	348.224	411.742	3,4
Land- und Forstwirtschaft	45.040	45.185	43.612	42.213	-0,7
Produzierendes Gewerbe	1.060.080	1.113.088	1.180.391	1.274.115	1,4
Dienstleistungsbereiche	2.311.660	2.515.502	2.836.561	3.207.281	2,5
Alle Wirtschaftsbereiche	3.416.780	3.667.985	4.043.307	4.495.272	2,1

	Preisindex der Bruttowertschöpfung 1995=100				Jahresdurchschnittl. Veränderung in %
	1997	2000	2005	2010	2000 bis 2010
IuK-Sektor	98,5	104,7	113,6	120,7	1,4
Land- und Forstwirtschaft	98,4	98,9	98,6	97,4	-0,2
Produzierendes Gewerbe	100,6	106,0	114,2	120,9	1,3
Dienstleistungsbereiche	101,2	108,9	119,9	128,6	1,7
Alle Wirtschaftsbereiche	101,0	107,8	117,8	125,8	1,6

Noch deutlicher zeigt sich der Trend zur Tertiarisierung, wenn man den Blick auf die Tätigkeiten richtet. Denn die Dienstleistungen nehmen in allen Wirtschaftszweigen zu, ohne dass sich dies im tertiären Sektor zwangsläufig niederschlagen müsste. Die IAB/Prognos-Studie sagt voraus, dass 2010 unabhängig von ihrer sektoralen Zuordnung gut drei Viertel aller Erwerbstätigen in Deutschland Dienstleistungstätigkeiten verrichten werden. Bei den sekundären Dienstleistungstätigkeiten, die beratende, erzieherische und gesundheitspflegerische Berufe sowie Tätigkeiten in Forschung, Management, Organisation, Rechtswahrung und Ausbildung umfassen, sollen die Erwerbstätigen bis 2010 um über fünf Prozentpunkte zunehmen. Deutlich geringer sind die Wachstumserwartungen für die primären Dienstleistungstätigkeiten, die enger mit der Produktion verbunden sind oder direkt konsumiert werden.³⁹¹ Zwar werden Büro- und Handelstätigkeiten auch in Zukunft leicht zulegen. Bei den allgemeinen Diensten, wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren, Sichern

³⁹¹ Primäre Dienstleistungstätigkeiten stellen die Grundversorgung mit Dienstleistungen bereit. Dazu zählen etwa Verkauf, Transport, Reinigung, Wartung, Instandhaltung und Pflege von Maschinen und Gebäuden.

wird jedoch mit einem leichten Beschäftigungsrückgang gerechnet. Verlierer im Strukturwandel sind die produktionsorientierten Tätigkeiten. Für die Bereiche Reparieren, Maschinen einrichten, warten und Gewinnen/Herstellen wird bis 2010 ein Beschäftigungsrückgang von fast sieben Prozentpunkten erwartet.³⁹²

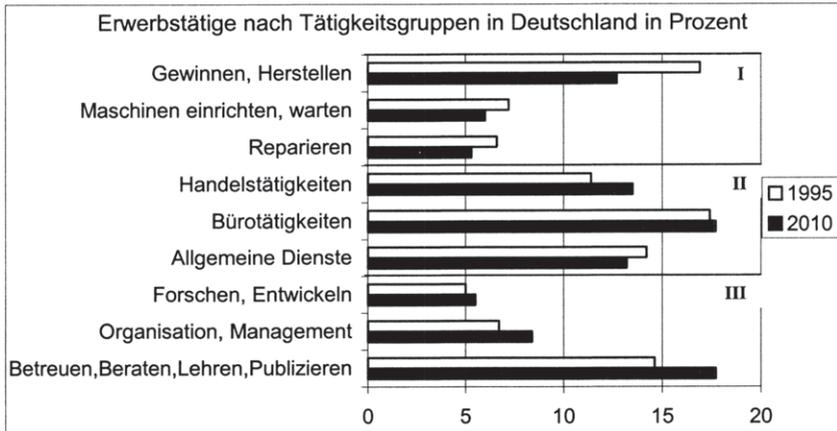


Abbildung 5-6: Prognose der sektoralen Anteile an allen Erwerbstätigen in Deutschland

I Produktionsorientierte Tätigkeiten, II Primäre Dienstleistungen, III Sekundäre Dienstleistungen

Auch der *Sachverständigenrat* zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2000) *sieht die Dienstleistungsbereiche als Träger der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland*, wenngleich im Jahr 2000 die konjunkturellen Impulse vom Verarbeitenden Gewerbe ausgingen, dessen BWS mit 5,3% stärker zunahm als die BWS der Gesamtwirtschaft mit 3,3%. Die aggregierte Betrachtung des tertiären Sektors verdeckt laut SVR (2000, 66) die überragende Entwicklung des wichtigsten Dienstleistungsbereichs ‚Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister‘, dessen BWS um 5,1% zulegte, und den fast so hohen Anstieg im Bereich ‚Handel, Gastgewerbe und Verkehr‘ (4,5%).

³⁹² Vgl. SCHNUR/ REINBERG (1999), S. 2.

5.2 Ist-Analyse

5.2.1 Methodik bei der Analyse des Strukturbeitrags von Existenzgründungen

Die sektorale Wirtschaftsstruktur wandelt sich durch (geförderte) Existenzgründungen in Richtung einer bestimmten Branche, wenn der Anteil der Existenzgründungen in dieser Branche an allen Existenzgründungen höher ist als der Anteil der bestehenden Betriebe in dieser Branche an allen Betrieben. Um den Einfluss von Existenzgründungen erstens auf die sektorale Struktur der Betriebe und zweitens auf die sektorale Struktur der Beschäftigten zu quantifizieren, wird für die verschiedenen Sektoren erstens der gründungsinduzierte Betriebsstrukturbeitrag und zweitens der gründungsinduzierte Beschäftigungsstrukturbeitrag berechnet, indem die Strukturanteile der Existenzgründungen bzw. der darin Beschäftigten durch die Strukturanteile der bestehenden Betriebe bzw. Beschäftigten dividiert werden.

$$\text{Betriebs-Strukturbeitrag} = \frac{\text{Anteil der Gründungen eines Sektors an allen Gründungen}}{\text{Anteil der bestehenden Betriebe eines Sektors an allen Betrieben}}$$

$$\text{Beschäftigungs-Strukturbeitrag} = \frac{\text{Anteil der in den Gründungen eines Sektors Beschäftigten an allen in Gründungen Beschäftigten}}{\text{Anteil der in einem Sektor Beschäftigten an allen Beschäftigten}}$$

Der Strukturbeitrag stellt die sektorale Struktur der Existenzgründungen [der darin Beschäftigten] und die sektorale Struktur der bestehenden Betriebe [der Beschäftigten] gegenüber. In Branchen mit einem gründungsinduzierten **Strukturbeitrag von größer eins** ist das Gewicht der Branche bei den Existenzgründungen höher als das Gewicht der Branche bei den bestehenden Betrieben bzw. Beschäftigten und das **Gründungsgeschehen bewirkt einen Strukturwandel hin zu dieser Branche. Bei einem Strukturbeitrag von kleiner eins verliert die Branche aufgrund des Gründungsgeschehens an Gewicht.** Die Geschwindigkeit des gründungsbedingten Strukturwandels ist umso höher, je stärker der Indikator für den Strukturbeitrag von eins abweicht.

5.2.2 Strukturbeitrag aller westdeutschen Existenzgründungen

Zunächst wird analysiert, ob und in welchem Maße die Gesamtheit der Existenzgründungen in Westdeutschland, unabhängig von einer möglichen Förderung mit Existenzgründungshilfen, den Strukturwandel in Richtung der als

wachstums- und beschäftigungsintensiv identifizierten Wirtschaftszweige beschleunigt oder, entgegen allen Erwartungen, möglicherweise bremst. Hierzu werden in den beiden folgenden Tabellen Rankings der Wirtschaftszweige erstens nach der Höhe des Betriebsstrukturbeitrags und zweitens nach der Höhe des Beschäftigungsstrukturbeitrags aller Existenzgründungen in Westdeutschland im Zeitraum 1993-97 angegeben.

Tabelle 5-5: Strukturbeitrag der Existenzgründungen in Westdeutschland auf die sektorale Struktur der Betriebe und der Beschäftigten (nach Wirtschaftszweigen)³⁹³

Wirtschaftszweig	Betriebe	Betriebsgründungen	Betriebsstrukturbeitrag	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	Beschäftigungsgewinne	Beschäftigungsstrukturbeitrag
Nachrichten	4.800	1.100	2,58	210.100	3.100	0,88
Grundstücks- und Wohnungswesen	42.600	6.100	1,61	219.500	10.100	2,75
Gastgewerbe	121.100	17.300	1,61	533.300	35.300	3,95
Übrige Dienste, vorwiegend für Unternehmen	37.800	4.600	1,37	528.500	11.500	1,30
Kultur, Sport, Unterhaltung, Verlage	22.800	2.700	1,33	268.300	5.300	1,18
Erziehung, Unterricht, Forschung	14.100	1.600	1,28	76.200	2.800	2,20
Verkehr	73.300	7.800	1,20	926.700	17.700	1,14
Beratung, Werbung	140.500	14.400	1,15	921.900	29.300	1,90
Versicherungsgewerbe	21.600	2.000	1,04	275.900	2.800	0,61
Baugewerbe	147.100	13.300	1,02	1.546.600	38.600	1,49
Großhandel, Handelsvermittlung	122.700	10.700	0,98	1.353.100	23.800	1,05
Einzelhandel, Reparatur	272.400	23.200	0,96	2.201.100	52.300	1,42
Land- und Forstwirtschaft	61.200	5.200	0,96	208.500	8.100	2,32
Übrige Dienste, vorwiegend für Private	50.600	3.600	0,80	246.600	8.200	1,99
Gesundheits-, Sozial-, Veterinärwesen	128.600	8.400	0,74	794.700	21.800	1,64
Verarbeitendes Gewerbe	245.700	12.900	0,59	7.209.700	38.400	0,32
Kreditinstitute	19.300	800	0,47	680.100	1.700	0,15
Energie, Wasser, Bergbau	4.000	100	0,28	388.900	400	0,06
Insgesamt	1.530.200	135.800	1,00	18.589.700	311.200	1,00

Der Anteil der Betriebe in den fett [kursiv] unterlegten Wirtschaftszweigen an allen Betrieben nimmt aufgrund von Existenzgründungen ceteris paribus zu [ab].

Gründungsbedingt verändert sich die Betriebsstruktur am deutlichsten zugunsten der Wirtschaftszweige Nachrichten (Betriebsstrukturbeitrag: 2,58), Grundstücks- und Wohnungswesen (1,61) und Gastgewerbe (1,61). So ist der

³⁹³ Eigene Berechnungen unter Zugrundelegung der Betriebs- und Beschäftigtendaten in WEIBHUHN/ WICHMANN (2000, 61). Die Tabelle basiert auf Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und zeigt die Durchschnitte der Jahre 1993-97.

Anteil der Existenzgründungen im Bereich Nachrichtenübermittlung an allen westdeutschen Existenzgründungen 2,58 mal so hoch, wie es dem Strukturgewicht der Betriebe im Nachrichtenbereich an allen Betrieben entspricht.

Den geringsten Betriebsstrukturbeitrag leisten Existenzgründungen in den Bereichen Energie, Wasser, Bergbau (0,28), Kreditinstitute (0,47) und Verarbeitendes Gewerbe (0,59). Um dem Strukturgewicht der bisherigen Betriebe zu entsprechen, müssten etwa im Bereich Energie, Wasser, Bergbau 3½ mal mehr Existenzgründungen entstehen.

Analog wird nun der Einfluss von Existenzgründungen auf die sektorale Struktur der Beschäftigten untersucht:

Tabelle 5-6: Strukturbeitrag der Existenzgründungen in Westdeutschland auf die sektorale Struktur der Beschäftigten und der Betriebe (nach Wirtschaftszweigen)³⁹⁴

Wirtschaftszweig	Betriebe	Betriebsgründungen	Betriebsstrukturbeitrag	Sozialversichert Beschäftigte	Beschäftigungsgewinne	Beschäftigungsstrukturbeitrag
Gastgewerbe	121.100	17.300	1,61	533.300	35.300	3,95
Grundstücks- und Wohnungswesen	42.600	6.100	1,61	219.500	10.100	2,75
Land- und Forstwirtschaft	61.200	5.200	0,96	208.500	8.100	2,32
Erziehung, Unterricht, Forschung	14.100	1.600	1,28	76.200	2.800	2,20
Übrige Dienste, vorwiegend für Private	50.600	3.600	0,80	246.600	8.200	1,99
Beratung, Werbung	140.500	14.400	1,15	921.900	29.300	1,90
Gesundheits-, Sozial-, Veterinärwesen	128.600	8.400	0,74	794.700	21.800	1,64
Baugewerbe	147.100	13.300	1,02	1.546.600	38.600	1,49
Einzelhandel, Reparatur	272.400	23.200	0,96	2.201.100	52.300	1,42
Übrige Dienste, vorwiegend für Unternehmen	37.800	4.600	1,37	528.500	11.500	1,30
Kultur, Sport, Unterhaltung, Verlage	22.800	2.700	1,33	268.300	5.300	1,18
Verkehr	73.300	7.800	1,20	926.700	17.700	1,14
Großhandel, Handelsvermittlung	122.700	10.700	0,98	1.353.100	23.800	1,05
Nachrichten	4.800	1.100	2,58	210.100	3.100	0,88
Versicherungsgewerbe	21.600	2.000	1,04	275.900	2.800	0,61
Verarbeitendes Gewerbe	245.700	12.900	0,59	7.209.700	38.400	0,32
Kreditinstitute	19.300	800	0,47	680.100	1.700	0,15
Energie, Wasser, Bergbau	4.000	100	0,28	388.900	400	0,06
Insgesamt	1.530.200	135.800	1,00	18.589.700	311.200	1,00

In den fett [kursiv] unterlegten Wirtschaftszweigen entstehen in Existenzgründungen mehr [weniger] Arbeitsplätze, als es dem Beschäftigungsanteil des

³⁹⁴ Eigene Berechnungen unter Zugrundelegung der Betriebs- und Beschäftigtendaten in WEIßHUHN/ WICHMANN (2000, 61). Die Tabelle basiert auf Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und zeigt die Durchschnitte der Jahre 1993-97.

Wirtschaftszweiges an allen Beschäftigten entspricht. Betriebs- und Beschäftigungsstrukturbeitrag von Existenzgründungen weisen allgemein Parallelen auf, sind allerdings in einzelnen Wirtschaftszweigen deutlich unterschiedlich. Speziell im Nachrichtenbereich besteht eine hohe Differenz zwischen gründungsinduziertem Betriebsstrukturbeitrag (2,58) und Beschäftigungsstrukturbeitrag (0,88), was darauf hindeutet, dass hier zwar viele Existenzgründungen entstehen, diese aber nur relativ wenige Beschäftigte haben.

Bezogen auf die Beschäftigung fördern Existenzgründungen den Strukturwandel vor allem in Richtung Gastgewerbe (Beschäftigungsstrukturbeitrag: 3,95), **Grundstücks- und Wohnungswesen** (2,75), **Land- und Forstwirtschaft** (2,32) sowie **Erziehung, Unterricht, Forschung** (2,20). **Von Existenzgründungen relativ vernachlässigte Bereiche sind auch hier das Verarbeitende Gewerbe** (0,32), **Kreditinstitute** (0,15) und **Energie, Wasser, Bergbau** (0,06).

Angesichts der hohen Korrelation von Beschäftigungsgewinnen durch Betriebsgründungen und Beschäftigungsverlusten durch Betriebsschließungen hat der Beschäftigungsstrukturbeitrag jedoch nur wenig Einfluss auf die Entwicklung der sektoralen Beschäftigung insgesamt.

Tabelle 5-7: Strukturbeitrag der westdeutschen Existenzgründungen auf die sektorale Struktur der Betriebe und der Beschäftigten (nach Hauptwirtschaftszweigen)

³⁹⁵

Hauptwirtschaftszweig	Betriebe	geförderte Existenzgründer	Betriebsstrukturbeitrag	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	Beschäftigungsgewinne	Beschäftigungsstrukturbeitrag
Industrielles Gewerbe ^{A)}	310.900	18.200	0,66	7.807.100	46.900	0,36
Baugewerbe	147.100	13.300	1,02	1.546.600	38.600	1,49
Handel	395.100	33.900	0,97	3.554.200	76.100	1,28
Dienstleistungen	677.100	70.400	1,17	5.681.800	149.600	1,57
Insgesamt	1.530.200	135.800	1,00	18.589.700	311.200	1,00

Analysiert man den Strukturbeitrag von Existenzgründungen nach Hauptwirtschaftszweigen, zeigt sich, dass Existenzgründungen die Tertiarisierung hin zu mehr Betrieben (Faktor 1,17) und insbesondere Beschäftigten (1,57) im Dienstleistungsbereich unterstützen und auch am Trend hin zu weniger Betriebsanteilen (0,66) und Beschäftigungsanteilen (0,36) des industriellen Ge-

³⁹⁵ Eigene Berechnungen unter Zugrundelegung der Betriebs- und Beschäftigtendaten in WEIBHUHN/ WICHMANN (2000, 61). Die Tabelle basiert auf Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und zeigt die Durchschnitte der Jahre 1993-97.

^{A)} Als „industrielles Gewerbe“ werden hier Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe zusammengefasst.

werbes antizipieren. Der Betriebsanteil von Baugewerbe (1,02) und Handel (0,97) ändert sich durch Existenzgründungen kaum, jedoch nimmt der Beschäftigungsanteil im Handel (1,28) und noch stärker im Baugewerbe (1,49) durch Existenzgründungen *ceteris paribus* zu.

Existenzgründungen unterstützen den dienstleistungsorientierten Strukturwandel, indem sie anteilig mehr Betriebe und Beschäftigte im Dienstleistungsbereich schaffen. Entsprechend der Strukturprognose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, die den Strukturwandel hin zu mehr Dienstleistungsfunktionen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes und zu einem größeren Dienstleistungssektor bejahen,³⁹⁶ wandeln Existenzgründungen die Wirtschaftsstruktur in Richtung der auch zukünftig als wachstums- und beschäftigungsinintensiv angesehenen Dienstleistungsbereiche.

Auch Existenzgründungshilfen, die ohne Einschränkung des Adressatenkreises allgemein an Existenzgründer gerichtet sind, lenken den Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen, sofern sich die sektorale Struktur bei der Antragstellung bzw. Bewilligung der Förderanträge nicht von der sektoralen Struktur aller Existenzgründungen unterscheidet.

³⁹⁶ Vgl. etwa DIW (1998), S. 341, SCHADEN et al. (2000), S. 132.

5.2.3 Strukturbeitrag der mit öffentlichen Krediten geförderten Existenzgründer

5.2.3.1 Strukturbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer

Ob öffentliche Existenzgründungskredite den Strukturwandel tatsächlich in Richtung der als wachstums- und beschäftigungsintensiv identifizierten Wirtschaftszweige lenken oder ob eher strukturschwache Branchen gefördert werden, wird im folgenden für die von der Deutschen Ausgleichsbank an westdeutsche Existenzgründer vergebenen Darlehen untersucht, deren Verteilung folgende sektorale Struktur aufweist.³⁹⁷

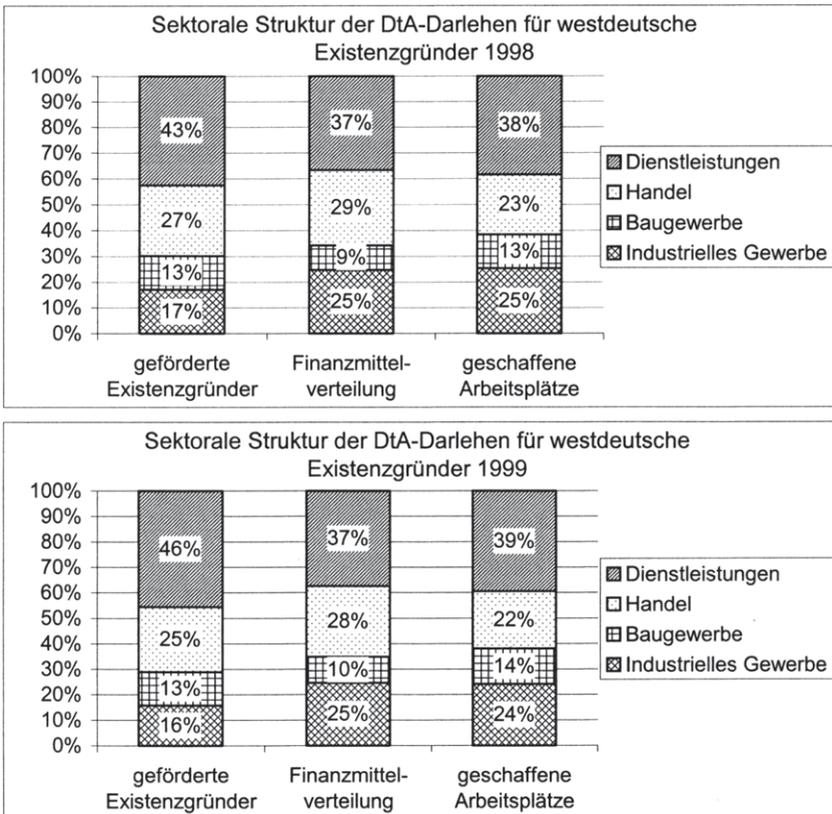


Abbildung 5-7: Sektorale Struktur der DtA-Existenzgründungsförderung 1998/99³⁹⁸

³⁹⁷ Mit einem Marktanteil von knapp 25% ist die DtA der führende Startfinanzier in Deutschland.

³⁹⁸ Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000), DtA (1999).

Tabelle 5-8: Strukturbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründungen auf die sektorale Verteilung der Betriebe und Beschäftigten in Westdeutschland⁹⁹

Hauptwirtschaftszweig	Betriebe	geförderte Existenzgründer	Betriebsstrukturbeitrag	Sozial-versichert Beschäftigte	Beschäftigungsgewinne	Beschäftigungsstrukturbeitrag
1998						
Industrielles Gewerbe ^{A)}	310.900	6.400	0,84	7.807.100	57.285	0,60
Baugewerbe	147.100	4.931	1,36	1.546.600	29.714	1,58
Handel	395.100	10.261	1,06	3.554.200	52.295	1,21
Dienstleistungen	677.100	16.002	0,96	5.681.800	86.874	1,26
Insgesamt	1.530.200	37.594	1,00	18.589.700	226.168	1,00
1999						
Industrielles Gewerbe ^{A)}	310.900	6.861	0,78	7.807.100	64.909	0,58
Baugewerbe	147.100	5.678	1,36	1.546.600	37.563	1,68
Handel	395.100	11.048	0,99	3.554.200	60.265	1,17
Dienstleistungen	677.100	19.785	1,03	5.681.800	106.022	1,29
Insgesamt	1.530.200	43.372	1,00	18.589.700	268.759	1,00

Die von der Deutschen Ausgleichsbank geförderten Existenzgründungen beeinflussen die Betriebsstruktur (Faktor 1,36 für 1998 und 1999) und die Beschäftigungsstruktur (Faktor 1,68 für 1999 und 1,58 für 1998) deutlich zugunsten des schrumpfenden Baugewerbes. Der Strukturwandel hin zu mehr Dienstleistungsbetrieben wird von der DtA-Förderung dagegen nicht vorangetrieben, sondern wurde 1998 sogar eher gebremst (Faktor 0,96). Zwar steigt durch die DtA-geförderten Gründungen ceteris paribus der Beschäftigtenanteil nicht nur des Baugewerbes (1,68/1,58) und des Handels (1,17/1,21), sondern auch der des Dienstleistungsbereichs (1,29/1,26), aber dieser positive Strukturbeitrag ist bei den DtA-geförderten Gründungen deutlich geringer als bei der Gesamtheit aller westdeutschen Gründungen (Faktor 1,57⁴⁰⁰). Auch die von der DtA geförderten Existenzgründungen bewirken einen Strukturwandel hin zu weniger Betriebs- und Beschäftigungsanteilen des industriellen Gewerbes, dies jedoch weniger stark als nicht geförderte Existenzgründungen. **Existenzgründungsdarlehen der DtA sind kein Instrument zur Förderung der Tertiarisierung, denn die von der DtA geförderten Existenzgründungen verändern die Betriebsstruktur eher zu Ungunsten der Dienstleistungen und leisten allgemein einen schwächeren Strukturbeitrag als nicht geförderte Existenzgründungen.**

⁹⁹ Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA (2000), DtA (1999) sowie der Betriebs- und Beschäftigtendaten in WEIBHUHN/WICHMANN (2000, 61).

^{A)} Als „industrielles Gewerbe“ werden hier Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe zusammengefasst.

5.2.3.2 *Sektorale Schwerpunkte der Darlehensförderung für Existenzgründer*

Eigenkapitalhilfe, ERP-Existenzgründungs- und DtA-Existenzgründungsprogramm sind sowohl hinsichtlich ihres Fördervolumens als auch der Förderfälle die bedeutendsten Finanzierungshilfen für Existenzgründer.⁴⁰¹ In den alten Bundesländern wurden im Beobachtungszeitraum 1.1.1997 bis 31.12.1998 im industriellen Sektor 11.990 Existenzgründungen mit insgesamt 8.326 Mio. DM an Eigenkapitalhilfe, ERP- und DtA-Darlehen gefördert, und im Dienstleistungssektor bekamen 31.839 Gründungen zusammen 7.795 Mio. DM. Existenzgründungen im sekundären Sektor haben regelmäßig einen höheren Investitionsbedarf und sind kapitalintensiver als Gründungen in Dienstleistungsbereichen und werden von den Darlehensprogrammen im Mittel deutlich stärker gefördert als jene im Dienstleistungssektor. Fasst man Eigenkapitalhilfe und Existenzgründungsdarlehen zusammen, bekam eine geförderte Existenzgründung im industriellen Sektor durchschnittlich 694 Tsd. DM zinsverbilligte Kredite, während auf eine Existenzgründung im Dienstleistungssektor im Mittel nur 245 Tsd. DM entfielen. Das Darlehensvolumen (inkl. Eigenkapitalhilfe) pro geförderte Existenzgründung war mit durchschnittlich 6,29 Mio. DM am höchsten im Bereich ‚Kokerei, Mineralölverarbeitung sowie Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen‘, gefolgt von der Chemischen Industrie (4,45 Mio. DM), der Luftfahrt (3,86 Mio. DM), dem Entsorgungsbereich (2,17 Mio. DM) und dem Papiergewerbe (2,16 Mio. DM). Die niedrigsten Darlehensvolumen je Gründung verzeichneten häusliche Dienste mit 60 Tsd. DM, mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten (71 Tsd. DM), Fischerei und Fischzucht (110 Tsd. DM) und das Versicherungsgewerbe (112 Tsd. DM). Im Gründungsjahr schufen geförderte Existenzgründungen im sekundären Sektor durchschnittlich 1,75 zusätzliche Arbeitsplätze und im tertiären Sektor nur 1,32. Das Finanzierungsvolumen pro im Gründungsjahr geschaffenen Arbeitsplatz war im sekundären Sektor mit 398 Tsd. DM jedoch gut doppelt so hoch wie im tertiären Sektor mit 185 Tsd. DM.

⁴⁰⁰ S.o.: Tabelle 5-7.

⁴⁰¹ Die Verwendung zusammengefasster Daten zur Vergabe von Eigenkapitalhilfe, DtA- und ERP-Existenzgründungsdarlehen vermeidet eine Mehrfachzählung geförderter Unternehmen. Die folgende Auswertung basiert auf sektoral nach Wirtschaftszweigen gegliederten Förderdaten, die von der DtA für die Hauptwirtschaftszweige „industrielles Gewerbe“ und „Dienstleistungen“ zur Verfügung gestellt wurden. Die Hauptwirtschaftszweige „Baugewerbe“ und „Handel“ sind dabei nicht berücksichtigt.

Tabelle 5-9: Ranking nach Zahl der geförderten Existenzgründungen⁴⁰²

Eigenkapitalhilfe, ERP- und DtA-Darlehen für Existenzgründungen in Westdeutschland 1997-98

	WZ 93	Neue Arbeitsplätze	Zahl der geförderten Existenzgründungen	Darlehensvolumen (TDM)	Darlehensvolumen je Gründung (TDM)	Vol. je Arbeitsplatz (TDM)
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	85	11.678	6.897	2.424.615	352	208
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	74	8.753	6.810	1.222.023	179	140
Häusliche Dienste	95	986	5.730	346.224	60	351
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	93	4.518	3.945	947.903	240	210
Gastgewerbe	55	6.683	3.241	770.671	238	115
Ernährungsgewerbe	15	2.497	1.950	734.047	376	294
Herstellung von Metallzeugnissen	28	2.870	1.427	618.637	434	216
Energieversorgung	40	365	1.371	2.239.757	1.634	6.136
Kultur, Sport und Unterhaltung	92	1.595	942	271.270	288	170
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	60	1.237	918	267.741	292	216
Maschinenbau	29	1.829	906	450.928	498	247
Datenverarbeitung und Datenbanken	72	1.511	901	146.301	162	97
Verlags-, Druck-, Vervielfältigungsgewerbe	22	1.344	884	659.953	747	491
Hilfs-/Nebentätigkeiten für Verkehr/Verkehrsvermittlung	63	2.038	817	345.796	423	170
Metallerzeugung und -bearbeitung	27	1.574	750	557.520	743	354
Hrst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportger., Spielwaren	36	1.240	680	245.550	361	198
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	26	1.509	597	430.604	721	285
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	33	886	568	163.679	288	185
Holzgewerbe	20	799	538	211.664	393	265
Erziehung und Unterricht	80	713	532	98.956	186	139
Hrst. von Gummi- und Kunststoffwaren	25	1.494	439	308.814	703	207
Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	01	460	411	71.092	173	155
Abwasser- u. Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung	90	927	302	656.394	2.173	708
Grundstücks- und Wohnungswesen	70	548	269	146.277	544	267
Recycling	37	631	214	172.945	808	274
Hrst. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	31	572	182	74.250	408	130
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	32	408	156	60.642	389	149
Chemische Industrie	24	586	154	684.506	4.445	1.168
Versicherungsgewerbe	66	119	152	16.974	112	143
Textilgewerbe	17	498	129	128.500	996	258
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	71	163	124	35.481	286	218
Papiergewerbe	21	293	111	239.358	2.156	817
Sonstiger Fahrzeugbau	35	246	99	41.265	417	168
Hrst. von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	34	281	91	38.404	422	137
Forstwirtschaft	02	75	85	12.488	147	167
Bekleidungs-gewerbe	18	87	71	13.231	186	152
Nachrichtenübermittlung	64	241	71	11.395	160	47
Ledergewerbe	19	76	63	11.748	186	155
Forschung und Entwicklung	73	110	61	17.823	292	162
Gewinnung v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	14	100	57	79.660	1.398	797
Schifffahrt	61	119	51	33.777	662	284
Hrst. von Büromaschinen, DV-Geräten u. -einrichtungen	30	78	27	7.887	292	101
Mit dem Kredit- u. Versicherungsgewerbe verb. Tätigkeiten	67	29	24	1.709	71	59
Wasserversorgung	41	122	17	11.351	668	93
Kokerei, Mineralölverarb., Hrst./Verarb. v. Spalt-/Brutstoffen	23	8	9	56.612	6.290	7.077
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	75	9	9	1.720	191	191
Luftfahrt	62	32	7	27.040	3.863	845
Interessenvertretungen, kirchliche u. religiöse Vereinigungen	91	6	6	1.070	178	178
Kreditgewerbe	65	6	4	728	182	121
Fischerei und Fischzucht	05	3	3	330	110	110
Tabakverarbeitung	16	3	1	696	696	232
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	99	0	0	0	0	0
Gesamt		62.955	43.803	16.118.006	368	256

⁴⁰² Quelle: Berechnungen basierend auf Daten der DtA.

Tabelle 5-10: Ranking nach Höhe des Finanzierungsvolumens⁴⁰³

Eigenkapitalhilfe, ERP- und DtA-Darlehen für Existenzgründungen in Westdeutschland 1997-98

	WZ 93	Neue Arbeitsplätze	Zahl der Existenzgründungen	Darlehensvolumen (TDM)	Darlehensvolumen je Gründung (TDM)	Vol. je Arbeitsplatz (TDM)
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	85	11.678	6.897	2.424.615	352	208
Energieversorgung	40	365	1.371	2.239.757	1.634	6.136
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	74	8.753	6.810	1.222.023	179	140
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	93	4.518	3.945	947.903	240	210
Gastgewerbe	55	6.683	3.241	770.671	238	115
Ernährungsgewerbe	15	2.497	1.950	734.047	376	294
Chemische Industrie	24	586	154	684.506	4.445	1.168
Verlags-, Druck-, Vervielfältigungsgewerbe	22	1.344	884	659.953	747	491
Abwasser- u. Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung	90	927	302	656.394	2.173	708
Herstellung von Metallerezeugnissen	28	2.870	1.427	618.637	434	216
Metallerzeugung und -bearbeitung	27	1.574	750	557.520	743	354
Maschinenbau	29	1.829	906	450.928	498	247
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	26	1.509	597	430.604	721	285
Häusliche Dienste	95	986	5.730	346.224	60	351
Hilfs-/Nebentätigkeiten für Verkehr/Verkehrsvermittlung	63	2.038	817	345.796	423	170
Hrzt. von Gummi- und Kunststoffwaren	25	1.494	439	308.814	703	207
Kultur, Sport und Unterhaltung	92	1.595	942	271.270	288	170
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	60	1.237	918	267.741	292	216
Hrzt. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportger., Spielwaren	36	1.240	680	245.550	361	198
Papiergewerbe	21	293	111	239.358	2.156	817
Holzgewerbe	20	799	538	211.664	393	265
Recycling	37	631	214	172.945	808	274
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	33	886	568	163.679	288	185
Datenverarbeitung und Datenbanken	72	1.511	901	146.301	162	97
Grundstücks- und Wohnungswesen	70	548	269	146.277	544	267
Textilgewerbe	17	498	129	128.500	996	258
Erziehung und Unterricht	80	713	532	98.956	186	139
Gewinnung v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	14	100	57	79.660	1.398	797
Hrzt. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.a.	31	572	182	74.250	408	130
Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	01	460	411	71.092	173	155
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	32	408	156	60.642	389	149
Kokerei, Mineralölverarb., Hrzt./Verarb. v. Spalt-/Brutstoffen	23	8	9	56.612	6.290	7.077
Sonstiger Fahrzeugbau	35	246	99	41.265	417	168
Hrzt. von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	34	281	91	38.404	422	137
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	71	163	124	35.481	286	218
Schifffahrt	61	119	51	33.777	662	284
Luftfahrt	62	32	7	27.040	3.863	845
Forschung und Entwicklung	73	110	61	17.823	292	162
Versicherungsgewerbe	66	119	152	16.974	112	143
Bekleidungs-gewerbe	18	87	71	13.231	186	152
Forstwirtschaft	02	75	85	12.488	147	167
Ledergewerbe	19	76	63	11.748	186	155
Nachrichtenübermittlung	64	241	71	11.395	160	47
Wasserversorgung	41	122	17	11.351	668	93
Hrzt. von Büromaschinen, DV-Geräten u. -einrichtungen	30	78	27	7.887	292	101
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	75	9	9	1.720	191	191
Mit dem Kredit- u. Versicherungsgewerbe verb. Tätigkeiten	67	29	24	1.709	71	59
Interessenvertretungen, kirchliche u. religiöse Vereinigungen	91	6	6	1.070	178	178
Kreditgewerbe	65	6	4	728	182	121
Tabakverarbeitung	16	3	1	696	696	232
Fischerei und Fischzucht	05	3	3	330	110	110
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	99	0	0	0	0	0
Gesamt		62.955	43.803	16.118.006	368	256

⁴⁰³ Quelle: Berechnungen basierend auf Daten der DtA.

Tabelle 5-11: Ranking nach Finanzierungsvolumen je Existenzgründung⁴⁰⁴

Eigenkapitalhilfe, ERP- und DtA-Darlehen für Existenzgründungen in Westdeutschland 1997-98

	WZ 93	Neue Arbeitsplätze	Zahl der geförderten Existenzgründungen	Darlehensvolumen (TDM)	Volumen je Gründung (TDM)	Vol. je Arbeitsplatz (TDM)
Kokerei, Mineralölverarb., Hrst./Verarb. v. Spalt-/Bruststoffen	23	8	9	56.612	6.290	7.077
Chemische Industrie	24	586	154	684.506	4.445	1.168
Luftfahrt	62	32	7	27.040	3.863	845
Abwasser- u. Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung	90	927	302	656.394	2.173	708
Papiergewerbe	21	293	111	239.358	2.156	817
Energieversorgung	40	365	1.371	2.239.757	1.634	6.136
Gewinnung v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	14	100	57	79.660	1.398	797
Textilgewerbe	17	498	129	128.500	996	258
Recycling	37	631	214	172.945	808	274
Verlags-, Druck-, Vervielfältigungsgewerbe	22	1.344	884	659.953	747	491
Metallerzeugung und -bearbeitung	27	1.574	750	557.520	743	354
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	26	1.509	597	430.604	721	285
Hrst. von Gummi- und Kunststoffwaren	25	1.494	439	308.814	703	207
Tabakverarbeitung	16	3	1	696	696	232
Wasserversorgung	41	122	17	11.351	668	93
Schifffahrt	61	119	51	33.777	662	284
Grundstücks- und Wohnungswesen	70	548	269	146.277	544	267
Maschinenbau	29	1.829	906	450.928	498	247
Herstellung von Metallerzeugnissen	28	2.870	1.427	618.637	434	216
Hilfs-/Nebentätigkeiten für Verkehr/Verkehrsvermittlung	63	2.038	817	345.796	423	170
Hrst. von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	34	281	91	38.404	422	137
Sonstiger Fahrzeugbau	35	246	99	41.265	417	168
Hrst. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	31	572	182	74.250	408	130
Holzgewerbe	20	799	538	211.664	393	265
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	32	408	156	60.642	389	149
Ernährungsgewerbe	15	2.497	1.950	734.047	376	294
Hrst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportger., Spielwaren	36	1.240	680	245.550	361	198
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	85	11.678	6.897	2.424.615	352	208
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	60	1.237	918	267.741	292	216
Forschung und Entwicklung	73	110	61	17.823	292	162
Hrst. von Büromaschinen, DV-Geräten u. -einrichtungen	30	78	27	7.887	292	101
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	33	886	568	163.679	288	185
Kultur, Sport und Unterhaltung	92	1.595	942	271.270	288	170
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	71	163	124	35.481	286	218
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	93	4.518	3.945	947.903	240	210
Gastgewerbe	55	6.683	3.241	770.671	238	115
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	75	9	9	1.720	191	191
Ledergewerbe	19	76	63	11.748	186	155
Bekleidungs-gewerbe	18	87	71	13.231	186	152
Erziehung und Unterricht	80	713	532	98.956	186	139
Kreditgewerbe	65	6	4	728	182	121
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	74	8.753	6.810	1.222.023	179	140
Interessenvertretungen, kirchliche u. religiöse Vereinigungen	91	6	6	1.070	178	178
Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	01	460	411	71.092	173	155
Datenverarbeitung und Datenbanken	72	1.511	901	146.301	162	97
Nachrichtenübermittlung	64	241	71	11.395	160	47
Forstwirtschaft	02	75	85	12.488	147	167
Versicherungsgewerbe	66	119	152	16.974	112	143
Fischerei und Fischzucht	05	3	3	330	110	110
Mit dem Kredit- u. Versicherungsgewerbe verb. Tätigkeiten	67	29	24	1.709	71	59
Häusliche Dienste	95	986	5.730	346.224	60	351
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	99	0	0	0	0	0
Gesamt		62.955	43.803	16.118.006	368	256

⁴⁰⁴ Quelle: Berechnungen basierend auf Daten der DtA.

In den Tabellen 5-9 bis 5-11 sind für die einzelnen Wirtschaftszweige für den Zeitraum 1997/98 die Zahl der geförderten Existenzgründungen und das ausgereichte Darlehensvolumen, sowohl insgesamt als auch auf das einzelne Unternehmen und den einzelnen Arbeitsplatz bezogen, dargestellt.

Um zu untersuchen, ob und inwieweit Existenzgründungsdarlehen den Strukturwandel in Richtung von Wachstumsbranchen fördern, wird die Fördermittelverteilung unter Berücksichtigung der Entwicklung der Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftszweigen des industriellen Gewerbes und der Dienstleistungen analysiert.

Rund die Hälfte der 1997/98 in Westdeutschland ausgereichten Eigenkapitalhilfe, ERP- und DtA-Darlehen entfielen auf das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (2,424 Mrd. DM), die Energieversorgung (2,240 Mrd. DM), die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (1,222 Mrd. DM), die sonstigen Dienstleistungen (948 Mio. DM), das Gastgewerbe (771 Mio. DM) und das Ernährungsgewerbe (734 Mio. DM). Während im vorherigen Zeitraum 1991-97 die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen in Deutschland um 24% stieg, erhöhte sie sich im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen um 43%, in der Energieversorgung um 30%, bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen um 44% und den sonstigen Dienstleistungen um 30%. Aus strukturpolitischer Sicht zu begrüßen ist, dass die vier am stärksten geförderten Wirtschaftszweige, die zusammen gut zwei Fünftel des gesamten Fördervolumens auf sich vereinen, alle ein überdurchschnittliches Wachstum aufweisen.

Tabelle 5-12: Wertschöpfungsentwicklung der am stärksten geförderten Branchen⁴⁰⁵

	Darlehensvolumen in Tsd. DM	Anteil am Gesamtfördervolumen	Entwicklung der BWS in jeweiligen Preisen 1991-97
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2.424.615	15,0%	143%
Energieversorgung	2.239.757	13,9%	130%
Dienstleister überwiegend für Unternehmen	1.222.023	7,6%	144%
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	947.903	5,9%	130%
Gastgewerbe	770.671	4,8%	113%
Ernährungsgewerbe	734.047	4,6%	110%
Summe	8.339.017	51,7%	

Dieses aus strukturpolitischer Sicht positive Ergebnis relativiert sich, wenn man auch die sonstige Verteilung der Darlehen berücksichtigt. 68% der geförderten Unternehmen, aber nur 58% aller Fördermittel und 57% der Arbeitsplätze ent-

⁴⁰⁵ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der DtA und des Statistischen Bundesamtes.

fallen auf Wirtschaftszweige mit einer überdurchschnittlichen Entwicklung der Bruttowertschöpfung, d.h. einem Wachstum der BWS von über 24% zwischen 1991 und 1997. Ein Drittel der geförderten Existenzgründungen befinden sich dagegen in unterdurchschnittlich wachsenden Wirtschaftszweigen, wobei 11% auf schrumpfende Branchen entfallen.

Das Darlehensvolumen je Unternehmen ist in den wachstumsintensiven Branchen mit 316 Tsd. DM durchschnittlich geringer als in den unterdurchschnittlich wachsenden Wirtschaftszweigen, in denen ein Existenzgründer im Mittel 478 Tsd. DM bekommt. Gründungsunternehmen in schrumpfenden Branchen werden mit durchschnittlich 533 Tsd. DM am stärksten gefördert.

Tabelle 5-13: Struktur der Fördermittelvergabe und Wachstum der Wirtschaftszweige⁴⁰⁶

	Überdurchschnittlich wachsende Wirtschaftszweige		Unterdurchschnittlich wachsende Wirtschaftszweige			
					hiervon: Schrumpfende Wirtschaftszweige	
Darlehensvolumen [Tsd. DM]	9.421.056	58%	6.696.950	42%	1.727.351	11%
Unternehmen	29.801	68%	14.002	32%	3.243	7%
Arbeitsplätze	35.941	57%	27.014	43%	6.409	10%
Darlehen je Unternehmen [Tsd. DM]	316		478		533	
Darlehen je Arbeitsplatz [Tsd. DM]	262		248		270	

Aus strukturpolitischer Sicht ist zu bemängeln, dass die Förderintensität je Unternehmen in schrumpfenden Wirtschaftszweigen 1,7mal höher ist als in den wachstumsintensiven Branchen. In den unterdurchschnittlich wachsenden Branchen ist die durchschnittliche Förderung je Arbeitsplatz mit 248 Tsd. DM zwar niedriger als in den wachstumsintensiven Branchen mit 262 Tsd. DM; dies gilt jedoch nicht für den Anteil an schrumpfenden Branchen, in denen auf einen Arbeitsplatz durchschnittlich ein Darlehensvolumen von 533 Tsd. DM entfällt. **In schrumpfenden Branchen sollte eine Reduzierung des Darlehensvolumens angestrebt werden, zumal das Fördervolumen je Unternehmen und Arbeitsplatz hier eindeutig am höchsten ist.**

⁴⁰⁶ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Förderdaten der DtA.

5.2.3.3 Regionale Schwerpunkte der Existenzgründungsförderung in Hessen

Für das Bundesland Hessen wird nun der regionale Aspekt der Gründungsförderung analysiert und untersucht, inwieweit das Eigenkapitalhilfeprogramm, das ERP-Existenzgründungsprogramm und das DtA-Existenzgründungsprogramm zur Förderung strukturschwacher Regionen beitragen. Ermittelt wird, wie sich die Fördermittel auf die verschiedenen Landkreise und kreisfreien Städte in Hessen verteilen, wobei zwischen industriellem Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungsgewerbe unterschieden wird. Zur besseren Orientierung sind in der Abbildung zunächst alle hessischen Landkreise sowie die kreisfreien Städte dargestellt.

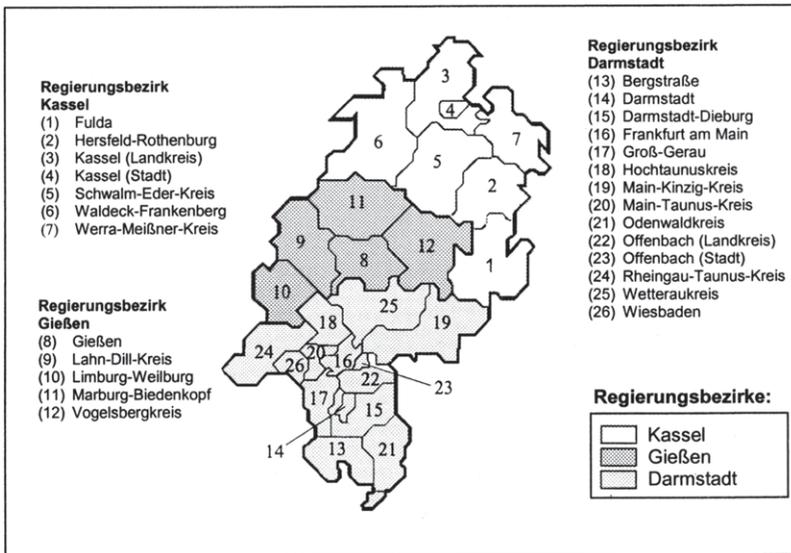


Abbildung 5-8: Hessische Landkreise und kreisfreie Städte⁴⁰⁷

Zur Berechnung der regionalen Verteilungsstruktur wird der Begriff der Förderintensität eingeführt und als der Quotient aus Fördersumme und Beschäftigtenzahl definiert. Die Summe der zugesagten Mittel aller drei betrachteten Darlehensprogramme stellt die Fördersumme dar. Datengrundlage zur Berechnung der nach Sektoren differenzierten regionalen Förderintensitäten sind die Förderdaten der Deutschen Ausgleichsbank und die regionalen Beschäftigungs-

⁴⁰⁷ Quelle: Eigene Darstellung.

zahlen des Hessischen Landesamts für Statistik.⁴⁰⁸ Tabelle 5-14 zeigt die sektoralen Förderintensitäten für die Landkreise und kreisfreien Städte Hessens. Der Tabelle ist zu entnehmen, dass die durchschnittliche Förderintensität im Baugewerbe zwei- bis viermal höher ist als in den anderen Sektoren. Aus struktur- und beschäftigungspolitischer Sicht erscheint diese intensive Förderung des Baugewerbes wenig sinnvoll angesichts der Erwartung von Experten, dass die relative Bedeutung des Baugewerbes auch in Zukunft weiter zurückgehen wird.⁴⁰⁹

Tabelle 5-14: Förderintensitäten in den Landkreisen und kreisfreien Städten Hessens⁴¹⁰

Region / Branche	Industrielles Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Dienstleistungen
1. Fulda	0,15	1,96	0,47	0,50
2. Hersfeld-Rotenburg	0,25	0,76	0,18	0,45
3. Kassel (Landkreis)	0,13	0,96	0,48	0,60
4. Kassel (Stadt)	0,28	0,48	0,15	0,17
5. Schwalm-Eder-Kreis	0,21	1,91	0,52	0,82
6. Waldeck-Frankenberg	0,19	1,39	0,60	0,64
7. Werra-Meißner-Kreis	0,95	1,07	0,53	0,63
8. Gießen	0,40	0,80	0,38	0,67
9. Lahn-Dill-Kreis	0,53	1,76	0,33	0,55
10. Limburg-Weilburg	0,61	0,75	0,66	0,69
11. Marburg-Biedenkopf	0,44	1,79	0,43	0,53
12. Vogelsbergkreis	0,75	1,48	0,36	0,49
13. Bergstraße	0,27	0,87	0,49	0,37
14. Darmstadt	0,01	0,00	0,26	0,12
15. Darmstadt-Dieburg	0,23	1,33	0,64	0,29
16. Frankfurt am Main	0,05	0,19	0,06	0,12
17. Groß-Gerau	0,03	0,56	0,10	0,16
18. Hochtaunuskreis	0,14	2,38	0,21	0,32
19. Main-Kinzig-Kreis	0,29	0,42	0,29	0,41
20. Main-Taunus-Kreis	0,27	0,64	0,08	0,23
21. Odenwaldkreis	0,24	1,49	0,70	0,99
22. Offenbach (Landkreis)	0,31	0,71	0,15	0,23
23. Offenbach (Stadt)	0,02	0,38	0,07	0,08
24. Rheingau-Taunus-Kreis	0,25	0,67	0,20	0,45
25. Wetteraukreis	0,32	0,47	0,72	0,45
26. Wiesbaden	0,13	0,75	0,30	0,20
Durchschnitt	0,29	1,00	0,36	0,43

⁴⁰⁸ Beispiel: Die Förderintensität der Stadt Darmstadt im Dienstleistungssektor ergibt sich als der Quotient aus der Fördersumme für Darmstadt im Dienstleistungssektor und der Anzahl der in Darmstadt im Dienstleistungssektor Beschäftigten.

⁴⁰⁹ Die neueste einschlägige IAB/Prognos-Studie sagt bis 2010 weitere Anteilsverluste des Baugewerbes voraus. Der Anteil des Baugewerbes an allen Erwerbstätigen in Deutschland soll von 8,7% in 1995 auf 7,1% in 2010 sinken.

⁴¹⁰ Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Förderdaten der DtA und regionalen Beschäftigungszahlen des Hessischen Landesamts für Statistik.

Nach Angaben der DtA (1999, 4) unterstützen die geförderten Existenzgründer immer stärker den Umbau der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft. Gemessen an den absoluten Fördersummen liegt der Schwerpunkt der Existenzgründungsförderung tatsächlich im Dienstleistungssektor. Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch bei Berechnung der Förderintensitäten: Der als besonders förderintensiv erachtete Dienstleistungssektor rangiert diesbezüglich weit abgeschlagen hinter dem Baugewerbe auf Platz zwei. Die Förderintensität ist im Dienstleistungsgewerbe mit 0,43 zwar vergleichsweise höher als im Handel (0,36) und im industriellen Gewerbe (0,29), liegt jedoch deutlich hinter der Förderintensität im Baugewerbe (1,00). ***Nur wenn man von der starken Förderung von Existenzgründungen im Baugewerbe absieht, die strukturkonservierend wirkt, entsprechen die sektoralen Förderschwerpunkte dem Strukturwandel in Richtung einer zunehmenden Dienstleistungsorientierung.***

Bezüglich der regionalen Verteilungsstruktur der Fördermittel erfahren die Regionen in Nordhessen in allen vier Wirtschaftssektoren eine größere Förderintensität als südhessische Regionen. Am markantesten ist dieses Gefälle im Dienstleistungssektor. Auffällig ist, dass die Ballungszentren im südhessischen Raum, nämlich die südhessischen Städte Frankfurt, Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden und deren benachbarte Landkreise, nur eine geringe Förderintensität aufweisen. Die nordhessische Stadt Kassel zeigt ebenfalls niedrige Förderintensitäten in allen Sektoren. Dass die drei bedeutendsten Förderprogramme für Existenzgründer in Regionen mit relativ hoher Beschäftigung niedrige Förderintensitäten aufweisen zeigt, dass in der regionalen Verteilung der öffentlichen Kredite keine oder nur eine geringe Anpassung der Fördersummen an die Beschäftigtenzahl in der Region stattfindet, was nicht heißen soll, dass eine Anpassung erstrebenswert wäre. ***In städtischen Ballungsregionen sind allgemein niedrigere Förderintensitäten festzustellen als in den eher strukturschwachen ländlichen Regionen Nordhessens, und diese stärkere Konzentration der Existenzgründungsförderung auf strukturschwache Regionen ist aus regionalpolitischer Sicht durchaus positiv zu bewerten.***

5.2.4 Strukturbeitrag der von der BfA geförderten Existenzgründungen

Tabelle 5-15: Strukturbeitrag der mit Überbrückungsgeld geförderten Existenzgründer auf die sektorale Betriebs- und Beschäftigtenverteilung in Westdeutschland⁴¹¹

Haupt- wirtschaftszweig	Betriebe	geförderte Existenz- gründer	Betriebs- struktur- beitrag	Wirtschaftszweig	Betriebe	geförderte Existenz- gründer	Betriebs- struktur- beitrag
Industrielles Gewerbe ^{A)}				Land- und Forstwirtschaft	61.200	2,0%	0,50
				Produzierendes Gewerbe ^{B)}	249.700	9,5%	0,58
Baugewerbe	310.900	11,5%	0,56	Baugewerbe	147.100	8,6%	0,89
Handel	147.100	8,6%	0,89	Handel	395.100	29,1%	1,13
Dienstleistungen				Verkehr und Nachrichten	78.100	4,6%	0,90
				Kredit und Versicherung	40.900	7,4%	2,75
				Sonstige Dienstleistungen	558.100	38,9%	1,07
	677.100	50,9%	1,15				
Insgesamt	1.530.200	100,0%	1,00	Insgesamt	1.530.200	100,0%	1,00

Die von der Bundesanstalt für Arbeit mit Überbrückungsgeld geförderten vormals arbeitslosen *Existenzgründer verändern die Betriebsstruktur* der Wirtschaft ceteris paribus *in Richtung des tertiären Sektors*. Im Dienstleistungssektor, der die Wirtschaftszweige Handel, Verkehr, Nachrichten, Kredit, Versicherung und sonstige Dienstleistungen umfasst, sind 80% der mit Überbrückungsgeld geförderten Existenzgründungen angesiedelt, aber nur 70% der westdeutschen Betriebe insgesamt.⁴¹²

39% der vormals arbeitslosen Existenzgründer machen sich mit sonstigen Dienstleistungen, 7% mit Finanzdienstleistungen und 29% im Handel selbständig. Experten erwarten bei den sonstigen Dienstleistungen einen Anstieg des Beschäftigtenanteils von 19% in 1995 auf 26% in 2010 und im Handel von 13% auf 14%, während für die anderen privatwirtschaftlichen Sektoren bis 2010 schrumpfende Beschäftigtenanteile prognostiziert werden.⁴¹³

⁴¹¹ Eigene Berechnungen unter Zugrundelegung der Förderkennzahlen in WIEßNER (1997c, 12) und der Betriebs- und Beschäftigtenaten in WEIßHUHN/ WICHMANN (2000, 61).

^{A)} Als „industrielles Gewerbe“ werden hier Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser, Montan und das Verarbeitende Gewerbe (ohne Bau) zusammengefasst.

^{B)} Das „produzierende Gewerbe“ umfasst hier Energie, Wasser, Montan und das Verarbeitende Gewerbe (ohne Baugewerbe).

⁴¹² Die hier verwendeten Daten entstammen der jüngsten IAB-Untersuchung zum Überbrückungsgeld, bei der im Rahmen einer Vollerhebung in den Jahren 1994/95 die bewilligten Anträge auf Überbrückungsgeld in einer quasi-repräsentativen Stichprobe ausgewählter Arbeitsamtsbezirke (11 in Westdeutschland und 4 in Ostdeutschland) ausgewertet wurden. Vgl. WIEßNER (1997), S. 8ff.

⁴¹³ S.o.: 5.1.6.2 Mittelfristige Prognose des sektoralen Strukturwandels.

Über drei Viertel der Überbrückungsgeldempfänger sind in den am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereichen tätig. Die Überbrückungsgeldempfänger fördern den dienstleistungsorientierten Strukturwandel in Richtung Handel (Betriebsstrukturbeitrag 1,13), sonstige Dienstleistungen (1,07) und am stärksten in Richtung Kredit- und Versicherungsgewerbe (2,75). Verkehr und Nachrichten sind bei den von der BfA geförderten Existenzgründungen leicht unterrepräsentiert (0,90), wobei insgesamt der Strukturbeitrag in Richtung Dienstleistungen bei den Überbrückungsgeldempfängern (1,15) ähnlich hoch ist wie bei der Gesamtheit aller Existenzgründer (1,17⁴¹⁴). Den Strukturwandel zu Ungunsten des produzierenden Gewerbes antizipieren die von der BfA Geförderten (0,58) ebenso wie die sonstigen Existenzgründer (0,59⁴¹⁵), während Land- und Forstwirtschaft von den BfA-geförderten Existenzgründern tendenziell gemieden wird (0,50) und damit eher der Strukturprognose entspricht als die Gesamtheit der Existenzgründer (0,96⁴¹⁶).

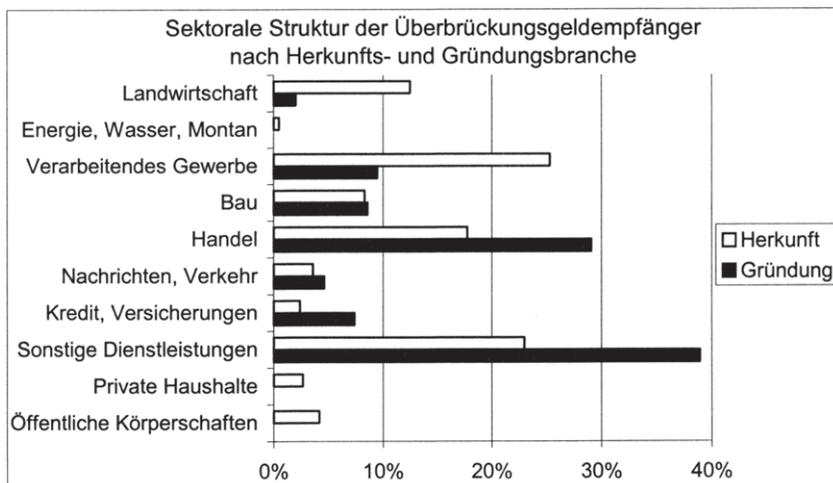


Abbildung 5-9: Herkunfts- und Gründungsbranchen der Überbrückungsgeldempfänger⁴¹⁷

Die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit geht bei den Überbrückungsgeldempfängern häufig mit einem Branchenwechsel einher, wie der Vergleich zwischen Herkunfts- und Gründungsbranchen zeigt. Branchenwechsler gründen

⁴¹⁴ S.o.: Tabelle 5-7.

⁴¹⁵ S.o.: Tabelle 5-5.

⁴¹⁶ S.o.: Tabelle 5-5.

⁴¹⁷ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial von WIEßNER (1997), S. 12.

größtenteils in den Bereichen ‚sonstige Dienstleistungen‘ und ‚Handel‘. Die zumeist aus der Arbeitslosigkeit heraus geförderten Überbrückungsgeldempfänger folgen klar dem allgemeinen Strukturwandel in Richtung einer zunehmenden Tertiarisierung.

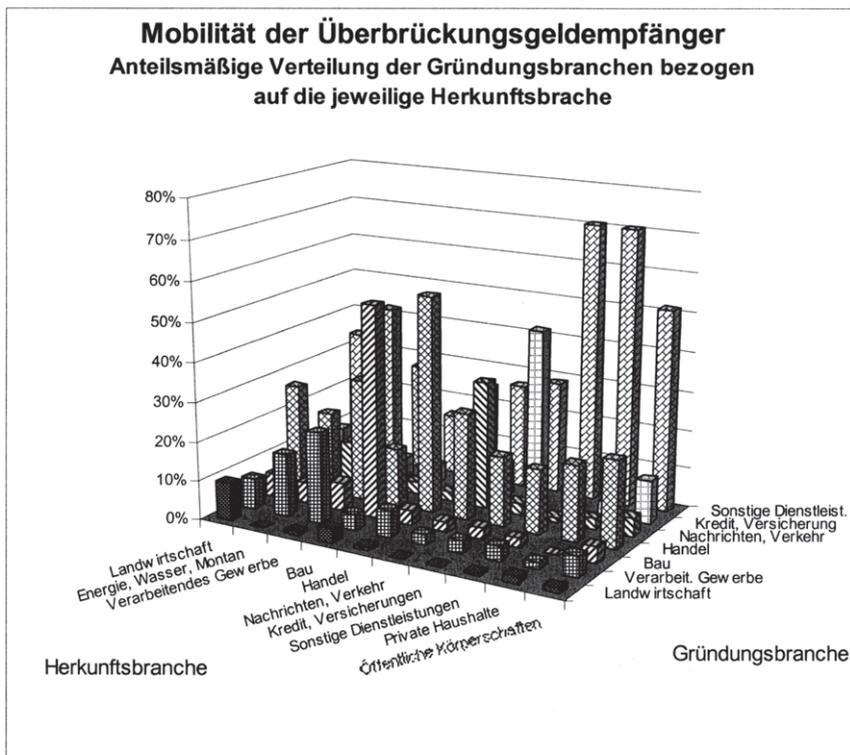


Abbildung 5-10: Verteilung der Branchenwechsler beim Überbrückungsgeld⁴¹⁸

Die höchsten Anteile an Branchentreuen, d.h. an Existenzgründern, die vor ihrer Arbeitslosigkeit in der gleichen Branche beschäftigt waren, haben ebenfalls die sonstigen Dienstleistungen mit 71% und der Handel mit 55%. Der Anteil der Branchentreuen im Baugewerbe beträgt 54%, im Kredit- und Versicherungsgewerbe 45% und bei Nachrichten und Verkehr 33%. Niedrig ist die Verbleibsquote im Verarbeitenden Gewerbe mit 23% und besonders im agrarischen Gewerbe mit 10%. Von den vormals im Verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten machen sich 31% im Handel und 28% in den sonstigen Dienstleistungsberei-

⁴¹⁸ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial von WIEBNER (1997), S. 13.

chen selbständig, und von den ehemaligen Landwirten konzentrieren sich 34% auf die sonstigen Dienstleistungen und 27% auf den Handel. **Sonstige Dienstleistungen und Handel verzeichnen die meisten Branchentreuen und erhalten darüber hinaus starke Zuströme aus anderen Branchen.**

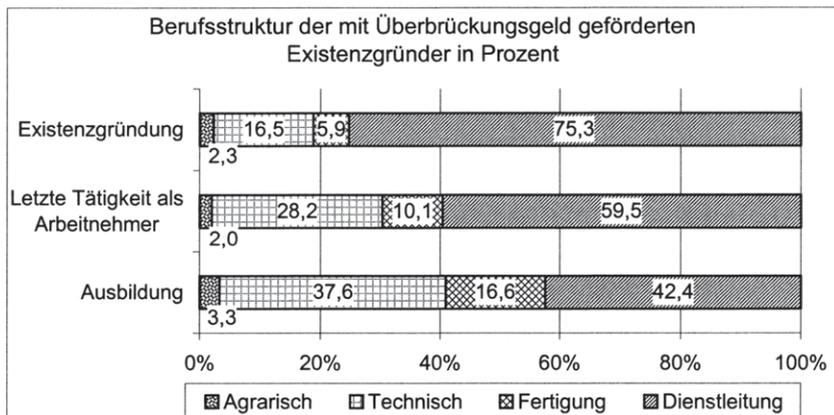


Abbildung 5-11: Berufliche Entwicklung der Überbrückungsgeldempfänger⁴¹⁹

Betrachtet man die berufliche Entwicklung der Überbrückungsgeldempfänger über die drei Stationen (1) Ausbildungsberuf, (2) letzte Tätigkeit vor der Arbeitslosigkeit bis (3) zum Gründungsberuf, so verlieren die agrarischen, technischen und Fertigungsberufe kontinuierlich zugunsten der Dienstleistungsberufe. 58% der geförderten Existenzgründer sind in einem agrarischen, einem technischen Beruf oder einem fertigungsbezogenen Beruf ausgebildet, aber nur 25% machen sich dort selbständig. Dass die meisten Ausbildungsplätze in technischen Berufen und Fertigungsberufen angeboten werden, während für neue Berufe, etwa im Bereich der elektronischen Medien, geregelte Ausbildungsmöglichkeiten gerade erst entstehen, lässt vermuten, dass Diskrepanzen zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem ursächlich für die Mobilität der Existenzgründer sind. Über drei Viertel der Überbrückungsgeldempfänger ergreifen einen Beruf im tertiären Sektor, der sich auch hinsichtlich der Berufsstruktur als der eindeutige Mobilitätsgewinner erweist.⁴²⁰

⁴¹⁹ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial von WIEBNER (1997, 23).

⁴²⁰ Die Ergebnisse gelten für die alten und neuen Bundesländer. Ein Ost-West-Vergleich ergab kaum Unterschiede für die Gründungsberufe. Vgl. WIEBNER (1997), S. 3.

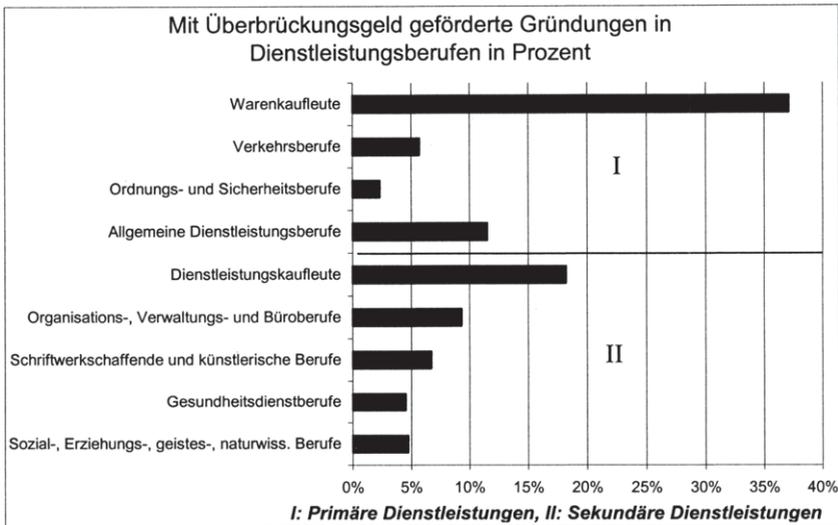


Abbildung 5-12: Berufsstruktur der von der BfA geförderten Dienstleistungsgründer⁴²¹

37% der von der BfA geförderten Dienstleistungsanbieter sind Warenkaufleute (Einzelhändler, Handelsvertretungen), 18% Dienstleistungskaufleute (Agenturen, Makler, Finanz- und Anlagenberater), 12% bieten eher einfacher strukturierte allgemeine Dienstleistungen (klassische Serviceberufe, Hilfsdienste) an und 9% sind in Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen tätig. 43% des Dienstleistungsangebots sind sekundäre Dienstleistungen auf häufig hohem Qualifikations- und Anforderungsniveau.

Die mit **Überbrückungsgeld** geförderten, vormals arbeitslosen Existenzgründer folgen klar dem Trend der zunehmenden Tertiarisierung der Wirtschaft. Die Existenzgründungsförderung der BfA **treibt** den wirtschaftlichen **Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft voran** und **trägt dazu bei, dass sich ehemals im primären und sekundären Sektor beschäftigte Arbeitslose** mit Hilfe des Überbrückungsgeldes vor allem **in den Wachstumsbereichen des tertiären Sektors selbständig machen**. **Überbrückungsgeld ist somit nicht nur ein beschäftigungspolitisches, sondern auch ein wirksames strukturpolitisches Instrument.**

⁴²¹ Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zahlenmaterial von WIEBNER (1997), S. 28.

5.2.5 Strukturbeitrag von technologieorientierten Gründungen

Technologieorientierte Gründungen bzw. junge technologieorientierte Unternehmen (JTU) gehören zum kleinen Kreis der Unternehmen mit langfristig hohen Wachstumsraten und Beschäftigungszuwächsen und haben aus struktur- und beschäftigungspolitischer Sicht eine herausragende ökonomische Bedeutung. Sie sind das Musterbeispiel für innovative dynamische Unternehmen, die laut SCHUMPETER den Strukturwandel vorantreiben, indem sie neue Kombinationen der begrenzten Produktionsmittel erkennen und realisieren.⁴²²

JTU haben typischerweise hohe Aufwendungen für FuE, denn die kontinuierliche Entwicklung innovativer Produkte ist entscheidend für die Sicherung ihrer Wettbewerbsposition. Entsprechend sind technologieorientierte Existenzgründungen in hohem Maße auf die Mobilisierung von Eigen- bzw. Beteiligungskapital angewiesen und werden durch staatliche Kapitalbeteiligungen entsprechend auch in beachtlichem Umfang gefördert. In der Koinvestmentvariante sind die Beteiligungsprogramme des Bundes auch auf die Mobilisierung von privatem Beteiligungskapital hin ausgerichtet. In Deutschland wurden mit den BMWi-Programmen „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ (BTU) des Bundeswirtschaftsministeriums, dem ERP-Innovationsprogramm (Beteiligungsvariante) und in Ostdeutschland dem Programm FUTOUR insgesamt Beteiligungen in Höhe von 1,7 Mrd. DM in 1999 und von über 2,3 Mrd. DM im Jahr 2000 mobilisiert. Gegenüber 1998 bedeutet dies fast eine Verdreifachung. Einschließlich der Eigenprogramme von tbG und KfW wurden 1999 über 3 Mrd. DM Beteiligungskapital mobilisiert.⁴²³ Solche staatlichen Kapitalbeteiligungen an JTU bieten mitunter die Voraussetzung für die erfolgreiche Mobilisierung von Beteiligungskapital am Neuen Markt. Das Beteiligungsvolumen der tbG belief sich 1999 auf insgesamt 740 Mio. DM. Davon entfielen 61% auf Unternehmen der IuK-Technologie, 21% auf Biotechnologie, 5% auf Medizintechnik und 5% auf Mess-, Steuer- und Regelungstechnik. Ein Drittel der geförderten Unternehmen sind jünger als ein Jahr, zwei Drittel jünger als drei Jahre. 15% des Beteiligungsvolumens entfällt auf Börsenkandidaten und 85% dient der Finanzierung in der Frühphase (Start-up, Seed) technologieorientierter Unternehmen. Einschließlich der privaten Kapitalbeteiligungen wurden mit dem Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ 1999 mehr als 1,5 Mrd. DM Beteiligungskapital mobilisiert.

Von den geförderten technologieorientierten Gründungen, die neue Märkte schaffen, sind entscheidende Impulse für das Innovationsgeschehen und die

⁴²² S.o.: 2.4.3.2 Entwicklungssinitiiierende Funktion.

⁴²³ Vgl. Bundesregierung (2000b), S. 12.

Stimulation genau jener Hochtechnologie-Branchen zu erwarten, bei denen die deutsche Wirtschaft Defizite aufweist. Doch nur 0,07% der neu gegründeten Unternehmen sind definitiv technologieorientiert und nur 0,47% entstehen in Hochtechnologiebereichen.⁴²⁴ Das an der Zahl der Hochschulabsolventen ingenieur- und naturwissenschaftlicher Fachrichtungen und hochqualifizierter Fachkräfte gemessene Potential möglicher Gründer technologieorientierter Unternehmen wird nach Ansicht des RWI (1999, 110f.) derzeit jedoch wohl weder in Deutschland noch in anderen europäischen Ländern ausgeschöpft. Die zunehmende Errichtung von Existenzgründerlehrstühlen ist hier ein geeignetes Instrument, um besonders Akademiker zum Schritt in die Selbständigkeit zu motivieren und ihnen das erwerbbarere Wissen zur Selbständigkeit bereits an der Universität zu vermitteln. Das MIT in Cambridge oder die Stanford University im Silicon Valley zeigen, dass Universitäten zu Knotenpunkten „innovativer Netzwerke“ erwachsen können.

5.2.6 Bewertung

Das Überbrückungsgeld sowie die Existenzgründungsprogramme von ERP und DtA einschließlich der Eigenkapitalhilfe sind nicht als Instrumente sektoraler Strukturpolitik konzipiert und fördern Existenzgründer unabhängig von Branche und Gründungsart. Eine Gründungsförderung mit einer solch breiten Definition der Zielgruppe vermeidet die Diskriminierung einzelner Wirtschaftsbereiche, sondern fördert nach dem Gießkannenprinzip mit nur geringer strukturpolitischer Wirkung.

Berücksichtigt man die sektorale Struktur der Antragsteller, sind bei der BfA-Förderung vormals arbeitsloser Existenzgründer, nicht jedoch bei den öffentlichen Darlehensprogrammen, anteilmäßig mehr geförderte Existenzgründungen als etablierte Betriebe im expandierenden tertiären Sektor angesiedelt und damit entspricht zumindest beim Überbrückungsgeld die Förderung nach Köpfen dem allgemeinen Strukturwandel einer zunehmenden Tertiarisierung. Auch bezogen auf das Fördervolumen folgt das Überbrückungsgeld⁴²⁵, nicht aber die öffentliche Kreditförderung für Existenzgründer, dem Trend der zunehmenden Tertiarisierung der Wirtschaft.

⁴²⁴ 1995 gab es in Westdeutschland etwa 450.000 Neugründungen, wobei die Zahl der technologieorientierten Neugründungen bei enger Definition 300 (0,07% aller Neugründungen) und bei Einbeziehung aller Neugründungen in Hochtechnologieindustrien 2000 (0,47%) kaum überschritten haben.

⁴²⁵ Beim Überbrückungsgeld, das an das Arbeitslosengeld und nicht an das benötigte Investitionsvolumen gekoppelt ist, gibt es der Höhe nach nur unbedeutende sektorale Unterschiede.

Aus der theoretischen Blickrichtung sind Existenzgründungshilfen freilich immer als ein strukturpolitisch sinnvolles Instrument anzusehen. Auch und gerade in anteilmäßig schrumpfenden Branchen erfüllen Existenzgründungen Entwicklungsinitiierungs-, Strukturproportionierungs- und Vitalisierungsfunktionen und leisten insofern, verglichen mit der Subventionierung etablierter Unternehmen, immer einen positiven Beitrag für den wirtschaftlichen Strukturwandel.⁴²⁶

Vergleicht man die Existenzgründungsförderung mit anderen Subventionen und bedenkt, dass die Subventionskomponente bei zinsvergünstigten Darlehen nur etwa ein Sechstel des verausgabten Darlehensvolumens ausmacht, wird deutlich, dass Existenzgründungshilfen bei Maßnahmen zum Subventionsabbau nachrangig zu behandeln sind. Während Subventionen insgesamt strukturkonservierend wirken⁴²⁷, lenkt die Gesamtheit aller Existenzgründungen den Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen. Existenzgründungsförderung hat bereits dann einen positiven Einfluss auf den Strukturwandel, wenn sich die sektorale Struktur der geförderten Existenzgründungen nicht von der sektoralen Struktur aller Existenzgründungen unterscheidet, d.h. keine Selektion zugunsten von Gründungen in wachstumsschwachen Bereichen stattfindet.

⁴²⁶ S.o.: 2.4.3 Gesamtwirtschaftliche Funktionen von Existenzgründungen.

⁴²⁷ Nach Angaben der Deutschen Bundesbank wurden in Deutschland 1999 Subventionen in Höhe von 101 Mrd. DM gewährt. Davon flossen 33% in die gewerbliche Wirtschaft, 20% in die Landwirtschaft, und 28% in das Wohnungswesen.

6 Zusammenfassung, Handlungsoptionen und Ausblick

6.1 Zusammenfassung

Im folgenden werden die Ergebnisse der theoretischen und empirischen Untersuchungen zusammengefasst und Handlungsoptionen formuliert. Ein Ausblick und Hinweis auf den weiteren Forschungsbedarf schließen die Arbeit ab.

Nach Darstellung der gründungsökonomischen Grundlagen wurden zunächst die Ansatzpunkte und Ziele der staatlichen Förderung von Existenzgründungen diskutiert und unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungsverläufe bewertet. Im Diskurs zur staatlichen Gründungsförderung wird häufig über eine zu geringe Zahl von Existenzgründungen in Deutschland geklagt und auf positive ausländische Vorbilder verwiesen. Dem widerspricht die langfristige Analyse der Selbständigenentwicklung, die für die letzten drei Jahrzehnte keine Hinweise auf das Vorhandensein einer Selbständigen- bzw. Unternehmerlücke gegenüber früheren Zeiträumen ergibt. Seit Anfang der neunziger Jahre geht in Deutschland, primär infolge sinkender Gründungs- und steigender Liquidationszahlen in Ostdeutschland, zwar das Wachstum des Unternehmensbestands zurück, nicht aber der Unternehmensbestand an sich. Die Zahl der Selbständigen nahm vor allem im Dienstleistungsbereich deutlich zu.

Auch im internationalen Vergleich hat Deutschland kein Defizit an Selbständigen. Die Selbständigenquote in Deutschland entspricht etwa der in den Vereinigten Staaten, die häufig als Paradebeispiel für unternehmerische Mobilisierung genannt werden. Der Vergleich mit relativ schwächer entwickelten Volkswirtschaften zeigt, dass höhere Selbständigenquoten meist mit einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf einhergehen. Einerseits sind hohe Selbständigenquoten charakteristisch für Volkswirtschaften mit einer geringen Industrialisierung, andererseits kehrte sich der langfristige Trend sinkender Selbständigenquoten bei vielen hoch entwickelten Industriestaaten Anfang der achtziger Jahre um. Parallel zur staatlichen Förderung von vormals arbeitslosen Existenzgründern nimmt in den letzten Jahren in vielen Staaten, so auch in Deutschland, die Zahl der Alleinselbständigen insbesondere in den Dienstleistungsbereichen zu. Diese Entwicklung impliziert für Existenzgründer neben den individuellen Chancen allerdings auch die Gefahr der Scheinselbständigkeit bei Abhängigkeit gegenüber großen Auftraggebern.

Eine rein quantitative Erhöhung der Gründungszahl allein ist kein geeignetes Maß für den gesamtwirtschaftlichen Nutzen von Gründungsförderung. Bei der Beurteilung des Erfolgs von Gründungsförderung sind insbesondere deren gesamtwirtschaftliche Wirkungen zu berücksichtigen.

Die Auswertung der Daten zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Mittelstandes ergibt, dass sich die Beschäftigtenverteilung in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten klar zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen verschob, während sich die Umsatzverteilung deutlich zugunsten großer Unternehmen entwickelte. Trotz hohem Umsatzwachstum bauen Großunternehmen netto Arbeitsplätze ab, während KMU trotz gesamtwirtschaftlich sinkender Umsatzanteile netto zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Seitdem die großen Unternehmen ihren Beschäftigungsstand im Inland tendenziell abbauen und sich durch weltweite Beschaffung und Vermarktung sowie Verlagerung von Aktivitäten ins Ausland zunehmend von ihrer nationalen Produktionsbasis entfernen, entstehen neue Arbeitsplätze vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Die Beschäftigungsentwicklung verläuft dabei umso günstiger, je kleiner die Unternehmen sind. Bezüglich des strukturellen Einflusses der Unternehmensgrößenklassen zeigt die Auswertung der sektoralen Umsatzverschiebungen, dass vor allem große, aber auch kleine Unternehmen den sektoralen Strukturwandel forcieren, während der Einfluss mittelgroßer Unternehmen geringer ist. Da kleine Unternehmen einen positiven Beschäftigungs- und Strukturbeitrag leisten und beinahe alle Existenzgründungen kleine Unternehmen sind, könnten Existenzgründungshilfen zusätzliche Möglichkeiten für mehr Beschäftigung und einen beschleunigten Strukturwandel eröffnen.

Die Auswertung theoretischer und empirischer Ergebnisse der entwicklungs- und wachstumsökonomischen Literatur ergibt, dass Existenzgründungen gesamtwirtschaftliche Funktionen der Entwicklungsinittierung, Strukturproportionierung, Vitalisierung, Umverteilung und Beschäftigung erfüllen. Dass Existenzgründungen selbst bei der Konstituierung und Formierung neuer Märkte eine wesentliche Rolle spielen zeigt die Computerbranche, in der junge innovative Unternehmen entscheidende Impulse zur Branchenentwicklung auslösten. Als Imitatoren tragen Existenzgründer zur raschen Ausbreitung von Innovationen, zur Erschließung von Marktnischen, zur Wissensdiffusion, zur Reduzierung von Gewinnmargen und zur Vermeidung von Monopolpositionen bei Existenzgründungen sind, anders als Großunternehmen, i.d.R. an lokale und regionale Märkte gebunden und schaffen vor allem Arbeitsplätze im Inland. Dass sich die Beschäftigtenverteilung in Deutschland deutlich zugunsten KMU verschiebt und KMU netto zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, ist ein starkes Indiz für eine positive Beschäftigungsfunktion von Existenzgründungen.

Entsprechend stellt sich die Frage, ob auch die derzeit praktizierte staatliche Förderung von Existenzgründungen erstens nachhaltig zu mehr Beschäftigung beiträgt und ob sie zweitens den wirtschaftlichen Strukturwandel vorantreibt. Dient die Subventionierung von Existenzgründungen dem Abbau der Arbeitslos-

sigkeit oder der Modernisierung der Wirtschaftsstruktur, rechtfertigt dies die Verwendung von Haushaltsmitteln, nicht jedoch, wenn die Subventionierung lediglich den individuellen Wohlstand des Existenzgründers erhöht oder dessen unternehmerisches Risiko zu Lasten anderer Unternehmen reduziert.

Die Analyse der verschiedenen Instrumente und Programme zur Förderung von Existenzgründungen zeigt, dass langfristige bzw. eigenkapitalersetzende zinsverbilligte Darlehen für Existenzgründer der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe sowie nicht rückzahlbares Überbrückungsgeld der BfA für vormals arbeitslose Existenzgründer die wichtigsten Existenzgründungshilfen in Deutschland darstellen. Die Technologieprogramme des Bundes sind an eine relativ kleine, wenngleich zunehmende Zahl technologieorientierter Gründungen gerichtet, die eine massive Förderung genießen, da sie den Kern des sehr kleinen Kreises der Gründungen mit langfristig größeren Wachstums- und Beschäftigungschancen bilden und von ihnen Impulse für das Innovationsgeschehen zu erwarten sind. Verglichen mit diesen Finanzierungshilfen auf Bundesebene nehmen die Beratungshilfen des Bundes und die speziellen Förderprogramme der einzelnen Länder eine untergeordnete Stellung ein.

Der führende Startfinanzier in Deutschland ist die Deutsche Ausgleichsbank mit einem Marktanteil von knapp 25 Prozent. 1999 wurden von der DtA im Förderbereich „Existenz-/ Unternehmensgründung“ 50 Tsd. Unternehmen gefördert, die im Jahr 2000 rund 340 Tsd. Arbeitnehmer beschäftigten.

Bezüglich des (mikroökonomischen) Beschäftigungseffekts eines Existenzgründungsprogramms ist nicht nur der Beschäftigungsbeitrag der geförderten Existenzgründungen zum Zeitpunkt und kurz nach ihrer Gründung relevant, sondern auch ihre Überlebenswahrscheinlichkeit sowie die langfristige Beschäftigungsentwicklung in den überlebenden Gründungen. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ist das Liquidationsrisiko neu gegründeter Unternehmen im ersten Jahr ihres Bestehens am höchsten und nimmt dann in den folgenden Jahren relativ kontinuierlich ab, wobei die Überlebensraten von mit öffentlichen Darlehen geförderten Existenzgründungen deutlich höher sind als die von nicht geförderten Gründungen. Bei den überlebenden Existenzgründungen ist indes kein Zusammenhang zwischen dem Erhalt von Existenzgründungshilfen und der nachhaltigen Beschäftigungsentwicklung nach Gründung erkennbar. Es zeigt sich, dass die Beschäftigung in neu gegründeten Unternehmen im ersten Jahr im Schnitt deutlich zunimmt und in den darauf folgenden Jahren dann wieder kontinuierlich zurückgeht. In Westdeutschland entspricht die Beschäftigtenzahl der überlebenden Gründungen auf lange Sicht dem Ausgangswert der Beschäftigung zum Zeitpunkt der Gründung, während der lang-

fristige Beschäftigungseffekt in Ostdeutschland etwa 10% über dem Ausgangswert liegt.

Unter Berücksichtigung der Überlebensrate und der Beschäftigungsentwicklung der mit zinssubventionierten Darlehen geförderten Existenzgründungen errechnet sich für die DtA-Darlehensförderung pro neu geschaffenen Arbeitsplatz einmalig ein Subventionsvolumen von 4.900-5.400 DM für Westdeutschland und von 4.600-5.300 DM für Ostdeutschland. Damit stellen die primär zur Finanzierung gründungsbedingter Sachinvestitionen bereitgestellten DtA-Darlehen, verglichen mit anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, ein sehr effizientes Instrument der Beschäftigungspolitik dar. Der hier zugrunde gelegte Beschäftigungseffekt auf Mikroebene sagt freilich noch nichts über den gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekt unter Berücksichtigung möglicher Verdrängungseffekte aus. Eine regional- bzw. strukturpolitisch motivierte intensivere Förderung ostdeutscher Gründer, die es Anfang der neunziger Jahre gab, findet heute nicht mehr statt, wenngleich darlehensgeförderte Existenzgründer in Ostdeutschland im Durchschnitt mit fast doppelt so vielen Beschäftigten starten wie ihre westdeutschen Kollegen und auch im Folgejahr höhere Beschäftigungszuwächse verzeichnen.

Das Existenzgründungsprogramm mit der größten Breitenwirkung ist das Überbrückungsgeld der BfA. 1998 und 1999 wurden deutschlandweit jeweils rund 98 Tsd. vormals arbeitslose Existenzgründer mit Überbrückungsgeld unterstützt. Von der BfA geförderte Existenzgründungen weisen etwa die gleichen Überlebensraten auf wie andere, nicht von vormals Arbeitslosen gegründete Unternehmen, ihre Überlebenswahrscheinlichkeit ist aber deutlich geringer als bei den von der DtA geförderten Existenzgründungen. Auf einen von der BfA geförderten Existenzgründer entfällt langfristig ein zusätzlicher Beschäftigter, so dass in Deutschland jährlich knapp 200 Tsd. Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Bei einem Finanzierungsvolumen des Überbrückungsgeldes von knapp 1,5 Mrd. DM entspricht dies einer Förderintensität von rund 7.600 DM pro Arbeitsplatz. Dies ist etwas mehr als bei der DtA-Darlehensförderung, jedoch starten von der BfA geförderte Existenzgründer immer aus der Arbeitslosigkeit, d.h. der gesamtwirtschaftliche Netto-Beschäftigungseffekt ist hier zunächst 100%.

Der gesamtwirtschaftliche Netto-Beschäftigungseffekt eines Existenzgründungsprogramms ist kleiner als die Summe der von den geförderten Existenzgründungen geschaffenen Arbeitsplätze, wenn Arbeitsplätze von etablierten Unternehmen auf Existenzgründer verlagert bzw. von diesen abgeworben werden oder wenn etablierte Unternehmen von den Newcomern vom Markt verdrängt werden. Die im Beobachtungszeitraum 1983-97 in den westdeutschen

Raumordnungsregionen flächendeckend hohe Korrelation zwischen den Gründungs- und den Schließungsraten der folgenden Jahre deutet darauf hin, dass viele Jungunternehmen bereits kurz nach ihrer Gründung wieder vom Markt verschwinden und dass erfolgreiche Markteintritte von Gründungsunternehmen zur Verdrängung von etablierten Unternehmen führen. Besonders in Regionen mit einer hohen Gründungsintensität geht ein Mehr an Gründungen mit einem entsprechenden Mehr an Schließungen einher, was bei einer geringeren Gründungsintensität nicht entsprechend zu beobachten ist. Die Auswertung der Gründungs- und Schließungsraten sowie der Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Sektoren und Raumordnungsregionen Westdeutschlands führt zu der theoretischen Schlussfolgerung, dass Gründungsförderung zur quantitativen Erhöhung der Gründungsrate auf Makroebene keine zusätzlichen Arbeitsplätze schafft. Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsentwicklung ist nicht abhängig von der Gründungsintensität, sondern vielmehr von der Nettomarktzutrittsrate. Im Gegensatz zur Gründungsrate ist die Nettomarktzutrittsrate (Gründungsrate minus Schließungsrate) sowohl im Dienstleistungsbereich als auch im Verarbeitenden Gewerbe deutlich positiv mit der Beschäftigungsentwicklung korreliert. Ein positiver Zusammenhang zwischen Gründungsrate und Beschäftigungsentwicklung besteht dagegen nur in ausgewählten, allgemein expandierenden Branchen. Ansonsten wird der positive Beschäftigungsbeitrag durch Gründungen auf Mikroebene durch gründungsbedingte Schließungen und Verdrängung von Arbeitsplätzen in anderen Unternehmen kompensiert. Zwar gehen vom Gründungsgeschehen nicht die erhofften gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsimpulse aus, die man im Kontext der Gründungsförderung erwartet, bezogen auf den einzelnen Betrieb schaffen Gründungen jedoch mehr neue Arbeitsplätze als etablierte Betriebe. Um die Beschäftigtenzahl zu erhöhen, ist eine staatliche Förderung von Existenzgründungen daher immer noch effizienter als eine Wachstumsförderung etablierter Betriebe.

Die Hypothese, dass Existenzgründungsförderung in Westdeutschland in ihrer derzeitigen Ausgestaltung nicht nachhaltig zu mehr Beschäftigung auf der Makroebene beiträgt, kann angesichts der Ergebnisse zur gründungsinduzierten Verdrängung indes nicht verworfen werden. Nur in den Dienstleistungsbereichen ‚Erziehung, Unterricht, Forschung‘, ‚Gesundheits-, Sozial-, Veterinärwesen‘, ‚Beratung und Werbung‘, ‚Grundstücks- und Wohnungswesen‘, sowie ‚übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen‘, in denen die Nachfrage expandiert, ist die Zahl der Gründungen deutlich höher als die Zahl der Schließungen und der Verdrängungseffekt ist kleiner als 100%, da nicht alle durch Gründung oder Expansion neu entstandenen Arbeitsplätze durch entsprechende schließungs- oder schrumpfungsbedingte Beschäftigungsverluste kompensiert

werden. Hier sind durch Existenzgründungen und deren Förderung am ehesten gesamtwirtschaftlich positive Netto-Beschäftigungseffekte zu erwarten.

Im letzten Teil dieser Arbeit wird der Einfluss von Existenzgründungshilfen auf den wirtschaftlichen Strukturwandel untersucht. Die Auswertung der Strukturberichterstattung zeigt, dass die Tertiarisierung bislang weniger auf Veränderungen der Nachfrage der privaten Haushalte, sondern vor allem auf Strukturverschiebungen bei den Unternehmen zurückzuführen ist, wobei das Gewicht der Dienstleistungen am Bruttoproduktionswert in allen Branchen zugenommen hat. Strukturpolitik bezweckt sowohl die Anpassung der Wirtschaftszweige an unumgängliche Strukturwandlungen und die Überführung frei werdender Produktionsfaktoren in günstigere Verwendungen (Strukturanpassungsziel) als auch die Entwicklung zukunftssicherer Produktionen (Strukturgestaltungsziel). Nach Ansicht von Experten setzt die Strukturpolitik in Deutschland keine klaren Signale und bremst den Strukturwandel eher als dass sie ihn fördert. Das DIW fordert, den Strukturwandel zu einem größeren Dienstleistungssektor und zu mehr Dienstleistungsfunktionen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes zu akzeptieren und aktiv zu unterstützen, und auch der Sachverständigenrat sieht die Dienstleistungsbereiche als Träger der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Laut Ifo-Institut kommt es dann zu einem absoluten Anstieg der Beschäftigung, wenn der tertiäre Sektor in der Lage ist, die aus dem Industriesektor freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen.

Während die Gesamtheit der westdeutschen Existenzgründungen die Tertiarisierung vorantreiben, indem sie anteilig mehr Betriebe und Beschäftigte im Dienstleistungsbereich schaffen, verändern von der DtA geförderte Existenzgründungen die Betriebsstruktur eher zu Ungunsten der Dienstleistungen und leisten allgemein einen schwächeren Strukturbeitrag in Richtung zukunftsträchtiger Sektoren als nicht geförderte Existenzgründungen. Der Beschäftigtenanteil des Dienstleistungsbereichs steigt c.p. zwar auch durch die DtA-geförderten Gründungen, dieser positive Strukturbeitrag ist aber deutlich geringer als bei der Gesamtheit aller westdeutschen Gründungen. Die Darlehensförderung der DtA wirkt strukturkonservierend, indem sie die Betriebs- und die Beschäftigungsstruktur deutlich zugunsten des schrumpfenden Baugewerbes beeinflusst. Von der DtA geförderte Existenzgründungen antizipieren zwar auch den Strukturwandel hin zu weniger Betriebs- und Beschäftigungsanteilen des industriellen Gewerbes, dies jedoch weniger stark als nicht geförderte Gründungen. Existenzgründungsdarlehen der DtA sind kein Instrument zur Förderung der Tertiarisierung, und aus strukturpolitischer Sicht ist außerdem zu bemängeln, dass die Förderintensität je Unternehmen und Arbeitsplatz in schrumpfen-

den Wirtschaftszweigen deutlich höher ist als in wachstumsintensiven Branchen.

Die von der BfA mit Überbrückungsgeld geförderten, vormals arbeitslosen Existenzgründer verändern dagegen die Betriebsstruktur der Wirtschaft *ceteris paribus* in Richtung des tertiären Sektors. Sie treiben den wirtschaftlichen Strukturwandel insbesondere in Richtung Kredit- und Versicherungsgewerbe, Handel und sonstige Dienstleistungen voran. In diesen nach Expertenmeinung zukünftig am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereichen sind über drei Viertel der Überbrückungsgeldempfänger tätig. Überbrückungsgeld fördert den wirtschaftlichen Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und trägt dazu bei, dass sich ehemals im primären und sekundären Sektor beschäftigte Arbeitslose verstärkt in expandierenden Dienstleistungsbereichen selbständig machen. Für den Fall des Überbrückungsgeldes der BfA kann die Hypothese, dass Existenzgründungsförderung den wirtschaftlichen Strukturwandel behindert, verworfen werden. Gleiches gilt für die Förderung technologieorientierter Gründungen, die den Kern des sehr kleinen Kreises der Gründungen mit langfristig großen Wachstums- und Beschäftigungschancen bilden und von denen Impulse für das Innovationsgeschehen zu erwarten sind.

6.2 Handlungsoptionen und Ausblick

Mit Ausnahme des Überbrückungsgeldes sind die meisten Existenzgründungshilfen in Deutschland kapitalorientiert anstatt personalorientiert. Die Förderungsmodalitäten sind v.a. auf Produktionsbetriebe zugeschnitten und greifen im Dienstleistungssektor, in dem zukünftig die meisten Arbeitsplätze entstehen werden, nicht optimal. Um die Dienstleistungsbereiche besser in die Förderung zu integrieren, müssten die Förderprogramme stärker als bisher auch für Investitionen in den Faktor Mensch, etwa für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von Mitarbeitern, geöffnet werden. Bei den stark expandierenden ‚sonstigen Dienstleistungen‘, aber auch im Handel, sind die Markteintrittsbarrieren und der Investitionsbedarf allgemein niedriger als in anderen Wirtschaftsbereichen. Kleine Investitionsvorhaben sind für Banken häufig mit vergleichsweise hohen Risiken verbunden, und der Weg zum Förderkredit ist hier häufig besonders beschwerlich. Die Einführung des DtA-Startgeld-Programms ist trotz des bereits umfangreichen Förderangebots als positiv zu bewerten, denn damit werden kleinere Gründungsvorhaben insbesondere im Dienstleistungsbereich ermöglicht. Auch das neue Fenster „Beschäftigung und Qualifizierung“ des KfW-Mittelstandsprogramms dient speziell der Finanzierung zusätzlicher Arbeitsplätze, ohne dass damit harte Investitionen verbunden sein müssen.

Das große unübersichtliche Angebot von Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene verringert sich in der Praxis, da ein Unternehmen nur die Programme jeweils eines Bundeslandes in Anspruch nehmen kann. Um dennoch die Transparenz und Konsistenz der Existenzgründungsförderung zu erhöhen, sollten die Förderprogramme der Länder und die des Bundes aufeinander abgestimmt und zu einem einheitlichen Förderkonzept zusammengeführt werden, so dass Existenzgründer bei Minimierung der Transaktionskosten den Antrag auf Förderung nur einmal zu stellen brauchen. Dadurch wäre auch vermieden, dass Länder in Standortkonkurrenz zueinander treten und sich an Subventionen gegenseitig überbieten. Die Übernahme der DtA-Anteile durch die KfW und die damit einhergehende Zusammenführung der Existenzgründungs- und Mittelstandsprogramme des Bundes bei der DtA ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Ausbau der DtA zur Gründungs- und Mittelstandsbank des Bundes stellt zukünftig sicher, dass KMU für ihren klassischen Finanzierungsbedarf nun einen zentralen Ansprechpartner auf Bundesebene haben.

Entscheidend für eine effektive Gründungsförderung ist neben Existenzgründungshilfen insbesondere auch die Abwesenheit von staatlichen Wettbewerbsbeschränkungen, etwa in Form von Regulierungen des Marktzutritts, die immer eine Privilegierung bereits etablierter Unternehmen bedeuten. Existenzgründer sind von Anfang an mit rechtlich-administrativen Barrieren aus den Bereichen des Gewerbe-, Handels- und Abgaberechts konfrontiert. Laut IfM Bonn (1995) lag die durchschnittliche Kostenbelastung in Folge bürokratischer Anforderungen pro Mitarbeiter und Jahr 1994 bei Kleinunternehmen bei fast 7.000 DM gegenüber 300 DM bei Großunternehmen, und dies verdeutlicht den Handlungsbedarf. Solange die Effizienz bürokratischer Verfahrensabläufe und Regulierungen nicht kritisch überprüft wird, um junge Unternehmen insbesondere in der Gründungs- und Entwicklungsphase zu entlasten, sind Existenzgründungshilfen nur ein schwaches Instrument dezentrierender Strukturintervention gegen eine tendenziell stärkere Mobilisierung des Staates für die Interessen etablierter und großer Unternehmen.

Die Darlehensprogramme für Existenzgründer sprechen branchenübergreifend einen sehr breiten Adressatenkreis an, der neben originären auch derivative Gründungen umfasst. Anhand der Existenzgründungsförderung der DtA konnte nachgewiesen werden, dass die Förderung von Neugründungen effizienter zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt als die Förderung von Übernahmen und Beteiligungen. Bei den letztgenannten derivativen Gründungen werden die neuen Eigentümer von etablierten Unternehmen subventioniert, die nicht die typischen Startschwierigkeiten von neu in den Markt tretenden Unternehmen und auch nicht deren Beschäftigungspotentiale aufweisen. Die Gefahr einer Mit-

nahme von Fördermitteln ist hier besonders groß. Bei Unternehmen, die keinen Nachfolger finden, sind staatliche Hilfen zur Erleichterung des Generationenwechsels, der Teil des wirtschaftlichen Strukturwandels ist, möglicherweise begründet, was jedoch nicht für eine grundsätzliche Förderung von Übernahmen und Beteiligungen im Rahmen der Existenzgründungsförderung spricht. Eine Umschichtung der Fördermittel zugunsten einer verstärkten Förderung von originären Existenzgründungen, die mehr Arbeitsplätze schaffen und die mit den typischen Risiken und Problemen eines Marktneulings belastet sind, könnte die Effizienz der Darlehensprogramme bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze (auf Mikroebene) nachhaltig erhöhen.

Auf Makroebene haben die Untersuchungen dieser Arbeit gezeigt, dass staatliche Existenzgründungsförderung, was die Massenförderung eines sehr breiten Adressatenkreis anbetrifft, aufgrund der gründungsinduzierten Verdrängung nicht als ein effektives beschäftigungspolitisches Instrument angesehen werden kann. Während die meisten Existenzgründungen kaum expandieren und etwa die Hälfte in den ersten sechs Jahren wieder liquidiert werden, konzentriert sich der langfristige Beschäftigungszuwachs auf wenige schnell wachsende Jungunternehmen, deren Anteil deutlich unter fünf Prozent liegt. Auf sie entfallen nach fünf Jahren bereits mehr als die Hälfte und nach zehn Jahren drei Viertel aller Arbeitsplätze, die in den im Ausgangsjahr neu gegründeten Unternehmen geschaffen wurden. Der Staat sollte versuchen, solche arbeitsplatzschaffenden Existenzgründungen gezielt zu fördern und das Erfolgspotential einer Geschäftsidee zum Auslesekriterium der Förderung zu machen, anstatt weiterhin nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren. Massenförderprogramme mit niedriger Subventionskomponente sind, verglichen mit der Förderpraxis der meisten anderen Industrieländer, ohnehin eine Besonderheit des deutschen Fördersystems. Zwar ist es schwierig, Erfolgspotentiale im Vorfeld abzuschätzen, und die Einschränkung des Adressatenkreises auf bestimmte Gruppen von Unternehmen impliziert die Gefahr der Willkür, dennoch steht eine solche Einschränkung im genuinen Zusammenhang mit einer präzisen Zielbestimmung und Instrumentenwahl.

Ad 1) Zielbestimmung: Bei imitierenden Existenzgründungen besteht die Gefahr, dass ihr Umsatz großteils zu Lasten anderer, bereits bestehender Unternehmen geht. Bei derivativen Gründungen, wie der Auslagerung von Unternehmensteilen sowie diversen Formen der Scheinselbständigkeit, werden Arbeitsplätze i.d.R. nur verlagert, aber keine neuen geschaffen. Für die bevorzugte Förderung innovativer Existenzgründungen spricht, dass neue Ideen und Produkte neue Märkte schaffen und somit am ehesten positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte zu erwarten sind.

Ad 2) Instrumentenwahl: Dass die Hälfte aller Neugründungen die ersten sechs Jahre nicht überlebt, ist nicht nur auf Finanzierungsengpässe zurückzuführen. Grund für den Zusammenbruch junger Unternehmen ist häufig ein Defizit von Managementkapazität, da die Unternehmen personell zu langsam expandieren und die Unternehmer sich in gewisser Hinsicht übernehmen. Problematisch ist, dass die traditionellen Existenzgründungshilfen zu sehr sachkapitalorientiert und zu wenig humankapitalorientiert sind und den personellen qualitativen Ausbau junger Unternehmen zu wenig unterstützen. Neben Finanzierungsmitteln, die erforderlich sind, um die Entwicklungs- und Markteinführungsphase zu überstehen, mangelt es Existenzgründern häufig an den erforderlichen Kontakten zu Kooperationspartnern, Zulieferern, Pilotkunden und ausländischen Vertriebspartnern. Wirksame Existenzgründungsförderung umfasst auch Maßnahmen zur Kontakt- und Kooperationsförderung, die der Geschäftsanbahnung und dem Zugang zu technischem und organisatorischem Wissen dienen. Die jüngst in Mode gekommenen Inkubatoren für Start up Unternehmen aus dem Internetbereich analysieren nicht nur die Businesspläne potentieller Existenzgründer, sondern unterstützen die von ihnen akzeptierten Unternehmen auch mit Beratungsleistungen und Netzwerkkontakten. Entgegen weit verbreiteter Vorstellungen sind diese Beratung sowie Kontakte für die neuen Unternehmen von deutlich größerer Bedeutung als die ebenfalls zur Verfügung gestellten Büroräume und Infrastruktur. Statt einer rein quantitativen Ausweitung sollten die bestehenden Programme durch Beratungs- und Kooperationsangebote flankiert werden, um das Wachstumspotential und die Krisenfestigkeit neu gegründeter Unternehmen zu erhöhen. Die Einbindung in kooperative Netzwerke, Transparenz über Kooperationsmöglichkeiten mit Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen, beratende Unterstützung und Kontaktvermittlung bei der Lösung konkreter Probleme sowie die ausreichende Verfügbarkeit qualifizierten Fachpersonals auch unterhalb der Hochschulebene sind für JTU von zentraler Bedeutung. Wie sehr besonders JTU von Wissenstransfer sowie Produkt- und Prozessinnovationen aus Hochschulen und Forschungsinstitutionen profitieren können und die enge Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zur Schaffung innovativer Milieus beizutragen vermag, zeigen die Vereinigten Staaten: Deren Elektronikindustrie an der Route 128 entwickelte sich im Umfeld des MIT und die Mikroelektronikindustrie im späteren Silicon Valley in der Nähe der Stanford University. Innovationsgeschehen und Erfolg JTU sind stark vom regionalen Innovationsregime abhängig, das sich nicht nur durch Gründungshilfen, sondern auch durch Transfereinrichtungen an Hochschulen, Technologiezentren, Vermarktungsagenturen für Inventionen und Innovationen und andere Netzwerkangebote verbessern lässt.

Literatur

- Acs, Zoltan J./ Audretsch, D.B. (1993)
Firm Profitability, Growth and Innovation, WZB Diskussionspapier FS IV 93-11, Berlin.
- Albach, Horst et al. (1985)
Mittelstandspolitik und ihre sektorale Auswirkung am Beispiel der Existenzgründungen, in: Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 31/1985, S. 87-100.
- Albach, Horst/ Hunsdiek, Detlef (1987)
Die Bedeutung von Unternehmensgründungen für die Anpassung der Wirtschaft an veränderte Rahmenbedingungen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Heft 5/1987, S. 562-580.
- Alban, Cornelia (1984)
Existenzgründungen: Ein regionaler Vergleich unter dem Aspekt von Beschäftigungswirkungen, Berlin.
- Almus, Matthias et al. (1999a)
Growth Determinants of Start-Ups in Eastern Germany: A Comparison Between Innovative and Non-Innovative Firms, ZEW Discussion Paper 5/99, Mannheim.
- Almus, Matthias et al. (1999b)
Wachstumsdeterminanten junger Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern: Ein Vergleich zwischen innovativen und nicht-innovativen Unternehmen, ZEW Diskussionspapier 9/99, Mannheim.
- Almus, Matthias/ Nerlinger, Eric (1998)
Beschäftigungsdynamik in jungen innovativen Unternehmen: Empirische Ergebnisse für West-Deutschland, ZEW Diskussionspapier 9/98, Mannheim.
- Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1996)
Grenzen der Globalisierung: Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster.
- Arthur, W.B. (1990)
Positive Rückkopplung in der Wirtschaft, in: Spektrum der Wissenschaft, April 1990, S. 122-129.

- Arthur, W.B. (1989)
Competing Technologies, Increasing Returns and Lock-in by Historical Events, in: *The Economic Journal* 99/1989, S. 116-131.
- Audretsch, David B. (1996)
New Firms and Creating Employment, WZB Discussion Paper FS IV 96-7, Berlin.
- Audretsch, David B./ Fritsch, Michael (1993)
Betriebliche Turbulenz und regionale Beschäftigungsdynamik, Diskussionspapier 7/93, Freiberg.
- Barro, Robert J./ Sala-i-Martin, Xavier (1998)
Wirtschaftswachstum, München.
- Bhagwati (1984)
Splintering and Disembodiment of Services and Developing Nations, in: *The World Economy*, Vol. 7/1984, p. 133-143.
- Becker, H. P. (1982)
Gründungsprobleme und die Förderung von Existenzgründungen: Ergebnisse einer Befragung in Baden-Württemberg, in: *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, Heft 6/1982, S. 510-523.
- Bellendorf, Heinz (1994)
Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im weltweiten Strukturwandel: Konzeptionelle Analyse und empirische Beurteilung, Frankfurt.
- Bellmann, Lutz et al. (1997)
Zur Analyse von Gründungen und Schließungen auf Grundlage der Beschäftigtenstatistik, WZB Diskussionspapier FS IV 97-46, Berlin.
- Bender et al. (1996)
Die IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975-1990, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Band 197.
- Berger, Georg/ Nerlinger, Eric (1997)
Regionale Verteilung von Unternehmensgründungen in der Informationstechnik: Empirische Ergebnisse für Westdeutschland, in: Harhoff, Dietmar (Hrsg.): *Unternehmensgründungen: Empirische Analysen für die alten und neuen Bundesländer*, S. 151-186, Baden-Baden.

- Berney, R.E./ Phillips, B.D. (1995)
 Small business and job creation: An update, Paper presented at the Conference on „Dynamics of Employment and Industry Evolution“, 19.-21. Januar, Mannheim.
- Betsch, Oskar et al. (2000)
 Gründungs- und Wachstumsfinanzierung innovativer Unternehmen, München.
- Bhagwati, J.N. (1984)
 Splintering and Disembodiment of Services and Developing Nations, in: The World Economy 7/1984, S. 133-143.
- Birch, D.L. (1987)
 Job Creation in America, New York, London.
- Birch, D.L. (1979)
 The Job Generation Process, MIT Program on Neighbourhood and Regional Change, Cambridge.
- Boeri, Tito/ Cramer, Ulrich (1991)
 Betriebliche Wachstumsprozesse: Eine statistische Analyse mit der Beschäftigtenstatistik 1977-1987, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 24/1991, S. 70-80.
- Bögenhold, D. (1989)
 Die Berufspassage in das Unternehmertum: Theoretische und empirische Befunde zum sozialen Prozess von Firmengründungen, in: Zeitschrift für Soziologie 4, S. 263-281.
- Bögenhold, D./ Staber, U. (1990)
 Selbständigkeit als ein Reflex auf Arbeitslosigkeit? Makrosoziologische Befunde einer international-komparativen Studie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/1990, S. 265-279.
- Braun, Dirk (1989)
 Die öffentliche Förderung von Existenzgründungen in Baden-Württemberg, Konstanz.
- Breitenacher, Michael et al. (1994)
 Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Existenzgründungspolitik sowie Entwicklungen der mit öffentlichen Mitteln - insbesondere Eigenkapitalhilfe - geförderten Unternehmensgründungen: Ein Gemeinschaftsgutachten von ifo Institut und Bifego, München.

- Brixi, Udo (1999a)**
Die Rolle von Betriebsgründungen für die Arbeitsplatzdynamik: Eine räumliche Analyse für Ostdeutschland 1991 bis 1996, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 230, Nürnberg.
- Brixi, Udo (1999b)**
Die Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Brösse, Ulrich (1999)**
Industriepolitik, München.
- Brüderl J./ Preisendörfer P./ Baumann, A. (1991)**
Determinanten der Überlebenschancen neugegründeter Kleinbetriebe, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/91, S. 91-100, Nürnberg.
- Brüderl, Josef/ Preisendörfer, Peter/ Ziegler, Rolf (1996)**
Der Erfolg neugegründeter Betriebe: Eine empirische Studie zu den Chancen und Risiken von Unternehmensgründungen, München.
- Brüderl, Josef/ Preisendörfer, Peter/ Ziegler, Rolf (1992)**
Staatliche Gründungsfinanzierung und der Erfolg neugegründeter Betriebe, München.
- Bundesanstalt für Arbeit (1998)**
Existenzgründung, IBZ Heft 9a: Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, Nürnberg.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2000)**
Wirtschaftsförderung für den Mittelstand: Förderprogramme und Richtlinien, Bonn.
- Bundesministerium für Wirtschaft (1997)**
Unternehmensgrößenstatistik 1997/98 - Daten und Fakten, Bearbeitung: IfM Bonn (Clemens et al.), BMWi Studienreihe Nr. 96, Bonn.
- Bundesministerium für Wirtschaft (1996)**
Mittelstandspolitik für mehr Selbständigkeit und Beschäftigung, Bericht an den Ausschuss für Wirtschaft des Deutschen Bundestages, Dokumentation Nr. 394, Bonn.
- Bundesregierung (2001)**
Jahreswirtschaftsbericht 2001 der Bundesregierung, Berlin.

- Bundesregierung (2000a)**
 Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung, Berlin.
- Bundesregierung (2000b)**
 Drucksache 14/3870 zu „Chancen des Mittelstandes in der globalisierten Wirtschaft“, Berlin.
- Bundesregierung (1997)**
 Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung, Bonn.
- Bundesregierung (1996)**
 Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung, Bonn.
- Bundesregierung (1970)**
 Strukturbericht 1970 der Bundesregierung, in: Bundestags-Drucksache VI/761 vom 8.5.1970, Bonn.
- Bundesregierung (1969)**
 Strukturbericht 1969 der Bundesregierung, in: Bundestags-Drucksache V/4564 vom 4.7.1969, Bonn.
- Bundesverband der Ortskrankenkassen et al. (1986)**
 Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken- und Rentenversicherung sowie zur Bundesanstalt für Arbeit, Bonn.
- Contini, Bruno/ Revelli, Ricardo (1989)**
 The Relationship Between Firm Growth and Labour Demand, in: Small Business Economics One, S. 139-152.
- Cramer, Ulrich/ Koller, Martin (1988)**
 Gewinne und Verluste von Arbeitsplätzen in Betrieben: Der Job-Turnover-Ansatz, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 21/1988, S. 361-377.
- Dannenbaum, Joachim (1998)**
 Der Strukturwandel in Deutschland und seine Bedeutung für die Arbeitslosigkeit, Frankfurt.
- Davis, Steven J. et al. (1996a)**
 Small Business and Job Creation: Dissecting the Myth and Reassessing the Facts, Small Business Economics 8.
- Davis, S.J./ Haltiwanger, J.C./ Schuh, S. (1996b)**
 Job Creation and Destruction and Employment Reallocation, in: The Quarterly Journal of Economics 107/3, S. 819-863.

- Deutsche Bundesbank (2000)
Monatsbericht, Dezember 2000.
- Deutsche Bundesbank (1998)
Kapitalverflechtungen mit dem Ausland, in: Statistische Sonderveröffentlichung Nr. 10, Mai 1998.
- Deutsche Bundesbank (1992a)
Monatsbericht, Oktober 1992.
- Deutsche Bundesbank (1992b)
Monatsbericht, August 1992.
- Deutscher Bundestag (1998)
Schlussbericht der Enquête-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Bundestags-Drucksache 13/11004, Bonn.
- Deutscher Bundestag (1986)
Lage und Perspektiven des selbständigen Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 10/6090, 30.9.1986, Bonn.
- Deutscher Bundestag (1970a)
Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen, Bundestags-Drucksache VI/1666, 29.12.1970, Bonn.
- Deutscher Bundestag (1970b)
Grundsätze der regionalen und sektoralen Strukturpolitik, Bundestags-Drucksache V/2469, Bonn.
- Deutscher Industrie- und Handelstag (1999)
Innovationspolitik für kleine und mittlere Unternehmen: Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung, Bonn.
- Dicke, H. (1994)
Wirtschaftliche und politische Standortbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland, Kieler Arbeitspapiere 661, Kiel.
- Dietrich, H. (1996)
Empirische Befunde zur Scheinselbständigkeit, in: IAB-Werkstattbericht 7/96, Nürnberg.

DIW/ IfW (1999)

Kriterien und Vorschläge für einen Subventionsabbau: Kurzexpertise zur Strukturberichterstattung an den Bundesminister für Wirtschaft, DIW Diskussionspapier Nr. 181, Berlin.

DIW (1998)

Deutschland im Strukturwandel: Strukturberichterstattung 1997, DIW Beiträge zur Strukturforschung 179, Berlin.

DIW (1981)

Abschwächung der Wachstumsimpulse: Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, Strukturberichterstattung 1980, DIW Beiträge zur Strukturforschung 61, Berlin.

Donges, Jürgen B. et al. (1988)

Mehr Strukturwandel für Wachstum und Beschäftigung: Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsstau, Kieler Studien 216, Tübingen.

Dostal, Werner (2000)

Computer prägen die Erwerbsarbeit, in: IAB-Materialien 1/2000, S. 10-11.

DtA (2000)

DtA-Förderreport: Die DtA-Förderbereiche im Jahr 1999 (Existenz-/Unternehmensgründung, Technologie, Umwelt, Bildung, Soziales), Bonn.

DtA (1999)

DtA-Förderreport: Die DtA-Förderbereiche im Jahr 1998 (Existenz-/Unternehmensgründung, Technologie, Umwelt, Bildung, Soziales), Bonn.

DtA (1998)

DtA-Kennzahlen 31. Dezember 1998, Bonn.

Eaton, Jonathan/ Kortum, Samuel (1996)

Trade in Ideas Patenting and productivity in the OECD, in: Journal of International Economics, Vol. 40, S. 251-278.

Elfers, Jörg (1996)

Unternehmensgründungen: Eine empirische Erfolgskontrolle der Bremer Finanzierungshilfen zur Existenzgründungsförderung, Frankfurt.

Europäische Kommission (1996a)

Empfehlung der Europäischen Kommission betreffend die Definition von kleinen und mittleren Unternehmen vom 3. April 1996, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L107 vom 30. April 1996.

- Europäische Kommission (1996b)
Eine einheitliche Definition der europäischen KMU, EURO-info, Jg. 1996, März, Luxemburg.
- Evans, D.S. (1987)
The Relationship between Firm Growth, Size and Age: Estimates for 100 Manufacturing Industries, in: Journal of Industrial Economics, 35/1987, S. 567-583.
- Faust, Konrad et al. (1999)
Tertiärisierung und neue Informations- und Kommunikationstechnologien, in: Ifo-Schnelldienst 29/99, S. 23-34.
- Feenstra, Robert C./ Hanson, Gordon H. (1996)
Globalization, Outsourcing and Wage Inequality, in: American Economic Review 86/2, S. 240-245.
- Fels, G./ Schmidt, K.-D. (1980)
Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel, Kieler Studien 166, Tübingen.
- Fischer, Hans P. (1994)
Staatliche Existenzgründungsförderung um jeden Preis?, in: Schmude, Jürgen (Hrsg.): Neue Unternehmen – interdisziplinäre Beiträge zur Gründungsforschung, Heidelberg.
- Fourastié, Jean (1967)
Gesetze der Wirtschaft von morgen, Düsseldorf, Wien.
- Fourastié, Jean (1954)
Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln.
- Franzmeyer, F. (1994)
Auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft? Zum wirtschaftlichen Strukturwandel in sechs Industrieländern, in: DIW-Wochenbericht 61/1994, S. 184-191.
- Frick, Siegfried et al. (1998)
Möglichkeiten zur Verbesserung des Umfeldes für Existenzgründer und Selbständige: Wege zu einer neuen Kultur der Selbständigkeit, Untersuchungen des RWI, Heft 25, Essen.
- Fritsch, Michael (1996a)
Analysen des Gründungsgeschehens auf der Grundlage der Beschäftigtenstatistik: Ansatz und Überblick, Arbeitspapier 96/18, Freiberg.

- Fritsch, Michael (1996b)
Turbulence and Growth in West Germany: A Comparison of Evidence by Regions and Industries, in: Review of Industrial Organization, Jg. 11, S. 231ff.
- Fritsch, Michael (1993a)
Markt, Marktversagen und die Evaluation technologiepolitischer Förderprogramme, Diskussionspapier 93/8, Freiberg.
- Fritsch, Michael (1993b)
Determinants of New Firm Formation in West German Regions 1986-1989: An Empirical Analysis, Diskussionspapier 93/3, Freiberg.
- Fritsch, Michael (1990)
Arbeitsplatzentwicklung in Industriebetrieben: Entwurf einer Theorie der Arbeitsplatzdynamik und empirische Analysen der einzelwirtschaftlichen Ebene, Berlin.
- Fritsch, Michael/ Hull, Christopher (1987)
Arbeitsplatzdynamik und Regionalentwicklung: Beitrag zur beschäftigungspolitischen Bedeutung von Großunternehmen, WZB, Berlin.
- Fritsch, M./ Niese, M. (1999)
Betriebsgründungen in den westdeutschen Raumordnungsregionen von 1983-97, Arbeitspapier 20/99, Freiberg.
- Fritsch, Michael/ Salih, Sabine (1988)
Entwicklungsdynamik in einem Sample von Industriebetrieben: Ergebnisse aus einer Pilot-Untersuchung, Berlin.
- Fritsch, M./ Weißhuhn, G./ König, A. (1994)
Probleme und Vorgehensweise bei der Bereinigung der in eine Betriebsdatei transformierten Beschäftigtenstatistik, Berlin.
- Fritsche, B. et al. (1988)
Subventionen, Probleme der Abgrenzung und Erfassung, eine Gemeinschaftspublikation der an der Strukturberichterstattung beteiligten Institute, Ifo-Studien zur Strukturforshung, Heft 11, München.
- Fromhold-Eisebith, M. (1992)
Wissenschaft und Forschung als regionalwirtschaftliches Potential? Das Beispiel von Rheinisch-Westfälischer Technischer Hochschule und Region Aachen, Informationen und Materialien zur Geographie der Euroregion Maas-Rhein, Band 4, Aachen.

- Gabler-Wirtschafts-Lexikon (1994)
Classic, Taschenbuch-Kassette mit 8 Bänden, Wiesbaden.
- Gäfigen, Gerhard (1970)
Strukturpolitik, in: Staatslexikon, Band 11, Freiburg.
- Gahlen, Bernhard et al. (1982)
Volkswirtschaftslehre: eine problemorientierte Einführung, Tübingen.
- Gauer, Christoph/ Scriba, Jürgen (1998)
Die Standortlüge: Abrechnung mit einem Mythos, Frankfurt.
- Gerlach, Knut/ Wagner, Joachim (1997)
Analysen zur Nachfrageseite des Arbeitsmarktes mit Betriebspaneldaten aus Erhebungen der amtlichen Industriestatistik: Ein Überblick über Ansätze und Ergebnisse für niedersächsische Industriebetriebe, in: Kühl, Jürgen et al. (Hrsg.): Die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 204, S. 11-82, IAB, Nürnberg.
- Giebisch, P./ Graf, H. (1986)
Struktur der Datenbasis des „Gründungsatlas NRW“, Universität Dortmund, Fachgebiet Methoden der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung, Arbeitsbericht Nr. 15, Dortmund.
- Grömling/Lichtblau (1997)
Technologie, Produktivität und Strukturwandel, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 238, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Grossmann, Dieter et al. (1997)
Chancen und Bedingungen neuer Wirtschaft und Arbeitsplätze: Ergebnisse der Systemforschung, in: Koller, Martin (Hrsg.): Industrieller Wandel als Chance für neue Arbeitsplätze, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 211, S. 97-126, Nürnberg.
- Grossman, Gene (1989)
Explaining Japan's Innovation and Trade: A Model of Quality Competition and Dynamic Comparative Advantage, NBER Working Paper 3194, National Bureau of Economic Research, Cambridge (Massachusetts).
- Grossman, Gene/ Helpman, Elhanan (1991)
Innovation and Growth in the Global Economy, MIT Press, Cambridge (Massachusetts).

- Grossman, Gene/ Helpman, Elhanan (1990)
Comparative Advantage and Long-Run Growth, Innovation and Growth,
in: American Economic Review 80/4, S. 796-815.
- Gundlach, E. (1993)
Die Dienstleistungsnachfrage als Determinante des wirtschaftlichen
Strukturwandels, Tübingen.
- Hack, Lothar (1988)
Vor Vollendung der Tatsachen. Die Rolle von Wissenschaft und Techno-
logie in der dritten Phase der „Industriellen Revolution“, Frankfurt.
- Härtel, Hans-Hagen et al. (1989)
Entwicklungslinien im internationalen Strukturwandel, Spezialuntersu-
chung im Rahmen der HWWA-Strukturberichterstattung 1991, Hamburg.
- Häußermann, Hartmud/ Siebel, Walter (1995)
Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt.
- Hall, B.H. (1987)
The Relationship between Firm Size and Firm Growth in the US Manu-
facturing Sector, in: Journal of Industrial Economics 35/1987, S. 583-606.
- Handwerkskammer Düsseldorf (1985)
Öffentliche Existenzgründungsförderung auf dem Prüfstand: Eine kritische
Analyse aus der Sicht des Handwerks, Düsseldorf.
- Hardes, Heinz-Dieter et al. (1995)
Volkswirtschaftslehre – problemorientiert, Tübingen.
- Harhoff, Dietmar (1995)
Agglomerationen und regionale Spillovereffekte, in: Gahlen, B./ Hesse, H./
Ramser, H.J. (Hrsg.): Standort und Region: Neue Ansätze der Realökono-
mik, S. 83-116, Tübingen.
- Harhoff, Dietmar/ Steil, Fabian (1997)
Die ZEW-Gründungspanels: Konzeptionelle Überlegungen und Analyse-
potential, in: Harhoff, Dietmar (Hrsg.): Unternehmensgründungen: Empiri-
sche Analysen für die alten und neuen Bundesländer, S. 11-28, Baden-
Baden.
- Hasluck, C. (1990)
The Displacement Effects of the Enterprise Allowance Scheme: A local la-
bour market study, Institute for Employment Research, University of
Warwick.

- Hax, H. (1989)
Gründungen und Stilllegungen von Unternehmen als Beitrag zur strukturellen Erneuerung, in: Gahlen, B. et al. (Hrsg.): Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und dynamischer Wettbewerb, Berlin.
- Hayek, F.A. (1975)
Die Irrtümer des Konstruktivismus, Tübingen.
- Helmstädter, Ernst (1983)
Wirtschaftsförderung – für „Starke“ oder „Schwache“?, Berlin.
- Hickel, Rudolf (1998)
Zur Dienstleistungsdynamik der deutschen Wirtschaft: Ausmaß, Ursachen, Strategien der Tertiarisierung, in: Bußmann, Ludwig (Hrsg.): Vollbeschäftigung und Tertiarisierung (Drei-Sektoren-Hypothese), Berlin.
- Hillebrand, B./ Kiy, M./ Neuhaus, R. (1989)
Das RWI-Strukturmodell, Konzeption, Verhaltensgleichungen und erste Ergebnisse, RWI-Papiere 19, Essen.
- Hondrich, K.O. (1996)
Die Mär vom Ende der Arbeit, in: DIE ZEIT Nr. 41 vom 4.10.1996, S. 3.
- Hoppman, E. (1981)
Über Funktionsprinzipien und Funktionsbedingungen des Marktsystems, in: Wegehenkel, L. (Hrsg.): Marktwirtschaft und Umwelt, Tübingen.
- Hüfner, Peter/ May-Strobl, Eva/ Paulini, Monika (1992)
Mittelstand und Mittelstandspolitik in den neuen Bundesländern, IfM, Bonn.
- Hummel, Marlies et al. (1999)
Der Beitrag des IuK-Sektors zur Verbesserung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Produktion und Beschäftigung, in: Ifo-Studien zur Strukturforschung 28/I, München.
- Hummel, Marlies et al. (1996)
Stärken und Schwächen Deutschlands im internationalen Wettbewerb um Einkommen und Arbeitsplätze: Strukturberichterstattung 1995, Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 143, München.
- Hummel, Marlies (1985)
Subsidiaritätsprinzip als Leitlinie für einen Subventionsabbau, in: Ifo-Studien zur Finanzpolitik 34/85, München.

- Hunsdiek, Detlef/ May-Strobl, Eva (1987)
 Gründungsfinanzierung durch den Staat: Fakten, Erfolg und Wirkung,
 Stuttgart.
- IfM Bonn (1995)
 Bürokratie – Ein Kostenfaktor, Bonn.
- Jens, Uwe (1986)
 Die weltwirtschaftliche Herausforderung: Strukturwandel und zukunftsori-
 entierte Strukturpolitik im industriellen Sektor, Baden-Baden.
- Joos, T. (1987)
 Unternehmensgründungen aus wirtschaftspolitischer Sicht, Europäische
 Hochschulschriften, Volks- und Betriebswirtschaft, Reihe V, Band 773,
 Frankfurt.
- Jovanovic, B. (1994a)
 Firm Formation with Heterogeneous Management and Labor Skills, in:
 Small Business Economics, Vol. 6/94, S. 185ff., Dordrecht.
- Jovanovic, B. (1994b)
 Selection and Evolution of Industry, in: Econometrica, Vol. 50/94, S. 649-
 670, New Haven.
- Kahmann, Martin B. (2000)
 Schöpferische Zerstörung und Gründungsdynamik im marktwirtschaftli-
 chen Entwicklungsprozess: Ein internationaler empirischer Vergleich,
 Marburg.
- Kaldor, Nicholas (1966)
 Causes of the Slow Rate of Economic Growth in die United Kingdom,
 Cambridge.
- Kamp, M.E. (1968)
 Ja zur Strukturpolitik, in: Der Volkswirt Nr. 26/1968, S. 31-32.
- Kanzenbach, E. (1966)
 Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen.
- Kirchhoff, Bruce A. (1995)
 Entrepreneurship and Dynamic Capitalism: The Economics of Business
 Firm Formation and Growth, Praeger Studies in American Industry, West-
 port.

- Kisseler, Wolfgang (1997)
Beschäftigungs-Effekte von Wirtschaftsfördermaßnahmen, HLT-Report Nr. 551, Wiesbaden.
- Klemmer, Paul et al. (1996)
Mittelstandsförderung in Deutschland: Konsistenz, Transparenz und Ansatzpunkte für Verbesserungen, Untersuchungen des RWI, Heft 21, Essen.
- Klodt, Henning (1995)
Auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft: Geht die industrielle Basis verloren?, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 24 (6), S. 297-301.
- Klodt, Henning (1990)
Industrial Policy and Repressed Structural Change in West Germany, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 207 (1), S. 25-35.
- Klodt, Henning (1988b)
De-Industrialization in West Germany, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 204/1988, S. 531-540.
- Klodt, Henning et al. (1997)
Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft, Kieler Studien 283, Tübingen.
- Klodt, Henning et al. (1994)
Standort Deutschland: Strukturelle Herausforderungen im neuen Europa, Kieler Studien 265, Tübingen.
- Klodt, Henning/ Maurer, Rainer (1996)
Internationale Direktinvestitionen: Determinanten und Konsequenzen für den Standort Deutschland, Kurzexpertise zur Strukturberichterstattung, IfW, Kiel.
- Koller, Martin (1997)
Regionaler Strukturwandel und investive Arbeitsmarktpolitik, in: Koller, Martin (Hrsg.): Industrieller Wandel als Chance für neue Arbeitsplätze: Ergebnisse aus Wissenschaft und Praxis, S. 207-231, IAB, Nürnberg.
- Kommission der Europäischen Union (1996)
Integriertes Programm für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und das Handwerk, KOM (96) 329, Entwurf vom 8.7.1996, Brüssel.

- König, Andreas (1994)
 Betriebliche Beschäftigungsdynamik und personeller Strukturwandel: Eine Longitudinalanalyse von Betrieben zwischen 1985 und 1990 in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt.
- Krämer, H. (1995)
 Zur Tertiärisierung der deutschen Volkswirtschaft, in: Mangold, K. (Hrsg.): Die Zukunft der Dienstleistung, Frankfurt.
- Krakowski, Michael et al. (1992)
 Die deutsche Wirtschaft im Anpassungsschock: Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, Strukturbericht 1991 des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg.
- Krugman, Paul (1996)
 Pop Internationalism, Cambridge (Massachusetts).
- Krugman, Paul (1995)
 Growing World Trade: Causes and Consequences, in: Brooking Papers on Economic Activity (1), S. 327-377.
- Krugman, Paul/ Lawrence, Robert Z. (1993)
 Trade, Jobs and Wages, NBER Working Paper 4478, National Bureau of Economic Research, Cambridge (Massachusetts).
- Kühl, Jürgen (1998)
 Produktions- und haushaltsnahe Dienstleistungen: Hoffnungsträger oder Illusion der Beschäftigung?, in: Bußmann, Ludwig (Hrsg.): Vollbeschäftigung und Tertiärisierung (Drei-Sektoren-Hypothese), Berlin.
- Külp, Bernhard et al. (1984)
 Sektorale Wirtschaftspolitik, Berlin.
- Kuhn, Claudia/ Thomsen, Uwe (1998)
 Beschäftigungseffekte von Existenzgründungen in Schleswig-Holstein: Eine empirische Bestandsaufnahme von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit, Eschborn.
- Kurz, Rudi/ Röger, Werner/ Zarth, Michael (1990)
 Existenzgründungshilfen von Bund und Ländern: Eine Wirkungsanalyse der Programme im Hinblick auf Wettbewerb, Produktivitätswachstum und Beschäftigung, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Tübingen.

- Landmann, Oliver/ Pflüger, Michael (1996)
Arbeitsmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung und technologischem Wandel', in: Külp, Bernhard (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Freiburg.
- Lawrence, Robert Z./ Slaughter, Matthew J. (1993)
International Trade and American Wages in the 1980s: Giant Sucking Sound or Small Hiccup?, in: Brooking Papers on Economic Activity, Microeconomics 2, S. 161-226.
- Leicht, René/ Philipp, Ralf (2000)
Der Trend zum Ein-Personen-Unternehmen, in: ifm Mannheim Strukturbericht Nr. 5, Mannheim.
- Licht, Georg/ Nerlinger, Eric (1997)
Junge innovative Unternehmen in Europa: Ein internationaler Vergleich, in: Harhoff, Dietmar (Hrsg.): Unternehmensgründungen: Empirische Analysen für die alten und neuen Bundesländer; S. 187-208, Baden-Baden.
- Löbbe, Klaus et al. (2000)
Wachstums- und Beschäftigungspotentiale der Informationsgesellschaft bis zum Jahre 2010, RWI Endbericht zum Forschungsauftrag Nr. 30/99 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Essen.
- Löbbe, Klaus et al. (1993)
Strukturwandel in der Krise, Untersuchungen des RWI Nr. 9, Essen.
- Lucas, Robert E., Jr. (1988)
On the Mechanics of Development Planning, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 22, S. 3-42.
- Maenning, Wolfgang/ Stamer, Manfred (1999)
Ist der Strukturwandel in Deutschland zu langsam? Ein empirischer Vergleich mit den USA und Japan, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften Band 50, Heft 1, S. 1-22, Göttingen.
- Marshall, Alfred (1920)
Principles of Economics, 8th edition, London.
- Martin, Hans-Peter/ Schumann, Harald (1996)
Die Globalisierungsfalle: Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbeck.
- Maußner, Alfred/ Klump, Rainer (1996)
Wachstumstheorie, Berlin.

- May, Eva (1981)
Erfolgreiche Existenzgründungen und öffentliche Förderung: Eine vergleichende empirische Analyse geförderter und nichtgeförderter Gründungsunternehmen, Göttingen.
- Meager, Nigel (1995)
Arbeitsmarktpolitik für Existenzgründer: Internationale Erfahrungen der Existenzgründungsförderung von Arbeitslosen, Diskussionspapier FS I 95-209, Berlin.
- Meager, Nigel (1992)
Does Unemployment Lead to Self-Employment?, in: Journal of Small Business Economics, Vol. 4, S. 87-103.
- Meißner, Werner/ Fassing, Werner (1989)
Wirtschaftsstruktur und Strukturpolitik, in: Vahlens Handbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, S. 207-213, München.
- Mertens, D./ Kühl, J. (1977)
Arbeitsmarkt I: Arbeitsmarktpolitik, in: Albers, W. (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Band 1, S. 279 ff., Stuttgart.
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (1997)
Programm Impulse für die Wirtschaft: Förderung für kleine und mittlere Unternehmen in NRW, Düsseldorf.
- Müller, Klaus (2000)
Durch Erhöhung der Selbständigenquote zur Vollbeschäftigung?, in: KfW-Beiträge zur Mittelstands- und Strukturpolitik Nr. 18, S. 16-23, Frankfurt.
- Naujoks, Wilfried (1975)
Unternehmensgrößenbezogene Strukturpolitik und gewerblicher Mittelstand, Bonn.
- Nefiodow, Leo A. (1994)
Informationsgesellschaft – Arbeitsplatzvernichtung oder Arbeitsplatzgewinne?, in: Ifo-Schnelldienst 47-12/94, S. 11-19.
- Nerlinger, Eric (1995)
Die Gründungsdynamik in technologieorientierten Industrien: Eine Analyse der IAB-Beschäftigtenstatistik, Discussion Paper No. 95-18, ZEW, Mannheim.

- Nickel, P. (1986)
Existenzförderungs-Programm-Wirrwarr, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 13/1986, S. 616-617.
- Nowak, Ralf (1991)
Gesamtwirtschaftliche Aspekte von Existenzgründungshilfen des Bundes und der Länder, Köln.
- Oakey, R.P. (1993)
High Technology Small Firms: A More Realistic Evaluation of Their Growth Potential, in: Karlsson, C. et al. (Hrsg.): Small Business Dynamics – International, National and Regional Perspectives, S. 224-241, London.
- OECD (2000)
Employment Outlook 2000, Paris.
- Paqué, K.H. (1996)
Flexibilität und Differenzierung der Lohnstruktur, in: WiSt-Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1996/3, S. 112-118.
- Paqué, K.H. (1995)
Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45, S. 3-9.
- Pett, A. (1993)
Technologie- und Gründerzentren: Empirische Analyse eines Instrumentes zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, Europäische Hochschulschriften, Reihe V, Band 1508, Mainz.
- Prognos/ DIW (1995)
Künftige Entwicklung des Mediensektors, Beiträge zur Strukturforschung 162, Berlin.
- Pümping, C./ Prange, J. (1991)
Management der Unternehmensentwicklung: Phasengerechte Führung und der Umgang mit Krisen, St. Gallen.
- Rat der Europäischen Kommission (1996)
Beschluss des Rates vom 8.12.1996 über ein drittes Mehrjahresprogramm für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Europäischen Union (1997-2000), Interinstitutionelles Dossier Nr. 96/0087 (NS) vom 6.12.1996, Brüssel.

- Reich, Robert (1996)
Die neue Weltwirtschaft: Das Ende der nationalen Ökonomien, Frankfurt, Berlin.
- Reynolds, P.D. et al. (1994)
Cross-national Comparisons of the Variation in New Firm Formation Rates, in: *Regional Studies*, Vol. 27, S. 443-456.
- Rifkin, J. (1995)
Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt, New York.
- Röpke, Jochen (1979)
Weltwirtschaftliche Arbeitsteilung bei internationalem Kompetenzgefälle: Eine entwicklungstheoretische Analyse der Wirkung von Freihandel und Protektionismus auf Außenhandel und wirtschaftliche Entwicklung, in: Schüller, A./ Wagner, U. (Hrsg.): *Außenwirtschaft und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen*, S. 81-98.
- Romer, Paul M. (1986)
Increasing Returns and Long-Run Growth, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 94, S. 1002-1037.
- Rürup, Bert (1998)
Fischer Wirtschaftslexikon, Frankfurt.
- Rürup, Bert (1997)
Informationsgesellschaft: Arbeitssysteme in Bewegung – Konsequenzen für die Systeme der sozialen Sicherung, Gutachten für die Enquête-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages, Darmstadt.
- RWI (1999)
Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel, Untersuchungen des RWI, Heft 27, Essen.
- Schaden, Barbara et al. (2000)
Neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Tertiarisierung und Globalisierung, Strukturberichterstattung 1996-1998, Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 149, Berlin.
- Scheidt, B. (1995)
Die Einbindung junger Technologieunternehmen in Unternehmens- und Politiknetzwerke: Eine theoretische, empirische und strukturpolitische Analyse. *Volkswirtschaftliche Schriften*, Heft 447, Berlin.

- Schiller, Rüdiger (1986)
Existenzgründungen: Fördermaßnahmen und Ergebnisse, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Heft 140, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Schinkel, Susanne/ Steiner, Joachim (1980)
Auswirkungen der Existenzgründungsprogramme: Erfahrungen der Betriebe in der Praxis, Köln.
- Schmidt, Nikolaus (1998)
Vollbeschäftigungspolitik und Zukunft der Industrie, in: Bußmann, Ludwig (Hrsg.): Vollbeschäftigung und Tertiärisierung (Drei-Sektoren-Hypothese), Berlin.
- Schmude, Jürgen (1994a)
Qualifikation und Unternehmensgründung: Eine empirische Untersuchung über Qualifikationsstrukturen geförderter Unternehmensgründer in Baden-Württemberg, in: Geographische Zeitschrift 94/3, S. 166-179.
- Schmude, Jürgen (1994b)
Geförderte Unternehmensgründungen in Baden-Württemberg: Eine Analyse der regionalen Unterschiede des Existenzgründungsgeschehens am Beispiel des Eigenkapitalhilfe-Programms, Stuttgart.
- Schnur, Peter/ Reinberg, Alexander (1999)
IAB/Prognos-Projektion 2010: Expertenskizze einer Zukunftslandschaft, in: IAB-Materialien 3/99, S. 1-2.
- Schrumpf, H./ Budde, R. (1996)
Evaluation of Objective Two Programmes, North Rhine Westphalia, Essen.
- Schulz, Eckehard (1998)
Beschäftigungsimpulse durch Mittelstandsförderung?, in: Smekal, Christian/ Starbatty, Joachim (Hrsg.): Der Aufbruch ist möglich, S. 191-196, Köln.
- Schulz, Norbert (1995)
Unternehmensgründungen und Markteintritt, Heidelberg.
- Schumpeter, Joseph Alois (1993)
Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen, Basel.
- Schumpeter, Joseph Alois (1964)
Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung: Eine Untersuchung über Unternehmerrisiko, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, Berlin.

- Schumpeter, Joseph Alois (1961)
Konjunkturzyklen, Band 1, Göttingen.
- Schwietert, Aloys (1974)
Industrielle Strukturpolitik als marktwirtschaftliche Wachstumspolitik,
Vortrag auf der 2. Innovationstagung des Ifo-Instituts vom 3.-5. April
1974.
- Sengenberger, W. et al. (1990)
The Re-emergence of Small Enterprises: Industrial Restructuring in Industrialized Countries, Genf.
- Sengenberger, W. (1988)
Mehr Beschäftigung in Klein- und Mittelbetrieben: Ein Flexibilitätsge-
winn?, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 493-501.
- Solow, R.M. (1957)
Technical Change and the Aggregate Production Function, in: Review of
Economics and Statistics 39/57, S. 312-320.
- Spiecker, Friedericke (1998)
Industrieller Mittelstand nicht weniger leistungsfähig als die Großindust-
rie, in: Wochenbericht des DIW 13/98.
- Städtler, A. (1997)
Leasing in Deutschland: Beachtliche Marktanteilsgewinne, in: Ifo-
Schnelldienst 36/1997.
- Stamer, Manfred (1999)
Strukturwandel und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, den USA
und Japan, Aachen.
- Statistisches Bundesamt (1999)
Statistisches Jahrbuch 1999, Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.)
Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten
und Standardtabellen, Hauptbericht, Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.)
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten, Reihe 5: Gewerbeanzeigen,
Stuttgart.

- Steiner, Viktor/ Bellmann, Lutz (Hrsg.) (1995)
 Mikroökonomik des Arbeitsmarktes, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 192, Nürnberg.
- Storey, D.J./Johnson, S. (1987)
 Job Generation and Labour Market Change, London.
- Storey, D.J./ Tether, B. (1998)
 New Technology-Based Firms in the European Union: An Introduction, Research Policy, 26, S. 933-956.
- Struck, Jochen et al. (1998)
 Gründungsfinanzierung und Überbrückungsgeld: Zwei Förderansätze, eine Zielgruppe?, DtA Wissenschaftliche Reihe, Band 8, Bonn.
- SVR (2000)
 Chancen auf einen höheren Wachstumspfad, Jahresgutachten 2000/01, Stuttgart.
- SVR (1997)
 Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion: Orientierungen für die Zukunft, Jahresgutachten 1997/98, Stuttgart.
- SVR (1994)
 Den Aufschwung sichern: Arbeitsplätze schaffen, Jahresgutachten 1994/95, Stuttgart.
- SVR (1988)
 Jahresgutachten 1988/89, Stuttgart.
- Szyperski, N. (1981)
 Unternehmensgründungen in der Krisendynamik, in: Bratschitsch, R./ Schnellinger, W. (Hrsg.): Unternehmenskrisen: Ursachen, Frühwarnung, Bewältigung, Stuttgart.
- Szyperski, N./ Nathusius, K. (1977)
 Probleme der Unternehmensgründung: Eine betriebswirtschaftliche Analyse unternehmerischer Startbedingungen, Stuttgart.
- Unterkofler, G. (1989)
 Erfolgsfaktoren innovativer Unternehmensgründungen: Ein gestaltungsorientierter Lösungsansatz betriebswirtschaftlicher Gründungsprobleme, Frankfurt.

- Volkert, Bernd (1994)
Die Rolle junger Industrie in entwickelten Volkswirtschaften, in: Schmu-
de, Jürgen (Hrsg.): Neue Unternehmen – interdisziplinäre Beiträge zur
Gründungsforschung, Heidelberg.
- Wagner, Joachim (1992)
Firm Size, Firm Growth and Persistence of Chance: Testing Gibrat's Law
with Establishment Data from Lower Saxony 1978-89, in: Small Business
Economics 4/1992, S. 125-131.
- Weißhuhn, G./ Wichmann, T. (2000)
Beschäftigungseffekte von Unternehmensgründungen, Endbericht einer
Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technolo-
gie, Berlin.
- Weitzel, Günter (1986)
Beschäftigungswirkungen von Existenzgründungen, München.
- Wießner, Frank (2000a)
Masse statt Klasse?, Förderkonditionen und Gründererfolg, in: IAB-
Materialien 2/2000, S. 14-15, Nürnberg.
- Wießner, Frank (2000b)
Erfolgsfaktoren von Existenzgründern aus der Arbeitslosigkeit, in: Mittei-
lungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3/2000, S. 518-532,
Nürnberg.
- Wießner, Frank (1998a)
Das Überbrückungsgeld als Instrument der Arbeitsmarktpolitik: eine Zwi-
schenbilanz, in: Bolte, Karl Marin et al. (Hrsg.): Mitteilungen aus der Ar-
beitsmarkt- und Berufsforschung 31/98, S. 123-142, Nürnberg.
- Wießner, Frank (1998b)
Positive Zwischenbilanz für „Überbrückungsgeld-Empfänger“, IAB-
Kurzbericht 1/98, Nürnberg.
- Wießner, Frank (1997)
Wege aus der Arbeitslosigkeit – berufliche Mobilität von Existenzgrün-
dern, in: IAB-Werkstattbericht 12/97, Nürnberg.
- Windisch, R. (1988)
Die wirtschaftspolitische Bedeutung empirischer Untersuchungen bezüg-
lich der Schaffung von Arbeitsplätzen in bestimmten Unternehmensgrö-
ßenklassen, Freiburg.

- Zahn, Erich et al. (1985)
Erfolgskontrolle der finanziellen Existenzgründungsförderung des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Ziegler, Astrid (1996)
Small is beautiful – a eine Illusion? Zur Bedeutung der Förderung von
KMU für die Beschäftigungs- und Strukturpolitik, in: Informationen zur
Raumentwicklung, Heft 1, Bonn.
- Ziegler, R./ Jungbauer-Gans, M./ Brüderl, J. (1992)
Gründeratlas Oberbayern, Gründungen und Abmeldungen von Betrieben
1981-1987, München.

Abbildungen

<i>Abbildung 2-1: Abgrenzung zwischen Gründung, Existenzgründung und Neugründung</i>	7
<i>Abbildung 2-2: Beschäftigtenverteilung nach Unternehmensgrößenklassen in Westdeutschland</i>	16
<i>Abbildung 2-3: Sektorale Unternehmensgrößenstruktur in Deutschland</i>	17
<i>Abbildung 2-4: Jahresdurchschnittliche Veränderung des Unternehmensbestands und des steuerbaren Umsatzes nach Unternehmensgrößenklassen in Westdeutschland</i>	18
<i>Abbildung 2-5: Verteilung des steuerbaren Umsatzes auf die Unternehmensgrößenklassen (Vergleich 1970 und 1996 für Westdeutschland)</i>	19
<i>Abbildung 2-6: Gründungen und Liquidationen im früheren Bundesgebiet 1973-89 und in Gesamtdeutschland 1990-99</i>	22
<i>Abbildung 2-7: Gründungen und Liquidationen in Westdeutschland</i>	23
<i>Abbildung 2-8: Gründungen und Liquidationen in Ostdeutschland</i>	24
<i>Abbildung 2-9: Sektorale Entwicklung der Selbständigenquote in Westdeutschland</i>	25
<i>Abbildung 2-10: Sektorale Entwicklung der Selbständigenzahl in Westdeutschland</i>	26
<i>Abbildung 2-11: Sektorale Entwicklung der Selbständigenzahl in Ostdeutschland</i>	26
<i>Abbildung 2-12: Sektorale Entwicklung der Selbständigenquote in Ostdeutschland</i>	27
<i>Abbildung 2-13: Selbständigenquoten im internationalen Vergleich</i>	28
<i>Abbildung 2-14: Selbständigenstruktur in Deutschland 1998</i>	32
<i>Abbildung 2-15: Veränderung der Selbständigenstruktur im Zeitraum 1995-98</i>	33
<i>Abbildung 2-16: Entwicklung der Beschäftigtenzahl in westdeutschen Betrieben</i>	34
<i>Abbildung 2-17: Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationskreislauf</i>	47
<i>Abbildung 3-1: Förderung bei ungenügendem Finanzierungsspielraum des Gründers</i>	55
<i>Abbildung 3-2: Förderung bei unzureichender Rentabilität des Gründungsvorhabens</i>	57
<i>Abbildung 3-3: Systematik der Existenzgründungsförderung in Deutschland</i>	60
<i>Abbildung 3-4: Systematisierung der Existenzgründungsprogramme nach Instrumenten</i>	69

<i>Abbildung 3-5: Vor- und Nachteile des ERP-Eigenkapitalhilfeprogramms aus Sicht des Existenzgründers</i>	74
<i>Abbildung 3-6: Zusagen und Fördervolumen im ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm</i>	75
<i>Abbildung 3-7: Vor- und Nachteile des ERP-Existenzgründungsprogramms aus Sicht des Existenzgründers</i>	76
<i>Abbildung 3-8: Zusagen und Fördervolumen im ERP-Existenzgründungsprogramm</i>	77
<i>Abbildung 3-9: Fördersystem der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Hessen</i>	97
<i>Abbildung 3-10: Verteilung der Vergabe von ERP-Mitteln in Deutschland 1998</i>	101
<i>Abbildung 3-11: Mit Überbrückungsgeld geförderte Existenzgründer im Vergleich zum gesamten Gründungsgeschehen in Deutschland</i>	103
<i>Abbildung 4-1: Analyse der Beschäftigungswirkung von Existenzgründungshilfen</i>	107
<i>Abbildung 4-2: Formel zur Berechnung des „Mikro-Beschäftigungseffekts“ eines Existenzgründungsprogramms</i>	109
<i>Abbildung 4-3: Arbeitsplatzstruktur in den 1998 und 1999 von der DtA geförderten Existenzgründungen in Westdeutschland nach Hauptwirtschaftszweigen</i>	113
<i>Abbildung 4-4: Verteilung der Arbeitsplätze auf die DtA-geförderten Neugründungen, Übernahmen, Beteiligungen und Festigungen in Westdeutschland</i>	114
<i>Abbildung 4-5: Verteilung der Arbeitsplätze auf die DtA-geförderten Neugründungen, Übernahmen und Beteiligungen in Westdeutschland</i>	115
<i>Abbildung 4-6: Arbeitsplatzstruktur in den 1998-99 in Ostdeutschland von der DtA geförderten Existenzgründungen nach Hauptwirtschaftszweigen</i>	120
<i>Abbildung 4-7: Verteilung der Arbeitsplätze auf die von der DtA geförderten Neugründungen, Übernahmen und Beteiligungen in Ostdeutschland</i>	120
<i>Abbildung 4-8: Überlebensverhalten neu gegründeter Betriebe in Westdeutschland</i>	129
<i>Abbildung 4-9: Überlebensverhalten neu gegründeter Betriebe in Ostdeutschland</i>	130
<i>Abbildung 4-10: Arbeitsplatzschaffung durch Überbrückungsgeldempfänger</i>	134
<i>Abbildung 4-11: Preis-Mengen-Diagramm für den Marktzutritt von Existenzgründungen auf einem gesättigten Markt</i>	142

<i>Abbildung 4-12: Netto-Beschäftigungseffekt pro neu geschaffenen Arbeitsplatz</i>	152
<i>Abbildung 4-13: Netto-Beschäftigungsbeitrag der verschiedenen Größenklassen 1990-94</i>	153
<i>Abbildung 4-14: Durch Gründung geschaffene Arbeitsplätze 1990-94</i>	154
<i>Abbildung 4-15: Entwicklung der Gründungs- und Schließungsraten nach Sektoren in Westdeutschland (Betriebsansatz)</i>	158
<i>Abbildung 4-16: Gegenüberstellung von Gründungs- und Schließungsraten in den westdeutschen Sektoren (Betriebsansatz)</i>	159
<i>Abbildung 4-17: Korrelation zwischen den regionalen Gründungs- und den Schließungsraten in den folgenden Jahren (Arbeitsmarktansatz)</i>	160
<i>Abbildung 4-18: Korrelation zwischen den regionalen Gründungs- und den Schließungsraten in den folgenden Jahren (Arbeitsmarktansatz)</i>	161
<i>Abbildung 4-19: Einfluss von Gründungsintensität, Nettomarkttritt und Betriebsfluktuation auf die Beschäftigungsentwicklung</i>	163
<i>Abbildung 5-1: Intensität des sektoralen Strukturwandels innerhalb der verschiedenen Größenklassen der Unternehmen</i>	176
<i>Abbildung 5-2: Veränderung der sektoralen Anteile an der BWS in Deutschland</i>	183
<i>Abbildung 5-3: Entwicklung der BWS nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland</i>	184
<i>Abbildung 5-4: Prognose der sektoralen Anteile an allen Erwerbstätigen in Deutschland</i>	201
<i>Abbildung 5-5: Prognose der sektoralen Entwicklung der realen BWS in Deutschland</i>	202
<i>Abbildung 5-6: Prognose der sektoralen Anteile an allen Erwerbstätigen in Deutschland</i>	204
<i>Abbildung 5-7: Sektorale Struktur der DtA-Existenzgründungsförderung 1998/99</i>	210
<i>Abbildung 5-8: Hessische Landkreise und kreisfreie Städte</i>	218
<i>Abbildung 5-9: Herkunftis- und Gründungsbranchen der Überbrückungsgeldempfänger</i>	222
<i>Abbildung 5-10: Verteilung der Branchenwechsler beim Überbrückungsgeld</i>	223
<i>Abbildung 5-11: Berufliche Entwicklung der Überbrückungsgeldempfänger</i>	224
<i>Abbildung 5-12: Berufsstruktur der von der BfA geförderten Dienstleistungsgründer</i>	225

Tabellen

<i>Tabelle 2-1: Unternehmensgrößenklassen nach Umsatz- und Beschäftigtenzahlen</i>	5
<i>Tabelle 2-2: Struktur der mittelständischen Unternehmen in Deutschland</i>	10
<i>Tabelle 2-3: Absolute Beschäftigungsänderung nach Sektoren und Unternehmensgrößenklassen in Westdeutschland</i>	13
<i>Tabelle 2-4: Prozentuale Beschäftigungsänderung nach Sektoren und Unternehmensgrößenklassen in Westdeutschland</i>	14
<i>Tabelle 2-5: Beschäftigtenverteilung nach Unternehmensgrößenklassen und Sektoren in Westdeutschland</i>	15
<i>Tabelle 2-6: Selbständigenquoten ohne Agrarsektor im internationalen Vergleich</i>	29
<i>Tabelle 3-1: Förderobergrenzen bei der INSTI-KMU-Patentaktion</i>	85
<i>Tabelle 3-2: Fördertage und Förderhöhen [in DM] bei der Betriebsberatung</i>	94
<i>Tabelle 3-3: Fördersummen der Darlehensprogramme für Existenzgründer 1998</i>	101
<i>Tabelle 4-1: Förderkennzahlen zur Vergabe von DtA-Existenzgründungsdarlehen in Westdeutschland</i>	111
<i>Tabelle 4-2: Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer in Westdeutschland nach Hauptwirtschaftszweigen</i>	114
<i>Tabelle 4-3: Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer in Westdeutschland nach Förderzwecken</i>	116
<i>Tabelle 4-4: Förderintensitäten pro geförderten Existenzgründer und Arbeitsplatz in Westdeutschland</i>	117
<i>Tabelle 4-5: Förderkennzahlen zur Vergabe von DtA-Existenzgründungsdarlehen in Ostdeutschland</i>	119
<i>Tabelle 4-6: Beschäftigungsbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründer in Ostdeutschland</i>	121
<i>Tabelle 4-7: Förderintensitäten pro geförderten Existenzgründer und Arbeitsplatz in Ostdeutschland</i>	122
<i>Tabelle 4-8: Durchschnittliche Beschäftigungsentwicklung in überlebenden Neugründungen in Westdeutschland</i>	124
<i>Tabelle 4-9: Durchschnittliche Beschäftigungsentwicklung in überlebenden Neugründungen in Ostdeutschland</i>	125
<i>Tabelle 4-10: Effektivität und Effizienz der DtA-Darlehensförderung von Neugründungen</i>	132

<i>Tabelle 4-11: Zusätzliche Beschäftigte je Überbrückungsgeldempfänger nach durchschnittlich 3 Jahren</i>	134
<i>Tabelle 4-12: Empirische Untersuchungen zur Mitnahme öffentlicher Existenzgründungsdarlehen</i>	136
<i>Tabelle 4-13: Beschäftigungseffekte von Gründungen und Schließungen in Westdeutschland 1992-98</i>	166
<i>Tabelle 4-14: Arbeitsplatzfluktuation und Verdrängung in Westdeutschland 1992-98</i>	167
<i>Tabelle 4-15: Analyse der Arbeitsplatzfluktuation in Westdeutschland 1992-98</i>	168
<i>Tabelle 4-16: Arbeitsplatzfluktuation und Verdrängung nach Wirtschaftszweigen in Westdeutschland 1993-97</i>	169
<i>Tabelle 4-17: Beschäftigungseffekte von Gründungen und Schließungen nach Wirtschaftszweigen in Westdeutschland 1993-97</i>	170
<i>Tabelle 5-1: Sektorale Arbeitsproduktivität in Westdeutschland 1970-95</i>	186
<i>Tabelle 5-2: Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland</i>	189
<i>Tabelle 5-3: Branchen-Technologieportfolio im internationalen Vergleich nach den Erfindungen mit internationaler Patentanmeldung</i>	199
<i>Tabelle 5-4: Prognostizierte sektorale Entwicklung der BWS in Deutschland</i>	203
<i>Tabelle 5-5: Strukturbeitrag der Existenzgründungen in Westdeutschland auf die sektorale Struktur der Betriebe und der Beschäftigten (nach Wirtschaftszweigen)</i>	206
<i>Tabelle 5-6: Strukturbeitrag der Existenzgründungen in Westdeutschland auf die sektorale Struktur der Beschäftigten und der Betriebe (nach Wirtschaftszweigen)</i>	207
<i>Tabelle 5-7: Strukturbeitrag der westdeutschen Existenzgründungen auf die sektorale Struktur der Betriebe und der Beschäftigten (nach Hauptwirtschaftszweigen)</i>	208
<i>Tabelle 5-8: Strukturbeitrag der von der DtA geförderten Existenzgründungen auf die sektorale Verteilung der Betriebe und Beschäftigten in Westdeutschland</i>	211
<i>Tabelle 5-9: Ranking nach Zahl der geförderten Existenzgründungen</i>	213
<i>Tabelle 5-10: Ranking nach Höhe des Finanzierungsvolumens</i>	214
<i>Tabelle 5-11: Ranking nach Finanzierungsvolumen je Existenzgründung</i>	215
<i>Tabelle 5-12: Wertschöpfungsentwicklung der am stärksten geförderten Branchen</i>	216
<i>Tabelle 5-13: Struktur der Fördermittelvergabe und Wachstum der Wirtschaftszweige</i>	217

Tabelle 5-14: Förderintensitäten in den Landkreisen und kreisfreien Städten Hessens _____ 219

Tabelle 5-15: Strukturbeitrag der mit Überbrückungsgeld geförderten Existenzgründer auf die sektorale Betriebs- und Beschäftigtenverteilung in Westdeutschland _____ 221

Abkürzungen

BfA	Bundesanstalt für Arbeit
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BfA	Bundesanstalt für Arbeit
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGG	Beteiligungsgarantiegemeinschaft
Bifego	Betriebswirtschaftliches Institut für empirische Gründungs- und Organisationsforschung, Oestrich-Winkel
BLS	Bureau of Labour Statistics
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BTU	Beteiligungsprogramm für technologieorientierte Unternehmen
BWS	Bruttowertschöpfung
c.p.	ceteris paribus
DEVO	Datenerfassungsverordnung zum Meldeverfahren der Sozialversicherungen
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DÜVO	Datenübermittlungsverordnung zum Meldeverfahren der Sozialversicherungen
DtA	Deutsche Ausgleichsbank
DV	Datenverarbeitung
EBM	Evidenz basierte Medizin
EG	Europäische Gemeinschaft
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EKH	Eigenkapitalhilfe
ERP	European Recovery Program
EU	Europäische Union
FuE	Forschung und Entwicklung
GA	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
HWO	Handwerksordnung
HWWA	Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg (früher: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv)

IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
IfM	Institut für Mittelstandsforschung Bonn
ifm	Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim
IfW	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IHK	Industrie- und Handelskammer
INSTI	Innovationsstimulierung der deutschen Wirtschaft durch wissenschaftlich-technische Information
IuK	Information und Kommunikation
IW	Institut der Deutschen Wirtschaft
JTU	Junge technologieorientierte Unternehmen
KBG	Kapitalbeteiligungsgesellschaft
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KGG	Kreditgarantiegemeinschaft
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LVA	Landesversicherungsanstalt
MBG	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MPIfG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
NW	Nordrhein-Westfalen
NWS	Nettowertschöpfung
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
Org.	Organisation
RKW	Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung in Essen
SGB	Sozialgesetzbuch
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
StaBa	Statistisches Bundesamt
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (kurz: Stabilitätsgesetz)
tbg	Technologie-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Ausgleichsbank
TDM	Tausend DM
TOU	Technologieorientierte Unternehmensgründung
WZ	Wirtschaftszweigsystematik
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

Anhang

Tabelle A-1: Gründungen und Liquidationen in Deutschland (Gewerbeanzeigenstatistik)⁴²⁵

Jahr	Früheres Bundesgebiet			Neue Bundesländer			Gesamtes Bundesgebiet		
	Gründungen	Liquidationen	Saldo	Gründungen	Liquidationen	Saldo	Gründungen	Liquidationen	Saldo
1973	147.739	144.222	3.517						
1974	135.341	145.725	-10.384						
1975	137.260	138.937	-1.677						
1976	152.009	146.758	5.251						
1977	153.623	146.695	6.928						
1978	161.706	145.034	16.672						
1979	156.040	137.541	18.499						
1980	177.660	135.064	42.596						
1981	214.751	184.023	30.728						
1982	269.492	206.479	63.013						
1983	296.724	234.959	61.765						
1984	309.963	250.267	59.696						
1985	309.819	266.736	43.083						
1986	302.329	267.633	34.696						
1987	307.189	260.996	46.193						
1988	326.341	264.402	61.939						
1989	336.793	267.760	69.033						
1990	372.000	280.000	92.000	110.000			482.000	280.000	202.000 A)
1991	391.000	297.000	94.000	140.000	11.000	129.000	531.000	308.000	223.000
1992	398.000	288.000	110.000	96.000	24.000	72.000	494.000	312.000	182.000
1993	407.000	298.000	109.000	79.000	41.000	38.000	486.000	339.000	147.000
1994	419.000	328.000	91.000	74.000	44.000	30.000	493.000	372.000	121.000
1995	452.000	358.000	94.000	76.000	49.000	27.000	528.000	407.000	121.000
1996	434.000	373.000	61.000	68.000	58.000	10.000	502.000	431.000	71.000
1997							531.000	441.000	90.000
1998							538.000	458.000	80.000
1999							522.000	466.000	56.000

⁴²⁵ Quelle: Bundesregierung (2000b), S. 8. A) ohne Liquidationen in Ostdeutschland.

Gründungen und Liquidationen in Deutschland (Beschäftigtenstatistik)

In den folgenden Tabellen sind – entsprechend der Beschäftigtenstatistik – die nach dem Betriebs- und dem Arbeitsmarktansatz berechneten Gründungs-, Schließungs- und Marktzutrittsraten ebenso wie die jährliche Beschäftigungsänderung in den einzelnen Sektoren und Raumordnungsregionen Westdeutschlands aufgelistet.⁴²⁹ Dabei werden folgende Kürzel und Indizes verwendet:

Tabelle A-2: Kürzel und Indizes für Gründungs-, Schließungs- und Marktzutrittsraten

i	Verarbeitendes Gewerbe
d	Private Dienstleistungen
r	Rest: Bergbau, Energie und Baugewerbe
p	Privatwirtschaftlicher Sektor insgesamt
gri, grd, grr, grp	Zahl der Gründungen innerhalb des entsprechenden Sektors <i>Bedeutung: gr97 = Zahl der Gründungen vom 30.6.96 bis 1.7.97</i> <i>Zusammenhang: gri97 + grd97 + grr97 = grp97</i>
sci, scd, scr, scp	Zahl der Schließungen innerhalb des entsprechenden Sektors
bei, bed, ber, bep	Zahl der Betriebe innerhalb des entsprechenden Sektors am 1. Juli <i>Bedeutung: be97 = Zahl der Betriebe am 1.7.97</i>
bsi, bsd, bsr, bsp	Zahl der Beschäftigten innerhalb des entsprechenden Sektors am 1. Juli
grRbe, grDRbe, grRRbe, grPRbe	Gründungsrate bezogen auf die Zahl der Betriebe <i>Berechnung: grRbe97 = gr97 (30.6.96) / be 97</i>
sciRbe, scdRbe, scrRbe, scpRbe	Schließungsrate bezogen auf die Zahl der Betriebe
mziRbe, mzdRbe, mziRbe, mzpRbe	Marktzutrittsrate bezogen auf die Zahl der Betriebe
griRbs, grdRbs, grrRbs, grpRbs	Gründungsrate bezogen auf die Zahl der Beschäftigten
sciRbs, scdRbs, scrRbs, scpRbs	Schließungsrate bezogen auf die Zahl der Beschäftigten
mziRbs, mzdRbs, mziRbs, mzpRbs	Marktzutrittsrate bezogen auf die Zahl der Beschäftigten
dbsi, dbsd, dbsr, dbsp	Beschäftigtenänderung innerhalb eines Jahres <i>Berechnung: d(elta)bs97 = (bs97 - bs96) / bs 97</i>

⁴²⁹ S.o.: 4.3.6.2 Regional und sektoral differenzierte Beschäftigungswirkung von Gründungen in Westdeutschland. Datenbasis ist der von FRISCH (TU Bergakademie Freiberg) im Internet unter <http://www.wiwi.tu-freiberg.de/wipol/gründungsatlas/sv012000.xls> veröffentlichte Gründungsatlas.

Tab. A-3: Zahl der Betriebsgründungen im Verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland 1983-97

Raumordnungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	
	gr183	gr184	gr185	gr186	gr187	gr188	gr189	gr190	gr191	gr192	gr193	gr194	gr195	gr196	gr197	
1 Schleswig	81	91	96	91	95	97	87	91	156	100	97	111	101	84	90	
2 Mittelholstein	108	103	127	103	136	125	117	143	161	120	133	136	143	150	133	
3 Dithmarschen	59	66	70	68	49	53	58	51	50	71	46	58	67	54	58	
4 Ostholstein	64	70	61	83	75	70	60	71	83	67	61	69	57	82	70	
5 Hamburg	529	591	605	611	599	576	616	611	651	586	583	540	581	579	550	
6 Lüneburg	59	85	60	64	70	75	58	62	77	77	71	103	68	64	72	
7 Bremerhaven	60	59	63	62	62	58	58	64	57	63	74	58	57	65	72	
8 Wilhelmshaven	33	36	42	25	29	46	40	51	93	51	66	53	43	55	54	
9 Ostfriesland	60	45	71	67	51	73	64	64	77	65	60	59	63	88	82	
10 Oldenburg	99	92	100	93	92	126	132	116	113	128	107	108	125	106	116	
11 Emsländ	64	77	89	98	80	97	105	112	100	102	96	112	93	104	95	
12 Osnabrück	100	121	142	134	155	159	152	152	151	169	152	129	142	136	158	
13 Bremen	263	280	293	301	289	288	289	317	275	288	283	250	286	296	285	
14 Hannover	442	483	437	486	433	522	506	553	550	554	524	513	505	516	508	
15 Braunschweig	169	164	206	183	179	184	213	238	252	246	196	201	203	209	199	
16 Göttingen	88	107	110	95	102	84	109	100	98	97	95	79	96	89	113	
17 Münster	316	315	331	383	334	354	363	391	381	364	289	311	296	348	349	
18 Bielefeld	457	475	467	494	466	478	440	499	543	536	471	443	446	450	456	
19 Paderborn	75	89	96	91	86	90	85	98	105	105	78	92	115	96	105	
20 Dortmund-Sauerland	313	349	345	332	363	369	389	431	414	398	357	348	368	326	347	
21 Bochum	96	95	98	94	111	84	112	103	97	105	76	80	86	86	78	
22 Essen	392	327	330	414	423	469	389	455	419	427	375	377	333	375	350	
23 Duisburg	186	170	180	200	188	186	218	234	193	196	194	173	183	172	183	
24 Krefeld	138	141	139	143	129	168	164	147	171	147	143	152	114	128	113	
25 Mönchengladbach	155	170	157	148	156	153	187	172	198	165	169	165	160	167	149	
26 Aachen	230	220	237	240	244	246	220	246	258	289	255	248	250	260	234	
27 Düsseldorf	315	317	354	402	363	382	345	397	399	377	369	321	312	336	351	
28 Wuppertal	153	174	175	200	175	184	165	186	194	187	167	182	185	175	193	
29 Hagen	278	300	305	300	319	323	339	336	313	306	281	304	280	299	263	
30 Siegen	94	104	99	91	111	108	108	99	119	102	81	97	106	119	107	
31 Köln	476	459	497	510	446	457	454	459	469	478	460	447	447	437	456	
32 Bonn	154	164	143	176	159	178	162	169	163	147	135	151	130	144	123	
33 Nordhessen	182	236	215	201	198	202	217	202	204	224	225	238	240	226	237	
34 Mittelhessen	169	176	167	149	168	197	177	217	190	209	166	163	205	219	195	
35 Osthessen	70	78	57	68	59	57	58	84	78	75	81	75	65	72	72	
36 Untermain	553	562	548	560	525	539	532	540	531	515	495	514	467	480	487	
37 Starkenburg	224	203	221	211	186	209	216	219	238	256	226	243	199	219	244	
38 Rhein-Main-Taunus	135	134	129	131	129	129	124	127	116	129	166	110	116	119	122	121
39 Mittelrhein-Westerwald	250	284	286	350	297	303	290	374	325	327	332	335	303	322	333	
40 Trier	93	110	113	115	104	100	119	117	107	101	106	107	94	89	97	
41 Rheinhessen-Nahe	172	158	201	202	191	154	172	196	180	184	161	170	183	164	151	
42 Rheinpfalz	136	172	188	174	165	142	146	167	158	148	175	166	148	148	168	
43 Westpfalz	106	119	118	140	92	130	121	122	137	131	112	122	112	113	115	
44 Saar	213	299	266	305	251	220	249	286	271	261	238	234	270	255	199	
45 Unterer Neckar	191	231	221	242	201	230	222	251	259	212	230	216	216	240	276	
46 Franken	177	210	221	200	211	206	200	236	239	207	233	193	215	223	197	
47 Mittlerer Oberrhein	181	210	223	205	225	233	218	261	241	222	217	190	212	229	208	
48 Nordschwarzwald	182	182	217	227	153	199	207	199	216	214	172	166	185	188	176	
49 Mittlerer Neckar	556	492	615	552	556	572	581	641	627	630	576	631	629	645	606	
50 Ostwürttemberg	106	100	108	109	97	116	124	129	115	99	100	108	111	119	112	
51 Donau-Iller (Bw.)	97	100	88	96	105	113	92	106	125	94	104	108	110	101	111	
52 Neckar-Alb	172	216	198	235	225	189	207	202	248	191	190	175	175	204	176	
53 Schwarzwald	166	144	176	161	178	194	187	165	204	165	186	182	184	152	184	
54 Südlicher Oberrhein	203	264	260	226	218	251	238	209	222	226	208	214	222	215	221	
55 Hochrhein-Bodensee	138	145	149	150	149	146	164	167	185	149	157	178	169	168	163	
56 Bodensee-Oberschw.	130	145	123	164	138	129	133	171	157	131	140	169	161	148	149	
57 Bayer. Untermain	77	97	113	73	98	97	100	68	125	90	84	98	103	106	116	
58 Würzburg	90	92	87	101	93	86	96	89	113	90	111	81	80	84	96	
59 Main-Rhön	69	69	79	82	74	90	81	83	78	68	65	81	87	75	81	
60 Oberfranken-West	116	145	141	122	149	155	125	130	139	123	154	126	140	111	122	
61 Oberfranken-Ost	75	95	102	118	113	145	107	115	109	116	102	131	106	107	126	
62 Oberpfalz-Nord	105	125	120	132	112	111	106	110	117	103	105	114	129	118	124	
63 Mittelfranken	193	216	213	224	242	231	227	209	293	233	212	215	224	258	268	
64 Westmittelfranken	67	82	79	73	73	91	66	86	118	101	94	96	83	99	94	
65 Augsburg	132	167	187	143	156	148	158	187	199	184	209	170	168	201	177	
66 Ingolstadt	89	102	102	73	84	91	77	109	110	116	103	97	110	84	96	
67 Regensburg	123	119	113	127	127	139	133	133	150	121	130	132	161	142	158	
68 Donau-Wald	137	177	148	152	146	155	153	144	159	153	146	172	151	153	163	
69 Landshut	90	102	100	89	86	94	79	83	107	96	87	101	87	93	99	
70 München	553	580	611	630	577	556	604	610	586	577	589	524	542	560	477	
71 Donau-Iller (By.)	105	106	99	112	131	100	117	106	117	110	88	91	105	134	110	
72 Allgäu	119	118	134	135	103	122	142	147	130	133	110	130	126	115	90	
73 Oberland	107	129	132	112	111	119	126	134	120	138	136	128	136	134	121	
74 Südbayern	192	185	183	173	196	196	188	207	223	211	205	211	215	189	186	
75 Berlin (West)	429	437	428	464	414	431	411	445	478	434	404	409	431	380	386	
76 Westdeutschland	13.576	14.452	14.804	15.090	14.475	14.974	14.869	15.799	16.243	15.439	14.647	14.586	14.633	14.799	14.600	

Tab. A-4: Zahl der Betriebsschließungen im Verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland 1983-97

Raumordnungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	sci83	sci84	sci85	sci86	sci87	sci88	sci89	sci90	sci91	sci92	sci93	sci94	sci95	sci96	sci97
1 Schleswig	87	75	79	97	103	82	91	97	94	139	152	122	117	109	132
2 Mittelholstein	133	112	121	115	127	125	136	120	144	126	148	137	133	135	163
3 Dithmarschen	71	61	77	60	56	67	63	62	63	67	74	51	67	77	93
4 Ostholstein	68	72	73	72	74	52	61	73	64	69	78	67	86	84	98
5 Hamburg	535	584	551	595	576	524	669	597	589	624	673	634	621	659	723
6 Lüneburg	52	76	65	70	65	74	78	83	69	84	87	80	59	81	86
7 Bremerhaven	64	74	73	69	49	67	74	62	57	76	76	77	76	65	76
8 Wilhelmshaven	47	46	36	42	36	43	31	34	49	92	65	65	44	54	46
9 Ostfriesland	53	59	50	65	66	73	70	80	67	84	77	57	67	76	67
10 Oldenburg	91	91	87	99	100	90	112	98	89	125	115	99	128	119	131
11 Emsland	73	69	78	86	72	76	100	86	73	97	97	89	83	108	95
12 Osnabrück	111	112	115	133	121	112	150	135	141	163	157	138	127	160	159
13 Bremen	252	255	279	276	257	263	303	293	300	292	327	267	297	270	374
14 Hannover	434	450	448	514	491	473	548	542	536	564	557	583	508	533	627
15 Braunschweig	177	172	212	179	194	188	244	257	196	243	231	244	256	238	237
16 Göttingen	88	102	104	106	91	81	106	95	99	111	106	110	117	85	100
17 Münster	291	293	282	325	335	289	329	301	322	369	349	372	323	322	385
18 Bielefeld	485	412	463	518	472	386	428	411	446	499	504	486	489	452	551
19 Paderborn	101	78	90	77	106	83	103	89	76	84	105	95	96	104	94
20 Dortmund-Sauerland	354	345	325	378	388	313	406	369	336	383	414	371	370	378	395
21 Bochum	124	99	106	112	96	92	84	102	101	100	132	119	88	118	108
22 Essen	371	343	369	362	347	334	546	444	433	458	447	438	428	407	431
23 Duisburg	195	169	179	210	196	189	204	190	214	227	205	195	214	202	219
24 Krefeld	153	176	141	166	171	155	168	164	153	165	188	162	152	162	171
25 Mönchengladbach	136	158	153	173	166	161	204	169	173	224	211	189	176	198	234
26 Aachen	229	248	236	215	223	222	241	236	240	273	313	282	289	257	323
27 Düsseldorf	322	342	326	310	392	333	387	384	387	441	456	422	385	396	422
28 Wuppertal	227	194	176	175	190	185	234	178	204	193	317	260	234	266	285
29 Hagen	308	281	294	312	308	276	300	293	293	363	370	371	332	342	405
30 Siegen	105	94	75	65	104	94	91	94	88	85	108	98	117	109	146
31 Köln	504	473	507	499	477	462	496	429	516	496	480	545	508	497	588
32 Bonn	163	135	149	165	168	137	162	156	189	168	168	158	192	161	159
33 Nordhessen	206	226	214	183	195	206	238	240	199	261	240	226	246	260	307
34 Mittelhessen	164	151	168	141	172	178	180	207	207	193	231	173	194	212	226
35 Osthessen	70	66	67	58	77	61	75	62	78	60	85	61	73	81	84
36 Untermain	586	573	573	649	586	545	653	589	588	628	653	565	622	531	679
37 Starkenburg	187	208	190	182	214	192	197	204	256	258	269	251	265	228	278
38 Rhein-Main-Taunus	130	148	128	133	151	136	178	129	140	148	166	139	137	129	154
39 Mittelrhein-Westervald	265	273	294	325	310	256	321	341	329	351	386	370	305	320	380
40 Trier	90	105	94	122	111	84	118	134	103	104	151	103	123	111	123
41 Rheinbessen-Nahe	178	157	197	207	205	146	211	183	189	175	217	189	175	202	227
42 Rheinpfalz	140	149	181	187	166	157	200	197	161	182	190	190	189	173	202
43 Westpfalz	138	131	116	139	129	130	173	149	156	164	183	140	145	150	145
44 Saar	242	250	252	304	298	262	266	267	270	286	303	300	272	275	262
45 Unterer Neckar	203	205	226	220	220	211	245	215	262	240	255	272	276	251	284
46 Franken	180	181	174	172	179	169	257	202	168	233	225	227	227	200	250
47 Mittlerer Oberrhein	182	181	176	202	205	211	237	230	237	212	248	235	201	214	270
48 Nordschwarzwald	202	192	181	196	178	156	230	182	210	205	242	204	253	230	250
49 Mittlerer Neckar	494	481	511	525	498	500	618	542	546	614	751	718	655	679	768
50 Ostwürttemberg	92	84	83	104	91	93	112	85	105	107	114	113	121	122	129
51 Donau-Iller (Bw.)	73	83	78	83	96	82	105	90	90	99	98	111	115	109	126
52 Neckar-Alb	183	203	227	198	202	201	287	225	244	274	274	258	265	269	269
53 Schwarzwald	127	146	135	118	131	148	192	161	172	188	219	221	189	195	215
54 Südlicher Oberrhein	196	200	203	254	225	194	238	202	227	237	235	245	232	205	264
55 Hochrhein-Bodensee	131	133	117	122	134	135	154	141	159	162	165	198	188	174	179
56 Bodensee-Oberschw.	130	127	101	122	131	118	118	134	148	138	140	142	132	166	172
57 Bayer. Untermain	100	83	113	88	111	84	124	116	116	130	141	123	92	131	137
58 Würzburg	77	74	79	109	86	77	113	100	107	102	115	99	104	108	136
59 Main-Rhön	79	83	72	77	82	68	92	106	87	64	77	82	78	82	88
60 Oberfranken-West	142	126	140	137	139	138	169	114	137	143	170	154	172	156	180
61 Oberfranken-Ost	104	129	106	137	110	139	193	137	122	133	159	131	153	155	142
62 Oberpfalz-Nord	107	100	119	98	104	111	110	129	122	126	132	113	127	124	144
63 Mittelfranken	218	236	210	218	227	217	249	256	246	270	288	298	256	284	320
64 Westmittelfranken	74	66	96	97	83	82	94	92	99	107	122	116	90	102	140
65 Augsburg	140	153	139	143	164	126	169	179	195	182	207	211	196	192	210
66 Ingolstadt	72	94	84	80	88	75	75	93	95	87	123	95	105	99	99
67 Regensburg	96	107	99	115	122	125	151	124	121	115	138	118	119	141	145
68 Donau-Wald	134	131	121	124	151	167	163	177	125	148	184	187	165	157	175
69 Landshut	73	79	85	76	94	81	130	106	94	97	114	110	100	113	115
70 München	478	461	529	568	579	560	615	604	556	618	665	680	663	620	660
71 Donau-Iller (By.)	91	83	90	106	111	98	133	102	115	109	96	122	110	114	127
72 Allgäu	125	114	118	113	131	117	163	144	126	134	137	126	146	132	148
73 Oberland	97	95	101	94	98	109	138	125	125	133	170	143	142	133	151
74 Südtobayern	139	161	160	156	193	179	219	185	204	191	223	207	234	206	223
75 Berlin (West)	560	458	497	486	444	428	514	452	370	483	591	583	543	572	610
76 Westdeutschland	13.899	13.736	13.963	14.608	14.638	13.653	16.436	15.175	15.207	16.375	17.679	16.730	16.374	16.331	18.316

Tab. A-5: Zahl der Betriebsgründungen im privaten Dienstleistungsbereich in Westdeutschland 1983-97

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Raumordnungsregion	grd83	grd84	grd85	grd86	grd87	grd88	grd89	grd90	grd91	grd92	grd93	grd94	grd95	grd96	grd97
1 Schleswig	727	779	730	666	709	768	777	770	1087	838	854	825	856	889	831
2 Mittelholstein	845	866	918	906	943	915	908	1047	1026	1126	1045	992	979	1062	1103
3 Dithmarschen	334	364	339	348	339	327	317	365	373	375	358	382	384	399	351
4 Ostholstein	642	711	693	678	665	651	641	717	753	734	773	786	802	759	780
5 Hamburg	4690	4867	4801	4893	4971	5243	5061	5518	5914	5799	5585	5577	5428	5643	5551
6 Lüneburg	317	321	335	337	323	362	349	348	478	415	438	483	453	469	438
7 Bremerhaven	352	356	379	329	348	405	379	415	437	469	355	458	420	420	430
8 Wilhelmshaven	278	307	314	288	341	368	332	405	515	432	411	387	394	390	377
9 Ostfriesland	446	462	492	469	496	572	511	507	585	583	534	570	569	571	593
10 Oldenburg	558	593	601	592	603	643	636	744	783	806	765	788	722	756	733
11 Emsland	383	379	442	451	410	418	469	467	496	524	497	511	530	545	512
12 Osnabrück	606	679	691	678	726	805	778	854	851	890	831	888	864	843	882
13 Bremen	1699	1781	1774	1771	1776	1888	1877	2028	2122	2151	2069	2118	2102	2088	2132
14 Hamorover	2643	2907	2906	2959	3001	3367	3267	3417	3578	3576	3652	3563	3449	3503	3581
15 Braunschweig	1137	1129	1134	1101	1265	1471	1314	1476	1591	1526	1521	1619	1543	1532	1505
16 Göttingen	534	548	553	537	548	548	584	649	710	614	663	666	644	671	675
17 Münden	1407	1659	1634	1657	1739	1720	1779	1856	1981	2038	1995	2007	1912	2014	1887
18 Bielefeld	1805	1831	1941	1912	1877	2004	2050	2198	2343	2237	2235	2205	2216	2142	2168
19 Paderborn	346	403	423	390	403	439	397	445	538	525	540	558	563	519	546
20 Dortmund-Sauerland	1861	1937	1993	1954	2110	2028	2103	2304	2487	2436	2362	2327	2274	2292	2333
21 Bochum	600	630	652	679	696	680	697	727	815	793	731	724	738	699	707
22 Essen	2426	2455	2522	2654	2677	3103	2699	2972	2933	2967	2896	2750	2632	2767	2867
23 Duisburg	967	1061	1065	1068	1182	1236	1166	1212	1316	1298	1319	1281	1233	1262	1282
24 Krefeld	636	663	663	655	722	759	784	759	872	875	901	823	804	824	817
25 Mönchengladbach	698	772	678	709	735	790	824	901	881	912	953	944	910	977	908
26 Aachen	1195	1230	1212	1288	1301	1252	1310	1478	1530	1513	1531	1573	1490	1565	1616
27 Düsseldorf	2627	2707	2630	2806	2810	3018	3006	3335	3358	3353	3260	3133	3185	3179	3091
28 Wuppertal	824	830	843	887	849	811	785	948	941	900	927	900	988	989	984
29 Hagen	1062	1114	1203	1072	1175	1253	1158	1352	1350	1346	1350	1269	1279	1255	1280
30 Siegen	412	407	422	411	414	451	402	475	463	454	494	508	468	462	475
31 Köln	3221	3392	3263	3510	3422	3594	3538	3842	3961	3960	3947	3932	3927	4142	4031
32 Bonn	1034	1057	1104	1105	1115	1132	1193	1408	1396	1326	1339	1371	1326	1340	1326
33 Nordrhein	1086	1171	1098	1080	1137	1228	1193	1290	1451	1556	1491	1435	1445	1558	1492
34 Mittelhessen	761	796	837	788	870	833	870	976	1039	1046	1035	1067	1000	1024	1081
35 Ostthessen	318	321	316	336	296	359	320	365	364	384	413	414	422	414	413
36 Untermain	3789	3925	3936	3943	3941	4296	4359	4743	4676	4786	4675	4672	4421	4391	4476
37 Starkenburg	1189	1296	1341	1303	1355	1380	1344	1511	1583	1642	1639	1642	1504	1544	1720
38 Rhein-Main-Taunus	934	908	947	917	917	1058	968	1169	1106	1061	1105	1140	1098	1051	1086
39 Mittelrhein-Westerwald	1387	1553	1620	1592	1570	1606	1591	1714	1791	1812	1885	1820	1802	1860	1825
40 Trier	497	540	595	616	607	601	636	644	639	697	689	652	673	624	653
41 Rheinhessen-Nahe	943	1001	1049	1022	1053	1070	1128	1227	1187	1191	1167	1289	1211	1193	1164
42 Rheinpfalz	1006	1177	1075	1089	1126	1167	1138	1241	1252	1372	1301	1294	1272	1325	1331
43 Westpfalz	638	672	667	679	731	713	762	735	752	786	798	870	782	752	742
44 Saar	1459	1473	1524	1621	1531	1591	1532	1705	1713	1773	1645	1652	1693	1718	1669
45 Untere Neckar	1436	1386	1534	1547	1569	1671	1566	1805	1800	1794	1769	1873	1747	1846	1855
46 Franken	813	900	931	853	861	899	898	1079	1043	1129	1103	1113	1083	1050	1127
47 Mittlerer Oberrhein	1198	1263	1317	1335	1375	1376	1421	1577	1528	1541	1500	1628	1467	1557	1513
48 Nordschwarzwald	666	661	671	664	693	735	692	780	814	800	772	729	772	825	704
49 Mittlerer Neckar	3077	3201	3422	3342	3385	3771	3681	3951	4186	4141	4164	4153	4061	4249	4118
50 Ostwürttemberg	363	411	454	434	457	421	484	478	521	512	530	571	506	524	551
51 Donau-Iller (Bw.)	451	525	500	516	504	550	510	596	630	588	627	641	630	628	617
52 Neckar-Alb	643	704	726	685	690	817	788	918	908	885	886	923	951	858	855
53 Schwarzwald	575	570	558	548	560	601	591	675	660	662	664	678	674	663	637
54 Südl. Oberrhein	1184	1243	1249	1264	1407	1413	1404	1453	1464	1483	1561	1509	1553	1569	1470
55 Hochrhein-Bodensee	836	919	815	822	799	836	898	903	1020	961	983	979	941	1024	968
56 Bodensee-Oberschw.	720	732	710	711	764	760	749	799	794	854	873	911	847	857	862
57 Bayer. Untermain	443	450	451	321	546	516	468	352	621	574	579	610	542	595	623
58 Würzburg	503	572	521	586	567	578	565	653	706	698	719	733	684	692	750
59 Main-Röhn	404	448	403	399	391	437	457	499	490	511	495	514	526	531	513
60 Oberfranken-West	521	610	567	590	602	589	628	752	775	763	732	819	732	757	826
61 Oberfranken-Ost	554	598	608	563	543	631	603	605	768	751	737	808	809	806	718
62 Oberpfalz-Nord	449	532	489	493	484	501	573	564	623	637	597	702	632	655	625
63 Mittelfranken	1717	1680	1686	1736	1719	1856	1833	1725	2197	2075	1935	2083	2033	2095	2046
64 Westmittelfranken	330	330	364	342	358	401	341	441	423	415	465	457	493	481	467
65 Augsburg	874	942	927	971	1010	1073	1053	1213	1137	1194	1211	1229	1155	1187	1211
66 Ingolstadt	614	613	434	429	400	479	437	578	599	585	517	553	591	583	554
67 Regensburg	412	450	713	624	712	723	769	834	816	886	907	927	819	858	940
68 Donau-Wald	711	725	766	734	739	796	870	942	939	950	1056	1033	971	966	978
69 Landsbat	355	347	395	403	388	450	477	518	474	492	516	552	503	502	518
70 München	4430	4554	4606	4690	4911	4820	4986	5411	5346	5449	5325	5453	5135	5485	5500
71 Donau-Iller (By.)	443	527	492	529	528	559	541	525	569	604	616	573	611	601	626
72 Allgäu	709	735	733	733	755	743	767	883	862	879	876	883	888	864	765
73 Oberland	654	619	659	596	651	682	754	812	814	808	818	771	728	745	765
74 Südbayern	1071	1123	1053	1058	1073	1146	1193	1233	1343	1324	1355	1429	1360	1297	1297
75 Berlin (West)	4077	3998	4014	4278	4200	4067	4134	4622	5829	5788	5524	5524	5012	5137	5258
76 Westdeutschland	82552	86398	87123	87542	89466	93820	93063	101484	106716	106720	105076	106226	103009	104907	104681

Tab. A-6: Zahl der Betriebsschließungen im privaten Dienstleistungsbereich in Westdeutschland 1983-97

Raumordnungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	scd83	scd84	scd85	scd86	scd87	scd88	scd89	scd90	scd91	scd92	scd93	scd94	scd95	scd96	scd97
1 Schleswig	592	622	589	621	611	548	625	612	602	782	966	771	738	764	841
2 Mittelholstein	745	790	717	799	738	723	864	824	834	869	880	920	873	999	1078
3 Dithmarschen	301	276	310	311	267	271	280	298	326	312	351	314	350	347	384
4 Ostholstein	532	644	626	614	593	520	592	546	579	591	662	653	721	745	791
5 Hamburg	4231	4421	4300	4423	4363	3986	4623	4306	4333	4642	5242	5041	5219	5279	5816
6 Lüneburg	263	304	291	280	294	284	323	330	297	345	391	382	338	394	427
7 Bremerhaven	353	337	332	347	304	304	327	339	341	392	387	388	387	424	397
8 Wilhelmshaven	266	280	276	282	263	272	313	269	270	483	359	350	348	333	380
9 Ostfriesland	372	397	412	474	405	391	460	440	448	458	494	435	538	527	609
10 Oldenburg	414	456	512	535	506	428	544	510	532	595	700	622	628	626	778
11 Emsland	313	325	329	348	326	350	360	325	385	399	404	413	411	411	521
12 Osnabrück	464	562	545	562	534	561	628	646	634	701	755	683	711	773	837
13 Bremen	1523	1461	1602	1565	1594	1430	1756	1501	1654	1742	1897	1868	1875	1999	2187
14 Hannover	2379	2570	2701	2797	2657	2725	2948	2655	2762	2931	3186	3193	3009	3369	3650
15 Braunschweig	1138	1135	1207	1122	1083	996	1302	1164	1188	1215	1369	1403	1409	1394	1512
16 Göttingen	448	485	450	499	499	440	557	495	476	512	556	580	596	597	683
17 Münster	1212	1260	1308	1396	1343	1194	1432	1344	1457	1569	1679	1622	1577	1645	1866
18 Bielefeld	1597	1647	1730	1767	1676	1567	1707	1674	1733	1913	2024	1877	1877	2001	2220
19 Paderborn	316	299	352	355	343	296	304	305	344	365	416	437	398	493	538
20 Dortmund-Sauerland	1726	1663	1818	1875	1832	1587	1861	1753	1819	1965	2191	2084	2073	2034	2373
21 Bochum	686	549	611	642	562	540	517	608	570	642	665	744	647	673	776
22 Essen	2159	2169	2410	2430	2274	2186	3117	2456	2440	2669	2772	2731	2568	2466	2930
23 Duisburg	1109	1002	922	1068	1061	1015	1074	1000	995	1087	1200	1203	1148	1206	1304
24 Krefeld	606	660	636	645	616	587	685	620	622	664	752	820	740	727	831
25 Mönchengladbach	628	613	614	705	624	599	674	655	688	778	879	862	774	896	925
26 Aachen	1052	1023	1042	1103	1068	974	1091	1129	1150	1288	1370	1322	1303	1357	1584
27 Düsseldorf	2197	2194	2238	2391	2534	2196	2672	2398	2562	2840	3052	2912	3067	2969	3256
28 Wuppertal	820	760	757	852	774	746	842	735	757	787	996	873	936	956	1088
29 Hagen	1039	985	1071	1108	962	939	1053	1021	1048	1139	1199	1209	1160	1131	1377
30 Siegen	396	360	342	312	413	303	405	343	355	374	427	412	414	436	495
31 Köln	2854	3021	2932	3059	3009	2595	3009	2992	2973	3238	3480	3555	3481	3535	4112
32 Bonn	797	869	891	951	888	842	878	921	995	1164	1335	1161	1119	1203	1301
33 Nordhessen	936	999	1032	982	966	911	1023	1002	1000	1153	1336	1298	1277	1343	1623
34 Mittelhessen	636	659	632	637	676	664	720	742	745	793	853	883	869	929	1025
35 Osthessen	209	236	239	248	249	242	279	254	260	316	317	328	314	383	377
36 Untermain	3161	3226	3350	3578	3276	3091	3700	3595	3633	4027	4340	4296	4401	4155	4774
37 Starkenburg	934	971	1004	989	1083	1027	1094	1137	1151	1300	1427	1391	1379	1362	1672
38 Rhein-Main-Taunus	725	757	801	794	819	757	875	823	906	880	1076	934	976	1010	1082
39 Mittelrhein-Westerrwald	1191	1214	1304	1423	1348	1191	1402	1320	1459	1592	1683	1558	1620	1588	1879
40 Trier	429	445	471	572	497	489	537	516	571	591	617	574	574	618	687
41 Rheinhessen-Nahe	775	854	856	981	899	842	942	908	973	1009	1038	1010	1060	1118	1219
42 Rheinpfalz	819	841	981	979	880	879	953	976	1033	1081	1175	1155	1135	1167	1314
43 Westpfalz	520	574	509	614	658	601	692	644	614	716	736	736	711	700	789
44 Saar	1366	1418	1314	1567	1370	1273	1475	1369	1338	1507	1612	1517	1539	1506	1675
45 Unterer Neckar	1168	1235	1229	1227	1225	1175	1390	1299	1397	1543	1596	1568	1655	1734	1899
46 Franken	573	651	663	682	672	571	785	716	759	803	919	870	916	957	1065
47 Mittlerer Oberrhein	994	992	1036	1121	1025	1023	1160	1144	1179	1331	1330	1317	1349	1319	1563
48 Nordschwarzwald	552	541	560	603	574	555	657	599	665	658	712	684	727	737	865
49 Mittlerer Neckar	2465	2511	2490	2740	2528	2558	2928	2902	3153	3138	3859	3716	3852	3936	4310
50 Ostwürttemberg	304	302	326	383	343	339	386	404	388	394	432	478	457	448	571
51 Donau-Iller (Bw.)	334	351	399	430	426	367	420	380	495	420	492	560	537	521	597
52 Neckar-Alb	460	521	513	598	510	485	678	609	667	733	775	712	801	761	911
53 Schwarzwald	423	444	457	495	474	463	532	535	557	528	610	580	604	584	713
54 Südlicher Oberrhein	985	968	1000	1004	1042	1020	1139	1062	1177	1203	1316	1276	1315	1388	1499
55 Hochrhein-Bodensee	576	623	662	685	670	655	733	748	776	796	861	883	897	811	1058
56 Bodensee-Oberschw.	467	561	522	543	599	505	602	587	656	643	744	787	703	772	873
57 Bayer. Untermain	312	334	378	378	373	345	389	358	382	399	462	502	475	538	574
58 Würzburg	355	386	429	474	449	390	437	461	540	544	614	528	566	633	685
59 Main-Rhön	287	338	315	334	353	301	382	355	352	390	463	388	393	432	492
60 Oberfranken-Ost	416	455	491	507	436	437	533	491	560	557	655	635	648	612	763
61 Oberfranken-West	455	489	493	469	481	487	629	476	535	547	618	608	704	766	794
62 Oberpfalz-Nord	358	319	408	381	393	328	464	469	412	464	499	545	521	517	661
63 Mittelfranken	1390	1312	1340	1443	1350	1332	1576	1492	1422	1538	1832	1694	1859	1920	2126
64 Westmittelfranken	221	246	267	271	264	290	304	328	314	303	361	408	362	377	485
65 Augsburg	632	680	764	761	824	721	823	882	871	900	1028	1078	1023	1060	1187
66 Ingolstadt	272	298	323	325	355	360	370	345	436	455	431	450	452	450	457
67 Regensburg	458	474	466	493	517	502	601	493	614	631	674	681	735	746	884
68 Donau-Wald	496	532	530	558	568	539	759	628	682	656	768	746	764	866	910
69 Landshut	253	272	279	296	286	283	374	364	361	341	430	418	405	424	536
70 München	3299	3424	3680	3834	3772	3753	4154	3923	4288	4538	4639	4784	5009	5036	5577
71 Donau-Iller (By.)	352	404	355	399	439	408	464	428	425	467	484	479	529	535	654
72 Allgäu	626	628	645	641	627	616	694	618	686	686	811	748	818	822	868
73 Oberland	544	515	562	526	630	542	614	658	705	688	772	734	709	713	850
74 Südbayern	788	849	854	903	905	844	988	984	1027	1031	1181	1206	1206	1258	1410
75 Berlin (West)	3832	3817	3655	3926	3846	3543	3998	3596	3694	4254	5099	5117	4995	5153	5774
76 Westdeutschland	69876	71805	73457	77032	74693	70099	81478	76834	80027	85995	94513	92688	93274	95414	107594

Tab. A-7: Zahl der Betriebsgründungen im Bergbau, Versorgungs-, Baugewerbe in Westdeutschland 1983-97

Raumordnungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	grr83	grr84	grr85	grr86	grr87	grr88	grr89	grr90	grr91	grr92	grr93	grr94	grr95	grr96	grr97
1 Schleswig	375	374	354	330	295	264	262	262	330	254	231	246	232	229	227
2 Mittelholstein	313	296	282	251	252	247	178	277	255	252	220	241	279	267	286
3 Dithmarschen	237	210	235	179	175	160	152	153	178	156	124	139	144	177	151
4 Ostholstein	135	132	121	141	100	121	109	106	122	120	128	134	144	149	135
5 Hamburg	886	906	852	828	736	811	760	891	941	878	877	892	1008	1013	995
6 Lüneburg	149	156	141	141	137	113	126	111	148	162	119	195	169	156	150
7 Bremerhaven	170	137	150	128	143	140	124	139	124	123	96	89	109	103	122
8 Wilhelmshaven	111	108	119	106	102	98	108	111	104	109	81	94	80	69	64
9 Ostfriesland	190	208	189	200	151	209	200	169	173	181	120	155	166	145	138
10 Oldenburg	281	327	347	301	293	311	260	266	321	261	215	238	187	251	240
11 Emsländ	326	311	320	338	265	261	216	229	202	251	149	149	169	137	163
12 Osnabrück	300	263	299	258	292	286	235	239	266	276	202	213	217	220	243
13 Bremen	583	530	498	535	468	487	448	519	494	513	383	418	438	431	465
14 Hamover	742	772	698	646	642	709	622	656	655	792	650	747	712	750	768
15 Braunschweig	262	326	298	266	224	238	261	245	265	322	266	277	334	330	291
16 Göttingen	152	150	148	159	110	115	119	125	126	145	104	113	147	133	141
17 Mntster	695	669	683	599	555	554	507	562	557	559	498	502	487	507	499
18 Bielefeld	405	468	434	414	362	338	370	401	410	445	411	414	437	429	455
19 Paderborn	162	144	144	161	111	108	120	126	125	132	116	126	125	126	147
20 Dortmund-Sauerland	459	478	518	455	422	442	362	479	433	521	443	447	526	514	507
21 Bochum	89	96	102	80	93	97	112	84	99	96	116	104	118	112	110
22 Essen	456	479	503	528	431	564	424	534	518	514	500	485	523	499	538
23 Duisburg	232	289	307	283	224	222	221	281	262	274	294	322	323	343	319
24 Krefeld	261	253	248	269	216	180	196	238	302	313	214	211	222	218	256
25 Mönchengladbach	182	257	208	182	167	162	181	234	235	220	213	216	188	211	230
26 Aachen	341	458	385	355	311	277	273	340	376	355	339	333	380	364	409
27 Düsseldorf	325	399	390	390	280	338	312	381	395	399	394	395	350	403	379
28 Wuppertal	99	112	103	125	122	130	119	133	125	124	167	160	173	165	191
29 Hagen	230	235	218	215	173	217	178	254	217	205	231	222	250	251	269
30 Siegen	73	96	79	74	79	80	65	105	89	101	77	88	110	93	96
31 Köln	671	741	635	607	541	550	587	695	700	667	637	662	690	744	749
32 Bonn	215	255	227	224	209	218	185	241	232	289	268	276	292	279	261
33 Nordhessen	308	261	288	279	232	250	215	262	249	226	325	287	288	263	312
34 Mittelhessen	148	136	155	139	142	112	96	163	136	169	164	177	205	172	176
35 Osthessen	97	111	86	95	73	73	68	95	123	113	96	110	71	66	93
36 Untermain	450	426	463	412	400	461	405	588	568	625	645	672	700	698	700
37 Starkenburg	244	253	236	166	189	195	221	229	227	272	245	253	284	278	304
38 Rhein-Main-Taunus	190	158	152	149	161	143	129	154	168	195	218	233	224	220	238
39 Mittelrhein-Westerwald	376	430	408	385	330	297	298	320	347	397	384	418	475	481	438
40 Trier	241	353	350	329	218	176	188	190	201	208	143	141	138	163	177
41 Rheinhessen-Nahe	303	357	281	279	233	220	230	236	274	302	238	268	292	291	283
42 Rheinpfalz	287	263	298	243	209	214	241	231	259	309	267	308	324	339	321
43 Westpfalz	128	140	136	133	106	130	128	140	139	163	133	165	169	172	165
44 Saar	207	219	218	259	219	210	233	301	255	253	259	315	323	316	332
45 Unterer Neckar	163	194	190	210	176	199	189	252	237	238	258	274	283	262	280
46 Franken	390	394	354	292	239	200	243	336	360	298	301	296	303	298	280
47 Mittlerer Oberrhein	177	187	170	150	159	149	173	213	188	233	218	251	214	218	210
48 Nordschwarzwald	119	137	122	96	77	88	131	143	138	147	141	115	145	129	128
49 Mittlerer Neckar	449	497	510	410	439	413	415	522	489	558	587	567	617	614	624
50 Ostwürttemberg	128	112	114	93	111	67	92	101	109	128	93	110	113	93	110
51 Donau-Iller (Bw.)	187	204	178	179	109	83	104	157	168	160	167	119	140	141	131
52 Neckar-Alb	123	136	138	100	97	96	105	122	124	138	141	137	162	145	147
53 Schwarzwald	107	99	90	98	85	84	96	103	108	102	109	106	108	126	112
54 Südlicher Oberrhein	331	306	284	225	214	215	246	230	250	255	233	241	247	215	222
55 Hochrhein-Bodensee	138	162	135	159	124	120	130	142	156	156	174	173	179	186	163
56 Bodensee-Oberschw.	295	289	310	292	199	156	205	240	231	254	191	192	205	210	184
57 Bayer. Untermain	76	99	66	49	95	90	78	61	97	109	102	109	97	112	91
58 Würzburg	177	143	116	145	136	143	121	127	163	177	111	104	106	136	137
59 Main-Rhön	158	144	120	105	85	83	65	122	113	128	87	103	122	122	119
60 Oberfranken-West	117	149	178	132	93	97	108	110	142	118	118	140	179	128	162
61 Oberfranken-Ost	129	179	165	155	131	76	119	104	158	156	122	112	149	128	129
62 Oberpfalz-Nord	234	234	183	101	172	166	141	126	192	192	164	173	171	158	180
63 Mittelfranken	255	250	256	218	237	195	214	202	307	252	301	297	326	316	295
64 Westmittelfranken	220	295	215	230	178	92	176	132	159	187	137	147	167	131	164
65 Augsburg	252	262	233	244	209	221	199	220	235	283	238	224	266	246	263
66 Ingolstadt	170	168	180	132	131	122	98	140	146	196	148	126	124	141	147
67 Regensburg	334	291	298	176	224	206	176	244	207	240	216	190	226	184	198
68 Donau-Wald	363	304	298	299	254	252	215	257	263	282	254	253	270	217	242
69 Landshut	300	253	270	231	205	192	147	147	236	237	184	210	192	193	200
70 München	785	716	722	558	572	617	575	683	699	751	750	752	757	672	719
71 Donau-Iller (By.)	241	235	205	185	189	139	164	139	147	188	162	157	173	144	138
72 Allgäu	312	292	274	254	237	228	205	198	229	230	249	191	202	167	183
73 Oberland	245	218	205	153	172	186	170	206	199	198	179	191	191	181	195
74 Südbayern	477	425	402	231	338	306	299	308	390	366	359	308	327	290	302
75 Berlin (West)	467	550	547	587	648	639	687	729	865	975	940	907	1132	1110	1150
76 Westdeutschland	21005	21666	20834	19125	17528	17448	16915	19335	20215	21179	19414	19937	21101	20696	21143

Tab. A-8: Zahl der Betriebsschließungen bei Bergbau, Versorgung und Bau in Westdeutschland 1983-97

Raumordnungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	scr83	scr84	scr85	scr86	scr87	scr88	scr89	scr90	scr91	scr92	scr93	scr94	scr95	scr96	scr97
1 Schleswig	251	311	288	393	367	327	303	355	376	463	425	297	288	325	306
2 Mittelholstein	260	280	310	283	285	312	314	284	271	351	330	253	284	282	313
3 Dithmarschen	162	188	205	219	226	184	223	211	226	266	238	182	193	162	198
4 Ostholstein	114	120	163	127	138	133	132	131	132	155	155	138	166	144	163
5 Hamburg	763	818	916	933	928	850	891	752	819	915	1010	883	979	1017	1094
6 Lüneburg	125	134	183	165	192	197	166	155	155	187	166	170	177	195	203
7 Bremerhaven	121	153	149	144	126	129	151	130	154	138	146	130	122	120	128
8 Wilhelmshaven	105	94	97	93	112	89	104	100	123	151	111	100	94	129	104
9 Ostfriesland	171	163	197	193	192	174	227	219	230	237	191	146	178	178	165
10 Oldenburg	237	268	285	324	300	272	297	263	253	357	274	204	196	227	240
11 Emsland	285	271	292	331	326	313	271	244	227	225	257	166	149	158	144
12 Osnabrück	234	267	287	257	297	303	320	255	244	283	262	227	215	221	226
13 Bremen	529	537	543	520	590	512	567	482	510	549	561	490	477	520	530
14 Hannover	666	680	803	766	803	790	827	733	718	713	780	683	721	749	836
15 Braunschweig	255	241	332	326	240	265	306	291	261	298	312	258	330	324	341
16 Göttingen	139	121	115	147	175	170	158	128	128	168	168	122	136	143	137
17 Münster	519	618	667	725	774	665	668	546	535	570	589	503	496	548	618
18 Bielefeld	389	394	456	526	440	377	394	372	399	396	472	378	410	424	484
19 Paderborn	143	151	155	165	170	152	143	107	134	142	123	100	121	123	133
20 Dortmund-Sauerland	453	463	552	553	503	473	476	398	410	479	469	442	454	532	562
21 Bochum	129	101	107	104	90	95	85	80	79	87	93	111	102	99	124
22 Essen	469	501	508	552	510	409	668	416	472	484	484	488	507	498	558
23 Duisburg	207	210	239	249	248	259	226	226	240	271	272	258	293	323	333
24 Krefeld	145	181	218	199	258	204	196	193	217	301	286	196	223	247	252
25 Mönchengladbach	190	153	185	203	175	158	183	183	183	203	209	191	193	191	234
26 Aachen	306	304	331	383	312	283	305	299	323	379	381	339	322	350	421
27 Düsseldorf	283	281	350	350	388	323	339	298	344	373	452	385	349	350	422
28 Wuppertal	130	109	105	136	107	125	132	121	132	108	145	129	157	147	190
29 Hagen	201	194	268	231	226	206	236	193	184	179	224	227	224	244	240
30 Siegen	85	96	103	63	88	85	89	64	93	78	95	72	79	98	114
31 Köln	585	612	665	649	613	503	565	553	547	665	634	595	608	745	771
32 Bonn	195	170	224	226	200	207	218	196	176	235	247	207	245	283	290
33 Nordhessen	326	316	307	297	276	308	265	261	267	237	283	273	267	289	339
34 Mittelhessen	164	132	150	166	146	139	135	118	138	138	161	162	164	170	184
35 Osthessen	80	111	117	105	114	83	95	81	63	110	108	85	89	85	80
36 Untermain	473	459	478	457	434	420	400	411	443	510	561	571	535	591	779
37 Starkenburg	184	201	209	233	200	170	216	153	201	227	242	239	234	276	285
38 Rhein-Main-Taunus	149	143	133	171	167	143	153	155	155	142	211	197	179	199	250
39 Mittelrhein-Westerwald	256	272	350	394	363	334	355	336	329	353	387	327	369	396	506
40 Trier	117	135	273	275	300	287	245	232	220	240	275	157	175	161	240
41 Rheinhessen-Nahe	208	241	327	329	308	275	291	312	260	285	327	284	263	302	324
42 Rheinpfalz	240	266	277	296	260	252	254	249	254	286	288	298	331	338	348
43 Westpfalz	131	132	122	130	149	136	169	148	157	140	192	144	161	166	214
44 Saar	210	231	218	251	228	211	221	248	237	260	243	274	304	276	336
45 Unterer Neckar	173	191	180	226	241	195	205	225	212	239	230	227	242	263	311
46 Franken	271	362	378	376	460	370	332	287	313	450	306	292	353	324	342
47 Mittlerer Oberrhein	142	171	158	192	175	161	171	171	183	197	192	195	194	215	266
48 Nordschwarzwald	121	111	137	125	98	125	117	97	121	136	140	95	132	150	167
49 Mittlerer Neckar	379	414	497	541	467	423	441	406	451	476	548	501	603	649	720
50 Ostwürttemberg	99	113	140	142	156	110	97	86	89	129	127	106	105	85	130
51 Donau-Iller (Bw.)	136	189	180	230	237	219	183	154	143	204	168	165	179	169	177
52 Neckar-Alb	113	107	121	134	129	121	134	102	100	139	148	135	163	178	183
53 Schwarzwald	107	105	100	111	107	105	113	95	91	113	120	110	115	118	139
54 Südlicher Oberrhein	285	298	312	325	296	278	275	251	238	261	291	238	237	278	306
55 Hochrhein-Bodensee	137	131	166	177	163	153	157	129	132	148	167	160	163	170	197
56 Bodensee-Oberschw.	242	292	302	311	362	299	301	245	236	312	273	211	234	261	264
57 Bayer. Untermain	56	61	65	77	76	71	95	71	64	80	97	85	76	109	109
58 Würzburg	119	162	183	164	190	155	187	168	168	171	164	125	126	137	129
59 Main-Rhon	107	145	125	131	117	128	133	88	81	96	110	81	87	116	92
60 Oberfranken-West	191	158	197	209	204	141	162	107	117	124	122	111	124	126	150
61 Oberfranken-Ost	202	198	218	194	264	153	182	141	125	142	147	121	116	136	136
62 Oberpfalz-Nord	201	217	258	247	215	198	195	198	139	218	177	161	175	163	202
63 Mittelfranken	250	247	245	306	258	238	256	182	217	265	275	227	292	323	357
64 Westmittelfranken	213	322	292	306	399	218	291	195	165	176	193	152	183	182	182
65 Augsburg	227	245	279	282	302	252	284	249	224	215	262	250	257	323	290
66 Ingolstadt	175	178	183	195	224	171	171	121	137	147	171	133	137	141	151
67 Regensburg	270	289	331	302	296	297	275	228	231	260	233	215	183	206	254
68 Donau-Wald	339	385	414	319	359	329	318	260	274	282	245	261	271	276	274
69 Landshut	236	269	303	301	303	302	315	221	204	289	280	204	226	196	228
70 München	685	662	715	759	737	691	603	642	645	626	765	697	764	783	846
71 Donau-Iller (By.)	182	212	229	258	184	198	356	201	190	199	192	146	203	189	220
72 Allgäu	239	274	309	322	289	238	472	228	275	239	239	241	279	241	266
73 Oberland	222	236	219	229	237	226	229	176	208	224	248	176	194	163	193
74 Südbayern	405	467	456	506	543	417	390	397	381	394	450	342	360	309	365
75 Berlin (West)	458	394	484	527	499	461	584	516	528	635	737	877	898	1085	1234
76 Westdeutschland	18366	19428	21435	22163	21931	19745	20993	18319	18701	20921	21656	19121	20235	21409	23634

Tab. A-9: Zahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland 1982-97

Raumordnungsregion	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	bei82	bei83	bei84	bei85	bei86	bei87	bei88	bei89	bei90	bei91	bei92	bei93	bei94	bei95	bei96	bei97
1 Schleswig	1521	1516	1525	1553	1540	1525	1516	1550	1544	1531	1617	1583	1465	1448	1416	1382
2 Mittelholstein	1984	1959	1949	1970	1948	1926	1953	1952	1931	1963	2000	1985	1973	2002	2015	1981
3 Dithmarschen	1059	1051	1040	1070	1074	1030	1021	1023	1007	1012	1000	1003	991	991	963	937
4 Ostholstein	1171	1176	1181	1162	1170	1166	1169	1196	1182	1188	1209	1200	1194	1173	1169	1144
5 Hamburg	9239	9248	9235	9389	9379	9276	9250	9389	9277	9348	9401	9363	9367	9317	9272	9127
6 Lüneburg	1103	1097	1108	1136	1126	1089	1097	1091	1069	1061	1083	1087	1095	1109	1096	1087
7 Bremerhaven	1035	1032	1006	1029	1021	994	1000	998	982	992	992	980	974	962	959	952
8 Wilhelmshaven	698	689	672	692	679	662	655	651	656	668	725	676	701	701	705	711
9 Ostfriesland	1043	1039	1030	1050	1049	1042	1013	1020	1028	1018	1031	1001	994	1000	1006	1025
10 Oldenburg	1647	1653	1644	1694	1681	1644	1641	1684	1692	1706	1744	1747	1757	1757	1742	1725
11 Emden	1474	1464	1458	1537	1546	1466	1466	1485	1510	1527	1551	1557	1685	1699	1692	1693
12 Osnabrück	2304	2286	2291	2338	2325	2288	2335	2394	2373	2419	2439	2459	2401	2419	2394	2394
13 Bremen	4453	4441	4463	4521	4522	4466	4491	4553	4522	4545	4544	4534	4555	4547	4575	4499
14 Hamover	7781	7738	7762	7878	7812	7656	7593	7666	7621	7675	7661	7638	7733	7753	7724	7616
15 Braunschweig	3330	3297	3294	3312	3276	3238	3251	3274	3246	3232	3297	3299	3239	3219	3140	3096
16 Göttingen	1837	1849	1850	1866	1842	1821	1842	1839	1848	1844	1849	1842	1833	1824	1823	1833
17 Münster	5403	5395	5406	5566	5627	5501	5500	5578	5561	5711	5788	5765	5773	5747	5754	5722
18 Bielefeld	7092	7040	7097	7285	7235	7041	7048	7131	7134	7238	7361	7371	7441	7412	7391	7326
19 Paderborn	1750	1715	1728	1734	1755	1752	1732	1759	1726	1747	1782	1798	1781	1806	1792	1815
20 Dortmund-Sauerland	5739	5670	5653	5763	5693	5603	5600	5669	5644	5708	5797	5815	5890	5915	5843	5797
21 Bochum	1413	1370	1345	1351	1340	1333	1363	1361	1369	1368	1374	1365	1317	1305	1258	1239
22 Essen	5487	5482	5473	5405	5345	5432	5508	5720	5538	5555	5526	5501	5372	5280	5262	5185
23 Duisburg	2670	2623	2625	2650	2658	2617	2615	2600	2597	2660	2663	2631	2635	2614	2586	2555
24 Krefeld	2401	2362	2319	2349	2308	2257	2265	2282	2272	2255	2278	2261	2241	2203	2161	2109
25 Mönchengladbach	2473	2482	2499	2524	2481	2465	2467	2484	2433	2444	2486	2444	2407	2430	2398	2319
26 Aachen	3687	3653	3627	3683	3691	3629	3669	3702	3671	3676	3702	3721	3682	3668	3668	3597
27 Düsseldorf	5591	5556	5524	5559	5594	5572	5568	5570	5630	5692	5689	5605	5464	5375	5324	5270
28 Wuppertal	4115	4037	4009	4014	4028	4026	3993	4004	3926	3944	3929	3939	3700	3667	3570	3484
29 Hagen	5277	5221	5227	5279	5228	5192	5228	5304	5355	5411	5427	5384	5217	5171	5131	4977
30 Siegen	2099	2074	2070	2099	2137	2134	2125	2145	2165	2177	2200	2215	2192	2184	2196	2167
31 Köln	7457	7419	7385	7397	7394	7364	7334	7375	7326	7337	7342	7305	7192	7147	7068	6968
32 Bonn	2532	2517	2534	2546	2574	2544	2541	2576	2566	2593	2566	2540	2559	2495	2476	2449
33 Nordhessen	4091	4043	4067	4094	4092	4062	4081	4095	4063	4037	4056	4014	4018	4023	3978	3909
34 Mittelhessen	3332	3309	3326	3358	3369	3331	3333	3354	3352	3433	3338	3338	3331	3352	3353	3327
35 Osthessen	1485	1474	1484	1456	1485	1491	1468	1475	1447	1479	1476	1492	1490	1481	1468	1465
36 Untermain	8819	8852	8817	8873	8719	8640	8668	8682	8564	8541	8486	8360	8274	8085	8041	7881
37 Starkenburg	3920	3956	3967	3999	4040	4023	3995	4024	4031	4054	4050	4046	4013	3965	3940	3920
38 Rhein-Main-Taunus	2223	2222	2203	2210	2214	2197	2179	2180	2122	2130	2118	2151	2100	2075	2061	2034
39 Mittelrhein-Westerwald	5718	5695	5693	5740	5788	5706	5704	5753	5713	5753	5734	5719	5836	5875	5874	5857
40 Trier	2075	2067	2058	2090	2076	2071	2080	2094	2095	2072	2078	2094	2051	2019	1996	1983
41 Rheinhessen-Nahe	3224	3219	3213	3267	3236	3172	3161	3203	3127	3151	3151	3157	3191	3189	3140	3081
42 Rhenipfalz	2994	2983	2994	3007	2988	2972	2973	2978	2919	2892	2903	2873	2874	2833	2805	2789
43 Westpfalz	2526	2496	2482	2498	2489	2473	2431	2465	2403	2380	2357	2318	2265	2235	2196	2173
44 Saar	3900	3859	3916	3983	3974	3912	3878	3846	3816	3848	3841	3827	3660	3682	3654	3610
45 Unterer Neckar	4307	4298	4296	4314	4307	4317	4296	4361	4294	4326	4325	4289	4252	4194	4185	4191
46 Franken	4093	4094	4120	4183	4200	4163	4178	4266	4192	4235	4307	4282	4343	4333	4359	4307
47 Mittlerer Oberrhein	3974	3955	3971	4038	4034	4013	4046	4102	4071	4106	4104	4122	4066	4092	4105	4044
48 Nord Schwarzwald	3828	3810	3769	3835	3840	3824	3799	3891	3853	3882	3903	3913	3819	3773	3717	3659
49 Mittlerer Neckar	11437	11425	11456	11689	11642	11450	11546	11675	11582	11675	11749	11770	11667	11598	11577	11432
50 Ostwürttemberg	2065	2088	2092	2202	2186	2103	2123	2157	2160	2211	2218	2212	2270	2274	2270	2259
51 Donau-Iller (Bw.)	2090	2096	2117	2125	2163	2150	2145	2185	2158	2179	2218	2197	2224	2214	2211	2194
52 Neckar-Alb	4384	4364	4381	4347	4389	4383	4401	4439	4351	4334	4353	4273	4104	4014	3931	3864
53 Schwarzwald	3252	3269	3263	3345	3354	3322	3341	3452	3434	3463	3456	3459	3391	3397	3370	3346
54 Südlicher Oberrhein	4399	4409	4457	4539	4461	4429	4454	4530	4502	4536	4565	4556	4512	4513	4518	4488
55 Hochrhein-Bodensee	2854	2845	2836	2877	2900	2890	2898	2925	2920	2966	2989	2996	3017	2999	2990	2977
56 Bodensee-Oberchw.	2698	2702	2712	2747	2780	2763	2784	2800	2809	2877	2872	2867	2919	2939	2921	2915
57 Bayer. Untermain	2180	2148	2167	2147	2128	2134	2120	2143	2128	2110	2134	2089	2009	2026	1987	1975
58 Würzburg	2000	2011	2036	2007	1996	2015	2031	2053	2020	2021	2025	2017	1979	1954	1924	1890
59 Main-Rhön	1942	1921	1911	1881	1890	1918	1919	1938	1921	1919	1896	1912	1884	1892	1894	1892
60 Oberfranken-West	3303	3270	3285	3326	3309	3273	3271	3313	3255	3273	3287	3264	3269	3238	3179	3120
61 Oberfranken-Ost	2903	2869	2834	2823	2782	2793	2779	2839	2746	2719	2706	2688	2653	2594	2559	2540
62 Oberrpfalz-Nord	2562	2547	2581	2567	2600	2607	2624	2625	2616	2590	2598	2569	2563	2561	2544	2535
63 Mittelfranken	5099	5057	5031	5037	5021	4993	5010	5048	5017	4983	5034	5004	4871	4833	4810	4759
64 Westmittelfranken	2283	2282	2291	2273	2245	2251	2245	2265	2225	2222	2243	2241	2199	2183	2177	2139
65 Augsburg	3318	3311	3339	3319	3336	3374	3375	3404	3386	3409	3416	3425	3356	3326	3319	3300
66 Ingolstadt	1595	1600	1606	1621	1624	1618	1614	1630	1633	1649	1663	1694	1676	1690	1671	1675
67 Regensburg	2720	2735	2736	2724	2744	2752	2747	2779	2754	2760	2796	2819	2830	2870	2869	2882
68 Donau-Wald	3446	3436	3487	3477	3494	3527	3525	3529	3520	3492	3527	3554	3474	3450	3433	3449
69 Landshut	2132	2146	2180	2166	2184	2199	2182	2225	2165	2151	2171	2185	2082	2078	2039	2041
70 München	8927	8941	9040	9147	9175	9126	9189	9210	9136	9136	9163	9117	8976	8855	8796	8620
71 Donau-Iller (By.)	2274	2268	2289	2304	2299	2283	2299	2315	2297	2293	2298	2298	2302	2291	2321	2309
72 Allgäu	2519	2501	2503	2524	2544	2532	2495	2518	2481	2497	2493	2491	2506	2486	2472	2420
73 Oberland	2126	2130	2166	2208	2236	2213	2239	2250	2245	2254	2255	2261	2252	2246	2229	2214
74 Südbayern	3664	3699	3730	3751	3770	3750	3774	3805	3753	3784	3805	3836	3875	3850	3813	3803
75 Berlin (West)	5853	5704	5711	5662	5653	5630	5589	5605	5477	5481	5605	5516	5235	5137	4948	4733

Tab. A-10: Zahl der Betriebe im privaten Dienstleistungsbereich in Westdeutschland 1982-97

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Raumordnungsregion	bed82	bed83	bed84	bed85	bed86	bed87	bed88	bed89	bed90	bed91	bed92	bed93	bed94	bed95	bed96	bed97
1 Schleswig	6195	6287	6355	6571	6545	6498	6682	6930	6986	7104	7750	7507	7857	8000	8138	8131
2 Mittelholstein	8421	8529	8537	8771	8779	8774	9083	9359	9344	9593	9780	10047	10336	10452	10529	10556
3 Dithmarschen	3153	3178	3252	3266	3265	3278	3364	3443	3446	3542	3582	3641	3794	3864	3909	3882
4 Ostholstein	6289	6388	6417	6512	6563	6521	6625	6809	6828	7042	7245	7404	7730	7794	7791	7796
5 Hamburg	44887	45279	45487	46035	46281	46208	47107	48738	48932	50312	51812	53092	54250	54410	54726	54715
6 Lüneburg	3377	3389	3411	3417	3473	3483	3535	3606	3644	3674	3875	3957	4175	4341	4399	4429
7 Bremerhaven	3719	3711	3716	3760	3691	3679	3757	3892	3928	4017	4124	4207	4286	4318	4297	4353
8 Wilhelmshaven	2892	2911	2943	2955	2925	2946	3064	3154	3130	3276	3582	3533	3597	3622	3682	3686
9 Ostfriesland	4510	4549	4619	4683	4623	4600	4732	4908	4973	5067	5233	5342	5630	5660	5692	5675
10 Oldenburg	3328	3456	3533	3628	3616	3637	3772	4032	4049	4362	4644	4873	5130	5162	5162	5301
11 Emsland	3867	3914	3912	3983	4044	4084	4264	4280	4392	4618	4753	4853	5053	5194	5313	5315
12 Osnabrück	6596	6704	6807	6897	6903	6906	7198	7447	7529	7821	8104	8290	8683	8815	8872	8961
13 Bremen	16668	16748	17040	17149	17161	17147	17335	18051	18122	18776	19174	19633	20171	20444	20485	20510
14 Hannover	27744	27910	28210	28502	28350	28336	28856	29609	29756	30566	31419	32072	33140	33587	33710	33739
15 Braunschweig	12299	12184	12198	11977	11877	11854	12220	12815	12571	13113	13541	13833	14352	14495	14615	14624
16 Göttingen	5650	5733	5784	5854	5818	5841	5932	6086	6089	6296	6526	6644	6859	6890	6975	6985
17 Münster	15153	15314	15621	15918	15941	15953	16562	17232	17319	18062	18697	19186	20044	20367	20679	20776
18 Bielefeld	18694	18747	18975	19017	18977	19092	19575	20119	20226	21000	21672	21968	22627	22960	23017	23058
19 Paderborn	3930	3929	4050	4097	4100	4056	4216	4437	4392	4622	4861	5007	5316	5449	5489	5515
20 Dortmund-Sauerland	18329	18359	18603	18693	18586	18629	19252	19737	19820	20511	21296	21774	22155	22330	22552	22581
21 Bochum	5704	5452	5501	5650	5600	5594	5899	5973	6207	6353	6604	6764	6812	6900	6981	6987
22 Essen	22713	22884	23225	23296	23196	23116	23699	24947	24371	25028	25502	25812	26216	26239	26475	26500
23 Duisburg	9871	9541	9639	9800	9660	9668	10007	10186	10170	10587	10918	11169	11460	11554	11667	11595
24 Krefeld	6375	6357	6279	6260	6196	6236	6484	6640	6734	6901	7152	7391	7573	7573	7661	7673
25 Mönchengladbach	6393	6445	6619	6673	6544	6537	6799	7050	7122	7411	7645	7792	8064	8293	8372	8380
26 Aachen	11000	11037	11281	11413	11420	11436	11878	12256	12412	12840	13219	13432	13887	14107	14292	14408
27 Düsseldorf	23442	23793	24223	24573	24842	24850	25376	26311	26209	27384	28261	28725	29303	29297	29481	29434
28 Wuppertal	8897	8888	8964	9039	8969	8952	9143	9282	9199	9464	9579	9730	9707	9794	9785	9741
29 Hagen	10927	10843	10984	11089	10846	10839	11306	11696	11650	12104	12472	12689	12929	13016	13111	13073
30 Siegen	4670	4673	4698	4778	4943	4908	4889	5065	5047	5180	5296	5365	5591	5635	5648	5674
31 Köln	28670	28962	29275	29545	29624	29579	30289	31622	32048	32970	34042	34735	35716	36174	36782	36836
32 Bonn	9519	9718	9833	9985	10022	10036	10501	10876	11125	11630	12046	12157	12693	12894	13041	13077
33 Nordhessen	11685	11800	11919	11898	11887	11854	12272	12680	12686	13056	13575	13942	14355	14511	14750	14669
34 Mittelhessen	7595	7608	7801	7952	8090	8078	8327	8513	8617	8877	9211	9450	9874	10004	10061	10101
35 Osthessen	3111	3204	3292	3317	3391	3369	3494	3638	3632	3770	3881	3952	4212	4313	4339	4391
36 Untermain	33360	33931	34456	34908	34833	34815	36198	37601	37880	39290	40430	41217	42031	41829	42051	41929
37 Starkenburg	11010	11200	11582	11917	12212	12183	12519	12966	13039	13526	14028	14356	14948	15127	15265	15403
38 Rhein-Main-Taunus	8030	8207	8332	8380	8574	8566	8742	9110	9158	9485	9711	9949	10239	10337	10302	10375
39 Mittelrhein-Westerrld	14558	14653	14958	15217	15384	15421	15806	16349	16442	16944	17282	17511	18029	18257	18478	18511
40 Trier	5959	6011	6095	6215	6229	6235	6410	6550	6589	6777	6828	6947	7135	7233	7574	7230
41 Rheinhessen-Nahe	9478	9616	9789	9860	9724	9806	10170	10476	10515	10910	11187	11385	11713	11869	11954	11956
42 Rheinpfalz	9257	9405	9723	9744	9795	9760	10152	10556	10938	11226	11557	11905	12083	12206	12318	12318
43 Westpfalz	6156	6288	6333	6538	6527	6512	6652	6800	6838	6965	7136	7198	7455	7509	7584	7571
44 Saar	13271	13321	13328	13500	13448	13473	13749	14084	14061	14454	14890	15172	15416	15614	15815	15858
45 Unterer Neckar	13959	14132	14330	14579	14813	14784	15171	15895	15933	16501	16884	17192	17779	17786	17887	17933
46 Franken	8086	8272	8522	8850	8958	8934	9108	9566	9584	10006	10287	10619	11111	11297	11397	11507
47 Mittlerer Oberrhein	11595	11763	12044	12237	12295	12278	12865	13335	13443	13979	14338	14567	15152	15263	15472	15463
48 Nordschwarzwald	7013	7106	7194	7348	7327	7327	7522	7791	7821	8057	8179	8306	8457	8464	8519	8378
49 Mittlerer Neckar	31593	32110	32738	33559	33666	33627	34924	36371	36870	37910	39131	40083	40926	41005	41280	41270
50 Ostwürttemberg	4108	4163	4293	4313	4246	4356	4564	4714	4740	4876	5019	5152	5250	5348	5417	5420
51 Donau-Iller (Bw.)	4822	4890	5066	5193	5296	5279	5346	5585	5651	5892	6014	6169	6458	6534	6631	6677
52 Neckar-Alb	6854	7021	7195	7356	7358	7346	7613	8058	8109	8454	8679	8797	9127	9212	9434	9429
53 Schwarzwald	5650	5766	5884	5953	6019	6006	6113	6297	6360	6501	6587	6746	6934	6983	7076	7004
54 Südlicher Oberrhein	12589	12731	13004	13247	13290	13245	13853	14340	14420	14954	15288	15667	16168	16376	16541	16574
55 Hochrhein-Bodensee	7483	7678	7937	8046	8169	8113	8345	8601	8672	8877	9165	9358	9640	9674	9890	9840
56 Bodensee-Oberschw.	6641	6882	7010	7186	7364	7317	7515	7804	8003	8122	8252	8498	8893	9040	9103	9131
57 Bayer. Untermain	4016	4157	4281	4325	4257	4242	4448	4596	4631	4711	4957	5123	5479	5582	5637	5705
58 Würzburg	5747	5855	6023	6144	6206	6178	6365	6614	6687	6907	7061	7199	7599	7692	7760	7841
59 Main-Rhön	4314	4418	4520	4632	4607	4580	4702	4876	4907	5075	5233	5363	5549	5706	5764	5820
60 Oberfranken-West	6238	6328	6505	6530	6526	6559	6815	7023	7050	7359	7577	7784	8065	8115	8224	8326
61 Oberfranken-Ost	6506	6622	6717	6829	6854	6831	6926	7148	7069	7214	7477	7670	8022	8106	8150	8068
62 Oberpfalz-Nord	4924	4978	5176	5258	5307	5265	5426	5644	5777	5852	6060	6252	6582	6683	6827	6791
63 Mittelfranken	16360	16599	17008	17281	17422	17373	17908	18541	18634	18980	19761	20307	20963	21146	21255	21272
64 Westmittelfranken	3992	3970	4041	4171	4185	4145	4289	4428	4422	4563	4689	4809	5009	5137	5233	5232
65 Augsburg	8545	8726	9058	9189	9334	9274	9559	9978	10141	10556	10809	11103	11540	11689	11773	11849
66 Ingolstadt	3565	3691	3809	3912	3972	3961	4056	4195	4220	4457	4657	4804	5014	5148	5254	5342
67 Regensburg	6466	6606	6774	7132	7192	7298	7289	7555	7701	8057	8262	8527	9008	9278	9366	9482
68 Donau-Wald	7003	7192	7411	7717	7832	7767	7958	8272	8371	8716	8944	9254	9599	10189	10270	10368
69 Landshut	3793	3903	3944	4102	4153	4103	4226	4447	4547	4697	4793	4977	5306	5397	5461	5466
70 München	38145	38962	40033	40642	41041	41043	43159	44412	44604	46361	47486	48338	49748	49744	50087	50337
71 Donau-Iller (By.)	4893	4967	5069	5232	5336	5295	5389	5615	5658	5782	5942	6188	6355	6438	6503	6521
72 Allgäu	7082	7124	7234	7316	7338	7322	7567	7711	7763	8064	8254	8450	8697	8749	8768	8696
73 Oberland	6777	6857	6953	7040	70											

Tab. A-11: Zahl der Betriebe im Bergbau, Versorgungs- und Baugewerbe in Westdeutschland 1982-97

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Raumordnungsregion	ber82	ber83	ber84	ber85	ber86	ber87	ber88	ber89	ber90	ber91	ber92	ber93	ber94	ber95	ber96	ber97
1 Schleswig	3303	3416	3449	3510	3449	3447	3349	3358	3330	3222	3208	3021	2810	2743	2664	2600
2 Mittelholstein	3161	3198	3202	3173	3121	3131	3087	3080	2930	2950	2964	2896	2778	2771	2762	2752
3 Dithmarschen	2099	2162	2157	2210	2179	2164	2101	2109	2034	1989	1969	1847	1751	1721	1720	1701
4 Ostholstein	1793	1799	1809	1740	1766	1788	1736	1737	1723	1697	1702	1679	1621	1612	1610	1589
5 Hamburg	10522	10624	10716	10581	10507	10549	10334	10376	10234	10409	10569	10527	10482	10526	10502	10463
6 Lüneburg	1925	1905	1924	1895	1907	1898	1832	1755	1701	1636	1699	1686	1692	1693	1641	1603
7 Bremerhaven	1346	1400	1379	1373	1354	1364	1369	1383	1349	1388	1353	1351	1272	1250	1238	1248
8 Wilhelmshaven	1016	1013	1029	1034	1056	1047	1018	1022	1023	1046	1044	1019	1007	983	936	889
9 Ostfriesland	1727	1725	1794	1735	1747	1751	1701	1764	1744	1668	1664	1623	1570	1560	1524	1498
10 Oldenburg	2345	2391	2437	2498	2489	2466	2438	2474	2433	2476	2561	2458	2475	2454	2481	2498
11 Emden	1815	1846	1867	1898	1909	1919	1851	1803	1749	1719	1717	1755	1664	1676	1648	1689
12 Osnabrück	2572	2603	2620	2631	2617	2614	2624	2596	2493	2485	2544	2521	2502	2490	2490	2522
13 Bremen	5459	5431	5453	5348	5398	5390	5268	5259	5164	5201	5221	5206	5021	4972	4885	4865
14 Hannover	8294	8335	8423	8296	8184	8196	8018	7977	7727	7670	7717	7827	7826	7829	7813	7795
15 Braunschweig	3359	3357	3490	3434	3340	3351	3342	3367	3326	3247	3297	3332	3312	3266	3293	3273
16 Göttingen	1718	1717	1757	1791	1808	1806	1738	1704	1653	1645	1670	1664	1604	1606	1600	1614
17 Mtünster	5942	6059	6078	6090	5976	5954	5802	5695	5496	5581	5598	5603	5545	5549	5519	5441
18 Bielefeld	5164	5157	5214	5225	5103	5078	5039	4994	4929	4980	5037	5091	5083	5114	5120	5099
19 Paderborn	1546	1544	1545	1520	1516	1527	1469	1448	1402	1441	1430	1427	1457	1451	1451	1462
20 Dortmund-Sauerland	5060	5025	5061	5022	4920	4891	4814	4801	4689	4788	4830	4885	4961	5027	5011	4982
21 Bochum	1138	1072	1065	1082	1051	1046	1055	1058	1076	1096	1101	1105	1116	1122	1138	1129
22 Essen	5012	4960	4941	4909	4855	4870	4773	5030	4755	4907	4989	5015	4983	4990	4976	4971
23 Duisburg	2224	2242	2316	2351	2408	2407	2369	2337	2333	2410	2456	2457	2588	2609	2630	2628
24 Krefeld	1951	2071	2136	2156	2232	2198	2181	2151	2147	2201	2309	2309	2304	2316	2273	2299
25 Mönchengladbach	1665	1672	1800	1822	1795	1785	1761	1782	1775	1835	1893	1921	1957	1967	1986	1996
26 Aachen	3014	3036	3206	3261	3187	3173	3184	3204	3166	3227	3299	3265	3262	3319	3335	3333
27 Düsseldorf	3836	3867	4036	4060	4068	4060	3968	4024	3967	4077	4136	4150	4151	4133	4190	4158
28 Wuppertal	1750	1719	1727	1716	1703	1709	1708	1723	1709	1727	1704	1729	1791	1800	1812	1825
29 Hagen	2712	2729	2767	2677	2667	2676	2627	2667	2609	2666	2700	2729	2782	2796	2801	2842
30 Siegen	1277	1258	1258	1227	1259	1258	1245	1240	1222	1271	1263	1288	1284	1307	1291	1290
31 Köln	6032	6091	6238	6191	6124	6108	6048	6163	6163	6333	6499	6500	6611	6689	6664	6668
32 Bonn	2207	2223	2324	2308	2304	2297	2317	2344	2299	2341	2413	2436	2571	2619	2626	2601
33 Nordhessen	3400	3355	3289	3232	3232	3258	3221	3157	3109	3136	3127	3114	3165	3175	3158	3163
34 Mittelhessen	2061	2038	2032	2034	2012	2009	2002	1993	1939	1996	1994	2029	2063	2011	2094	2090
35 Osthessen	1078	1079	1074	1041	1041	1040	991	999	955	974	1030	1030	1058	1043	1010	1042
36 Untermain	5629	5632	5595	5565	5500	5501	5529	5602	5554	5762	5895	6024	6206	6376	6482	6406
37 Starkenburg	2615	2667	2721	2743	2675	2684	2665	2718	2689	2769	2795	2832	2855	2894	2888	2926
38 Rhein-Main-Taunus	1904	1932	1928	1941	1941	1935	1931	1945	1930	1917	1931	2003	2063	2092	2100	2093
39 Mittelrhein-Westerwald	4265	4372	4575	4606	4641	4635	4571	4583	4536	4528	4566	4615	4733	4831	4909	4836
40 Trier	1990	2116	2365	2412	2488	2485	2395	2286	2244	2217	2205	2177	2063	2029	2050	1957
41 Rheinhessen-Nahe	2945	3039	3167	3130	3041	3006	2949	2941	2905	2832	2854	2876	2858	2875	2872	2840
42 Rheinpfalz	3163	3183	3173	3172	3068	3077	3000	3042	3029	3042	3066	3075	3095	3102	3090	3069
43 Westpfalz	1842	1830	1830	1847	1835	1827	1776	1814	1758	1758	1750	1783	1741	1759	1754	1720
44 Saar	2676	2672	2653	2663	2676	2649	2635	2646	2650	2722	2760	2743	2849	2868	2903	2895
45 Unterer Neckar	3024	2993	3001	2983	2992	2973	2892	2915	2906	2950	2974	2975	3065	3139	3117	3088
46 Franken	3854	3994	4010	3971	3903	3918	3635	3468	3437	3481	3579	3429	3434	3399	3361	3345
47 Mittlerer Oberrhein	2861	2904	2916	2911	2885	2891	2857	2863	2863	2914	2909	2956	3057	3075	3068	3034
48 Nordschwarzwald	2022	2004	2038	2029	1979	1976	1967	1942	1952	2000	2027	2040	2083	2093	2070	2030
49 Mittlerer Neckar	7523	7561	7623	7654	7503	7456	7393	7455	7387	7505	7601	7710	7846	7855	7809	7752
50 Ostwürttemberg	1511	1543	1532	1523	1476	1463	1393	1348	1363	1384	1402	1399	1421	1426	1438	1425
51 Donau-Iller (Bw.)	2151	2189	2215	2215	2180	2174	2175	1852	1801	1808	1864	1811	1791	1748	1725	1700
52 Neckar-Alb	2290	2295	2319	2327	2282	2280	2252	2227	2210	2221	2248	2263	2267	2299	2254	2216
53 Schwarzwald	1745	1750	1735	1721	1708	1707	1673	1659	1633	1668	1669	1668	1671	1653	1655	1639
54 Südlicher Oberrhein	3876	3914	3915	3884	3767	3765	3679	3639	3619	3572	3650	3623	3593	3626	3538	3480
55 Hochrhein-Bodensee	2299	2295	2331	2290	2270	2272	2234	2197	2172	2193	2217	2234	2271	2285	2296	2266
56 Bodensee-Oberschw.	3094	3135	3136	3094	3131	3134	2861	2760	2685	2703	2728	2678	2579	2572	2510	2459
57 Bayer. Untermain	1131	1170	1206	1196	1168	1163	1189	1199	1175	1174	1227	1261	1297	1315	1317	1302
58 Würzburg	1910	1960	1944	1865	1854	1867	1786	1802	1731	1696	1702	1705	1628	1614	1619	1624
59 Main-Rhön	1423	1471	1471	1462	1427	1416	1390	1375	1301	1337	1360	1405	1441	1471	1465	1504
60 Oberfranken-West	2048	1976	1961	1936	1878	1875	1764	1718	1687	1683	1711	1711	1741	1799	1794	1803
61 Oberfranken-Ost	1889	1808	1796	1738	1713	1710	1574	1496	1431	1404	1441	1458	1439	1475	1459	1456
62 Oberpfalz-Nord	2130	2153	2169	2093	1932	1938	1900	1869	1818	1754	1824	1797	1801	1803	1792	1777
63 Mittelfranken	3414	3401	3420	3415	3309	3298	3279	3234	3209	3248	3368	3363	3435	3475	3464	3395
64 Westmittelfranken	2360	2375	2338	2246	2193	2208	1975	1858	1734	1690	1707	1708	1666	1656	1604	1590
65 Augsburg	2997	3000	3029	2961	2949	2957	2863	2820	2706	2679	2747	2804	2769	2782	2692	2672
66 Ingolstadt	1699	1685	1684	1669	1597	1610	1514	1484	1378	1414	1439	1473	1450	1443	1442	1444
67 Regensburg	2776	2833	2833	2760	2598	2628	2553	2478	2380	2418	2390	2375	2339	2399	2372	2334
68 Donau-Wald	3258	3268	3201	3052	3040	3048	2932	2853	2760	2760	2762	2771	2768	2769	2692	2697
69 Landshut	2490	2553	2545	2488	2433	2442	2324	2225	2064	1990	2036	1992	1923	1883	1897	1882
70 München	7755	7805	7862	7864	7644	7621	7522	7471	7334	7439	7489	7647	7695	7732	7631	7537
71 Donau-Iller (By.)	2205	2253	2275	2240	2185	2201	2116	2123	1897	1858	1836	1811	1817	1801	1768	1688
72 Allgäu	2775	2838	2851	2795	2732	2747	2598	2681	2386	2365	2321	2350	2293	2222	2123	2070
73 Oberland	2375	2380	2393	2358	2277	2283	2227	2196	2116	2156	2163	2146	2106	2117	2126	2129
74 Südbayern	4277	4313	4278	4239	3944	3941	3748	3670	3545	3450	3475	3468	3398	3363	3322	3290
75 Berlin (West)	4149	4104	4338	4397	4475	4495	4602	4807	4873	5072	5428	5743	6022	6253	6272	6199

Tab. A-12: Änderung der Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahr im Verarbeitenden Gewerbe 1983-97

Raumordnungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	db183	db184	db185	db186	db187	db188	db189	db190	db191	db192	db193	db194	db195	db196	db197
1 Schleswig	-2%	2%	1%	1%	-1%	2%	4%	2%	5%	-1%	-3%	-8%	3%	-5%	-1%
2 Mittelholstein	-5%	-2%	1%	3%	-4%	-1%	2%	3%	1%	-3%	-5%	-6%	-2%	-4%	-5%
3 Dithmarschen	-2%	0%	0%	-1%	-5%	2%	1%	4%	3%	0%	-3%	-7%	1%	-8%	-2%
4 Ostholstein	-4%	-5%	3%	1%	-2%	-2%	0%	4%	6%	-2%	-7%	-8%	-1%	-7%	-5%
5 Hamburg	-4%	-3%	-1%	1%	0%	0%	2%	1%	4%	0%	-4%	-6%	0%	-2%	-4%
6 Lüneburg	-5%	0%	1%	1%	2%	3%	3%	5%	9%	-1%	-4%	-5%	3%	-6%	-1%
7 Bremerhaven	-6%	-4%	0%	2%	0%	0%	0%	6%	6%	1%	-2%	-5%	-4%	-18%	-2%
8 Wilhelmshaven	-6%	-3%	-1%	0%	-2%	1%	0%	2%	3%	-6%	-14%	-8%	-6%	-5%	-1%
9 Ostfriesland	-5%	-5%	-2%	2%	0%	0%	4%	8%	4%	-2%	-7%	-6%	-5%	-1%	0%
10 Oldenburg	-4%	0%	1%	-1%	2%	3%	5%	6%	4%	4%	-7%	-4%	-1%	-3%	-2%
11 Emsland	6%	0%	1%	2%	2%	1%	3%	4%	6%	0%	-4%	-2%	-1%	-2%	3%
12 Osnabrück	-3%	1%	1%	2%	2%	1%	3%	4%	6%	0%	-3%	-5%	2%	-4%	-2%
13 Bremen	-5%	-2%	1%	3%	1%	0%	3%	4%	3%	0%	-4%	-3%	-3%	-3%	0%
14 Hannover	-4%	-2%	1%	1%	0%	-1%	3%	3%	3%	-2%	-7%	-6%	-2%	-4%	-2%
15 Braunschweig	-3%	-1%	1%	6%	0%	-1%	-1%	2%	3%	0%	-7%	-7%	-4%	-4%	-3%
16 Göttingen	-5%	-1%	2%	4%	1%	1%	3%	4%	3%	-2%	-7%	-5%	0%	-3%	-4%
17 Münster	-3%	0%	0%	2%	1%	2%	3%	5%	5%	1%	-4%	-3%	0%	-3%	-2%
18 Bielefeld	-5%	1%	0%	2%	1%	1%	4%	4%	4%	0%	-5%	-5%	-1%	-4%	-3%
19 Paderborn	0%	2%	3%	4%	1%	3%	4%	3%	5%	0%	-5%	-4%	-1%	-1%	-1%
20 Dortmund-Sauerland	-5%	-2%	1%	2%	0%	0%	2%	3%	3%	-1%	-7%	-5%	-3%	-2%	-3%
21 Bochum	3%	-1%	2%	0%	-1%	-3%	4%	5%	0%	-2%	-8%	-9%	-4%	-1%	-5%
22 Essen	-5%	-3%	0%	0%	-1%	-1%	-1%	1%	1%	-3%	-6%	-7%	-4%	-4%	-4%
23 Duisburg	-1%	-4%	-2%	1%	-2%	-4%	1%	0%	-2%	-1%	-6%	-10%	-7%	-5%	-4%
24 Krefeld	-5%	-3%	2%	2%	-1%	0%	2%	1%	1%	-3%	-9%	-6%	-2%	-3%	-3%
25 Mönchengladbach	-6%	1%	0%	1%	4%	2%	2%	2%	1%	-2%	-9%	-5%	-2%	-5%	-1%
26 Aachen	-3%	-1%	2%	2%	1%	0%	2%	3%	1%	-2%	-7%	-6%	-3%	-2%	-1%
27 Düsseldorf	-4%	-3%	0%	2%	-1%	-1%	1%	2%	1%	-3%	-8%	-7%	-3%	-3%	-4%
28 Wuppertal	-5%	-1%	2%	2%	0%	-1%	2%	2%	1%	-2%	-10%	-8%	-4%	-4%	-5%
29 Hagen	-3%	-2%	2%	3%	1%	0%	3%	3%	2%	-3%	-9%	-7%	-1%	-3%	-3%
30 Siegen	0%	-1%	1%	4%	-2%	0%	3%	3%	3%	0%	-7%	-5%	-3%	-3%	-1%
31 Köln	-3%	-2%	1%	1%	0%	-1%	1%	1%	0%	-3%	-7%	-7%	-2%	-4%	-3%
32 Bonn	-3%	-1%	1%	4%	2%	-1%	2%	1%	1%	-2%	-5%	-4%	-4%	-2%	-4%
33 Nordhessen	-4%	-6%	7%	3%	2%	0%	1%	4%	4%	0%	-8%	-5%	-3%	-4%	-3%
34 Mittelhessen	-3%	-4%	6%	2%	2%	-1%	2%	3%	2%	-1%	-7%	-6%	0%	-4%	-1%
35 Osthessen	-5%	2%	2%	2%	0%	1%	2%	4%	5%	1%	-4%	-3%	-1%	-2%	-3%
36 Untermain	-1%	-2%	3%	3%	1%	0%	1%	1%	0%	-3%	-7%	-6%	-6%	-3%	-6%
37 Starkenburg	-2%	-19%	17%	0%	1%	-1%	1%	2%	1%	-1%	-7%	-4%	-5%	-1%	-4%
38 Rhein-Main-Taunus	-5%	-2%	3%	-3%	1%	-1%	0%	2%	1%	-1%	-7%	-5%	-5%	-3%	-9%
39 Mittelrhein-Westerrwald	-3%	0%	1%	3%	1%	2%	3%	4%	3%	0%	-6%	-2%	-1%	-2%	-2%
40 Trier	-3%	-1%	0%	3%	2%	1%	2%	3%	4%	1%	-4%	-4%	2%	-4%	-2%
41 Rheinhessen-Nahe	-4%	0%	2%	2%	0%	0%	1%	1%	2%	-3%	-11%	-4%	-4%	-1%	-4%
42 Rheinpfalz	-3%	-3%	1%	2%	1%	1%	2%	3%	2%	-2%	-7%	-6%	-3%	-2%	-1%
43 Westpfalz	-4%	0%	-1%	-1%	-1%	-4%	0%	2%	1%	-4%	-7%	-8%	-3%	-4%	-3%
44 Saar	-5%	-3%	0%	0%	-2%	0%	2%	3%	1%	-2%	-8%	-8%	1%	-3%	-2%
45 Unterer Neckar	-5%	-9%	8%	1%	1%	-1%	2%	1%	2%	-2%	-7%	-6%	-2%	-4%	-2%
46 Franken	-1%	-5%	9%	4%	1%	0%	2%	4%	4%	-1%	-6%	-5%	0%	-1%	0%
47 Mittlerer Oberrhein	-4%	-8%	9%	3%	0%	1%	2%	3%	2%	0%	-6%	-6%	-2%	-4%	-2%
48 Nord Schwarzwald	-3%	-1%	5%	4%	1%	1%	2%	2%	2%	-2%	-8%	-4%	-2%	-3%	-2%
49 Mittlerer Neckar	-3%	-12%	14%	3%	1%	0%	1%	2%	1%	-2%	-10%	-7%	-5%	0%	-2%
50 Ostwürttemberg	-3%	-8%	9%	5%	0%	0%	2%	3%	2%	-2%	-8%	-4%	-2%	-2%	-3%
51 Donau-Iller (Bw.)	-5%	-2%	2%	2%	2%	2%	2%	4%	3%	0%	-6%	-6%	-2%	-2%	-1%
52 Neckar-Alb	-3%	-4%	5%	3%	1%	-1%	0%	2%	1%	-3%	-8%	-8%	-2%	-4%	-2%
53 Schwarzwald	-4%	0%	4%	3%	0%	0%	2%	3%	1%	-3%	-9%	-7%	0%	-3%	-1%
54 Südlicher Oberrhein	-2%	1%	2%	3%	1%	1%	3%	3%	1%	-1%	-6%	-3%	-2%	-2%	-2%
55 Hochrhein-Bodensee	-3%	0%	2%	0%	2%	-1%	1%	2%	2%	-2%	-7%	-5%	-2%	-2%	-3%
56 Bodensee-Oberschw.	-2%	-2%	2%	5%	3%	2%	3%	4%	3%	-2%	-6%	-6%	0%	-1%	-2%
57 Bayer. Untermain	-3%	0%	1%	2%	0%	0%	1%	2%	2%	-3%	-6%	-7%	2%	-5%	0%
58 Würzburg	-3%	1%	3%	2%	6%	1%	2%	4%	3%	-1%	-6%	-1%	-2%	-1%	-2%
59 Main-Rhön	-4%	0%	2%	4%	0%	0%	2%	3%	1%	-3%	-8%	-8%	0%	-1%	0%
60 Oberfranken-Ost	-3%	1%	2%	3%	1%	0%	2%	4%	5%	-2%	-6%	-4%	-1%	-3%	-2%
61 Oberfranken-West	-3%	0%	1%	2%	0%	-1%	1%	3%	3%	-3%	-6%	-4%	-4%	-6%	-4%
62 Oberpfalz-Nord	-3%	0%	2%	3%	-1%	0%	3%	4%	4%	-1%	-6%	-4%	-2%	-4%	-2%
63 Mittelfranken	-4%	-1%	2%	3%	1%	-2%	1%	2%	1%	-1%	-7%	-7%	-3%	-4%	-4%
64 Westmittelfranken	-2%	1%	3%	2%	1%	0%	2%	4%	4%	0%	-6%	-3%	-2%	-1%	-2%
65 Augsburg	-2%	0%	2%	3%	1%	1%	2%	2%	2%	-2%	-5%	-5%	-2%	-4%	-3%
66 Ingolstadt	0%	2%	3%	4%	5%	0%	-2%	4%	3%	0%	-7%	-7%	1%	-1%	1%
67 Regensburg	-3%	1%	2%	6%	6%	6%	3%	6%	5%	2%	-6%	-2%	1%	-1%	-1%
68 Donau-Wald	-3%	1%	2%	4%	1%	1%	3%	2%	3%	0%	-6%	-4%	0%	-4%	-1%
69 Landshut	1%	4%	3%	3%	3%	3%	0%	2%	1%	-1%	-5%	-2%	3%	1%	-1%
70 München	-3%	-1%	2%	3%	-2%	1%	1%	0%	-3%	-2%	-6%	-6%	-5%	-1%	-3%
71 Donau-Iller (By.)	-3%	0%	1%	2%	1%	1%	3%	3%	3%	-1%	-4%	-2%	-1%	-2%	-3%
72 Allgäu	-2%	1%	3%	4%	2%	0%	2%	3%	2%	-3%	-8%	-7%	-1%	-2%	-1%
73 Oberland	-3%	0%	2%	3%	2%	2%	3%	3%	3%	0%	-4%	-4%	-4%	1%	-4%
74 Südbayern	-3%	2%	2%	4%	1%	1%	3%	3%	2%	-1%	-4%	-3%	-1%	-1%	-1%
75 Berlin (West)	-4%	0%	2%	1%	-1%	-1%	2%	5%	-3%	-11%	-11%	-8%	-7%	-6%	-6%
76 Westdeutschland	-3%	-2%	3%	2%	1%	0%	2%	3%	2%	-1%	-7%	-6%	-2%	-3%	-3%

Tab. A-13: Änderung der Beschäftigtenzahl im Vorjahresvergleich im privaten Dienstleistungsbereich 83-97

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Raumordnungsregion	dbd83	dbd84	dbd85	dbd86	dbd87	dbd88	dbd89	dbd90	dbd91	dbd92	dbd93	dbd94	dbd95	dbd96	dbd97
1 Schleswig	-1%	1%	2%	-1%	4%	3%	2%	4%	7%	2%	0%	2%	-1%	4%	0%
2 Mittelholstein	-2%	0%	2%	0%	4%	3%	2%	4%	4%	3%	1%	0%	0%	0%	-1%
3 Dithmarschen	0%	1%	1%	0%	1%	2%	1%	4%	4%	4%	2%	5%	-3%	5%	0%
4 Ostholstein	-2%	2%	1%	0%	3%	1%	2%	4%	6%	5%	1%	1%	-1%	1%	-1%
5 Hamburg	-2%	-1%	1%	1%	2%	2%	2%	4%	5%	3%	0%	1%	-2%	-1%	0%
6 Lüneburg	-1%	0%	1%	2%	1%	3%	3%	5%	6%	5%	2%	5%	-1%	4%	0%
7 Bremerhaven	-3%	-1%	2%	-1%	2%	2%	2%	5%	3%	2%	-1%	-1%	0%	4%	-4%
8 Wilhelmshaven	-1%	2%	1%	-1%	0%	9%	8%	-1%	-2%	-2%	4%	3%	0%	2%	0%
9 Ostfriesland	0%	0%	0%	0%	1%	4%	4%	4%	5%	3%	1%	1%	2%	0%	1%
10 Oldenburg	-1%	2%	1%	0%	4%	3%	4%	5%	5%	3%	2%	2%	1%	0%	0%
11 Emsland	0%	1%	3%	0%	6%	3%	4%	6%	6%	7%	3%	2%	5%	1%	2%
12 Osnabrück	-1%	1%	1%	0%	3%	4%	5%	6%	6%	5%	2%	3%	0%	2%	1%
13 Bremen	-3%	0%	0%	1%	1%	3%	3%	4%	4%	3%	0%	-1%	1%	-1%	-1%
14 Hannover	-2%	1%	1%	0%	2%	3%	2%	5%	5%	5%	2%	-1%	1%	0%	0%
15 Braunschweig	-3%	0%	-2%	-1%	3%	4%	3%	5%	8%	4%	3%	2%	-1%	1%	0%
16 Göttingen	-2%	1%	1%	0%	1%	3%	2%	5%	8%	5%	3%	1%	0%	-1%	-1%
17 Münster	-1%	1%	2%	2%	5%	3%	3%	5%	6%	4%	2%	2%	1%	2%	1%
18 Bielefeld	-2%	1%	1%	2%	4%	4%	3%	5%	7%	4%	2%	2%	1%	1%	1%
19 Paderborn	0%	3%	1%	1%	4%	4%	2%	6%	7%	6%	3%	3%	1%	3%	3%
20 Dortmund-Sauerland	-2%	1%	1%	1%	3%	3%	3%	5%	6%	4%	1%	0%	1%	0%	0%
21 Bochum	-7%	-1%	3%	-1%	3%	2%	6%	5%	5%	3%	1%	-2%	3%	-1%	-1%
22 Essen	-2%	0%	0%	1%	2%	2%	1%	4%	4%	3%	0%	1%	-1%	3%	2%
23 Duisburg	-6%	3%	1%	0%	2%	1%	1%	5%	3%	3%	0%	0%	1%	-1%	1%
24 Krefeld	-1%	-1%	2%	1%	3%	4%	3%	5%	5%	3%	-1%	0%	2%	1%	0%
25 Mönchengladbach	0%	0%	2%	2%	3%	4%	3%	7%	6%	4%	2%	0%	1%	1%	1%
26 Aachen	-1%	2%	1%	1%	3%	4%	3%	5%	6%	4%	2%	1%	1%	-1%	1%
27 Düsseldorf	-1%	1%	2%	3%	4%	3%	2%	5%	5%	4%	1%	0%	-1%	1%	1%
28 Wuppertal	0%	-1%	1%	2%	2%	1%	1%	3%	3%	1%	-2%	-1%	1%	0%	2%
29 Hagen	-3%	-1%	0%	1%	2%	1%	1%	5%	5%	4%	0%	0%	1%	-2%	1%
30 Siegen	-3%	1%	1%	6%	1%	3%	2%	5%	5%	3%	2%	0%	0%	-1%	-1%
31 Köln	-1%	1%	1%	2%	2%	2%	3%	4%	4%	3%	0%	0%	1%	2%	3%
32 Bonn	1%	0%	1%	1%	4%	2%	4%	5%	5%	5%	3%	2%	4%	1%	3%
33 Nordhessen	-2%	1%	0%	1%	4%	3%	2%	5%	8%	5%	1%	1%	1%	1%	-1%
34 Mittelhessen	-2%	1%	2%	2%	3%	4%	2%	5%	5%	5%	1%	2%	1%	1%	0%
35 Osthessen	1%	2%	1%	2%	5%	4%	3%	7%	9%	6%	3%	2%	0%	0%	1%
36 Untermain	-1%	1%	3%	3%	4%	4%	4%	4%	5%	3%	0%	-2%	-1%	1%	2%
37 Starkenburg	0%	2%	3%	4%	3%	4%	4%	6%	6%	5%	2%	-2%	4%	0%	-1%
38 Rhein-Main-Taunus	0%	2%	1%	3%	4%	3%	3%	4%	5%	4%	2%	0%	0%	0%	3%
39 Mittelrhein-Westerwald	-1%	2%	0%	0%	4%	3%	2%	5%	5%	4%	3%	1%	3%	0%	1%
40 Trier	0%	1%	-1%	0%	3%	2%	1%	5%	4%	4%	1%	0%	0%	0%	0%
41 Rheinhessen-Nahe	1%	-1%	1%	0%	4%	3%	2%	5%	5%	3%	2%	-1%	2%	-1%	2%
42 Rheinpfalz	0%	2%	1%	0%	4%	3%	3%	4%	4%	3%	0%	1%	1%	0%	4%
43 Westpfalz	-2%	0%	3%	0%	3%	2%	1%	3%	4%	4%	1%	2%	0%	0%	1%
44 Saar	-1%	0%	0%	-1%	3%	3%	2%	6%	6%	4%	1%	2%	2%	3%	1%
45 Unterer Neckar	-1%	1%	1%	2%	2%	3%	2%	6%	5%	4%	1%	0%	1%	1%	2%
46 Franken	1%	3%	3%	2%	4%	4%	3%	6%	6%	4%	3%	1%	2%	1%	0%
47 Mittlerer Oberrhein	0%	1%	2%	1%	4%	4%	3%	4%	5%	4%	1%	1%	1%	2%	0%
48 Nordschwarzwald	0%	2%	2%	1%	5%	3%	2%	5%	6%	3%	0%	0%	0%	-1%	-2%
49 Mittlerer Neckar	0%	1%	2%	2%	4%	3%	3%	4%	5%	4%	1%	-2%	2%	-1%	1%
50 Ostwürttemberg	1%	2%	1%	-1%	4%	2%	3%	6%	6%	4%	1%	1%	3%	0%	-1%
51 Donau-Iller (Bw.)	1%	1%	1%	3%	2%	3%	3%	5%	5%	4%	2%	3%	1%	3%	2%
52 Neckar-Alb	0%	2%	2%	1%	5%	4%	3%	5%	5%	3%	0%	2%	1%	1%	0%
53 Schwarzwald	1%	1%	2%	2%	2%	4%	3%	5%	4%	4%	0%	3%	-2%	3%	0%
54 Südlicher Oberrhein	-1%	2%	2%	2%	4%	3%	3%	6%	5%	4%	3%	-1%	2%	0%	0%
55 Hochrhein-Bodensee	1%	2%	1%	2%	1%	3%	3%	4%	5%	4%	0%	0%	-1%	0%	-1%
56 Bodensee-Oberschw.	1%	4%	2%	3%	3%	3%	2%	5%	5%	4%	2%	2%	4%	1%	1%
57 Bayer. Untermain	-1%	3%	1%	1%	5%	3%	3%	5%	7%	6%	2%	5%	0%	2%	2%
58 Würzburg	0%	1%	1%	2%	3%	2%	2%	5%	4%	3%	0%	-1%	1%	-1%	0%
59 Main-Rhön	-1%	1%	2%	1%	4%	3%	3%	6%	8%	5%	2%	3%	3%	1%	-1%
60 Oberfranken-West	0%	2%	1%	1%	4%	3%	2%	6%	8%	3%	2%	0%	0%	0%	1%
61 Oberfranken-Ost	-1%	1%	1%	1%	3%	3%	2%	6%	10%	6%	3%	0%	1%	-2%	-2%
62 Oberpfalz-Nord	0%	2%	2%	3%	2%	3%	3%	4%	6%	6%	3%	1%	3%	2%	1%
63 Mittelfranken	-1%	2%	2%	2%	1%	3%	2%	5%	7%	4%	0%	1%	-1%	0%	0%
64 Westmittelfranken	2%	3%	3%	0%	3%	5%	2%	5%	6%	4%	2%	3%	3%	1%	1%
65 Augsburg	-1%	1%	2%	2%	4%	2%	3%	5%	5%	5%	0%	2%	1%	0%	0%
66 Ingolstadt	0%	3%	3%	1%	5%	4%	2%	6%	7%	6%	1%	3%	2%	2%	2%
67 Regensburg	0%	2%	2%	1%	4%	2%	3%	5%	6%	4%	1%	2%	3%	0%	1%
68 Donau-Wald	0%	3%	3%	2%	4%	4%	3%	4%	6%	5%	3%	3%	3%	1%	-2%
69 Landshut	2%	2%	3%	1%	4%	3%	5%	3%	5%	4%	3%	3%	2%	1%	1%
70 München	0%	1%	2%	3%	5%	2%	2%	4%	5%	4%	0%	-1%	1%	0%	2%
71 Donau-Iller (By.)	0%	1%	1%	2%	3%	3%	2%	5%	5%	5%	3%	0%	0%	0%	0%
72 Allgäu	-1%	1%	2%	1%	3%	2%	2%	4%	4%	4%	0%	1%	-1%	0%	-1%
73 Oberland	1%	3%	2%	1%	3%	1%	2%	3%	3%	4%	2%	2%	3%	0%	0%
74 Südoberbayern	1%	2%	2%	1%	5%	3%	3%	4%	5%	4%	2%	3%	0%	2%	-1%
75 Berlin (West)	-1%	2%	2%	1%	2%	2%	2%	6%	13%	7%	2%	-2%	-1%	-2%	-2%
76 Westdeutschland	-1%	1%	1%	1%	3%	3%	3%	5%	6%	4%	1%	0%	1%	0%	1%

Tab. A-14: Änderung der Beschäftigtenzahl im Vorjahresvergleich bei Bergbau, Versorgung u. Bau 1983-97

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Raumordungsregion	dbr83	dbr84	dbr85	dbr86	dbr87	dbr88	dbr89	dbr90	dbr91	dbr92	dbr93	dbr94	dbr95	dbr96	dbr97
1 Schleswig	0%	-4%	-5%	-4%	-1%	0%	1%	3%	2%	1%	1%	0%	0%	-3%	-3%
2 Mittelholstein	-2%	0%	-8%	2%	1%	-2%	0%	3%	1%	0%	-2%	2%	0%	-2%	-4%
3 Dithmarschen	4%	-3%	-10%	-1%	-1%	1%	-2%	3%	2%	0%	0%	1%	3%	-2%	-3%
4 Ostholstein	-2%	-4%	-8%	-1%	1%	0%	-2%	4%	3%	2%	1%	0%	1%	-5%	-6%
5 Hamburg	-1%	-2%	-6%	-1%	-2%	-1%	-1%	4%	4%	1%	1%	2%	1%	-3%	-4%
6 Lüneburg	-4%	-1%	-5%	2%	-2%	-5%	-1%	6%	8%	4%	2%	7%	1%	-6%	-9%
7 Bremerhaven	-7%	-4%	-6%	-9%	3%	0%	1%	4%	0%	1%	-1%	2%	0%	-3%	-5%
8 Wilhelmshaven	-6%	-7%	-7%	3%	-4%	1%	-1%	7%	5%	5%	4%	4%	-2%	-2%	-7%
9 Ostfriesland	-5%	-6%	-6%	1%	-2%	0%	1%	3%	6%	3%	1%	8%	-3%	-4%	-4%
10 Oldenburg	-4%	-4%	-8%	2%	0%	1%	2%	5%	5%	2%	3%	4%	0%	0%	0%
11 Emsland	-1%	1%	-4%	0%	-6%	0%	0%	6%	2%	1%	1%	6%	0%	1%	-1%
12 Osnabrück	-3%	-3%	-8%	2%	-2%	1%	1%	4%	5%	5%	3%	5%	1%	1%	-2%
13 Bremen	-4%	-3%	-5%	0%	0%	1%	1%	5%	3%	4%	0%	2%	-1%	-4%	-4%
14 Hannover	-3%	-4%	-4%	1%	3%	-5%	-1%	4%	2%	1%	2%	2%	-1%	-3%	-5%
15 Braunschweig	-2%	-2%	-7%	-1%	0%	1%	-2%	3%	5%	3%	0%	0%	-1%	-6%	-6%
16 Göttingen	-4%	1%	-3%	2%	-4%	-1%	-3%	6%	6%	2%	1%	1%	-4%	-5%	-6%
17 Münster	-1%	-1%	-3%	-1%	-2%	0%	0%	4%	2%	1%	2%	2%	0%	-2%	-3%
18 Bielefeld	-3%	-3%	-7%	-1%	0%	0%	1%	5%	4%	3%	3%	4%	0%	-1%	-4%
19 Paderborn	-2%	-3%	-5%	1%	-2%	2%	1%	5%	2%	3%	3%	5%	0%	-4%	-3%
20 Dortmund-Sauerland	-3%	-3%	-4%	-2%	-3%	-3%	-3%	1%	-1%	-2%	-3%	1%	-3%	-5%	-5%
21 Bochum	-5%	-3%	-11%	10%	-5%	7%	-20%	-23%	0%	0%	-3%	-1%	0%	-3%	-5%
22 Essen	-2%	-5%	-1%	-4%	-1%	-4%	2%	3%	-1%	0%	-4%	-5%	-2%	-6%	-7%
23 Duisburg	-4%	-2%	-2%	-1%	-2%	0%	-1%	-2%	-1%	-1%	3%	-8%	-4%	-6%	-4%
24 Krefeld	2%	1%	-6%	0%	0%	-1%	1%	5%	2%	2%	3%	0%	1%	-5%	-2%
25 Mönchengladbach	-3%	3%	-5%	-3%	0%	-1%	2%	5%	3%	3%	2%	-1%	2%	-1%	-2%
26 Aachen	-1%	-2%	-4%	-2%	-2%	-1%	-4%	1%	0%	-2%	-6%	-3%	-2%	-4%	-7%
27 Düsseldorf	1%	-1%	-3%	0%	-2%	-1%	-2%	4%	1%	1%	-1%	-1%	-5%	-4%	-6%
28 Wuppertal	-13%	10%	-2%	-11%	-1%	-2%	-1%	4%	1%	2%	0%	-2%	7%	-3%	-4%
29 Hagen	-3%	-2%	-6%	0%	0%	-1%	1%	6%	2%	1%	-1%	0%	-3%	-3%	-1%
30 Siegen	-5%	-1%	-4%	3%	-3%	-1%	-1%	4%	1%	3%	1%	2%	-2%	-4%	-5%
31 Köln	-1%	0%	-4%	-2%	-2%	-1%	-1%	4%	3%	1%	0%	0%	-1%	-2%	-4%
32 Bonn	-2%	-4%	-9%	-4%	-1%	-1%	1%	5%	2%	1%	4%	4%	0%	-3%	-7%
33 Nordhessen	-4%	-1%	-1%	2%	0%	-1%	-2%	4%	2%	1%	2%	1%	-1%	-6%	-6%
34 Mittelhessen	-5%	0%	-2%	1%	1%	-2%	-2%	2%	0%	1%	2%	2%	-3%	-6%	-8%
35 Osthessen	2%	0%	-2%	0%	1%	-1%	0%	8%	7%	0%	2%	1%	-1%	-6%	-5%
36 Untermain	2%	-2%	-4%	-1%	-2%	-1%	-1%	3%	2%	1%	0%	0%	-3%	-3%	-8%
37 Starkenburg	0%	4%	-1%	0%	-2%	1%	-2%	3%	0%	5%	0%	-3%	-1%	-6%	-4%
38 Rhein-Main-Taunus	-2%	0%	-2%	-1%	-1%	1%	-1%	4%	1%	1%	0%	-2%	-3%	-5%	-6%
39 Mittelrhein-Westerwald	0%	1%	-4%	-2%	-1%	-2%	-1%	4%	2%	2%	2%	1%	-1%	-3%	-5%
40 Trier	-2%	-2%	-6%	-2%	-3%	1%	-4%	3%	-1%	0%	-1%	3%	-3%	1%	-2%
41 Rheinhessen-Nahe	0%	1%	-3%	-2%	-1%	-1%	0%	4%	1%	1%	1%	0%	0%	-2%	-5%
42 Rheinpfalz	-1%	-3%	-2%	-1%	0%	0%	0%	3%	1%	1%	0%	0%	-2%	-3%	-4%
43 Westpfalz	-2%	0%	-3%	0%	-1%	-1%	-1%	1%	0%	0%	-2%	0%	-4%	-6%	-4%
44 Saar	-1%	-1%	-4%	-3%	-2%	-3%	-2%	1%	-1%	-2%	0%	-1%	-2%	-5%	-6%
45 Unterer Neckar	0%	-1%	-3%	-2%	0%	-1%	-3%	2%	1%	2%	1%	3%	-2%	-7%	-7%
46 Franken	2%	1%	-3%	-1%	2%	-1%	0%	4%	4%	3%	3%	2%	-3%	-4%	-4%
47 Mittlerer Oberrhein	0%	0%	-4%	-1%	0%	0%	0%	2%	1%	4%	0%	0%	-3%	-7%	-8%
48 Nordschwarzwald	-2%	3%	-5%	-1%	3%	-3%	1%	4%	2%	3%	2%	0%	-1%	-5%	-3%
49 Mittlerer Neckar	1%	0%	-3%	-2%	1%	0%	-2%	2%	3%	3%	0%	-1%	-3%	-6%	-6%
50 Ostwürttemberg	2%	0%	-3%	-3%	2%	0%	0%	2%	3%	4%	2%	-1%	1%	-7%	-4%
51 Donau-Iller (Bw.)	-1%	0%	-5%	-1%	1%	-2%	-2%	4%	3%	3%	2%	-2%	1%	-7%	-4%
52 Neckar-Alb	1%	1%	-6%	-1%	1%	-1%	-1%	5%	3%	6%	1%	-8%	-1%	-6%	-5%
53 Schwarzwald	0%	-3%	-7%	-4%	0%	1%	-2%	5%	3%	3%	-2%	2%	-1%	-4%	-5%
54 Südlicher Oberrhein	1%	-1%	-3%	-3%	-2%	-1%	-1%	2%	3%	4%	1%	0%	-1%	-5%	-5%
55 Hochrhein-Bodensee	2%	1%	-5%	-1%	-2%	-2%	-1%	3%	3%	6%	0%	-2%	0%	-6%	-4%
56 Bodensee-Oberschw.	2%	0%	-5%	-1%	-3%	-2%	-1%	3%	2%	4%	2%	4%	-5%	-2%	-5%
57 Bayer. Untermain	0%	1%	-1%	-2%	0%	0%	-1%	3%	3%	2%	2%	0%	0%	-6%	-4%
58 Würzburg	0%	1%	-5%	-1%	-4%	0%	-2%	1%	2%	1%	2%	1%	-2%	-2%	-5%
59 Main-Rhön	3%	2%	-5%	-1%	1%	-1%	-2%	7%	4%	3%	1%	2%	-1%	-4%	-4%
60 Oberfranken-West	-2%	-1%	-2%	0%	0%	0%	-1%	5%	6%	3%	2%	1%	-2%	-6%	-5%
61 Oberfranken-Ost	-2%	-3%	-5%	-1%	0%	1%	-1%	4%	5%	4%	3%	4%	-4%	-5%	-7%
62 Oberpfalz-Nord	-2%	1%	-2%	-2%	1%	0%	0%	3%	5%	4%	2%	2%	-1%	-9%	-6%
63 Mittelfranken	-1%	2%	-2%	-2%	2%	0%	0%	3%	2%	1%	1%	-2%	-4%	-7%	-7%
64 Westmittelfranken	1%	-1%	-6%	2%	-2%	-1%	-1%	2%	2%	1%	2%	3%	-1%	-6%	-4%
65 Augsburg	3%	1%	-5%	1%	-2%	-2%	-2%	2%	3%	2%	3%	1%	-2%	-8%	-7%
66 Ingolstadt	0%	-2%	-3%	3%	-3%	-4%	0%	3%	3%	4%	4%	2%	-2%	-6%	-3%
67 Regensburg	1%	-1%	-1%	-1%	0%	2%	-1%	2%	3%	2%	1%	2%	-2%	-3%	-5%
68 Donau-Wald	-2%	-2%	-3%	1%	0%	-2%	0%	4%	3%	3%	5%	3%	0%	-6%	-4%
69 Landshut	1%	3%	-1%	-4%	0%	-1%	-2%	2%	2%	3%	5%	3%	-4%	-3%	-3%
70 München	-1%	2%	-3%	-2%	-1%	-2%	0%	1%	1%	1%	-1%	-2%	-4%	-7%	-7%
71 Donau-Iller (By.)	1%	-3%	-5%	0%	-1%	0%	-3%	2%	4%	3%	3%	1%	0%	-4%	-5%
72 Allgäu	0%	1%	-7%	-3%	0%	0%	-1%	3%	2%	3%	2%	3%	-2%	-5%	-6%
73 Oberland	3%	0%	-4%	-1%	-2%	-1%	-2%	1%	1%	0%	2%	1%	0%	-6%	-5%
74 Südbayern	0%	-1%	-3%	-1%	-2%	-1%	0%	2%	1%	1%	3%	2%	-4%	-4%	-5%
75 Berlin (West)	1%	3%	-1%	0%	1%	0%	2%	4%	8%	8%	5%	2%	-2%	-7%	-9%
76 Westdeutschland	-1%	-1%	-4%	-1%	-1%	-1%	-1%	3%	2%	2%	1%	0%	-2%	-4%	-5%

Tab. A-15: Gründungsraten im Verarbeitenden Gewerbe bezogen auf die Beschäftigten in Promille

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Raumordnungsregion	gr183	gr184	gr185	gr186	gr187	gr188	gr189	gr190	gr191	gr192	gr193	gr194	gr195	gr196	gr197
1 Schleswig	3,61	4,00	4,17	3,92	4,13	4,14	3,57	3,68	5,97	3,88	3,86	4,77	4,20	3,68	3,98
2 Mittelholstein	2,03	1,97	2,41	1,90	2,60	2,41	2,22	2,62	2,94	2,25	2,63	2,85	3,04	3,33	3,09
3 Dithmarschen	2,78	3,11	3,29	3,22	2,43	2,58	2,81	2,37	2,24	3,17	2,11	2,83	3,24	2,82	3,09
4 Ostholstein	1,86	2,13	1,81	2,43	2,23	2,12	1,81	2,05	2,27	1,87	1,82	2,22	1,85	2,84	2,54
5 Hamburg	2,12	2,45	2,52	2,45	2,46	2,37	2,48	2,44	2,50	2,25	2,33	2,28	2,45	2,50	2,47
6 Lüneburg	3,00	4,34	3,02	3,20	3,44	3,59	2,69	2,72	3,08	3,10	2,97	4,54	2,92	2,91	3,32
7 Bremerhaven	2,75	2,82	3,01	2,91	2,92	2,75	2,76	2,88	2,82	2,65	3,19	2,64	2,70	3,64	4,09
8 Wilhelmshaven	1,77	1,99	2,33	1,38	1,63	2,57	2,24	2,79	4,93	2,85	4,22	3,65	3,14	4,22	4,18
9 Ostfriesland	2,16	1,71	2,76	2,56	1,95	2,78	2,33	2,15	2,49	2,14	2,11	2,19	2,44	3,43	3,19
10 Oldenburg	2,43	2,27	2,45	2,30	2,23	2,97	2,96	2,46	2,30	2,51	2,24	2,36	2,75	2,41	2,70
11 Ernstland	1,71	2,05	2,34	2,53	2,04	2,43	2,56	2,62	2,19	2,23	2,19	2,60	2,18	2,49	2,34
12 Osnabrück	1,52	1,82	2,11	1,94	2,21	2,24	2,09	2,01	1,88	2,10	1,95	1,74	1,88	1,87	2,21
13 Bremen	2,25	2,44	2,53	2,51	2,40	2,38	2,31	2,44	2,05	2,15	2,20	2,00	2,35	2,52	2,43
14 Hannover	1,94	2,17	1,95	2,14	1,90	2,32	2,18	2,30	2,22	2,27	2,30	2,38	2,39	2,54	2,56
15 Braunschweig	1,00	0,98	1,22	1,02	0,99	1,03	1,21	1,32	1,35	1,32	1,13	1,23	1,29	1,39	1,36
16 Göttingen	1,72	2,10	2,13	1,77	1,87	1,53	1,93	1,70	1,62	1,63	1,71	1,50	1,82	1,74	2,29
17 Mfnter	2,25	2,23	2,34	2,65	2,28	2,37	2,35	2,41	2,23	2,12	1,75	1,94	1,85	2,24	2,29
18 Bielefeld	2,06	2,13	2,09	2,16	2,01	2,03	1,79	1,95	2,04	2,02	1,86	1,83	1,87	1,96	2,05
19 Paderborn	1,76	2,05	2,15	1,94	1,82	1,85	1,69	1,89	1,92	1,92	1,50	1,84	2,32	1,96	2,16
20 Dortmund-Sauerland	1,76	2,01	1,97	1,86	2,03	2,07	2,13	2,28	2,12	2,06	1,97	2,02	2,20	1,98	2,17
21 Bochum	1,45	1,45	1,47	1,41	1,68	1,31	1,26	1,60	1,48	1,42	1,66	1,31	1,43	1,56	1,49
22 Essen	2,08	1,79	1,81	2,27	2,33	2,62	2,19	2,54	2,32	2,44	2,27	2,44	2,25	2,64	2,57
23 Düstburg	1,61	1,54	1,66	1,83	1,75	1,79	2,09	2,24	1,88	1,93	2,02	1,99	2,25	2,22	2,46
24 Krefeld	2,08	2,18	2,11	2,12	1,93	2,51	2,39	2,11	2,43	2,16	2,28	2,56	1,96	2,26	2,06
25 Mönchengladbach	2,49	2,70	2,49	2,32	2,35	2,25	2,71	2,43	2,77	2,36	2,62	2,70	2,68	2,93	2,74
26 Aachen	2,37	2,29	2,41	2,38	2,40	2,41	2,12	2,31	2,40	2,75	2,59	2,67	2,77	2,93	2,67
27 Düsseldorf	1,51	1,56	1,74	1,94	1,76	1,87	1,68	1,89	1,88	1,82	1,93	1,79	1,80	1,99	2,15
28 Wuppertal	1,27	1,47	1,45	1,62	1,42	1,50	1,32	1,45	1,49	1,47	1,45	1,70	1,80	1,78	2,06
29 Hagen	1,60	1,75	1,75	1,67	1,76	1,78	1,82	1,74	1,60	1,61	1,61	1,86	1,74	1,91	1,73
30 Siegen	1,34	1,50	1,41	1,25	1,56	1,51	1,46	1,30	1,52	1,30	1,11	1,40	1,57	1,81	1,65
31 Köln	1,69	1,66	1,77	1,79	1,57	1,62	1,59	1,60	1,64	1,71	1,77	1,85	1,88	1,91	2,06
32 Bonn	2,57	2,77	2,38	2,83	2,51	2,83	2,53	2,60	2,49	2,29	2,21	2,58	2,32	2,62	2,32
33 Nordrhein	1,68	2,30	1,96	1,77	1,71	1,74	1,86	1,67	1,62	1,78	1,93	2,15	2,23	2,18	2,35
34 Mittelhessen	1,87	2,02	1,80	1,57	1,73	2,04	1,80	2,14	1,83	2,04	1,73	1,81	2,28	2,52	2,28
35 Osthessen	2,16	2,37	1,71	1,99	1,73	1,66	1,65	2,29	2,02	1,93	2,18	2,08	1,82	2,06	2,13
36 Untermain	2,07	-2,15	2,03	2,02	1,88	1,94	1,90	1,90	1,87	1,86	1,92	2,11	2,03	2,15	2,31
37 Starkenburg	1,64	1,77	1,61	1,54	1,35	1,53	1,57	1,56	1,67	1,81	1,71	1,91	1,64	1,82	2,10
38 Rhein-Main-Taunus	2,49	2,51	2,34	2,44	2,39	2,33	2,38	2,13	2,34	3,03	2,14	2,37	2,56	2,69	2,90
39 Mittelrhein-Westerwald	2,24	2,55	2,55	3,04	2,55	2,56	2,38	2,96	2,48	2,50	2,68	2,77	2,54	2,74	2,87
40 Trier	2,35	2,81	2,88	2,85	2,52	2,41	2,80	2,66	2,34	2,19	2,38	2,49	2,15	2,12	2,35
41 Rheinhessen-Nahe	2,27	2,08	2,60	2,55	2,42	1,96	2,16	2,43	2,20	2,31	2,23	2,46	2,76	2,51	2,39
42 Rheinpfalz	1,11	1,44	1,56	1,41	1,33	1,13	1,14	1,26	1,17	1,11	1,41	1,41	1,29	1,32	1,52
43 Westpfalz	1,56	1,75	1,75	2,09	1,39	2,04	1,90	1,87	2,09	2,07	1,90	2,24	2,12	2,24	2,33
44 Saar	1,64	2,37	2,10	2,41	2,03	1,77	1,97	1,19	2,06	2,02	1,99	2,11	2,42	2,36	1,88
45 Unterer Neckar	1,20	1,58	1,40	1,51	1,24	1,44	1,37	1,53	1,56	1,30	1,50	1,50	1,53	1,77	2,08
46 Franken	1,57	1,95	1,86	1,62	1,69	1,65	1,57	1,77	1,72	1,50	1,79	1,56	1,74	1,83	1,61
47 Mittlerer Oberrhein	1,42	1,78	1,72	1,54	1,69	1,75	1,60	1,87	1,68	1,55	1,61	1,49	1,69	1,90	1,76
48 Nord schwarzwal	2,23	2,26	2,56	2,57	1,71	2,21	2,24	2,11	2,25	2,26	1,95	1,97	2,23	2,33	2,23
49 Mittlerer Neckar	1,19	1,19	1,28	1,11	1,11	1,14	1,14	1,23	1,19	1,22	1,23	1,44	1,51	1,55	1,49
50 Ostwürttemberg	1,34	1,37	1,35	1,30	1,16	1,38	1,45	1,45	1,27	1,11	1,21	1,36	1,69	1,56	1,51
51 Donau-Iller (Bw.)	1,35	1,42	1,22	1,31	1,40	1,47	1,17	1,30	1,49	1,12	1,32	1,45	1,52	1,42	1,58
52 Neckar-Alb	1,63	2,12	1,85	2,13	2,02	1,72	1,88	1,80	2,18	1,73	1,86	1,84	1,87	2,27	1,99
53 Schwarzwal	1,81	1,58	1,85	1,64	1,81	1,97	1,86	1,59	1,94	1,61	1,99	2,08	2,10	1,78	2,19
54 Südlicher Oberrhein	1,89	2,44	2,36	1,99	1,90	2,16	2,00	1,71	1,76	1,81	1,76	1,87	1,97	1,95	2,04
55 Hochrhein-Bodensee	1,62	1,71	1,73	1,74	1,69	1,67	1,85	1,84	1,99	1,63	1,83	2,19	2,12	2,15	2,14
56 Bodensee-Oberachw.	1,64	1,85	1,54	1,96	1,61	1,47	1,48	1,83	1,63	1,39	1,58	2,03	1,94	1,80	1,84
57 Bayer. Untermain	1,34	1,69	1,94	1,23	1,64	1,63	1,66	1,11	2,00	1,48	1,46	1,83	1,89	2,04	2,24
58 Würzburg	2,03	2,04	1,88	2,13	1,84	1,70	1,85	1,65	2,04	1,63	2,14	1,58	1,59	1,68	1,95
59 Main-Rbön	1,14	1,14	1,28	1,28	1,15	1,39	1,23	1,22	1,13	1,01	1,05	1,41	1,51	1,32	1,43
60 Oberfranken-West	1,27	1,57	1,49	1,25	1,51	1,57	1,24	1,24	1,26	1,14	1,51	1,28	1,44	1,17	1,31
61 Oberfranken-Ost	0,87	1,11	1,18	1,34	1,28	1,65	1,21	1,26	1,15	1,27	1,18	1,58	1,33	1,41	1,73
62 Oberpfalz-Nord	1,57	1,86	1,75	1,88	1,61	1,59	1,47	1,47	1,49	1,33	1,44	1,63	1,88	1,79	1,91
63 Mittelfranken	0,99	1,12	1,08	0,99	1,17	1,14	1,11	1,00	1,39	1,12	1,09	1,18	1,27	1,52	1,64
64 Westmittelfranken	1,37	1,66	1,56	1,40	1,39	1,74	1,23	1,54	2,03	1,73	1,70	1,79	1,58	1,91	1,85
65 Augsburg	1,25	1,59	1,74	1,29	1,39	1,31	1,37	1,59	1,65	1,55	1,85	1,58	1,59	1,98	1,79
66 Ingolstadt	1,60	1,80	1,75	2,01	1,32	1,43	1,23	1,68	1,65	1,73	1,64	1,65	1,85	1,43	1,62
67 Regensburg	2,12	2,03	1,90	2,01	1,89	1,95	1,81	1,71	1,82	1,44	1,64	1,69	2,05	1,84	2,07
68 Donau-Wald	1,95	2,49	2,04	2,02	1,92	2,02	1,94	1,78	1,90	1,84	1,87	2,28	2,00	2,11	2,27
69 Landsut	1,74	1,90	1,80	1,55	1,46	1,54	1,29	1,33	1,70	1,54	1,47	1,73	1,45	1,55	1,66
70 München	2,02	2,13	2,20	2,20	2,06	1,96	2,10	2,12	2,09	2,11	2,28	2,14	2,32	2,44	2,13
71 Donau-Iller (By.)	1,79	1,82	1,68	1,86	2,16	1,64	1,85	1,62	1,74	1,65	1,37	1,44	1,68	2,18	1,84
72 Allgäu	2,28	2,24	2,47	2,39	1,79	2,11	2,41	2,43	2,10	2,22	1,99	2,52	2,45	2,28	1,80
73 Oberland	3,19	3,84	3,83	3,17	3,08	3,23	3,33	3,42	2,97	3,42	3,52	3,44	3,79	3,71	3,47
74 Südbayern	2,45	2,32	2,24	2,04	2,29	2,28	2,12	2,28	2,41	2,30	2,32	2,47	2,53	2,24	2,23
75 Berlin (West)	2,34	2,39	2,29	2,45	2,21	2,32	2,19	2,31	2,35	2,19	2,26	2,53	2,88	2,71	2,93
76 Westdeutschland	1,75	1,91	1,90	1,89	1,80	1,86	1,82	1,88	1,89	1,83	1,85	1,95	2,00	2,08	2,10

Tab. A-16: Gründungsraten im Dienstleistungsbereich bezogen auf die Beschäftigten in Promille

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Raumordnungsregion	grd83	grd84	grd85	grd86	grd87	grd88	grd89	grd90	grd91	grd92	grd93	grd94	grd95	grd96	grd97
1 Schleswig	16,94	18,05	16,54	15,22	15,62	16,47	16,33	15,61	20,61	15,53	15,88	15,02	15,76	15,69	14,65
2 Mittelholstein	11,19	11,42	11,90	11,72	11,68	10,99	10,73	11,92	11,18	11,84	10,89	10,29	11,18	11,02	11,56
3 Dithmarschen	16,10	17,36	16,07	16,50	15,93	15,01	14,33	15,88	15,65	15,08	14,08	14,33	14,91	14,78	12,96
4 Ostholstein	13,27	14,45	13,96	13,68	13,01	12,58	12,11	13,07	12,85	11,96	12,49	12,56	12,95	12,13	12,56
5 Hamburg	9,77	10,23	10,02	10,15	10,14	10,51	9,96	10,44	10,61	10,09	9,77	9,68	9,62	10,07	9,87
6 Lüneburg	13,84	13,97	14,40	14,17	13,47	14,69	13,70	12,99	16,79	13,83	14,25	14,96	14,13	13,99	13,10
7 Bremerhaven	10,88	11,10	11,55	10,15	10,56	12,06	11,09	11,57	11,84	12,49	9,56	12,42	11,43	11,03	11,69
8 Wilhelmshaven	14,78	16,00	16,17	14,91	17,70	17,33	14,37	17,77	23,07	19,75	18,12	16,61	16,84	16,34	15,73
9 Ostfriesland	15,36	15,86	16,91	16,18	16,86	18,58	15,91	15,16	16,59	16,02	14,49	15,28	14,98	14,97	15,37
10 Oldenburg	12,93	13,52	13,60	13,37	13,13	13,58	12,90	14,29	14,22	14,17	13,21	13,30	12,10	12,64	12,25
11 Emsland	16,13	15,77	17,93	18,33	15,68	15,53	16,74	15,68	15,71	15,51	14,32	14,36	14,08	14,35	13,15
12 Osnabrück	11,63	12,85	13,01	12,76	13,19	14,08	12,97	13,37	12,52	12,45	11,43	11,83	11,45	10,92	11,27
13 Bremen	10,88	11,40	11,35	11,26	11,23	11,61	11,23	11,60	11,68	11,50	11,03	11,41	11,16	11,14	11,48
14 Hannover	10,91	11,92	11,79	11,96	11,86	12,96	12,34	12,32	12,22	11,55	11,56	11,35	10,85	11,08	11,33
15 Braunschweig	11,90	11,85	12,15	11,87	13,20	14,69	12,72	13,60	13,55	12,53	12,15	12,67	12,14	11,98	11,73
16 Göttingen	13,37	13,63	13,59	13,26	13,41	13,05	13,59	14,37	14,47	11,88	12,48	12,46	12,03	12,61	12,77
17 Münster	12,02	13,97	13,49	13,47	13,49	12,88	12,93	12,80	12,88	12,74	12,27	12,04	11,31	11,64	10,80
18 Bielefeld	13,30	13,35	13,97	13,53	12,81	13,15	13,11	13,28	13,19	12,07	11,80	11,39	11,32	10,85	10,88
19 Paderborn	12,46	14,11	14,62	13,38	13,24	13,84	12,24	12,89	14,57	13,35	13,30	13,36	13,12	11,93	12,22
20 Dortmund-Sauerland	11,96	12,38	12,61	12,28	12,81	11,97	12,08	12,58	12,80	12,02	11,53	11,38	10,96	11,07	11,24
21 Bochum	12,17	12,92	13,04	13,72	13,63	13,02	12,58	12,48	13,29	12,57	11,51	11,65	11,54	11,00	11,21
22 Essen	11,97	12,13	12,49	13,07	12,91	14,63	12,60	13,32	12,60	12,30	12,05	11,62	10,99	11,18	11,37
23 Duisburg	10,75	11,48	11,37	11,40	12,38	12,81	11,91	12,27	12,39	11,91	12,13	11,84	11,30	11,69	11,61
24 Krefeld	13,40	14,18	13,94	13,67	14,54	14,68	14,66	13,42	14,65	14,27	14,84	13,60	13,02	13,25	13,14
25 Mönchengladbach	15,10	16,76	14,47	14,81	14,87	15,40	15,56	15,81	14,48	14,33	14,69	14,56	13,84	14,74	13,94
26 Aachen	15,46	15,65	15,26	16,10	15,77	14,64	14,85	15,94	15,46	14,61	14,52	14,84	13,90	14,67	14,57
27 Düsseldorf	11,05	11,30	10,78	11,19	10,81	11,30	11,00	11,57	11,10	10,63	10,27	9,90	10,18	10,10	9,68
28 Wuppertal	11,41	11,65	11,73	12,08	11,28	10,70	10,26	11,99	11,52	10,86	11,44	11,22	12,23	12,27	11,98
29 Hagen	13,52	14,33	15,41	13,56	14,60	15,35	13,98	15,52	14,77	14,17	14,23	13,40	13,35	13,39	13,53
30 Siegen	12,63	12,35	12,62	11,57	11,58	12,24	10,74	12,05	11,17	10,60	11,23	11,32	10,39	10,31	10,69
31 Köln	11,74	12,23	11,64	12,30	11,72	12,01	11,44	11,89	11,72	11,36	11,29	11,19	11,09	11,47	10,83
32 Bonn	14,53	14,81	15,39	15,26	14,74	14,61	14,83	16,57	15,66	14,19	13,95	14,04	13,07	13,03	12,60
33 Nordrhein	12,76	13,66	12,81	12,45	12,58	13,16	12,54	12,84	13,30	13,50	12,74	12,18	12,20	13,08	12,71
34 Mittelhessen	14,36	14,80	15,21	14,08	15,15	13,91	14,19	15,09	15,21	14,55	14,24	14,35	13,38	13,50	14,22
35 Osthessen	13,62	13,54	13,16	13,70	11,46	13,31	11,55	12,27	11,13	11,08	11,61	11,45	11,63	11,37	11,27
36 Untermain	10,31	10,55	10,29	10,02	9,63	10,10	9,88	10,27	9,66	9,77	9,35	9,49	9,06	8,87	8,90
37 Starkenburg	14,47	15,44	15,44	14,37	14,48	14,14	13,28	14,06	13,85	13,66	13,35	13,63	12,00	12,31	13,89
38 Rhein-Main-Taunus	13,34	12,75	13,22	12,44	11,99	13,35	11,89	13,77	12,40	11,48	11,74	12,13	11,72	11,25	11,31
39 Mittelrhein-Westerwald	14,88	16,31	16,93	16,58	15,70	15,61	15,17	15,51	15,46	14,94	15,13	14,47	13,97	14,44	14,08
40 Trier	12,28	13,22	14,66	15,24	14,51	14,07	14,67	14,18	13,50	14,20	13,15	13,20	13,61	12,58	13,15
41 Rheinhesen-Nahe	11,86	12,78	13,19	12,89	12,80	12,63	13,04	13,52	12,49	12,20	11,77	13,08	12,09	12,02	11,55
42 Rheinpfalz	15,81	18,21	16,48	16,63	16,51	16,62	15,78	16,50	15,96	16,93	16,00	15,81	15,37	16,03	15,53
43 Westpfalz	16,71	17,51	16,89	17,17	17,99	17,21	18,19	17,05	16,81	16,81	16,89	18,08	16,28	15,68	15,34
44 Saar	15,28	15,42	15,98	17,13	15,76	15,95	15,03	15,80	15,20	15,15	13,93	13,70	13,82	13,68	13,21
45 Unterer Neckar	12,12	11,60	12,71	12,53	12,44	12,86	11,85	12,83	12,15	11,68	11,46	12,19	11,21	11,75	11,59
46 Franken	13,00	13,96	14,06	12,68	12,31	12,32	11,92	13,46	12,17	12,61	11,95	11,91	11,32	10,92	11,69
47 Mittlerer Oberrhein	12,18	12,65	12,98	13,03	12,90	12,44	12,40	13,19	12,12	11,73	11,32	12,17	10,87	11,36	10,98
48 Nordschwarzwald	14,74	14,38	14,25	13,95	13,89	14,27	13,17	14,09	13,89	13,19	12,75	12,07	12,84	13,80	11,95
49 Mittlerer Neckar	10,80	11,09	11,56	11,05	10,70	11,55	10,96	11,28	11,40	10,86	10,82	10,96	10,54	11,18	10,74
50 Ostwürttemberg	14,11	15,67	17,13	16,59	16,73	15,10	16,88	15,64	15,99	15,05	14,55	14,66	15,69	14,70	15,54
51 Donau-Iller (Bw.)	11,74	13,54	12,71	12,71	12,21	12,95	11,65	12,95	13,01	11,67	12,21	12,14	11,84	11,43	11,03
52 Neckar-Alb	14,47	15,54	15,68	14,68	14,12	16,00	14,92	16,53	15,54	14,62	14,64	14,87	15,22	13,57	13,51
53 Schwarzwald	18,05	17,64	16,97	16,37	16,34	16,93	16,21	17,57	16,41	15,73	15,77	15,65	15,80	15,07	14,54
54 Südlicher Oberrhein	13,36	13,80	13,62	13,57	14,52	14,14	13,64	13,34	12,82	12,47	12,74	12,44	12,69	12,57	11,76
55 Hochrhein-Bodensee	16,82	18,17	15,91	15,69	15,08	15,22	15,90	15,40	16,48	14,91	15,19	15,09	14,63	14,02	14,02
56 Bodensee-Oberschw.	17,79	17,45	16,63	16,08	16,72	16,12	15,50	15,64	17,63	15,19	15,28	15,67	14,03	14,02	14,02
57 Bayer. Untermain	16,61	16,41	16,26	11,43	18,53	17,06	15,04	17,00	17,65	15,32	15,19	15,18	13,50	14,55	15,01
58 Würzburg	10,06	11,27	10,18	11,20	10,55	10,52	10,05	11,00	11,38	10,91	11,21	11,56	10,65	10,85	11,71
59 Main-Rhön	13,12	14,38	12,62	12,41	11,66	12,60	12,79	13,08	11,81	11,71	11,13	12,12	11,12	11,14	10,83
60 Oberfranken-Ost	11,95	13,77	12,61	12,98	12,73	12,09	12,59	14,25	13,48	12,83	12,05	13,47	12,02	12,42	13,48
61 Oberfranken-West	12,75	13,65	13,78	12,67	11,88	13,39	12,50	11,80	13,50	12,42	11,82	12,96	12,86	13,05	11,81
62 Oberpfalz-Nord	14,25	16,60	14,93	14,66	14,04	14,10	15,68	14,84	15,09	14,51	13,16	15,28	13,38	13,63	12,92
63 Mittelfranken	10,15	9,76	9,64	9,76	9,57	10,00	9,69	8,69	10,29	9,36	8,70	9,30	9,27	9,45	9,20
64 Westmittelfranken	14,93	14,47	15,53	14,57	14,84	15,85	13,18	16,13	14,61	13,70	14,98	14,33	15,00	14,42	13,83
65 Augsburg	12,29	13,10	12,67	12,99	12,94	13,45	12,80	14,03	12,49	12,50	12,65	12,58	11,69	11,99	12,12
66 Ingolstadt	16,90	16,36	16,71	16,38	14,53	16,78	14,95	18,50	17,81	16,41	14,30	14,83	15,47	14,89	13,84
67 Regensburg	10,96	11,43	12,32	10,63	11,67	11,59	11,93	12,34	11,35	11,83	12,01	12,07	11,25	10,81	11,71
68 Donau-Wald	15,91	15,67	16,14	15,19	14,72	15,19	16,16	16,76	15,63	14,95	16,10	15,34	14,02	13,86	14,36
69 Landshut	14,75	14,13	15,63	17,78	14,52	16,29	16,47	17,30	14,99	14,97	15,18	15,78	14,04	13,86	14,14
70 München	11,85	12,04	11,93	11,81	11,78	11,29	11,43	11,86	11,10	10,88	10,61	10,99	10,29	10,94	10,76
71 Donau-Iller (By.)	13,12	15,39	14,18	14,93	14,48	14,89	14,05	12,99	13,42	13,55	13,40	12,52	13,30	13,13	13,63
72 Allgäu	16,35	16,69	16,37	16,24	16,19	15,59	15,77	17,49	16,43	16,14	16,05	15,94	16,13	15,65	14,01
73 Oberland	17,84	16,37	17,15	15,36	16,31	16,89	18,36	19,10	18,50</						

Tab. A-17: Gründungsraten bei Bergbau, Versorgung und Bau bezogen auf die Beschäftigten in Promille

Raumordnungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	grr83	grr84	grr85	grr86	grr87	grr88	grr89	grr90	grr91	grr92	grr93	grr94	grr95	grr96	grr97
1 Schleswig	21,77	22,52	22,33	21,63	19,59	17,52	17,16	16,60	20,39	15,55	13,99	14,79	13,90	14,16	14,45
2 Mittelholstein	10,98	10,34	10,65	9,34	9,26	9,29	6,67	10,05	9,15	9,03	8,06	8,64	9,97	9,76	10,85
3 Dithmarschen	20,46	18,58	22,94	17,65	17,43	15,78	15,24	14,83	16,85	14,79	11,73	12,98	13,07	16,36	14,43
4 Ostholstein	8,67	8,83	8,72	10,29	7,25	8,78	8,05	7,51	8,36	8,04	8,49	8,85	9,39	10,19	9,79
5 Hamburg	8,36	8,72	8,72	8,55	7,77	8,66	8,16	9,24	9,00	8,68	8,57	8,57	9,82	10,14	10,37
6 Lüneburg	13,79	14,54	13,83	13,59	13,52	11,75	13,24	10,97	13,51	11,49	10,23	15,53	13,32	13,04	13,62
7 Bremerhaven	14,46	12,09	14,00	13,08	14,18	13,94	12,23	13,16	11,73	11,19	9,08	8,23	10,13	9,90	12,31
8 Wilhelmshaven	15,47	16,15	19,10	16,58	16,57	15,79	17,54	16,84	14,93	14,90	10,63	11,85	10,24	9,02	8,84
9 Ostfriesland	14,75	17,17	16,46	17,33	13,35	18,44	17,43	14,23	13,75	14,01	9,20	10,99	12,11	11,05	10,98
10 Oldenburg	14,86	17,97	20,56	17,55	17,15	18,00	14,68	14,25	16,28	13,03	10,37	11,06	8,65	11,55	11,01
11 Osterholz	17,49	16,60	17,74	18,74	15,52	15,29	12,60	12,52	10,84	13,33	7,86	7,42	8,38	6,72	8,05
12 Osnabrück	14,56	13,19	16,13	13,63	15,67	15,20	12,42	12,12	12,84	12,61	8,95	8,98	9,06	9,10	10,24
13 Bremen	13,14	12,36	12,25	13,19	11,56	11,95	10,87	11,91	11,10	11,11	8,25	8,80	9,32	9,50	10,61
14 Hannover	8,98	9,70	9,16	8,42	8,15	9,46	8,35	8,47	8,32	9,98	8,06	9,06	8,74	9,45	10,16
15 Braunschweig	6,94	8,80	8,58	7,75	6,54	6,90	7,73	7,03	7,19	8,48	6,97	7,28	8,91	9,29	8,67
16 Göttingen	8,15	7,94	8,09	8,49	6,11	6,48	6,93	6,88	6,54	7,33	5,23	5,65	7,62	7,25	8,13
17 Münster	12,82	12,49	13,13	11,67	11,03	11,02	10,09	10,74	10,47	10,39	9,05	8,96	8,65	9,22	9,37
18 Bielefeld	8,93	10,59	10,49	10,13	8,90	8,28	8,98	9,22	9,06	9,57	8,60	8,32	8,74	8,67	9,55
19 Paderborn	13,44	12,29	12,86	14,21	10,02	9,57	10,54	10,47	10,17	10,37	8,81	9,10	9,07	9,49	11,11
20 Dortmund-Sauerland	4,77	5,13	5,79	5,18	4,95	5,36	4,50	5,91	5,37	6,62	5,80	5,81	7,06	7,28	7,56
21 Bochum	2,89	3,20	3,77	2,67	3,25	3,15	3,76	5,36	4,02	4,72	4,71	5,76	5,17	6,05	6,03
22 Essen	3,92	3,64	3,86	4,21	3,47	4,71	3,47	4,12	4,12	4,09	4,14	4,23	4,68	4,71	5,41
23 Duisburg	3,92	4,98	5,39	5,03	4,04	4,02	4,06	5,27	4,96	5,25	5,46	6,48	6,75	7,57	7,35
24 Krefeld	15,77	15,13	15,68	16,98	13,69	11,54	12,48	14,40	17,95	18,30	12,08	11,95	12,39	12,76	15,27
25 Mönchengladbach	13,17	17,96	15,28	13,82	12,68	12,46	13,59	16,65	16,22	14,74	14,01	14,35	12,23	13,89	15,37
26 Aachen	7,31	10,06	8,80	8,27	7,37	6,66	6,82	8,38	9,29	8,91	9,00	9,09	10,62	10,61	12,82
27 Düsseldorf	6,48	8,00	8,07	8,10	5,92	7,23	6,77	7,91	8,09	8,07	8,02	8,11	7,51	8,96	8,95
28 Wuppertal	6,42	6,55	6,13	8,25	8,09	8,82	8,12	8,74	8,14	7,88	10,64	10,41	10,44	10,28	12,34
29 Hagen	9,46	9,86	9,66	9,55	7,69	9,77	7,96	10,67	8,95	8,37	9,53	9,12	10,53	10,91	11,86
30 Siegen	5,64	7,47	6,39	5,78	6,38	6,52	5,32	8,25	6,95	7,65	7,77	6,48	8,26	7,28	7,89
31 Köln	8,68	9,57	8,50	8,30	7,58	7,75	8,32	9,44	9,25	8,74	8,31	8,60	9,10	9,99	10,41
32 Bonn	11,49	13,14	12,73	13,07	12,29	12,90	10,81	13,36	12,66	15,57	13,80	13,61	14,33	14,06	14,07
33 Nordhessen	8,10	6,92	7,74	7,36	6,09	6,64	5,85	6,85	6,41	5,74	8,11	7,06	7,16	6,94	8,71
34 Mittelhessen	6,89	6,32	7,38	6,55	6,61	5,31	4,63	7,75	6,74	7,90	7,50	7,89	9,42	8,36	9,20
35 Osthessen	8,64	9,87	8,81	8,63	6,56	6,64	6,17	7,94	9,58	8,83	7,39	8,38	5,47	5,38	7,97
36 Untermain	5,96	5,73	6,49	5,84	5,78	6,75	5,96	8,44	7,99	8,73	9,00	9,37	10,08	10,34	11,17
37 Starkenburg	9,35	9,31	8,75	6,16	7,15	7,27	8,38	8,44	8,32	9,53	8,56	9,14	10,33	10,69	12,10
38 Rhein-Main-Taunus	9,87	8,24	8,05	8,00	8,72	7,67	6,95	8,00	8,63	9,95	11,11	12,07	11,93	12,27	14,02
39 Mittelrhein-Westerwald	9,23	10,45	10,34	9,91	8,60	7,87	7,99	8,28	8,80	9,83	9,35	9,94	11,38	11,82	11,28
40 Trier	13,12	18,85	19,85	19,08	13,04	10,44	11,57	11,29	12,02	12,49	8,65	8,24	8,34	9,71	10,80
41 Rheinischen-Nahe	11,87	13,90	11,27	11,42	9,61	9,12	9,52	9,41	10,78	11,71	9,13	10,32	11,21	11,43	11,70
42 Rheinpfalz	10,70	10,06	11,58	9,56	8,26	8,44	9,47	8,84	9,83	11,63	10,04	11,58	12,45	13,41	13,19
43 Westpfalz	7,87	8,59	8,58	8,42	6,78	8,40	8,37	9,01	8,93	10,44	8,69	10,75	11,43	12,37	12,38
44 Saar	3,54	3,78	3,91	4,76	4,11	4,05	4,60	5,90	5,05	5,15	5,21	6,42	6,72	6,92	7,71
45 Unterer Neckar	4,18	5,02	5,07	5,73	4,81	5,48	5,36	6,98	5,51	6,43	7,00	7,18	7,59	7,49	8,60
46 Franken	14,16	14,20	13,20	11,05	8,89	7,49	9,13	12,12	12,44	9,99	9,82	9,47	9,96	10,20	10,09
47 Mittlerer Oberrhein	5,01	5,32	5,02	4,45	4,71	4,41	5,11	6,14	5,35	6,39	5,98	6,87	6,04	6,56	6,81
48 Nord Schwarzwald	7,37	8,25	7,73	6,17	4,82	5,68	8,39	8,77	8,29	8,59	8,11	6,65	8,45	7,88	8,09
49 Mittlerer Neckar	5,19	5,73	6,08	4,96	5,25	4,92	5,02	6,21	5,65	6,23	6,57	6,42	7,17	7,58	8,12
50 Ostwürttemberg	8,52	7,47	7,83	6,57	7,68	4,65	6,38	6,85	7,19	8,11	5,76	6,87	6,96	6,10	7,50
51 Donau-Iller (Bw.)	10,15	11,12	10,18	10,36	6,28	4,87	6,21	9,02	9,39	8,63	8,87	6,45	7,52	8,15	7,84
52 Neckar-Alb	5,95	6,49	7,00	5,15	4,94	4,92	5,45	6,05	5,98	6,22	6,29	6,59	7,90	7,47	9,97
53 Schwarzwald	6,95	6,61	6,42	7,24	6,31	6,20	7,20	7,33	7,47	6,87	7,47	7,10	7,34	8,92	8,31
54 Südlicher Oberrhein	9,70	9,02	8,66	7,05	6,85	6,97	8,05	7,36	7,77	7,63	6,88	7,11	7,36	6,75	7,31
55 Hochrhein-Bodensee	6,89	8,04	7,01	8,30	6,61	6,51	7,13	7,58	8,04	7,56	8,45	8,61	8,95	9,86	8,96
56 Bodensee-Oberschw.	14,83	14,48	16,28	15,46	10,81	8,62	11,39	12,91	12,19	12,91	9,53	9,19	10,27	10,75	9,93
57 Bayer. Untermain	6,24	8,07	5,44	4,12	7,99	7,59	6,64	5,01	7,75	8,50	7,82	8,34	7,40	9,02	7,65
58 Würzburg	9,80	7,87	6,71	8,50	8,27	8,67	7,51	7,80	9,83	10,55	6,51	6,04	6,25	8,21	8,67
59 Main-Rhön	9,95	8,93	7,81	6,89	5,51	5,43	4,34	7,61	6,74	7,41	5,00	5,83	6,96	7,22	7,29
60 Oberfranken-West	5,73	7,39	8,96	6,64	4,66	4,87	5,49	5,30	6,44	5,17	5,09	5,98	7,77	5,88	7,80
61 Oberfranken-Ost	6,86	9,83	9,47	8,97	7,61	4,39	6,92	5,79	8,37	7,91	6,01	5,29	7,31	6,59	7,12
62 Oberpfalz-Nord	12,51	12,44	9,93	5,58	9,43	9,10	7,70	6,65	9,64	9,26	7,75	8,00	7,97	8,00	9,67
63 Mittelfranken	6,33	6,10	6,39	5,53	5,91	4,86	5,34	4,91	7,31	5,91	7,01	7,08	8,06	8,38	8,36
64 Westmittelfranken	14,78	20,04	15,43	16,19	12,74	6,62	12,84	9,43	11,15	12,96	9,26	9,62	11,04	9,17	11,89
65 Augsburg	8,51	8,79	8,18	8,52	7,42	8,00	7,31	7,94	8,22	9,69	7,19	7,38	8,93	8,93	10,21
66 Ingolstadt	11,42	11,48	12,70	9,02	9,24	8,92	7,18	10,01	10,07	12,99	9,41	7,86	7,89	9,48	10,22
67 Regensburg	12,13	10,69	11,07	6,63	8,42	7,60	6,53	8,86	7,31	8,29	7,37	6,34	7,67	6,44	7,31
68 Donau-Wald	13,87	11,86	12,00	11,98	10,15	10,27	8,76	10,10	10,30	10,36	8,90	8,61	9,15	7,81	9,07
69 Landshut	20,12	16,49	17,70	15,73	14,02	13,28	10,32	10,12	15,88	15,40	11,38	12,61	12,03	14,24	13,21
70 München	8,85	7,90	8,22	6,47	6,71	7,35	6,86	8,11	8,23	8,79	8,88	9,05	9,45	8,95	10,20
71 Donau-Iller (By.)	12,60	12,71	11,59	10,45	10,76	7,95	9,69	8,09	8,24	10,24	8,60	8,22	9,10	7,85	7,92
72 Allgäu	18,19	16,80	16,80	15,96	14,95	14,32	13,01	12,19	13,81	13,51	14,32	10,71	11,56	10,06	11,88
73 Oberland	15,77	14,09	13,80	14,02	11,95	13,08	12,21	14,63	14,02	13,89	12,36	13,08	13,07	13,09	14,60
74 Südbayern	15,78	14,24	13,54	8,08	12,02	10,96	10,72	10,85	13,59	12,67	12,11	10,14	11,21	10,30	11,25
75 Berlin (West)	6,58	7,52	7,55	8,06	8,81	8,66	9,14	9,31	10,19	10,59	9,67	9,18	11,68	12,21	13,79
76 Westdeutschland	8,70	9,05	9,05	8,39	7,75	7,79	7,62	8,46	8,65	8,90	8,10	8,28	8,91	9,11	9,79

Tab. A-18: Nettomarktzutrittsraten im Verarbeitenden Gewerbe bezogen auf die Beschäftigten in Promille

Raumordungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	
	mz183	mz184	mz185	mz186	mz187	mz188	mz189	mz190	mz191	mz192	mz193	mz194	mz195	mz196	mz197	
1 Schleswig	-0,27	0,70	0,74	-0,26	-0,35	0,64	-0,16	-0,24	2,37	-1,51	-2,19	-0,47	-0,67	-1,10	-1,86	
2 Mittelholstein	-0,47	-0,17	0,11	-0,22	0,17	0,00	-0,36	0,42	0,31	-0,11	-0,30	-0,02	0,21	0,33	-0,70	
3 Dithmarschen	-0,57	0,24	-0,33	-0,38	-0,35	-0,68	-0,24	-0,51	-0,58	0,18	-1,28	0,34	0,00	-1,20	-1,86	
4 Ostholstein	-0,12	-0,06	-0,36	0,32	0,03	0,54	-0,03	-0,06	0,52	-0,06	-0,51	0,06	-0,94	-0,07	-1,02	
5 Hamburg	-0,02	0,03	0,22	0,07	0,09	0,21	-0,21	0,06	0,24	-0,15	-0,36	-0,40	-0,17	-0,35	-0,78	
6 Lüneburg	0,36	0,46	-0,25	-0,30	0,25	0,05	-0,93	-0,92	0,32	-0,28	-0,67	1,01	0,39	-0,77	-0,65	
7 Bremerhaven	-0,18	-0,72	-0,48	-0,33	0,61	-0,43	-0,76	0,09	0,00	-0,55	-0,09	-0,86	-0,90	0,00	-0,23	
8 Wilhelmshaven	-0,75	-0,55	0,33	-0,94	-0,39	0,17	0,50	0,93	2,33	-2,29	0,06	-0,83	-0,07	0,08	0,62	
9 Ostfriesland	0,25	-0,53	0,82	0,08	-0,57	0,00	-0,22	-0,54	0,32	-0,63	-0,60	0,07	-0,16	0,47	0,58	
10 Oldenburg	0,20	0,02	0,32	-0,15	-0,19	0,85	0,45	0,38	0,49	0,06	-0,17	0,20	-0,07	-0,30	-0,35	
11 Emsland	-0,24	0,21	0,29	0,31	0,20	0,53	0,12	0,61	0,59	0,11	-0,02	0,53	0,23	-0,10	0,00	
12 Osnabrück	-0,17	0,14	0,40	0,01	0,49	0,66	0,03	0,22	0,12	0,07	-0,06	-0,12	0,20	-0,33	-0,01	
13 Bremen	0,09	0,22	0,12	0,21	0,27	0,21	-0,11	0,18	-0,19	-0,03	-0,34	-0,14	-0,09	0,22	-0,76	
14 Hannover	0,04	0,15	-0,05	-0,12	-0,25	-0,22	-0,18	0,05	0,06	-0,04	-0,14	-0,32	-0,01	-0,08	-0,60	
15 Braunschweig	-0,05	-0,05	-0,04	0,02	-0,08	-0,02	-0,18	-0,11	0,30	0,02	-0,20	-0,26	-0,34	-0,19	-0,26	
16 Göttingen	0,00	0,10	0,12	-0,20	0,20	0,05	0,05	0,08	-0,02	-0,24	-0,20	-0,59	-0,40	0,08	0,26	
17 Münter	0,18	0,16	0,35	0,40	-0,01	0,43	0,22	0,56	0,35	-0,03	-0,36	-0,38	-0,17	0,17	0,24	
18 Bielefeld	-0,13	0,28	0,02	-0,10	-0,03	0,39	0,05	0,34	0,36	0,14	-0,13	-0,18	-0,18	-0,01	-0,43	
19 Paderborn	-0,61	0,25	0,13	0,30	-0,42	0,14	-0,36	0,17	0,53	0,38	-0,52	-0,06	0,38	-0,16	0,23	
20 Dortmund-Sauerland	-0,23	0,02	0,11	-0,26	-0,14	0,31	-0,09	0,33	0,40	0,08	-0,32	-0,13	-0,01	-0,32	-0,30	
21 Bochum	-0,42	-0,06	-0,12	-0,27	0,23	-0,12	0,00	0,14	0,03	-0,04	-0,43	-0,74	-0,14	-0,58	-0,57	
22 Essen	0,11	-0,09	-0,21	0,28	0,42	0,75	-0,88	0,06	-0,08	-0,18	-0,44	-0,39	-0,64	-0,23	-0,60	
23 Duisburg	-0,08	0,01	0,01	-0,09	-0,07	-0,03	0,13	0,42	-0,20	-0,31	-0,11	-0,25	-0,38	-0,39	-0,48	
24 Krefeld	-0,23	-0,54	-0,03	-0,34	-0,63	-0,19	-0,06	-0,24	0,26	-0,26	-0,72	-0,17	-0,65	-0,60	-1,06	
25 Mönchengladbach	0,30	0,19	0,06	-0,39	-0,15	-0,12	-0,25	0,04	0,35	-0,84	-0,65	-0,39	-0,27	-0,54	-1,56	
26 Aachen	0,01	-0,29	0,01	0,25	0,21	0,24	-0,20	0,09	0,17	0,15	-0,59	-0,37	-0,43	0,03	-0,12	
27 Düsseldorf	-0,03	-0,12	0,14	0,44	-0,14	0,24	-0,20	0,06	0,06	-0,31	-0,45	-0,56	-0,42	-0,36	-0,44	
28 Wuppertal	-0,62	-0,17	-0,01	0,20	-0,12	-0,01	-0,55	0,06	-0,08	-0,05	-0,10	-0,73	-0,48	-0,93	-0,98	
29 Hagen	-0,17	0,11	0,06	-0,07	0,06	0,26	0,21	0,22	0,10	-0,30	-0,51	-0,41	-0,32	-0,27	-0,93	
30 Siegen	-0,16	0,14	0,34	0,36	0,10	0,20	0,23	0,07	0,40	0,22	-0,37	-0,01	-0,16	0,15	-0,60	
31 Köln	-0,10	-0,05	-0,04	0,04	-0,11	-0,02	-0,15	0,10	-0,16	-0,06	-0,08	-0,40	-0,26	-0,26	-0,60	
32 Bonn	-0,15	-0,49	-0,10	0,18	-0,14	0,65	0,00	0,20	-0,40	-0,33	-0,54	-0,12	-0,11	-0,31	-0,68	
33 Nordhessen	-0,22	0,10	0,01	0,16	0,03	-0,03	-0,18	-0,31	0,04	-0,29	-0,13	0,11	0,06	-0,33	-0,70	
34 Mittelhessen	0,06	0,29	-0,01	0,08	-0,04	0,20	-0,03	0,10	-0,16	0,16	-0,68	-0,11	-0,12	0,08	-0,36	
35 Osthessen	0,00	0,36	-0,30	0,29	-0,53	-0,12	-0,48	0,60	0,00	0,39	-0,11	0,39	-0,22	-0,26	-0,35	
36 Untermain	-0,12	-0,04	-0,09	-0,32	-0,22	-0,02	-0,43	-0,17	-0,20	-0,41	-0,61	-0,21	-0,67	-0,23	-0,91	
37 Starkenburg	0,27	-0,04	0,23	0,21	-0,20	0,12	0,14	0,11	-0,13	-0,01	-0,33	-0,06	-0,54	-0,07	-0,29	
38 Rhein-Main-Taunus	0,09	-0,26	0,02	-0,04	-0,41	-0,23	-0,96	-0,24	-0,20	0,33	-1,09	-0,47	-0,59	-0,15	-0,79	
39 Mittelrhein-Westerwald	-0,13	0,10	-0,07	0,22	-0,11	0,40	-0,25	0,26	-0,03	-0,18	-0,44	-0,29	-0,02	0,02	0,41	
40 Trier	0,08	0,13	0,48	-0,17	-0,17	0,39	0,02	-0,39	0,09	-0,06	-1,01	0,09	-0,66	-0,52	-0,63	
41 Rheinhessen-Nahe	-0,08	0,01	0,05	-0,06	-0,18	0,10	-0,49	0,16	-0,11	0,11	-0,78	-0,28	0,12	-0,58	-1,20	
42 Rheinpfalz	-0,03	0,19	0,06	-0,11	-0,01	-0,12	-0,42	-0,23	-0,02	-0,26	-0,12	-0,20	-0,36	-0,22	-0,31	
43 Westpfalz	-0,47	-0,18	0,03	0,01	-0,56	0,00	-0,82	-0,41	-0,29	-0,52	-1,21	-0,33	-0,63	-0,73	-0,61	
44 Saar	-0,22	0,39	0,11	0,01	-0,38	-0,34	-0,13	0,15	0,01	-0,19	-0,54	-0,60	-0,02	-0,19	-0,60	
45 Unterer Neckar	-0,08	0,18	-0,03	0,14	-0,12	0,12	-0,14	0,22	-0,02	-0,17	-0,16	-0,39	-0,42	-0,08	-0,06	
46 Franken	-0,03	0,27	0,40	0,23	0,26	0,30	-0,45	0,26	0,51	-0,19	0,06	-0,27	-0,10	0,19	0,43	
47 Mittlerer Oberrhein	-0,01	-0,25	0,36	0,02	0,15	0,16	-0,14	0,22	0,03	0,07	-0,23	-0,35	0,09	0,12	-0,52	
48 Nordschwarzwald	-0,24	-0,12	0,43	0,35	-0,28	0,48	-0,25	0,18	0,06	0,10	-0,80	-0,45	-0,82	-0,52	-0,94	
49 Mittlerer Neckar	0,13	0,03	0,22	0,05	0,12	0,14	-0,07	0,19	0,15	0,03	-0,37	-0,20	-0,06	-0,08	-0,40	
50 Ostwürttemberg	0,18	0,22	0,31	0,06	0,07	0,27	0,14	0,50	0,11	-0,09	-0,17	-0,06	0,13	-0,04	-0,23	
51 Donau-Iller (Bw.)	0,33	0,24	0,14	0,18	0,12	0,40	-0,17	0,20	0,42	-0,06	0,08	-0,04	-0,07	-0,11	-0,21	
52 Neckar-Alb	-0,10	0,13	-0,27	0,34	0,21	-0,11	-0,73	-0,20	0,04	-0,75	-0,82	-0,87	-0,96	-0,72	-1,05	
53 Schwarzwald	0,43	-0,02	0,43	0,44	0,48	0,47	-0,05	0,04	0,30	-0,22	-0,35	-0,44	-0,06	-0,50	-0,37	
54 Südlicher Oberrhein	0,07	0,59	0,52	-0,25	-0,06	0,49	0,00	0,06	0,04	-0,09	-0,23	-0,27	-0,09	0,09	-0,40	
55 Hochrhein-Bodensee	0,08	0,14	0,37	0,32	0,17	0,13	0,11	0,29	0,28	-0,14	-0,09	-0,25	-0,24	-0,08	-0,21	
56 Bodensee-Oberschw.	0,00	0,23	0,28	0,50	0,08	0,13	0,17	0,40	0,09	-0,07	0,00	0,35	0,35	-0,22	-0,28	
57 Bayer. Untermain	-0,40	0,24	0,00	-0,25	-0,22	0,22	-0,40	-0,78	0,14	-0,66	-0,99	-0,47	0,20	-0,48	-0,41	
58 Würzburg	0,29	0,40	0,17	-0,17	0,14	0,18	-0,33	-0,20	0,11	-0,22	-0,08	-0,35	-0,48	-0,48	-0,81	
59 Main-Rhön	-0,17	-0,23	0,11	0,08	-0,12	0,34	-0,17	-0,34	-0,13	0,06	-0,19	-0,02	0,16	-0,12	-0,12	
60 Oberfranken-West	-0,28	0,21	0,01	-0,15	0,10	0,17	-0,43	0,15	0,02	-0,18	-0,16	-0,28	-0,33	-0,47	-0,62	
61 Oberfranken-Ost	-0,34	-0,40	-0,05	-0,22	0,03	0,07	-0,97	-0,24	-0,14	-0,19	-0,66	0,00	-0,59	-0,63	-0,22	
62 Oberpfalz-Nord	-0,03	0,37	0,01	0,48	0,11	0,00	-0,06	-0,25	-0,06	-0,30	-0,37	0,01	0,03	-0,09	-0,31	
63 Mittelfranken	-0,13	-0,10	0,02	0,03	0,07	0,07	-0,11	-0,23	0,22	-0,18	-0,39	-0,46	-0,18	-0,15	-0,32	
64 Westmittelfranken	-0,14	0,32	-0,33	-0,46	-0,19	0,17	-0,52	-0,11	0,33	-0,10	-0,51	-0,37	-0,13	-0,06	-0,90	
65 Augsburg	-0,08	0,13	0,45	0,00	-0,07	0,19	-0,10	0,07	0,03	0,02	-0,02	-0,38	-0,26	0,09	-0,33	
66 Ingolstadt	0,31	0,14	0,31	-0,12	-0,06	0,25	0,03	0,25	0,23	0,43	-0,32	0,03	0,08	-0,26	-0,05	
67 Regensburg	0,46	0,20	0,24	0,19	0,07	0,20	-0,25	0,12	0,35	0,07	-0,10	0,18	0,54	0,01	0,17	
68 Donau-Wald	0,04	0,65	0,37	0,37	-0,07	-0,16	-0,13	-0,41	0,41	0,06	-0,49	-0,20	-0,19	-0,06	-0,17	
69 Landshut	0,33	0,43	0,27	0,23	-0,14	0,21	-0,83	-0,37	0,21	-0,02	-0,46	-0,15	-0,22	-0,33	-0,27	
70 München	0,27	0,44	0,30	0,22	-0,01	-0,01	-0,04	0,02	0,11	-0,15	-0,29	-0,64	-0,52	-0,26	-0,82	
71 Donau-Iller (By.)	0,24	0,39	0,15	0,10	0,33	0,03	-0,03	-0,25	0,06	0,03	0,01	-0,12	-0,49	-0,08	0,32	-0,28
72 Allgäu	-0,11	0,08	0,30	0,39	-0,49	0,09	-0,36	0,05	0,06	-0,02	-0,49	0,08	-0,39	-0,34	-1,16	
73 Oberland	0,30	0,10	0,90	0,51	0,36	0,27	-0,32	0,23	-0,12	0,12	-0,88	-0,40	-0,17	0,03	-0,86	
74 Südsüdostbayern	0,68	0,30	0,28	0,20	0,04	0,20	-0,35	0,24	0,21	0,22	-0,20	0,05	-0,22	-0,20	-0,44	
75 Berlin (West)	-0,72	-0,11	-0,37	-0,12	-0,16	0,02	-0,55	-0,04	0,53	-0,25	-1,04	-1,08	-0,75	-1,37	-1,70	
76 Westdeutschland	-0,04	0,09	0,11	0,06	-0,02	0,16	-0,19	0,07	0,12	-0,11	-0,38	-0,29	-0,24	-0,22	-0,54	

Tab. A-19: Nettomarktzuflüßraten im Dienstleistungsbereich bezogen auf die Beschäftigten in Promille

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Raumordnungsregion	mzd83	mzd84	mzd85	mzd86	mzd87	mzd88	mzd89	mzd90	mzd91	mzd92	mzd93	mzd94	mzd95	mzd96	mzd97
1 Schleswig	3,15	3,64	3,19	1,03	2,16	4,72	3,20	3,20	9,19	1,04	-2,08	0,98	2,17	2,21	-0,18
2 Mittelholstein	1,32	1,00	2,60	1,38	2,54	2,31	0,52	2,54	2,09	2,70	1,72	0,75	1,10	0,65	0,26
3 Dithmarschen	1,59	4,20	1,37	1,75	3,38	2,57	1,67	2,91	1,97	2,53	0,28	2,55	1,32	1,93	-1,22
4 Ostholstein	2,27	1,36	1,35	1,29	1,41	2,53	0,93	3,12	2,97	2,33	1,79	2,12	1,31	0,22	-0,18
5 Hamburg	0,96	0,94	1,05	0,97	1,24	2,52	0,86	2,29	2,84	2,01	0,60	0,93	0,37	0,65	-0,47
6 Lüneburg	2,36	0,74	1,89	2,40	1,21	3,17	1,02	0,67	6,36	2,33	1,53	3,13	3,59	2,24	0,33
7 Bremerhaven	-0,03	0,59	1,43	-0,56	1,34	3,01	1,52	2,12	2,60	2,05	-0,86	1,90	0,90	-0,11	0,90
8 Wilhelmshaven	0,64	1,41	1,96	0,31	4,05	4,52	0,82	5,97	10,97	-3,33	2,29	1,59	1,97	2,39	-0,13
9 Ostfriesland	2,55	2,23	2,75	-0,17	3,09	5,88	1,59	2,00	3,88	3,43	1,09	3,62	0,82	1,15	-0,41
10 Oldenburg	3,34	3,12	2,01	1,29	2,11	4,54	1,87	4,49	4,56	3,71	1,12	2,80	1,58	1,17	-0,75
11 Ernstland	2,95	2,25	4,58	4,19	3,21	2,53	3,89	4,77	3,52	3,70	2,68	2,75	3,16	3,53	2,23
12 Osnabrück	2,73	2,21	2,75	2,18	3,49	4,27	2,50	3,26	3,19	2,64	1,05	2,73	2,03	0,91	0,58
13 Bremen	1,13	2,05	1,10	1,31	1,15	2,82	0,72	3,01	2,58	2,19	0,92	1,35	1,20	0,47	-1,30
14 Hannover	1,09	1,38	0,83	0,66	1,36	2,47	1,21	2,75	2,79	2,08	1,47	1,18	1,38	0,42	-0,22
15 Braunschweig	-0,01	-0,06	-0,78	-0,23	1,90	4,74	0,12	2,87	3,43	2,55	1,21	1,69	1,05	1,08	-0,05
16 Göttingen	2,15	1,57	2,53	0,94	1,20	2,57	0,63	3,41	4,77	1,97	2,01	1,61	0,90	1,39	-0,15
17 Münster	1,67	3,36	2,69	2,12	3,07	3,94	2,52	3,53	3,41	2,93	1,94	2,31	1,98	2,13	0,11
18 Bielefeld	1,53	1,34	1,52	1,03	1,37	2,87	2,19	3,17	3,43	1,75	1,11	1,69	1,73	0,71	-0,26
19 Paderborn	1,08	3,64	2,45	1,20	1,97	4,51	2,87	4,06	5,25	4,07	3,05	2,90	3,84	0,60	0,18
20 Dortmund-Sauerland	0,87	1,75	1,11	0,50	1,69	2,60	1,39	3,01	3,44	2,32	0,83	1,19	0,97	1,25	-0,19
21 Bochum	-1,74	1,66	0,82	0,75	2,62	2,68	3,25	2,04	4,00	2,39	1,04	-0,32	1,42	0,41	-1,09
22 Essen	1,32	1,41	0,55	1,10	1,94	4,32	-1,95	2,31	2,12	1,24	0,52	0,08	0,27	1,22	-0,25
23 Duisburg	-1,58	0,64	1,53	0,00	1,27	2,29	0,94	2,54	3,02	1,94	1,09	0,72	0,78	0,52	-0,39
24 Krefeld	0,63	0,06	0,57	0,21	2,14	3,33	1,85	2,46	4,20	3,44	2,45	0,05	1,04	1,56	-0,23
25 Mönchengladbach	1,51	3,45	1,37	0,08	2,25	3,72	2,83	4,32	3,17	2,11	1,14	1,26	2,07	1,22	-0,25
26 Aachen	1,85	2,63	2,14	2,31	2,82	3,25	2,48	3,76	3,84	2,17	1,53	2,37	1,74	1,93	0,30
27 Düsseldorf	1,81	2,14	1,61	1,66	1,06	3,08	1,22	3,25	2,63	1,63	0,66	0,70	0,38	0,67	-0,52
28 Wuppertal	0,06	0,98	1,20	0,48	1,00	0,86	-0,74	2,69	2,25	1,36	-0,85	0,34	0,64	0,41	-1,27
29 Hagen	0,29	1,66	1,69	-0,46	2,65	3,85	1,27	3,80	3,30	2,18	1,59	0,63	1,24	1,32	-1,03
30 Siegen	0,49	1,43	2,39	2,79	0,03	4,02	-0,08	3,35	2,61	1,87	1,52	1,80	1,20	0,58	-0,45
31 Köln	1,34	1,34	1,18	1,58	1,41	3,34	1,71	2,63	2,92	2,07	1,34	1,07	1,26	1,68	-0,25
32 Bonn	3,33	2,63	2,97	2,13	3,00	3,74	3,92	5,73	4,50	1,73	2,12	2,15	2,04	1,33	0,33
33 Nordhessen	1,76	2,01	0,77	1,13	1,89	3,40	1,79	2,87	4,13	3,50	1,32	1,16	1,42	1,81	-1,13
34 Mittelhessen	2,36	2,55	3,73	2,70	3,38	2,82	2,45	3,62	4,30	3,52	2,50	2,48	1,75	1,25	-0,16
35 Osthessen	4,67	3,58	3,21	3,59	1,82	4,34	1,48	3,73	3,18	1,96	2,70	2,38	2,98	0,85	-0,98
36 Untermain	1,71	1,88	1,53	0,93	1,62	2,83	1,49	2,49	2,15	1,70	0,67	0,76	0,04	0,48	-0,59
37 Starkenburg	3,10	3,87	3,88	3,46	2,91	3,62	2,47	3,48	3,78	2,85	1,73	2,08	1,00	1,45	0,39
38 Rhein-Main-Taunus	2,99	2,12	2,04	1,67	1,28	3,80	1,14	4,08	2,24	1,96	0,31	2,19	1,30	0,44	0,04
39 Mittelrhein-Westerwald	1,10	3,56	3,30	1,76	2,22	4,03	1,80	3,57	2,87	1,81	1,62	2,08	1,41	2,11	-0,42
40 Trier	1,68	2,33	3,05	1,09	2,63	2,62	2,28	2,82	1,44	2,16	0,65	2,13	2,00	1,12	-0,68
41 Rheinhessen-Nahe	2,11	1,88	2,43	0,52	1,87	2,69	2,15	3,51	2,25	1,86	1,30	2,83	1,51	0,76	-0,55
42 Rheinpfalz	2,94	5,20	1,44	1,68	3,61	4,10	2,57	3,52	2,79	3,59	1,55	1,70	1,66	1,91	0,20
43 Westpfalz	3,09	2,55	4,00	1,64	1,80	2,70	1,67	2,11	3,09	1,50	1,31	2,79	1,48	1,08	-0,97
44 Saar	0,97	0,58	2,20	0,57	1,66	3,19	0,56	3,11	3,33	2,27	0,28	1,12	1,26	1,69	-0,05
45 Unterer Neckar	2,26	1,26	2,53	2,59	2,73	3,82	1,33	3,60	2,72	1,63	1,12	1,98	0,59	0,71	-0,27
46 Franken	3,84	3,86	4,05	2,54	2,70	4,49	1,50	4,53	3,32	3,64	1,99	2,60	1,75	0,97	0,64
47 Mittlerer Oberrhein	2,07	2,71	2,77	2,09	3,28	3,19	2,28	3,62	2,77	1,60	1,28	2,33	0,87	1,74	-0,36
48 Nordschwarzwald	2,52	2,61	2,36	1,28	2,38	3,49	0,67	3,27	2,54	2,34	0,99	0,74	0,75	1,47	-2,73
49 Mittlerer Neckar	2,15	2,39	3,15	1,99	2,71	3,72	2,24	3,00	2,81	2,63	0,79	1,15	0,54	0,82	-0,50
50 Ostwürttemberg	2,29	4,16	4,83	1,95	4,17	2,94	3,42	2,42	4,08	3,48	2,86	2,68	2,89	2,13	-0,56
51 Donau-Iller (Bw.)	3,05	4,49	2,57	2,12	1,89	4,31	2,06	4,69	2,79	3,33	2,63	1,53	1,75	1,95	0,36
52 Neckar-Alb	4,12	4,04	4,60	1,86	3,68	6,50	2,08	5,57	4,12	2,51	1,83	3,40	2,40	1,53	-0,89
53 Schwarzwald	4,77	3,90	3,07	1,58	2,51	3,89	1,62	3,64	2,56	3,18	1,28	2,26	1,64	1,80	-1,74
54 Südlicher Oberrhein	2,25	3,05	2,71	2,79	3,77	3,93	2,57	3,59	2,51	2,36	2,00	1,92	1,91	1,45	-0,23
55 Hochrhein-Bodensee	5,23	5,85	2,99	2,62	2,43	3,30	2,92	2,64	3,94	2,56	1,89	1,48	0,69	3,30	-1,41
56 Bodensee-Oberschw.	6,25	4,08	4,40	3,80	3,61	5,41	3,04	4,15	2,57	3,75	2,26	2,13	2,39	1,39	-0,18
57 Bayer. Untermain	4,91	4,23	2,63	-2,03	5,87	5,65	2,54	-0,18	6,78	4,67	3,07	2,69	1,67	1,39	1,18
58 Würzburg	2,96	3,67	1,80	2,14	2,20	3,42	2,28	3,23	2,67	2,41	1,64	3,23	1,84	0,93	1,02
59 Main-Rhön	3,80	3,53	2,76	2,02	1,13	3,92	2,10	3,77	3,33	2,77	0,72	2,75	2,81	2,08	0,44
60 Oberfranken-West	2,41	3,50	1,69	1,83	3,51	3,12	1,91	4,94	3,74	3,46	1,27	3,03	1,38	2,38	1,03
61 Oberfranken-Ost	2,28	2,49	2,61	2,12	1,36	3,06	-0,54	2,52	4,10	3,37	1,91	3,21	1,67	0,65	-1,25
62 Oberpfalz-Nord	2,89	6,65	2,47	3,33	2,64	4,87	2,98	2,50	5,11	3,94	2,16	3,42	2,35	2,87	0,74
63 Mittelfranken	1,93	2,14	1,98	1,65	2,05	2,82	1,36	1,17	3,63	2,42	0,46	1,74	0,88	0,79	-0,36
64 Westmittelfranken	4,93	3,68	4,14	3,02	3,90	4,39	1,43	4,13	3,77	3,70	3,35	1,54	3,98	3,12	-0,53
65 Augsburg	3,40	3,64	2,23	2,81	2,38	4,41	2,80	3,83	2,92	3,08	1,91	1,55	1,34	1,28	0,24
66 Ingolstadt	5,80	4,56	4,27	3,97	1,63	4,17	2,29	7,46	4,85	3,65	2,38	2,76	3,64	3,40	2,42
67 Regensburg	2,76	3,09	4,27	2,23	3,20	3,54	2,61	5,05	2,81	3,41	3,08	3,20	1,97	1,41	0,70
68 Donau-Wald	4,81	4,17	4,97	3,64	3,41	4,90	2,06	5,59	4,28	4,63	4,39	4,26	2,99	1,43	1,00
69 Landshut	4,24	3,05	4,59	4,19	3,82	6,04	3,56	5,14	3,57	4,59	2,53	3,83	2,73	2,15	-0,49
70 Donau-Iller (By.)	3,02	2,99	2,40	2,15	2,73	2,50	1,91	3,26	2,20	1,82	1,37	1,35	0,25	0,90	-0,15
71 München	2,70	3,59	3,95	3,67	2,44	4,02	2,00	2,40	3,40	3,07	2,87	2,05	1,78	1,44	-0,61
72 Allgäu	1,91	2,43	1,97	2,04	2,75	2,66	1,50	5,25	3,35	3,54	1,19	2,44	1,27	0,76	-1,89
73 Oberland	3,00	2,75	2,52	1,80	0,53	3,47	3,41	3,62	2,48	2,63	0,99	0,78	0,39	0,66	-1,75
74 Südbayern	4,51	4,29	3,07	2,36	2,44	4,27	2,82	3,29	3,98	3,55	2,07	2,56	1,77	0,44	-1,29
75 Berlin (West)	0,97	0,70	1,37	1,32	1,30	1,40	0,48	3,40	6,13	4,11	0,41	1,09	0,05	-0,04	-1,45
76 Westdeutschland	1,92	2,19	2,02	1,53	2,09	3,26	1,55	3,15	3,22	2,40	1,21	1,55	1,11	1,07	-0,33

Tab. A-20: Nettomarktzutrittsraten bei Bergbau, Versorgung, Bau bezogen auf die Beschäftigten in Promille

Raumordnungsregion	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	mzr83	mzr84	mzr85	mzr86	mzr87	mzr88	mzr89	mzr90	mzr91	mzr92	mzr93	mzr94	mzr95	mzr96	mzr97
1 Schleswig	7,20	3,79	4,16	-4,13	-4,78	-4,18	-2,69	-5,89	-2,84	-12,80	-11,75	-3,07	-3,35	-5,94	-5,03
2 Mittelholstein	1,86	0,56	-1,06	-1,19	-1,21	-2,45	-5,10	-0,25	-0,57	-3,55	-4,03	-0,43	-0,18	-0,55	-1,02
3 Dithmarschen	6,47	1,95	2,93	-3,94	-5,08	-2,37	-7,12	-5,62	-4,54	-10,43	-10,78	-4,02	-4,45	1,39	-4,49
4 Ostholstein	1,35	0,80	-3,03	1,02	-2,75	-0,87	-1,70	-1,77	-0,68	-2,35	-1,79	-0,26	-1,43	0,34	-2,03
5 Hamburg	1,16	0,85	-0,66	-1,08	-2,03	-0,42	-1,41	1,44	1,22	0,37	-1,30	0,09	0,28	-0,04	-1,03
6 Lüneburg	2,22	2,05	-4,12	-2,31	-5,43	-8,74	-4,20	-3,35	-0,64	-2,19	-4,04	1,99	-0,63	-3,26	-4,81
7 Bremerhaven	4,17	-1,41	0,09	-1,64	1,69	1,10	-2,66	0,85	-2,84	-1,40	-4,73	-3,79	-1,67	-1,63	-0,61
8 Wilhelmshaven	0,84	2,09	3,53	2,03	-1,62	1,45	0,65	1,67	-2,73	-5,74	-3,94	-0,76	-1,79	-7,85	-5,59
9 Ostfriesland	1,47	3,71	-0,70	0,61	-3,63	3,09	-2,35	-4,21	-4,53	-3,44	-5,45	0,64	-0,88	-2,51	-2,13
10 Oldenburg	2,33	3,24	3,67	-1,34	-0,41	2,26	-2,09	0,16	3,45	-4,79	-2,85	1,58	-0,42	1,10	0,00
11 Emsland	2,20	2,13	1,55	0,39	-3,57	-3,05	-3,21	-0,82	-1,34	1,38	-5,70	-0,85	0,99	-1,03	0,94
12 Osnabrück	3,20	-0,20	0,65	0,05	-0,27	-0,90	-4,49	-0,81	1,06	-0,32	-2,66	-0,59	0,08	-0,04	0,72
13 Bremen	1,22	-0,16	-1,11	0,37	-3,01	-0,61	-2,89	0,76	-0,36	-0,78	-3,84	-1,52	-0,83	-1,96	-1,48
14 Hannover	0,92	1,16	-1,38	-1,56	-2,04	-1,08	-2,75	-0,99	-0,80	1,00	-1,61	0,78	-0,11	0,01	-0,90
15 Braunschweig	0,19	2,30	-0,98	-1,75	-0,47	-0,78	-1,33	-1,32	0,11	0,63	-1,21	0,50	0,11	0,17	-1,49
16 Göttingen	0,70	1,54	1,80	0,64	-3,61	-3,10	-2,27	-0,17	-0,10	-1,16	-3,22	-0,45	0,57	-0,54	0,23
17 Münster	3,25	0,95	0,31	-2,46	-4,35	-2,21	-3,20	0,31	0,41	-0,20	-1,65	-0,02	-1,16	-0,75	-2,23
18 Bielefeld	0,35	1,67	-0,53	-2,74	-1,92	-0,96	-0,58	0,67	0,24	1,05	-1,28	0,72	0,54	0,10	-0,61
19 Paderborn	1,58	-0,60	-0,98	-0,35	-5,32	-3,90	-2,02	1,58	-0,73	-0,79	-0,53	1,88	0,29	0,23	1,09
20 Dortmund-Sauerland	0,06	0,16	-0,38	-1,11	-0,95	-3,38	-1,42	1,00	0,29	0,53	-0,34	0,07	0,97	-0,25	-0,82
21 Bochum	-1,30	-0,17	-0,18	-0,80	0,10	0,06	0,47	1,53	0,24	0,57	0,15	0,25	0,10	0,97	-0,65
22 Essen	-0,09	-0,17	-0,04	-0,19	-0,64	1,29	-2,00	0,93	0,37	0,24	0,13	-0,03	0,14	0,01	-0,20
23 Duisburg	0,42	1,36	1,19	0,60	-0,43	-0,67	-0,09	1,03	0,42	0,06	0,41	1,29	0,63	0,44	-0,32
24 Krefeld	7,01	4,31	1,90	4,42	-2,66	-1,54	0,00	2,72	0,50	0,64	-4,06	0,85	-0,06	-1,70	2,24
25 Mönchengladbach	-0,58	7,27	1,69	-1,59	-0,61	0,31	-0,15	3,63	3,59	1,14	0,26	1,66	-0,33	1,32	-0,27
26 Aachen	0,75	3,38	1,23	-0,65	-0,02	-0,14	-0,80	1,01	1,31	-0,60	-1,11	-0,16	1,62	0,41	-0,38
27 Düsseldorf	0,84	2,37	0,83	0,83	-2,28	0,32	-0,59	1,72	1,04	0,53	-1,18	0,21	0,02	1,18	-1,02
28 Wuppertal	-2,01	0,18	-0,12	-0,73	1,00	0,34	-0,89	0,79	-0,46	1,02	1,40	2,02	0,97	1,12	0,06
29 Hagen	1,19	1,72	-2,22	-0,71	-2,36	0,50	-2,59	2,56	1,36	1,06	0,29	-0,21	1,10	0,30	1,28
30 Siegen	-0,93	0,00	-1,94	0,86	-0,73	-0,41	-1,96	3,22	-0,31	1,74	-1,35	1,18	2,33	-0,39	-1,48
31 Köln	1,11	1,67	-0,40	-0,57	-1,01	0,66	0,31	1,93	2,02	0,03	0,04	0,87	1,08	-0,01	-0,31
32 Bonn	1,07	4,38	0,17	-0,12	0,53	0,65	-1,93	2,49	3,06	2,91	1,08	3,40	2,31	-0,20	-1,56
33 Nordrhein	-0,47	-1,46	-0,51	-0,47	-1,15	-1,54	-1,36	0,03	-0,46	-0,28	1,05	0,34	0,52	-0,69	-0,75
34 Mittelhessen	-0,74	0,19	0,24	-1,27	-0,19	-1,28	-1,88	2,14	-0,09	1,45	1,14	0,67	1,88	0,10	-0,42
35 Osthessen	1,51	0,00	-2,81	-0,91	-3,68	-0,91	-2,45	1,17	4,67	2,23	-0,92	1,91	-1,39	-1,55	1,11
36 Untermain	-0,30	-0,44	-0,21	-0,64	-0,49	0,60	0,07	2,54	1,76	1,62	1,17	1,41	2,38	1,58	-1,26
37 Starkenburg	2,30	1,91	1,00	-2,49	-0,42	0,93	0,19	2,80	0,95	1,58	0,10	0,51	1,82	0,08	0,76
38 Rhein-Main-Taunus	2,13	0,78	1,01	-1,18	-0,32	0,00	-0,75	0,05	0,67	2,71	0,36	1,87	2,40	1,17	-0,71
39 Mittelrhein-Westerrwald	2,95	3,84	1,47	-0,23	-0,86	-0,98	-1,53	-0,41	0,46	1,09	-0,07	2,16	2,54	2,09	-1,75
40 Trier	6,75	11,64	4,37	3,13	-4,91	-6,58	-3,51	-2,50	-1,14	-1,92	-7,98	-0,93	-2,24	0,12	-3,84
41 Rheinpfalz-Nahe	3,72	4,52	-1,85	-2,05	-3,09	-2,28	-2,52	-3,03	0,55	0,66	-3,42	-0,62	1,11	-0,43	-1,70
42 Rheinpfalz	1,75	-0,11	0,82	-2,09	-2,02	-1,50	-0,51	-0,69	0,19	0,87	-0,79	0,38	-1,27	0,04	-1,11
43 Westpfalz	-0,18	0,49	0,88	0,19	-2,75	-0,39	-2,68	-0,52	-1,16	1,47	-3,85	1,37	0,54	0,43	-3,68
44 Saar	-0,05	-0,21	0,00	0,15	-0,17	-0,02	0,24	1,04	0,36	-0,10	0,32	0,84	0,40	0,88	-0,09
45 Unterer Neckar	-0,26	0,08	0,27	-0,44	-1,78	0,11	-0,45	0,75	0,69	-0,03	0,76	1,23	1,10	-0,03	-0,95
46 Franken	4,32	1,15	-0,89	-3,18	-8,22	-6,37	-3,34	1,77	1,62	-5,10	-0,16	0,13	-1,64	-0,89	-2,10
47 Mittlerer Oberrhein	0,99	0,45	0,35	-1,25	-0,47	-0,36	0,06	1,21	0,14	0,99	0,71	1,53	0,56	0,09	-1,82
48 Nordschwarzwald	-0,12	1,57	-0,95	-1,86	-1,32	-2,39	0,90	2,82	1,02	0,64	0,66	1,16	0,76	-1,28	-2,46
49 Mittlerer Neckar	0,81	0,96	0,15	-1,59	-0,33	-0,12	-0,31	1,38	0,44	0,92	0,44	0,75	0,16	-0,43	-1,25
50 Ostwürttemberg	1,93	-0,07	-1,79	-3,46	-3,11	-2,98	-0,35	1,02	1,32	0,06	-2,11	0,25	0,49	0,53	-1,36
51 Donau-Iller (Bw.)	2,77	0,82	-0,11	-2,95	-7,37	-7,98	-4,71	0,17	1,40	-2,37	-0,05	-2,49	-2,10	-1,62	-2,45
52 Neckar-Alb	0,48	1,38	0,86	-1,75	-1,63	-1,28	-1,51	0,99	1,16	-0,05	-0,31	0,10	-0,05	-1,70	-1,95
53 Schwarzwald	0,00	-0,40	-0,71	-0,96	-1,63	-1,55	-1,27	0,57	1,18	-0,74	-0,75	-0,27	-0,48	0,57	-2,00
54 Südtlicher Oberrhein	1,35	0,24	-0,85	-3,13	-2,62	-2,04	-0,95	-0,67	0,37	-0,18	-1,71	0,09	0,30	-1,98	-2,77
55 Hochrhein-Bodensee	0,05	1,54	-1,61	-0,94	-2,08	-1,79	-1,48	0,69	1,24	0,39	0,34	0,65	0,80	0,85	-1,87
56 Bodensee-Oberschw.	2,66	1,15	0,42	-1,10	-8,85	-7,90	-5,33	-0,27	-0,26	-2,95	-4,09	-0,91	-1,45	-2,61	-4,32
57 Bayer. Untermain	1,64	3,10	0,08	-2,36	1,60	1,60	-1,45	-0,82	2,64	2,26	0,38	1,84	1,60	0,24	-5,11
58 Würzburg	3,21	-1,05	-3,88	-1,11	-3,28	-0,73	-4,09	-2,52	-0,30	0,36	-3,11	-1,22	-1,18	-0,06	0,51
59 Main-Rhön	3,21	-0,06	-0,33	-1,71	-2,07	-2,95	-4,54	2,12	1,91	1,85	-1,32	1,25	2,00	0,35	1,65
60 Oberfranken-Ost	-3,62	-0,45	-0,96	-3,87	-5,56	-2,21	-2,75	0,14	1,13	-0,26	-0,17	1,24	2,39	0,09	0,58
61 Oberfranken-West	-3,88	-1,04	-3,04	-2,26	-7,72	-4,45	-3,66	-2,06	1,75	0,71	-1,23	-0,42	1,62	-0,41	-0,39
62 Oberpfalz-Nord	1,76	0,90	-4,07	-8,06	-2,36	-1,75	-2,95	-3,80	2,66	-1,25	-0,61	0,55	-0,19	-0,25	-1,18
63 Mittelfranken	0,12	0,07	0,27	-2,23	-0,52	-1,07	-1,05	0,49	2,14	-0,30	0,61	1,67	0,84	-0,19	-1,76
64 Westmittelfranken	0,47	-1,83	-5,53	-5,35	-15,82	-9,07	-8,39	-4,50	-0,42	0,76	-3,79	-0,33	-1,06	-3,57	-3,11
65 Augsburg	0,84	0,57	-1,62	-1,33	-3,30	-1,12	-3,12	-1,05	0,38	2,33	-0,80	-0,86	0,30	-2,80	-1,05
66 Ingolstadt	-0,34	-0,68	-0,21	-4,30	-6,56	-3,58	-5,35	1,36	0,62	3,25	-1,46	-0,44	-0,83	0,00	-0,28
67 Regensburg	2,32	0,07	-1,23	-4,75	-2,71	-3,36	-3,67	0,58	-0,85	-0,69	-0,58	-0,83	1,46	-0,77	-2,07
68 Donau-Wald	0,92	-3,16	-4,67	-0,80	-4,20	-3,14	-4,20	-0,12	-0,42	0,00	0,32	-0,27	-0,03	-2,12	-1,12
69 Landshut	4,29	-1,04	-2,16	-4,77	-6,70	-7,61	-11,80	-5,09	2,15	-3,38	-5,94	0,36	-2,13	-0,19	-1,85
70 München	1,13	0,60	0,08	-2,33	-1,94	-0,88	-0,33	0,49	0,64	1,46	-0,18	0,66	-0,09	-1,48	-1,80
71 Donau-Iller (By.)	3,09	1,24	-1,36	-4,12	0,28	-3,37	-11,35	-3,61	-2,41	-0,60	-1,59	0,58	-1,58	-2,45	-4,71
72 Allgäu	4,26	0,14	-2,15	-4,27	-3,28	-0,63	-16,94	-1,85	-2,77	-0,53	-5,58	-2,80	-0,41	-4,46	-5,30
73 Oberland	1,48	-1,16	-0,94	-5,17	-4,51	-2,81	-4,24	2,13	-0,63	-1,82	-4,76	1,03	-2,12	1,30	0,15
74 Südosbayern	2,38	-1,41	-1,87	-9,62	-7,29	-3,98	-3,26	-3,14	0,31	-0,97	-2,07	-1,12	-1,13	-0,67	-2,35
75 Berlin (West)	0,13	2,14	0,87	0,82	2,03	2,41	1,37	2,72	3,97	3,69	3,09	0,30	2,41	0,27	-1,01
76 Westdeutschland	1,09	0,94	-0,26	-1,33	-1,95	-1,03	-1,84	0,44	0,65	0,11	-0,94	0,34	0,37	-0,31	-1,15

SOZIALÖKONOMISCHE SCHRIFTEN

Herausgegeben von Professor Dr. Dr. h.c. Bert Rürup

- Band 1 Marietta Jass: Erfolgskontrolle des Abwasserabgabengesetzes. Ein Konzept zur Erfassung der Gesetzeswirkungen verbunden mit einer empirischen Untersuchung in der Papierindustrie. 1990.
- Band 2 Frank Schulz-Nieswandt: Stationäre Altenpflege und "Pflegenotstand" in der Bundesrepublik Deutschland. 1990.
- Band 3 Helmut Böhme, Alois Peressin (Hrsg.): Sozialraum Europa. Die soziale Dimension des Europäischen Binnenmarktes. 1990.
- Band 4 Stephan Ruß: Telekommunikation als Standortfaktor für Klein- und Mittelbetriebe. Telekommunikative Entwicklungstendenzen und regionale Wirtschaftspolitik am Beispiel Hessen. 1991.
- Band 5 Reinhard Grünewald: Tertiärisierungsdefizite im Industrieland Bundesrepublik Deutschland. Nachweis und politische Konsequenzen. 1992.
- Band 6 Bert Rürup, Uwe H. Schneider (Hrsg.): Umwelt und Technik in den Europäischen Gemeinschaften. Teil I: Die grenzüberschreitende Entsorgung von Abfällen. Bearbeitet von: Thomas Kemmler, Thomas Steinbacher. 1993.
- Band 7 Mihai Nedelea: Erfordernisse und Möglichkeiten einer wachstumsorientierten Steuerpolitik in Rumänien. Dargestellt am Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie. 1995.
- Band 8 Andreas Schade: Ganzjährige Beschäftigung in der Bauwirtschaft – Eine Wirkungsanalyse. Analyse und Ansätze für eine Reform der Winterbauförderung. 1995.
- Band 9 Frank Schulz-Nieswandt: Ökonomik der Transformation als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Problem. Eine Einführung aus wirtschaftsanthropologischer Sicht. 1996.
- Band 10 Werner Sesselmeier, Roland Klopffleisch, Martin Setzer: Mehr Beschäftigung durch eine Negative Einkommensteuer. Zur beschäftigungspolitischen Effektivität und Effizienz eines integrierten Steuer- und Transfersystems. 1996.
- Band 11 Sylvia Liebler: Der Einfluß der Unabhängigkeit von Notenbanken auf die Stabilität des Geldwertes. 1996.
- Band 12 Werner Sesselmeier: Einkommenstransfers als Instrumente der Beschäftigungspolitik. Negative Einkommensteuer und Lohnsubventionen im Lichte moderner Arbeitsmarkttheorien und der Neuen Institutionenökonomik. 1997.
- Band 13 Stefan Lorenz: Der Zusammenhang von Arbeitsgestaltung und Erwerbsleben unter besonderer Berücksichtigung der Erwerbstätigkeiten von Frauen und Älteren. 1997.
- Band 14 Volker Ehrlich: Arbeitslosigkeit und zweiter Arbeitsmarkt. Theoretische Grundlagen, Probleme und Erfahrungen. 1997.
- Band 15 Philipp Hartmann: Grenzen der Versicherbarkeit. Private Arbeitslosenversicherung. 1998.
- Band 16 Martin Setzer, Roland Klopffleisch, Werner Sesselmeier: Langzeitarbeitslose und Erster Arbeitsmarkt. Eine kombinierte Strategie zur Erhöhung der Wiederbeschäftigungschancen. 1999.
- Band 17 Dorothea Wenzel: Finanzierung des Gesundheitswesens und Interpersonelle Umverteilung. Mikrosimulationsuntersuchung der Einkommenswirkung von Reformvorschlägen zur GKV-Finanzierung. 1999.
- Band 18 Ingo Schroeter: Analyse und Bewertung der intergenerativen Verteilungswirkungen einer Substitution des Umlage- durch das Kapitalstocksverfahren zur Rentenfinanzierung. 1999.

- Band 19 Roland Klopffleisch: Fiskalische Konsequenzen der Europäischen Währungsunion. Die Veränderung des Seigniorage und dessen Bedeutung für die nationalen EWU-11 Haushalte. 2000.
- Band 20 Klaus Heubeck, Bert Rürup: Finanzierung der Altersversorgung des öffentlichen Dienstes. Probleme und Optionen. 2000.
- Band 21 Manon Pigeau: Der Einfluß der Arbeitszeit auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Empirische Befunde, mikroökonomische Modellierung und politische Konsequenzen. 2002.
- Band 22 Carsten Müller: Existenzgründungshilfen als Instrument der Struktur- und Beschäftigungspolitik. 2002.

Margarete Keßler

Entwicklungs- und Beschäftigungsperspektiven für den mittelständischen Einzelhandel

Analyse rechtlicher Rahmensetzungen und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Frankfurt/M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien, 2001. XXVI, 302 S., zahlr. Tab.

Studien zur Wirtschaftspolitik. Herausgegeben vom Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz e.V. Bd. 70
ISBN 3-631-38177-8 · br. € 50.10*

Der Einzelhandel in Deutschland ist in einem tiefgreifenden Strukturwandel begriffen, der insbesondere kleine und mittlere Unternehmen vor die Herausforderung stellt, ihre Chancen im Wettbewerb zu erkennen und zu nutzen. Die Erfolgsaussichten, sich im Wettbewerb zu positionieren, werden in einem bedeutenden Ausmaß von dem bestehenden rechtlichen Rahmen beeinflusst.

Die Studie zeigt die Bedeutung der rechtlichen Rahmensetzung für die Entwicklungsmöglichkeiten des mittelständischen Einzelhandels sowie für seine Beschäftigungspotentiale. Wesentliche einzelhandelsrelevante Bestimmungen werden auf mikro- und makroökonomischer Ebene analysiert sowie in ihrer Gesamtheit kritisch gewürdigt. Anhand dieser Analyse werden Handlungsempfehlungen für die Binnenhandelspolitik zur Schaffung eines wachstums- und beschäftigungsfördernden rechtlichen Rahmens abgeleitet.

Aus dem Inhalt: Rechtliche Hemmnisse für die Positionierung des mittelständischen Einzelhandels (u.a. GWB, UWG, BauNVO, VerpackV, Stellplatzsetzungen, Verkehrspolitik) · Gesamtkonzept zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einzelhandel



Frankfurt/M · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien
Auslieferung: Verlag Peter Lang AG
Jupiterstr. 15, CH-3000 Bern 15
Telefax (004131) 9402131

*inklusive der in Deutschland gültigen Mehrwertsteuer
Preisänderungen vorbehalten

Homepage <http://www.peterlang.de>

